Jahrbuch

für Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2002 BzG-Verlag in der NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Peter Brandt: Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive 5
Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein biographischer Vergleich 21
Wolfgang Eichhorn: Über Eduard Bernstein. Gegensatz und Berührungspunkte zu Rosa Luxemburg und W. I. Lenin 38
William A. Pelz: Klassen-, Geschlechter- und Minderheitenfrage: Eugene V. Debs und der amerikanische Sozialismus 48
Mario Keßler: Jakobinismus, Demokratie und Arbeiterbewegung. Der Historiker Walter Grab 55

Von der 37. Linzer Konferenz der ITH 2001

Helmut Konrad: Über Herbert Steiner (1922-2001). Gedenkrede am 13.09.2001 in Linz 69
Angélique Janssens: Der männliche Alleinernährer. Zur Geschichte einer sozialen Symbolfigur zwischen Ökonomie, Macht und Selbstbild 74
Anna Zarnowska: Arbeit und berufliche Bildung der Frauen in Polen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert 87
Günter Benser: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Arbeit. Konferenzbericht 96

Regionalforschungen

Horst Klein: Zur Geschichte der Ortsgruppe der KPD Strausberg 1920 bis 1946 (Thesen) 100

Erinnerungen

Wieland Zademach: Brückenbauer zwischen Ost und West.
Erinnerung an Josef L. Hromádka 109
Klaus Höpcke: An der Wiege des Förderkreises – erste Schritte.
Vortrag in der Festsitzung "10 Jahre Förderkreis Archive und
Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V." 122

Biographische Skizzen

Gerhard Beier ✞ *:* Georg Böhning (1788 – 1849).
Das unbekannte Leben des ausgeforschten Uhrmachers
und mobilen Perpetuisten der Revolution 135
Fritz Rödel: Vom Forsthaus in der Eifel zum Invalidenlager bei Magadan:
Josef Schneider (1882 – 1939) 149

Dokumente

W. I. Lenin. Unbekannte Dokumente 1891 - 1922
(Renate Hertzfeldt, Erika Segendorf) 161

Diskussion

Günther Glaser: Ein aufschlußreiches Ergebnis der Neubefragung
von Militärgeschichte der DDR. Überlegungen zum Buch
"Volksmarine der DDR. Deutsche Seestreitkräfte im Kalten Krieg" 171
Siegfried Kuntsche: Bemerkungen zum Dokumentenband
"Die UdSSR und die deutsche Frage. Dokumente aus dem
Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation" 179

Berichte

Simone Barck: Zeugin des "Zeitalters der Extreme".
Margarete Buber-Neumann (1901-1989) 187

Informationen

Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften
und Arbeiterkammern, Wien 190
Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.:
David-Rjazanov-Preis 2002 192

Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.:
Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 193

Rezensionen

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Dritte Abteilung:
Briefwechsel, Bd. 10: Karl Marx/Friedrich Engels:
Briefwechsel September 1859 bis Mai 1860. *(François Melis)* 194
Wolfgang Fritz Haug: Dreizehn Versuche,
marxistisches Denken zu erneuern. *(Stefan Bollinger)* 197
Ursula Mader: Emil und Walther Rathenau
in der elektrochemischen Industrie (1888-1907). *(Roswitha Berndt)* 200
Leo Trotzki: Stalin. Eine Biographie. *(Manfred Behrend)* 202
Mario Frank: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie.
(Bruno Mander) 206
Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie
(Manfred Behrend) 208
René Senenko: Willi Bredels Exil in Prag. *(Gerhard Müller)* 213
Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik.
Remigrierte Historiker in der frühen DDR. *(Walter Schmidt)* 214
Wolfgang Szepansky: Dennoch ging ich diesen Weg. *(Gisela Notz)* 218
Oleg Dehl, Simone Barck, Natalia Mussienko, Ulla Plener
(Hrsg. U. Plener): Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher
Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren. *(Fred Wilm)* 222
Wladislaw Hedeler/Nadja Rosenblum: 1940 – Stalins Glückliches Jahr.
(Horst Klein) 224
Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): NS–Verbrechen und
der militärische Widerstand gegen Hitler. *(Günter Wehner)* 228
Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär: Hitlers Krieg im Osten
1941–1945. *(Günter Gramlich)* 229
Hans Rainer Sandvoß: Widerstand in Prenzlauer Berg und
Weißensee 1933 bis 1945. *(Günter Wehner)* 231
Wolfgang Schmidt: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte.
Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963. *(Harald Lange)* 234
Helmuth Stoecker: Socialism with Deficits. An academic life
in the German Democratic Republic. *(Ulrich van der Heyden)* 237
Walter Jablonsky/Wolfgang Wünsche (Hrsg.):
Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA. *(Stefan Bollinger)* 239

Helke Stadtland: Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1953. *(Günter Benser)* 241
Herbert Nicolaus/Lutz Schmidt: Einblicke 50 Jahre EKO Stahl. *(Helmut Kinne)* 246
Ingrid Muth: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972. *(Joachim Eichler)* 249
Jan Schwarzmeier: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung. *(Bernd Hüttner)* 251
Cem Özdemir: "Deutsch oder nicht sein?" Integration in der Bundesrepublik. *(Julius Waldschmidt)* 253

Annotationen

Socialist Internationals – A Bibliography. Publications of the Social-Democratic an Socialist Internationals 1914 - 2000. *(Herbert Mayer)* 255
Karl Heinz Jahnke: Marie ter Morsche kann ihren Vater nicht vergessen. Widerstand gegen Hitlers V-Waffen in Zinnowitz und Peenemünde 1942/43. *(Günter Gramlich)* 256
100 Jahre Hanns Kralik. Reprint des Ausstellungskatalogs "Grafik – Hanns Kralik". *(Günter Krabiell)* 258
Emil Carlebach, Willy Schmidt, Ulrich Schneider: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. *(Günter Krabiell)* 259
Susanna Woodtli. Freundesgabe zum 80. Geburtstag. Hrsg. Von Gabi Einsele und Verena Müller. *(Ursula Herrmann)* 260
Fred M. Schied: Learning in Social Context. Workers and Adult Education in Nineteenth Century Chicago. *(Heinz Sommer)* 260
Verband für Agrarforschung und –bildung Thüringen e.V.: Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung. *(Bernd Hüttner)* 261

An die Leserinnen und Leser 262

Bildnachweis 262

Autorenverzeichnis 264

Impressum 264

Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive[1]

Peter Brandt

Bis vor einem guten Jahrzehnt hätte der Hinweis auf Gültigkeit eines sich aus der proletarisch-sozialistischen Tradition herleitenden Gesellschaftsmodells des "real existierenden Sozialismus" für ein Drittel der Menschheit genügt, um die Bedeutung der Arbeiterbewegungsgeschichte klarzumachen. Unabhängig davon, was aus dessen Zusammenbruch in Osteuropa hervorgegangen ist, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Auseinandersetzung mit der (wie vermittelt auch immer) auf der Aktion eines Flügels der sozialistischen Arbeiterbewegung erwachsenen Ordnung nicht zuletzt in Deutschland Jahrzehnte der Zeitgeschichte bestimmt hat.

Offenbar hat in der vergangenen Epoche die Systemkonkurrenz mit dem Sowjetkommunismus dazu beigetragen, im Westen das Bewußtsein für die Notwendigkeit zu schärfen – und zwar weit über die Sozialdemokratie hinaus -, die Marktkräfte sozialstaatlich im Zaum zu halten. Auf der anderen Seite wirkte das Beispiel einer vermeintlich sozialistischen Alternative in Ost- und Mitteleuropa auf die Arbeiterbewegung Westeuropas, insbesondere Westdeutschlands, eher abschreckend als mobilisierend.

Ich will das Verhältnis von Arbeiterbewegung und "real existierendem Sozialismus" hier nicht im einzelnen diskutieren. Daß man, bleiben wir bei Deutschland, die SED und den von ihr geführten Staat, die DDR, nicht aus der Arbeiterbewegung hinausdefinieren kann, scheint mir klar. Die SED und die DDR sind ohne den Arbeiterbewegungszusammenhang gar nicht zu begreifen. Allerdings fängt damit das Problem eigentlich erst an: Es gilt, das spannungsreiche Verhältnis zwischen der realen Arbeiterschaft und ihren Artikulationen einerseits und der zumindest in den oberen Etagen verselbständigten, aus namentlich der kommunistischen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Führungsschicht andererseits kritisch und vorurteilsfrei zu erforschen. Um es an einem Beispiel zugespitzt zu formulieren: Auf Ostdeutschland bezogen, gehören die streikenden und demonstrierenden Arbeiter des 17. Juni 1953 ebenso als Subjekte zur Geschichte der Arbeiterbewegung wie diejenigen Partei- und Staatsfunktionäre, die sich erst um die Eindämmung und dann um die Unterdrückung des Aufstands bemühten.

Selbstverständlich ist die historische Wirkung der Arbeiterbewegung nicht auf die etatistisch-kommunistischen Systeme zu begrenzen. In der sowjetischen Diskussion tauchte in der letzten Phase die Frage auf, ob der seit über einem halben Jahrhundert fast durchgehend sozialdemokratisch regierte, damals noch weitgehend unbeschädigte schwedische Wohlfahrtsstaat den ursprünglichen Zielen der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht näher gekommen sei als die UdSSR. Die durchgreifende Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, geht nicht ausschließlich und viel-

leicht nicht einmal hauptsächlich auf die Aktivitäten der Arbeiterbewegung zurück. Doch ist die Entwicklung zum modernen Sozialstaat ohne Gewerkschaften und sozialistische Parteien schwer vorstellbar. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung und wechselnder sozialistischer Regierungsbeteiligung haben die aus der klassischen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Organisationen durch Arbeitskämpfe und Tarifpolitik, Gesetzgebungsarbeit und praktische Verwaltungstätigkeit, bis zu einem gewissen Grad auch allein durch ihre Existenz, die heutigen liberal-kapitalistischen Gesellschaften Europas wesentlich mitgeprägt.

Vielfach wird nicht deutlich genug der Beitrag der Arbeiterbewegung zur Durchsetzung und Ausgestaltung der parlamentarischen Demokratie als Verfassungsordnung gesehen. Die Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft war nämlich – nicht nur in Deutschland – wesentlich ein Ergebnis des auch außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiterbewegung, vor allem um 1900, und keineswegs allein immanenter Systemlogik entsprungen. Die erste große Arbeiterbewegung der Welt, die britischen Chartisten der 1830er und 1840er Jahre, kämpfte vor allem anderen für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Schon von Anfang an war somit die Arbeiterbewegung mehr als eine Klassenbewegung im beschränkten, ouvrieristischen Sinn. Sie verstand sich als Erbin der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution, deren befreiende Botschaft, wie immer wieder anklagend und polemisch herausgestellt wurde, von der Bourgeoisie verraten oder vernachlässigt worden sei.

I.

Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung erforscht und studiert, hat es in besonderem Maß mit einem allgemeinen Problem der Geschichtswissenschaft zu tun: dem Verhältnis von Standortgebundenheit und Objektivität. Zwei der bis anno 1989 große Parteien in Nachkriegsdeutschland, die SED und die SPD, beriefen sich auf die Tradition der Arbeiterbewegung, beanspruchten, diese eigentlich zu vertreten, und warfen der jeweils anderen vor, durch Anpassung an die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft (so die Kommunisten über die Sozialdemokraten) bzw. durch Übernahme eines undemokratischen, aus den rückständigen russischen Verhältnissen entstandenen Sozialismus-Modells (so die Sozialdemokraten über die Kommunisten) aus der Traditionslinie ausgebrochen zu sein.

In Deutschland nahm der Streit um das historische Erbe lange Jahre besonders unversöhnliche Züge an, weil die Spaltungslinien zwischen den der Arbeiterbewegung entstammenden Parteien, die ihre Wurzeln in den erbitterten Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in der Weimarer Republik hatten, seit der SED-Gründung im Osten und der Abwehr kommunistischer Fusionsbestrebungen im Westen mit der innerdeutschen Zonen- bzw. Staatsgrenze nahezu identisch waren. Die ostdeutsche Sozialdemokratie war unter starkem Druck in der kommunistisch ausgerichteten SED aufgegangen, der westdeutsche Kommunismus – schon vor dem Verbot der Jahre 1956-68 – auf eine Splittergruppe reduziert, auch dieses nicht ausschließlich durch den Stimmzettel.

Die SED war überzeugt, mit ihrer "wissenschaftlichen Weltanschauung" des "Marxismus-Leninismus" einen verläßlichen Kompaß auch für die Erforschung der eigenen Geschichte zu besitzen. Es kam ihr darauf an, die jeweils "korrekte Linie" herauszuarbeiten, ihren bzw. ihrer Vorgänger vermeintlichen Einfluß zu betonen und abweichende Positionen als illegitim darzustellen. Da die Partei sich im Besitz objektiver Welterkenntnis und zugleich auf der Seite des historischen Fortschritts wähnte, bildeten "Objektivität" und "Parteilichkeit" in der inneren Logik des Gedankensystems keinen Widerspruch. Ich verweise auf die später nicht mehr opportune achtbändige "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von 1966.

Auch von der SPD beeinflußte oder geförderte Darstellungen, besonders in der Phase des offenen Kalten Krieges, waren von tendenziösen Verzerrungen nicht immer frei. So war man nach der Verabschiedung des Godesberger Programms (1959) erkennbar bestrebt, die radikalen Strömungen in der SPD-Geschichte herunterzuspielen und die reformerischen, staatsbejahenden Strömungen aufzuwerten. Parallel dazu war auch in der westdeutschen Fachwissenschaft unter Federführung Werner Conzes das Bestreben spürbar, in der Geschichte namentlich der frühen Arbeiterbewegung die gemäßigten Impulse und die auf gesellschaftliche Integration gerichteten Ansätze herauszuarbeiten. Von einer Dominanz dieser Argumentationslinie konnte aber für die Bundesrepublik schon lange vor 1990 keine Rede mehr sein. Politisch und methodisch hatte sich - nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit der DDR-Historiographie und zugleich angeregt durch von der Studentenbewegung ausgehende Problemstellungen – tatsächlich ein Pluralismus der Standpunkte herausgebildet, der befruchtend wirkte. Und wenn auch nicht in der Interpretation, so hatte sich doch in der Darstellung des Faktischen längst eine gewisse, teilweise recht weitgehende Annäherung der verschiedenen Positionen, auch über die innerdeutsche Staatsgrenze hinweg, vollzogen.

In der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Alt-Bundesrepublik fanden – parallel zur Veränderung des politisch-kulturellen Klimas, aber auch in Reaktion auf internationale Forschungstendenzen – während der letzten zwei Jahrzehnte ihrer separaten Existenz wesentliche Veränderungen statt. Jetzt ging es um eine Sozialgeschichte der Industrialisierung unter Einbeziehung wirtschafts-, kultur-, bevölkerungs- und technikgeschichtlicher Aspekte, um eine empirisch fundierte Geschichte der Arbeiterklasse und ihres Entwicklungs- und Emanzipationsprozesses im sich entfaltenden Industriekapitalismus. Vor allen anderen würde ich dabei den Namen Klaus Tenfelde nennen. Diesen materiellen Unterbau hatte die frühe westdeutsche Arbeiterbewegungsgeschichte der Nachkriegszeit kaum in den Blick genommen. Im Vordergrund standen vielmehr die Theorie und die politische Strategie und Taktik, daneben auch die Organisation der sozialistischen Parteien (weniger der Gewerkschaften). Behandelt wurden vorwiegend solche Themen, für die die schriftliche Überlieferung relativ leicht zugänglich war. Fraglos waren und sind Untersuchungen dieser Art nötig – insbesondere auch auf regionaler und lokaler Ebene –, sofern ihre begrenzte Aussagekraft reflektiert und deutlich gemacht wird. Insofern

handelte und handelt es sich bei den Forschungsansätzen in der Sozialgeschichtsforschung, die seit den siebziger Jahren die Produktionssphäre, das Alltagsleben, die Entwicklung der sozialen Lage und der Schichtung sowie die Kultur der Arbeiter in den Mittelpunkt des Interesses rückten und nach den Trägerschichten der Arbeiterbewegung, nach den sozialen und politischen Voraussetzungen ihrer Entfaltung und nach Protestformen fragten, eher um eine - überfällige - Erweiterung des Blickfelds als um eine Alternative zur Ideen-, Organisations- und Politikgeschichte der Arbeiterbewegung.

Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegungsgeschichte "von unten" machen jedoch die Erschließung neuer Quellengattungen erforderlich, da "die Basis" in den Broschüren und Zeitungen, Protokollen und Briefen meist sprachlos bleibt. Die vermehrte Anwendung statistischer Methoden kann manche, vordem rein spekulativ beantwortete Fragen klären helfen – etwa, ob die materielle Lage in einer bestimmten Phase für eine bestimmte Gruppe besser oder schlechter wurde, - trägt aber zur Beantwortung anderer Fragen gar nichts bei. Neben nur sporadisch überlieferten autobiographischen Zeugnissen und zeitgenössischen Schilderungen von Amtspersonen (Fabrikinspektoren, Pastoren, Ärzten, Standesbeamten usw.) sind Betriebsarchive und lokale Überlieferungen ausgewertet worden. Für die jüngste Geschichte hat man mit Befragungen noch lebender Zeitzeugen gearbeitet, wobei besondere methodische und quellenkritische Überlegungen am Platz sind. Obwohl jeder Perspektivenwechsel neue Lücken selbst auf bislang gut erforschten Feldern zutage fördert – weil man beginnt, Fragen zu stellen, die vorher gar nicht als Probleme erkannt wurden, – wissen wir heute aufgrund einer umfangreichen empirischen Forschung nicht nur unvergleichlich mehr über die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung als vor dreißig oder gar vierzig Jahren, wir wissen auch mehr über die Geschichte der Arbeiter als über die anderer sozialer Gruppen.

Etwas Ähnliches wie in der alten Bundesrepublik hat – wenn ich es richtig sehe – teilweise auch in der DDR stattgefunden, wo die Arbeiterbewegung naturgemäß von Anfang an einen bevorzugten, wenn nicht gar den zentralen Interessenschwerpunkt bildete. Ich denke für die damit angesprochene strukturgeschichtliche Erweiterung der ostdeutschen Historiographie etwa an Hartmut Zwahrs auch in der Bundesrepublik vielbeachtete empirische Fallstudie von 1978 über die Klassenkonstituierung des Proletariats in Leipzig.

Nach der Hinwendung zur Sozialgeschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung seit den siebziger Jahren, der in den achtziger Jahren die Entdeckung der Alltagsgeschichte folgte, hatten wir es in den neunziger Jahren mit einer kulturalistischen Wende der Geschichtswissenschaft zu tun. Dabei haben, auf unseren Themenkomplex bezogen, etwa Fragen der Festkultur und der Symbolik verstärktes Interesse gefunden. Eine methodische Herausforderung geht von der neuen Kulturgeschichte vor allem dort aus, wo sie sich der systematischen Untersuchung sprachlicher sog. Diskurse annimmt, die – so sagt man – das Denken und Handeln vorstrukturieren. Auf die Programmatik und Ideologie der Arbeiterbewegung angewandt, könnten vom "linguistic

turn" geleitete Analysen ganz neue Erkenntnisse bringen. In seiner kürzlich erschienenen beeindruckenden Habilitationsschrift über die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz hat Thomas Welskopp gezeigt, wie es möglich sein könnte, diese Art neuer Kulturgeschichte und die Diskursanalysepolitik für die Erforschung auch der Politik- und Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung nutzbar zu machen.

Parallel zu dem Aufblühen der Kulturgeschichte und in Westdeutschland in die Periode vor 1990 zurückreichend, hat jedoch das Interesse an der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte als solcher erkennbar nachgelassen, übrigens auch bei Studenten. Im westeuropäischen Ausland ist das weniger ausgeprägt als in Deutschland, aber im wesentlichen ähnlich gelagert. Innerwissenschaftliche Entwicklungen, gesamtgesellschaftliche Tendenzen und die Veränderung der politischen Konjunktur wirken hier zusammen und lassen den Eindruck entstehen, es handele sich um eine verstaubte Teildisziplin, mit der man jahrzehntelang übersättigt worden sei. Das gilt, wie gesagt, nicht nur für den Osten, wo das vielleicht eher nachvollziehbar, wenn auch nicht unbedingt besser begründet ist, sondern auch für den Westen Europas.

II.

Durch den Abbau zünftiger Schranken und traditioneller Pflichten wandelte sich der Gesellenstatus in den alten Handwerksbetrieben allmählich zu einem Lohnarbeiterstatus, ablesbar an der Herauslösung der Gesellen aus Haus und Familie des Meisters, an der geringer werdenden Chance, sich selbständig zu machen, an Lockerungen der alten Schutzbestimmungen, an der langsamen Durchsetzung von Geldlohn. Ungeachtet der vielfachen Übergangsformen und unterschiedlichen Wege im Übergang zum Fabrik- und Lohnarbeiter kristallisierte sich ein bestimmter Typus heraus. Er war gekennzeichnet

– durch den Nichtbesitz an Produktionsmitteln,
– durch die einem kapitalistisch wirtschaftenden Unternehmer gegen leistungs- und marktabhängigen Lohn zur Verfügung gestellte Arbeitskraft,
– durch Unterwerfung der ganzen Person unter die Anordnungen des Unternehmers,
– durch eine ökonomische Lage, die allein von der zur Verfügung gestellten Arbeitskraft abhing,
– durch eine zunehmende "Vererbung" des Lohnarbeiterstatus auf die nächste Generation.

Die Durchbruchsphase der Industrialisierung, die "industrielle Revolution" – in Deutschland von den 1830er oder den 1840er Jahren, in England 50 bis 60 Jahre früher – brachte noch nicht das quantitative Übergewicht der Arbeiterbevölkerung, wohl aber die Vorherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise und somit des Lohnarbeitsverhältnisses. Der Prozeß der Konstituierung des Proletariats als Klasse setzte erst in einem relativ fortgeschrittenen Stadium der Industrialisierung ein, in England um 1820, in Deutschland um 1860, in Frankreich noch einmal deutlich später und dauerte dann jeweils mehrere Jahrzehnte.

Das sind indessen Feststellungen auf einer hohen Abstraktionsebene, die leicht die anhaltende Inhomogenität der Arbeiterschaft, nach ethnischer und religiöser Zugehörigkeit, aber auch nach Berufstraditionen, regional und branchenbedingten Daseinsverhältnissen, verschleiern können. Teilweise sehr unterschiedlich waren die jeweilige Situation am Arbeitsplatz, das Qualifikations- und Lohnniveau sowie die reale Chance individuellen sozialen Aufstiegs. Diese Gesichtspunkte müssen stets mitbedacht werden, wenn – durchaus gut begründet – von "der" Arbeiterklasse und "der" Arbeiterbewegung die Rede ist. Auch wenn die Leninsche These von der "Arbeiteraristokratie" m. E. nicht haltbar ist, gab es nicht nur in England hochqualifizierte, gut bezahlte Facharbeitergruppen. Sie waren aber nicht unbedingt Anhänger des Reformismus, sondern stellten einen durch Arbeitsethos, Disziplin und Selbstbewußtsein charakterisierten Typus dar, der u. U. auch Träger einer radikalen Strömung sein konnte. Bis zu einem gewissen Grad gelang es der Arbeiterbewegung, die unteren Segmente der Klasse an den größeren Erfolg der Facharbeiter (mit ihrer vergleichsweise stärkeren Stellung im Betrieb) bei den Tarifauseinandersetzungen anzukoppeln, so daß der Tendenz zu innerer Differenzierung der Klasse entgegengewirkt wurde. Das gilt namentlich für Deutschland, sogar nach der sozialdemokratisch-kommunistischen Spaltung. In jedem Fall setzte sich die nahezu alle Lebensbereiche und zuletzt die Lebenserwartung betreffende Ungleichheit zwischen der gesamten Arbeiterklasse einerseits, der Bourgeoisie, der bürgerlichen Intelligenz und (in etwas anderer Weise) dem Kleinbürgertum andererseits fort und brachte die Arbeiterbewegung sozusagen immer wieder neu hervor.

Dabei lassen sich hinsichtlich der Umstände, unter denen sich eigenständige Arbeiterbewegungen konstituierten, einige Regelmäßigkeiten benennen:

– Am Anfang standen üblicherweise nicht politische Parteien, sondern Gewerkschaften. Sie waren, ökonomisch gesehen, Kartelle der Besitzer von Arbeitskraft zur Erzielung günstiger Preise und günstiger Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und insofern als solche zweckmäßig, auch ohne irgendeine weiterreichende Zielsetzung. Tatsächlich gehörten von Anfang an nichtmaterielle Werte wie Berufsstolz, Gerechtigkeitsgefühl, Gemeinschaftsideal u. a. m. zu den Motiven der Gewerkschaftsgründer wie zu denen der Parteigründer.

– Die klassenbewußte, organisierte und politisch aktive Minderheit der Arbeiter war beruflich meist qualifiziert und anfangs handwerklich-kleinbetrieblich geprägt. Die eigentlichen Industriearbeiter und insbesondere die Unterschichten der Arbeiterklasse, die industriellen wie die agrarischen, blieben demgegenüber lange im Hintergrund oder passiv. In Deutschland traten sie am Ende des 19. Jahrhunderts mit den großen Streiks der Konfektionsarbeiter aktiv in die Klassenbewegung ein. Auch die Bergarbeiter erhielten erst jetzt ihre jahrzehntelang politisch wichtige Stellung.

– Die Herausbildung der Klassengegensätze, die soziale Polarisierung der Gesellschaft (nicht zu verwechseln mit der absoluten Verelendung der Arbeiter), führte zur Trennung der Arbeiterbewegung von der Bewegung der bürgerlichen Demokratie, der sie zunächst verbunden gewesen war, zumindest aber forcierte sie Bestrebungen in Richtung einer politischen Verselbständigung der Arbeiter.

– Die Repression seitens der Unternehmer wie auch der Staatsmacht traf, mehr oder weniger massiv, die Arbeiterbewegung überall, keinesfalls nur in autokratischen oder autoritären Staaten. Es gab allerdings charakteristische Unterschiede: Während im kaiserlichen Deutschland die Sozialdemokratie wegen ihrer sozialistischen und ihrer radikal-demokratischen Ziele ausgegrenzt und zeitweise mit einem Ausnahmegesetz gegen ihre "gemeingefährlichen Bestrebungen" in die Illegalität oder Halblegalität gedrängt wurde, trat in den USA, vor 1914 eine der wenigen Republiken, die physische, teilweise äußerst brutale Polizei- und sogar Militärgewalt gegen die Arbeiter in den Vordergrund, namentlich bei Streiks. Der Niedergang der radikalen, teilweise anarcho-syndikalistisch orientierten International Workers of the World (IWW), die am Anfang des 20. Jahrhunderts einigen Einfluß besaßen, war neben anderem auf eine massive polizeiliche Unterdrückung im Ersten Weltkrieg unter der Präsidentschaft Woodrow Wilsons, eines liberalen Demokraten, zurückzuführen.

Die Arbeiterschaft als soziale Kategorie ist mit der spontanen oder gar organisierten Arbeiterbewegung niemals identisch gewesen. Selbst in den Ländern mit dem höchsten Organisationsgrad gehörte vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr als ein Viertel aller Arbeiter den wirtschaftlichen und politischen Verbänden der Arbeiterbewegung an. Nur in wenigen Fällen gelang in späteren Zeiten die Organisierung der Mehrheit, so in Schweden. Und nur in Ausnahmesituationen kämpfte die Mehrheit oder eine große Minderheit der Arbeiter gleichzeitig für soziale oder politische Forderungen.

Es hat immer eine erhebliche Anzahl Arbeiter gegeben, die niemals in ihrem Leben eigene Interessen artikulierte, Protest ausdrückte oder sich organisierte, vor allem im ländlich-kleinstädtischen Umfeld. Dennoch haben Arbeiter stets ähnliche Formen der Interessenvertretung und des Protests entwickelt, sogar in der Illegalität, in Diktaturregimen teilweise unter Ausnutzung bestehender offizieller Organisationen. Man denke etwa an die Unterwanderung der korporatistischen Organisationen Spaniens zur Zeit des Frankismus durch die Arbeiteropposition und – ohne sonstige Parallelisierung - an die antidiktatorische Kampftradition der polnischen Arbeiter seit 1956, die 1980 schließlich in die Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc mündete. Alle historischen Erfahrungen belegen, daß Arbeiterbewegungen, sofern sie nicht gewaltsam unterdrückt werden, offenbar quasi naturwüchsig aus der Stellung der Arbeiter im Produktionsprozeß der – wie wir heute wissen, nicht zwingend nur kapitalistischen – Industriegesellschaft hervorgehen.

Ist der Zusammenhang zwischen Arbeiterbewegung, sozialem Protest und kollektiver Interessenvertretung noch eindeutig, so gilt dies weit weniger für den Zusammenhang von Arbeiterbewegung und Sozialismus. In Deutschland hatten erste Gesellen- und Arbeiterzusammenschlüsse (Auslandsvereine wie der "Bund der Kommunisten", Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine, "Arbeiterverbrüderung") in den Jahren zwischen 1840 und 1870 zur ungewöhnlich frühen Entstehung zweier Arbeiterparteien geführt, die sich schließlich 1875 in Gotha vereinigten. Trotz unterschiedlicher Handlungs- und Organisationsformen, wie auch verschiedener gesellschaftlicher Zielvorstellungen innerhalb der Arbeiterschaft, korrespondierend zu ihrer unterschied-

lichen Struktur und Lage, scheint der Zusammenschluß zu eigenen, auch politischen Organisationen nicht nur in Deutschland ein Grundmuster in der Geschichte der Arbeiterbewegung zu sein. Das Selbstverständnis des Beteiligten als "Arbeiter" war in den frühen Stadien nicht unbedingt an klassenmäßig eindeutigen Kriterien ausgerichtet, sondern antizünftig und popular-demokratisch akzentuiert; die große Bevölkerungsmehrheit wurde unter den Arbeiter-Begriff subsumiert.

In manchen Ländern, insbesondere in den USA, haben sich zwar zeitweise recht starke und in Lohnkämpfen militante Gewerkschaften konstituiert, aber niemals eine sozialistische Partei von Bedeutung. Über die Gründe hat man seit Werner Sombart viel nachgedacht (zumal in Kanada in Gestalt der New Democratic Party mit Verzögerung eine Art sozialdemokratischer Partei entstand, in Australien und Neuseeland mit der Labour Party ohnehin). Neben dem Fehlen feudaler Traditionen in den USA und einer entsprechend geringen Staatsorientierung des politischen Verhaltens sowie der liberal-demokratischen, aber föderativen Verfassung und dem System der "Ringe" und "Bosse" in den Städten mit eher lobbyistischen Aktionsmöglichkeiten für die Gewerkschaften werden die ethnisch-nationale Zersplitterung der US-amerikanischen Gesellschaft, die Ideologie des "American Dream" und die anfängliche reale Chance des einzelnen Arbeiters für eine Landnahme im Westen angeführt. Aber auch unabhängig davon verminderte die räumliche Entzerrung der Industrie den Druck zur Koalitionsbildung. Bei der Organisierung von Arbeitern fällt zudem die Stärke berufs-gewerkschaftlicher Tendenzen auf.

In England entstand die Labour Party aus der Wahlreformbewegung der 1860er Jahre und dem liberalen Radikalismus und entwickelte sich nach ihrer Gründung 1893 zum politischen Arm der Gewerkschaften im Parlament mit sozialpolitischen Sofortforderungen und nur langfristig sozialistischer Zielausrichtung. Ein sozialistisches Programm gab sich die Labour Party erst 1918, und marxistische Ideen blieben in der britischen Arbeiterbewegung lange marginal.

Verschiedentlich versuchten Arbeiter, ihre speziellen Anliegen über andere, klassenübergreifende politische Formationen durchzusetzen, etwa über das katholische Zentrum im kaiserlichen und republikanischen Deutschland oder – später im 20. Jahrhundert – über populistische Bewegungen wie den Peronismus in Argentinien. In Frankreich und Spanien wehrten die stärksten Gewerkschaftsbünde unter dem Einfluß des Anarcho-Syndikalismus lange jede, nach ihrer Meinung stets kompromisslerische, Parteipolitik ab – aus entgegengesetzten Gründen, warum die englischen Gewerkschaften vor 1900 und die amerikanischen Gewerkschaften bis heute die Bildung einer eigenen Arbeiterpartei ablehnten.

Trotz alledem scheint der Normalfall die Herausbildung politischer Parteien im 19. und 20. Jahrhundert zu sein, die die Interessen der Arbeiter auf der staatlichen Ebene zur Geltung brachten. Nicht zwingend und in aller Regel tatsächlich nicht bestanden diese Parteien ausschließlich aus Arbeitern. Vielmehr waren sie, mehr oder weniger ausgeprägt, stets auch für die Armen und die "kleinen Leute" schlechthin sowie für die entschiedenen, egalitär ausgerichteten Demokraten anderer Schichten

da. Die engere oder breitere (wie in Frankreich und Skandinavien) soziale Zusammensetzung einer Arbeiterpartei sagte viel über den Grad gesellschaftlicher und politischer Isolierung der Arbeiterbewegung bzw. ihrer Integration aus. Diese Parteien konnten mehr oder weniger radikal, mehr oder weniger reformerisch, mehr oder weniger vom Marxismus beeinflußt sein, aber sie bekannten sich alle in irgendeiner Weise zum Sozialismus, der die Befreiung der Arbeiter durch Überwindung oder zumindest durch eine sozialstaatliche Zähmung des Kapitalismus verhieß. Die relativ enge Verbindung von Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und Sozialismus in Deutschland vor 1933 ist zwar nicht typisch, entspricht aber doch der Entwicklungstendenz dieser Epoche zumindest in Europa.

III.

Die soeben getroffene Feststellung gilt ohnehin nur in ihrer allgemeinen Formulierung. Denn der besondere deutsche Typ von Arbeiterbewegung war – wie sollte es anders sein – von dem spezifischen Gesellschafts- und Verfassungstyp geprägt. Daß sich im Kaiserreich die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft entfalten konnte, in beträchtlichem Maß auch gesellschaftliche Modernisierung ermöglicht wurde, steht außer Frage. Der deutsche Konstitutionalismus bot aber, zumal in der wilhelminischen Phase, darüber hinaus auch Gelegenheit für politische Teilnahme, begrenzt und ständig bedroht, doch durchaus real. Die doppelte Prägung der Arbeiterbewegung durch den Entwicklungsstand des Industriekapitalismus mit den ihm eigenen Klassenverhältnissen einerseits, die komplizierte Staatsverfassung mit den autoritären Elementen sowie dem obrigkeitlichen Verhaltensstil in der Politik andererseits förderte die charakteristische Vormachtstellung der Partei gegenüber den Gewerkschaften (und Genossenschaften). Die formelle marxistische Orthodoxie der Bebelschen Sozialdemokratie war der adäquate programmatische Ausdruck ihres bis auf weiteres unlösbaren Dilemmas: ihren nahezu ungebremsten Aufstieg in der Mitglieder- und Wählerentwicklung nicht in sichtbare politische Teilerfolge ummünzen und zugleich die große außerparlamentarische Konfrontation mit dem Staatsapparat nicht wagen zu können.

Aus den Verfolgungen und Diskriminierungen gingen die Sozialdemokraten mit dem Nimbus der Unbeugsamen und Unbesiegbaren hervor. Die proletarischen und plebejischen Massen fanden in deren Funktionären ihre politischen Vertreter und die Repräsentanten ihrer eigenen kollektiven Würde. Es war – neben der sprichwörtlichen Disziplin – diese spezifische Würde, die auch Männer ganz anderer Herkunft wie den badischen Innenminister von Bodman beeindruckte. Er sprach 1910, während der Phase nationalliberal-sozialdemokratischer Zusammenarbeit, in der Ersten Kammer des Großherzogtums von einer "großartigen Arbeiterbewegung zur Befreiung des Vierten Standes", als Lob eines führenden Vertreters der herrschenden Ordnung für die Verhältnisse im Deutschen Kaiserreich und seinen Einzelstaaten allerdings ganz ungewöhnlich. Insgesamt wurden die sozialen Klassenschranken nicht nur auf die politische Sphäre übertragen, sondern dort auch noch institutionell wie habituell

verschärft. Modernisierende, auch liberalisierende Veränderungen innerhalb der bestehenden monarchisch-konstitutionellen Ordnung – teils beabsichtigt, teils unbeabsichtigt – sind nicht zu leugnen; eine durchgreifende Demokratisierung und Parlamentarisierung der Verfassung gelang indessen bis 1918 bekanntlich nicht.

Die das 19. Jahrhundert prägenden, sich weit in das 20. Jahrhundert hineinziehenden, scharf ausgeprägten Klassengegensätze, in Deutschland durch die besonders starke Tendenz zur Herausbildung eines proletarisch-sozialistischen Milieus, haben auch noch die ganze Zeit der Weimarer Republik bestimmt. Trotz parlamentarischer Demokratie und sozialpolitischer Errungenschaften – von der Arbeiterbewegung in der Revolution 1918/19 erkämpft – blieb die in der Selbstabgrenzung global als "bürgerlich" gekennzeichnete Welt, nicht nur die der Unternehmer, sondern auch die der breiten Schichten des ländlichen und städtischen Mittelstands, der neuen angestellten und beamteten Mittelschichten sowie der akademischen Berufe, den Arbeitern fremd. Sie hatten sich ihre eigenen Formen von Geselligkeit und Kultur, meist im Zusammenhang mit den parteipolitischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, sportlichen und kulturellen Vereinigungen der Arbeiterbewegung, geschaffen, die den Menschen "von der Wiege bis zur Bahre" eine Heimstatt boten. Diese in die Hunderte gehenden, meist lokalen Organisationen verhießen Geborgenheit und solidarisches Zusammenwirken in einer bedrückenden sozialen und politischen Realität. Diese proletarische Gegenwelt war mit der Industrialisierung und der Herausbildung einer industriellen Arbeiterschaft in der zweiten Hälfte, insbesondere im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entstanden.

Nicht allein, aber vor allem in Deutschland fand die trotz allem zweifellos minoritäre Arbeiterbewegungskultur zwischen 1918 und 1933, durch die kommunistischen Konkurrenzgründungen zum Teil sogar noch vermehrt, eine quantitative Ausdehnung und Dichte wie niemals zuvor und danach. Dieses Faktum kann mit erklären, warum die Arbeiterbewegung trotz der staatstragenden Politik der SPD-Führung insgesamt in Distanz zur bürgerlichen Gesellschaft und in geringerem Maß auch zum republikanischen Staat blieb. Die fortdauernden kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit den wiederholten Wirtschaftskrisen und dem quasi geerbten Lohnarbeiterstatus, der zwar reduzierte, aber nicht nachhaltig gebrochene Einfluß der alten Eliten in Gesellschaft und Staat, schließlich – damit verbunden – die ständige latente Infragestellung des der Weimarer Verfassungskonstruktion zugrundeliegenden Klassenkompromisses zwischen der reformistischen Arbeiterbewegung und dem "vernunftrepublikanischen" Teil des Bürgertums durch selbst gemäßigte Kapitalgruppen und großbürgerliche Politiker bewirkten, daß, weit über den kommunistischen Einflußbereich und den linken Flügel der SPD hinaus, die übergroße Mehrheit der Anhänger der Arbeiterbewegung sich weigerte, die Weimarer Republik vorbehaltlos als ihren Staat anzuerkennen.

Ich halte es somit für eine falsche Sicht der Weimarer Republik insgesamt, was heute mehr und mehr üblich wird, die fundamental-sozialistische Zielsetzung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu vernachlässigen. Gewiß war es ein anderer Sozialismus als der, den die KPD vertrat, die ihrerseits übrigens nicht nur Moskau-

gesteuerter Apparat war (was sie auch war), sondern gleichzeitig Ausdruck eines autochtonen Arbeiterradikalismus.

Die sozialdemokratische Solidargemeinschaft, wie sie sich in der Weimarer Republik am deutlichsten ausprägte und in der Bundesrepublik bis weit in die fünfziger Jahre, teilweise länger fortbestand, umspannte die verschiedenen Lebensbereiche, hatte ihren Kern aber am Arbeitsplatz, wo sie sich aus Facharbeitern rekrutierte. Eine spezifische Facharbeitermentalität dominierte die Sozialdemokratie auf allen Ebenen der Partei, nicht ganz so eindeutig in der Wählerschaft. Die parteieigenen Bildungsanstalten, die weit verzweigte Presse, die Posten in der kommunalen und staatlichen Parlaments- bzw. Verwaltungsarbeit schufen die Voraussetzung für die Herausbildung einer qualifizierten proletarischen Parteiintelligenz. Seiteneinsteiger mit bildungsbürgerlichem Hintergrund konnten im Einzelfall dominieren, aber nur dann, wenn sie sich dem vorherrschenden Milieu anpaßten und die Regeln für partei- oder gewerkschaftsinternen Aufstieg akzeptierten.

Trotz der Prioritätensetzung der SPD auf Wahlkämpfe, parlamentarische Gesetzgebung und Regierungskombinationen erschöpften sich die Tätigkeit und das Selbstverständnis der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung nicht darin. Das dichte und nahezu umfassende Organisationsgeflecht schützte und stärkte wie schon im Kaiserreich die Mitglieder in einem sozialen Umfeld, in dem sie strukturell unterlegen waren. Die in Jahrzehnten eingeübten solidarischen Kampfformen nach außen und Umgangsformen im Innern waren nicht nur funktional, sondern verhießen inmitten der alten, kapitalistischen eine neue Gesellschaft mit einem anderen Wertemaßstab. Die Solidargemeinschaft war auch eine Vorwegnahme des künftigen Sozialismus. Das bedeutet: Für die sozialdemokratischen Facharbeiter bestand zwischen dem "Endziel" der Überwindung des Kapitalismus, der Organisationspraxis, der alltäglichen Arbeit der SPD-Politiker und der Gewerkschaftsvorstände auf allen Ebenen sowie den reformistisch-gradualistischen Transformationskonzepten, wie sie etwa Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali vertraten, möglicherweise ein Spannungsverhältnis, aber kein grundsätzlicher Widerspruch. Die Vorstellung, den "organisierten Kapitalismus" durch die Einführung neuer "wirtschaftsdemokratischer" und sozialstaatlicher Elemente sukzessiv und graduell in sozialistische Richtung zu verändern, entsprach in hohem Maß ihrer Erfahrungswelt.

IV.

Nach den Verheerungen des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs, im Hinblick auf unser Thema vor allem in Deutschland, schien es eine kurze Zeit so, als würde die Arbeiterbewegung zur bestimmenden politischen Kraft in ganz Europa werden. 1917 hatten der Sturz des russischen Zarismus und dann die Oktoberrevolution international eine mehrjährige revolutionäre Kriegs- und Nachkriegskrise ausgelöst, die vom Aufschwung der radikalen bzw. kommunistischen Richtung wie auch von aufsehenerregenden Wahl- und Gesetzgebungserfolgen der reformerischen bzw. sozialdemokratischen Richtung gekennzeichnet gewesen war. Jetzt, ab 1943/44, ging die Krise der

bürgerlichen Ordnung von der militärischen Wende und vom Aufschwung der nationalen Widerstandsbewegungen in den deutsch besetzten Ländern aus. Der Großbesitz und die tragenden Schichten des alten Staates waren dort wegen der Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus diskreditiert. Es gibt klare Indizien dafür, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrheit den Antifaschismus nicht auf die politische Demokratisierung beschränken wollte: Die Macht des großen Kapitals sollte gebrochen und ein Entwicklungsweg "jenseits des Kapitalismus" – so der Titel des damals verbreiteten Buches von Paul Sering = Richard Löwenthal - geöffnet werden, wobei die korrekte Definition des gesellschaftspolitischen Charakters der – in ihren konkreten Elementen bemerkenswert übereinstimmenden – Transformationskonzepte hier außer Betracht bleiben kann. Als ein, verglichen mit 1917-20, günstiger Faktor erschien auch die Unterstützung tiefgreifender gesellschaftlicher Strukturreformen durch Gruppierungen außerhalb der Arbeiterbewegung. Es gab vorübergehend so etwas wie eine bürgerliche Linke von Gewicht.

Ob es sich in den Jahren 1944 bis 1947 tatsächlich um eine gesamteuropäisch vorrevolutionäre Situation handelte, wäre ein eigenes Thema. Bezüglich Deutschlands ist zurecht auf die Kompliziertheit der sozialen und politischen Bedingungen in der Zusammenbruchsgesellschaft, auf die Fragilität und Diffusität der auch hier nachweisbaren antifaschistisch-antigroßkapitalistischen Massenstimmung hingewiesen worden. Abgesehen davon, scheiterte der Vormarsch der Linken hier wie anderswo bereits an der Unfähigkeit und Unwilligkeit der britischen Labour-Regierung, eine von den USA unabhängige Führungsrolle in Europa zu übernehmen. Labour wurde vielmehr zum Vorreiter einer proamerikanischen, von den US-Gewerkschaften massiv unterstützten Orientierung der westeuropäischen Sozialdemokratie einschließlich der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaftsbewegung.

Erfolgreich konnte diese Ablenkung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vom Ziel des sozialistischen Neubaus deshalb sein, weil die reale Umwälzung im östlichen Mitteleuropa und in Südosteuropa mehr und mehr, von Anbeginn spürbar, auf eine Angleichung an die Methoden und Strukturen der Stalinschen Diktatur in der Sowjetunion gerichtet war. Diese stalinistische Überformung der "antifaschistisch-demokratischen" bzw. "volksdemokratischen" Umgestaltungen schlug direkt und indirekt auf Westeuropa zurück, wo die Stalinisierung bzw. Restalinisierung der kommunistischen Parteien insbesondere in Frankreich, später ebenso in Italien dazu beitrug, die breite und lebendige Aktionseinheit der Arbeiterbewegung um 1945 zu zerstören. Ab Ende der vierziger Jahre tat zudem im westlichen Europa die Verbesserung der Lebensverhältnisse aufgrund der Wiederbelebung und Neustrukturierung der kapitalistischen Weltwirtschaft ihre Wirkung. Es kam zu einer historisch einmaligen Verbesserung des Reallohns und generell der materiellen Lebensbedingungen. – Ich habe die Konstellation am Ende des Zweiten Weltkriegs etwas ausführlicher behandelt, weil sie als Erfahrungshintergrund der in den fünfziger bis siebziger Jahren bestimmenden Altersgruppen den Ausgangspunkt der dann folgenden unversöhnlichen Fraktionierung der Arbeiterbewegung entsprechend den Fronten des Kalten Krieges bildete.

Von heute aus erscheinen die vier Jahrzehnte zwischen 1950 und 1990 unter dem Gesichtspunkt der Arbeiterbewegung als Übergangsperiode. Die Voraussetzungen, unter denen bestimmte historische Phänomene als Arbeiterbewegung bezeichnet werden können, änderten sich, zunächst eher schleichend. Ich habe dabei wiederum speziell Deutschland (West) im Blick. Die Einbeziehung der anderen europäischen Länder modifiziert die Aussagen lediglich. Allerdings sah es zeitweise so aus, als ob sowohl hinsichtlich der Ausformung des Klassengegensatzes, als auch hinsichtlich der Intensität und Ausdehnung der Klassenkämpfe der Trend in West- und Südeuropa umgekehrt worden sei. Schon deutlich vor 1990 war jedoch klar, daß dem nicht so war.

Streiks von teilweise beträchtlicher Ausdehnung und Militanz schienen seit den späten sechziger Jahren das Wiederaufkommen einer potentiell revolutionären Arbeiterbewegung anzuzeigen, getragen von einer jüngeren, nicht mehr von den Niederlagen und demobilisierenden Erfahrungen der Jahrzehnte davor geprägten Generation. Typisch für diese jüngeren Arbeiter war, daß sie neben den traditionellen Lohn- und Arbeitszeitforderungen vermehrt die Autoritätsverhältnisse in den Betrieben attackierten. Der französische Generalstreik vom Mai 1968, die wiederholten Massenstreiks in Italien und Großbritannien (bis zum legendären Bergarbeiterstreik von 1984/85) und andernorts konnten – zumal nach dem Übergang zu einer stärker krisenhaften Phase der kapitalistischen Weltwirtschaftsentwicklung nach 1974 – auch bei nüchterner Betrachtung den Eindruck vermitteln, als seien die fünfziger und sechziger Jahre eine durch außerordentliche Bedingungen ermöglichte Zeit der vorübergehenden Flaute der Klassenkämpfe gewesen, die nun vorbei sei. In langer Perspektive handelte es sich bei den Massenstreiks der sechziger bis achtziger Jahre indessen vielmehr um das letzte Aufflammen des alten Arbeiterradikalismus.

In Westdeutschland setzte sich schon bis Mitte der sechziger Jahre so etwas wie die Entproletarisierung der Lebenshaltung der Arbeiterfamilien durch; die untere Hälfte der Gesellschaft wurde, ohne ihren Lohnabhängigen-Status zu verlieren, Teil der Konsumgesellschaft. Der Anteil der Arbeiter gegenüber dem der Angestellten im Produktionsbereich und vor allem der Anteil der dort Beschäftigten insgesamt gegenüber dem Dienstleistungssektor nahm jetzt kontinuierlich ab. Die alten Industrien wie Kohle und Stahl verloren ihre ganze Regionen prägende Bedeutung und wurden systematisch abgebaut. Für die Kinder der Arbeiter und noch mehr für die Kinder aus den abhängigen Mittelschichten bot die Bildungsexpansion der siebziger Jahre vorher nicht gekannte Aufstiegschancen.

Parallel dazu und sogar noch schneller als die Gesellschaft änderte sich der soziale Charakter der SPD, bei der das traditionelle Facharbeitermilieu zugunsten der neuen Intelligenzschichten und des öffentlichen Dienstes mehr und mehr an den Rand geriet, während sich zugleich die Reformprogrammatik der Partei von ihrem arbeiterbewegungsozialistischen Ursprung löste. Für die Gewerkschaften nahmen sich die Veränderungen nicht ganz so dramatisch aus, aber auch hier spielte der Kampf- und Bewegungscharakter der Organisationen zugunsten ihrer Eigenschaft als Dienstleistungsapparat eine abnehmende Rolle. Protestpotential in den unteren Schichten der Arbeiter-

bevölkerung, sofern es sich in Wahlen überhaupt artikuliert, schlägt inzwischen eher nach rechtsaußen als nach links aus, und das nicht nur in Deutschland.

V.

Das, was gemeinhin "Globalisierung" genannt wird, begünstigt mittlerweile eine erneute Entgrenzung des Marktkapitalismus, so daß nach dem Scheitern des sowjetkommunistischen Modells auch das wohlfahrtsstaatliche Nachkriegsmodell insbesondere der skandinavischen Sozialdemokratie, also der Idee eines Sozialismus im Rahmen des Kapitalismus, radikal infrage gestellt ist. Währenddessen verändert der Durchbruch der neuesten Technologien, namentlich der Mikroelektronik, die Arbeitswelt radikaler als alles seit der Einführung der mechanisierten Großindustrie. Die Arbeiterexistenz im traditionellen Sinn ist generell nicht mehr gesellschaftsprägend, obwohl der Anteil der selbständigen Wirtschaftssubjekte seit den fünfziger Jahren noch einmal erheblich zurückgegangen ist. Die zunehmende Segmentierung gesellschaftlicher Erfahrung und das Ausscheiden beträchtlicher Bevölkerungsgruppen aus dem – gerade in der Sicht der Arbeiterbewegung – "normalen" Status lebenslanger Vollerwerbstätigkeit machen die Wahrnehmung gesellschaftlicher Grundstrukturen durch die Individuen nur noch schwer möglich.

Die soziale Ungleichheit nimmt wieder zu, auch in den hochentwickelten Ländern, wo teilweise ein Kapitalismus ohne Industrie, ja ohne Arbeit, entsteht. Die euphemistische Formulierung von den "Modernisierungsverlierern" beschreibt die ständig neue und schon seit den achtziger Jahren wieder verstärkte Hervorbringung marginalisierter und relativ pauperisierter Schichten noch unterhalb der etablierten Arbeiterschaft und weitgehend ohne Beziehung zur Arbeiterbewegung: Berufslose und, meist wegen geringer Qualifikation, längerfristig Erwerbslose, unter ihnen besonders Jugendliche, Kinderreiche, besonders Alleinerziehende, Alte, Behinderte und Kranke, Sozialhilfeempfänger und Kleinrentner, scheinselbständige Kümmerexistenzen, Drogenabhängige und Kleinkriminelle sowie andere Gruppen. Sie bilden einen beträchtlichen Teil, je nach Rubrizierung bis zu einem Drittel der Bevölkerung. Die Existenz dieses neuen (Sub-)Proletariats aus den Schwächsten der Gesellschaft stellt die in Europa vielerorts regierende Sozialdemokratie vor die Frage, ob solche Pauperisierungstendenzen nicht die Grundlagen der eigenen parteipolitischen Existenz, sofern damit noch eine bestimmte inhaltliche Substanz verbunden ist, unterminieren, war doch die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert aus Protest gegen die krasse Ungleichheit entstanden und hatte ihre tatsächliche Funktion darin gefunden, den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grad zu zivilisieren und zu humanisieren.

Für die Gewerkschaften, die in der Vergangenheit – in manchen Ländern mehr als in anderen – sozial vereinheitlichend wirken konnten, liegt es nahe, das größte Manko in dem geringen Organisationsgrad der neuen Arbeitnehmergruppen mit auch individuell starker Marktposition zu sehen, statt sich den unteren und zu den Verlierern zählenden Arbeiterschichten mit derselben Intensität zuzuwenden. Die Aufgabe, einer sozialen Zerklüftung innerhalb der werktätigen Bevölkerung entgegenzuwirken,

stellt sich zudem nicht nur innerhalb der einzelnen Länder, sondern auch für die Europäische Union. Bislang können die Gewerkschaften der Kapitalseite auf europäischer Ebene nicht Paroli bieten. Sie drohen, sollten sie die genannten Herausforderungen nicht bewältigen, längerfristig auf das Niveau amerikanischer oder gar japanischer Gewerkschaften reduziert zu werden.

Wenn man die neu industrialisierten bzw. sich industrialisierenden Länder, die "Dritte Welt" und die Schwellenländer, in die Betrachtung einbezieht, stellt sich die Lage gewiß anders und in mancher Hinsicht eindeutiger dar. Dort wächst unter gesellschaftlichen Verhältnissen, die vielfach von subproletarischem Massenelend gekennzeichnet sind, die Arbeiterklasse im traditionellen Sinn weiter an, und Arbeiterorganisationen spielen immer wieder eine zentrale Rolle beim Ringen um Demokratisierung und sozialen Fortschritt. Es ist wahrscheinlich, das sich das Schwergewicht der "alten" Arbeiterbewegung in die südliche Hemisphäre verlagern wird. Ich sehe allerdings derzeit keine Anzeichen dafür, daß diese Länder oder einige davon theoretisch-programmatisch und organisatorisch eine internationale Avantgarderolle übernehmen könnten.

Die Individualisierung unserer Gesellschaft, zu deren Begleiterscheinungen die Auflösung der sog. sozialmoralischen Milieus, einschließlich des Arbeitermilieus gehört, wird sich nicht einfach rückgängig machen lassen. Die Frage lautet heute wohl eher, ob kleine soziale Netzwerke auf der Grundlage und mit Hilfe nachindustrieller Verkehrsformen vereinheitlicht werden können. Dies wäre allerdings die Voraussetzung dafür, daß aus der Vielheit der in Netzwerke eingebundenen sozialen Proteste und Initiativen eine große solidarische und emanzipatorische Bewegung hervorgehen könnte. Es scheint jedenfalls nicht so zu sein, daß Beruf, Qualifikation und Arbeitsplatz ihre wesentliche Bedeutung für das Selbstverständnis der einzelnen Menschen eingebüßt hätten. Wird jedoch die Arbeiterbewegung oder das, was daran anschließt, imstande sein, ein Verständnis von "Arbeit" zu entwickeln, das deren markt- und industriegesellschaftliche Bestimmung erweitert und den für die Menschheit mehr denn je überlebenswichtigen solidarischen Aspekt ihrer Gestaltung integriert?

Daß die klassische Arbeiterbewegung in Europa an ihr Ende gekommen ist, bedeutet nicht, daß den Kapitalismus korrigierende oder grundsätzlich kritisierende Kräfte nicht in veränderter Gestalt wirksam werden. Alle historische Erfahrung spricht vielmehr gegen die Annahme dauerhafter Domestizierung der abhängigen Menschen, dauerhafter Zersplitterung sozialer (und heute auch ökologischer) Protestbewegungen bzw. Initiativgruppen. Ansätze zur Vereinheitlichung waren bereits zu erkennen wie die weitgehend spontane Streik- und Demonstrationsbewegung, die vor einigen Jahren den Sturz der bürgerlichen Regierung Frankreichs einleitete. Auch die Internationale der Globalisierungskritiker wäre hier zu nennen. In welchen parteipolitischen Konstellationen oder Kombinationen eine neue Sozialbewegung, vermutlich bestehend aus mehreren kleineren, auch immer Ausdruck finden könnte, ich zweifele nicht daran, daß sie auf die Organisationsformen, namentlich auf die Gewerkschaften, auf die Traditionen und die Ideale der alten Arbeiterbewegung zurückgreifen wird.

1 Für den Druck redaktionell überarbeiteter Text meines Vortrags aus Anlaß des zehnten Jubiläums der Gründung des "Förderkreises Archiv und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung" und des 75. Geburtstags des langjährigen Herausgebers der "Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (IWK) und späteren Vorsitzenden des Förderkreises Dr. Henryk Skrzypczak, am 5. Mai 2001 in Berlin. Der Vortrag wurde, leicht abgewandelt, außerdem am 31. Mai in einer öffentlichen Veranstaltung der "Stiftung Rechtsschutzsaal" in Friedrichsthal/Saarland gehalten. – Auf eine systematische Belegstruktur ist im Hinblick auf den spezifischen Vortragscharakter des Textes und den Umfang des Themas, der jede nicht auf Überblicks- und Standardwerke reduzierte Auswahl als willkürlich erscheinen lassen müßte, verzichtet worden. Umfassend informiert die von Gerhard A. Ritter im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn, herausgegebene Gesamtdarstellung: Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts (bisher sind erschienen die Bde. 1, 2, 5, 9-12; die Reihe wird über 1945 hinaus fortgesetzt). Etwas Entsprechendes gibt es für andere Länder oder gar für die internationale Ebene nicht. Siehe für die außerdeutsche Arbeiterbewegung nach wie vor Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung, München 1986 (HZ, Sonderheft 15) sowie Dick Geary: European Labour Protest 1848-1939. London 1981 (dt. München 1983).

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein biographischer Vergleich[1]

Annelies Laschitza

Es gibt wohl kaum einen Biographen, der sich nicht zu Vergleichen herausgefordert sieht. Allerdings ist die vergleichende Methodologie gerade in der Biographik leichter bejaht als praktiziert. Nicht nur eigene Erfahrungen besagen, daß gründliche Vergleiche letztendlich doch nur punktuell, meistens auf einige wichtige Probleme konzentriert, vorgenommen werden. Um so erstaunlicher ist es, in der frühen Geschichte der Biographik z. B. auf Plutarch zu stoßen, der in seinen über 44 Biographien je einen Griechen und Römer verglichen, also Parallelbiographien geschrieben hat. Aus einem anregenden Gespräch mit Ernst Engelberg ist mir in Erinnerung geblieben, daß er mit einer Doppelbiographie über August Bebel und Jean Jaurès liebäugelte. Wie begeistert er über die reizvollen Gestaltungsmöglichkeiten sprach, entsann ich mich, als ich kürzlich Eisenstein und Majakowski in einem Buch dargeboten sah und über eine neuwertige Sicht auf zwei einzigartige Persönlichkeiten in Entscheidungssituationen ein- und derselben Zeit las.[2]

Glauben Sie nun bitte nicht, ich hätte die Absicht, meine Rosa-Luxemburg-Biographie zu einer Doppelbiographie mit Karl Liebknecht zu erweitern. Das Thema meines Vortrages wählte ich vielmehr deshalb, weil ich den Eindruck habe, daß Karl Liebknecht zu sehr in den Hintergrund des biographischen Interesses gerückt und rezeptionsgeschichtlich in den Schatten von Rosa Luxemburg geraten ist. Im allgemeinen wird er mit ihr zusammen fast nur noch als Mitbegründer der Spartakusbewegung und der KPD und als mit ihr an einem Tag Ermordeter erwähnt. Es besteht die Gefahr, daß Karl Liebknecht als Persönlichkeit der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts verblaßt, daß er künftigen Generationen so gut wie unbekannt bleibt.

Die bisherige Biographik zu Karl Liebknecht ist leicht zu überblicken, inzwischen Jahrzehnte alt und ist auf dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen vor allem in und zwischen den beiden deutschen Staaten der 70er/80er Jahre in Ost wie West von Einseitigkeiten und Verzeichnungen im Gefolge der System- und Ideologiekämpfe gekennzeichnet.[3] Die frühen Pfemfertschen Veröffentlichungen, die 1919 und 1920 mit Unterstützung von Sophie Liebknecht herauskamen, vermochten fast mehr persönliches Kolorit zu vermitteln, als das die Biographen 50 bis 60 Jahre später wollten bzw. konnten.[4] Eine Gesamtbiographie, in der Persönliches, Berufliches, Politisches, Familien- und Beziehungsgeschichtliches eine quellen- und wirklichkeitsnahe Komposition erfahren, müßte wirklich noch geschrieben werden.

Erfreulicherweise ist Leipzig der Ort, wo in den letzten Jahren das Geburtshaus Karl Liebknechts als politische und kulturelle Begegnungsstätte behauptet und als Eigentum der PDS erstritten worden ist, wo auf der Grundlage wertvoller Detailstudien von Matthias John zwei seriöse Publikationen über die Kindheit, die Schul-

und Studienzeit Karl Liebknechts entstanden sind.[5] Ein weiterer wertvoller Beitrag zur Liebknechtforschung liegt mit der Neuherausgabe von "Karl Liebknecht. Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Fragment" durch Thomas Schulze 1995 vor.[6] Das Büchlein mit Karl Liebknechts Briefen an seine Kinder sowie einem Vorwort zur Familien- und Nachlaßgeschichte ist vergriffen.[7] Die Restbestände einer Biographie in Dokumenten wurden 1989/1990 wegen fehlender Gelder für die Lagerkapazität eingestampft.[8]

In den folgenden Ausführungen möchte ich versuchen, durch einige biographische Vergleiche von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht darauf aufmerksam zu machen, wie unterschiedlich die beiden lebten, dachten, sich positionierten und handelten, obwohl sie gleiche Ziele verfolgten, gleiche Gegner bekämpften, mehrfach politischen Verurteilungen unterlagen und sogar im persönlichen Bereich zum Teil ähnliche Konfliktzonen betraten. Ich hoffe, verdeutlichen zu können, daß sich mit Karl Liebknecht sowohl eine ganz andere Persönlichkeitsstruktur als auch ein anderes persönliches und gesellschaftliches Umfeld und damit andere Erfahrungswerte als bei Rosa Luxemburg erschließen lassen, die aus historischem und nicht minder aktuellem Interesse wissens- und beachtenswert sein dürften.

Darüber hinaus versprechen Vergleiche, einige Anhaltspunkte für die Beantwortung der oft gestellten Frage zu liefern: Warum arbeiteten die beiden Gleichaltrigen und Gleichgesinnten, die beide ab der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in der deutschen Sozialdemokratie auf dem linken Flügel tätig waren, vor 1914 fast gar nicht zusammen, warum reagierten sie selbst in gesellschaftspolitisch brisanten Aktionen fast nicht aufeinander? Danach wird mit Recht gefragt, wenn man bedenkt, daß es bei Rosa Luxemburg nur in einem Brief von 1910 eine Bemerkung gibt, was sie zu Karl Liebknechts Schrift "Militarismus und Antimilitarismus" von 1907 meint, obwohl sie doch selbst schon 1899 zum selben Thema ihrer Schrift "Sozialreform oder Revolution?" einen Anhang beigefügt und auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris 1900 das Hauptreferat gehalten hatte. Als sie Anfang Dezember 1910 August Winnigs Broschüre "Preußischer Kommiß" las, spöttelte sie: "Dieses Büchlein wird sicher zehnmal mehr wirken als die Liebknechtsche Broschüre über Militarismus".[9] In ihren fast 2000 erhalten gebliebenen Briefen bis 1914 wird Karl Liebknecht lediglich siebenmal direkt und zweimal indirekt erwähnt. In ihren deutschsprachigen Schriften, Aufsätzen und Reden taucht er bis 1914 noch spärlicher auf, nur sechsmal und dabei zumeist indirekt.

Andererseits findet sich bei Karl Liebknecht im Zusammenhang mit seinem "Militarismus und Antimilitarismus" kein direkter Bezug oder Verweis auf Rosa Luxemburgs Ansichten. Auch an der Debatte zu ihrem Erklärungsversuch des Imperialismus in "Die Akkumulation des Kapitals" beteiligte er sich 1913 nicht, obwohl er in diesem Jahr im Reichstag seinen Vorstoß gegen das Rüstungskapital, insbesondere gegen den Krupp-Konzern, begann und sich damit ebenfalls mit Erscheinungen und Triebkräften imperialistischer Weltpolitik beschäftigte. Darauf wiederum ging Rosa Luxemburg nicht ein. Erst als sie im Frühjahr 1914 wegen ihres konsequenten anti-

militaristischen Auftretens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, trat Karl Liebknecht im preußischen Abgeordnetenhaus energisch zu ihrer Verteidigung auf.[10] Auch erst zu dieser Zeit hob Rosa Luxemburg das erste Mal den "berühmten Liebknechtschen Hochverratsprozeß"[11] von 1907 hervor und empfahl Karl Liebknecht als Referenten zum Thema "Militarismus und Antimilitarismus".[12]

Im Jahre 1910 fochten sie bekanntlich beide für eine demokratische Republik in Deutschland, Rosa Luxemburg erhob die Forderung direkt zur Kampflosung, Karl Liebknecht erstrebte sie de facto durch seine Leitsätze über die preußische Verwaltungsreform. Beide traten sie für die Steigerung der Massendemonstrationen zum politischen Massenstreik gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht ein. Aber sie kooperierten auch in diesem Jahr kaum miteinander. Karl Liebknecht erbat sich zwar bei Konrad Haenisch die Massenstreikartikel Rosa Luxemburgs und unterstützte die Massenstreikresolution Rosa Luxemburgs auf dem Magdeburger Parteitag[13], doch Rosa Luxemburg äußerte sich im März 1910 in ihrer erstmaligen direkten Erwähnung Karl Liebknechts nicht gerade wohlwollend: Sein Standpunkt sei der gleiche wie immer, "*ein Sprung nach rechts, einer nach links*"[14].

Unwillkürlich drängen sich als Fragen auf: Mochten sie sich persönlich nicht leiden und respektieren? Waren Ihre Interessen- und Freundeskreise so weit voneinander entfernt, daß sie sich gegenseitig nicht sonderlich wahrnehmen brauchten oder mußten? Oder gibt es da noch viel mehr an Unterschieden, aus denen sich die relativ lange Distanz zwischen den beiden erklären läßt, die dauerhaft wirksam erst bei Kriegsbeginn im Sommer 1914 überwunden wurde?

1. Bereits *beim Vergleich ihrer Herkunft und ihres Eintritts in die organisierte sozialdemokratische Bewegung* ist da einiges Interessante zu entdecken.

Beide waren sie um dieselbe Zeit geboren, hatten 4 bzw. 6 Geschwister, entstammten aufgeklärtem und gesellschaftlich engagiertem Bildungsbürgertum ihrer Länder, erwarben das Abitur, studierten, und sie promovierten beide 1897. Bereits da waren einige Unterschiede zu erkennen. Rosa Luxemburg konzentrierte sich ausschließlich auf die modernen Sprachen - lernte neben Polnisch und Russisch, Deutsch, Englisch und Französisch - und las begierig klassische und moderne Weltliteratur. Karl Liebknechts Vorliebe galt Griechisch und Latein, er vertiefte sich in alte Geschichte, schwärmte für die Renaissance, und er lernte die englische und französische Sprache. Während er sich zu einem Musikkenner und -liebhaber entwickelte, erfreute sich Rosa Luxemburg an musikalischer Darbietung mehr zur Entspannung bzw. aus Geselligkeit. Karl Liebknecht studierte Jura, Rosa Luxemburg Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte.

Rosa Luxemburg besorgte sich als Jugendliche erste sozialistische Schriften, die nach Warschau eingeschmuggelt worden sind, und las das illegal kursierende Schriftgut heimlich. Bei Karl Liebknecht stand die sozialistische Literatur griffbereit im Bücherschrank des Elternhauses. Rosa Luxemburg mußte das Elternhaus, das zur sozialistischen Bewegung keinerlei Verbindung hat, verlassen, um in Zürich studieren zu können, sah ihre Mutter bis zu deren Tod 1897 nicht wieder; auch mit dem Vater

waren die persönlichen Begegnungen bis zu dessen Tod 1900 auf kurze Zeiten begrenzt. Mit den Geschwistern hatte sie häufiger Kontakt, sofern sie sich außerhalb Polens aufhielten. Karl Liebknecht dagegen wohnte als Student im Elternhaus, studierte wie alle vier Brüder, nicht zuletzt auch, weil es der Vater, Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, für unumgänglich hielt, einen achtenswerten Beruf zu erlernen, wenn man finanziell unabhängig parteipolitisch tätig werden will. Rosa Luxemburg verfaßte bereits als Studentin sozialistische Schriften, wurde als junge Studentin Mitbegründerin der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und drang zu Tagungen der Sozialistischen Internationale vor, auf deren Pariser Tagung 1900 sie das Hauptreferat über Völkerfrieden, Militarismus und stehende Heere hielt. Um diese Zeit erst, nach dem Tode seines Vaters im August 1900, wurde Karl Liebknecht mit 29 Jahren Mitglied der deutschen Sozialdemokratie. Geschichte und Anliegen dieser Partei waren ihm allerdings aus erster Hand im Hause des Chefredakteurs des "Vorwärts" vertraut. Viele internationale Sozialisten lernte er persönlich kennen. Karl Marx und Friedrich Engels waren seine Patenonkel.

Um die Jahrhundertwende hatte Rosa Luxemburg gegenüber Karl Liebknecht schon fast zehn Jahre Erfahrungen aus eigener politischer Tätigkeit in der polnischen und russischen Emigration in der Schweiz und in Paris, aus Pressepolemiken und Parteitagsauftritten in der deutschen Sozialdemokratie sowie aus Erlebnissen auf internationalen Sozialistenkongressen in Zürich, London und Paris voraus. Sie hatte bereits eine ganze Palette eigenes sozialistisches Schriftgut aufzuweisen. All das dürfte bei ihrem ausgeprägten Selbstbewußtsein und ehrgeizigem Geltungsbedürfnis durchaus ein Überlegenheitsgefühl gefördert haben, das ihre kritische Reserviertheit Karl Liebknecht gegenüber erklären hilft. Dagegen dürften Karl Liebknechts ursprüngliche Zurückhaltung und Befangenheit in den Strategie-und-Taktik-Debatten der Partei eine Ursache darin haben, daß es ihm keineswegs angenehm war, von Anfang an als Sohn des "Alten", des "Soldaten der Revolution" und des "Hochverräters" von 1870/71 beobachtet und bewertet zu werden. Respekt und Achtung vor der Partei und deren Repräsentanten wurden zudem durch die Erlebnisse während der Sozialistenverfolgungen unter Bismarck erzeugt, wo er als Schuljunge mit Mutter und Geschwistern in Leipzig, von Freunden unterstützt, von Gegnern beargwöhnt und beschimpft, verbleiben mußte, während der Vater in Borsdorf bei Leipzig campierte und selbstlos die Parteiarbeit fortsetzte. Es schien Karl Liebknecht wohl direkt anerzogen, die 1890 errungene Legalität der deutschen Sozialdemokratie nicht aufs Spiel setzen zu dürfen. In seiner Diskussionsrede auf dem Magdeburger Parteitag 1910 bekräftigte er im Disput: "Ich habe natürlich auch nicht gesagt - wie Leinert spotten zu dürfen glaubt -, daß ich die Disziplin mit der Muttermilch eingesogen habe, das wäre ja lächerlich, sondern daß ich mit der Muttermilch eingesogen habe die Worte meines Vaters, daß die Disziplin ein Heiligtum, der Stolz und eine Lebensnotwendigkeit der Partei sei."[15] Daß Karl Liebknecht regelrecht familiär in die sozialdemokratische Bewegung hineinwuchs, daß ihm die uneingeschränkte Anerkennung der Rolle des Vaters in der Parteientwicklung eine anerzogene Selbstverständlichkeit war, hatte bis zu einem bestimm-

ten Maße zur Folge, daß er eine höhere Achtung vor dem Parteiganzen und vor den Autoritäten und eine größere Furcht vor dem Verlust des parteigeschichtlich errungenen Entwicklungsstandes hatte als Rosa Luxemburg, die von der deutschen Parteigeschichte bis 1898 nahezu unbeeinflußt und damit viel unbefangener und kritischer war.

Sie war bis 1898 in der Emigration in einer kleinen illegal nach Polen und Rußland hineinwirkenden Partei tätig, von der im Kampf gegen den russischen Zarismus auf konspirativem Wege alles riskiert werden mußte. In die deutsche Partei kam sie, als diese die Zeit der Sozialistenverfolgungen überstanden und sich zu einer respektablen Massenpartei mit wachsendem Einfluß entwickelt hatte, in der es folglich bei der Wahl der Kampfmittel und Ziele nicht zu bedächtig zugehen sollte. Die erreichte Macht sollte, so meinte Rosa Luxemburg, zu revolutionärer Oppositions- und Realpolitik ausgenutzt werden und nicht in einer lediglich aufs Parlament, aufs Wahlrecht und auf machbare Reformen ausgerichteten Orientierung versiegen oder gar in grenzenlosem Opportunismus versumpfen.

Karl Liebknecht wurde Ende 1901 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt und begann von unten auf seinen parlamentarischen Werdegang. 1902 schrieb er das erste Mal über sozialdemokratische Taktik und 1904 nahm er das erste Mal an einem Parteitag teil. In den Jahren davor galt seine Hauptaufmerksamkeit dem Abschluß seiner Berufsausbildung, der Eheschließung mit Julia Paradies, der Familiengründung - 1901 wird Sohn Wilhelm, 1903 Sohn Robert geboren - sowie dem Ausbau der mit seinem Bruder Theodor 1899 eröffneten Rechtsanwaltspraxis. Das unmittelbare Erleben von damit verbundenen Problemen des familiären und beruflichen Alltags prägte seine Fähigkeit aus, sich rasch in Situationen anderer Menschen hineinversetzen zu können und Verständnis für menschliche Konflikte in Familie und Beruf aufzubringen.

Sein erster Aufsatz im 20. Jahrgang der "Neuen Zeit" 1901/1902 galt einem brisanten Streitpunkt in der internationalen Arbeiterbewegung, bei dem es um das Für und Wider des erstmaligen Eintritts eines Sozialisten in ein bürgerliches Kabinett, um den Eintritt Millerands in die Waldeck-Rousseau-Regierung der Republik Frankreich, ging. Er überschrieb ihn mit "Die neue Methode". Rosa Luxemburg hatte dazu im vorausgegangenen 19. Jahrgang der "Neuen Zeit" 1900/1901 in einer mehrteiligen Artikelfolge "Die sozialistische Krise in Frankreich" Stellung genommen.

2. Diese beiden *Stellungnahmen gegen den Millerandismus* als sozialreformerische Praxis und Illusion lohnt es zu vergleichen.

Rosa Luxemburg polemisierte insbesondere gegen Georg von Vollmar, der zu den eifrigsten Befürwortern des Millerandismus gehörte und sie während der Bernsteindebatte auf dem Stuttgarter Parteitag 1898 einen Gelbschnabel geheißen hatte, dessen Großvater er sein könnte. Die tragende Meinung ihrer Artikelfolge war: "In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer *oppositionellen Partei* vorgezeichnet, als *regierende* darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten."[16] Sie kritisierte die Ignoranz Vollmars gegenüber der Ab-

lehnung des Regierungseintritts in einer internationalen Umfrage durch Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Paul Singer und Karl Kautsky. Sie zerpflückte die Thesen des von ihr verehrten Jaurès von der Republik als Übergangsstadium einer gemeinsamen Herrschaftsausübung von Bourgeoisie und Proletariat, vor allem seine Idee der sozialistisch-radikalen Regierungsfähigkeit. Besonders intensiv setzte sie sich mit der Geschichte Frankreichs, den Klassen, Parteien und Regierungskoalitionen in den drei Republiken seit 1789 und mit den sozialstrukturellen Veränderungen in den letzten 30 Jahren auseinander. Im Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland räumte sie ein, daß ein differenziertes Verhältnis zur demokratischen Republik berechtigt und eine entsprechende Strategie und Taktik der Sozialisten ständig neu zu überdenken sei. Dies alles dürfe jedoch nicht auf Prinzipien- und Disziplinlosigkeit basieren. Ausführlich legte sie dar, was sie unter revolutionärer Realpolitik verstand, und verwies dabei auf wesentliche Unterschiede, die es im Verhältnis von Sozialisten zur Zentralregierung und zur Kommunalpolitik zu berücksichtigen gelte.

Einen Bezug auf diese Artikelfolge Rosa Luxemburgs gibt es in Karl Liebknechts Aufsatz nicht. Er begann mit einer Polemik gegen das Mißverstehen und Verzerren der Marxschen Ansichten von der Revolution und der Diktatur des Proletariats, argumentierte dezidiert mit Hinweisen auf Formulierungen im "Kommunistischen Manifest", sprach aber zugleich von Irrtümern, Unvollkommenheiten, Widersprüchen bei Marx, "dieses induktivsten aller philosophischen Genies"[17]. Auch das "Manifest" sei nicht aus einem Gusse, trüge einige agitatorische und schlagwortartige Züge. Er wies auf das 24. Kapitel des ersten Bandes des "Kapitals" hin, bezeichnete den Marxismus als Lehre von organischer Fortentwicklung, als gesellschaftsorganisatorischer Entwicklungslehre. Das Charakteristikum der von Jaurès verherrlichten "neuen Methode" liege "1. in dem wahren Gottvertrauen auf eine mystische Wunderkraft, genannt 'Demokratie'; 2. in der Unterschätzung des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sowie in der daraus resultierenden Hoffnung auf friedlich glatte Entwaffnung und Gewinnung der Bourgeoisie oder ganzer Teile von ihr, vor allem durch die Kraft der Überredung; 3. - trotz aller Vorbehalte - in dem Abschwören der 'Revolution', der 'gewaltsamen' Aktion."[18] Mit Güte und Überredungskünsten die Gesellschaft grundlegend verändern zu wollen, sei blanke Utopie. Zweifellos seien die Kräfte, die im Kampfe der Klassen walten, mannigfaltig, und er stellte nicht in Abrede, "daß manche Nichtproletarier, selbst Kapitalisten, auch einem Überreden, dem Einflusse gewisser humanitärer Ideen und einer etwaigen 'öffentlichen Meinung', einer Einsicht in die Richtung der Entwicklung, in ihr eigenes, besser verstandenes Interesse zugänglich sind"[19]. Er nannte die demokratische Republik die elastischste Staatsform, warnte aber Jaurès vor Illusionen vom Sozialisierungsprozeß im Schoße des Kapitalismus und vor Mißdeutungen des Römischen Rechts. Die "neue Methode" betrachte fälschlicherweise "als wesentliche Eigenschaft der 'Demokratie' nicht so sehr die Herrschaft der Mehrheit, als die Rücksicht auf die Minderheit"[20]. Entschieden wandte sich Karl Liebknecht dagegen, daß sein Vater für die Rechtfertigung des Millerandismus reklamiert wurde. Indem er sich auf

die Gesamtheit der Lebensarbeit Wilhelm Liebknechts berief, schleuderte er den Verfechtern der "neuen Methode" entgegen: "Hände weg! Der gehört euch nicht!"[21] Wie Rosa Luxemburg 1898 von Georg v. Vollmar als junge Unerfahrene abgekanzelt wurde, so wurde Karl Liebknecht 1902 auf dem Münchner Parteitag, an dem er nicht teilnahm, von Bernstein als einer gescholten, der hochtrabend und anmaßend den "revisionistischen Aufkläricht" beschimpfe, obwohl er selbst noch nichts geleistet habe.[22] Die Phalanx der alten "gestandenen" Sozialdemokraten gegen junge linke Polemiker unterstrich auf ihre Weise, daß sich hier zwei relativ junge und zudem unterschiedlich erfahrene Sozialdemokraten, ohne sich abzustimmen oder einander besonders zu respektieren, zum Regierungseintritt eines Sozialisten, zu Reformen, zu Demokratie, zur demokratischen Republik und zum revolutionären Übergang zum Sozialismus mit Bezugnahmen auf Marx und Engels positionierten. Jeder zeigte sich auf seine Art undoktrinär und kritisch gegenüber einzelnen Marxschen Diktionen, ging aber grundsätzlich vom "Kommunistischen Manifest" aus. Beide richteten ihre Polemik gegen Jaurès als einem einflußreichen Befürworter des Millerandschen Schrittes mit übertriebenen Erwartungen in einen gewaltfreien Übergang zum Sozialismus. Während allerdings Rosa Luxemburg das Schwergewicht ihrer Argumente auf die Geschichte, Gegenwart und Perspektiven der französischen sozialistischen Bewegung legte und grundsätzlichere Folgerungen für die internationale Arbeiterbewegung anbot, konzentrierte sich Karl Liebknecht auf Erfahrungen der deutschen sozialdemokratischen Bewegung, verweilte ausführlicher bei den vielfältigen Möglichkeiten demokratischer Entwicklungen und verteidigte insbesondere seinen Vater, indem er dessen Ansichten zu Reformen, Kompromissen und zu einer solchen gefährlichen Situation für die Demokratie wiedergab und interpretierte, in der im Ernstfalle eine Regierungsbeteiligung der Partei, nicht eines einzelnen Sozialisten, gerechtfertigt wäre.

3. Im Anschluß daran ist interessant zu vergleichen*, wie und wann Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihre philosophischen Kenntnisse zu erweitern und anzuwenden suchten.*

Beide griffen in dem Moment, als sie das erste Mal hinter Schloß und Riegel mußten, zu philosophischer Lektüre. Rosa Luxemburg begab sich 1904 im Zwickauer Gefängnis auf den "schönsten Ausflug in die Leibnizische Gebirgsgegend"[23], aus der sie auch nicht durch Amnestie herausgerissen werden wollte und deshalb aus dem Gefängnis regelrecht hinausgeschmissen werden mußte. Karl Liebknecht beschäftigte sich auf der Festung Glatz 1907 bis 1909 mit Hegels "Phänomenologie", mit Schriften von Schelling und Windelband, mit Arbeiten mehrerer Vertreter des englischen Pragmatismus u. v. a. m. "Nun denke: ich bin ein ganzer Philosoph geworden, schlage mich Tag u. Nacht mit den 'Systemen' herum u. freue u. ärgere mich über alle: meist sinds doch nur großartige mehr künstlerische Phantasien; freilich auch von wissenschaftlicher gewaltiger Intuition."[24], so schrieb er bereits im November 1907 an seine geliebte Sophie Ryss. Bei Rosa Luxemburg gewinnt man sofort den Eindruck, daß sie ihre Zeit rationell einzuteilen wußte, sich sehr beherrscht auf selbst ausgewählte Literatur konzentrierte. Ihr Humanismus war kosmopolitisch gewachsen und weitreichend verwurzelt, vom Widerstandsgeist gegen antisemitische und nationale Unterdrückung

geprägt und der jüdischen Ethik mit besonderem Sinn für soziale Gerechtigkeit tief verbunden. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit ging sie zielstrebig und geordnet, nicht in notorischer Zeitnot wie Karl Liebknecht, vor, ein einmal ausgesuchtes Thema bearbeitete sie mit aller Konsequenz bis zu dem Ergebnis, das sie erreichen wollte. Das beweisen alle ihre Schriften und Bücher, die in den folgenden Jahren entstanden sind, insbesondere ihr Hauptwerk "Die Akkumulation des Kapitals", die "Einführung in die Nationalökonomie" und ihre Einleitung zu ihrer Korolenko-Übersetzung.

Karl Liebknecht ließ sich helfen, bat Freunde und Bekannte um Literaturempfehlungen und bunkerte sich im Glatzer Festungswall mit Literaturbergen ein. Er interessierte sich für Joseph Dietzgen, Ernst Haeckel und Karl Vorländer, machte sich Notizen zu Hugo de Vries, Johannes Reinke, Charles Darwin, Hans Driesch, August Weismann, Karl Kautsky, Max Adler, Ludwig Woltmann, Ernst Bernheim. Bald fühlte er sich von der Fülle, von dem zum Teil nebeneinander Gelesenen erschlagen. Er neigte dazu, zu viel auf einmal bewältigen zu wollen und sich zu verzetteln. Hinter sämtliche philosophischen Systeme versuchte er zu kommen, und kaum, daß er sich ins Literaturstudium vertieft hatte, bedrängt es ihn, ein eigenes System für die Erklärung des menschlichen Daseins und dessen gesellschaftlicher Zusammenhänge und Konsequenzen zu entwerfen. Sein Plan sei so universell und er sehe überall schon Umrisse, könne also zum Ziel kommen, bemerkte er 1908.[25] Ein knappes Jahr später gesteht er Kautsky: "Für 1 1/2 Jahre entwerfe ich einen Plan, der wohl 2 1/2 oder mehr erfordert hätte; u. so halte ich jetzt am Ende lauter Bruchstücke u. skizzierte, oft noch ungeklärte Entwürfe in der Hand. Das ist widerlich. Bin ich hier fort, packt mich wieder der Strudel; u. so sehr ich den liebe, - mit ungeborenen Kindern im Leibe ist man doch zu nichts rechtem zu gebrauchen."[26] Etwa 2000 Blatt DIN-A 6, eng beschrieben mit Notizen, Wertungen, Literaturbelegen und Stichworten, zeugen von seinem Fleiß, aber auch dem Wahne, ein eigenes philosophisches Werk schaffen zu müssen. Doch diese Art der Beschäftigung mit philosophischer Literatur blieb bei ihm auf die Festungshaft 1907 bis 1909 und die Zuchthausjahre 1916 bis 1918 begrenzt. Schließliches Ergebnis ist das von ihm hinterlassene Fragment "Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung", in dem er versuchte, wie Thomas Schulze nach Analyse des von ihm entdeckten Entwurfs aus der Luckauer Zuchthauszeit festgestellt hat, "orientiert an der Entwicklungslinie humanistischer Ideen besonders von Spinoza über Lessing, Herder, Kant, Goethe, Hegel, Fichte eine eigenständige philosophisch-theoretische Begründung für die Einheit von Sozialismus, Humanismus und Fortschritt zu finden. Sie mündete in seine Überzeugung von einem 'neuen Humanismus' der zukünftigen Kulturentwicklung."[27] So kritisch und differenziert dieses Fragment gewiß eingeschätzt werden muß, zumal er es auch einmal als lediglich für die eigene Selbstverständigung bezeichnete, an dem er aber wiederum mehr als an allem anderen hing, so bezeugt es aber dennoch das Bemühen Karl Liebknechts, sich auch auf theoretischem Gebiet zu festigen und zu betätigen. Ihn als atheoretischen Pragmatiker oder voluntaristischen Gefühls- und Gesinnungsmenschen hinzustellen, wird ernsthaften Untersuchungen über theoretische Leistungen ebenso wenig standhalten,

wie ihm generell abzusprechen, marxistisch orientiert gewesen zu sein. So unbestritten die kritisch-kreative Denkerin Rosa Luxemburg in ihrer theoretischen Herangehensweise und wissenschaftlichen Effektivität Karl Liebknecht auch überlegen war, so überprüfenswert dürfte bei Karl Liebknecht sein, welche eigenständigen theoretischen Denkansätze bzw. Leistungen z. B. im Fragment über die Bewegungsgesetze, vor allem aber in seinem Fragment über "Die Internationale der Rüstungsindustrie", in Publikationen wie "Das Zuchthausurteil" oder in seinen politischen Notizen aus dem Zuchthaus Luckau stecken bzw. mit welchen theoretischen Prämissen er seine praktischen Kämpfe führte. Nicht ganz grundlos äußerte er einmal gegenüber Karl Kautsky selbstbewußt: "Aber auch die Praxis und Taktik hat ihre Theorie."[28]

Im Unterschied zu Rosa Luxemburg blieb Karl Liebknecht nicht so ausdauernd auf theoretisches Arbeiten konzentriert. Er neigte dazu, zwischen theoretischen Ambitionen und praktischen Herausforderungen hin- und herzupendeln. Veranlagungen ganz anderer Art, familiäre Umstände, Temperament und Lebensstil, parlamentarische und advokatische Verpflichtungen ließen ihn außerhalb der Haftzeiten wenig Muße für theoretische Überlegungen finden. Vermutlich brachte Karl Radek den Unterschied zwischen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf einen annähernd richtigen Punkt, wenn er meinte, daß Rosa Luxemburgs "streng theoretisch festgelegte Linie seiner breiten suchenden Natur fremd"[29] gewesen sei. "Die Zeit verrinnt u. ich ertrinke im Weltmeer der Wissenschaft; vielleicht rette ich mich noch aus dem Bodenlosen - durch einen Strudel, durch einen Zufall, gleich dem Schiller'schen Taucher"[30] , schrieb er im Sommer 1908 aus Glatz an Sophie Ryss, die wohl wie niemand anders ahnte, daß er sich viel zu viel vorgenommen hatte.

4. Die folgenden Betrachtungen sollen einer gewissen Kurosität im biographischen Vergleich gewidmet sein: Im Jahre 1906 verliebte sich jeder von den beiden in einen viel jüngeren Menschen - Rosa Luxemburg in den 14 Jahre jüngeren Kostja Zetkin und Karl Liebknecht in die 13 Jahre jüngere Sophie Ryss. Bei beiden stehen um diese Zeit wichtige Entscheidungen bevor: Auf Rosa Luxemburg kommt, aus der russischen Revolution nach Deutschland zurückgekehrt, das Angebot zur Lehrtätigkeit an der Parteischule ab 1907 zu. Karl Liebknecht engagiert sich ab 1906 national wie international für selbständige proletarische Jugendorganisationen, verfaßt zu diesem Zweck seine Schrift "Militarismus und Antimilitarismus" und wird 1907 des "Hochverrats" angeklagt und zu 1 ½ Jahren Festungshaft verurteilt. Beide befinden sich zu dieser Zeit in persönlichen Krisen. Für Rosa Luxemburg geht die vieljährige und innige Lebensgemeinschaft mit Leo Jogiches entzwei. Karl Liebknecht wird das 3. Mal Vater, Tochter Vera wird geboren.

Trotz dieses freudigen Ereignisses müssen die ehelichen Mißstimmungen so groß gewesen sein, daß seine Mutter ihm vorhielt, vergessen zu haben, "was Du vor allem Dir, Deiner Familie u. mir, Deiner Mutter, u. dem Namen, den wir tragen, u. Deinen Geschwistern schuldig bist. Du vergaßest, daß nur der Mensch etwas zu leisten imstande ist, der sich wenigstens einigermaßen in der Hand hat. ... Ich weiß, Du wirst Deiner Familie, Deinen prächtigen Kindern gegenüber nicht ein treuloser Vater sein

u. Julia auch wieder so anerkennen, wie Du sie früher anerkannt hast."[31] Zweifellos verstand er die Sorge der Mutter, und er liebte seine Familie, seine Kinder. Doch im Januar 1906 hatte er in Heidelberg in der Kunstgeschichte studierenden Sophie Ryss aus Rostow am Don eine Frau kennen und lieben gelernt, die mit ihrer Zärtlichkeit, ihrer Leidenschaftlichkeit und ihrer Klugheit all seine Sinne gefangenhielt. Bei ihr fand er, wie er schrieb, die langersehnte Ruhe. In den wenigen Stunden verstohlenen Zusammenseins am Rande von Prozeßverhandlungen oder Parteiveranstaltungen ergriff ihn ein Glücksgefühl, das er so bisher nicht kennengelernt zu haben glaubte und das er nie wieder verlieren wollte. Seine Briefe glühen vor Sehnsucht; seiner Sonitschka offenbarte er frank und frei alles, was ihn bewegte, und er fühlte, daß auch er ihr Freude und Halt zu geben vermochte. Doch konnten der heimliche Briefwechsel und der zeitweilige Umwegkontakt zu ihr über Sophies Geschwister Adolf, Sylvia und Mira, die langen Zeiten, die zwischen ihren meist sehr kurzen Begegnungen lagen, nicht von Sehnsuchtsqualen, Zweifeln über die Dauerhaftigkeit der Beziehung und Eifersucht befreien. Sophie versuchte außerdem einige Male vergeblich, sich zurückzuziehen, sich voll auf ihr Studium, die Arbeiten für die Dissertation und erste Anstellungen zu konzentrieren, um nicht an der Zerstörung von Familienleben mitschuldig zu werden. Aber zwischen beiden war leidenschaftliche Liebe so unauslöschlich entbrannt, daß jede noch so kleine und schwierige Möglichkeit für ein erneutes Zusammensein risikobereit wahrgenommen wurde. Außerdem schien für ihn von Anfang an festzustehen: Irgendwann müßten und würden sie offen und für immer zusammenleben. Aber wann und wie das geschehen könnte, quälte ihn unablässig. Zugleich war er hin- und hergerissen, weil er schließlich auch weiterhin ein guter Familienvater sein und von der Großfamilie Liebknecht und deren Freunden vorbehaltlos geachtet werden wollte. Dieser persönliche Konflikt peinigte ihn sechs Jahre, bis er sich mit Sophie 1912 – ein Jahr nach dem Tod seiner Frau Julia – verehelichte. Karl Liebknecht liebte die junge, gebildete, geistig anspruchsvolle und selbstbestimmt lebende Frau mit der zündenden Leidenschaft eines lebens- und liebeshungrigen erfahrenen Mannes, der zudem in der Lage war, ihre Neigungen und Fähigkeiten respektvoll zu achten und zu fördern.

Das Verhältnis Rosa Luxemburgs zu Kostja Zetkin war in vielerlei Hinsicht anders und als direktes Liebesverhältnis von nur kurzer Dauer. Aussichtslos suchte Rosa Luxemburg nach einem ungestörten und harmonischen Leben, ohne sich mit Kostja Zetkin offen als Liebespaar zu erkennen zu geben. Zu ungleich war von vornherein des Verhältnis zwischen der voll emanzipierten Frau, die wissenschaftlich und politisch brillierte, und dem über seine berufliche und politische Entwicklung noch unentschlossenen Sohn ihrer besten Freundin. Und obwohl sie meinte, daß mit der politischen Emanzipation der Frau ein frischer Wind "die Stickluft des jetzigen philisterhaften Familienlebens vertreiben"[32] müßte, die auch bei Sozialdemokraten anzutreffen sei, mied sie die Öffentlichkeit und beugte sich den antiquierten Partnerschaftsvorstellungen ihrer Zeit. Kostja brachte sie zudem in die Zwickmühle ihres widerspruchsvollen Verhältnisses zu ihm. Ständig wechselte sie die Rolle einer sorgenden Mutter und gebieterischen Mentorin mit der einer leidenschaftlich Liebenden. Hatte

sie Kostja eben noch um intime Treuebeweise und Liebesschwüre angefleht, trug sie ihm gleich darauf Lebensregeln vor. Sie forderte ihn zu gesunder Lebensweise auf, zu systematischem Arbeiten, kritischem Lesen, couragiertem Verhalten und klugem Pläneschmieden, um danach sich wieder in ihren Gefühlen zu offenbaren und ihn in liebestrunkenen Gedanken zu umschlingen. Bei allem innigen Anlehnungsbedürfnis, dem auch sie sich in Liebe hingab, setzte Rosa Luxemburg in ihrem ausgeprägten Selbstbehauptungsdrang in der Liebe zu Kostja Prioritäten in erster Linie nach ihren Vorlieben für Politik, Wissenschaft und Literatur und suchte Kostja nach ihren Vorstellungen zu formen und zu beeinflussen. Es konnte nicht lange dauern, bis er sich, wenn auch erst zaghaft, widersetzte und schließlich diesem Liebesverhältnis mit Rosa Luxemburg entzog, sich anderweitig verliebte, es aber genoß, mit Rosa Luxemburg unverbrüchlich befreundet zu bleiben. In Briefen berichtete sie ihm weiterhin von allem, was sie erlebte, entlud sich aller Ungereimtheiten, kompensierte die fehlende Zweisamkeit mit einem geliebten Manne durch Reisen, Malen, Botanisieren, genoß die Zuneigung junger Verehrer wie z. B. Hans Diefenbachs - bis sie sich 1914 in Paul Levi verliebte und während des Krieges ergreifende Liebesbriefe an Hans Diefenbach schrieb.

Für die Liebesbeziehungen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu ihren Geliebten jüngeren Alters ist charakteristisch, daß sie beide auf Ehrlichkeit, Wahrheit und Klarheit drängten. Selbst im Überschwang der Gefühle verschwiegen sie den Geliebten nicht, daß sie, so sehr sie die Liebe ausleben möchten, niemals auf ihre rastlose, anstrengende und gefährliche Arbeit, zu der sie sich als Politiker in der sozialistischen Bewegung berufen und befähigt fühlten, verzichten wollten. Das gelang beiden nicht gleichermaßen konfliktlos. Die unterschiedlichen Temperamente und Sehnsüchte, aber auch politischen und beruflichen Tätigkeitsfelder erzeugten unvergleichbare Situationen, aus denen jeder auf seine Art herauszufinden versuchte. Rosa Luxemburg wußte fast immer ziemlich genau, auf was und wie sie sich zu konzentrieren gedachte und begehrte gegen Störendes rücksichtslos auf. Eine solche Rigorosität war Karl Liebknecht nicht eigen. Er ließ sich stärker von Aufgaben treiben und aufreiben. In seiner Liebe zu Sophie Ryss gleich im 1. Jahr ihres Kennenlernens ziemlich aus dem eingefahrenen Gleise seines bisherigen Lebens gebracht, bezeichnete er sein Befinden mit dem Satz: "Ich kenne kein Rätsel als mich selbst, und Niemanden, der so wenig das Rätsel zu raten vermöchte, wie mich selbst."[33]

Innerlich aufgewühlt und ungeduldig nach einer neuen Begegnungsmöglichkeit suchend, wurde er nicht nur während der Glatzer Haft, sondern auch danach etwas unsteter, ertrank er bisweilen in Aktionismus, um sich abzulenken. Erst als er ab 1912 wieder feste Bande fand, Sophie in die Liebknechtsche Familie vertrauensvoll aufgenommen sah und von Freunden, so von August Bebel und Eva und Franz Mehring, Respekt für seine menschliche Konsequenz und den familiären Wagemut einzufordern vermochte, fand er erkennbar sicherer zu sich selbst zurück. Als eine Ausnahme aus der Zeit vorher dürfte die Agitationstour durch Nordamerika im Herbst 1910 anzusehen sein, als er fern von allen und doch der Sophie in seinen Briefen am näch-

sten agierte. So scheint sogar ein gewisser Zusammenhang zu bestehen zwischen der wiedergefundenen inneren Ruhe durch die Eheschließung mit Sophie 1912 und den um diese Zeit ungeheuer engagiert und gekonnt vorgetragenen Enthüllungen der friedensgefährdenden Machenschaften international verquickter Rüstungskonzerne, die mit der Aufdeckung des Krupp-Skandals begann und von ihm innerhalb und außerhalb des Parlaments und im Verbund mit englischen und französischen Antimilitaristen vorgenommen wurden. Viel Mühe brachte er auf für das Zustandekommen des über Sozialdemokraten hinausgehenden Appells an das Gewissen Europas zur Aufdeckung und Beendigung der Gefängnisgreuel im zaristischen Rußland. Da er im Innern seiner Seele wieder Ruhe gefunden hatte und die Skrupel über seine Untreue zu Julia ablegen konnte, vermochte er sich wieder stärker auf das zu konzentrieren, was ihm im Kampf um die demokratische Interessenvertretung seiner Wähler und für die Erhaltung des Friedens in Europa wichtig schien. Im Streit über das Wenn und Aber von "Vereinigten Staaten von Europa" hielt er es für klüger, sich an der Auseinandersetzung mit pazifistischen Illusionen nicht – wie Rosa Luxemburg – strikt ablehnend zu beteiligen, sondern darauf zu orientieren, das internationale Rüstungskapital als Hauptträger der imperialistischen Kriegsvorbereitungen und chauvinistischen Völkerverhetzung zu entlarven, und sich nicht nur allgemein gegen den Imperialismus aufzulehnen. Für Karl Liebknecht wurde zunehmend charakteristisch, ideenreich und kooperationsbereit mit demokratischen und pazifistischen Vertretern aus nichtproletarischen Bevölkerungskreisen und aus anderen Parteien ins Gespräch zu kommen. In dieser Hinsicht setzte er weit konziliantere Akzente als Rosa Luxemburg mit ihrem unerbittlichen Entweder-Oder. Während ihr Wirken vor allem auf die Arbeiterbewegung ausgerichtet war, reichte Karl Liebknechts Aktionsradius über die sozialdemokratische Bewegung hinaus. Es fiel ihm von seiner Herkunft her, deren großelterliche und elterliche Wurzeln in die 48er Revolution reichten, ihm, der selbst intensiv die klassische Bildung des deutschen Bürgertums genossen hatte und sich undoktrinär offen, zum Teil allerdings recht unkritisch gegenüber philosophischen und literarischen Strömungen seiner Zeit verhielt, leichter, mit Künstlern, Literaten und demokratisch gesinnten Parlamentariern anderer Parteien zu kontaktieren. Vielleicht war es sogar diese Stärke Liebknechts, die es Rosa Luxemburg bis 1914 erschwerte, mit ihm freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Ihre klassenkämpferische Strenge, mit der sie in der Polemik die Zuspitzung liebte, gründete sich u. a. darauf, daß sie den Marxismus einerseits unbedingt undogmatisch und kritisch rezipiert wissen wollte, ihn andererseits aber durchaus etwas dokrtinär als einzige revolutionäre Weltanschauung und wissenschaftliche Begründung des demokratischen Sozialismus verteidigte und anderen Geistesrichtungen ihrer Zeit wenig progressives Leistungsvermögen zutraute. Beide wiederum hatten sie die Gesellschaft und die Natur gleichermaßen mit Entdeckerfreude im Blick.

5. soll schließlich ein Vergleich die Aufmerksamkeit auf die unterschiedlichen Erfahrungswerte und -welten richten, die sich auf den verschiedenartigen Tätigkeitsfeldern in Politik und Beruf ergaben.Wohl noch die meisten Ähnlichkeiten gab es in ihrer

Teilnahme an den Wahlkämpfen der Partei - da führten ihre Agitationstouren, wenn auch nirgendwann und -wo zusammen, in viele Städte und Gebiete Deutschlands. Rastloses Touren mit der Eisenbahn oder dem Auto, zum Teil mehrfaches Auftreten an einem Tag und Ort, Wechsel von Aussprachen mit kleineren Menschengruppen in sozialdemokratischen Versammlungslokalen oder -gärten und Massenkundgebungen wurden erlebt. Ihren Freunden gestanden beide gelegentlich, daß Wahlkämpfe elend anstrengend sind und daß sie sich gewiß Schöneres im Leben vorstellen könnten.

Ihre Erfahrungen und Beobachtungen verwertete Rosa Luxemburg weit engagierter und ausgiebiger als Karl Liebknecht in Artikeln. Für alle Reichstagswahlkämpfe - für 1898, 1903, 1907 und 1912 - kann ihre Meinung zu den Ergebnissen, zum jeweils Besonderen und zu den Folgerungen nachgelesen werden. Vergleichbares findet sich in dieser Ausführlichkeit bei Karl Liebknecht nicht. Als Reichstagskandidat seit 1903 und Sieger im Wahlkampf 1912 hatte er jedoch andere Torturen durchzustehen, mußte er um das Mandat für die Partei persönlich Aug in Aug mit den Gegenkandidaten der anderen Parteien unter den konkreten Gegebenheiten seines Wahlkreises in Wettstreit treten. Im Unterschied zu Rosa Luxemburg, die infolge des fehlenden Frauenwahlrechts nicht kandidieren konnte und zu keinem Wahlkreis dauerhafte Bindungen besaß, stand Karl Liebknecht seit 1903 in engem Kontakt zu seinem Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland und seit 1901 zu seinen Berliner Wahlkreisen für die Stadt- und Landesparlamente.

Von 1901 bis 1913 war Karl Liebknecht Stadtverordneter in Berlin, 1908 wurde er, während er in Glatz in Festungshaft saß, ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt, und 1912 siegte er im Reichstagswahlkampf über den konservativen Gegenkandidaten. Viele Jahre seines Lebens waren von parlamentarischer Tätigkeit geprägt, in der er nicht nur in Grundsatzopposition zum Kaiserreich, im Kampf gegen Militarismus und imperialistische Kriegsvorbereitungen seinen Mann stand, sondern auch zur Vielfalt alltäglicher politischer, sozialer und kultureller Probleme konkret Stellung nahm. In seinen Reden u. a. parlamentarischen Aktivitäten finden sich unendlich viele Details für seine parlamentarische Pfiffigkeit und dafür, was er konkret zu sagen und zu fordern wußte, wenn er sich mit Problemen herumschlug, für die heute noch oder wieder neu Lösungen gesucht werden. Nur einige seien hier genannt: Freiheit der Wissenschaft, Unabhängigkeit der Universitäten, humanistischer Strafvollzug, Budgetmanipulation, Polizei- und Justizwillkür, Gesinnungsterror, Behindertenrecht, Bestechungsaffären, Bürokratie, Verstaatlichung, Antisemitismus, Steuerprivilegien, Wasserwirtschaft, Lug und Trug der Herrschenden, Kriegshetze, Teufelstrust der internationalen Rüstungsindustrie, Massenbetrug, Zensurunfug, Ausländerrecht, Theaterbauten, Freiheit der Künstler, Handlungsfreiheit der Kommunen, Interessenvertretung von Berufsgruppen wie der Binnenschiffer, Winzer, Bäcker, Landarbeiter, Bergarbeiter, Dienstboten, Lehrer, Gastwirte, Universitätsprofessoren.

Aus persönlichen Briefen ist zu erfahren, wie er zeitweise mit diesem Schicksal, das den Rhythmus des gesamten Lebens bestimmte, haderte, wie er sich danach sehnte, in ruhigere Arbeit untertauchen zu können. Andererseits entsprach seinem Naturell die

Turbulenz, spürte er, daß er als Abgeordneter gebraucht wurde und etwas bewirken konnte. Der Kontakt zu Fraktionskollegen, der direkte Disput mit Widersachern, Enthüllungen von Mißständen, die über die Presse sofort publik wurden, und die loyale Achtung, die mancher Parlamentskollege aus anderen Parteien ihm entgegenbrachte, gehörten so sehr zu seinem Leben, zur Familientradition und zu den Erfahrungen wie Erwartungen seiner Freunde, daß er sich letztendlich den parlamentarischen Verpflichtungen nicht entziehen wollte. Nur selten kam er allerdings dazu, seine Meinung zum Umgang mit dem Parlamentarismus zu verallgemeinern und schriftlich festzuhalten, wie er das z. B. 1913 in Thesen zur Taktik des parlamentarischen Kampfes tat. Er war mit Leib und Seele ein sozialistischer Parlamentarier mit einem eigenen Profil, dessen Maxime es war, um das Vertrauen der Träger der außerparlamentarischen Macht, den "Kern jedes parlamentarischen Ernstkampfes"[34] zu ringen. Nicht ein einziges Mal hat Rosa Luxemburg vor 1914 Karl Liebknechts engagierte und umfangreiche parlamentarische Arbeit speziell in Augenschein genommen. Ebensowenig erklärbar ist, warum Karl Liebknecht Rosa Luxemburgs Lehrtätigkeit an der Parteischule weder besonders wahrnahm noch beurteilte. Im journalistischen Bereich nahmen sie ebenfalls wenig Notiz voneinander.

Zum Thema Parlamentarismus und Sozialdemokratie allgemein äußerte sich Rosa Luxemburg öfter und grundsätzlicher als Liebknecht, ohne selbst parlamentarische Tätigkeit ausüben zu können. Vermutlich hat Karl Liebknecht nicht in jedem Falle ihre Attacken gegen das Verhalten der Reichstagsfraktion für richtig gehalten, wenn sie gar zu apodiktisch vor parlamentarischem Kretinismus oder Nurparlamentarismus warnte, wenn sie das Bestreben sozialdemokratischer Parlamentarier kritisierte, in Konkurrenz zu den Regierenden ihre staatsmännische Kunst beweisen zu wollen, und deshalb unablässig ihre Forderung nach prinzipientreuer Grundsatzopposition wiederholte. Der konkreten Alltagsarbeit eines Abgeordneten, die er nicht selten im gegnerischen Verleumdungsfeuerhagel verrichten mußte, schenkte sie geringe Aufmerksamkeit, in der Regel nur indirekt, wenn sie das Fehlverhalten besonders von rechten Sozialdemokraten kritisch ins Visier nahm.

Erst viel später, 1917 beschrieb sie einmal Karl Liebknechts Arbeits- und Lebensweise: "Sie wissen vielleicht, wie er seit langen Jahren lebte: nur noch im Parlament, [in] Sitzungen, Kommissionen, Besprechungen, in Hatz und Drang, stets auf dem Sprung von der Stadtbahn auf die Elektrische und von der Elektrischen ins Auto, alle Taschen vollgepfropft mit Notizenblocks, alle Arme voll frisch gekaufter Zeitungen, die er doch unmöglich Zeit hatte, alle zu lesen, Leib und Seele mit Straßenstaub bedeckt, und doch immer mit dem liebenswürdigen jungen Lächeln im Gesicht."[35] Die parlamentarische Arbeit war ein Tätigkeitsfeld, auf dem es vor 1914 zwischen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kein Aufeinanderzugehen, keine Absprachen gab.

Noch weniger schien sich Rosa Luxemburg für die Rechtsanwaltspraxis der Gebrüder Liebknecht zu interessieren. Nur ganz vereinzelt empfahl sie diese Ratsuchenden. Selbst rief sie Karl Liebknecht nicht zu ihrer Verteidigung an. Ob sich alle Gründe authentisch herausfinden lassen, weiß ich nicht. Selbstverständlich hielt sie es nicht

für ratsam, einen wegen seines konsequenten Antimilitarismus im Hochverratsprozeß 1907 zu eineinhalb Jahren Festungshaft Verurteilten und außerdem noch in Ehrengerichtsverfahren verwickelten Anwalt zur Verteidigung in ähnlicher Angelegenheit anzurufen, zumal es in der deutschen Sozialdemokratie an Rechtsanwälten nicht fehlte.

Für Karl Liebknecht war sein Beruf eine ideale Möglichkeit, in vielen Lebensbereichen sachkundig zu werden und tätig zu sein, komplizierte Situationen in Prozessen, die über zivilrechtliche Streitpunkte hinausgingen und von politischer oder gar internationaler Bedeutung waren, wie z. B. im Königsberger Prozeß 1904, erfolgreich beherrschen zu lernen und für die Solidarität mit demokratischen und sozialistischen Bestrebungen auszunutzen. Der Alltag in der Rechtsanwaltspraxis vermittelte ihm Einblicke in Menschenschicksale und gesellschaftliche Mißstände, wie sie Rosa Luxemburg nicht möglich wurden.Allerdings scheint es nach Hinweisen aus der Familie Liebknecht ratsam, die Intensität seiner Rechtsanwaltstätigkeit nicht zu überhöhen; über einige Zeiträume trugen die Brüder und Partner die Hauptlasten der Praxis, die sich besonders dank des Engagements von Theodor Liebknecht zu einem großen und bekannten Rechtsanwaltsbüro entwickelte.

Als Politiker verstanden sich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beide, als solche betrachteten sie sich auch gegenseitig, auch wenn beide unabhängig voneinander nicht jederzeit über die Pflichten und lästigen Begleitumstände eines Politikerlebens jubilierten. Doch in ihren hauptsächlichen Tätigkeiten - Rosa Luxemburg als Journalistin, Theoretikerin und Pädagogin für Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte - Karl Liebknecht als Rechtsanwalt und Parlamentarier - mußten und brauchten sie sich nicht unmittelbar zu begegnen.

Eine generelle Veränderung trat hier erst mit Beginn des Krieges ein. Von diesem Zeitpunkt an wirkten sie weitgehend direkt zusammen, wurden erst jetzt auch persönlich Freunde. Gewiß waren die Motive für das Aufeinanderzugehen verschieden. Für Karl Liebknecht war Rosa Luxemburg vermutlich durch ihre mutige Haltung in den gegen sie angestrengten Prozessen im Jahre 1914 in der Achtung sehr gestiegen, waren Rosa Luxemburgs internationale Kontakte zu den mit ihr im Internationalen Sozialistischen Büro vereinten Sozialdemokraten und Sozialisten Europas besonders interessant geworden. Ihre vieljährige Parteischullehrertätigkeit hatte den Linken in der deutschen Sozialdemokratie neue junge Mitstreiter gewinnen helfen. Rosa Luxemburg schätzte nunmehr offenkundig die parlamentarischen Funktionen und Kontakte Karl Liebknechts und die Symbolkraft seines Namens als besonders wichtig ein für die Sammlung der noch verbliebenen und zum offenen Bekenntnis bereiten Antikriegskräfte. Die persönliche Kontaktaufnahme wurde nicht zuletzt durch die ihr besonders sympathische Erscheinung der Sophie Liebknecht, der zweiten Frau Karl Liebknechts, gefördert. Das sofort freundschaftliche Verhältnis zu Sophie, der Russin, Jüdin, Intellektuellen mit idealen Lebensansprüchen, wurde zusehends enger und fand in den Briefen Rosa Luxemburgs eine ergreifende literarische Widerspiegelung. Außerdem schien Liebknecht nunmehr durch die beschämende Kriegskreditbewilligung der so-

zialdemokratischen Reichstagsfraktion und seine eigene falsche Fraktionsdisziplin gezwungenermaßen und innerlich bereitwilliger, sich kritischer als bisher mit den Veränderungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, auch innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auseinanderzusetzen, als er das vorher getan hatte. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen sah Rosa Luxemburg Karl Liebknecht bis zum Jenaer Parteitag 1913 nicht immer mit aller Konsequenz an ihrer Seite. Eine Ausnahme bildeten die Massenstreikdebatten. Doch auch da meinte sie hin und wieder bemängeln zu müssen, daß er schwankte und stärker als der Liebknecht in der Sozialdemokratischen Partei, weniger als ein linker Flügelmann hervortrat. Er schien bisweilen befangen und unschlüssig, schließlich standen an der Spitze Mitstreiter des Vaters und väterliche Freunde, ging es in den Debatten nicht selten um Rechtsanwalts- und Abgeordnetenkollegen. Karl Liebknecht verhielt sich in Parteipolemiken lieber tolerant und setzte auf die Wirkung seines eigenen Handelns und weniger auf innerparteiliche Auseinandersetzungen zwischen den Strömungen bzw. Flügeln der Partei und dem vermeintlichen Zentrum. Die Sprachschärfe der Polemik Rosa Luxemburgs war ihm fremd. Im Bemühen um Andersdenkende in den Reihen der eigenen Partei und Bewegung war er konzilianter.

Solche Vergleiche ließen sich noch weiter fortsetzen und vermutlich auch noch anders hinterfragen und bewerten. Mein heutiges Anliegen wäre schon erreicht, wenn es künftig gelänge, neben den löblichen Bestrebungen zu immer differenzierteren und streibareren Analysen des Luxemburgschen theoretischen Erbes auch wieder Karl Liebknecht mit mehr analytischen Untersuchungen und biographischen Beiträgen zu bedenken, damit er nicht zum Säulenheiligen versteinert, sondern lebhaft in Erinnerung bleibt - als ungestümer Kämpfer und eigenwilliger Denker mit Charme und Charisma.

---

1 Schriftliche Fassung des Beitrags der Autorin auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. am 16.-18. März 2001 zum Thema: "Ich war, ich bin, ich werde sein. Historische und aktuelle Dimension des theoretischen Werkes von Rosa Luxemburg." Das Protokoll der Konferenz erscheint unter dem Titel "Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimension ihres theoretischen Werkes" im Karl Dietz Verlag, Berlin.

2 Vgl. Elsbeth Wolffheim: Wladimir Majakowski und Sergej Eisenstein. Mit Abb. u. Faks.. Hamburg 2001.

3 Vgl. Willy Kerff: Karl Liebknecht 1914 bis 1916. Fragment einer Biographie. Berlin 1967. - Heinz Wohlgemuth: Karl Liebknecht. Eine Biographie. Berlin 1973. - Helmut Trotnow: Karl Liebknecht. Eine politische Biographie. Köln 1980.

4 Vgl. Karl Liebknecht: Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus. Berlin-Wilmersdorf 1919. - Karl Liebknecht: Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Geschrieben in den Jahren 1917-1918. Unter Mitarbeit von Sophie Liebknecht hrsg., mit einem Vorw. u. mit Anm. versehen von Franz Pfemfert. Berlin-Wilmersdorf 1921.

5 Vgl. Matthias John: Höhere Bildung in Leipzig. Karl Liebknecht als Nicolaitaner und Studiosus. Leipzig 1998. - Ders.: Karl Liebknecht in Leipzig. Leipzig 1999.
6 Vgl. Thomas Schulze: Karl Liebknecht. Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Fragment. Bern 1995.
7 Vgl. Karl Liebknecht: Lebt wohl, Ihr lieben Kerlchen! Briefe an seine Kinder. Hrsg. von Annelies Laschitza und Elke Keller. Berlin 1992.
8 Vgl. Annelies Laschitza unter Mitwirkung von Elke Keller: Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten. Berlin 1982.
9 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin. In: Gesammelte Briefe. Bd. 3. 2. Aufl. Berlin 1984: 269f.
10 Siehe Karl Liebknecht: Justizwillkür gegen Arbeiterorganisationen, Jugendbewegung und politische Gleichberechtigung. Reden im preußischen Abgeordnetenhaus zum Justizetat. 20. Mai 1914. In: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VII. 3. Aufl. Berlin 1985: 370f.
11 Rosa Luxemburg: Rede am 22. Februar 1914 in der Protestversammlung gegen die Verurteilung Rosa Luxemburgs. Nach einem Zeitungsbericht. In: Gesammelte Werke. Bd. 3. 5. Aufl. Berlin 1990: 408.
12 Siehe Rosa Luxemburg an Alois Neurath, 5. Mai 1914. In: Gesammelte Briefe, Bd. 6, Berlin 1993: 196.
13 Siehe Karl Liebknecht: Wahlrechtskampf und Massenstreik. Diskussionsrede zu einem Antrag Rosa Luxemburgs. 23. September 1910. In: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. III: 498.
14 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, [nach dem 22. März 1910]. In: Gesammelte Briefe. Bd. 3: 128.
15 Karl Liebknecht: Wahlrechtskampf und Massenstreik. In: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. III: 498f.
16 Rosa Luxemburg: Eine taktische Frage. In: Gesammelte Werke. Bd. 1/1. Halbbd. 7. Aufl. Berlin 1990: 486.
17 Karl Liebknecht: Die neue Methode. In: Die Neue Zeit. 20. Jg. 1901/1902. Zweiter Bd.: 713. (Diese Bemerkung stammt aus einer der vielen in Bd. I der "Gesammelten Reden und Schriften" ausgelassenen Stellen dieses Aufsatzes.)
18 Karl Liebknecht: Die neue Methode. In: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. I. 2. Aufl. Berlin 1983: 17.
19 Ebd.: 19.
20 Ebd.: 25.
21 Ebd.: 27.
22 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu München vom 14. bis 20. September 1902. Berlin 1902: 123.
23 Rosa Luxemburg an Henriette Roland Holst, 27. Oktober 1904. In: Gesammelte Briefe. Bd. 6: 99.
24 Karl Liebknecht an Sophie Ryss, 1. November 1907. In: SAPMO, BA. NY 4001/37. Bl. 107.
25 Siehe Karl Liebknecht an Sophie Ryss, 22. Mai 1908. In: Ebenda. Bl 142.
26 Karl Liebknecht an Karl Kautsky, 22. März 1909. In: IISG, Amsterdam, Kautsky-Nachlaß. D XV. Nr. 498.
27 Thomas Schulze: Karl Liebknecht. Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Nachwort: 371.
28 Karl Liebknecht an Karl Kautsky, 30. November 1907. In: IISG Amsterdam. Kautsky-Nachlaß. D XV. Nr. 493.
29 Karl Radek: Karl Liebknecht. In: Karl Liebknecht. Ein Gedenkbuch. Berlin 1931: 34.
30 Karl Liebknecht an Sophie Liebknecht, 6.7.1908. In: SAPMO, BA. NY 4001/37. Bl. 151.
31 Natalie Liebknecht an Karl Liebknecht, 24. August 1906. In: SAPMO, BA. NY 4001/48.
32 Siehe Rosa Luxemburg: Eine taktische Frage. In: Gesammelte Werke. Bd. 1/2. Halbbd.. 7. überarb. Aufl. 2000: 185.
33 Karl Liebknecht an Sophie Ryss, 23.9.1906. In: SAPMO, BA. NY 4001/37.Bl. 7.
34 Karl Liebknecht: Zur Taktik im parlamentarischen Kampf. In: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VI. 3. Aufl. Berlin 1983: 407f.
35 Rosa Luxemburg an Hans Diefenbach, 30. März 1917. In: Gesammelte Briefe. Bd. 5. 2. Aufl. Berlin 1987: 197.

Über Eduard Bernstein. Gegensatz und Berührungspunkte zu Rosa Luxemburg und W. I. Lenin[1]

Wolfgang Eichhorn

In unserer Vorstellungswelt verbindet sich mit dem Namen Eduard Bernstein ein Bild, das im Laufe des vergangenen Jahrhunderts durch vielfach verschlungene und gebrochene Einschätzungen pro und kontra verzerrt wurde. Bernstein selbst ist daran nicht schuldlos. Heute sollte versucht werden, das Bild zurecht zu rücken und Bernstein in seinen Widersprüchen und aus den Widersprüchen seiner Zeit heraus zu verstehen. Seine Schriften sollten von Neuem gelesen werden, und das möglichst unbeeinflußt von bisherigen Wertungen oder auch gegen diese.

Im Folgenden sollen drei Aspekte besonders interessieren:

– der geschichtliche Wandel und Bernsteins Verfehlungen,
– Bernstein und die Weg-Ziel-Debatte,
– Bernsteins Sozialismusauffassung.

Der historische Wandel und die Fehler Bernsteins

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzten und direkt in die sozialen Umwälzungen, Konflikte, Erschütterungen und Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten, werden in ihrer geschichtlichen Tragweite noch heute sehr oft verkannt, auch in geschichtstheoretischer Hinsicht. Mit dieser These steht schon ein Diskussionsthema im Raum. Der Blick für das Gewicht dieser Veränderungen wird immer wieder dadurch verstellt, daß Kapitalismus und Sozialismus als über alle Veränderungen hin gleichbleibende und in einem abstrakten Gegensatz zueinander stehende Gebilde verstanden werden, zwischen denen ein "Sprung" nötig sei. Das war schon in den ersten Jahren des vorigen Jahrhunderts eine problematische Sicht, vor der auch W. I. Lenin mehrfach warnte. Die Ausbildung des monopolistischen Kapitalismus, die Aufteilung der Welt unter den Kolonialmächten und Kapitalgruppen, die anschwellende antikoloniale Rebellion der unterdrückten Völker, die das revolutionäre Geschehen für mehrere Jahrzehnte an die Peripherie verschob und ganz neue Trägerschichten für die sozialen Umwälzungen mobilisierte, vor allem die Kriegsrüstung, die Militarisierung, die Kette imperialer Kriege, die schließlich in den Weltkrieg mündete - all das wandelte die gesellschaftlichen Formierungsprozesse sowie die gesellschaftlichen Transformationsperspektiven und folglich die strategischen Erfordernisse des Kampfes der Arbeiterbewegung einschneidend.

Das führt zu der Frage, ob der berühmte Streit um Ziel und Weg der Arbeiterbewegung und um einen reformerischen oder revolutionären Weg, der damals geführt und später in der Version des Entweder-Oder immer wieder aufs Neue reproduziert wurde, wirklich die realgeschichtlichen Hauptprobleme widerspiegelte, mit denen die sozialistische Bewegung damals konfrontiert war. Ich neige dazu, das zu verneinen. Die po-

litische Trennlinie, die weltgeschichtlich entscheidend werden sollte, verlief zwischen Militarismus und Antimilitarismus, zwischen Kolonialismus und Antikolonialismus, zwischen der Billigung machtpolitischer Kriegs- und Rüstungspolitik einerseits und dem Kampf für Frieden und Abrüstung andererseits.

Aus der Retrospektive finden wir in diesen Fragen beinahe durchgehend Rosa Luxemburg und Lenin auf der einen und Bernstein auf der anderen politischen Seite. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. In Bezug auf Rosa Luxemburg verweise ich auf die Luxemburg-Biographie von Annelies Laschitza. [2] Was Bernstein betrifft, so lagen seine Aktivitäten bis zum Beginn des Weltkriegs in aller Regel quer zu der auf Kongressen der Sozialistischen Internationale beschlossenen antimilitaristischen und antikolonialen Politik. In den "Voraussetzungen des Sozialismus" hatte er der kolonialen Gewaltpolitik der deutschen Regierung (speziell in China) lebhaft applaudiert und ihr einen "geschichtlichen Rechtstitel" zugebilligt.[3] Auf dem Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 wollte er diese Referenz gemeinsam mit anderen Sozialdemokraten der imperialistischen Kolonialpolitik überhaupt erweisen, und es bedurfte einiger Mühen des Kongresses, um diese Linie zurückzuweisen. Nichtsdestoweniger proklamierte Bernstein sofort nach dem Stuttgarter Kongreß das "Recht der Völker höherer Kultur, über die niedere Kultur Vorherrschaft auszuüben"[4] . Das war nun schon Kolonialchauvinismus der ganz üblen Sorte. Noch 1911/1912, als das gesamte Staatengefüge Europas durch Regionalkriege und Kriegsprovokationen bereits aus allen Fugen geraten war und die Vorbereitungen der damaligen Großmächte auf den großen Waffengang auf Hochtouren liefen, bestritt Bernstein gegen Rudolf Hilferding und Otto Bauer vehement die Gefahr eines Krieges. "Politische Schwarzmalereien", so betitelte er einen Artikel gegen Otto Bauer, der anfangs 1912 die unter bürgerlichen Liberalen und in sozialdemokratischen Kreisen verbreitete Ansicht, zwischen den europäischen Großmächten seien Kriege unmöglich geworden, heftig attackiert hatte. Bernstein bezichtigte Bauer des "politischen und sozialpolitischen Pessimismus".[5] "Die wirklichen Großmächte Europas aber sehen wir im Bewußtsein der Verantwortlichkeit und (der) Gefahren eines Krieges zwischen ihnen ängstlich bemüht, die Rauferei zwischen Italienern und Türken respektive Arabern nicht zu einem europäischen Krieg auswachsen zu lassen"; Interessenkonflikte zwischen den Großmächten seien in den letzten Jahren "trotz Rüstungen und Kriegsgerassel beigelegt worden".[6] Theoretische Aussage einerseits, reale Entwicklung und Erfordernisse andererseits klafften hier auseinander.

Damals entwickelten sich in der europäischen Arbeiterbewegung Tendenzen, die nichts Gutes verhießen. Lenin, der am Stuttgarter Kongreß teilgenommen und gemeinsam mit Delegierten der russischen Sozialdemokratie und mit Rosa Luxemburg bei der Erarbeitung der Kongreßdokumente zu Fragen des Militarismus und der internationalen Konflikte aktiv mitgewirkt hatte, schrieb kurz danach, der Kongreß habe gezeigt, daß in den Staaten, die Kolonialpolitik betrieben, "sogar das Proletariat in gewissem Grad mit der Sucht nach Eroberungen angesteckt" sei. Die ausgedehnte Kolonialpolitik habe dazu geführt, daß die Gesellschaft als Ganzes nicht nur von der

Arbeit des Proletariers, sondern auch von der Arbeit der fast zu Sklaven herabgedrückten Eingeborenen in den Kolonien lebte. Lenin erkannte die Gefahr der Ansteckung der Arbeiterklasse mit dem "Kolonialchauvinismus" und verwies darauf, daß "hier ein negativer Zug der europäischen Arbeiterbewegung zutage (trat), der geeignet ist, der Sache des Proletariats nicht geringen Schaden zuzufügen".[7] Das sollte sich wenige Jahre später in einem erschreckenden Ausmaß bewahrheiten. Tatsächlich wurde in Teilen gerade der deutschen Sozialdemokratie das schändliche imperialistische Kolonialsystem mit dem oben schon erwähnten Argument der "kulturellen Minderwertigkeit" der Völker und mit "Mehrheitsinteressen der zivilisierten gegen Minderheiteninteressen der nichtzivilisierten Völker"[8] gutgeheißen. Kolonialpolitik und Flottenrüstungsprogramm wurden für angebracht gehalten, weil Deutschland ohne beides angeblich nicht Großmacht sein könnte.[9] Bei einer ganzen Reihe damaliger Gewerkschaftsführer paarte sich der Reformismus mit der Unterstützung des preußisch-deutschen Militarismus und der Kriegsrüstung, wobei damals bereits das Argument, dadurch Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zu schaffen, vorgebracht wurde. Es darf nicht verkannt werden, daß diese Haltung Reflex von Stimmungen in einem Teil der europäischen Arbeiterschaft war. Und so kam eine Entwicklung auf den Weg, die die organisierte europäische Arbeiterbewegung schließlich lahmlegte und es den herrschenden Imperialkreisen unter maßgeblicher Beteiligung sozialdemokratischer Führer ermöglichte, den ersten Weltkrieg vom Zaun zu brechen und bis zum bitteren Ende in die Länge zu ziehen. Rosa Luxemburg nannte die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie von 1914 eine "weltgeschichtliche Katastrophe"[10] , und das war sie tatsächlich. Von dieser Katastrophe hat sich die europäische Arbeiterbewegung nie mehr erholt. Sie war der Beginn ihres weltgeschichtlichen Scheiterns und der dadurch möglich gewordenen Weltkatastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Um es noch einmal zu sagen: All das war verbunden mit dem Kleinreden der Kriegsgefahr oder gar der moralischen Verherrlichung des Krieges, mit der Geringschätzung oder gar Verachtung der ärmeren Völker, mit der Mißachtung ihrer Interessen, mit der Akzeptanz von Pressionen gegen sie.

Daher ist es unverständlich, daß in sozialdemokratischen Kreisen später eingeschätzt werden konnte, Bernstein habe auf der ganzen Linie gesiegt. Thomas Meyer, der, wenn auch reichlich einseitig, viel getan hat, um Bernsteins Wirken dem Vergessen zu entziehen, und sich auf diese Weise Verdienste um die Geschichte des sozialistischen Denkens erwarb, kam sogar zu der Aussage, die Konflikte Bernsteins mit der damaligen Parteiführung seien ein Kampf "zwischen der Macht der Vernunft (sic!) und dem Geist der Utopie" gewesen.[11] In jenen Vorzeiten, da Karsten Voigt noch Optionen für eine friedenssichernde Politik und nicht, wie nunmehr, für NATO-Militärschläge verfocht, hatte er noch den Blick dafür, daß Rosa Luxemburg die internationalen Dimensionen des Streits um die sozialistische Strategie und die vom Imperialismus ausgehenden Kriegsgefahren realistischer sah als Bernstein.[12] Wie wahr! Nur hätte es der Wahrheit gut getan, wenn auch und gerade in diesem Zusammenhang Lenin und die Bolschewiki erwähnt worden wären, die seit Beginn des Jahrhunderts,

vor allem seit dem russisch-japanischen Krieg, in der ganzen Welt ziemlich alleinstehend, eine strikt antimilitaristische, gegen jede Kolonial- und Hegemonialpolitik gerichtete Programmatik verfochten, die unentwegt für die politische Unterstützung der anwachsenden demokratischen Bewegung der Völker Chinas, Indiens, Persiens, des Balkans wie auch der unterdrückten Völker des zaristischen Reiches wirkten, für die Niederlage und den Sturz der eigenen imperialistischen Regierung und für sozialistische Wandlungen als Ausweg aus der katastrophalen Lage eintraten. Das ist und bleibt die geschichtliche Wahrheit.

Nach dem Beginn des ersten Weltkrieges änderten sich Bernsteins Positionen. Er distanzierte sich von der allzu offenkundigen chauvinistischen Propaganda in einigen Parteikreisen und brach schließlich mit deren Vertretern. Nachdem er der Bewilligung der Kriegskredite zunächst widerwillig zugestimmt hatte, enthielt er sich im weiteren der Stimme und stimmte schließlich gegen sie. Er trat der USPD bei, fand sich also mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Wilhelm Pieck im gleichen, gegen Militarismus und Krieg gerichteten politischen Lager wieder. Später ging Bernstein zur SPD zurück. Er sah sich auch nach der Weltkatastrophe nicht veranlaßt, irgend etwas von seinen früheren Ansichten zurückzunehmen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieser Krieg, der ja alle wesentlichen Voraussetzungen des Denkens und Tuns grundstürzend gewandelt hatte, in Bernsteins Verständnis nichts grundsätzlich veränderte. Er korrigierte nicht einmal seine haarsträubende Fürsprache für das feige und brutale kaiserlich-deutsche Kolonialabenteuer in der Kiautschou-Bucht.[13] Schließlich ging er so weit, die blutige Kungelei zu rechtfertigen, die rechte SPD-Führer während der deutschen Revolution am Ende des ersten Weltkrieges mit den monarchistischen und militaristischen Ultrareaktionären betrieben hatten.

Hier – und nicht in der Ziel-Weg-Problematik – sehe ich die eigentlichen Verfehlungen Eduard Bernsteins.

Die Ziel-Weg-Debatte

Berühmt wurde vor allem Bernsteins Aussage, das Ziel sei ihm nichts, der Weg alles. Das wurde allgemein - von den einen im Pro, von den anderen im Kontra - als Ausdruck reformistischen Kappens der Bindungen zum revolutionären Marxismus verstanden. Indes hatte Bernstein mit seinem Satz durchaus nicht unrecht, zumindest nicht, soweit seine Kritik auf den Vorwurf hinauslief, es mangele der Partei an politischer Strategie für den offensiven täglichen Kampf.

Schon bei dem, was Bernstein unter "Ziel" verstand, sollte genauer hingesehen werden. Er stellte in einigen später gehaltenen und veröffentlichten Vorträgen fest, neu in Marx' Lehre sei, verglichen mit den frühen Sozialisten, die die denkbar beste Gesellschaft als Ziel erstrebten, die "stärkere und tiefere Erfassung des Entwicklungsgedankens"[14] gewesen. Marx und Engels, meinte er, verlegten die sozialistische Theorie "aus der Sphäre der spekulativen Deduktion in die der realistischen Induktion"[15]. Das sei manchen als Preisgabe des Endziels des Sozialismus erschienen, und in gewissem Sinne auch zurecht, denn grundsätzlich habe "die Marxsche Theorie in der Tat

die Idee vom Endziel **gestürzt**"[16]. Marx habe darin gefehlt, daß er das Entwicklungstempo der modernen Gesellschaft "bedeutend überschätzt" habe, wie er und Engels später selbst festgestellt hätten.[17] Marx und Engels, so Bernstein, seien "Gegner jeder Konstruktion eines Systems des Sozialismus, sie waren Gegner jedes fix und fertigen Planes... des Sozialismus"[18] gewesen. Für eine Gesellschaftslehre auf der Grundlage des Entwicklungsgedankens könne es kein Endziel geben, da die menschliche Gesellschaft beständig dem Entwicklungsprozeß unterworfen sei. Es könne da nur große Richtlinien und Ziele, aber kein Endziel geben, und was als zeitweiliges Endziel bezeichnet werden könnte, müßte sich aus den praktischen Kämpfen heraus ergeben. Was ist daran falsch? Ich finde: nichts!

In Sachen "Zusammenbruchstheorie" warf Kautsky Bernstein vor, er verwechsele "deterministisch" und "mechanistisch", historische Notwendigkeit und Zwangslage. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die Ansichten maßgebender Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie über das "Endziel" und die bevorstehende Ablösung des Kapitalismus vom Sozialismus von mechanistisch-deterministischen Vorstellungen durchaus nicht frei waren, und die von ihnen vertretene unerschütterliche Zukunftsgewißheit von dieser Art war. Die Konsequenzen lagen durchaus nicht auf der aktiven, revolutionären Linie, wie oft behauptet wird. In der Annahme, daß sich die "Naturnotwendigkeit" des proletarischen Sieges, wie sich Kautsky in seinem Buch über das Erfurter Programm mehrfach ausdrückte,[19] in absehbarer Zeit unvermeidlich durchsetzen werde, neigten deutsche Parteiführer zum politischen Immobilismus und zur politischen Abwartetaktik.[20] In dieser Frage hatten sich schon zwischen Marx und Engels einerseits und der deutschen Parteiführung andererseits Divergenzen entwickelt, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.

Bernsteins Satz legte also den Finger auf eine Wunde. Freilich bot er in der Frage, wie die politische Lücke zu füllen war, ein Konzept an, das von lebensfremden Illusionen über die Möglichkeiten des Parlamentarismus und der liberalen Demokratie geprägt war und in dem die gefährlichen Konflikt- und Krisentendenzen im kaiserlichen Deutschland (und nicht nur da) geschönt und vertuscht wurden.

Andererseits kam auch Rosa Luxemburg, die Bernsteins Reformismus entschieden bekämpfte, je energischer sie von der Parteiführung den aktiven und initiativreichen Kampf gegen Militarismus und Kolonialismus, für Republik und Demokratie forderte, mehr und mehr in Kontraposition zum doktrinären Festhalten an theoretischen Formeln, die sich - so Luxemburg in einer Polemik mit Kautsky - nur eignen, "hinter der Aktion einherzugehen", statt "der Aktion der Partei führend vorauszugehen". Sie warf Kautsky vor, er sei gegen den Gedanken an eine Offensive in der Taktik und bekämpfe die "Forderung der Initiative".[21]

Hier ist wieder einer dieser merkwürdigen Berührungspunkte. Man bedenke: Bernstein und Luxemburg in einer Reihe, zwar nur partiell, aber dennoch an überaus gewichtiger Stelle! Und dann auch noch Lenin! Früher und viel drängender als in den anderen Parteien war der Zusammenhang des Kampfes für die Demokratie und des Kampfes für den Sozialismus in der russischen Sozialdemokratischen Partei zum erst-

rangigen tagespolitischen Problem geworden. Und hier muß ich - gegen den momentanen Zeitgeist - auf einen Aspekt der Leninschen Konzeption sozialistischer Parteipolitik verweisen, der grundsätzliche Bedeutung hat. Bereits 1902 erklärte Lenin (damals noch in weitgehendem Einklang mit Plechanow), es sei Aufgabe der Arbeiterpartei, jede revolutionäre Bewegung - die *liberale Opposition eingeschlossen* - gegen die bestehende Ordnung der zaristischen Selbstherrschaft zu unterstützen. Es sei ihre direkte Pflicht, sich in jede liberale Frage einzumischen, die sozialdemokratische Haltung zu ihr festzulegen und Maßnahmen zu treffen, damit das Proletariat an der Entscheidung dieser Frage aktiv teilnimmt und ihre Entscheidung in seinem Sinne erzwingt.[22] Es sei darauf verwiesen, daß sich Lenin wegen dieser politischen Linie mehrfach gegen den von radikalen Bolschewiki gemachten Vorwurf "opportunistischer Seitensprünge" durchzusetzen hatte. "Die Sozialdemokratie muß immer und unentwegt den Einfluß der Arbeiterbewegung auf alle Sphären des gesellschaftlichen und politischen Lebens der modernen Gesellschaft erweitern."[23] Es müsse "auf *alle* und *jegliche* Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch" – gleich welche Klasse es beträfe – reagiert werden, und zwar vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.[24] Während der Revolution von 1905 forderte Lenin, man müsse "die Aufgaben der demokratischen Umwälzung vor dem ganzen Volke so breit, so kühn und mit soviel Initiative wie nur möglich stellen."[25] Es gelte, den "Rahmen und Inhalt" des Klassenkampfes "*so weit* auszudehnen", daß er nicht nur die Aufgaben der demokratischen Umgestaltung, sondern auch die der sozialistischen Umgestaltung umfaßt[26], was vielleicht die entscheidende Formel ist.

Offenbar hat Thomas Meyer entschieden Unrecht, wenn er Marx, Luxemburg und Lenin unterstellt, "auf den Weg käme es ihnen gar nicht so sehr an".[27] Sollte man nicht das Gegenteil sagen? Etwa so: "Die sozialistische, kommunistische Zielsetzung hat Marx vorgefunden und im wesentlichen einfach übernommen; mit ihr hat er sich wenig, vielleicht allzu wenig, beschäftigt. Die Frage, die seine ganze leidenschaftliche Kraft in Anspruch nahm, war die des Weges dahin."[28] Darum ging es Lenin expressis verbis. Und was Luxemburg anbelangt - ist sie nicht konsequenter als sonst jemand in der Wahlrechtsfrage für das allgemeine Wahlrecht und die demokratische Republik als "Teilschritt" zum Sozialismus eingetreten? Ihr Ausgangspunkt war u. a. der Gegensatz von bürgerlich-parlamentarischer Republik und großen, auf Macht- und Kolonialpolitik zugeschnittenen Armeen.[29] Dementsprechend verfocht sie die Entlassung der Armee in die Zivilgesellschaft, die Ablösung des stehenden Heeres durch ein Milizheer, die Trennung der Schule von der Kirche, der Kirche vom Staat, den Kampf gegen die Korruption usw. Gerade auf den Weg kam es ihr an, und was sie da dachte, könnte durchaus auch heute, da wir unentwegt mit schweren Konflikten zwischen geltendem internationalen und nationalen Recht einerseits und imperialer Machtpolitik andererseits konfrontiert sind, von Bedeutung sein.

Allerdings wurde Bernsteins Satz über den Weg und das Ziel meist im Sinne der Entgegensetzung von Weg und Ziel verstanden. Der Streit wurde über Jahrzehnte hin von dieser wie von jener Seite weithin sinnwidrig als Streit um das Entweder-Oder

geführt. Auf diese Weise wurde die Arbeiterbewegung immer wieder auf ein falsches Gleis abgedrängt, und das hat Bernstein mitverschuldet, wenngleich es durchaus nicht nur ihm anzulasten ist. Die geschichtsbewegenden Konflikte lagen, wie wir sahen, auf einer ganz anderen Ebene. Statt alles auf sie zu konzentrieren, wurde in aller Regel um Scheinalternativen von Weg und Ziel gestritten, und das war, woran immer wieder zu erinnern ist, zumindest seit Ende des Ersten Weltkrieges wiederholt mit erbitterten, gar blutigen Bruderkämpfen verbunden, während reaktionäre militaristische und chauvinistische Kreise vorankamen und schließlich der Nazi-Faschismus die Oberhand gewann.

Die Sozialismusauffassung

Legte Bernstein einerseits eine merkwürdige politische Blindheit an den Tag, so war er andererseits hinsichtlich der Auffassung vom Sozialismus und von der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft weitgehend realistisch.

Die Sozialismusvorstellungen, die in den Parteien der II. Internationale verbreitet waren, kann man in aller Kürze und etwas vereinfacht etwa so wiedergeben: Der Kapitalismus habe die Produktion vergesellschaftet und das Industrieproletariat hervorgebracht; er gehe einem unvermeidlichen ökonomischen Zusammenbruch entgegen; mit Notwendigkeit werde die Arbeiterklasse an die Macht kommen; sie werde die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführen, die Wirtschaft im Interesse der Arbeiter in Bewegung setzen und so den Sozialismus einführen.

Bernstein brachte dazu eine Reihe von Einwänden vor. Dabei kam er zu Fehleinschätzungen und Mißverständnissen. Zugleich gelangte er zu einer ganzen Reihe von interessanten Einsichten, deren Richtigkeit uns heute einleuchtet.

So warf Bernstein die Frage auf, welchen Reifegrad die geschichtlich-ökonomischen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus eigentlich erlangt hätten. Vor allem verwies er auf die unterschiedlichen Niveaus des Vergesellschaftungsprozesses in verschiedenen volkswirtschaftlichen Bereichen. Er folgerte, daß unterschiedliche Wege beschritten werden müßten, um zur gesellschaftlichen Herrschaft über die Produktion zu gelangen. Zunächst wollte er nur die großen Monopolindustrien in gesellschaftlichen Besitz überführen; die anderen sollten auf absehbare Zeit in Privatbesitz verbleiben. Die Leistungskraft von Privatbetrieben sollte genutzt, eine schrittweise Beteiligung an ihnen angestrebt werden. Daß Produktionsplanung erforderlich ist, war für Bernstein keine Frage, jedoch sollte sie mit der privaten Initiative verbunden werden.

Gegen die "Vergesellschaftungsidee" hatte Bernstein überhaupt nichts einzuwenden, aber er wollte Vergesellschaftung nicht allein an die Verstaatlichung binden.[30] Dementsprechend polemisierte er gegen die "Allesverstaatlichung"[31], wobei er speziell auf die Auffassungen Kautskys abzielte. Er verwies darauf, daß die Übernahme der ganzen Industrie durch den Staat die Verwaltungsarbeit derart vermehren würde, daß eine ersprießliche Entwicklung unmöglich werden würde. Ferner stellte Bernstein eine Reihe von Fragen: Können Weltindustrien verstaatlicht werden? Was soll mit den Be-

trieben geschehen, die spekulativer Natur sind? Oder mit unrentablen Betrieben? In diesem Zusammenhang polemisierte er gegen die Vorstellung, die Menschheit werde schließlich "eine einzige große naturalwirtschaftliche Genossenschaft"[32] bilden. Einige Jahre später stellte er Überlegungen an, ob die Warenproduktion im Sozialismus verschwinden würde.[33]

Wenn wir bedenken, daß die skizzierten Ansichten eine vorerst nur theoretische Thematik betrafen, werden wir aus unserer heutigen Sicht, in die ja nun eine Fülle praktischer Erfahrungen der unterschiedlichsten Art eingeht, sagen müssen, das Bernsteins Vorstellungen lebensnah waren. Nicht überzeugend ist da Thomas Meyers Interpretation, Bernstein sei für einen Weg zum Sozialismus durch "Teillieferungen" eingetreten,[34] hier trifft er Bernsteins Intentionen nicht. Für Bernstein stand außer Zweifel, daß der Übergang zum Sozialismus ein Prozeß tiefgreifender Wandlungen sein wird, ein Prozeß, der auch staatliche Eingriffe in die Gesellschaft zur Regelung der Produktion, der Preisbildung und der Arbeitsbedingungen im Sinne der Besserstellung der Arbeiterklasse erforderlich machen wird. Entgegen möglichen Vorstellungen von einer schnellen oder gar schlagartigen "Vergesellschaftung" wollte Bernstein bei der Wandlung das Prozeßhafte geltend machen, und das war völlig berechtigt.

Auch hier kann auf eine interessante Parallele der Sozialismusauffassungen Bernsteins und Lenins verwiesen werden. Bei Lenin gab es zunächst vereinfachte Auffassungen vom Übergang zum Sozialismus. Aber nach der Oktoberrevolution wurde seine Sozialismuskonzeption immer lebendiger, farbiger, beweglicher, offener. Vor allem sein Konzept der Neuen Ökonomischen Politik enthielt erstmals ein in sich relativ konsistentes Konzept einer auf die Entwicklung der Produktivkräfte für soziale und sozialistische Ziele gerichteten Marktwirtschaft mit verschiedenen Eigentumsformen, darunter kapitalistischen und staatskapitalistischen Wirtschaftsformen. Er entwarf das Projekt einer Gesellschaftstransformation, die auf sozialistische *und* bürgerliche Organisationsprinzipien unter Führung der Arbeiterklasse setzte. Ähnlichkeiten sind hier unübersehbar. Niemand vermag zu sagen, wie die weitere Entwicklung verlaufen wäre, wenn dieses Konzept zielstrebig verwirklicht und dabei an Hand praktischer Erfahrungen weiterentwickelt worden wäre. Mit Sicherheit aber kann gesagt werden, daß mit der gegen Ende der zwanziger Jahre in der Sowjetunion vorangetriebenen Abkehr von der NÖP und mit dem rabiaten Übergang zu Positionen, die gerade im Hinblick auf die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse mehr den von Bernstein attackierten Ansichten entsprachen, ein Weg eingeschlagen wurde, der mitverantwortlich ist für das schließliche Scheitern des sozialistischen Versuchs.

In den zurückliegenden Jahrzehnten haben sich die realgeschichtlichen wie die theoretischen Voraussetzungen der Debatten über die Möglichkeit und Realisierbarkeit sozialistischer Perspektiven fundamental verändert. Ein ganzer Kosmos an vielgestaltigen und widerspruchsvollen Erfahrungen liegt vor, die weltgeschichtliche Niederlage des 1917 begonnenen Alternativversuchs eingeschlossen, und neue Erfahrungen werden gemacht. Es gilt, neu nachzudenken. Dabei wird auch das, was Generationen vor uns über den Sozialismus und den Übergang zum Sozialismus dachten und

schrieben, von Interesse sein, und Bernstein dürfte da einen - gewiß umstrittenen - Platz finden, wie Luxemburg, Lenin und viele andere auch. Es konnten hier nur einige Inhalte aus Bernsteins Ideennachlaß berührt werden - und diese sind sehr widersprüchlich. Da ist an einen Satz Hegels zu erinnern, demzufolge überall gar nichts ist, worin nicht der Widerspruch, d. i. entgegengesetzte Bestimmungen aufgezeigt werden können und müssen. Das gilt nicht nur für Prozesse, sondern auch für Menschen, die sie hervorrufen, sie erleiden, über sie nachdenken.

---

1 Erweiterte Fassung des Beitrags auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. am 16.-18. März 2001.

2 Vgl. Annelies Laschitza: Im Lebensrausch trotz alledem - Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996.

3 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus. Stuttgart/Berlin 1921, 208. In bezug "auf alle China betreffenden Fragen" habe Deutschland "ein entschiedenes Wort mitzusprechen"; es habe ein "Einspruchsrecht". Der Überfall der kaiserlich-deutschen Kolonialmacht in der Kiautschou-Bucht (Kaiser Wilhelm feierte damals den kolonialen Aggressionsakt mit den majestätischen Worten, endlich hätten die Chinesen den lang ersehnten Grund und Zwischenfall geboten für das Einschreiten, und die deutschen Kaufleute würden aufjauchzen im Bewußtsein, daß endlich das deutsche Reich festen Fuß in Asien gewonnen habe) sah Bernstein als "Bürgschaft für die zukünftigen Interessen Deutschlands in China" an. Er meinte, die Sozialdemokratie solle diese Entwicklung der Dinge "gutheißen", freilich sei "die Abfindung und Behandlung der Eingeborenen" scharf zu kontrollieren. (Die Voraussetzungen des Sozialismus: 210). Man vergleiche, wie Lenin wenig später an die mit dem Krieg der europäischen Mächte in China zusammenhängenden Fragen heranging. (Der China-Krieg. In: LW Bd. 4: 371ff.)

4 Eduard Bernstein: Die Kolonialfrage und der Klassenkampf. In: Sozialistische Monatshefte 1907. (12. Heft): Bd. 2: 989 f.

5 Eduard Bernstein: Politische Schwarzmalereien. In: Sozialistische Monatshefte 1912. Bd. 1: 541.

6 Ebd.: 542.

7 W. I. Lenin: Der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart. In: LW Bd. 13: 68.
8 Vgl. etwa Gerhard Hildebrand: Die deutschen Interessen im Ausland. In: Sozialistische Monatshefte 1911. Bd. 3: 1220. Aus heutiger Sicht glaubt man seinen Augen nicht, wenn man diese Zeitschrift aus dieser Zeit gerade im Hinblick auf die Kolonial- und Kriegsfrage durchblättert.
9 So bei Richard Calver: Kolonialpolitik und Sozialdemokratie. In: Sozialistische Monatshefte 1907. Bd. 1 (3. Heft): 192ff.
10 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. In: Ausgewählte Reden u. Schriften. Berlin 1951: 260.
11 Thomas Meyer: Was bleibt vom Sozialismus? Reinbek bei Hamburg 1991: 17.
12 Vgl. Karsten D. Voigt: Die Wurzeln und Aufgaben des demokratischen Sozialismus heute und zur Bedeutung Eduard Bernsteins und des Revisionismusstreits. In: Bernstein und der demokratische Sozialismus (Hg. Horst Heimann u. Thomas Meyer). Berlin-Bern 1987: 119.
13 Alles, was Bernstein in der Ausgabe 1921 der "Voraussetzungen des Sozialismus" zugestand, war, "den Einfluß der Launen eines ihnen hemmungslos unterworfenen Monarchen auf die deutsche Auslandspolitik unterschätzt zu haben." (209)
14 Eduard Bernstein: Der Revisionismus in der Sozialdemokratie. In: Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge. (Hgg. v. Helmut Hirsch) Bonn 1976: 99.
15 Ebd.: 105.
16 Ebd.: 106.
17 Ebd.: 108.
18 Eduard Bernstein: Was ist Sozialismus? In: Ein revisionistisches Sozialismusbild: 145.
19 Karl Kautsky: Das Erfurter Programm. Berlin 1965: 228.
20 Siehe die nach wie vor interessante Studie von Rudolf Walther: "... aber nach der Sündflut kommen wir und nur wir." "Zusammenbruchstheorie", Marxismus und politisches Defizit in der SPD 1890-1914. Frankfurt a. M. 1981.
21 Rosa Luxemburg: Das Offiziösentum der Theorie. In: Ausgewählte Reden u. Schriften. Bd. II. Berlin 1951: 472.
22 W. I. Lenin: Politische Agitation und "Klassenstandpunkt". In: LW Bd. 5: 349.
23 Ebd.: 350.
24 W. I. Lenin: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. In: LW Bd. 5: 426.
25 W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: LW Bd. 9: 102.
26 Ebd.: 112.
27 Thomas Meyer: Was bleibt vom Sozialismus?: 77.
28 So Alexander Rüstow 1921 in einer Rede, abgedruckt in: Blätter für religiösen Sozialismus. 1921. Nr. 11/12.
29 Vgl. Annelies Laschitza: Im Lebensrausch ...: 163f.
30 Eduard Bernstein: Das Vergesellschaftungsideal und die Gewerkschaften. In: Sozialistische Monatshefte 1906. Bd. 2 (11. Heft): 930ff.
31 Eduard Bernstein: Zur Frage: Sozialliberalismus oder Kollektivismus. Berlin 1900: 181.
32 Ebd.
33 Eduard Bernstein: Das Vergesellschaftungsideal ...: 927.
34 Thomas Meyer: Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Bern, Bonn-Bad Godesberg 1977: 370.

Klassen-, Geschlechter- und Minderheitenfrage: Eugene V. Debs und der amerikanische Sozialismus

William A. Pelz

Gewerkschafter, Sozialist, Präsidentschaftskandidat, Antikriegsaktivist im Gefängnis – Eugene Victor Debs war all das in einer Person, und er war mehr. Mit einer Karriere in zwei Jahrhunderten, vom Goldenen Zeitalter bis in die wilden zwanziger Jahre, verkörperte Debs eine einzigartige amerikanische radikale Persönlichkeit. Selbst nachdem diese Stimme derer, die kein Mitspracherecht besitzen, vor über einem halben Jahrhundert verstummte, hat Debs, der ehemalige Eisenbahnarbeiter, noch viel mitzuteilen. Man kann sagen, daß Eugene Victor Debs – wie die Geschichte selbst – nicht tot, nicht einmal Vergangenheit ist. Denn die Ideen, die er vertrat, fördern weiterhin eine Vision, die auch im neuen Jahrtausend überraschend aktuell ist.

Wer war dieser Mann, der die bedeutendste Stimme des Sozialismus im Amerika des zwanzigsten Jahrhunderts werden sollte? Debs wurde 1855 in Terre Haute, Indiana, geboren und arbeitete als junger Mann in einer Lokomotivenfabrik. Der junge Gene stieg innerhalb weniger Jahre in die Position eines Heizers auf. Sein Leben schien äußerlich dem Mythos des amerikanischen Traums vom stetigen Aufstieg zu folgen. Bald jedoch wurde er eine Kraft in der Brotherhood of Locomotive Firemen [Bruderschaft der Heizer], der Gewerkschaft, die seine Berufsgruppe vertrat. Er sah, wie die Eisenbahner durch die zahlreichen Berufsgewerkschaften entzweit wurden. Diese Gewerkschaften schwächten die Arbeiter in ihrem Kampf gegen die immer mächtigeren Räuberbarone des aufsteigenden amerikanischen Unternehmertums.

Debs fühlte immer stärker, daß es notwendig war, alle Eisenbahnarbeiter in einer Gesamtgewerkschaft zu organisieren, die die Macht besaß, die Arbeitenden gegen die Lohnkürzungen und die Arbeitshetze jener Jahre zu schützen. Im Jahre 1893 wurde die American Railroad Union (ARU) als militante Organisation für den Kampf um die Arbeiterrechte geboren. Im folgenden Jahr kürzte George Pullman die Löhne seiner Arbeiter und weigerte sich gleichzeitig, die Mieten zu senken, die er ihnen für die Werkswohnungen in der Siedlung am Rande von Chicago abnahm. Als die ARU sich in Solidarität mit dem Streik weigerte, Pullman-Wagen zu bedienen, waren die Fronten abgesteckt; Pullman hatte die Unterstützung anderer Eisenbahnbesitzer und des Präsidenten Grover Cleveland.

Gegen die Gewerkschaft wurde eine gerichtliche Verfügung des Staates wegen Verletzung des Sherman-Antitrust-Gesetzes erlassen. Zwar weigerte sich der Gouverneur von Illinois, John Peter Altgeld, die Nationalgarde gegen den Streik zu mobilisieren, aber gekaufte Schläger halfen den Regierungstruppen, die streikenden Arbeiter zu unterdrücken. Eugene V. Debs mußte als Führer des Streiks für sechs Monate in das Gefängnis von Woodstock, Illinois. In die Zelle ging er als kämpferischer Gewerkschafter, als überzeugter Sozialist kam er zurück.

Was war in jenen sechs Monaten geschehen? Gene Debs zogen die Lehren von Karl Marx an, dessen Schriften ihm in großer Zahl von dem Sozialisten Victor Berger aus Milwaukee zugänglich gemacht wurden. Sie schienen zu erklären, warum Amerika so war, wie es war, – und warum man es verändern mußte. Außer Marx machten auf ihn die Schriften von Karl Kautsky, den man oft den "Papst" der Sozialistischen Internationale nannte, einen besonders starken Eindruck, wenngleich Debs auch von vielen nichtmarxistischen Radikalen, darunter Victor Hugo in Frankreich, beeinflußt wurde. Seine Lektüre war nicht besonders systematisch und schloß utopische Werke wie Edward Bellamys damals populäres Looking Backward ein.

Als Debs das Gefängnis von Woodstock verließ, war er überzeugt, daß der Kapitalismus, das heißt, das Privateigentum an den grundlegenden Mitteln der Produktion und der Verteilung, abgeschafft werden mußte. Er betrachtete diesen Schritt als den Anfang und nicht als das Ende eines revolutionären Prozesses, der eine neue Gesellschaft freier Menschen schaffen würde. Als Gegner jeglicher Form von Unterdrükkung fühlte sich der sozialistische Führer all jenen verwandt, die von den Rädern des Fortschritts, wie es die Unternehmerpresse nannte, überrollt wurden. Debs kommentierte die Verurteilung wegen seiner Antikriegshaltung mit den Worten: "Solange es eine Unterklasse gibt, gehöre ich dazu; solange es ein kriminelles Element gibt, bin ich eines, und solange eine Seele im Gefängnis ist, bin ich nicht frei."

Gene Debs war fünfmal der Präsidentschaftskandidat der Sozialistischen Partei (1900, 1904, 1908, 1912, 1920), aber er war überraschend wenig an der Erringung eines öffentlichen Amtes interessiert. Die Wahlkampagnen waren für ihn ein Weg zur Förderung sozialistischer Ideen und zur Erhöhung des Klassenbewußtseins. Er wollte Stimmen nicht um ihrer selbst willen gewinnen, sondern hoffte, daß Wahlen ein Werkzeug zur Förderung sozialistischer Ideen in den amerikanischen Massen seien. Trotz seiner Weigerung, Prinzipien gegen Stimmen einzutauschen, kreuzten fast eine Million Amerikaner 1912 seinen Namen auf ihren Stimmzetteln an; so auch 1920, als er den Wahlkampf von seiner Gefängniszelle in Atlanta aus führte. Der Höhepunkt sozialistischer Wahlerfolge war im Jahr 1912, als in zwei Dutzend verschiedenen Staaten 1.200 sozialistische Parteimitglieder Ämter erlangten.[1]

Debs hatte seit langem kritisiert, daß die American Federation of Labor (AFL) das Schwergewicht auf die Berufsgewerkschaften legte, und unterstützte die Orientierung auf Industriegewerkschaften; womit er zum Gegenstand der Verachtung des AFL-Chefs Samuel Gompers wurde. Gompers stand selbst in seiner straff geführten AFL ein beträchtlicher Sozialistischer Block gegenüber, der "immer für unabhängige politische Aktion und Industriegewerkschaften eintrat und noch 1912 27 Prozent der Stimmen erhielt, als Max Hayes sich gegen Gompers als Präsident der Wahl stellte."[2] Derartige Opposition machte Gompers' Angriffe nur noch gehässiger. Als Debs und die Sozialisten für ihre Präsidentschaftswahlkampagne durch das ganze Land einen Zug mieteten, "roter Sonderzug" genannt, erhob der AFL-Führer die Anschuldigung, daß er von Anti-Labor-Interessen bezahlt worden sei, die damit versuchten, "die Laborstimmen zu spalten".[3] Während dieses im wesentlichen erfolgreichen Versuchs, den sozialisti-

schen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu begrenzen, donnerte Gompers: "Der Sozialismus bringt der menschlichen Rasse nur Unglück. Er zerstört die persönliche Initiative, beseitigt den Nationalstolz – den Grundstein der Kultur eines Volkes – und spielt letztlich den Autokraten in die Hände."[4]

Im Gegensatz dazu unterstützte Debs die Industrial Workers of the World (IWW), als sie 1905 gegründet wurden und hoffte, sie würden als der ökonomische Arm der Sozialistischen Bewegung dienen. Durch das Vorherrschen syndikalistischer Ansichten, die die direkte Aktion betonten und Aktivitäten in Wahlen verschmähten, wurde er bald entmutigt. Er ließ die Mitgliedschaft in den IWW ruhen, fuhr aber fort, die Organisation gegen die Repression insbesondere durch die Regierung während des Ersten Weltkrieges zu verteidigen. Aber niemals, wie seine hier angeführten Schriften beweisen, schwor er seinem Glauben an die Notwendigkeit von industriell, ja sogar revolutionär orientierten Gewerkschaften ab.

Als in Europa im August 1914 der Krieg ausbrach, war Eugene V. Debs sehr bekümmert. Für ihn war Krieg immer der schlimmste Terror gegen die Welt. So überrascht es nicht, daß seine Bewunderung für die vielen europäischen Sozialisten, die nun im Sinne der Unterstützung für ihre Regierungen stimmten, sich verflüchtigte. Er begeisterte sich schnell wieder für die politische Tätigkeit und widmete sich dem Anliegen, eine amerikanische Teilnahme am Krieg in Europa zu verhindern. Als der Krieg schließlich endete, befand sich Gene Debs in einem Bundesgefängnis, verurteilt wegen seiner Antikriegsauffassungen. Weder er noch die von ihm geführte Partei konnten sich jemals von der brutalen Repression der Regierung Woodrow Wilsons erholen. Worin also besteht Debs' Beitrag?

Eugene V. Debs war immer ein Mann, der starke Emotionen auslöste. Theodore Roosevelt bemerkte seinerzeit, daß Debs und der linke Gouverneur von Illinois, John P. Altgeld, an die Wand gestellt und erschossen gehörten.[5] Auf der anderen Seite der ideologischen Kluft wurde der Mann der Gewerkschaften aus Terre Haute von seinen Anhängern fast wie ein Gott verehrt – worüber der Sozialist aus Milwaukee Victor Berger in seiner privaten Korrespondenz bitterlich klagte.[6] Auch haben Wissenschaftler, wenngleich im allgemeinen wohlwollend, auf die charakterlichen Mängel und die politischen Grenzen von Debs hingewiesen.

Was den Charakter betrifft, so ist das persönliche Leben von Debs oft Gegenstand von Kritik gewesen. So heißt es zum Beispiel in der Encyclopedia of the American Left, daß Debs "sehr stark von Unsicherheit und Unbestimmtheit gekennzeichnet war ..., sich Depressionen durch den Besuch von Bordellen oder Bars entzog ..., immer einen Märtyrerkomplex besessen habe, seine eigene Kreuzigung vorausahnte und sich sogar darum mühte ...".[7] Selbst von ihn ansonsten leidenschaftlich unterstützenden Autoren, wie jenen, die Labor's Untold Story verfaßten, wird seine Freude am Trinken ein ernster Fehler genannt.[8]

Wesentlicher jedoch ist, zumindest nach Meinung des Verfassers, der Vorwurf des Klassenreduktionismus. Danach sei Debs auf das Primat von Klassenbeziehungen in der amerikanischen Gesellschaft fixiert gewesen, während er andere Arten der Unter-

drückung ignorierte oder geringschätzte, insbesondere die auf Rasse und Geschlecht bezogenen. Debs wird entweder als gegenüber rassischer und geschlechtlicher Unterdrückung narkotisiert gesehen, oder es wird sogar festgestellt, "sein Klassenreduktionismus kann einfach als Vorwand für Inaktivität an der Afroamerikaner-Front und als bequemer Schild für die Zögerlichkeit der weißen Radikalen interpretiert werden, die Sache der schwarzen Befreiung [zu unterstützen]."[9]

Die meisten Kritiker der Haltung von Debs bezüglich der Rassenfrage verweisen auf seine Opposition gegen eine Resolution auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei von 1903, mit der beschlossen wurde, einen besonderen Kampf für die Rechte der Afroamerikaner zu führen. "Debs wollte nicht zugestehen, daß arme Afroamerikaner in einer schlechteren Position waren als arme Weiße", bemerkt ein Autor.[10] Während die Kritiker einerseits zugeben, daß Eugene V. Debs bemerkenswert, wenn auch nicht vollkommen, frei war von den rassischen Vorurteilen, an denen die Sozialistische Partei Amerikas krankte, [11] wird ihm andererseits – überzeugender – vorgeworfen, daß er die "Verantwortung der Sozialisten, sich im spezifischen Kampf für die Gleichheit der Afroamerikaner zu engagieren", nicht verstanden habe.[12] Da Debs besser als die meisten seiner weißen Zeitgenossen die Torheit und die Amoralität des Rassismus eingesehen habe, sei es besonders verdammenswert, daß "er selber nichts tat, um die Sozialistische Partei für den Kampf um die Rechte der Afroamerikaner zu mobilisieren".[13]

Eugene V. Debs wurde gleichermaßen wegen seines Desinteresses für die Rechte der Frauen gegeißelt. Er meinte, die Frauenfrage wie der Rassismus würden durch den Klassenkampf und die Erringung des Sozialismus gelöst werden. Nick Salvatore bemerkt: "Debs betrachtete die Frauen als seinem Hauptanliegen untergeordnet, als in der Umlaufbahn – und diese nur tangierend – der führenden Figuren in diesem Drama: der Väter, Ehemänner und Brüder. Ihr Platz ist wirklich zu Hause, kann man Debs beinahe sagen hören, und seine fortgesetzte Orientierung auf die Männer als die Achse seiner Analyse enthüllt sein Grundverständnis ... Debs machte seine Analyse des Kapitalismus an einer nachdrücklichen Behauptung traditioneller paternalistischer Autorität fest."[14] Diese Einschätzung hat einen nicht geringen Wahrheitsgehalt. Wie könnte es auch anders sein, da Eugene V. Debs – ebenso wie wir alle – ein Produkt seines Platzes in der Geschichte und seiner Zeit war?

Aber selbst wenn man Debs' Versagen hinsichtlich der zentralen Rolle von Rasse und Geschlecht im Kampf gegen die Unterdrückung einsieht, ist auch ein anderes Verständnis seines Werkes möglich. Trotz der unleugbaren Begrenztheit seiner Möglichkeiten brachte er, in der Hoffnung, die Risse und Spaltungen, von denen radikale und Reformbewegungen traditionell zerstört werden, zu überwinden, die Klassentheorie immer wieder mit plausiblen Argumenten in die Diskussion.

Zunächst einige Bemerkungen über seine Versäumnisse in den Fragen von Rasse und Geschlecht.

Debs hat als Führer der American Railroad Union öffentlich gegen die Rassenschranke gekämpft. Seit er mit dem Rassismus der einfachen Gewerkschaftsmitglieder konfrontiert war, erinnerte Debs die Menschen immer wieder daran, daß dieser der Haupt-

grund für die schließlichen Niederlagen der Gewerkschaft war.[15] In einer Reaktion im Jahre 1904 auf einen rassistischen Angriff wegen seiner Parteinahme für rassische Gerechtigkeit verteidigte Debs die Gleichheit aller Menschen überzeugend, indem er einen Essay mit den Worten abschloß: "So werden meine Tür oder mein Herz niemals einem menschlichen Wesen wegen der Farbe seiner Haut verschlossen sein."[16]

Dies war ein Leben lang die Haltung von Eugene V. Debs. Im Verlauf der Zeit erkannte er immer mehr die besondere Unterdrückung der Afroamerikaner. Im Oktober 1923 konstatierte er in einer seiner letzten größeren Reden auf einer Kundgebung der Sozialisten: "Ein Grund, warum ich Sozialist wurde, bestand darin, daß ich gegen diese grausame Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Hautfarbe war. Das konnte ich niemals verstehen."[17] Diese Beispiele zeigen, daß Debs kein rassistischer Eiferer war. Ein Autor bemerkt im Gegenteil, daß "Debs sich mit den Jahren zu einem der klarsten und kenntnisreichsten Verteidiger der Schwarzen entwickelt" habe.[18]

Das Elend der Afroamerikaner sah er ganz und gar mit der Ausbeutung der Arbeiterklasse verwoben. Gegenüber seinen jeweiligen Zuhörern, schwarzen wie weißen, argumentierte er, daß die Rassenfrage "sich in einer Klassenfrage auflöst. Der Kapitalist kümmert sich um den weißen Arbeiter nicht mehr als um den schwarzen Arbeiter. Was er will ist die Arbeitskraft – billige Arbeitskraft, ihm ist es gleichgültig, ob diese in weiße oder in schwarze Haut eingewickelt ist."[19]

Ebenso trat Debs "für die absolute Gleichheit der Geschlechter" ein.[20] Worin auch immer er persönlich versagt haben mag, hinsichtlich aller wesentlichen Probleme seiner Tage befand sich Debs immer auf der Seite der Frauen. Und auch die Probleme der Frauen interpretierte er als Ergebnis des kapitalistischen Systems – nicht von der angeblichen Minderwertigkeit der Frau verursacht – und daher veränderbar. Es ist bemerkenswert, daß sowohl in bezug auf die Geschlechter- als auch auf die Rassenprobleme die Führer und Führerinnen der entsprechenden Gemeinschaften in der Mehrzahl eine positive Meinung über Debs hatten. Man denke beispielsweise an die warmen Dankesbriefe, die er 1916 von der "Women's Civic and Protective League", einer Organisation denkender afroamerikanischer Frauen, "die für die Weiterbildung unserer Menschen arbeiten und hoffen", erhielt. In dem Brief, dessen Mitverfasserin Dorothy S. Thompson, Sekretärin des Los Angeles-Zweiges der NAACP [National Association for the Advancement of Colored People] war, wird Debs der Dank für seine Verurteilung der "Mitglieder des Clans" ausgesprochen.[21]

Selbst wenn die meisten Kritiker Debs zugestehen, Afroamerikaner und Frauen unterstützt zu haben, wird damit nicht der Vorwurf ausgeräumt, er habe es nicht fertiggebracht, innerhalb seiner eigenen Organisation für sie zu kämpfen. Das trifft unbedingt zu: Sein Mangel an Stehvermögen in innerparteilichen Auseinandersetzungen war legendär. Zu seiner Verteidigung sollte aber die Frage gestellt werden, ob nicht auch der heftigste Kampf Debs' innerhalb der Partei fehlgeschlagen wäre. Immerhin war er machtlos, als es darum ging, die Abspaltung der Kommunisten zu verhindern, die seine Organisation so geschwächt hatte.[22] Sogar der linke Flügel der amerikanischen Sozialisten, der den Chauvinismus in den eigenen Reihen vehement verurteilt

hatte, versagte, als es darum ging, die Partei im Kampf für die Afroamerikaner oder gar für die Frauen zu mobilisieren.[23]

Seine gründliche Kenntnis der amerikanischen sozialistischen und Arbeiterbewegung ließ Debs die Gefahr endloser interner Debatten erkennen, die zu organisatorischer Lähmung und Spaltung führten. 1912 drängte er seine Genossen, sich zu beruhigen: "Mir scheint, in unseren Reihen herrscht zu viel Verbitterung und zu wenig Toleranz bei der Diskussion unterschiedlicher Auffassungen. Zu oft ist der Geist der Kritik beißend und überkritisch. Es werden persönliche Animositäten erzeugt, aber Meinungen bleiben unverändert."[24] Eugene V. Debs erkannte die vielen Kräfte, die die Bewegung auseinanderzerrten, und betonte bei dem Versuch, die Dinge zusammenzuhalten, das Primat der Klassenfrage.

Klasse bedeutete für ihn den Kern der Sache, der es erlauben würde, die Einheit der verschiedenen, unterschiedlichen Gruppen zu wahren, die durch Ideologie, Religion, Rasse, Geschlecht, Region, Kultur, Beruf und Ethnie gespalten wurden. Ohne diese Einheit würden die verschiedenen unterdrückten Gruppen nicht viel mehr als Pressure-groups innerhalb des Systems sein, das sie einzeln nicht überwinden könnten.[25] Die Klasse war ein notwendiges Korrektiv gegen die Betonung von Nationalismus oder "Amerikanismus", mit denen die Arbeiter an die Unternehmer gebunden werden sollten. Es waren nationalistische Illusionen, die die Arbeiter dazu brachten, für die von den Kapitalisten erklärten Kriege "reichlich ihr Blut zu vergießen und die Leichen zu liefern".[26]

Nach Debs' Auffassung war das Verständnis für die zentrale Bedeutung der Klassenfrage das Rückgrat der sozialistischen Bewegung, das notwendig war, um das unter den amerikanischen Linken wuchernde Sektierertum zu überwinden. Mit der ständigen Betonung der Klassenfrage bemühte sich Eugene V. Debs, den Individualismus zu bekämpfen, der unter den Arbeitern durch den rapide expandierenden amerikanischen Kapitalismus ermutigt und gefördert wurde. Demgegenüber würde das Bewußtsein der Klassenzugehörigkeit die einfachen Menschen erkennen lassen, daß ihre wahren Interessen nicht in der Konkurrenz, sondern in der Kooperation für das allgemeine Wohl liegen. "Debs, wie er besser nicht sein könnte", bemerkt ein Gelehrter, "brachte ein Verständnis für die Klassenfrage in das Zentrum des amerikanischen politischen Diskurses".[27] Das ist vielleicht das Höchste, was man von einem Politiker und Gewerkschafter jener Zeit erwarten kann. Eugene V. Debs verstarb 1926.

---

1 Vgl. James Weinstein: The Decline of Socialism in America, 1912-1925. New York 1967.
2 Richard O. Boyer/Herbert M. Morais: Labor's Untold Story. Pittsburgh 1955: 183.
3 Samuel Gompers: Seventy Years of Life and Labor: An Autobiographiy. Vol. II. New York 1925: 269.
4 Ebd.: 431.
5 Ray Ginger: The Bending Cross: A Biography of Eugene Victor Debs. New Brunswick 1949: 252.
6 Michael E. Stevens (ed.): The Family Letters of Victor and Meta Berger, 1894-1929. Madison 1995: 19, 25, 103, 106, 146, 286.
7 Scott Mollory: Eugene V. Debs (1855-1926). In: Mari Jo Buhle, Paul Buhle, Dan Georgakas (eds.): Encyclopedia of the American Left. New York 1990: 186.

8 Richard O. Boyer/Herbert M. Morais: Labor's Untold Story... : 115.
9 Jiehyun Lim: Race and Nation - Parallel Thought in Eugene V. Debs and Rosa Luxemburg (unpublished paper): 9.
10 Ray Ginger: The Bending Cross...: 260.
11 Dies war nicht nur ein persönliches Problem von prominenten Individuen wie Victor Berger, einem notorischen Rassisten. Die "Gleichgültigkeit einer Partei gegenüber Gewalt gegen Afroamerikaner, [veranlaßte] 1903 eine Untersuchung durch das Internationale Sozialistische Büro" der Zweiten Internationale. Ira Kipnis: The American Socialist Movement 1897-1912. New York 1972: 132.
12 Bert Cochran: The Achievement of Debs. In: Ronald Radosh (ed.): Debs, Englewood Cliffs, N. J. Prentice-Hall 1971: 161.
13 Ira Kipnis: The American Socialist Movement... : 133.
14 Nick Salvatore: Eugene V. Debs. Citizen and Socialist, Urbana and Chicago. University of Illinois Press 1982: 229.
15 Ebd.: 227.
16 The Negro and His Nemesis. In: The Eugene V. Debs Reader. Socialism and the Class Struggle. Chicago 2000: 53.
17 Ebd.: 186.
18 Bernard J. Brommel: Eugene V. Debs. Spokesman for Labor and Socialism. Chicago 1978: 218-219.
19 The Negro Workers. In: The Eugene V. Debs Reader... : 190.
20 Woman - Comrade and Equal. In: The Eugene V. Debs Reader... : 181.
21 J. Robert Constantine (ed.): Letters of Eugene V. Debs, Vol. 2: 1913-1919. Urbana and Chicago 1990: 240.
22 Bernard J. Brommel: Eugene V. Debs... : 170.
23 Ira Kipnis: The American Socialist Movement... : 134.
24 Sound socialist tactics. In: The Eugene V. Debs Reader... : 112.
25 Denselben Standpunkt kann man heute vertreten: "Viele in der Linken sind von der Klassenfrage und der Vision eines demokratischen, egalitären Sozialismus abgerückt. Die wichtigen sozialen Fragen unserer Tage - Rasse, Geschlecht, Umwelt - sind meistens von der Bedeutung der Klassenstruktur getrennt. Die Herrschaft der kapitalistischen Klasse und der Klassenkampf werden in den Hintergrund geschoben. Ob bewußt oder unbewußt, besteht die unausgesprochene Annahme, die dem Rückzug von der Klassenfrage innewohnt, darin, daß der Kapitalismus auf die eine oder andere Weise, in dem er wunderbare neue Technologien schafft, immer weitergehen wird. Es ist daher das Beste, damit fortzufahren jene Anpassungen in den sozialen Bedingungen vorzunehmen, die das System vermutlich erlauben wird." Socialism: A Time to Retreat? In: Monthly Review, 52 (4), September, 2000: 1.
26 The Canton, Ohio Speech. In: The Eugene V. Debs Reader. ... : 157.
27 N. Salvatore: Eugene V. Debs. Citizen and Socialist. Urbana and Chicago 1982: 344.

Jakobinismus, Demokratie und Arbeiterbewegung. Der Historiker Walter Grab

Mario Keßler

Der israelische Historiker Walter Grab (1919-2000) gehört zu den herausragenden Vertretern seines Berufes im 20. Jahrhundert. Die Französische Revolution und ihr Widerschein in Deutschland, die demokratischen Bewegungen im Vormärz, das Schicksal der deutschen und österreichischen Juden sowie die Chancen und Perspektiven der Arbeiterbewegung, von Demokratie und Sozialismus in Europa und Israel waren die Schwerpunkte seiner Forschung, die in mehr als zwanzig Büchern ihren Ausdruck fand. Besonders hatte es ihm das biographische Genre angetan. In einem herausragenden Buch behandelte er 1982 Heinrich Heine als politischen Dichter. Er schrieb eine Vielzahl biographischer Essays über bis dahin unbekannte deutsche Jakobiner, die er 1984 in dem Band *Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern* zusammenfaßte. Sein kraftvoller, schnörkelloser, bildhafter Stil widerspiegelte nicht nur den Menschen Walter Grab, sondern macht seine Bücher zu einer überaus spannenden Lektüre – noch über die Vielzahl der darin mitgeteilten Fakten und Zusammenhänge hinaus.

Ein Emigrantenschicksal zwischen Wien und Tel Aviv

Walter Grab wurde am 17. Februar 1919 in einem sozialdemokratischen Elternhaus in Wien geboren. Sein Vater Emil Grab (1874-1954) war 1908 aus Prag in die Hauptstadt gekommen und engagierte sich als Besitzer eines mittelständischen Unternehmens, einer Lederwarenfabrik, für die gleiche Partei wie die meisten seiner Angestellten: die Sozialdemokratie. Seine Frau Franziska, geb. Geller (1884-1947), Walter Grabs Mutter, stammte aus Ostgalizien, aus der Nähe von Kolomea, und war, anders als ihr Mann, der aus einem in die deutsche Kultur integrierten Haus stammte, die erste ihrer Familie, die sich an die deutschsprachige Umwelt "assimilierte".

Welch trügerisches Gefühl der Sicherheit diese "Assimilation" vermittelte, sollten die Grabs nach dem "Anschluß" Österreichs an Nazideutschland erfahren. Mit seinen Eltern und Geschwistern mußte Walter Grab 1938 seine Geburtsstadt Wien verlassen. "Hätte man mich im Jahre 1937, als ich mein Abitur ablegte, gefragt, wer ich bin, so hätte ich mich als Österreicher und nicht als Jude bezeichnet. Ich war zwar Jude, aber da ich nicht gläubig war und keinerlei religiöse Gesetze befolgte, so schien mir meine Konfession irrelevant. Heutzutage definiert man sich national und nicht religiös. Als Schüler schien mir meine Identität als Österreicher selbstverständlich. Im Gymnasium lehrte man mich die Grundlagen der Aufklärung, des Humanismus, der Völkerfreundschaft, des Weltbürgertums."[1]

Hatte sich die Familie Grab noch im österreichischen Ständestaat trotz ihrer linken Gesinnung nicht in ihrer Existenz bedroht gefühlt, so schien mit dem Einmarsch der Wehrmacht im März 1938 für Walter Grab, damals Geschichtsstudent im 2. Seme-

ster, "das Leben zu Ende".[2] Das Glück, daß seine Mutter in Palästina Verwandte hatte, verhalf der Familie dort zu einem Neubeginn. "Ich kam nicht aus Zionismus, sondern aus Österreich – daran dachte ich. Gleichzeitig habe ich mich geschämt, denn die Zionisten hatten mich ja gerettet."[3] Unter den Verwandten, die Opfer des nazistischen Vernichtungsfeldzuges wurden, war Walter Grabs Bruder Wilhelm, dessen Koffer – das einzige, was von ihm blieb – sich im Museum von Auschwitz befindet.

Zunächst noch ohne Kenntnis der Sprache und ohne zureichende finanzielle Mittel, mußte Walter Grab sein Studium, das er an der Hebräischen Universität fortsetzen wollte, schließlich aufgeben – eines der bittersten Momente seines Lebens. Es folgten zwei harte Jahrzehnte in Palästina und Israel, während derer Grab in Tel Aviv als Lederwarenhändler zum Unterhalt zuerst der Eltern, später der eigenen Familie beitragen mußte.

Walter Grab und seine Frau Alice, geb. Ehrlich, lernten sich 1943 im *Kreis für fortschrittliche Kultur* in Tel Aviv kennen. Die Vortragsabende dieses Zirkels organisierte und leitete der aus Berlin stammende Journalist Erich Kuttner, in dessen Nachfolge dann auch Walter Grab. Die meisten Mitglieder, darunter Grab, traten der *Liga V* (Victory) bei, die ehrenamtlich und freiwillig Spendenaktionen für die Rote Armee organisierte. Daneben nahm Grab an den wöchentlichen Diskussionen teil, die von ehemaligen Aktivisten linker Parteien der Weimarer Republik abgehalten wurden,. "Dort fanden sich Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzkisten, Mitglieder des 'Internationalen Sozialistischen Kampfbundes', der 'Sozialistischen Arbeiterpartei', der 'Eisernen Front' und andere", schrieb Grab in seinen Memoiren. "Sie debattierten über die politischen Fehler und Irrtümer, die den Sieg der Nazis möglich gemacht hatten, und machten sich gegenseitig Vorwürfe. Für meine politische Bildung waren diese Diskussionen von Männern mit großer Erfahrung außerordentlich wertvoll; ich lernte viel über die Geschichte der Weimarer Republik."[4]

Walter Grab hatte sich 1942 der Kommunistischen Partei Palästinas angeschlossen, der auch seine Frau angehörte. Zwei Gründe hatten ihn zu diesem Schritt bewogen: die Solidarität mit der Sowjetunion, die die Hauptlast des Kampfes gegen Hitler trug, und die Ablehnung des Zionismus. So sehr Grab die Notwendigkeit einer gesicherten Heimstatt für die Juden sah, so entschieden lehnte er die Idee ab, diese solle gegen den Willen der palästinensischen Araber errichtet werden. In all den Jahrzehnten kritisierte er scharf den jüdischen, aber auch den arabischen Chauvinismus.

Ohne Umschweife bekannte er später, damals ein Stalinist gewesen zu sein. Aus ehrenhaften Motiven heraus glaubte er an Stalins Sowjetunion. Mit dem Sieg über Hitler und der Unterstützung Israels im Unabhängigkeitskampf 1948 habe Stalin ihm gewissermaßen zweimal das Leben gerettet. Während der zeitweiligen Parteispaltung 1943/44 schlossen sich Alice und Walter Grab den Hebräischen Kommunisten an, jener Fraktion, die entschieden für die Gründung des Staates Israel eintrat, ohne ihre marxistische Kritik am jüdischen Nationalismus aufzugeben. Damals stand Walter Grab in engem Kontakt mit Moshe Sneh, dem charismatischen und unkonventionellen Politiker, der vom Stabschef der *Haganah*, der zionistischen Militärorganisation,

zum gläubigen, sodann zum kritischen Kommunisten wurde, die Partei verlassen mußte, doch der Linken, gleich Grab, eng verbunden blieb. Über die von Sneh 1953 gegründete *Linkspartei* kehrten die Grabs mit der Wiedervereinigung der kommunistischen Partei – nach einer "Selbstkritik" – am 7. November 1954 in die nunmehrige KP Israels zurück.

Sie blieben bis 1956 Mitglieder. Wegen seiner Forderung, die nicht geheim gebliebene Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. KPdSU-Parteitag ernstzunehmen und mit dem Stalinismus zu brechen, wurde Walter Grab aus der Partei ausgeschlossen. Zusammen mit Alice, die ebenfalls die Partei verlassen mußte, zog er eine Schlußfolgerung, die sein weiteres Leben prägte: Er wollte seine Kritik an den Fehlentwicklungen des Kommunismus in einer solchen Weise äußern, daß sie nicht von der antikommunistischen Propaganda des Kalten Krieges auszunutzen war. Er blieb der Idee des Sozialismus und den ihr verpflichteten Bewegungen in kritischer, engagierter Solidarität verbunden.

Erst im Jahre 1958 konnte Grab endlich den ihm liebsten Beruf einschlagen: Durch ein Gewerkschaftsstipendium, für das sich besonders sein Freund Jakob Moneta und der Tel Aviver Althistoriker Zvi Yavetz eingesetzt hatten, studierte er an der Hamburger Universität Geschichte, Politikwissenschaft und Literaturgeschichte. Im Jahre 1965 wurde er zum Dr. phil. promoviert. Sein Doktorvater war Fritz Fischer, das Thema der Dissertationsschrift lautete "Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik". Damit fand Walter Grab sein ureigenes Forschungsfeld. Den Impulsen der französischen Revolution auf Deutschland widmete er eine lange Reihe von Studien.

In einer Zeit, in der die Erforschung radikal-demokratischer und revolutionärer Denkströmungen einen Wissenschaftler nicht von vornherein aus der akademischen Welt ausschloß, konnte Walter Grab den Beruf des Lederwarenhändlers zugunsten einer wissenschaftlichen Laufbahn aufgeben. Nach seiner Promotion berief ihn die Universität Tel Aviv zum Dozenten, 1970 wurde er außerordentlicher, 1972 ordentlicher Professor für neuere Geschichte. 1971 gründete er mit Unterstützung der Volkswagen-Stiftung das Institut für deutsche Geschichte, das in den folgenden Jahren mit einer Vielzahl von Konferenzen, so über die deutsche Orientpolitik, über Juden in der Revolution von 1848 oder in der Weimarer Republik sowie über den jüdischen Beitrag zur deutschen Arbeiterbewegung hervortrat. Diese Konferenzen, von Grab bis zur Emeritierung 1986 angeregt und organisiert, fanden in enger Kooperation mit bundesdeutschen Universitäten statt; DDR-Historiker durften nicht teilnehmen, da zwischen Ostberlin und Jerusalem keine diplomatischen Beziehungen bestanden. Walter Grab ermöglichte jedoch dem in der DDR über viele Jahre beruflich behinderten Historiker Günter Mühlpfordt, im *Jahrbuch für deutsche Geschichte*, dem Publikationsorgan des Tel-Aviver Instituts, seine Forschungsergebnisse über den Aufklärer Karl Friedrich Bahrdt und den demokratischen Historiker Karl Hagen zu veröffentlichen.

Jakobinismus und Demokratie im Schaffen Walter Grabs

Von seinem Erstling, der 1966 gedruckten Dissertationsschrift, bis hin zur 1998 publizierten Aufsatzsammlung *Jakobinismus und Demokratie in Geschichte und Literatur* ging Grab den Lebenswegen, Ideen und politischen Aktivitäten deutscher Demokraten nach, die, so schrieb er, "im Zeitalter zwischen der Französischen Revolution und der Reichsgründung die politische Zersplitterung Deutschlands beseitigen und einen einheitlichen republikanischen Rechts- und Verfassungsstaat begründen wollten... Die in der Geschichts- und Literaturforschung jahrzehntelang tonangebenden konservativen Kathederfürsten schmähten die Revolutionäre, die die Gottesgnadenherrscher bekämpften und die nationalen und sozialen Probleme Deutschlands im Bunde mit den politisch rechtlosen Volksmassen lösen wollten, als Landesverräter oder Wirrköpfe, mit denen sich kein ernsthaftes Studium lohnte." Grab wollte hingegen den "Vorkämpfer(n) des politischen Fortschritts, die unverdienter Vergessenheit anheimgefallen sind", dem kollektiven Gedächtnis zurückgeben. "Die Geschichtsschreibung, die allzu oft die Leistung am Erfolg mißt, hat es bisher versäumt, ihren Wirkungsspuren nachzugehen und ihr Scheitern aus den komplizierten gesellschaftlichen Widersprüchen zu erklären. Es ist eine wichtige und lehrreiche Aufgabe, ihren Bestrebungen zur Emanzipation von den Fesseln einer überlebten Gesellschaftsordnung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen."[5]

Diese Aufgabe stellte sich Walter Grab. Aus der Dissertationsschrift erwuchsen die Studiensammlungen *Norddeutsche Jakobiner* (1967) sowie *Leben und Werke norddeutscher Jakobiner* (1973), sodann bei Wagenbach die Quellensammlung *Freyheit oder Mordt und Todt. Revolutionsaufrufe deutscher Jakobiner* (1979), schließlich 1984 als Summe lebenslanger Bemühungen die über sechshundert Seiten starke Darstellung *Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte des deutschen Jakobinismus*. Dieses Buch wurde zu einem Standardwerk der Forschung.

Die in diesem Werk vereinigten vierzehn Abhandlungen waren, so Grab, "im Grenzgebiet zwischen Sozial- und Ideengeschichte angesiedelt", wobei die biographische Methode dem Autor am geeignetsten schien, "die Ideale und Illusionen, Hoffnungen und Enttäuschungen der revolutionären Demokraten, die an ihren Überzeugungen trotz aller Verfolgungen festhielten, anhand des historischen Prozesses zu deuten. Um jeder personalistischen Geschichtsschreibung zu entgehen, ist der Blick stets auf die dialektische Wechselwirkung zwischen Allgemeinem und Besonderem, zwischen subjektivem Willen und den gesellschaftlichen Konflikten der Epoche gerichtet."[6]

Walter Grab brachte die politische Strömung des deutschen Jakobinismus auf ihren Begriff. Er sah "drei ineinander übergehende, jedoch durch sozialen Standort, Kampfmethoden und Adressaten unterschiedene Bewegungen im deutschsprachigen Raum, der trotz seiner politischen und konfessionellen Zerrissenheit eine soziokulturelle Einheit bildete."[7]

Es waren in erster Linie kosmopolitische, bürgerliche Aufklärer und Publizisten, "die der politischen Emanzipation den Vorrang vor der sittlichen einräumten (und) die jenseits des Rheins erkämpften demokratischen Errungenschaften auf Mitteleuropa

zu übertragen suchten", die in ihren sozialen Interessen sich darüber hinaus an den mittleren und unteren Schichten orientierten. Sodann rechnete Grab "die sporadisch und meist spontan entstandenen Volksunruhen und Protestbewegungen der Bauern und Stadtplebejer", schließlich "die konstitutionellen Klubs, die zur Zeit des Direktoriums in dem von Frankreich annektierten Rheinland entstanden, als Teil der Bewegung zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens", zu den jakobinischen Strömungen. Als "entscheidendes Kriterium" des deutschen Jakobinismus nannte Grab "die Erkenntnis, daß der Sturz des Privilegiensystems notwendig sei und nur durch den Sieg der Revolution in Frankreich und durch gemeinsame Aktionen aller antifeudalen Bevölkerungsklassen in Deutschland herbeigeführt werden könne."[8]

Von dieser Prämisse ausgehend, untersuchte Walter Grab Leben, Werk und Wirkung solcher Persönlichkeiten wie Friedrich Freiherr von der Trenck, eines "Hochstaplers und Freiheitsmärtyrers",[9] Eulogius Schneider, eines "Weltbürgers zwischen Mönchszelle und Guillotine", Friedrich Wilhelm von Schütz, eines "politischen Erben Lessings" oder Andreas Riedel als wichtigsten Wiener Jakobiners. Natürlich kehrte er immer wieder zu Zentralgestalten des deutschen Jakobinismus wie Georg Forster oder Georg Friedrich Rebmann zurück – zunächst in Kooperation mit dem DDR-Historiker Heinrich Scheel, der sich besonders der Erforschung der Mainzer Republik angenommen hatte.

Walter Grab fragte nach dem politischen Erbe der deutschen Jakobiner. Da Napoleon zugleich "Befreier und Unterdrücker Deutschlands" gewesen sei, habe sich in der intellektuellen und politischen Opposition gegen ihn sowohl Demokratie wie Deutschtümelei gezeigt. Die "Studentenrevolte" von 1817 bis 1820 habe beide Tendenzen zum Ausdruck gebracht. Das Hambacher Fest von 1832, der Frankfurter Wachensturm im Jahr darauf und schließlich Georg Büchners revolutionäre Agitation stellten, wie Grab unterstrich, Versuche "der demokratischen und republikanischen Linken im vormärzlichen Deutschland (dar), die entscheidende Klassenfrage revolutionär zu beantworten, mit der die Oppositionsbewegung gegen die Adelsherrschaft und den bürokratischen Staatsapparat konfrontiert war". In Georg Büchners *Hessischen Landboten* sah Grab ein wichtiges Bindeglied zwischen der jakobinischen Agitation und dem *Kommunistischen Manifest*.[10] Er widmete Büchners Freund Wilhelm Schulz eine Studie, die den revolutionären Publizisten als Inspirator von Karl Marx' Sozialkritik zeigte,[11] und der er eine umfangreiche Biographie über Schulz anschloß.[12] Grabs Studien zur Französischen Revolution mündeten in eine kommentierte Quellensammlung,[13] eine Dokumentation der Historikerdebatten um dieses welterschütternde Ereignis[14] sowie in eine illustrierte Darstellung, die zum 200. Jubiläum 1989 in deutscher, englischer, französischer, italienischer und niederländischer Sprache erschien.[15] Grab hob hervor, in welch entscheidendem Maße ihn der Leipziger Historiker Walter Markov, "der bedeutendste Gelehrte, den ich in meinem Leben kennengelernt habe", angeregt hatte.[16]

Politische Publizistik und literarisches Schaffen bildeten bei vielen radikalen deutschen Demokraten eine Einheit, manche ihrer Werke sind im Grenzbereich beider

Gattungen angesiedelt. Walter Grab nahm daher 1969 sehr gern die Anregung des Dramaturgen und Schriftstellers Uwe Friesel, der einer seiner engsten Freunde wurde, auf, eine historisch-politische Analyse unterdrückter Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung 1871 zu publizieren. Grab und Friesel suchten über dreihundert Gedichte heraus, die zum großen Teil seit dem Vormärz nicht wieder veröffentlicht worden und von der Literaturwissenschaft unbeachtet geblieben waren. Darunter befand sich das "Große Lied" des radikalen Burschenschaftlers Karl Follen, in dem dieser 1817 zum Aufstand gegen "Kronen, Fronen, Thronen, Drohnen und Baronen" aufgerufen hatte; gleichzeitig hatte er gefordert, verhaßte feudale "Zwingherren" durch individuellen Terror zu beseitigen: "Freiheitsmesser gezückt! Hurrah! Den Dolch durch die Kehle gedrückt!"[17] Ein solcher Aufruf hatte zur Ermordung des "Zwingherrenknechtes" und Dramatikers August von Kotzebue durch einen Anhänger Follens, Karl Ludwig Sand, geführt.

Walter Grab stellte seine Forschungen zu den demokratischen Bewegungen in der deutschen Geschichte stets in den gesamteuropäischen Zusammenhang. So benannte er als den entscheidenden Unterschied zwischen den siegreichen bürgerlichen Revolutionen im Westen und der deutschen Revolution von 1848/49: "Die Machtverschiebungen in England, den Vereinigten Staaten und Frankreich fanden statt, bevor der mächtige, alle materiellen und geistigen Bedingungen grundlegend verändernde Industrialisierungsprozeß einsetzte – bevor also die Arbeiterklasse als eigenständiger Faktor die politische Arena betrat. Zu Beginn der Großen Französischen Revolution traten die bürgerlichen Ideologen, die die Herrschaft beanspruchten, im Namen der ganzen Nation, aller politisch Unterdrückten, auf; die plebejischen Sansculotten erhoben erst 1793 eigene Forderungen, als das Bürgertum bereits vier Jahre an den Schalthebeln der Macht saß. In den absolutistisch regierten deutschen Großmächten Preußen und Österreich hingegen befand sich die Bourgeoisie bereits im Gegensatz zu der allmählich Klassenbewußtsein entfaltenden Arbeiterbewegung, bevor noch die von den adeligen Machtträgern konservierten feudalen Überreste hinweggeräumt waren. Der Vorbote plebejisch-proletarischer und antikapitalistischer Drohung, der schlesische Weberaufstand, fand bereits vier Jahre vor Ausbruch der bürgerlichen Revolution von 1848 statt."[18]

In seinem vielleicht besten Buch kam Walter Grab 1982 auf den Zusammenhang von künstlerischer Tätigkeit und öffentlichem Wirken zu sprechen. *Heinrich Heine als politischer Dichter* war, in Walter Grabs Worten, "eine Studie, die Heines gesellschaftliche und politische Konzeptionen anhand seines politischen Lernprozesses und seiner eigenen historischen Erfahrung untersucht...".[19] Das Buch war keineswegs eine Apologie auf den von Grab bewunderten Dichter, dessen "Hochachtung für die intellektuellen 'Doktoren der Revolution'" – Marx und Engels – 1848 im Widerspruch zu "seinem politischen Abscheu vor den politischen Aktionen der besitzlosen plebejischen Massen" stand. "Heines Voraussage, daß dem Kommunismus die Zukunft gehöre, schwankte zwischen Hoffnung und Beklemmung."[20] Doch war Heines Botschaft "keine fatalistische Ergebung in die Katastrophe der Niederlage, sondern die

Gewißheit, daß andere Kämpfer nachrücken, daß Vernunft und Humanität im Stafettenlauf schließlich die Oberhand gewinnen müssen. Die Selbstemanzipation des Menschen aus den Fesseln autoritärer Herrschaft ist ein Auftrag an ein künftiges Geschlecht, das die Freiheitsfackel aufnimmt, um jene Enkel zu erleuchten, 'die noch nicht geboren sind'." Für sie war der vakante Posten des Gedichtes *Enfant perdu* bestimmt.[21]

Der deutsche Weg der jüdischen Emanzipation

"Vergeblich versuchte Heine", so Walter Grab, "(seine) kämpferische Begeisterung für das Judentum mit seiner Existenz als deutscher Dichter zu verknüpfen." Heines "problematische Identität" sei auch individueller Ausdruck "der jahrhundertelange(n) Leidensgeschichte der jüdischen Schicksalsgemeinschaft" gewesen.[22] Heine, der sich 1825 taufen ließ, um das "Entreebillet zur europäischen Kultur" zu erlangen, blieb in seiner Haltung gegenüber dem Judentum "immer von Sympathie und Respekt bestimmt".[23] Das verband ihn mit dem Atheisten Walter Grab. Dieser ging eineinhalb Jahrhunderte nach Heine in seinen Untersuchungen über den *deutschen Weg der Judenemanzipation*, so die 1991 erschienene Aufsatzsammlung, davon aus, daß die Geschichte der deutschen Juden in Verfolgung, Vertreibung und bestialischem Massenmord endete – aber nicht zwangsläufig so enden mußte.

Grabs Überlegungen über Juden in Deutschland reichten von der Haltung deutscher Jakobiner zur jüdischen Emanzipation über die biographische Forschungen zu Leopold Eichelberg, einem jüdischen Demokraten aus dem Umkreis Georg Büchners, Aspekten der Judenemanzipation in Tagesliteratur und Publizistik nach 1848, Juden in der deutschen Arbeiterbewegung bis zu Reaktionen deutscher Juden auf den Zusammenbruch der Weimarer Republik. Grab sah die jüdische Frage niemals außerhalb allgemeiner politischer Probleme. "Der Kampf um die Emanzipation der Juden", hob er hervor, "war seit Anbeginn Teil des allgemeinen Kampfes von Aufklärern und Revolutionären um Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit: Sollte die gesellschaftliche Integration der Juden erfolgreich sein und allen politischen Wechselfällen standhalten, so mußte die demokratische Idee und Lebensform im öffentlichen Bewußtsein fest verankert sein... Demokratie und Judenemanzipation waren also zwei Seiten derselben Medaille."[24]

Grabs Interesse galt somit jenen Juden und ihren nichtjüdischen Freunden, die das begriffen hatten und zum Grundsatz ihres Kampfes um gesellschaftlichen Fortschritt machten. Der bedeutendste deutsche Aufklärer, Gotthold Ephraim Lessing, empörte sich über die "schimpfliche Unterdrückung" der Juden. Er verlieh dieser Haltung nicht nur in seinem großartigen *Nathan* Ausdruck, er hielt auch Freundschaft mit dem Philosophen Moses Mendelssohn, der die Juden aus ihrer erdrückenden kulturellen Isolation befreien und sie durch weltliche Bildung zu gleichberechtigten Staatsbürgern erziehen wollte. Der von Mendelssohn beeinflußte preußische Staatsrat Christian Wilhelm von Dohm erhob 1781 in seinem Buch *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden* die Forderung nach Aufhebung der jüdischen Sonderexistenz, für deren negative Erscheinungen er die jahrhundertelange Unterdrückung der Juden durch die christ-

liche Umwelt verantwortlich machte. Doch meinte er, den Juden als Belohnung für soziales Wohlverhalten und als Anerkennung nützlicher Tätigkeit sowie als Vorschuß auf künftige Leistungen die Bürgerrechte zu gewähren, sei den Ideen der Aufklärung gemäß. Walter Grab merkte zu Recht kritisch an, "daß (damit) die Emanzipation jederzeit widerrufbar war, sobald sich die Umstände änderten und die Juden der von oben gnädig zugestandenen Rechte angeblich 'unwürdig' waren...".[25] Dennoch unterschied sich Dohms Denkweise prinzipiell von den ein Vierteljahrhundert später auftretenden Lehren deutschtümelnder Romantiker wie Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn. Deren nationalstaatliche Ideen verbanden sich "mit Doktrinen, die die Reinheit des germanischen Blutes postulierten, das Christentum zum integralen Bestandteil des deutschen Nationalgefühls erklärten und die traditionelle religiöse Judenfeindschaft durch eine biologisch begründete und wertmäßig abgestufte Hierarchie von Menschenrassen ersetzten".[26]

Beide Linien, die zugestandene und nicht erkämpfte "Emanzipation" sowie rassistische antijüdische Wahnvorstellungen um angeblich höherer Ziele willen, verfolgte Walter Grab in ihren historischen Entwicklungen. Diese Konstellation wurde möglich, weil die bedingte, inkonsequente und auf Widerruf gewährte Gleichstellung der Juden im Kaiserreich ohne Mitwirkung, gar Mitbestimmung der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit erfolgte und die Normen und Werte der halbfeudalen Elite mitsamt ihrem verinnerlichten Antisemitismus nicht antastete. Eine neue Situation entstand mit der Industrialisierung: Mit dem Proletariat wurde nunmehr eine weitere, ungleich größere Gruppe von Menschen durch die Mächtigen benachteiligt. Seit den vierziger und verstärkt den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bemühten sich jüdische Intellektuelle um Verbindung zur Arbeiterbewegung, "weil die Befreiung der Arbeiter von kapitalistischer Ausbeutung und die Emanzipation der Juden von politischer Diskriminierung zwei Seiten derselben Medaille darstellten".[27]

Die deutsche Arbeiterbewegung vermochte niemals, den herrschenden Klassen ihre Machtpositionen zu entreißen und eine umfassende gesellschaftliche Demokratisierung einzuleiten. In sich gespalten, erwies sie sich 1933 als unfähig, den Nazis den Weg zur Macht zu verstellen. Sie unterschätzte auch auf tragische Weise die mörderische Dimension des Hitlerschen Antisemitismus. Einer der Gründe dafür lag im Festhalten an der traditionellen sozialistisch-kommunistischen Forderung, daß die Juden ihre religiösen und kulturellen Traditionen aufgeben und sich an die Arbeiterbewegung assimilieren sollten. "Die Arbeiterpartei, die allen Religionen gleichgültig, wenn nicht sogar feindselig gegenüberstand, neigte zu der Forderung, daß die Juden auf die Beibehaltung ihrer religiösen Ritualgesetze und Traditionen verzichten sollten, um dem Antisemitismus den Nährboden zu entziehen, die Fremdheit gegenüber der Umwelt zu verringern und ihren gesellschaftlichen Integrationsprozeß zu beschleunigen."

Doch damit, so Walter Grab, akzeptierte die sozialistische Linke "die von den konservativen Machtträgern praktizierte Diskriminierung des Judentums; denn die Verfassung des Kaiserreiches garantierte ja nur den Juden *als Individuen* Gleichberechti-

gung, benachteiligte jedoch die jüdische Religion, das Judentum gegenüber den christlichen Konfessionen".[28]

In der Weimarer Republik verblieb die Staatsverwaltung in den Händen der reaktionären Bürokratie, die die jüdische Emanzipation und eine starke demokratische Arbeiterbewegung gleichermaßen vehement bekämpfte. Adel und Großindustrie mußten sich als Folge der Novemberrevolution 1918 zwar demokratisch maskieren, setzten jedoch in allen Krisen der Republik auf antidemokratische Kräfte, schließlich auf die Nazipartei. Zwischen diesen Schichten und dem pauperisierten Kleinbürgertum diente, wie Grab hervorhob, ein immer stärker mit antikommunistischen und pseudoegalitären Denkmustern aufgeladener Antisemitismus als entscheidendes Bindeglied. "Die Judenfeindschaft war ein Vehikel all jener Kräfte, die die Demokratisierung der Gesellschaft bekämpften. Die Antisemiten, die die jüdischen Sündenböcke für die Niederlage verantwortlich machten, waren auch die wütendsten Feinde der Arbeiterbewegung."[29] Die Nazis konnten, so Grab, einen neuen Weltkrieg "nur anzetteln, wenn zuvor die Juden als Sündenböcke aus der Gesellschaft ausgestoßen und die Emanzipation der Arbeiterschaft rückgängig gemacht wurde. Es bestand ein immanenter Zusammenhang zwischen der *politischen* Liquidierung der Arbeiterbewegung im Jahre 1933 und der *physischen* Liquidierung der Juden während des Zweiten Weltkrieges."[30]

Wenige Wochen vor seinem Tod – er starb am 17. Dezember 2000 in Tel Aviv - nahm Grab diesen Gedanken in seiner Aufsatzsammlung *Zwei Seiten einer Medaille*, die zum wissenschaftlichen und politischen Vermächtnis ihres Autors werden sollte, wieder auf. "Demokratische Revolution und Judenemanzipation" waren, diese These verbindet auch hier alle Essays des Buches miteinander, untrennbar verbunden, das Scheitern des einen mußte die Niederlage des anderen mit sich bringen. Auch im deutschsprachigen Raum war die Emanzipation der Juden ein wichtiges Ziel der Revolutionäre, die für politische Freiheit und soziale Gleichheit aller Menschen eintraten. Ebenso waren die totale Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die Beseitigung der bürgerlichen Freiheiten durch den Nationalsozialismus die Voraussetzung des Vernichtungsfeldzuges gegen die Juden, denn: "Für die Nazis war die Legende von der jüdischen Weltverschwörung und der Diffamierungsfeldzug gegen militante Demokraten und Sozialisten zwei Seiten derselben Medaille."[31]

Die zwanzig Aufsätze behandelten so unterschiedliche, doch miteinander im Zusammenhang stehende Themen wie die deutsche Geschichtsschreibung zur Französischen Revolution, die Jakobinerbewegung und Vormärz-Demokraten in den deutschen Teilstaaten, obrigkeitliche und revolutionäre Formen der jüdischen Emanzipation, jüdische Aspekte in der Dichtung Heinrich Heines und biographische Studien unter anderem zu Stephan Born, Johann Jacoby, Theodor Lessing, Kurt Tucholsky, Egon Erwin Kisch und Arnold Zweig. Die *Apologie der unterdrückten Judenschaft in Deutschland*, die 1798 erschienene Schrift von Andreas Riem, sah Grab als "einen Gipfel der Vorurteilslosigkeit, die sogar im jakobinischen Lager selten war". Riem ging einen entscheidenden Schritt weiter als Dohm, da er "an die rechtliche Gleichstellung der

Juden nicht die geringste Bedingung" knüpfte.[32] Riem starb 1814 fast mittellos in Speyer, dieses Los mit so vielen Vorkämpfern von Demokratie, Sozialismus und jüdischer Emanzipation teilend.

Die vom Norddeutschen Reichstag 1869 beschlossene und im Deutschen Reich 1871 bekräftigte rechtliche Gleichstellung der Juden mit den übrigen Bürgern betraf jedoch, so Grab, "lediglich die *individuellen Rechte* der jüdischen Staatsbürger. Dem *Judentum* jedoch billigten die Obrigkeiten Preußens und die meisten Teilstaaten des Reiches nur den Rang einer geduldeten Religion zu. Sie führten keine Trennung des Staates von der Kirche durch und gewährten nur den christlichen Konfessionen Anspruch auf Staatsmittel.... Die konservativen Machtträger, die den rapiden sozialen Wandel als Bedrohung der althergebrachten Gesellschaftshierarchie empfanden, gewährten den jüdischen Einzelbürgern zwar Gleichheit vor dem Gesetz, weil marktwirtschaftliche Bedürfnisse wie freie Berufswahl, Freizügigkeit und Freihandel dies erforderlich machten; sie neigten jedoch dazu, alle politischen Freiheitsrechte, also auch die Judenemanzipation, als staatliche Konzessionen mit Vorbehalt des Widerrufs zu betrachten." Die Forderung nach voller jüdischer Gleichberechtigung ohne Widerruf "beruhte auf dem demokratischen Egalitätsbegriff des Naturrechts, der von der Französischen Revolution in politische Praxis übertragen worden war".[33] Die feudalen Führungseliten des Reiches, denen sich das Bürgertum angeschlossen hatte, statt sie zu entmachten, lehnten Ideen wie Praxis der Revolution als "undeutsch" ab.

Zwar strebten viele Juden nach sozialer Sicherheit und gesellschaftlichem Aufstieg und glaubten daher, diese Normen akzeptieren zu müssen. Eine beachtliche Minderheit sah jedoch eine Wesensverwandtschaft ihrer eigenen Forderungen nach Emanzipation mit dem Klassenkampf des Vierten Standes, des Proletariats. Da Juden und Arbeiter, in allerdings sehr verschiedenem Maße, im deutschen Kaiserreich zu den Ausgegrenzten und Benachteiligten gehörten, schloß sich eine relevante Minderheit jüdischer Intellektueller der Arbeiterbewegung an. Zu ihnen gehörte Stephan Born, der zu Beginn der Revolution von 1848 an der Spitze der Berliner Arbeiterschaft stand und wenig später die erste eigenständige und überregionale Organisation des deutschen Proletariats aufbaute, die "Arbeiterverbrüderung". Nach der Niederlage der Revolution schrieb Born an Marx, er "besitze nicht den Heroismus, für etwas zu leiden, für das ich in meinem Jahrhundert nicht den entferntesten Hoffnungsschimmer einer Verwirklichung entdecken kann".[34] Doch wurde Born nicht zum Renegaten, sondern blieb sich treu. In seinen "Erinnerungen eines Achtundvierzigers", die fünfzig Jahre nach der Revolution erschienen, rief er den deutschen Arbeitern zu: "Ihr wurdet niedergeschlagen. Was tut's? ... Ihr erhebt euch aus eurer Niederlage, ihr seid stark geworden. Nur einige Jahrzehnte und ihr stellt eine Macht dar, die aus dem nichts zum Lichte emporgedrungen ist; man muß mit euch rechnen, ihr steht da als ein lebendiges Zeugnis für die Gesetze der Völkerentwicklung."[35]

Ein weiteres halbes Jahrhundert später konnte man auf Optimisten wie Born nur noch durch die Rauchschwaden von Auschwitz zurückblicken. Ihre Zukunftshoffnung schien widerlegt zu sein. Zwar war Hitler das blutige Handwerk gelegt worden, doch

der so hart erkämpfte Frieden war 1945 für die Juden die Stille des Friedhofs. Die Katastrophe des jüdischen Volkes prägte das Spätwerk von Egon Erwin Kisch wie von Arnold Zweig. Kisch nahm, wie Walter Grab berichtete, 1945 im mexikanischen Exil an einem Gottesdienst zum Judentum konvertierter Indios teil. Vor seinem geistigen Auge erstand dabei, so schrieb er wenig später, ein Zug von Menschen:

"Ein Zug von Millionen. Frauen und Männer, die sich zeit ihres Lebens darum gesorgt, ihre Familien zu ernähren und ihre Kinder zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen; Angestellte, Arbeiter, die sich im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot verdienen; Ärzte, die Tag und Nacht bereit waren, Leidenden zu helfen; Menschen, die bemüht waren, die Wahrheit zu verbreiten und die Lage ihrer Mitmenschen zu verbessern; Gelehrte, die der Wissenschaft lebten; Künstler, die dem Leben Schönheit geben wollten; Kinder, die sich ihre Zukunft so wunderbar träumten ... alle Arten von Menschen, lebensfrohe und sentimentale, gute und schlechte, starke und schwache.

Unübersehbar, unaufhörlich ist ihre Reihe. An kalten Fratzen vorbei wanken sie dem Ziele zu. Dort steht es, ein rauchender Bau. Alle wissen, was dieser Bau bedeutet, woraus der Rauch besteht, der aus dem Schlot aufsteigt. Es ist die Todesfabrik, sie fabriziert Leichen. Mit welchen Gedanken bewegt sich diese Armee der dem Mord Geweihten diesem Ziele zu? Keine Hoffnung mehr, keine Hoffnung mehr für sich, für ihre Kinder, für ihr Angedenken, kaum Hoffnung mehr auf Rache, auf Bestrafung des Massenmords. Sie müssen sich in das Tor schieben, sie müssen sich entkleiden, sie müssen in die Kammer gehen, wo ein fürchterliches Gas sie erwürgt, verbrennt, auflöst. Aus dem Schlot steigt Rauch.

Unübersehbar ist die Kolonne, sie zieht dahin, als hätte es nie eine Menschheit gegeben, als hätte es nie einen Sinn der Menschheit gegeben, niemals das Streben, mehr Brot, mehr Recht, mehr Wahrheit, mehr Gesundheit, mehr Weisheit, mehr Schönheit, mehr Liebe und mehr Glück in die Welt zu bringen."[36]

Arnold Zweig, der 1933 nach Palästina flüchten konnte und den Grab dort kennenlernte, lehnte es ab, sich wegen der Verbrechen der Nazis von der deutschen Kultur loszusagen. Die Grausamkeit des deutschen Faschismus, schrieb Zweig, sei ein Produkt der politischen Reaktion und des Militarismus; das "lebendige Deutschtum" werde von einer Skala repräsentiert, die "zwischen Heinrich Mann und Bertolt Brecht oszilliert".[37] Grab, der damals für Zweig Partei nahm, kam schließlich zu dem Schluß, daß es nicht gelang, "die radikaldemokratischen Ideen, die unter führender Beteiligung jüdischer Intellektueller in der Weimarer Republik entwickelt worden waren, nach Palästina zu verpflanzen".[38] Damit zog er auch ein bitteres Fazit seines eigenen Lebens.

Ein ganzes Leben lang hatte sich Walter Grab als Mitglied verschiedenster Friedensinitiativen für die Kooperation von Israelis und Palästinensern eingesetzt, wie er als Vermittler progressiven deutschsprachigen Gedankengutes mehr für einen Neubeginn zwischen Deutschen und Israelis getan hat als viele, die das Wort der Aussöhnung aus politischem Kalkül im Munde führen. Sein Optimismus, die Vernunft möge im israelisch-arabischen Konflikt schließlich die Oberhand über nationalistische Emotionen

behalten, schwand in den letzten Jahren seines Lebens. Am 4. Juni 1996 kommentierte er in einem Brief an den Verfasser dieser Zeilen den Wahlsieg der Rechtsparteien in Israel mit den Worten: "Inzwischen sind die Groß-Israel-Chauvinisten wieder an die Macht gelangt, wobei die Sozialdemokraten der Arbeiterpartei von Peres sich die Niederlage großenteils selbst zuzuschreiben haben. Der Wahlkampf im Radio und im Fernsehen war lendenlahm und erbärmlich. Man hat auf die Ermordung Rabins überhaupt nicht hingewiesen, die ja der eigentliche Grund für die Vorverlegung der Wahlen war, und hat nicht klipp und klar gesagt, daß die Wahl Nathaniahus die Rechtfertigung von Jigal Amir, des Mörders Rabins, bedeutet. Nun ist es tatsächlich gelungen, den Friedensprozeß zu ermorden. Peres hat dabei tüchtig mitgeholfen, denn er hat die Truppen nicht aus Hebron abgezogen, obwohl er sich dazu gegenüber Arafat ausdrücklich verpflichtet hatte. Die Orthodoxen haben einen gewaltigen Sieg errungen und sind von 16 auf 23 Abgeordnete angestiegen. Das hat natürlich damit zu tun, daß jetzt, nachdem die sozialdemokratische Rechtfertigung der jüdischen Landnahme verschwunden ist (daß nämlich die eigene körperliche Arbeit den Ghettojuden in einen Bauern bzw. Proletarier verwandeln werde und ihm das Recht auf das von ihm bearbeitete Land gebe), die einzige Rechtfertigung die alte religiöse geblieben ist, daß also Gott persönlich dem Stammvater Abraham das Land auf ewige Zeiten geschenkt habe. Dazu kommt natürlich als weitere Komponente hinzu, daß die Orthodoxen im Schnitt acht oder zehn Sprößlinge haben, die weltlich Gesinnten nur zwei oder drei, und daß das Land mehr und mehr levantinisch-orientalisch wird, also die humanistisch-aufklärerische Erbschaft untergeht. Ich bin froh, daß unser Sohn in Amerika, die Tochter in Berlin lebt, unsere dortige Enkelin hat im Deutschlandradio große Erfolge, auch eigene Sendungen..."

Gut drei Jahre später, am 11. Juli 1999, schrieb er (dem Verfasser) über die neue, sozialdemokratisch geführte Regierung unter Premierminister Barak, ob diese imstande sei, "den Syrern die Golanhöhen zurückzugeben, sich aus dem Libanon zurückzuziehen und insbesondere mit Arafat einen auf Gleichberechtigung beruhenden Frieden zu schließen, steht noch dahin. Wir haben uns unter Berufung auf den Willen Gottes in einem Land niedergelassen, wo schon ein anderes Volk wohnte, und dieser Widerspruch zwischen göttlichem, also irrationalem Willen und dem Versuch, ein demokratisches Staatswesen zu schaffen, ist der Grund aller politischen Kämpfe und Widersprüche."

Als Emigrant, schwer arbeitender Kleinhändler, Jakobinerforscher und linker Demokrat führte Walter Grab, so sah er es, vier Leben und gab seiner Autobiographie diesen Titel. Eingangs formulierte er sein Credo, dem er "Allgemeingültigkeit" zusprach: "Der Privatkapitalismus ist über den bürokratischen Staatskapitalismus, der sich selbst 'real existierender Sozialismus' nannte, zwar siegreich geblieben, aber die profitorientierte Marktwirtschaft ist unfähig, die gewaltigen Probleme der Menschen zu lösen."[39] Im Zeichen einer mit Brachialgewalt in Osteuropa eingeführten "Marktwirtschaft", die massenhaft Verlierer und massenhaftes Elend erzeugt, erheben Nationalismus und in Sonderheit der Antisemitismus wieder das Haupt. Erneut werden

Juden für die Mißstände des Manchester-Kapitalismus wie für das traurige Erbe des bürokratischen Sozialismus verantwortlich gemacht, wiederum streben einflußreiche politische Kräfte den Ausschluß von Juden aus der Gesellschaft an. Finden die neuen Demokratien Osteuropas die Kraft zur Überwindung dieser Gefahren? Der Zusammenhang von demokratischer Revolution und Judenemanzipation ist auch im 21. Jahrhundert noch aktuell.

---

1 Walter Grab: Die Juden sind Ungeziefer, ausgenommen mein jüdischer Schulkamerad Grab. In: Jörg Wollenberg (Hg.): Niemand war dabei und keiner hat's gewußt. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933-1945. München/Zürich 1989: 45.

2 Ebd.

3 Walter Grab: Nicht aus Zionismus, sondern aus Österreich. In: Hajo Funke (Hg.): Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil. Frankfurt a. M. 1989: 131.

4 Walter Grab: Meine vier Leben. Gedächtniskünstler-Emigrant-Jakobinerforscher-Demokrat. Köln 1999: 85. Das Wort vom Gedächtniskünstler bezog sich auf Grabs Auftritte in Quizsendungen des israelischen Rundfunks zu Beginn der sechziger Jahre.

5 Walter Grab: Radikale Lebensläufe. Von der bürgerlichen zur proletarischenEmanzipationsbewegung. Berlin (West) 1980: 6f.

6 Walter Grab: Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner. Frankfurt a. M. 1984: 10.

7 Ebd.: 35.

8 Ebd.: 35f.

9 Vgl. hierzu die Monographie Walter Grab: Friedrich von der Trenck. Hochstapler und Freiheitsmärtyrer. Kronberg (Taunus) 1977.

10 Walter Grab: Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern... : 512.

11 Walter Grab: Georg Büchner und die Revolution von 1848. Der Büchner-Essay von Wilhelm Schulz aus dem Jahr 1851. Kronberg (Taunus) 1985.

12 Walter Grab: Dr. Wilhelm Schulz aus Darmstadt. Weggefährte von Georg Büchner, Inspirator von Karl Marx. Frankfurt a. M. 1987.

13 Walter Grab: Die Französische Revolution. Eine Dokumentation. München 1973.

14 Walter Grab (unter Mitarbeit von Hilde Koplenig): Die Debatte um die Französische Revolution. München 1975.

15 Walter Grab: Die Französische Revolution. Aufbruch zur Demokratie. Stuttgart 1989.

16 Walter Grab: Meine vier Leben... : 404.

17 Walter Grab/Uwe Friesel: Noch ist Deutschland nicht verloren. Eine historisch-politische Analyse unterdrückter Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung. München 1970: 82.

18 Walter Grab: Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation. Stuttgart 1998: 9f. (Einleitung).

19 Walter Grab: Heinrich Heine als politischer Dichter. Heidelberg 1982. Hier und im folgenden zitiert nach der 2., erweiterten Auflage der Büchergilde Gutenberg, Frankfurt a. M. 1992, Zitat S. 28.

20 Ebd.: 235.
21 Ebd.: 253f.
22 Ebd.: 12.
23 Ebd.: 14.
24 Walter Grab: Der deutsche Weg der Judenemanzipation. München/Zürich 1991: 7.
25 Ebd.: 14.
26 Ebd.: 15f.
27 Ebd.: 134.
28 Ebd.: 139f. Hervorhebung im Text.
29 Ebd.: 145.
30 Ebd.: 149. Hervorhebungen im Text.
31 Walter Grab: Zwei Seiten einer Medaille. Demokratische Revolution und Judenemanzipation. Köln 2000: 9.
32 Ebd.: 140. Vgl. auch Andreas Riem: Apologie für die unterdrückte Judenschaft in Deutschland. Mit einer Einleitung zu Leben und Werk des Autors von Walter Grab. Tübingen 1998.
33 Walter Grab: Zwei Seiten einer Medaille... : 233f. Hervorhebungen im Text.
34 Ebd.: 159.
35 Ebd.: 161.
36 Egon Erwin Kisch: Entdeckungen in Mexiko. Berlin (Ost) 1952: 201f. Zitat auch bei Grab: Zwei Seiten einer Medaille... : 343f.
37 Walter Grab: Zwei Seiten einer Medaille... : 342.
38 Ebd.: 348.
39 Walter Grab: Meine vier Leben... : 8.

Von der 37. Linzer Konferenz der ITH 2001

Über Herbert Steiner (1922-2001). Gedenkrede am 13.09.2001 in Linz

Helmut Konrad

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

wir hatten gestern anläßlich der Eröffnung der 37. Linzer Konferenz Gelegenheit, bewegende Worte von Susi Miller zu hören, die das Werk und Leben Herbert Steiners noch länger begleiten konnte als ich dieses Werk begleitet habe. Mir fällt die Aufgabe zu, einige Lebensstationen von Herbert Steiner ins Gedächtnis zu rufen, um auch klarzumachen, worin denn nun all diese Leistungen bestehen. Und ich bin mir ganz sicher: Es kann mir nicht gelingen, hier vollständig zu sein, sondern es geht darum, uns in Erinnerung zu rufen, was Herbert Steiner im österreichischen politischen Leben und im österreichischen Wissenschaftsleben und weit über Österreich hinaus in der internationalen wissenschaftlichen und politischen Landschaft für Bedeutung gehabt hat.

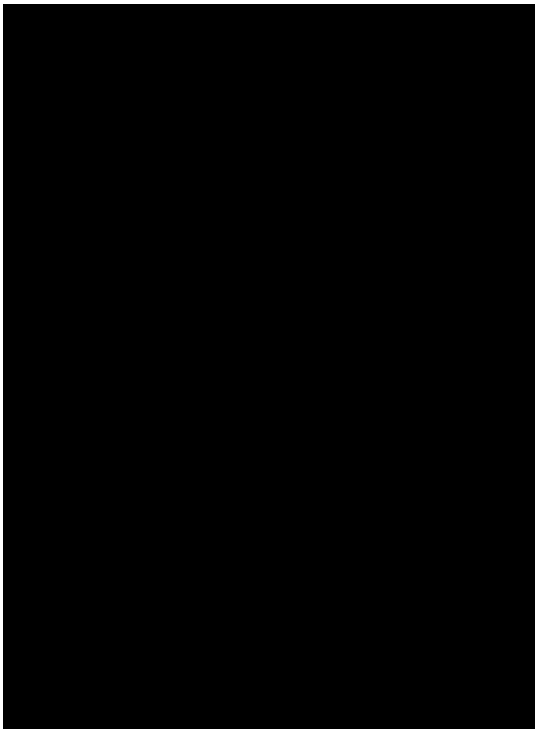
Ich möchte das sehr persönlich beginnen: Ich habe zuhause ein Fotoalbum. Und in diesem Fotoalbum, in dem wir die Geschichte unserer Familie dokumentieren, gibt es ein Bild aus dem Jahr 1982 mit dem schlimmsten Kind seiner Generation, meinem Sohn. Hier unterscheidet er sich dramatisch von seinem Vater. Dieses Kind seiner Generation ist am Arm von Herbert Steiner. Er bändigt es mit dem Lachen und mit der Sicherheit im Umgang auch mit der Generation der ganz Kleinen, der Heranwachsenden. Er war eine Bezugsperson auch für die Mitglieder meiner Familie. Für mich persönlich war er sehr viel mehr. Ich war einer jener österreichischen Studierenden, die in den späten 60er Jahren sich auf die Suche nach dem anderen Österreich begeben haben, und dieses andere Österreich war personifiziert in der Person Herbert Steiner. Herbert Steiner, damals im jungen Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands gegen das Naziregime, hat der Generation der Hilde Maimann, des Willi Holzer, mir und vielen anderen die Augen geöffnet, daß es neben der Generation unserer eigenen Eltern, neben unserer eigenen Familiengeschichte ein anderes Österreich gab und gibt. Wir haben mit ihm Themen des Widerstands bearbeitet, und er war es, der unsere Dissertationen begleitet und wissenschaftlich mehr betreut hat als die offiziellen Dissertationsväter an den Universitäten. Er war es, der mich nach Linz mitgenommen hat. Er war es, der meine Berufswahl entscheidend beeinflußt hat, indem er Karl Stadler vorgeschlagen hat, doch an mich zu denken, als in den frühen 70er Jahren an der Universität Linz eine Assistentstelle freiwurde. Seine wissenschaftlichen Bereiche und meine – von der Geschichte der frühen Arbeiterbewe-

gung bis zur Geschichte des Widerstands – haben sich unmittelbar überlappt. Wir waren also Fachkollegen im engsten Sinn des Wortes sowie persönliche und manchmal auch – bei allen Widersprüchen – politische Freunde.

Herbert Steiner, an den wir uns heute erinnern, hatte ein sehr politisches Leben gelebt. Er war aufgewachsen im roten Wien der Zwischenkriegszeit, sein Vater war sozialdemokratischer Schutzbündler. Aus dieser Familie ging er den Weg, den sehr viele seiner Altersgenossen, die jungen Leute der Zwischenkriegszeit, gingen. Die Sozialdemokratie war ihnen zu weich, zu zögerlich in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Und so führte sein Weg von den sozialdemokratischen Jugendorganisationen konsequenterweise in den Kommunistischen Jugendverband. Als Mittelschüler im Alter von 16 Jahren – 1938 – mußte er aus politischen und auch aus Gründen seiner familiären Herkunft Österreich verlassen und ins englische Exil gehen. Seine Eltern hatten dieses Glück nicht. Sie sind der Vernichtungsmaschinerie des Nationalsozialismus zum Opfer gefallen. In England hat Herbert Steiner vor allem bei Yonng Austria mitgearbeitet. Er hat dort die Stelle eines Sekretärs bekleidet und hat den Verlag "Jugend voran" geführt, einen Verlag, dem es vor allem darauf ankam, deutsche und englische Broschüren in billigeren Verfahren massenhaft zu verbreiten, so daß sie tatsächlich an die breite Masse kommen konnten. Bei Yonng Austria in England hat Herbert Steiner wohl auch jene Annäherung an die Politik kennen gelernt, die ihn dann sein ganzes Leben prägen sollte, nämlich: von der eigenen gefestigten linken Grundhaltung aus über den Zaun zu blicken; mit anderen Worten: in Kommunikation zu treten, die Grenzen zu überschreiten und gemeinsame Interessen zu formulieren. Gemeinsame Interessen, die die nationalistischen und faschistischen Strömungen ausgrenzen, aber alle anderen versuchen einzugrenzen, mit ihnen gemeinsame Ziele zu formulieren. Dieses – wenn man will – frühe eurokommunistische Verständnis hat Herbert Steiner 1945 von England nach Österreich mitgebracht. Und es ist kein Zufall, daß er gerade in den sogenannten überparteilichen Organisationen, dem Yonng Austria, dem Jugendherbergsverband und ähnlichen, führende Positionen eingenommen hat.

Die politischen Positionen, die Herbert Steiner nach 1945 in unserem Land vertreten hat, sind ein Spiegelbild der österreichischen Geschichte nach 1945: des Umgangs mit dem Exil und mit der politischen Funktion, die zurückgekehrte Exilanten in diesem Land spielten. Sie sind auch ein Spiegelbild des politischen Mißtrauens aus den eigenen Reihen, das Emigrantinnen und Emigranten aus England ganz besonders zu spüren bekamen, die nicht hundertprozentig auf der "Linie" waren wie die Leute, die nicht in der westlichen Emigration gewesen sind. Er hat dieses Mißtrauen mehrfach in seinem Leben zu spüren bekommen, Funktionen verloren, hat aber auch immer wieder seine starken Bezüge zu seiner politischen Heimat aufrechterhalten. Seine Jahre nach dem ersten Funktionsverlust verbrachte er politisch als Bezirkssekretär der Kommunistischen Partei Österreichs in Meitlingen, eine Tätigkeit, die ihn mit Hansi Lenwich zusammenführte. Sie begleitete ihn, wie sie auch seither die ITH von Anfang an bis heute begleitete und hoffentlich auch in den kommenden ITH-Jahren

begleiten wird. Herbert Steiner, der sehr oft in Widerspruch zu seiner politischen Organisation geriet, blieb trotzdem bis an sein Lebensende Mitglied der KPÖ. Er wurde weder ausgeschlossen, noch trat er aus.



Herbert Steiner

Herbert Steiner als Wissenschaftler zu beschreiben, ist fast müßig. Jeder kennt seine Bücher zu 1848. Es sind Standardwerke. Seine große Sammlung zu 1848 wird gerade jetzt in das Archiv der Stadt Linz überführt und wird ein Schmuckstück dieses Archivs sein. Ich kenne die Sammlung aus eigenem Anschauen. Seine Bücher zur frühen Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, von den Anfängen der österreichischen Arbeiterbewegung über die Bücher zu den Gebrüdern Scheu, haben Schule gemacht. Seine Arbeit über Käthe Leichter war maßgeblich für vieles, auch für Fragen der Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit. Ausgehend von der Arbeit zu Käthe Leichter wurde der Käthe-Leichter-Preis angeregt, dessen etwas ambivalentes Schicksal des letzten Jahres der Politik Österreichs und nicht dem Preis und der Idee zuzuschreiben ist. Herbert Steiner hat die Geschichte des Widerstands auch selbst betrieben, hat Widerstand zu einem seiner Themen gemacht. Er hat als Gründer der wohl wichtigsten demokratiepolitischen Einrichtung, die uns verbindet, dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, ihr Profil gegeben. Das war eine Organisation, die sich kaum jemand der jüngeren Generation mehr vorstellen kann, als in freiwilliger unbezahlter Arbeit die alten Widerständler, Emigrantinnen und Emigranten, die Heimkehrer aus den Konzentrationslagern, die im Untergrund Tätigen zusammengekommen sind und gemeinsam ein Archiv aufgebaut haben, das heute allen wissenschaftlichen Standards genügt und ein Ankerpunkt in der österreichischen demokratiepolitischen Auseinandersetzung geworden ist.

Für uns hier in Linz ist Herbert Steiner vor allem auch als Wissenschaftsorganisator, der die Grenzen überschritt, von so großer Bedeutung. Er hatte, aus England zurückgekehrt, in der Freien Österreichischen Jugend ein Feld gefunden, auf dem der antifa-

schistische Konsens auch dann noch funktionierte, als der antikommunistische Grundkonsens längst die österreichische Innenpolitik zu prägen begann. Es war ihm gelungen, auch noch Jahre später, seine alten Freunde aus der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratie in gemeinsame Anliegen einzubinden, gemeinsame Ziele zu formulieren und diese Ziele mit ihnen gemeinsam umzusetzen. Das Wichtigste ist ohne Zweifel das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands. Aber dann kommt als nächstes ganz sicher unsere ITH.

Formal war er in unserer ITH stets nur Kassierer. Er war Kassierer auf eine ganz besondere Weise, denn er konnte tatsächlich Geldquellen erschließen, Reisen möglich machen, Verbindungen aufmachen, in einer Art, wie es niemand außer Herbert Steiner gekonnt hatte. Damit war es möglich, Leute, deren Reise nach Linz oft materiell gescheitert wäre, hierher nach Linz zu bringen und ihnen hier die Begegnung mit anderen Forschern zu ermöglichen, in Zeiten, wo das noch ganz ungewöhnlich gewesen war. Rudolf Neck und Bruno Kreisky sind 1964 mit an der Wiege dieser Idee gestanden. Seele und Motor des Unternehmens war Herbert Steiner. Die Arbeiter kamen nach Oberösterreich. Max Lotteraner und Karl Stadler haben mit dazu beigetragen, daß die ITH in den nächsten Jahrzehnten die Erfolgsgeschichte werden konnte, die sie ohne Zweifel geworden ist.

Was war dabei das Verdienst Herbert Steiners? Es war das Verdienst, daß die ITH sich als Konferenz verstanden hat, die einerseits auf der Höhe des wissenschaftlichen Diskurses der Zeit stand und andererseits sich ganz konsequent den politischen Fragen gestellt hat. Diese Mischung aus Politik und Wissenschaft, das war's. Hier waren Begegnungen von Wissenschaftlern der beiden deutschen Staaten möglich, hier waren Begegnungen möglich zwischen israelischen und palästinensischen Forschern. Hier wurde zum Teil die Öffnungspolitik Chinas mitvollzogen. Hier wurden entfernte Kontinente erreicht in Zeiten, in denen andere Organisationen das noch nicht getan haben. Wir wurden oft beneidet, vor allem von Kollegen aus Deutschland, die gesagt haben: Hier im neutralen Österreich sind Plattformen zu schaffen, die sonst in Europa damals noch nirgends Platz gefunden hätten. Herbert Steiner hat auch menschlich all diese Personen zusammengeführt. Jeder hatte das Gefühl, in ihm einen Freund zu haben, in ihm einen Menschen zu haben, zu dem man auch mit privaten, mit materiellen, mit beruflichen Sorgen kommen konnte. Und das Netzwerk war eng geknüpft. Viele von Euch wissen, auch aus unmittelbarer persönlicher Erfahrung, wovon ich spreche: Herbert Steiner war es gelungen, die ITH über Kontinente auszuweiten. Die besondere Erfolgsgeschichte, die unsere Idee, unsere Organisation etwa in Japan geworden war, ist nur seiner Offenheit, seinem ständigen Zugehen auf neue Fragestellungen zuzuschreiben. Es gab Konflikte. Es gab Krisen. Wir wissen das. Susi Miller mußte mehr als einmal den Geist von Linz beschwören, als die Bürgerkriegsparteien von Spanien hier Jahrzehnte später wieder aufeinander trafen. Gemeint sind die Fraktionen innerhalb einer Seite im spanischen Bürgerkrieg. Und es gab andere Situationen, wo wir an die Grenze von dem gingen, was politisch für viele von uns auszuhalten war. Aber Herbert Steiner hat uns vorgelebt, daß es machbar ist. Und er hat die

Brücken aufrechterhalten, selbst wenn manche Hitzköpfe die Brücken schon längst abbrechen wollten.

Herbert Steiners Verdienst im Bereich der wissenschaftlich-politischen Diplomatie ist damit unbestritten. Ein Mann, der selbst so viel geschrieben hat, ein Mann, der einer ganzen Generation von damals jungen Forscherinnen und Forschern den Weg in die akademische Laufbahn gewiesen hat. Ein Mann, der selbst unter schwierigsten Bedingungen sein Studium vollendet hat – die Dissertation extern an der Karls-Universität in Prag, Habilitation extern an der Universität Wien –, immer in einer Randposition, immer aber der Ansprechpartner für all jene, die in diesem Land nicht dem Mainstream huldigten, sondern mit kritischem Bewußtsein die österreichische politische Entwicklung begleitet haben. All das sind Verdienste, die in einem ganz großen Ausmaß mit der Person Herbert Steiner zu tun haben und unser aller Leben – mein Leben wohl auch mit – geprägt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
hier in Linz, gerade hier in diesem Saal, wo wir uns mit wenigen Unterbrechungen seit vielen Jahrzehnten treffen, ist es eigentlich müßig, Herbert Steiner so ausführlich zu beschreiben, wie ich es hier versuche. Jeder von uns hat seine persönlichen Eindrücke. Jeder von uns hat seine persönlichen Erinnerungen an Herbert Steiner. Und sicher haben viele von Euch, so wie ich, auch noch ganz private, fest verschlossene Erinnerungsschatzkästchen, die mit Herbert Steiner zu tun haben. Da gibt es vieles, wofür wir wahrscheinlich alle hier still und ernst Herbert Steiner ein Danke sagen möchten für das, was er möglich gemacht hat. Er hat Euer Leben in der Wissenschaft, er hat viele unserer Leben auch im beruflichen, privaten Bereich in den letzten Jahrzehnten bereichert. Die österreichische wissenschaftliche und politische Landschaft wäre ohne Personen wie Herbert Steiner deutlich ärmer gewesen. In diesem Sinn ist es wohl ganz klar, daß wir als Organisation Herbert Steiner mehr als in formaler Weise ein ehrendes Andenken bewahren. Herbert Steiner war die ITH, und wir werden ernsthaft darüber nachdenken müssen, wie und ob eine ITH ohne Herbert Steiner über die nächsten Jahre und Jahrzehnte kommen kann oder kommen soll.

Nach der Tonbandaufzeichnung, vom Verfasser autorisiert

Der männliche Alleinernährer. Zur Geschichte einer sozialen Symbolfigur zwischen Ökonomie, Macht und Selbstbild

Angélique Janssens

Ein Blick in die aktuelle Arbeitskräftestatistik zeigt, daß die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben in den meisten westlichen Ländern stark zugenommen hat. Das Bild des männlichen Familienernährers ist scheinbar endgültig überholt. Sogar in den Niederlanden, wo die Figur des Alleinernährers eine lange und eindrucksvolle Geschichte hat, weisen die Statistiken inzwischen aus, daß wir durch den massenhaften Eintritt von verheirateten Frauen in den Arbeitsmarkt – vor allem in Teilzeitbeschäftigungen – bei einem Ein-einhalb-Ernährer-Modell angelangt sind. Bedeutet dies nun, daß der männliche Ernährer als soziale Symbolfigur ausgedient hat?

Die Antwort auf diese Frage ist ein entschiedenes "Nein". Selbst in der jüngeren Generation ist der männliche Ernährer noch immer eine wichtige ideologisch-soziale Identifikationsfigur. Dies zeigt zum Beispiel eine kanadische Studie zu Familien mit zwei Erwerbstätigen. Die Autorin dieser Arbeit befragte sowohl weibliche als auch männliche Studenten, von denen die Mehrzahl für Gleichberechtigung eintraten. Männliche wie weibliche Studenten erklärten, daß sie für ihr Berufsleben anstreben, Karriere und familiäre Verpflichtungen miteinander zu verbinden. Dies entspricht natürlich auch jenem Bild, daß im allgemeinen von Universitätsabsolventen als einer eher progressiven Bevölkerungsgruppe erwartet wird. Aber was erwarteten die Studenten von ihren zukünftigen Ehepartnern? Gesetzt den Fall, daß das von ihnen verdiente Einkommen ausreichen würde, ihre Familie zu ernähren, würden sie dann von ihren Ehepartnern erwarten, daß diese trotzdem weiterhin einer Erwerbsarbeit nachgehen? Die Antworten der männlichen Studenten waren mehrheitlich liberal. Für den Fall, daß sie ihre Familien allein ernähren könnten, würden sie es den zukünftigen Ehefrauen freistellen, ob sie weiterhin arbeiten wollten oder nicht. Die Studentinnen vertraten demgegenüber eine bemerkenswert andere Position. Die jungen Frauen erwarten in der Mehrzahl, daß ihr Ehemann auf jeden Fall weiterhin arbeite, unabhängig davon wieviel Geld die Gattinnen selbst verdienen würden. Anders gesagt, sie waren bei weitem nicht so liberal bezüglich des Erwerbsverhaltens ihrer zukünftigen Ehemänner wie ihre männlichen Kommilitonen.

Diese kleine Episode zeigt deutlich, wie tief verwurzelt noch immer das Bild vom männlichen Alleinernährer in der modernen Gesellschaft ist. Frauen können zwar arbeiten gehen und sogar im Beruf Karriere machen, aber ihre Arbeit ist noch lange nicht so anerkannt wie die des Ernährers. Die befragten jungen Frauen selbst begreifen sich durchaus nicht als mögliche alleinige Ernährer ihrer Familien. Diese soziale Rolle ist noch immer Männern vorbehalten, und deshalb hatten sie auch kein Problem damit, die Entscheidung über die Berufstätigkeit ihrer Frauen großzügig diesen

selbst zu überlassen. Arbeiten und eine Familie ernähren sind offenbar nicht unbedingt dasselbe. Für Vertreter beiderlei Geschlechts ist die Arbeit des Mannes nach wie vor mit seiner Rolle als Ernährer verbunden, während die Erwerbstätigkeit von Frauen zwar zunehmend Akzeptanz findet, ihr wird aber nicht unbedingt das gleiche soziale Gewicht zugestanden.

Eine Untersuchung zur Geschichte des männlichen Erwerbsarbeiters als Familienernährer muß sich vor allem mit zwei Fragen befassen.

Zum ersten geht es natürlich vor allem um die *Darstellung der konkreten historischen Entwicklung* dieses Phänomens. Dies ist keineswegs einfach. Die Formen männlicher Erwerbsarbeit sind in Abhängigkeit von Raum und Zeit sehr verschieden – selbst zwischen benachbarten Orten und dort wiederum sogar zwischen den einzelnen Familien, von den Unterschieden zwischen verschiedenen Weltregionen ganz zu schweigen. Das empirische Material ist also eher fragmentiert und oft sehr ungenau, was nicht minder auf die unterschiedlichen Formen der weiblichen Erwerbsarbeit zutrifft. Es gibt kaum systematische empirische Untersuchungen, so daß die konkrete Geschichte – die zeitlichen Verläufe wie auch die Entwicklungsformen – männlicher Erwerbsarbeit zur Erhaltung von Familien noch weitgehend im Dunkeln liegt.

Der zweite wichtige Untersuchungsstrang bezieht sich auf die *Faktoren, die historisch die Herausbildung der Ein-Ernährer-Familie und ihre Verbreitung bedingt haben.* Schon ein kurzer Blick auf diese Problematik läßt erkennen, daß es sich hier um ein Untersuchungsgebiet handelt, das von unterschiedlichen Sichten geprägt ist und voller Kontroversen steckt. Das Spektrum der Argumentationen reicht von ökonomisch fixierten Erklärungsmustern, die vor allem mit Forderungen nach einer Erhöhung der Löhne für männliche Arbeiter verbunden werden, bis zu Interpretationen, denen zufolge die Ein-Ernährer-Familie das Ergebnis einer verhängnisvollen Verflechtung von Patriarchat und Kapitalismus ist. Erst in jüngster Zeit haben komplexere Erklärungsversuche, die Ursprung und Ausbreitung der sozialen Rolle des männlichen Familienernährers auf ein ganzes Ensemble von Faktoren zurückführen, an Bedeutung gewonnen. Arbeitgeberstrategien, die Wirkung vermeintlich geschlechtsneutraler Arbeitsmarktfaktoren und der Prozeß der Kapitalakkumulation rücken heute mehr den je in den Blickpunkt der Debatte, genauso wie Konzepte von Männlichkeit und die komplizierten Wechselwirkungen zwischen Familienstrategien und Arbeitsmarkt oder die Bedeutung struktureller Macht und andere Rahmenbedingungen.

Bevor hier nun auf diese Faktorenkomplexe näher eingegangen wird, erscheint es sinnvoll zu definieren, was im folgenden unter der Ein-Ernährer-Familie als analytischem Konzept verstanden werden soll. Die Ein-Ernährer-Familie ist eine Form der Haushaltsorganisation, in der allein der Ehemann durch den Verkauf seiner Arbeitskraft im Marktsektor aktiv ist, um die von seinem Einkommen abhängige Ehefrau und die gemeinsamen Kinder zu erhalten. Im Gegenzug erbringt die Ehefrau unentgeltlich jene Arbeiten – Kochen, Saubermachen, Waschen etc. –, die für die tägliche Reproduktion der männlichen Arbeitskraft notwendig sind. Durch das Gebären und Aufziehen von Kindern sorgt sie zudem generationenübergreifend für die Reprodukti-

on der Arbeitskraft. Obwohl die ideologisch fundierte Position des männlichen Alleinernährers durchaus damit vereinbar ist, daß sowohl die Frau als auch die gemeinsamen Kinder ebenfalls einer Erwerbsarbeit nachgehen, ist dies in bezug auf die weiblichen oder männlichen Kinder offenbar weniger problematisch als im Falle der Ehefrau. Die weibliche Erwerbsarbeit erschüttert den Stolz und das Selbstbild des männlichen Alleinernährers deutlich stärker als die Lohnarbeit seiner Kinder. Eine zu starke Einengung des Konzepts des familiären Alleinernährers auf die bezahlte Erwerbsarbeit bei weitgehender Ignoranz gegenüber wirtschaftlichen Tätigkeiten wie Heimarbeit und Selbstversorgung, die weniger offensichtlich dem Gelderwerb dienen, würde zudem das theoretische Modell als analytisches Instrument unnötigerweise entwerten.

Die Entwicklung der Ein-Ernährer-Familie in der langen Frist

Aus der historischen Perspektive – also bezogen auf den ersten Schwerpunkt der Analyse – muß natürlich zunächst festgehalten werden, daß Frauen zu allen Zeiten gearbeitet haben. Soviel ist unbestritten; aber hier geht es darum herauszufinden, wie groß der Umfang dieser Tätigkeiten war, welche Gruppen von Frauen gearbeitet haben – etwa nur die aus armen Familien –, welches Gewicht diese Arbeit für den Haushalt hatte und welcher Status weiblicher Erwerbsarbeit gegenüber der von Männern zuerkannt wurde. Alle diese Fragen werden noch immer debattiert, aber es lassen sich inzwischen verschiedene Gruppen oder Lager unterscheiden.

Da sind zunächst jene, die davon ausgehen, daß vor dem 19. Jahrhundert Frau und Mann in der Ehe annähernd gleichgestellt waren. Beide Partner teilten sich in die notwendige Überlebensarbeit, zu der auch Aktivitäten zählten, die heute als "Hausarbeit" bezeichnet werden. Ungeachtet einer damals schon fixierten geschlechtlichen Arbeitsteilung wurde der Beitrag der Frau zum Leben als wirtschaftlich und sozial gleichwertig geachtet. Ein klassisches Beispiel für diesen Ansatz ist die Studie von Alice Clark über Frauenarbeit im mittelalterlichen und im frühkapitalistischen England. Clark behauptet hier, daß die Frauen ihre wichtige ökonomische Rolle und ihre unabhängige Position erst im Laufe des 17. Jahrhunderts einzubüßen begannen, und zwar in dem Maße, wie kapitalistische Formen der Lohnarbeit aufkamen und Arbeitsplatz und Wohnort zunehmend voneinander getrennt wurden. Dieser Befund wird durch Erkenntnisse über die wichtige Stellung von Frauen in der Entwicklung nicht-westlicher Gesellschaften gestützt. In der traditionellen Landwirtschaft spielten Frauen zu allen Zeiten eine herausragende Rolle. Von den Vertretern dieser Richtung wird angenommen, daß trotz der Existenz einer geschlechtlichen Arbeitsteilung in den meisten traditionellen ländlichen Gesellschaften – allerdings mit Ausnahme der arabischen Welt – die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mann und Frau nicht hierarchisch waren, was auch für Europa zutreffen soll. Frauen leisteten also in vielen Ländern oder Regionen des vorindustriellen Europas einen geachteten Beitrag zur landwirtschaftlichen Produktion. Lena Sommestad hat dies für Schweden nachgewiesen. Ob verheiratet oder nicht, die Arbeit von Frauen vor allem in der Milchwirtschaft war auf schwedischen Bauernhöfen unverzichtbar. Dies blieb auch so bis weit in das 20. Jahrhun-

dert. Während in Schweden, nach Lena Sommestad, die Milchwirtschaft eine eher nachrangige Bedeutung hatte, war dieser Produktionszweig in den Niederlanden, wo er auch vorwiegend von Frauen betrieben wurde, von herausragender Bedeutung und zudem in ein weitverzweigtes Netz internationaler Handelsbeziehungen integriert. Aber genau hier, an der Schwelle des Haushalts oder am Hoftor, endeten auch die wirtschaftlichen Aktivitäten der Frauen. Mehr noch, in dem Maße, wie die Milchwirtschaft industrialisiert und aus dem bäuerlichen Haushalt selbst ausgelagert wurde, wurde sie auch von Männern übernommen. In der Landwirtschaft leisteten (Ehe)Frauen also immer einen wesentlichen wirtschaftlichen Beitrag, der allerdings entweder auf nachrangige Aktivitäten beschränkt blieb oder aber die Frau an das Mikrokosmos des Haushalts fesselte. Überall in der Landwirtschaft beteiligten sich Frauen aber auch an harter physischer Arbeit auf dem Feld, beim Heumachen, in der Tomatenernte oder sogar beim Pflügen.

In städtischen Gebieten waren Frauen auch über die engen Grenzen des Haushalts hinaus wirtschaftlich aktiv. Im England des 18. Jahrhunderts arbeiteten Frauen und Mädchen als Gesellen und Meister in einer Vielzahl von Gewerken. Allerdings ist bis heute unklar, inwieweit die Anzahl von Frauen auch in jenen Tätigkeiten, die traditionell Männern zugeschrieben werden, auch tatsächlich gleich groß war. In einer kürzlich erschienenen Untersuchung zu Edinburgh im 18. Jahrhundert zeigt Elizabeth Sanderson zum Beispiel, daß Frauen eine gewichtige Rolle im Einzelhandel, insbesondere im Bekleidungssektor, spielten. Und Sanderson hebt ausdrücklich hervor, daß es sich dabei um angesehene, qualifizierte Tätigkeiten handelte. Diese Frauen standen keineswegs etwa am Rande der Edinburgher Gesellschaft.

Ähnliches hat auch Keith Snell festgestellt. Er fand heraus, daß Frauen noch im England des 18. Jahrhunderts eine Fülle von Berufen ausübten. Sie waren Schuster, Hutmacher, Schreiner, Uhrmacher, Silber- und Goldschmiede, Eisenwaren- und Lebensmittelhändler und arbeiteten natürlich auch in landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Snell stellt jedoch fest, daß nach dem 18. Jahrhundert die Zahl der in diesen Berufen tätigen Frauen rasch zurückging. Die im Berufsleben verbliebenen Frauen waren zudem vor allem im Bereich häuslicher Dienstleistungen und im Bekleidungssektor aktiv. Im 19. Jahrhundert war der Arbeitsmarkt schließlich bereits extrem nach Geschlecht segregiert.

Für die Niederlande gehen die Meinungen stark auseinander. Jenneke Quast vertritt zum Beispiel die Position, daß im Holland des 16. Jahrhunderts städtische Frauen sehr wohl wirtschaftlich aktiv waren. Sie waren sowohl selbständige Unternehmer und Handwerker als auch Lohnarbeiter in der Textilindustrie und im Einzelhandel. Allerdings berichtet die Autorin auch von Versuchen, die Frauen von selbständigen Aktivitäten und vom Zugang zu den Zünften auszuschließen. Für Quast sind dies Momente eines allmählich voran schreitenden Prozesses der wirtschaftlichen Marginalisierung von Frauen. Im Gegensatz dazu argumentiert Els Kloek in seiner Studie über die Leidener Textilindustrie im 17. Jahrhundert, daß eine graduelle Verdrängung von Frauen aus selbständigen Handwerksaktivtäten sich schon deshalb nicht nachweisen ließe,

weil sich die Rolle von Frauen seit jeher nur auf den Handel mit Textilien beschränkt habe. Weibliche Arbeitskräfte in der Textilproduktion waren in der Regel nicht selbständig, sondern Helferinnen für ihre Ehemänner oder Tagelöhner. Höchstens verwitwete Frauen hätten hier und da das Geschäft ihres Ehemannes fortgeführt. Schließlich stellt Kathleen Canning in einer neueren Arbeit über die Veränderungen im Arbeitsleben von Frauen im deutschen Rheinland des 19. Jahrhunderts fest, daß Frauen in der Textilindustrie überall eine eigenständige Position als qualifizierte Weberinnen innehatten und daß 30 Prozent der offiziell registrierten Webermeister weiblich waren.

Ein anderes interessantes Beispiel für die Rolle von Frauen in der traditionellen handwerklichen Produktion stammt aus dem Bereich der Bier- und Ale-Brauerei. Dieser Sektor wurde im mittelalterlichen England nahezu völlig von Frauen beherrscht. Im 14. Jahrhundert wurde Ale vor allem für den Hausgebrauch hergestellt, nur die überschüssige Produktion gelangte zum Verkauf. Dadurch hatten die Frauen die Möglichkeit, eigene Geldeinkommen zum Familienbudget beizusteuern. Schon um 1700 waren allerdings Frauen fast gänzlich aus der Bier- und Ale-Brauerei verschwunden. Verursacht wurde dies vor allem durch die dramatischen produktionstechnologischen Veränderungen, die nunmehr die industrielle Erzeugung von Bier im großen Stil ermöglichten, wodurch zunehmend mehr Kapital in diesen Sektor vordrang und seine Kommerzialisierung rasch vorangetrieben wurde. Dies – die Industrialisierung und Kommerzialisierung der Produktion – ging einher mit der Etablierung des Bierbrauens als Beruf, eine Tätigkeit, die nun nicht länger neben anderen Haushaltsverrichtungen betrieben werden konnte. Auch war es für Frauen natürlich sehr viel schwieriger, das nötige Kapital zu mobilisieren.

Im Lager der Gegner einer solchen Interpretation – dem insbesondere Historiker wie Edward Shorter, Martine Segalen oder Gay Gullickson zugerechnet werden können – wird die wichtige wirtschaftliche Rolle, die Frauen einst spielten, nicht grundsätzlich bestritten. Die Kritik richtet sich vielmehr gegen eine Sicht, die Frauen einen selbständigen sozialen und wirtschaftlichen Status zuerkennt. Frauen seien schon immer an den Haushalt gefesselt gewesen. Ihre wirtschaftlichen Aktivitäten waren daher seit jeher untergeordneter Natur und strikt getrennt von der männlichen Erwerbsarbeit. Obwohl Frauen in den Städten in allen Bereichen des Lohnsektors eine gewisse Rolle gespielt hätten, blieb ihre Arbeit doch stets direkt an ihre Position als Ehefrau gebunden. Im Verhältnis zu Ehemann oder Vater nahm die Frau als Zuarbeiterin oder Helferin zudem nur eine eher nachrangige Stellung ein. Insgesamt war die Arbeit von Frauen zwar unverzichtbar in der vorindustriellen Hausökonomie, aber eine gleichberechtigte Stellung im öffentlichen Leben blieb ihnen versagt.

In ihrer vorzüglichen Untersuchung zum Status der Frauenarbeit kommt auch Harriet Bradley zu dem Schluß, daß die Arbeit in vorindustriellen Gesellschaften stark nach Geschlecht geregelt war, wobei Frauen vor allem solche Tätigkeiten verrichteten, die im Haus selbst oder in seiner unmittelbarer Nähe ausgeübt wurden. Darüber hinaus stellte sie jedoch zu recht fest, daß die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen gleichzeitig auch sehr flexibel war, wodurch den mitunter lebensbedrohlichen Unsi-

cherheiten innerhalb vorindustrieller Gesellschaften Rechnung getragen wurde. Dem entspricht auch die Einbeziehung aller Haushaltsmitglieder nach Alter und Leistungsvermögen in die Überlebensproduktion der Familie.

Mike Hanagan geht in seiner Arbeit zum Kampf um den Familienlohn im Frankreich des 19. Jahrhunderts zum Beispiel davon aus, daß diese Überlebensstrategie der Arbeiterhaushalte bedrohlichen wirtschaftlichen Unwägbarkeiten damit begegnete, in dem alle Mitglieder in die Beschaffung des Lebensunterhalts – einschließlich der Frauen und Kinder – einbezogen wurden, was bis in ins Industriezeitalter so fortbestand. In seiner Studie zu den vielfältigen Formen der Frauenarbeit im Industriegebiet von Stéphanois hebt Hanagan heraus, daß es sich die Familien von Bergarbeitern, Webern und Metallarbeitern in der Regel nicht leisten konnten, den "Grad der Abhängigkeit von Lohnarbeit" durch den Rückzug von Frauen und Kindern aus dem Arbeitsmarkt zu reduzieren.

Damit ist ein weiterer wichtiger Aspekt indirekt angesprochen, nämlich die Industrialisierung und ihre Auswirkungen auf den Beitrag der Frauen zum Familienunterhalt. Zweifellos wurde es für die Frauen in Arbeiterfamilien mit der Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz zunehmend schwieriger, Erwerbs- und Reproduktionsarbeit miteinander zu verbinden. Darüber hinaus verschwanden mit der urbanen Verdichtung der Wohnviertel jene traditionellen von Frauen ausgeübten (Neben)-Tätigkeiten wie die Bearbeitung eines kleinen Stück (Garten)Landes oder das Halten einer Kuh bzw. eines Schweins. Zudem verbreitete sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker das bürgerliche Ideal von der quasi natürlichen Bestimmung der Frau, Hausfrau zu sein. In einer Vielzahl von Schriften über England wird darauf verwiesen, daß gegen Ende des 19. Jahrhunderts sogar in Arbeiterfamilien der männliche Alleinernährer bereits weit verbreitet war, was mitunter auch mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht in Zusammenhang gebracht wird. Sara Horrell und Jane Humphries gehen in ihrer Arbeit über die Ursprünge des männlichen Alleinernährers davon aus, daß in vielen Familien das Alleinernährersystem parallel zum Voranschreiten der Industrialisierung Einzug hielt; also bereits am Ende des 18. Jahrhunderts. Die von den beiden Autorinnen vorgelegten Daten zeigen aber auch, daß der Alleinernährer nur für die erste Phase der Familienentwicklung typisch war. Später, etwa wenn der Haushaltsvorstand das 40. Lebensjahr überschritten hatte, wurde ein zunehmender Teil des Familieneinkommens durch die Kinder erarbeitet. Horrel und Humphries verweisen zudem auf den interessanten Fakt, daß die meisten Menschen im Laufe ihres Lebens auf Grund der geringen Lebenserwartung und der großen wirtschaftlichen Unsicherheit gezwungen waren, ihren Unterhalt zumindest zeitweise außerhalb familiärer Strukturen durch Lohnarbeit zu bestreiten.

Die Industrialisierung hat aber auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen eröffnet. Eines der bekanntesten Beispiele ist sicherlich die Textilindustrie. In vielen Ländern – nicht nur in England, sondern nach Kathleen Canning auch zum Beispiel in Deutschland – war in der Textilfabrikation eine große Zahl von Frauen, sowohl junge und unverheiratete als auch verheiratete, beschäftigt. Die Industrialisierung hat also keineswegs zwangsläufig zur Herausbildung des männlichen Ernährers geführt.

Jane Humphries – wie auch andere, die über das Familieneinkommen gearbeitet haben – hat in ihren Schriften überzeugend nachgewiesen, daß im 19. Jahrhundert nur wenige Haushalte tatsächlich allein auf das Einkommen des männlichen Haushaltsvorstands angewiesen waren. Darüber hinaus muß noch in Rechnung gestellt werden, daß es auch vom Lebenszyklus der Familie abhängt, durch wen, in welcher Phase der Familienentwicklung das Haushaltseinkommen erbracht wird. Dies wurde von Patricia van den Eeckhout in ihrer Arbeit über städtische Arbeiterfamilien in Gent, Belgien, um 1900 veranschaulicht. Zwischen 50 und 80 Prozent der Frauen, die mit Männern unter 30 Jahren verheiratet waren, gingen – freilich auch in Abhängigkeit von der beruflichen Stellung des Ehemannes – selbst einer Erwerbsarbeit nach. In einem späteren Stadium des familiären Lebenszyklus verlagerte sich ihre ökonomische Tätigkeit sehr stark auf die Erziehung der Kinder, während dann, wenn der Haushaltsvorstand die fünfzig überschritten hatte, die Kinder bereits etwa die Hälfte des Familieneinkommens erarbeiteten. Deshalb kann man sagen, das – im Gegensatz zu heute – Frauen vor allem in einer Lebensphase in Lohnarbeit waren, in der ihre Kinder noch sehr jung waren. Die Daten des belgischen Beispiels zeigen aber auch, daß innerhalb der Schicht der Facharbeiter, wie etwa bei den Arbeitern in der Metall verarbeitenden Industrie, sich eine Orientierung auf die Ideale der Mittelklasse ausbreitete und damit eine Tendenz hin zur Beschränkung der Frau auf den Haushalt die Oberhand gewann. In diesen Familien wurde nicht selten auf Einkommen verzichtet, nur um (nach außen) die gesellschaftliche Reputation der bürgerlichen Ein-Ernährer-Familie zu erlangen.

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß die Mehrzahl der Frauen immer erwerbstätig war. Es gibt, erstens, gute Gründe für die Annahme, daß die Symbolfigur des männlichen Alleinernährers – in der langen historischen Frist betrachtet –eine erst sehr neuzeitliche Erscheinung ist. In diesem Sinne ist diese Charaktermaske einer der großen historischem Mythen, dem erst im Laufe des 19. Jahrhunderts seine heutige ideologische Bedeutung als soziale Norm zugeschrieben wurde. Freilich blieb diese Norm lange Zeit ein Ideal, das nur wenige zu erreichen vermochten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es für große Bevölkerungsschichten in Europa überhaupt zur lebbaren Realität. Zweitens wird deutlich, daß der Status von Frauenarbeit niedriger war und ihre Verbindung mit formellen Lohnarbeitsverhältnissen immer prekär blieb. Studien zur Arbeit von Frauen verweisen nur allzu klar auf ziemlich unerfreuliche Kontinuitäten in diesem Bereich. Drittens schließlich offenbart sich eine beträchtliche Vielfalt der historischen Formen, die wiederum in Raum und Zeit sowie zwischen sozialen Gruppen selbst variieren.

Die Ein-Ernährer-Familie und ihre historischen Ursachen

Wenn schon die Beschreibung der Ein-Ernährer-Haushalte kompliziert ist, so ist jedoch die Erklärung der hinter dieser Entwicklung stehenden Ursachen noch problematischer. Im Zuge der sechziger und siebziger Jahre hat sich eine merkliche Verschiebung der Deutungsmuster, weg von monokausalen Universalerklärungen, die auf

Makrostrukturen wie Patriarchat und Kapitalismus rekurrieren, hin zu eher kleinteiligen Erklärungsversuchen, die den Blick für historischen Unterschiede wahren, vollzogen. Was zeichnet nun die verschiedenen Perspektiven zur Erklärung des männlichen Ernährers aus? Ein sehr interessanter Ansatz wirft die Frage danach auf, wer von einer derartigen Konstellation eigentlich profitiert. Die unterschiedlichen Untersuchungen kommen natürlich zu höchst unterschiedlichen Schlußfolgerungen, aber insgesamt lassen sich Ökonomie, Macht und Selbstbild als jene zentralen Elemente identifizieren, die für die wissenschaftlichen Erklärungen herausragende Bedeutung haben.

In einer ersten Annäherung kann das Phänomen des Alleinernährers aus ökonomischen Modellen abgeleitet werden, die auf bestimmte Rahmenbedingungen Bezug nehmen. Diese Bedingungen bestimmen insbesondere das Angebot an Frauen, die Lohnarbeit suchen. Aus der Sicht derartiger Interpretationsmuster wird das Angebot an weiblicher Arbeitskraft auf dem Markt in erster Linie durch die Höhe des Einkommens des (Ehe)Manns im Verhältnis zum potentiellen Erwerbseinkommen seiner Frau bestimmt. Je mehr der Ehemann verdient, desto größer ist der Druck auf die Frau, zu Hause zu bleiben. In der Theorie gilt dies unabhängig davon, wieviel die Frau verdienen könnte. Die Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat mit dem Zuwachs an weiblicher Erwerbsarbeit allerdings gezeigt, daß das potentielle Einkommensniveau sehr wohl Einfluß auf die Zahl arbeitender Frauen hat. Je mehr die Ehefrau verdienen kann, um so eher wird sie geneigt sein, ihre Arbeit im Haushalt gegen Lohnarbeit zu tauschen, und zwar unabhängig davon, wie hoch das Einkommen ihres Mannes ist. Natürlich werden in derartigen Modellen auch noch andere Faktoren wie zum Beispiel die Zahl der Kinder berücksichtigt, aber im Grunde sind sie alle einkommensfixiert. Ihr Erklärungsvermögen ist dennoch sogar über lange historische Zeiträume bemerkenswert. So wurden sie zum Beispiel angewandt, um das langfristige – vom 17. bis zum 19. Jahrhundert charakteristische – Phänomen einer außergewöhnlich niedrigen Zahl von erwerbstätigen Ehefrauen in den Niederlanden zu erklären. Als Hauptargument wurde herausgestellt, daß die Löhne der männlichen Arbeiter hoch genug waren, so daß Erwerbsarbeit von Ehefrauen zur Erhaltung der Familie nicht notwendig war.

Ökonomische Modelle sind zwar sehr sinnvoll, wenn es darum geht, das reproduktive Funktionieren der Ein-Ernährer-Familie zu beschreiben, aber sie haben auch einen wesentlichen Nachteil. Diese Modelle unterstellen von Anfang an das Konzept des Alleinernährers als gegeben. Der weiblichen Lohnarbeit kommt lediglich eine Art sekundärer Pufferfunktion zu. Sie wird je nach Bedarf auf den Arbeitsmarkt geworfen oder von dort wieder in den Haushalt zurück verwiesen. Unbeachtet bleibt so die bereits durch die Geschlechtszugehörigkeit bestimmte ungleiche Position von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Es ist die Zuschreibung einer jeweils geschlechtsspezifischen Rolle, die dem Mann von vornherein das Privileg des Ernährers der Familie sichert, während die Frau in erster Linie für die Haushaltsführung und die Kindererziehung verantwortlich gemacht wird. Diese Rollenverteilung wird in neo-klassischen Erklärungsmustern stets stillschweigend vorausgesetzt. Wer in den verschiede-

nen Formen der Beschaffung des Familienunterhalts gewinnt und wer nicht, bleibt in ökonomischen Modellen zumeist unbeachtet, genauso wie auch Machtverhältnisse im Haushalt und am Arbeitsplatz systematisch ignoriert werden. Damit dienen neo-klassisch inspirierte ökonomische Modelle in der Regel auch der Rechtfertigung der bestehenden Zustände.

Andere Konzepte werden vor allem von Wissenschaftlern aus der Frauenforschung vertreten. Die klassische "Große Theorie" zur Erklärung des Phänomens männlicher Alleinernährer ist ein Ansatz, der von der Existenz eines dualistischen Systems ausgeht. Demnach ist die Herausbildung der Figur des männlichen Ernährers Ergebnis einer spezifischen historischen Entwicklung, in deren Verlauf sich das aufkommende kapitalistische System mit bereits existierenden patriarchalischen Strukturen verband. Der Industriekapitalismus hat mit der nunmehr allgemein üblich werdenden Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz und der Durchsetzung des Lohnarbeitsverhältnisses zu einer weiteren Verschlechterung der Position von Frauen im Wirtschaftsleben geführt. Die überkommenen patriarchalischen Traditionen sicherten ihrerseits, daß in dieser ökonomisch-sozialen Umwälzung Frauen – durch ungleiche Entlohnung und den Ausschluß von bestimmten Beschäftigungen, auch durch den Einfluß der männlich dominierten Gewerkschaften – in einer untergeordneten Position verblieben.

Die in den sechziger und siebziger Jahren aufkommende Theorie des dualistischen Systems wurde später vor allem wegen ihres Schematismus, der keinen Raum für die Erklärung von räumlichen und zeitlichen Unterschieden läßt, scharf kritisiert. In der Tat gibt diese Theorie nur ein sehr allgemeines analytisches Raster vor. Um mit ihrer Hilfe historische Veränderungen und Unterschiede erklären zu können, bedürfte sie einer größeren Detailnähe. Ferner ist es interessant, welche Antworten dieses theoretische Konzept liefert, wenn innerhalb des analytischen Rasters Fragen nach Macht und nach den Nutznießern der Herausbildung des männlichen Alleinernährers aufgeworfen werden.

In bezug auf den zuletzt genannten Gesichtspunkt ergeben sich zwei grundsätzliche Optionen. Zum einen könnte argumentiert werden, daß die Kapitalisten die eigentlichen Nutznießer dieses Reproduktionssystems sind. Für diese Interpretation spricht die Überlegung, daß die unbezahlte Hausarbeit von Frauen die Arbeitskraft des Lohnarbeiters zu sehr günstigen Kosten reproduzieren hilft. Dagegen spricht, daß zu allen Zeiten Unternehmer auch ein Interesse an der Beschäftigung von billiger männlicher *und* weiblicher Lohnarbeit hatten. Sind die Männer die Nutznießer? Sicherlich ziehen die Ehemänner und Väter einen Vorteil von den häuslichen Dienstleistungen ihrer Frauen. Aber hat nicht auch die Familie insgesamt einen Gewinn wie auch die Ehefrauen selbst? Ist für sie der männliche Alleinernährer ein Vorteil oder ein Nachteil? Das sind wichtige Fragen. Von Jane Humphries, Wally Seccombe und anderen wird zum Beispiel mit Blick auf die Familie insgesamt die Meinung vertreten, daß der männliche Alleinernährer auch als aktive Form der Verteidigung der Familie gegen die Zumutungen und Zugriffe des kapitalistischen Systems und seiner destruktiven Kräfte

verstanden werden muß. Der männliche Alleinernährer kann – sofern er tatsächlich ein ausreichend hohes Einkommen erhält – als Strategie verstanden werden, mit der einerseits die Konkurrenz unter den Arbeitern verringert wird, während andererseits die Familie durch eine bessere Versorgung und Erziehung der Kinder langfristig ihre (Einkommens)Chancen erhöht. Dazu später mehr.

Zunächst muß hier noch der heftig umstrittenen Frage nach der Funktion des Patriarchats im Rahmen der Theorie des dualistischen Systems nachgegangen werden. Das Problem besteht vor allem darin, was unter Patriarchat verstanden wird. Handelt es sich dabei nur um ein System von Glaubenssätzen, um ein ideologisches Konstrukt, das vor allem auf der psychologischen Ebene wirksam ist, oder handelt es sich vielmehr um ein eigenständiges System mit spezifischen ökonomischen, sozialen und ideologischen Merkmalen? Vieles spricht für das zuletzt genannte Konzept. Wie sonst könnte das Phänomen erklärt werden, daß männliche Arbeiter bewußt gegen ihre ureigensten Interessen verstoßen, wenn sie die besser bezahlen Tätigkeiten statt an ihre Frauen oder Töchter vorzugshalber an ihre männlichen Verwandten vermitteln? Dies und zum großen Teil auch die Verdrängung von Frauenarbeit im Zuge der Industrialisierung bestimmter Gewerke läßt sich nur verstehen, wenn das Patriarchat als eigenständiges System begriffen wird, als eine soziale Formation, die alle sozialen Verhältnisse durchdringt und hochgradig resistent gegen Veränderungen ist.

Auch deshalb ist es angezeigt, sich genauer mit den Interessen der Männer als Gattung zu befassen. Männliche Arbeiter haben ein grundlegend egoistisches Interesse daran, daß die Arbeitsmöglichkeiten von Frauen eingeschränkt bleiben und ihnen in der Regel nur die weniger qualifizierten Tätigkeiten zugänglich sind. So hoffen sie, ihre autoritäre Position sowohl in der Familie wie am Arbeitsplatz zu verteidigen. In einer Reihe von neueren Studien wird überzeugend nachgewiesen, daß das Recht auf höher qualifizierte Arbeit und auch die Rolle als Alleinernährer jene beiden Säulen sind, auf denen das männliche Selbstbild in den westlichen Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts im wesentlichen ruht. Durch Sonya Rose wurde kürzlich eine wichtige Überlegung in bezug auf die Art und Weise in die Debatte gebracht, wie die männlichen Interessen während des Übergangs zum Industriekapitalismus als Scharnier zwischen Klassen- und Geschlechterantagonismen gewirkt haben. Für sie ist das Interesse der Männer an der Wahrung der männlichen Identität bestimmend, weniger der Versuch, männliche Dominanz über Frauen aufrechtzuerhalten. Die männliche Identität wurzelt in den erworbenen beruflichen Fertigkeiten, in (materieller) Unabhängigkeit und in der Fähigkeit, das Arbeitsangebot der Familie auf dem Markt zu bestimmen. Als die Arbeit aus den Haushalten in die Fabrik verlagert wurde, versuchten die Männer, durch die Marginalisierung oder den Ausschluß von Frauen aus dieser Art von Beschäftigung eine neue Basis für die Wahrung ihres Selbstwertgefühls zu schaffen. Die Reservierung der Fach- und Vorarbeiterposten in den Fabriken für Männer wie auch die Sicherung des Vorrangs des Alleinernährers auf dem Arbeitsmarkt wurden so zum tragenden Gerüst des männlichen Selbstverständnisses unter industriekapitalistischen Verhältnissen.

Worin bestanden nun aber die Interessen der Frauen? Tatsächlich hat die Idee etwas für sich, daß mit der Herausbildung des Alleinernährers es den Arbeiterfamilien möglich wurde, ihren Lebensstandard zu steigern; aus dieser Perspektive kann der Ernährer auch als ein Moment des anti-kapitalistischen Kampfes der Arbeiterklasse gesehen werden. Allerdings ist nicht klar, inwieweit die Arbeiterfamilien überhaupt eine Alternative zu diesem System hatten. Zumindest könnte es auch sein, daß die männliche Vormachtstellung im Haushalt die Wahl anderer Strategien von vornherein vereitelt hat. Darüber hinaus – und das ist möglicherweise ein wichtiges Indiz – wurde bei der Forderung nach einem Familienlohn bei den Arbeitern nicht unterschieden, ob sie eine Familie zu versorgen hatten oder nicht. Vielmehr wurde (bezüglich der Entlohnung) strikt zwischen Männern und Frauen unterschieden, gleichgültig ob letztere mit oder ohne Familie waren. Folglich erhielt der männliche Arbeiter auch dann den vollen Familienlohn, wenn er gar keine Familie hatte, während die Witwe, die mit ihrer Arbeit noch Kinder zu ernähren hatte, so bezahlt wurde, als ob sie nur eines Zuverdienstes wegen arbeite.

Mit diesen Überlegungen hat sich allerdings die Frage nach dem Ausmaß, in dem Frauen die Forderung nach einem Familienlohn unterstützten, nicht erledigt. Einen Hinweis auf die Position der Frauen gibt die Beobachtung, daß es kaum Beispiele dafür gibt, daß sich Frauen gegen die Forderung der Männer nach einem Familieneinkommen gewandt hätten. Frauen haben sich immer gegen ihren Ausschluß vom Arbeitsmarkt gewehrt, aber das heißt nicht, daß sie deshalb gegen ein ausreichendes Familieneinkommen gewesen wären. Im Gegenteil, angesichts der gegebenen geschlechterspezifischen Unterschiede in der gesellschaftlichen Stellung, haben sie sich zu recht für eine ausreichende Entlohnung der Männer als wichtige Voraussetzung für das Auskommen der Familie eingesetzt. Verschiedene Studien haben zudem gezeigt, daß die Forderung nach einem Familieneinkommen unter den konkrethistorischen Bedingungen durchaus unterschiedliche Inhalte hatte; für das eine zu kämpfen, hieß nicht zwangsläufig, die Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt zu akzeptieren.

Die wichtige Frage, ob nicht sowohl Männer als auch Frauen doch eine Reihe von gemeinsamen Interessen am Modell des männlichen Alleinernährers hatten, läßt sich zum Teil im Kontext des Konzepts vom "kooperativen Konflikt" zwischen männlicher Dominanz und Klasseninteressen beantworten. Ein instruktives Beispiel für einen solchen Konflikt geben von Oertzen und Rietzschel in einem Aufsatz zu den Ideologien des Alleinernährers in den beiden Teilen Deutschlands zwischen 1945 und 1970. Als 1958 in Westdeutschland eine Steuerreform durchgesetzt werden sollte, durch die Männer und Frauen steuerlich gleichgestellt würden und der bisherige privilegierte Status des männlichen Alleinernährers – einschließlich der darauf beruhenden steuerlichen Vergünstigungen – abgeschafft worden wäre, wurde das Inkrafttreten der Reform durch den Widerstand der Männer erfolgreich vereitelt. Innerhalb der Familien unterstützten die Ehefrauen nachdrücklich den Protest ihrer Männer, weil sie – wie von Oertzen und Rietzschel zeigen – um den mit der Ein-Ernährer-Familie verbundenen sozialen Status fürchteten.

Neuere Beiträge mit noch anderen Sichten haben das Bild über die komplexen Ursachengefüge, die zur Herausbildung des Alleinernährermodells geführt haben, abgerundet. In einigen Studien wurde die Rolle von Unternehmensstrategien im Verlaufe wirtschaftsstruktureller Umbrüche oder die Bedeutung der Arbeitsorganisation untersucht. Ein illustratives Beispiel für das Gewicht solcher Faktoren bieten die unterschiedlichen Entwicklungen in der Fahrzeug- und in der Elektroindustrie. Während im Fahrzeugbau der Arbeitsprozeß so organisiert wurde, daß dort heute faktisch ausschließlich Männer arbeiten, wurde die Elektroindustrie zu einem typischen Frauensektor. In der Autoindustrie müssen entweder körperlich schwere Arbeiten oder aber hoch qualifizierte (und sehr gut bezahlte) Tätigkeiten verrichtet werden, wodurch für beide Arbeitsformen Männer prädestiniert sind. In der Elektroindustrie dominieren arbeitsintensive Montagetätigkeiten, die schlecht bezahlt werden und für die Stückakkord typisch ist, was wiederum klassische Merkmale für Frauenarbeitsplätze sind. Die Unternehmensstrategien nutzen bewußt das ganze Ensemble kulturell verankerter Vorstellungen darüber, was typische Männer- bzw. Frauenarbeiten sind. Daraus resultieren wiederum jeweils spezifische Beschäftigungschancen für die beiden Geschlechtergruppen.

Umbrüche in der Wirtschaftsstruktur und Veränderungen im Produktionsprozeß führen mitunter auch dazu, daß Beschäftigungsfelder für Frauen ganz verschwinden. Die Arbeiten von Lina Sálvez über die Tabakindustrie in Sevillia zeigen, wie Unternehmensstrategien und wechselnde Bedingungen in unterschiedlichen Phasen der Kapitalakkumulation die Geschlechterstruktur der Beschäftigten beeinflussen. Ähnlich wie in der Elektroindustrie war die Geschlechtsspezifische Zuschreibung der Arbeit ein wichtiger Faktor beim Übergang zur industriellen Fertigung. Der mächtige staatliche Tabak-Konzern war aufgrund der großen Zahl von Arbeiterinnen, die je nach Bedarf aus den Haushalten rekrutiert oder dorthin zurückverwiesen werden konnten, in der Lage, einen graduellen Prozeß der Mechanisierung vorzunehmen, was bei einem Übergewicht an männlichen Arbeitern sicherlich nicht in dieser Form möglich gewesen wäre. Die Mechanisierung hatte jedoch einschneidende Folgen für die Arbeitskräftestruktur. Die flexiblen qualifizierten Frauen, die je nach Arbeitsanfall eingesetzt werden konnten, wurden zum Teil ersetzt durch Männer, die jetzt in festen Schichtrythmen mit festen Löhnen arbeiteten. Dies ist ein anschauliches Beispiel, wie sich Geschlechterverhältnisse, der Familienhaushalt mit der ihm eigenen Flexibilität in der Bereitstellung von Arbeitskraft, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und Unternehmensstrategien im Übergang zum Industriekapitalismus wechselseitig beeinflussen.

Als besonders wichtig für die Entwicklung des Alleinernährerstatus und der Geschlechterbeziehungen überhaupt hat sich vor allem auch die Herausbildung des Sozialstaates im 20. Jahrhundert erwiesen. In keinem industrialisierten Land konnte der männliche Ernährer allein die gesellschaftliche Reproduktion sicherstellen. Es bedurfte immer und überall entsprechender staatlicher Sozialsysteme. Nur durch die auf Beitragszahlungen durch den männlichen Ernährer gestützten sozialen Sicherungs-

systeme, die nach 1900 etabliert wurden, war es überhaupt möglich, daß sich der Alleinernährer als vorherrschendes Erwerbsmodell durchsetzen konnte. Darüber hinaus legen verschiedene Studien den Schluß nahe, daß die Sozialpolitik wesentlichen Einfluß darauf hatte, wie sich die familiäre Arbeitsteilung gestaltete. Der Sozialstaat hat keineswegs überall aus Männern ausschließlich "Verdiener" und aus Frauen ausschließlich "Pflegerinnen" gemacht. Dies zeigt zum Beispiel Susan Pedersen in ihrem Buch zum französischen und zum britischen Sozialstaatsmodell. Dort rekapituliert Pedersen, daß in Frankreich Anfang des 20. Jahrhunderts ein System von Familienzuschlägen in Abhängigkeit von der Kinderzahl eingeführt wurde, das für Frauen wie Männer gleichermaßen galt. Diese Zuschläge wurden von einigen großen Unternehmen vor allem deshalb gewährt, um Forderungen der Arbeiter und Gewerkschaften nach einem Familienlohn abzuwehren, weil sie befürchteten, daß dann die billigen weiblichen Arbeitskräfte in den Haushalten zurückgehalten würden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Herausbildung der Symbolfigur des männlichen Ernährers nicht auf einseitige Erklärungsansätze wie Patriarchat oder Industriekapitalismus zurückgeführt werden kann. Auch ein rein ökonomisches Model liefert keine zufriedenstellenden Ergebnisse. Historische und regionale Besonderheiten erweisen sich einfach als zu sperrig für mono-kausale Konzepte. Eine Vielzahl von Untersuchungen hat inzwischen ein ganzes Arsenal an oft wechselwirkenden Zusammenhängen zutage gefördert, die von institutionellen Schranken sowie lokalen Besonderheiten der Geschlechterverhältnisse und Verhaltensmuster über Haushaltsstrategien und wirtschaftliche Differenzierungsprozesse, den Verlauf der Kapitalakkumulation, die Ausdehnung kommerzieller Netzwerke bis hin zu patriarchalischen Interessen der Männer und zu Veränderungen in den Arbeitsmarktstrukturen reichen. Als Schlüsselelemente können aus meiner Sicht Wirtschaft, Macht und Selbstverständnis/Selbstwertgefühl gelten.

Aus dem Englischen von Arndt Hopfmann nach der in Linz im September 2001 vorgelegten Fassung, leicht gekürzt.

Arbeit und berufliche Bildung der Frauen in Polen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert

Anna Zarnowska

Die Berufsarbeit der Frauen ist eine den Prozeß der Industrialisierung begleitende Erscheinung, worüber bereits viel geschrieben wurde. Der Beitrag beschränkt sich auf einige kulturelle Aspekte dieses großen Umbruchs in der sozialen Arbeitsteilung. Dabei interessieren vor allem zwei Probleme: Die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der Erwerbs- und Berufsarbeit der Frauen und die Evolution der Haltungen der Frauen selbst gegenüber dieser Arbeit.

Die erste Phase: Arbeit als Einkommensquelle

Die Erwerbsarbeit nahm erst im Industrialisierungsprozesses unter städtisch-industriellen Bedingungen modernen Charakter an. Besonders in der ersten Phase der Entwicklung zur Industriegesellschaft waren die Haltungen der Mehrheit der Männer und Frauen dieser Arbeit gegenüber vor allem vom ökonomischen Zwang geprägt. Für die Mehrheit der Arbeitenden war Arbeit in jener Zeit in erster Linie eine Einkommensquelle. Das Streben nach Genugtuung aufgrund der spezialisierten und qualifizierten Arbeit stand hingegen lange im Hintergrund.

Die Trennung der Erwerbsnotwendigkeit vom Streben nach Selbstverwirklichung durch Arbeit kam damals in Polen in den Haltungen der Gesamtheit der Lohnarbeiterschaft zum Ausdruck, unabhängig vom Geschlecht und von der Art der verrichteten Tätigkeit. Das war wohl keine spezifisch polnische Erscheinung, sondern charakteristisch für die Zeit der Industrialisierung allgemein.

Arbeit ausschließlich als Quelle für Einkommen stand offensichtlich im Zusammenhang mit der Intensivierung der Erwerbsmigration vom Lande in die Städte. Um so mehr, als die Industrie in ihrer frühen Entwicklungsphase einen Massenbedarf an einfacher Arbeit bei der Bedienung von Maschinen hatte, die höchstens ein Anlernen und in geringerem Maße erlernte Qualifikationen erforderte.

In Polen hatte die Trennung der Erwerbstätigkeit von beruflichen Bestrebungen eine besonders große soziale Reichweite. Zu einem beträchtlichen Teil bezog sie sich auch auf die Schicht der geistigen Arbeiter, deren Zahl bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch zunahm und die sich in ihrer Mehrheit zur Intelligenz rechneten. Unter ihnen dominierten Menschen mit unvollständiger Allgemeinbildung ohne berufliche Qualifikation.

Die Trennung von Erwerbstätigkeit und beruflichen Bestrebungen kam unter Frauen deutlicher und schärfer zum Ausdruck als unter Männern. Das hing mit dem patriarchalen Modell der Teilung der sozialen Rollen nach Geschlechtern zusammen. Im proletarischen Milieu war es ausschließlich der ökonomische Zwang, die materiellen Erfordernisse der Familie, die Frauenarbeit außerhalb der Heimes legitimierte. So

verbreitete sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Erwerbstätigkeit der Frauen in Polen immer mehr. Das betraf auch die Intelligenz und die verarmten Landadelsfamilien, die es nicht vermocht hatten, den Verlust ihres Vermögens nach der Bauernreform zu vermeiden, oder die das Vermögen nach der Niederlage des gegen die Russen gerichteten Aufstands von 1863 verloren hatten.

In dieser Zeit bildete die pädagogische Betätigung sowohl im russischen Teilungsgebiet (Königreich Polen) als auch im preußischen Teilungsgebiet die einzige Perspektive eines für Frauen erreichbaren Erwerbs im Bereich der geistigen Arbeit. Töchter aus Familien der Intelligenz und des Landadels sowie - sporadisch - aus Bourgeoisfamilien strebten im Königreich Polen danach, das sogenannte Lehrerpatent zu erhalten. Das hing weniger mit spezifischen beruflichen Bestrebungen als mit der Notwendigkeit zusammen, Geld verdienen zu müssen - entweder wegen der schwierigen materiellen Lage der Familie oder aufgrund einer unsicheren Eheperspektive. (In jener Zeit wurde die Ehe immer noch allgemein als die beste Garantie für die materielle Sicherheit der Frau betrachtet.)

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stieß die gesellschaftliche Akzeptanz der Erwerbstätigkeit von Frauen jedoch auf den starken und anhaltenden Widerstand der männlichen öffentlichen Meinung, der die Grenzen sozialer Klassen und Schichten überschritt.

Die Arbeiterschaft bildete in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Für sie blieb in jener Zeit die starke Bindung an das traditionelle patriarchale Familienmodell kennzeichnend. Hinzu kam, daß die Bedrohung für das Männermonopol auf dem Arbeitsmarkt zugleich ihre dominierende Rolle in der Familie als "Ernährer" in Frage stellte.

Dieser Widerstand wurde relativ schnell durchbrochen, wenn es um die Erwerbstätigkeit der Frauen im Bereich der körperlichen, unqualifizierten und schlecht bezahlten Arbeiter ging. Keine Vorbehalte weckte auch die weitgehende Feminisierung des bedienenden Hauspersonals. Hier akzeptierte die öffentliche Meinung die Erwerbstätigkeit der Frauen aus proletarischen Familien am leichtesten und am weitesten.

Auf besonderen Widerstand stieß weibliche Erwerbsarbeit im Milieu der Intelligenz, deren beträchtlicher Teil unter dem Einfluß traditioneller, dem Landadel eigener Kulturmuster stand. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts und noch in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Erwerbstätigkeit der Töchter in diesem Milieu oft als Ausdruck der sozialen Degradierung verstanden. (Ähnliches galt für die Arbeit der Söhne, wenn sie als Angestellte niedrigen Ranges tätig wurden.) Deshalb wurde versucht, die Frauenerwerbstätigkeit ideologisch - als "Aufopferung für die Familie" u. ä. - zu "begründen".

Die Verbindung von Erwerbsarbeit und Bildungsbestrebungen war in Polen ein langwieriger Prozeß, der erst an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert breitere Kreise der Gesellschaft erfaßt hatte. Die beiden die gesellschaftliche Entwicklung beschleunigenden Faktoren konnten sich in Polen aufgrund des fehlenden eigenen Staates und der entnationalisierenden Bildungspolitik Preußens und Rußlands nur in geringem Maße gegenseitig unterstützen. Im Königreich Polen z. B. entwickelten sich die

Bildungsbestrebungen größtenteils unabhängig vom einheimischen rückständigen Schulwesen. Die Reichweite des Letzteren wurde von Rußland absichtlich gehemmt. Der erschwerte Zugang zur Allgemeinbildung und die Unterentwicklung des Berufsschulwesens beschränkten die Möglichkeiten, Qualifikationen im Bereich sowohl der körperlichen wie auch der geistigen Arbeit zu erwerben. Das setzte das Prestige der erlernten Berufe herab und hemmte die Verbreitung der Berufsbestrebungen und die Professionalisierung der Gesellschaft.

Zu den spezifischen Merkmalen der sich herausbildenden Industriegesellschaft gehörte in Polen u. a. die fehlende Synchronisierung zwischen Ausbildung der technischen Kader und der Qualifizierung der Arbeiterbelegschaften einerseits und der Entwicklung der Industrie andererseits. Diese Disproportion trat besonders scharf im Königreich Polen zu Tage, wo die gesellschaftliche Modernisierung am intensivsten verlief und wo in der ersten Phase der industriellen Entwicklung, zumindest bis Ende des 19. Jahrhunderts, das moderne Berufsschulwesen praktisch nicht existierte. Daher wurde die Erwerbstätigkeit im Arbeitermilieu anfänglich nicht eindeutig mit Bestrebungen assoziiert, einen konkreten Beruf zu erlernen. Geschätzt wurden vor allem eine feste Arbeitsstelle und stabile Löhne sowie konkretes Fachwissen. Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts erlangte man berufliche Fertigkeiten auf traditionelle Weise: durch eine Lehre im Handwerk oder durch Praktikum in einer Fabrik.

Die modernen Berufe bildeten sich in Polen verspätet heraus. Die Verbindung des Erwerbs mit einem erlernten Beruf, mit einer bestimmten beruflichen Qualifikation, durch ein formelles Zeugnis bescheinigt, wurde erst in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts zu einer allgemein verbreiteten Praxis. Sowohl im Milieu der Intelligenz als auch im Arbeitermilieu begann man damals, die berufliche Qualifikation als eine Chance für bessere Arbeit und besseren Lohn zu verstehen, wie auch als eine Chance, das gesellschaftliche Prestige des Arbeitenden zu erhöhen. Eine solche Auffassung begann allmählich nicht nur für die sogenannten freien Berufe (Jurist, Arzt) zu gelten, sondern auch für technische und Arbeiterberufe.

Die zweite Phase: Arbeit als gelernte Berufsarbeit

Die Herausbildung der modernen Arbeitskultur begleitete im Königreich Polen die zweite Phase der Hochindustrialisierung um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Dabei stellte sich das moderne Arbeitsverständnis bei den Männern früher und in höherem Maße ein als bei den Frauen, was sich auf ihr Verhalten auf dem Arbeitsmarkt auswirkte.

Im Königreich Polen verbanden die Frauen Bildungsbestrebungen mit der Perspektive, in einem bestimmten Beruf zu arbeiten, erst in der fortgeschrittenen Phase der Industrialisierung und der gesellschaftlichen Modernisierung - in der Zeit der Revolution von 1905 und in den letzten Jahren vor dem I. Weltkrieg.

Damals stießen sowohl im Arbeiter- als auch im Intelligenzmilieu zwei Tendenzen aufeinander: die Erweiterung der Bildungsbestrebungen der Frauen und die Zunahme ihrer Erwerbstätigkeit überhaupt.

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts traten in den beiden Milieus sehr deutliche Differenzen auf, wenn es um das Tempo und die Reichweite dieser Wandlungen ging. Davon zeugten z. B. Unterschiede in der Wahl der Bildungsrichtung der Kinder in Intelligenz- und in Arbeiterfamilien über die schulische Grundstufe hinaus. Die Unterschiede betrafen besonders die Töchter.

Arbeiterfamilien, die in den Städten bereits Fuß gefaßt hatten, sahen für ihre Kinder in erster Linie die Notwendigkeit, konkrete berufliche Fertigkeiten zu erlernen. Nachdem sie die Grundschulbildung erworben hatten, wurden weitere Bildungsbestrebungen mit der Wahl diverser Formen der beruflichen Schulung verbunden, angefangen bei traditionellen Handwerkerschulen bis hin zu modernen Kursen und Berufsschulen. In Intelligenzfamilien war das anders. Typisch waren hier Ambitionen, den Kindern vor allem eine gute Allgemeinbildung zuteil werden zu lassen, verbunden mit Abneigung gegenüber Berufsschulen. Diese Haltung erwies sich als sehr beständig - bis hin in die Zwischenkriegszeit.

Das Streben nach beruflicher Bildung der Kinder mit konkreten beruflichen Qualifikationen war in Arbeiterfamilien Ausdruck der angestrebten Perspektive relativ stabiler Löhne. Das bezog sich hauptsächlich auf die Söhne. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts stellte man derartige Erwartungen auch an die Mädchen. Im Falle der Söhne verband man die Notwendigkeit, einen Beruf zu erlernen, außerdem mit der Perspektive eines meßbaren sozialen Aufstiegs. Ein solcher Aufstieg wurde in Bezug auf die Mädchen nur selten in Betracht gezogen.

Bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde in Arbeiterfamilien der soziale Aufstieg meistens als eine "Befreiung" von der Notwendigkeit der Lohnarbeit, verbunden mit dem Erlangen der Stellung eines selbständigen Unternehmers (Besitzer einer Handwerkswerkstatt, eines kleinen Ladens u.ä.) verstanden. Sehr selten verband man den "Aufstieg" mit einem geistigen Beruf, mit Ausnahme der technischen Berufe für die Söhne.

In Polen wirkte noch ein zusätzlicher Faktor, der es in den Arbeiterfamilien sehr erschwerte, Aufstiegschancen im Bereich der geistigen Arbeit zu entwickeln. Im russischen und im preußischen Teilungsgebiet war im Zusammenhang mit der Germanisierung und Russifizierung des Grund- und Mittelschulwesens der Zugang der Polen zur Arbeit im Schulwesen sowie zu Lehrerseminaren drastisch beschränkt. Daher wurde die Bildung des Sohnes und um so mehr der Tochter in einer allgemeinbildenden Schule als zwecklos angesehen. Das Gymnasium eröffnete bestenfalls den Weg zur Arbeit in einem Fabrikkontor. Eine solche Arbeit wurde aber im Arbeitermilieu wenig geachtet. Man hielt sie für weniger attraktiv als eine bestimmte berufliche Fachausbildung. Real war die Perspektive des Aufstiegs in die Gruppe der Fabrikaufsicht oder der Posten des Untermeisters, des Meisters, des Mechanikers usw. Ein solcher Aufstieg kam für die Töchter nicht in Frage. Aufstiegsperspektiven der Arbeiterinnen, deren Mehrheit in der Textilindustrie tätig war, waren auf das Anlernen für die Bedienung einer konkreten Maschine beschränkt.

Allmählich schritt die Spezialisierung in der Industrie voran, und es wuchs auch im

Königreich Polen die Bedeutung der Angelernten in den Fabriken. In der Arbeiterschaft nahm die Anerkennung halbqualifizierter Arbeit zu, doch war das Prestige technischer Qualifikationen und moderner Berufe wie Setzer, Fabrikmechaniker, Weber, Spinnerin usw. höher. Allmählich entstanden Genugtuung und sogar Stolz auf die ausgeübte Arbeit - wesentliche Elemente der modernen Arbeitskultur.

Das bezog sich hauptsächlich auf die Männer. Die moderne Industrie förderte zwar die Entstehung einer "ganzen" Arbeiterbelegschaft, unabhängig vom Geschlecht. Das vollzog sich in Polen vor allem in der Textilindustrie. Man kann sehr wohl davon sprechen, daß die Fabrikarbeit die sozialen Abstände zwischen Männern und Frauen am Arbeitsplatz verringerte. Allerdings wurden die Frauen dabei auf die niedrigsten Stufen der Belegschaftshierarchie, wo sie Hilfsarbeiten verrichteten, abgedrängt.

Und doch wurde um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert das Ausüben eines bestimmten Berufes zur Quelle für das Gefühl sozialen Aufstiegs. Besonders traf das auf die Arbeiterjugend zu, darunter auch auf Mädchen.

Die Bildungsbestrebungen der Kinder in Intelligenzfamilien waren im Vergleich dazu deutlich anders geprägt. Unabhängig von der materiellen Lage stand das oben erwähnte Streben nach Allgemeinbildung im Vordergrund. Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde sie oft unabhängig von den beruflichen Orientierungen und nicht unter dem Aspekt sozialen Aufstiegs gesehen.

Ende des 19. Jahrhunderts kam es im Königreich Polen zur sogenannten Überzahl ausgebildeter Menschen, die jedoch kein Kapital und nichts weiter als ihr Wissen besaßen. Nur teilweise waren sie darauf vorbereitet, einen konkreten Beruf auszuüben.

Angesichts der sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bekam die berufliche Karriere in den Ausbildungsplänen für den Nachwuchs auch in Intelligenzfamilien eine immer größere Bedeutung. Aber sie war immer noch fast ausschließlich für die Söhne gedacht. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden auch in diesen Familien die Bildungsziele der Mädchen und der Jungen getrennt. Auch nur die Mittelschulbildung zu gewährleisten, überschritt oft die materiellen Möglichkeiten der Intelligenz- und der Angestelltenfamilien wie auch vieler Familien, die dem Landadel entstammten. Meistens waren sie nicht imstande, alle Kinder auszubilden. In solchen Fällen wurden die Mädchen um die Bildungschancen gebracht, und das stimmte mit dem traditionellen Erziehungsmuster überein: Es stand in Voraus fest, daß die Söhne eher als die Töchter auszubilden waren.

Die Bildungsbestrebungen für die Töchter wurden in Intelligenzfamilien viel länger als in Arbeiterfamilien von der Überzeugung beeinflußt, Allgemeinbildung sei von übergeordnetem Wert. Davon zeugt u. a. die enorme Popularität, deren sich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert private "Universitäten" für Mädchen in Galizien und im Königreich Polen erfreuten (höhere Kurse für Frauen, das sogenannte Barneum in Krakau, gegründet 1868, sowie die Geheime Fliegende Universität in Warschau, gegründet 1885). Sie vermittelten nur "reines" Wissen, ohne praktische Fertigkeiten oder Berufsberechtigungen. Die "Fliegende Universität" war damals die einzige den Mädchen zugängliche Hochschule im Königreich Polen. Überdies war sie

die einzige polnische Hochschule im russischen Teilungsgebiet und wirkte im Untergrund. Das Ziel der Ausbildung war das Erziehen künftiger "pädagogischer und sozialer Aktivistinnen".

Die höhere Bewertung der Allgemeinbildung gegenüber der Berufsausbildung war im Intelligenzmilieu tief verwurzelt. Davon zeugt auch das hohe Prestige des Philosophiestudiums im Vergleich zum Medizin- oder zu einem technischen Studium. Das belastete die Lebensstrategien der Mädchen, weil es ihre Entscheidung bei der Wahl der Studienrichtung einschränkte und ihnen geringere Chancen für das Erlernen eines Berufs einräumte. Jedoch rechneten die Töchter aus wohlhabenden Landadel-, Intelligenz und Bourgeoisfamilien in zahlreichen Fällen nicht mit der praktischen Anwendung des angeeigneten Wissens in einem konkreten Beruf. Häufig waren Fälle, daß Frauen nach der Heirat ihre Bildungs- und Berufsbestrebungen aufgaben, um sich ausschließlich in der Rolle der Ehefrau und Mutter zu "verwirklichen".

Bei der Verbindung der Bildungsbestrebungen mit beruflichen und Erwerbsperspektiven unterschieden sich Arbeiterschaft und Intelligenz deutlich voneinander. Im Gegensatz zur Mehrzahl der Intelligenzfamilien verstand man die Berufsausbildung in Arbeiterfamilien instrumental, als einen Weg zu besserer Arbeit und höheren Löhnen. Hier hatte die Arbeit einen anderen Stellenwert im Wertesystem. Um die Jahrhundertwende war sie nicht mehr nur eine Quelle für Unterhalt und materielle Lebensstabilität. Sie wurde allmählich immer mehr auch als eine Garantie für die höhere gesellschaftliche Stellung des qualifizierten Arbeiters verstanden.

Die untergeordnete Stellung der Frauenarbeit im Wertesystem

Wie schon festgestellt, stießen in der hier besprochenen Zeit die Bildungs- und Berufsbestrebungen der Frauen in beiden hier hauptsächlich analysierten sozialen Milieus (Arbeiterschaft und Intelligenz) auf eine immer größere Akzeptanz. Das betraf in der Regel junge unverheiratete Mädchen. Bildung und Aneignung beruflicher Fertigkeiten eröffneten den Frauen die Chance finanzieller Selbständigkeit und setzten sich zunehmend in den Familienplanungen durch. Eine berufliche Perspektive wurde als Möglichkeit wahrgenommen, der alleinstehenden oder verwitweten Frau Unterhaltsmittel zu sichern. Dabei wurde die Heirat immer noch als die beste Variante aufgefaßt, die soziale Sicherheit der Frau zu gewährleisten.

Zu den Normen, die in der traditionellen patriarchalen Ehe galten, gehörte es im 19. Jahrhundert, die Pläne des Mannes als übergeordnet zu bewerten und diesen die Bildungsansprüche und die Berufsbestrebungen der Frau unterzuordnen, auch wenn sie intellektuell oder künstlerisch begabt war. Während der Herausbildung der Industriegesellschaft und der Entstehung des modernen Arbeitsmarktes blieb im gesellschaftlichen Bewußtsein die Überzeugung fest verankert, Männerarbeit sei etwas anderes, wertvolleres als Frauenarbeit, und das über Stände, Schichten und Klassen hinweg. Arbeit als Existenzattribut war eng mit der Geschlechterteilung verbunden.

Für die Frauen selbst, besonders für die verheirateten, war die Unterscheidung zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit, d. h. der unbezahlten täglichen Pflege-,

Erziehungs- und Haushaltsarbeit, charakteristisch, und zwar unabhängig von dem Milieu, aus dem sie kamen.

Die Modernisierung des Arbeitsverhältnisses auf der Grundlage eines mehr oder weniger geregelten Vertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern klammerte anfänglich die Mehrheit der Frauen aus. Meistens betätigten sie sich als Heimarbeiterinnen. Diese Arbeit wurde als "Hilfe für die Familie" definiert (z. B. Arbeit der Ehefrauen, Töchter und entfernter Verwandter in der Werkstatt; Heimarbeit; Dienste für Mitglieder des gemeinsamen Haushalts).

Die zermürbende, zeitlich unbegrenzte Haustätigkeit der Frauen wurde übrigens selten als "Arbeit" bezeichnet, häufiger wurden Begriffe wie "Dienst an der Familie" (oder an der Gesellschaft) verwendet. Diese Ideolgisierung der Heimarbeit sollte die tägliche Haushaltstätigkeit in den Rang einer Aktivität für ein höheres Ziel heben. Im Vordergrund standen Pflegeverpflichtungen gegenüber dem Ehemann und den Kindern. Die überwiegende Mehrheit der Städterinnen, zumindest jener, die zu den arbeitenden Schichten zählten (nicht nur die Mütter und Ehefrauen, sondern auch Töchter, Schwestern, Großmütter, Tanten usw.), war zur schweren körperlichen Arbeit für den Familienhaushalt verpflichtet, was mit der "Berufung" der Frau, über den häuslichen Herd "zu wachen", begründet wurde. Die Erwerbstätigkeit der Frau wurde dagegen gemäß dem traditionellen Wertesystem geringer geschätzt, wenn auch in den verschiedenen sozialen Milieus in unterschiedlichem Maße.

Erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurde die Erwerbstätigkeit der Frauen, nicht nur der unverheirateten, zu einer immer mehr verbreiteten Erscheinung.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bildeten die Frauen im Königreich Polen in manchen Abteilungen der Textilindustrie fast die Hälfte der Belegschaft (z. B. in der großen Leinenfabrik in Zyrardow in der Nähe von Warschau). So wurde der traditionelle Stereotyp der unbezahlten Frauenarbeit, deren Raum und Bestimmung lediglich mit Heim/Familie verbunden sein sollte, durchbrochen.

Die gesellschaftliche Akzeptanz der neuen Rolle der Frau und ihrer Arbeit außerhalb des eigenen Heimes wurde von der Ökonomie erzwungen. Im Arbeitermilieu wurde die Erwerbstätigkeit der Frau zunächst (und lange Zeit) als ein "notwendiges Übel" angesehen, und der Lohn der Ehefrau brachte ihr, trotz seiner Bedeutung für den Familienhaushalt, meistens keine höhere Autorität in der Familie.

In der Arbeiterschaft, vor allem ihrem männlichen Teil, äußerten sich diese Haltungen in verschiedenen Industriezentren. Im Königreich Polen bildete Warschau das Beispiel einer besonders engen Bindung der Arbeiterschaft an das traditionelle Familienmodell, in dem die Frauen und Mütter nicht außerhalb ihres Heimes und ihrer Familie arbeiteten. Absolut gegen die Erwerbstätigkeit der Frauen und Mütter war man im jüdischen Teil der Warschauer Arbeiterschaft. Verglichen mit anderen Arbeiterzentren verzichteten die Arbeiterinnen in Warschau nach der Heirat, besonders im Falle der Mutterschaft, oft auf eine Arbeit in der Industrie. Die Berufsarbeit der Frauen erfreute sich im Wertesystem dieses Milieus keines hohen Stellenwerts. Die Frauen ordneten sich dieser Einstellung unter.

Die verheirateten Frauen blieben weiterhin dem Willen und der Kontrolle der Ehemänner unterstellt. Ihre Erwerbsarbeit befreite sie für eine gewisse Tageszeit von der Kontrolle durch den Mann, was von diesem als Bedrohung der patriarchalen Ordnung empfunden wurde. Deshalb wurden die verheirateten Arbeiterinnen am Arbeitsplatz zusätzlichen "Kontrollmaßnahmen" unterworfen, indem sie z. B. (so in der Leinenfabrik in Zyrardow) gezwungen wurden, schon am zweiten Tag nach der Heirat eine Haube zu tragen. (Die Haube war in der Volkstradition eine symbolische Kopfbedeckung der verheirateten Frau, die die Aufsicht über den "Anstand" der Verheirateten intensivieren sollte.) In der Fabrik wurde so gewissermaßen anstelle des Ehemannes die Kontrolle über die Ehefrau während der Arbeit ausgeübt.

Die Frauenarbeit wurde von vornherein als leichter definiert, als eine Betätigung, die nur weniger Fertigkeiten bedürfe, die billiger, im Allgemeinen von geringerem Wert sei als die des Mannes. Dies betonten auch Familienrituale. Die Frau war ganz und gar dem Mann unterstellt, dessen Tageszeit (im Unterschied zu der der Frau) deutlich in Arbeitszeit und Freizeit eingeteilt war und dem (wiederum im Unterschied zur Frau) das Recht zustand, in seiner Freizeit seinen Interessen nachzugehen. Dem Mann wurde das Monopol auf qualifizierte Arbeit zugeschrieben, der Frau - die Hilfsarbeit.

Um die Jahrhundertwende hatten in Polen mehr erwerbstätige Frauen als Männer keine berufliche Qualifikation. Auch unter den Angelernten oder Facharbeitern in der Industrie waren die Durchschnittsqualifikationen der Frauen niedriger als die der Männer. Das diente zugleich dazu, die Diskriminierung der Frauen im Zugang zur Berufsausbildung zu begründen. In der Textilindustrie z. B. hatte die Arbeit der meisten Arbeiterinnen, ähnlich wie die Arbeit der Textilarbeiter, einen spezialisierten Charakter und bedurfte des Anlernens. Das galt für bestimmte "weibliche" Berufe (Spulerin, Spinnerin, Weberin). Dabei wurde die Männerarbeit in ähnlichen Bereichen höher geschätzt und besser bezahlt. Mehr noch, eine solche Ungleichheit wurde vorprogrammiert, indem man eine entsprechende Segregation im Rahmen der Fabrik vornahm. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht das Beispiel des Betriebes in Zyrardow, in dem Ende des 19. Jahrhunderts die Mädchen in Webkursen von vornherein auf die schlecht bezahlte Bedienung älterer, weniger moderner Maschinen vorbereitet wurden. Die Jungen wurden hingegen mit den modernsten Anlagen vertraut gemacht, was ihnen höhere Löhne gewährleistete. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde in dem Arbeitermilieu eine solche Segregation nach Geschlecht im Rahmen der Belegschaft meistens akzeptiert. Sie rief jedenfalls keine offenen Proteste hervor, auch nicht seitens der arbeitenden Frauen.

Im hier besprochenen Zeitraum wurden die Kategorien "berufliche Qualifikation", "Arbeit im Beruf" u. ä. ausschließlich mit dem Mann assoziiert. Noch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts betrachtete man "den Beruf" nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch im Intelligenzmilieu gerne als Männersache.

Doch erfolgten allmählich wesentliche Wandlungen in den Erwartungen, die die Frauen selbst an die Berufsarbeit stellten. Das Erlangen einer beruflichen Qualifikation eröffnete ihnen neue Lebenschancen, auch Chancen auf dem Arbeitsmarkt und

damit Möglichkeiten, unabhängig vom männlichen "Ernährer" zu werden. Das schuf die Perspektive einer neuen Stellung der Frau in der Gesellschaft. Sie wurde nun auch außerhalb der Familie (und des Haushalts) "bemerkt", unabhängig von ihrem Familienstand.

Das 20. Jahrhundert hat die Selbstverwirklichung der Frau in der beruflichen Tätigkeit und die völlige Angleichung ihrer Chancen an die der Männer nicht realisiert. Auch im ausgehenden 20. Jahrhundert wurden die traditionellen Barrieren nicht völlig durchbrochen, die im öffentlichen Bewußtsein als Konventionen und Moralnormen immer noch stark verankert sind.

Die berufliche Arbeit als ein Feld für die Selbstverwirklichung der Frau wurde meistens als "verbotene Frucht" angesehen. Noch in der Zwischenkriegszeit bezogen sich die Ausnahmen in dieser Denkweise fast ausschließlich auf eine kleine Gruppe von Frauen, die Hochschulbildung hatten. Mädchen aus Familien des Landadels und der Intelligenz, die ein Studium im Ausland aufnahmen, erhielten damit die Chance einer relativen Selbständigkeit. Das war oft der einzige Weg, sich der rigorosen Kontrolle durch die Familie zu entziehen und einigermaßen gleichberechtigt mit den Brüdern zu sein. Hier begegneten sich Bildungs- und Emanzipationsbestrebungen. In diesem Punkt waren auch die Haltungen der Töchter aus Arbeiterfamilien nicht anders.

Die Tatsache, daß die Frauen die Chance bekamen, moderne Berufe auszuüben, die mit konkreten und meßbaren Qualifikationen im Zusammenhang stehen, die Aussonderung ihrer Arbeit aus dem Gewirr verschiedener Dienste, Missionen, Berufungen, Verpflichtungen usw., all das bildet den langen und komplizierten gesellschaftlichen Prozeß, der in Polen erst um die Wende vom 19. zum Jahrhundert einsetzte.[1]

---

1 Der Beitrag wurde redaktionell bearbeitet und unwesentlich gekürzt.
Wir danken der Veranstaltern der ITH für die freundliche Genehmigung, zwei Beiträge der 37. Tagung vorab zu veröffentlichen. Die ungekürzten Beiträge und Gesamtergebnis der Tagung in: Geschichte und Zukunft der Arbeit. ITH-Tagungsberichte 37. Herausgegeben von Josef Ihmer, Helga Grebing und Peter Gutschner, Akademische Verlagsanstalt Leipzig 2002. - Die Red.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Arbeit Konferenzbericht.

Günter Benser

Die im September 2001 in Linz durchgeführte Konferenz der ITH (Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen) befaßte sich mit dem großen Thema Arbeit und behandelte es in historischer wie auch in soziologischer Sicht. Mit Beiträgen aus vier Kontinenten wurde eine beträchtliche Breite und Tiefe erreicht, die sich nicht so sehr aus diesem oder jenem Vortrag, sondern aus deren Summe ergibt. Zudem hatte das Thema eine zusätzliche Aktualität erfahren. Denn als die Teilnehmer in Linz eintrafen, gingen soeben die ersten Bilder von der terroristischen Attacke auf das World Trade Center und das Pentagon um die Welt. Daß diese schlimmen Ereignisse in einem unübersehbaren Zusammenhang zum Konferenzthema und zum Profil der ITH überhaupt standen und stehen, lag auf der Hand. Der Kampf gegen den Terror kann eben nur gewonnen werden, wenn Wege zur Lösung oder zumindest zur Entschärfung der sozialen und ethnischen Probleme der Menschheit gefunden und beschritten werden.

Überschattet war die Tagung zudem durch den Tod des Mitbegründers und unermüdlichen Aktivisten der ITH Herbert Steiner, der viel dazu beigetragen hat, daß die für Linz charakteristische Atmosphäre des Zusammenwirkens und der gegenseitigen Achtung entstehen konnte. An seine Verdienste erinnerte Susanne Miller. Auch die Generalversammlung, wo der langjährige Präsident der ITH Helmut Konrad das politische und wissenschaftliche Lebenswerk des nach schwerer Krankheit Verstorbenen würdigte, gedachte Herbert Steiners.[1]

Das Konferenzthema wurde von unterschiedlichen Zugängen her behandelt. Der Diskurs um Rolle und Perspektiven der Arbeit stand ebenso zur Diskussion wie die realgeschichtliche Entwicklung der Arbeitswelt in bestimmten Regionen, Perioden oder Bereichen, wobei auch feministische Betrachtungsweisen zu ihrem Recht kamen. Einig waren sich alle Teilnehmer, daß Arbeit auch künftig Existenzbedingung und zentraler Bezugspunkt menschlicher Existenz bleiben wird. Unterbelichtet blieb, wie die politischen und gewerkschaftlichen Vertretungen der Arbeitenden mit den neuen Herausforderungen umgehen oder umgehen sollten. Es wäre gewiß auch berechtigt gewesen, darüber zu diskutieren, was aus dem einstigen Bestreben aller Teile der Arbeiterbewegung geworden ist, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Planwirtschaft aufzulösen. Daß die Arbeit und die Arbeitenden einer der großen Gegenstände von Literatur und Kunst sind, die wohl stärker auf das gesellschaftliche und individuelle Bewußtsein eingewirkt haben als die Sozialwissenschaften, spielte ebenfalls keine Rolle.

Helga Grebing, die das einführende Referat hielt, wollte die Ströme der Diskussionslage um die Arbeit erfassen und dabei Lücken zwischen historischer und sozialwissen-

schaftlicher Betrachtung schließen, was auch den Hauptwert ihres Referates ausmachte. Damit war sie folgerichtig mehr beim ideengeschichtlichen Umgang mit Arbeit als bei deren realgeschichtlicher Entwicklung und Veränderung. In einer Replik engagierte sich *Henryk Skrzypczak* dafür, das brisante Thema Arbeit enger an die durch ein Überangebot von Lohnarbeit, durch hohe Staatsverschuldung und Aushöhlung der Sozialsysteme wie durch eine heranreifende Weltkrise gekennzeichnete globale Situation heranzurücken. So kreiste denn auch die sich anschließende Diskussion mehr um die Realitäten von Erwerbsarbeit (die doch wohl noch immer überwiegend Lohnarbeit ist), Arbeitslosigkeit und Nichterwerbsarbeit sowie den Zusammenhang von fehlenden Arbeitsmöglichkeiten und Perspektivlosigkeit ganzer Regionen und Generationen.

Die folgenden Beiträge führten das Thema zurück auf die Rolle von Arbeit, Arbeitsmilieu und Arbeitsbedingungen in spezifischen Bereichen oder einzelnen Staaten. *Michel Pigenet* analysierte die Besonderheiten der Lage und des Verhaltens europäischer Hafenarbeiter. Eine auf gründlichen Studien beruhende Skizze der Frauenarbeit und Frauenberufsaspirationen im Industrialisierungsprozeß Polens an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert legte *Anna Zarnowska* vor. Dabei wurden immer auch die - das weibliche Geschlecht diskriminierenden - Unterschiede zur Männerarbeit thematisiert. So muß es zu denken geben, daß sich auch im heutigen High-Tech-Bereich die Frauenarbeit diskriminierende Praktiken fortsetzen. *Eva Angerer* demonstrierte dies, indem sie die in der Informationsbranche um sich greifenden "unselbständig Selbständigen" - überwiegend männlichen - Arbeitskräfte und die in den Call-Centern beschäftigten - überwiegend weiblichen - Arbeitskräfte gegenüberstellte und zu dem Schluß gelangte, daß sich auch hier die tradierte Geschlechterrolle verfestigt.

Irina Scherbakowa stellte in einem eloquenten, aber nicht durch empirische Untersuchungen abgestützten Vortrag Entwicklungen in der Sowjetunion und im heutigen Rußland gegenüber. Ähnlich gelagerte Entwicklungsprobleme griff *Janusz Zarnowski* wesentlich differenzierter auf, der am Beispiel Polens die Arbeit zwischen dem realsozialistischen Industrialismus von gestern und der postindustriellen Gesellschaft von morgen untersuchte, dabei historisch vorging und mit statistischen Daten arbeitete.

Mit dem Vortrag von *Tatsuro Hanada* wurden der europäische Kontinent verlassen und die Konferenzteilnehmer mit den Umbrüchen in der Arbeitswelt Japans konfrontiert. Hier löst sich auf, was lange Zeit für das Erfolgsrezept der japanischen Wirtschaft gehalten wurde: Beschäftigung auf Lebensarbeitszeit, Rangeinstufung nach Dienstalter, Betriebsgewerkschaften. Dies führe einerseits zu Verunsicherungen und zur Entsolidarisierung, befördere aber andererseits auch eine vor allem von Jüngeren begrüßte Individualisierung. Verdiente Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen von *Babacar Fall* der - bezogen auf die westafrikanischen französischen Kolonien - Formen und Folgen des Zwangsarbeitssystems und die Auseinandersetzungen um dessen Überwindung beschrieb. Obwohl nicht pure Sklaverei herrschte, verfügte die Kolonialmacht mittels Straf-, Zwangs- und Fronarbeit in einem in Europa kaum wahrgenommenen Maße in brutaler Weise über das vorhandene Arbeitskräftepotential, so daß ein

Großteil der Infrastruktur unter eben diesen Ausbeutungsformen errichtet wurde. Das Thema Zwangsarbeit und Sklaverei wird wohl noch so manche ehemalige Kolonialmacht und Nachfolger der Sklavenhalter erreichen.

Die feministische Sicht auf die Arbeitswelt trat deutlich in einer weiteren Gruppe von Beiträgen hervor. So berichtete die schriftlich vorliegende Studie *Patrizia Fliers* von Arbeit und Arbeitslosigkeit argentinischer Frauen (1975-2000). Obwohl Frauen oft über die bessere Schulbildung verfügen, sind sie meist in unqualifizierter Arbeit und in prekären Arbeitsverhältnissen mit intensiver Handarbeit beschäftigt, als Teilzeitarbeiterinnen, Schwarzarbeiterinnen ohne soziale Absicherung, wobei sich die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen vergrößert. *Angélique Janssens* aus den Niederlanden hinterfragte die in der patriarchalischen Gesellschaft zum Statussymbol erhobene Rolle des männlichen "Ernährers" der Familie, des "Brotverdieners". Ihr bis ins Mittelalter zurückreichender Ausflug in die Geschichte verdeutlichte, daß es sich hier um eine historische, mit Fernhandel und Handwerkszünften aufkommende Erscheinung handelt, während in agrarischen Gesellschaften die Frauenarbeit einen höheren Stellenwert besaß. Für Indien thematisierte *Chitra Joshi,* wie sich das Eindringen der Frauen der mittleren und unteren Kasten in die Erwerbsarbeit - hier vor allem in die nordindische Textilindustrie - mit Häuslichkeit und Hausfrauentätigkeit verbanden beziehungsweise kollidierten. Entlohnte Arbeit ermöglichte es Frauen indes auch, aus der traditionellen Familienstruktur auszubrechen.

Schließlich mündete die Tagung in einige zum Längsschnitt geeignete Fragestellungen ein. So befaßte sich *Reinhold Reith* von der Universität Salzburg (Österreich) mit Leistungsgesellschaft und Leistungslohn. Er führte den Nachweis, daß der Stücklohn älter ist als das taylorististische System und verwies auf die Kampfansage der Arbeiterbewegung gegen die Akkordarbeit. Im Referat und in der Diskussion trat hervor, daß die Schwierigkeit nicht so sehr in der Akzeptanz des Leistungslohnes als in der Bewertung der Arbeitsleistung liegt. *Peter Gutschner* von der Linzer Universität problematisierte Normalarbeitsverhältnis und prekäre Arbeitsverhältnisse, reflektierte über Arbeits- und Lebenssinn sowie über andere übergreifende Aspekte der Arbeitswelt, wobei er sich nachdrücklich von Bundeskanzler Schröder distanzierte, der gegen die Faulen zu Felde ziehen möchte.

Ergänzt wurden die Beratungen im Plenum durch zwei Abendveranstaltungen.

Auf einem an der Universität Linz veranstalteten - vom Rektor *Rudolf Ardelt* moderierten - Podium diskutierten *Martin Baethge* von der Universität Göttingen und *Marcel van der Linden* (Amsterdam) über "Alte Arbeit - Neue Arbeit? Zum Wandel der Arbeitsgesellschaft in globaler Perspektive". Ausgesprochen kontroverse Standpunkte trafen dabei nicht aufeinander. Festzuhalten bleibt vor allem, daß "alte Arbeit" und "neue Arbeit" weltweit nebeneinander existieren. Es breiten sich nicht nur hohe Flexibilität erheischende Anpassungen an einen sich in ständiger Veränderung befindlichen Arbeitsmarkt bei fortschreitender Aushöhlung sozialer Sicherungssysteme aus. Es existieren auch oft für überwunden gehaltene Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse fort: Sklaverei, Schuldknechtschaft, Halbpacht, Verlagswesen, Zwangsar-

beit, Kinderarbeit. Es greifen prekäre Arbeitsverhältnisse immer mehr um sich, wovon insbesondere Migranten betroffen sind. Das sollte davor warnen, für die Hightech-Branche einiger Länder typisch werdende Formen des Teamworks, des ergebnisorientierten und oft auch dezentralisierten Arbeitens als Zukunft der gesamten Arbeitswelt anzunehmen.

Die Architektin *Danielle Mischitz* stellte ihre Entwürfe für eine mobile Architektur von Arbeitsräumlichkeiten vor, die auf den Online-Arbeiter zugeschnitten sind und sich gewissermaßen dort andocken lassen, wo Arbeit verrichtet werden soll. Der Mehrzahl der zuhörenden und zuschauenden (allerdings älteren) Besucher war anzumerken, daß sie solch eine Arbeitswelt nicht herbeisehnen.

Die Generalversammlung wählte die Gremien der ITH mit geringfügigen Ausnahmen erneut in ihrer bisherigen Besetzung. Sie bestätigte das Konferenzthema 2002: ”Arbeiterbewegung, Arbeitermilieu, Sexualität” und beschloß für 2003 das Thema: ”Arbeiterbewegung, soziale Bewegungen in einer globalisierten Welt”.

1 Siehe S. 69 - 73 in diesem Band.

Regionalforschungen

Zur Geschichte der Ortsgruppe der KPD Strausberg 1920 bis 1946 (Thesen)

Horst Klein

Die seit 1994 bestehende "Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V." kann inzwischen auf acht Jahre intensiver und ergebnisorientierter Forschungsarbeit zur Regionalgeschichte mit dem Hauptfeld Arbeiterbewegung verweisen.

Zum Profil des weit über Strausberg hinaus bekannten überparteilichen und gemeinnützigen Geschichtsvereins gehören die Erforschung und Vorstellung der politischen Stadtgeschichte im 19. und 20. Jahrhunderts, die öffentliche Diskussion von neueren Forschungsergebnissen zu besonders brisanten Themen der Geschichte der Arbeiterbewegung sowie die Herausgabe einer eigenen Schriftenreihe "Strausberger Studien zur Geschichte", deren Themenvielfalt bereits in mehr als 150 Büchern dokumentiert ist. Neben Themen der Arbeiterbewegung wurden u. a. "Faschismus in Strausberg", "285jährige Garnisionsgeschichte" sowie "Geschichte der Kirchen und Religionsgemeinschaften" angeboten. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit ist das Auffinden und Sichern von Forschungsmaterial, wobei dieses primär aus dem Privatbesitz der Hinterbliebenen früherer Mitglieder und Funktionäre der SPD und KPD gewonnen werden konnte. Das ermöglichte eine bislang nicht praktizierte biographische Forschung und damit einen auf das wirkliche Denken und Handeln der Menschen bezogenen Zugang zur örtlichen Geschichte. Ca. 4.000 Blatt einer wissenschaftlichen Dokumentation mit vielen Originaldokumenten und Fotos zur hiesigen SPD- und ca. 2.000 Blatt zur KPD-Geschichte wurden archiviert und dem Heimatmuseum übergeben. Nachdem bereits 1997 die Geschichte des 1887 gegründeten Ortsvereins der SPD in einer sehr umfangreichen Ausstellung im Strausberger Museum vorgestellt wurde, offerierte der Verein im Februar und März 2001 im Museum Einblicke in die Strausberger KPD-Geschichte. Die Ausstellung mit dem Thema "Kein Anlaß zum Jubeln – kein Grund zum Vergessen!" fand interessierte und kritische Besucher.[1] Werkstattgespräche mit Historikern und einst politisch aktiven Bürgern bzw. mit Zeitzeugen ließen die Geschichte der vor 80 Jahren gegründeten Ortsgruppe der KPD lebendig werden. Während die DDR-Geschichtsschreibung sich der Namen von Handelnden bediente, um sie im Klischee geltender Geschichtsdogmen vorzuführen, gaben nunmehr Biographien und Zeitdokumente Auskunft über Motive, Hintergründe und Wirkungen politischen Denkens und Handelns der Akteure. So vermittelt der Verein ein aufklärerisches Bild der tatsächlichen Geschichte. Er versteht seine Arbeit nicht zuletzt als Beitrag zur Auseinandersetzung mit der SED-Geschichtsschreibung, zumal gerade sie zum Thema KPD eine glorifizierte und verfälschte Sicht vorgab.

Obgleich der Verein, in dem Mitglieder der SPD und PDS sowie Parteilose produktiv zusammenarbeiten, in der Geschichte der KPD keinen Grund zum Jubeln sieht, hält er es für wichtig, den Menschen in den Kämpfen ihrer Zeit mit dem verdienten Respekt zu begegnen, denn es waren Kämpfe für eine bessere Welt.

Erinnerungsarbeit sollte deshalb nicht auf Irrwege und Fehlleistungen verkürzt werden, sondern ebenso die humanistischen Visionen aufhellen, die Lebensleistungen und den mutigen und aufopferungsvollen Kampf der Menschen gegen Krieg und Faschismus, gegen Rassenwahn und Völkermord würdigen. Ein erklärtes Anliegen des Vereins besteht darin, nicht nur wissenschaftlich unterlegte Erkenntnisse über schwierige Fragen der jüngeren Geschichte vorzustellen, sondern vor allem Menschen zu bewegen, über selbst gelebte Geschichte kritisch nachzudenken. Die Geschichtsarbeit – so auch der biographische Forschungsansatz – ist primär auf die Achtung der menschlichen Würde und auf das Lernen aus der Geschichte orientiert. Aus dieser Sicht wurden die nachfolgenden Thesen "Zur Geschichte der Ortsgruppe der KPD Strausberg 1920 bis 1946" verfaßt.

1. ***Die Reflexionen in der Strausberger Arbeiterschaft über Weltkrieg, Revolution und Aufbruch in die Weimarer Republik waren ähnlich wie die in der Gesamtbewegung, indessen nahmen sie in ihrem praktischen Verlauf auch spezifische Züge an***. Spartakus und USPD-Gründung fanden bis Kriegsende kaum Resonanz in Strausberg. Die relativ späte Heimkehr der wortführenden Sozialdemokraten von der Front und das zeitlich versetzte Wiederaufleben des in den Kriegsjahren stillen sozialistischen Vereinslebens 1918/1919 können die relativ späte Polarisierung "links" und "rechts" in der Strausberger Arbeiterschaft erklären. Dies trifft ebenso auf die zunächst behutsame Auseinandersetzung mit den Kriegsursachen und –folgen sowie mit den Zielen der Novemberrevolution und den möglichen demokratischen Wegen der jungen Republik zu. Der unter dem Vorsitz von Karl Bergemann und den Mitgliedern Karl Werner und Otto Platörke gegründete Arbeiter- und Soldatenrat nahm überwiegend Ordnungs-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben wahr. Im Januar 1919 begann der hiesige SPD-Ortsverein, sich zu spalten. Es bildete sich eine Ortsgruppe der USPD, der sich zeitweilig – trotz noch vorhandener Einheitsbemühungen – im Mai/Juni größere Teile des ca. 300 Mitglieder erfassenden SPD-Ortsvereins anschlossen. Die Auseinandersetzungen in und zwischen beiden Ortsgruppen beinhalteten vor allem Fragen der sozialistischen Ausgestaltung der Weimarer Republik, zu deren Verteidigung beide Seiten nicht nur gegen den Kapp-Putsch gleichermaßen aufriefen, sowie Aufgaben der Betriebsräte, der Mitbestimmung und Sozialisierung. Erst Mitte bis Ende 1920 drängten einige Mitglieder der USPD-Ortsgruppe auf Abgrenzung von den Mehrheitssozialisten und auf Hinwendung zu den Zielen der Kommunistischen Internationale (KI) bzw. zur Anerkennung der 21 Aufnahmebedingungen, die eine konsequente politische, ideologische und organisatorische Abgrenzung von der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaften sowie insbesondere von den Linkssozialisten forderten. Der in diesem Zusammenhang geführte Disput bewirkte die Ideologisierung einer Min-

derheit der Strausberger Sozialdemokraten. Im Dezember bildete sich eine Ortsgruppe der KPD, der unter dem Vorsitz von Karl Leuenberg ca. 40 Mitglieder angehörten. Die Mehrheit der von Otto Hornburg angeführten USPD-Mitglieder schloß sich 1922 wieder dem SPD-Ortsverein an. Der politische Differenzierungsprozeß entsprach dem sozialen Milieu der Strausberger Arbeiterschaft. Mit der uneingeschränkten Akzeptanz des Leninschen Partei- und Revolutionsmodells gaben die einst revolutionären Sozialdemokraten ihre Unabhängigkeit auf und ordneten sich den verbindlichen weltanschaulichen Grundlagen des "Marxismus-Leninismus" sowie den Weisungen ihrer Sektionszentrale unter, dagegen blieb das undogmatische marxistische bzw. humanistische Denken und Demokratieverständnis im SPD-Ortsverein beheimatet. Der Gegensatz von Demokratie und Diktatur prägte auch den Gegensatz zwischen SPD- und KPD-Organisationen in Strausberg. Den Forderungen der KI folgend, gingen die Strausberger Kommunisten relativ kurzfristig auf Konfrontationskurs gegen die Sozialdemokraten, die sie fortan für die von ihnen selbst vollzogene Spaltung der Arbeiterbewegung verantwortlich machten.

2. ***Das Verständnis der russischen und deutschen Revolution, der Chancen der Weimarer Republik bzw. Demokratie sowie die Bestimmung des Verhältnisses zu den Sozialdemokraten wurden Kernfragen der Entwicklung des kommunistischen Selbstbewußtseins***. Strausberger Kommunisten sahen in der russischen Revolution bzw. in der Sowjetmacht die Triebkraft einer nahenden proletarischen Weltrevolution sowie einer "deutschen Sowjetrepublik". An diesem Diktum maßen sie die Weimarer Demokratie, die sie bis März 1933 bekämpften, und das Verhältnis zu den staatstragenden demokratischen Parteien und Vereinen in Strausberg. Die Strausberger Ortsgruppe um Karl Leuenberg, Franz Brüning und Eduard Bretzing solidarisierte sich mit den Märzkämpfen 1921 in Mitteldeutschland und definierte die von ihr geforderte "Aktionseinheit" als Kampf aller "Hand- und Kopfarbeiter" gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Kapitalismus und dessen Staat. Die so verstandene "Aktionseinheit" beinhaltete bereits sehr früh den Kampf gegen alle nichtkommunistischen bzw. staatsnahen Arbeiterorganisationen. Die von der Komintern (IV. Weltkongreß 1922) gegebene Orientierung auf Bildung von Arbeiterregierungen und Einheitsfrontpolitik verstand die Ortsgruppe als Erfolg versprechenden Schritt zur deutschen Sowjetrepublik. Optionen des von Stalin initiierten Stabes für die Vorbereitung des "deutschen Oktober" bzw. für den am 9. November 1923 geplanten bewaffneten Aufstand sowie Hintergründe der putschistischen KPD-Taktik, die als "revolutionärer Kampf" begriffen wurde, dürften den Mitgliedern der KPD damals wohl kaum bekannt gewesen sein. Indessen gab es 1922 seitens der KPD-Ortsgruppe noch Versuche gemeinsamer Aktionen mit der örtlichen SPD, die jedoch am grundsätzlich unterschiedlichen Sozialismusverständnis scheiterten. Dagegen glaubten zu dieser Zeit auch Strausberger Kommunisten, daß die Voraussetzungen für die kurzfristige Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik gegeben seien. Bretzing erklärte 1924, daß die KPD ihre historische Mission bald erfüllen werde, und Brüning forderte 1924 die Errichtung einer

Räterepublik. Die Sozialdemokraten bezeichneten sie als Stützen der kapitalistischen Gesellschaft. Die KPD-Ortsgruppe und die von Leuenberg geführte "Opposition des ADGB" riefen die Arbeiterschaft zum Boykott der im September 1924 gegründeten Ortsgruppe des Reichsbanners "Schwarz-Rot-Gold" auf und bildeten 1925 eine Ortsgruppe des "Roten-Frontkämpfer-Bundes". Die KPD nutzte alle sich bietenden Möglichkeiten, wie Aktionen gegen den Dawes-Plan 1923, den Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung 1926 und das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau 1928, für ihre Strategie des Sturzes der Weimarer Republik bzw. der kapitalistischen Gesellschaft. Der dafür erreichte Mobilisierungsgrad der Bürgerschaft in Strausberg war zweifellos relativ hoch, beispielsweise stimmten 48,5 Prozent der Bürger (KPD und SPD) gegen die Fürstenabfindung. Mit dem Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung konnten die Strausberger Kommunisten einerseits partiell an Einfluß gewinnen, andererseits pflegten sie einen "ultralinken" Politikstil, der zunehmend zu einer Verabsolutierung der Russischen Revolution und des Bolschewismus führte.

3. ***Die relativ späte Gründung der KPD-Ortsgruppe erklärt, daß erst im Mai 1924 vier Kommunisten in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden (Max Ziebarth, Karl Leuenberg, Franz Brüning und Eduard Bretzing). Indessen läßt der Einstieg ins Stadtparlament auf einen zunehmenden kommunistischen Einfluß auf die Bürgerschaft schließen.*** Allerdings blieb der Parteikommunismus im *politischen Erscheinungsbild* Strausbergs weniger der Inbegriff für machbare soziale Veränderungen, sondern mehr für Gewalt und militante ideologische Auseinandersetzung mit den Protagonisten der Demokratie, für Populismus und unrealistische soziale Forderungen. Dessenungeachtet zeigten sie in der Stadtverordnetenversammlung und vor allem in den Ausschüssen ein beharrlicheres Bemühen um Fortschritte in der kommunalen Sozialpolitik, so u. a. für bezahlbare Wohnungsmieten, Verzicht auf Gewerbesteuern, angemessene Handwerkerpreise. Andererseits konnten sie der parlamentarischen Arbeit keinen ernsthaften Sinn abgewinnen. In Pressebeiträgen erläuterten sie ihre Haltung damit, daß durch parlamentarische Arbeit die soziale Lage der Werktätigen nicht wirklich verbessert werden könne. Der einzige Weg sei der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wahlen seien nur "Vorpostengefechte für die herannahende Revolution". Aus dieser Sicht glaubten sie, sich gegen den "Legalismus" der Sozialdemokraten wenden zu müssen.

4. Strausberger Kommunisten waren im Turn- und Sport-Verein "Vorwärts" (TSV) sowie in weiteren Gliederungen der Arbeiterschaft aktiv tätig, so in den freien Gewerkschaften (Karl Leuenberg), wobei sie bis 1928/1929 mit Sozialdemokraten vorwiegend in Sachfragen zusammenarbeiteten. Die Beschlußlage des VI. Weltkongresses der KI 1928, mit der jede Form des Zusammenwirkens mit Sozialdemokraten bzw. nichtkommunistischen Organisationen in den Gliederungen der Arbeiterbewegung zu beenden war, verschärfte die ideologisch geprägten Auseinandersetzungen in der Strausberger Arbeiterschaft. Im Unterschied zu den Sozialdemokraten war die Spra-

che der kommunistischen Wortführer von ideologischer Feindseligkeit bestimmt, so daß gemeinsame Debatten und praktische Aktionen kaum noch denkbar waren. Auf die Beschlüsse der KI reagierten andererseits die sozialdemokratisch dominierten Vereine mit dem Ausschluß der Kommunisten. So wurde Brüning 1930 aus dem Deutschen Baugewerkschaftsbund ausgeschlossen. Die Gegensätze führten im Februar 1929 zur Spaltung des TSV. Der Turn- und Sport-Verein "Vorwärts", der im August 1929 sein 50jähriges Bestehen feiern konnte, war mit seinen mehr als 200 Mitgliedern auf der Funktionärsebene kommunistisch beherrscht; eine Folge war der Ausschluß der Sozialdemokraten, die ihrerseits die "Freie Sportvereinigung Strausbergs" gründeten.

5. Mit der Etablierung der Stalin-Fraktion Thälmann, Neumann, Remmele 1928/29 und der von der KI bereits seit 1924 militant eingebrachten Sozialfaschismusthese, beschritt die KPD einen Weg des unversöhnlichen Kampfes gegen die demokratische Arbeiterbewegung. Stalins These, wonach der Faschismus eine Kampforganisation der Bourgeoisie sei, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützen könne, bestimmte die ideologische Linie auch der KPD-Ortsgruppe. Die Sozialdemokratie galt als der gemäßigte Flügel bzw. nicht als Antipode, sondern als Zwillingsbruder des Faschismus, als Hauptfeind der Arbeiterbewegung und der nahenden Diktatur des Proletariats. Zu dieser fatalen Fehleinschätzung führten letztlich auch kommunistische Imperialismus-Interpretationen, wonach mit der unvermeidlichen Zuspitzung der Widersprüche im Kapitalismus die objektiven und subjektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution kurzfristig heranwüchsen. Damit war die Illusion verknüpft, der Faschismus als vermeintlich letzte Entwicklungsform des Imperialismus würde bald an Einfluß verlieren und die "revolutionäre Bewegung" für eine deutsche Sowjetrepublik stärken. Eine scheinbar empirische Bestätigung ihrer Theorien sahen Kommunisten in Ereignissen wie dem blutigen Vorgehen der von Noske kommandierten Reichswehr gegen die Arbeiterschaft 1918/1919, dem Blut-Mai 1929 in Berlin, als der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgibel zur Durchsetzung seines Demonstrationsverbots auf unbewaffnete kommunistische Demonstranten schießen ließ, sowie im starken Wählerstimmengewinn der KPD in den Jahren zwischen 1928 und 1932. Die historisch widerlegten und mit beträchtlichem Schaden für die demokratische Arbeiterbewegung einhergehenden kommunistischen Theorien wirkten bis zur faschistischen Machtergreifung auch in der Strausberger Arbeiterbewegung fort und unterlagen in der Folgezeit kaum einer kritischen Prüfung in der Ortsgruppe. Obgleich sich Strausberger Kommunisten vehement auf die Tradition Luxemburgs und Liebknechts beriefen, hatte die KPD, wie Kinner aufhellt, den radikalen Bruch mit der Frühgeschichte der deutschen Kommunisten vollzogen. Wie in der Gesamtpartei, so gab es allerdings in der Strausberger Ortsgruppe auch Vorbehalte gegenüber dem Parteikurs, insbesondere gegenüber der These vom "Sozialfaschismus". Als Karl Leuenberg keine Mehrheit für ein Zusammengehen mit der SPD fand, trat er 1929 aus der KPD aus und wenig später wieder der SPD bei, aus der er dann infolge einer propagandistisch motivierten Rußlandreise wieder ausgeschlossen wurde.

6. Der kommunistische Kampf gegen Faschismus und Krieg war auch in Strausberg durch widersprüchliche Facetten geprägt. Mit zunehmender Militanz wurden die Sozialdemokraten als Wegbereiter des Faschismus denunziert und die Schlußfolgerung gezogen, daß der Kampf gegen Faschismus eng mit dem Kampf gegen die SPD zu verbinden sei. Vor allem in den Jahren 1930/32 gab es mehrere Veranstaltungen der KPD-Ortsgruppe gegen Faschismus und eine kämpferische Auseinandersetzung mit der 1929 gegründeten Ortsgruppe der NSDAP, aber zugleich auch stets mit der Sozialdemokratie. Im Widerspruch zur Legende vom Kampf um die "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" nahm 1931/32 die sektiererische Linie der Ortsgruppe deutlich zu. In ihrer u. a. von Alfred Götze redigierten Zeitung "Der Strausberger" stellte die Ortsgruppe die Losung "Die SPD schlagen, heißt Hitler und den ganzen Faschismus schlagen" in den Vordergrund. Dem ging die selbstbewußte Teilnahme an dem von den Nazis 1931 initiierten Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte Preußische Regierung in dem Glauben voraus, dieser könne die anstehende Entscheidungsschlacht für eine deutsche Sowjetrepublik beschleunigen. Zu dieser Zeit wurde die Ortsgruppe von Wilhelm Karow geführt. Im Präsidentschaftswahlkampf 1932 setzte die KPD nicht auf ein Wahlbündnis gegen Hitler, sondern mit der Kandidatur Thälmanns auf den Nachweis, daß der Kommunismus der einzige Ausweg für die arbeitenden Massen in Deutschland sei. Im Unterschied zur SPD machte sie aber auch mit Weitsicht deutlich, daß die Wahl Hindenburgs zu Faschismus und Krieg führen werde.

7. ***Die faschistische Machtergreifung im Januar 1933 war auch in Strausberg von einem militanten Antikommunismus begleitet, der kurzfristig die demokratischen Strukturen zerstörte.*** Die hiesige Arbeiter- und Bürgerschaft wurde mit nazistischer Demagogie eingehüllt. Artikel der "Strausberger Zeitung" suggerierten den Lesern, Hitler sei der einzige und wahre Marxist. Der physische und psychische sowie ideologische Druck auf die Arbeiterschaft bewirkte eine politische Verunsicherung der Bürger. Viele Menschen, die zuvor entschieden gegen nazistische Parolen auftraten, gingen nunmehr den Weg der politischen Loyalität bis hin zum Übertritt in Gliederungen der NSDAP. Am 2. März durchsuchten Nazis die Wohnungen der Strausberger Kommunisten, beschlagnahmten Druckschriften und verhafteten vermutlich 19 Mitglieder der Ortsgruppe, darunter vorrangig die aktivsten wie Bretzing, Götze, Karow und führten diese dem hiesigen Polizeigefängnis zu. Die Weimarer Demokratie fand so auch in Strausberg ihr Ende. Unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur – auf dem Rathaus wehte bereits die Hakenkreuzfahne – fanden am 12. März Kommunalwahlen statt. Auf den Listen befanden sich auch 17 Kandidaten der KPD-Ortsgruppe. Brüning, Karow und Bretzing erhielten zwar die für ihre Wahl erforderlichen Stimmen, die kommunistischen Mandate waren jedoch bereits durch eine Verfügung des Reichskommissars für das preußische Ministerium des Innern für ungültig erklärt. In der Folgezeit wurden nachfolgend aufgeführte KPD-Mitglieder zeitweise in Konzentrationslagern inhaftiert: Franz Brüning, Eduard Bretzing, Albert und Wilhelm

Karow, Georg Freimark, Alfred Götze sowie im weiteren Walter Künzler, Paul Goldschmidt und Walter Benzmann, deren Parteizugehörigkeit nicht eindeutig nachzuweisen ist. Von den nach 1945 zur Strausberger KPD gehörenden Mitgliedern waren Otto Langenbach, Gerhard Albrecht und Irma Voigt zeitweilig im KZ. Nach ihrer Entlassung hatten sie sich ebenso wie die Sozialdemokraten den polizeilichen Auflagen (Verbot jeglicher politischer Tätigkeit, Einschränkung bzw. Aufhebung der Freizügigkeit, Meldepflicht) zu unterwerfen. Aus dem vorgefundenen Forschungsmaterial läßt sich eine illegale politische Tätigkeit gegen die Nazis in Strausberg nicht nachweisen. Lediglich ein Erinnerungsbericht des Kommunisten Gerhard Albrecht verweist auf Aktivitäten der in Berlin wirkenden Widerstandsgruppe "Panze" für die Zeit 1944/45 im Rüstungsbetrieb "Märkisches Walzwerk".

8. Am 21. April 1945 war Strausberg vom Faschismus befreit. Strausberger Kommunisten und Sozialdemokraten kamen sich näher und stellten sich den neuen Herausforderungen. Sie begannen unter Führung der Militärkommandantur der Roten Armee, erste Strukturen einer kommunalen Selbstverwaltung aufzubauen und elementare Lebensbedingungen in der Stadt herzustellen. Es lag im Charakter der Besatzungsmacht begründet, daß Kommunisten bevorzugt in Funktionen eingesetzt wurden, so Otto Langenbach als Bürgermeister. In der zweiten Reihe wirkten die in der Kommunalpolitik erfahrenen Sozialdemokraten. Das politische Zueinanderfinden war, bedingt durch die noch nicht verarbeiteten ideologischen Gegensätze, sehr schwierig. Die KPD-Ortsgruppe vertrat konzeptionell die Auffassung, wonach Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes bewiesen hätten, daß nur eine Arbeiterpartei erforderlich sei, die KPD. Den Sozialdemokraten versuchte sie zu suggerieren, auf den Wiederaufbau ihres Ortsvereins zu verzichten. Im weiteren propagierte sie die Errichtung der Diktatur des Proletariats als unmittelbares Ziel. Durch taktisches Eingreifen der Kommandantur sahen sich die Kommunisten genötigt, die politische Zusammenarbeit mit der sich formierenden SPD-Ortsgruppe aufzunehmen. Mit der von der KPD beanspruchten Führungsrolle waren politische und menschliche Konflikte unvermeidlich. Wie überall in der sowjetischen Besatzungszone, so stellte die KPD-Ortsgruppe im Juli 1945 ein Aktionsprogramm zur Diskussion, das vermutlich auch von der SPD unterschrieben wurde. Antifaschismus, wirtschaftlicher Aufbau, Kampf gegen Hunger und Obdachlosigkeit, Enteignung des Vermögens der Nazis und Kriegsverbrecher, Liquidierung des Großgrundbesitzes und Überführung der lebenswichtigen örtlichen Betriebe in Volkseigentum waren Kerngedanken dieses für die damalige Situation progressiv orientierenden Papiers. Kommunisten waren Initiatoren für die Bildung eines antifaschistischen Aktionsausschusses, in dem parteiübergreifend die Aufgabe im Kampf gegen den Nazismus und für den Wiederaufbau der Lebensgrundlagen in der Stadt bestimmt wurden. Langenbach sorgte für einen differenzierten Umgang mit NS-Anhängern, d. h. für deren Bestrafung in Abhängigkeit von der Größe der Schuld und Verantwortung. Unter dem Vorsitz von Gerhard Albrecht etablierte sich die

Bodenreformkommission, in der Vertreter beider Arbeiterparteien und der Gewerkschaften zusammenarbeiteten.

9. Die Schuldfrage für Faschismus und Krieg, die Frage nach der Zukunft des deutschen Volkes sowie den daraus zu ziehenden Lehren bestimmten maßgeblich die politische Diskussion in der KPD-Ortsgruppe und ebenso das politische Denken im SPD-Ortsverein. Die geschichtlichen Erfahrungen und die Größe der künftigen Aufgaben motivierten beide Seiten, über die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung nachzudenken. Seitens der KPD wurden, so wie vom Parteivorstand vorgegeben, seit Ende 1945 Vorstellungen über eine künftige sozialistische Einheitspartei eingebracht und die historisch gewachsene Problemsicht der "Einheit der Arbeiterklasse" in den Mittelpunkt der Beziehungen beider Parteien gestellt.

Die Mitglieder der KPD-Ortsgruppe sahen ihre vor der Machtergreifung des Faschismus vertretenen ideologischen Positionen von der Geschichte im wesentlichen bestätigt. Das Nichtzustandekommen der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung vor 1933 wurde als eine der wichtigsten Ursachen für Faschismus und Krieg betrachtet. Viele Mitglieder sahen die Ursachen allein in der vermeintlich opportunistischen Haltung der SPD. Die von der KPD vehement vertretene Konzeption einer "Sozialistischen Einheitspartei" stieß vor allem bei den älteren Sozialdemokraten auf Mißtrauen, weil viele von ihnen genauere Kenntnisse über die wirkliche Lage und den Charakter der Sowjetunion sowie über die in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale geführte Diskussion über den Charakter des Stalinismus und seine Verbrechen besaßen. Hieraus ergaben sich trotz der "Befreiung vom Faschismus" durch die Sowjetarmee beträchtliche und begründete Zweifel am humanitären bzw. sozialistischen Charakter der Sowjetunion und der Besatzungsmacht.

Vorbehalte im Sinne der Sozialfaschismustheorie gab es aber auch bei älteren KPD-Mitgliedern. Sektiererische Auffassungen wurden damals vor allem von Alex Launer und Alfred Götze vertreten, wobei letzterer später aus der SED ausgeschlossen wurde. Erst im Verlaufe intensiv geführter ideologischer Debatten und infolge des politischen Druckes der Wortführer der KPD-Ortsgruppe und entsprechender Forderungen der Kommandantur schwenkten die namhaften SPD-Mitglieder ein, obgleich die Voraussetzungen eines demokratischen Vereinigungsprozesses nicht gegeben waren. Im Februar 1946 kam es zu gemeinsamen Funktionärs- und Mitgliederversammlungen, die sich für eine Einheitspartei entschieden. Die tieferen Zusammenhänge der schwierigen Problemlage in der kommunistischen Bewegung blieben den Mitgliedern von KPD und SPD weitestgehend verborgen, so vor allem der antagonistische Gegensatz von Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung, von Diktatur und Demokratie, der den Begriff "Zwangsvereinigung" begründete und letztlich am Ende eines Jahrhunderts zum Zusammenbruch des "realsozialistischen" Weltsystems führte.

10. Mit dem Zusammenbruch des als "sozialistisches Weltsystem" bezeichneten sowjetischen Imperiums zerbrach auch die kommunistische Ideologie. Es scheiterte eine von der russischen Oktoberrevolution intendierte Vision des Parteikommunismus, die sich in einem widersprüchlichen Prozeß zu einer reaktionären und konterrevolutionären Ideologie und Politik wandelte. Der Parteikommunismus prägte ebenso die SED, die sehr früh die Facetten der Sozialfaschismusthese bzw. des militanten Kampfes gegen den Sozialdemokratismus und Revisionismus belebte. Die Kommunismus-Euphorie, die in der Ideologie zum Dogmatismus führte, wie beispielsweise im inhumanen Konzept der "kommunistischen Erziehung der Jugend", konnte das Ende einer Glaubensversion zwar verzögern, aber nicht aufhalten. Im Lichte der Wandlungen einer Vision sind indessen die damit einhergehenden Varianten der Totalitarismustheorien kritisch zu analysieren. Obgleich im Erscheinungsbild totalitärer Herrschaftssysteme ähnliche Formen auszumachen sind, so sollte sich sozialwissenschaftliche Forschung in der Pflicht sehen, vom Erscheinungsbild zum Wesen vorzudringen: Kommunisten hatten trotz Wandlungen des Parteikommunismus und trotz stalinistischer Verbrechen, denen sie auch selbst zum Opfer fielen, eine humanistische Vision, für die sie ihre Lebenskraft und ihr Leben aufopferungsvoll einsetzten. Dagegen waren die Ziele des Faschismus im Wesen der Ideologie, Politik und Bewegung verbrecherisch und menschenfeindlich.

Ebenso wichtig erscheint uns festzuhalten, daß sozialdemokratische Kommunismuskritik nicht mit Antikommunismus gleichzusetzen ist. Im Gegensatz zum antihumanen und vulgären Antikommunismus richtet sich die sozialdemokratische Kommunismus- und Stalinismuskritik ausschließlich gegen das antidemokratische und die Marxsche Lehre verzerrende Wesen des Bolschewismus und Stalinismus. Dies zu beachten, ist für den derzeitigen und künftigen Umgang mit der widersprüchlichen Geschichte der Arbeiterbewegung und ebenso für ein kulturvolles Verhältnis von SPD und PDS unerläßlich.

Es ist das Anliegen unserer Forschungsarbeit, die humanistische Vision und die Kämpfe, aber auch den mutigen Weg der Strausberger KommunistenInnen vor dem Vergessen zu bewahren. Irrwege können keine Tradition stiften, indessen gehören auch sie zum Lernprozeß und zum Erbe der Strausberger Arbeiterbewegung.

---

1 Vgl. Rolf Apel: Kein Grund zum Jubeln – kein Grund zum Vergessen. Werkstattgespräch zur Geschichte der Strausberger Kommunisten. Bericht in: BzG, H. 2/2001: 122-125.

Erinnerungen

Brückenbauer zwischen Ost und West. Erinnerung an Josef L. Hromádka.

Wieland Zademach

Es gibt viel Anlaß, Josef L. Hromádkas, dieses Zeitzeugen des 20 Jahrhunderts, zu gedenken und nach der Bedeutung seines Werkes für die Gegenwart zu fragen. Zwischen dem 8. Juni 1889 und dem 26. Dezember 1969 liegen acht Jahrzehnte eines langen Lebens von ökumenischer Tragweite in des Wortes tiefster Bedeutung - von Belang für Menschen rund um den Erdball. 1947 aus der Emigration in den USA auf seinen Lehrstuhl für Systematische Theologie an der Prager Universität (sic) zurückgekehrt, war Hromádka mitbeteiligt an der Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 1948 in Amsterdam und hat der ökumenischen Bewegung viele Impulse gegeben, insbesondere durch sein konsequentes Eintreten für ein "Christsein im Sozialismus". Noch mehr Bedeutung erlangte er mit der Gründung der "Christlichen Friedenskonferenz" (CFK) 1958, die das erklärte Ziel verfolgte, mit Friedensstrategien einen Beitrag zum Abbau des Kalten Krieges zu leisten.

Josef L. Hromádka führte ein Leben "zwischen Ost und West", wie er es autobiographisch selbst umschrieb. Als Brückenbauer versuchte er, weltanschauliche Gräben zu überqueren und in einem quasi stetigen "Sprung über die Mauer" ideologische Grenzzäune zu überwinden. Darin sah er seine große Lebensaufgabe.

Wenn ich hier und heute an diesen großen Europäer erinnere, dann nicht, um ihn umfassend zu würdigen, sondern um bei aller gegebenen Ungleichzeitigkeit doch manchen Impuls aus seinem Lebenswerk wieder gleichzeitig werden zu lassen. Was im Werk dieses Lehrers der Kirche und Zeugen Christi dieses Jahrhunderts darf nicht dem Vergessen anheimfallen, weil es tragfähig ist für unsere Orientierung heute und morgen? Kann nicht gerade die Hromádka kennzeichnende Verbindung von protestantisch-aufgeklärter Tradition mit verinnerlichter osteuropäischer Sichtweise hilfreich sein – nicht für eine synthetisierende, sondern für eine notwendige komplementäre Hermeneutik in einer vollends globalisierten Welt?

Protestantisch verwurzelt mit Blick für die slawische Seele

Vielleicht macht auch dies ein Stück der Anziehungskraft von Hromádka aus: die für ihn eigentümliche Verbindung von fester Verankerung in bester hussitischer Tradition und einem nahezu faszinierten Angezogensein von slawischen Charaktereigenheiten. Diese Kombination riefen sicherlich die Erziehung und das geistige Milieu, in dem Hromádka aufwuchs, hervor, wohl aber auch eine gewisse psychisch-mentale Disposition. Durch beides erscheint er geradezu prädestiniert für seine spätere Rolle als Grenz-

Josef L. Hromádka (re.) im Gespräch mit Karl Barth

gänger zwischen Ost und West oder, besser, dafür, daß er diese Mittlerfunktion als seine ureigenste Aufgabe erkennen und annehmen konnte.

Josef Lukl Hromádka wurde geboren und wuchs auf in der nordmährischen Toleranzgemeinde Hodslavice. Er war verwandt mit dem von dort stammenden großen Historiker und Politiker Frantisek Palacký, dem "Vater des Volkes". Über Palacký trat Hromádka in das Erbe der Brüderunität ein, dem er sein Leben lang folgte. Insbesondere die bei Palacký anschaulich zu erlebende Einheit von Theorie und Praxis eröffnete ihm einen Zugang zu J. A. Comenius, der sein großes Vorbild und dessen legitimer Nachfolger er selbst wurde. "Ändere die theoretischen Fragen in praktische, und du wirst den Sinn der Schrift besser verstehen, als wenn du dich nur in verstandesmäßigem Raisonnieren und theoretischem Sezieren mit ihr befaßt."[1] - An diesen Grundsatz hielt sich Hromádka ebenso wie an seine Kehrseite: Wenn die Praxis effektiver sein soll, dann muß eine gute Theorie vorhanden sein. Diese Theorie-Praxis-Dialektik läßt ihn im Gefolge von Comenius sein Bild der Kirche als das einer Pilgergemeinschaft verstehen und ausarbeiten, als "communio viatorum": Kirche als mobile Gemeinschaft, in der sich ein Geist der Koinonia bildet, der durch den heiligen Geist getragen wird und über die Kirchengrenzen hinaus dringt. Entsprechend bildete Hromádka während aller Stationen seines Wirkens - als Pfarrer der Gemeinde Sonov, als Professor, als Dekan der Fakultät, in der Arbeit des ÖRK und als Präsident der CFK – solche Gemeinschaften als Hauskreise um sich herum. Als überkonfessionelle Bewegungen wa-

ren sie ihm vollgültige Kirche und als solche wichtiger denn institutionelle und hierarchische Strukturen, ohne daß die geschichtliche Kontinuität der Kirche ihm verloren gegangen wäre. Kirche repräsentiert für ihn allerdings nicht den Willen Gottes, sondern sie unterliegt ihm.

Ehe Hromádka seinen eigenen Standpunkt gewonnen und geklärt hatte, rang er Jahrzehnte lang mit Masaryk und Dostojewskij, diesen beiden geistigen Exponenten um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, wobei er über beide hinausführte und sie durchaus im Hegelschen Sinne aufhob.

Er sah Masaryk und Dostojewskij in einem gemeinsamen Kampf um Europas Sein oder Nichtsein, einem Kampf gegen den Pantheismus, Naturalismus, Positivismus, Titanismus und Nihilismus - um die Verantwortlichkeit des freien Menschen. Aber Masaryk und Dostojewskij bewiesen durch ihre Lösungen anschaulich, wie verschieden der Geist des europäischen Westens und des europäischen Ostens oder Westeuropas und Rußlands ist. Dostowskijs Bewußtsein der geistigen Krise der westlichen Kultur, seine Ankündigung der Katastrophe sind im Grunde ein einziger großer Ruf nach Nächstenliebe. Masaryks Kritik an der westlichen Philosophie und Lebensweise beklagt im tiefsten das Abhandengekommensein des beseelten humanen Ich. Beide finden ihre schreckliche Erfüllung im Ersten Weltkrieg, in der Zerstörung Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens - Westeuropa hatte sich sein eigenes Grab geschaufelt.

Prophetisch orientierte Zeitgenossenschaft: 1938 - 1948 - 1958

Die Oktoberrevolution von 1917 nannte Hromádka ein Experiment, welches die Sehnsucht des Volkes nach Gleichberechtigung, Freiheit und Erlösung von Unterdrückung und Tyrannei erfüllen helfen sollte. Aber anstatt mit Rußland zusammenzuarbeiten, von diesem Experiment zu lernen und darin auch westliche Ideale und Prinzipien wiederzuerkennen, reagierten die westlichen Länder ablehnend – die Sowjetunion wurde politisch isoliert. "Wir waren sowohl vom theologischen als auch vom geschichtsphilosophischen Gesichtspunkt aus völlig unvorbereitet für einen Krieg von solch fürchterlichen Ausmaßen, und noch weniger konnten wir wissen, daß wir damals auf der Schwelle einer Revolution von weltweiten Dimensionen standen, die noch heute nicht zu Ende gekommen ist"[2], resümierte Hromádka noch 1968 während des "Prager Frühlings".

In seinem Nachruf auf Josef L. Hromádka nahm Helmut Gollwitzer den Freund und Kollegen mit deutlichen Worten in Schutz gegen den Vorwurf eines unkritischen Opportunismus und einer voreiligen Geschichtstheologie. Hromádkas Stärke bei der Vereinigung von Glauben und Politik war die Verbindung eines von weitreichender Bildung gesättigten theologischen Denkens mit entschlossener kirchlicher und politischer Praxis. Daß dies alles andere als ideologisierte Theologie oder gar Apologetik bestimmter politischer Systeme war, das sollte sich noch in den letzten Monaten seines Lebens geradezu tragisch zeigen.

Das Münchner Abkommen von 1938, das den Weg für die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren durch die deutschen Faschisten im Jahr 1939 bereitete,

war für Hromádka mehr als nur ein Verrat; in ihm focussierte geradezu die ganze Krise der westlichen Demokratie. Dieses Ereignis erschütterte ihn in der Tiefe seines Wesens und wurde ihm Anlaß zu endgültiger Neuorientierung.

Schon bevor es zur Tragödie von München kam, unternahm Hromádka alles ihm Mögliche, um die Faschisten aufzuhalten. Er kritisierte die liberale Demokratie, nun auch in ihrem Präsidenten Masaryk, weil sie die tödliche Gefahr für die erste tschechische Republik nicht erkennen wollte; und er verurteilte konsequent die Neigung, die liberale Demokratie mit dem Reich Gottes gleichzusetzen: "Das Kreuz Christi verliert sich hinter der Flagge der Streifen und Sterne... das Heil der Menschheit wird im Amerikanismus gesucht."[3] Hromádka stellte sich eindeutig auf die Plattform der Volksfront und nahm die Mitarbeit mit den Kommunisten in der Liga des Kampfes für das demokratische Spanien auf.

In den Vorgängen um Spanien erkannte Hromádka letztlich die Angst der westlichen Länder gegenüber einer revolutionären Sowjetunion, eine Angst, die schließlich so weit ging, daß faschistische Staaten politische Bedingungen für die Verbannung Rußlands aus Europa und für dessen geplante spätere Vernichtung schaffen konnten. Darin sah er den eigentlichen und fatalen Sinn des Münchner Abkommens von 1938.

Die geschwächten und degenerierten europäischen Demokratien konnten dieses Machwerk nicht verhindern. Die Tschechoslowakei erfuhr die eigentlich gegen die Sowjetunion gerichtete Aktion am eigenen Leib - ehemalige Verbündete wurden zu Verrätern und ließen die CSR im Stich. In diesem Kampf, in dem es um die Existenz des Volkes ging, schöpfte Hromádka die Kraft aus der einheimischen Reformationsgeschichte und dem Erbe der Brüderunität. Die Garantie des Überlebens der Humanität und der Erneuerung der Menschheit, die sich in Europa in einem Chaos befand, sah er in der Gemeinde, die aus dem Wort lebt. Der Morgenstern der neuen Hoffnung werde über den Ruinen und Trümmern aus der Gemeinde derer aufleuchten, "die durch das Wort des Evangeliums berufen worden sind und die durch ihre Gebete und Gesänge die neue Zukunft und die neue Zivilisation vorbereiten werden", so schrieb Hromádka 1938.[4] Politisch hat der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die CSR als Bedrohung der nationalen Existenz in weiten Teilen des tschechischen Volkes das Bewußtsein einer Verbundenheit mit der Sowjetunion entstehen lassen. Hromádka jedenfalls gewann die Überzeugung, daß ohne die Sowjetunion Selbständigkeit und Sicherheit der CSR nicht mehr zu gewährleisten waren.

Die Suche nach Humanität und Wahrheit war es letztlich, die ihn bei der Beurteilung der theologischen und kirchlichen Entwicklung im Europa der dreißiger Jahre leitete und die ihn zu der Überzeugung kommen ließ, daß Europa und Amerika das Recht auf die geistige und politische Führung der Welt verloren haben. Im Anschluß an die dialektische Theologie hat Hromádka von der Versöhnung her das Motiv der Verantwortlichkeit für alles weltliche Geschehen betont. Von der in der Wahrheit und Liebe Christi motivierten Verantwortlichkeit her sei Neutralität jedoch nicht möglich. Christus fordere unsere Energie und Arbeit für eine bessere Ordnung der Welt. Für Hromádka persönlich blieb allerdings nur noch die Emigration.

Mit Hilfe von Vissert Hooft, dem späteren ersten Generalsekretär des ÖRK, verließ Hromádka mit seiner Familie im Frühjahr 1939 sein Land und ging über Genf in die USA. Dort wirkte er bis 1947 als Professor für Apologetik und Ethik am Presbyterium Seminary in Princeton - gleichzeitig mit Albert Einstein.

Aus der aufmerksamen Verfolgung der politischen Ereignisse, aus ihrer tiefen Analyse und aus der Erfahrung von München wuchs bei Hromádka allmählich ein globales Konzept, dessen Klärung und Verteidigung er von nun an für seine prophetische Aufgabe hielt. Bereits 1940 hatte Vissert Hooft ihn aufgefordert, ein Memorandum auszuarbeiten, welches vor allem die kulturellen und geistig-geistlichen Ursachen der politischen Probleme berücksichtigen sollte. Vom Standpunkt einer sogenannten christlichen Weltanschauung aus sollte Hromádka einen Plan für den Aufbau einer neuen Tschechoslowakei und eines neuen Europa entwerfen.

Hromádkas Konzept war theologisch begründet und geschichtlich verwurzelt. An dem Verrat von München war ihm klar geworden, daß die liberale Demokratie allein nicht imstande ist, den Kampf mit dem Nazismus zu gewinnen und die Fragen der zukünftigen Ordnung der Menschheit zu lösen. Aufklärerischer Optimismus reiche nicht aus, um die Umbrüche der Gegenwart zu bewältigen, dazu bedürfe es einer "Theologie der Krise". In dem Versagen der Werte der westlichen Welt und in der Krise der liberalen Demokratie sah Hromádka nahezu ein apokalyptisches Zeichen, jedenfalls das Gericht Gottes über die westliche Welt und den Untergang einer "christlichen Zivilisation". Allerdings betonte Hromádka, daß das biblische Verständnis des Gerichts immer auch die Möglichkeit der Erneuerung und des Neuanfangs mitenthält - jedoch auf neuer Grundlage.

Hromádka warnte die christlichen Völker vor der Versuchung der Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit. In ihrem Bestreben, auch nach dem Krieg die Expansion der westlichen Welt fortzusetzen, als ob nichts geschehen wäre, erblickte er Unbußfertigkeit und Unglauben. Das Wort Gottes fordere uns auf, einen Neuanfang zu wagen. In der Zukunft würde die Zusammenarbeit der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten sowie die Beteiligung der Völker der Dritten Welt nötig sein. Also gebe es auch in Mitteleuropa kein Zurück mehr hinter das Jahr 1938, sondern nur noch die Koexistenz nach vorne: "Dreißig Jahre befasse ich mich damit, daß ich den Werten und Wahrheiten auf den Grund kommen will, die aus dem Osten kommen und ohne die wir nicht leben können... Gerade deshalb, weil es sich um die letzten Dinge des Menschen handelt, müssen wir... den Beitrag aus dem Westen erwägen, ihn mit dem Beitrag aus dem Osten auf der Waage der eigenen Seele, unserer eigenen Tradition wägen... Ost und West mag sich bei uns treffen, bei uns verständigen, damit wir aus der Tiefe unserer eigenen religiösen und sittlichen Tradition zu einer wirklichen Vereinigung des tiefen westlichen Erbes mit dem Erbe des östlichen, sowjetischen Menschen beitragen."[5] In der Zeit der Zusammenarbeit der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren des Krieges fand dieses Programm ein positives Echo.

Hromádkas Rückkehr nach Prag im Sommer 1947 schuf Voraussetzungen dafür, was man mit dem früheren Generalsekretär des Reformierten Weltbundes Milan

Opocensky "als seinen wichtigsten globalen theologischen Beitrag betrachten kann": die Deutung und Beratung der Kirche in der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn: "Wie sollte man mit der Tatsache fertig werden, daß man nun in Mittel- und Osteuropa radikal sozialistisch und marxistisch orientierte Gesellschaften vor sich hatte? Auf diese neue Situation war die Christenheit im Grunde nicht vorbereitet. Hier hat Hromádkas Bestreben bahnbrechende Bedeutung."[6]

Wenige Monate nach seiner Rückkehr geriet die Tschechoslowakei durch die revolutionäre Entwicklung in eine ernste Krise. Als im Februar 1948 die Spannung ihren Höhepunkt erreichte und es zu tiefgreifenden Veränderungen kam, erkannte Hromádka, daß es sich um langfristige Entwicklungen handelt und die Kirche auch in dieser neuen Situation zum Zeugendienst aufgerufen ist. Entschieden bestritt er die Ansicht, christliche Existenz sei nur in einer liberal-demokratischen Ordnung möglich. Der Sowjetunion ihre Rolle in der geschichtlichen Entwicklung abzusprechen, würde eine Lage herbeiführen, die im Atomzeitalter die ganze Welt bedrohe und die Gesellschaft im Kalten Krieg von innen zersetze. Auf diesem Hintergrund beurteilte er kritisch, aber prinzipiell positiv die Entwicklung in seinem Land und führte die Kirche geduldig dazu, die veränderte Situation auch als Gelegenheit zur Verkündung des Evangeliums und zum Dienst am Menschen wahrzunehmen. Er suchte für die Kirche einen modus vivendi ohne unzulässige Konzessionen und Kompromisse.

Auf der Weltkirchenkonfernz in Amsterdam im August 1948 – der Gründungsversammlung des ÖRK – hielt Karl Barth den Hauptvortrag zum Thema: "Die christliche Gemeinde im Wechsel der Staatsordnung". Zur Konfrontation, ja zu einem wahrhaft geistigen Ringen kam es hier jedoch zwischen dem späteren amerikanischen Außenminister John Foster Dulles, der über die Thematik "Der christliche Staatsbürger in einer sich wandelnden Welt" sprach, und Hromádka, der sich über "Unsere Verantwortung in der Nachkriegswelt" äußerte. Es ging um die Grundsatzentscheidung, welche Richtung die ökumenische Bewegung von Anbeginn einschlagen sollte.

J. F. Dulles war der Überzeugung, daß sich die neu organisierte ökumenische Bewegung vorbehaltlos in den Dienst der Verteidigung der westlichen Zivilisation und ihrer Werte stellen sollte. Im Gegensatz zu seiner "roll back theory" eines christlich verbrämten Kalten Krieges mochte Hromádka die gegebene geschichtliche Situation als Gericht Gottes verstehen und ernst nehmen, als ein Feld der Bewährung und der Seelsorge. Er war sich bewußt, daß die Identifizierung der Ökumene mit einem politischen und ideologischen Lager zugleich ihr Ende bedeuten würde. Kirche, zumal die ökumenische, sei ein wanderndes Gottesvolk, in keinem status quo definitiv angesiedelt. Die Welt könne eine stabile Ordnung nur erreichen, wenn politische Visionen einander befruchteten, nicht wenn sie einander schwächten oder gar vernichten wollten. Voraussetzung dafür sei die Bereitschaft, die überlieferten Kategorien wie Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit von Neuem zu durchdenken, denn sie seien angesichts der heutigen Weltlage weitgehend "leer, unsicher und zweifelhaft geworden".[7] Wenn der ÖRK nicht den Weg des Kalten Krieges und des groben Antikommunismus einge-

schlagen und der gewünschten Verlagerung nach New York widerstanden hatte, so war dies nicht zuletzt ein Verdienst von J. L. Hromádka.

1958 fand die Christliche Friedenskonferenz (CFK) statt. Die Arbeit um diese Friedenskonferenz herum bildete den Schwerpunkt, ja das Herzstück von Hromádkas Arbeit während der letzten 20 Jahre seines Lebens. Um sie unverzerrt darstellen und würdigen zu können, ist es nötig, die Hintergründe der Entwicklung mit einzubeziehen.

Letzten Endes und genau besehen verdankte die CFK ihre Entstehung einer Lücke oder einem Defizit im Gefüge des ÖRK. Gehörte anfangs der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen noch zum ÖRK, so blieb nach dessen Auflösung das Feld der konkreten Friedensarbeit der Kirchen leider weitgehend unbesetzt. Hinzu kam – aus der geschichtlichen Distanz ist das heute evident und weitgehend unbestritten –, daß die Kirchen insgesamt, besonders im Gefolge des Korea-Krieges, immer mehr in den Sog des Kalten Krieges zwischen West und Ost gerieten und dies naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die ökumenische Bewegung bleiben konnte.

Als beispielsweise 1950 in Toronto der Zentralausschuß des ÖRK ein Statement verfaßte, in welchem die sogenannte Polizeiaktion der Vereinten Nationen gegen den Aggressor Nordkorea gutgeheißen wurde, kritisierte Hromádka daran das Fehlen jeglichen Verständnisses für die Entwicklung in China und in der Sowjetunion und warnte davor, gerade als Kirchen auch noch Öl ins Feuer der damals herrschenden Kreuzzugsstimmung zu gießen. Er verstärkte zunehmend seine Mitarbeit im östlich orientierten Weltfriedensrat, was im Westen weitgehend auf Unverständnis und Mißbilligung stieß (so lehnte etwa Vissert Hooft 1952 die Einladung nach Wien zum Weltfriedenskongreß ab). Frontenbildung und gegenseitige Abschottung faßten auch in der ökumenischen Bewegung Fuß. Besonders deutlich wurde dies am Konflikt um die Ungarn-Krise von 1956.

Die Kritik an Hromádkas damaliger Haltung - das zeigte sich auch in seinem Briefwechsel mit K. Barth - übersah zum einen den Zusammenhang der internationalen politischen Entwicklung, den dieser sehr wohl im Blick hatte, und zum anderen war sie geprägt vom Unverständnis für Hromádkas theologisches Geschichtsverständnis. Für Hromádkas Einschätzung war die Dialektik von internationaler Entspannung - Treffen der Staatsmänner in Genf 1955 sowie 20. Parteitag der KPdSU 1956 – einerseits und ihrer gegenteiligen Verschärfung durch die Suez-Krise 1956 anderseits maßgebend: Die damals reale Gefahr eines Weltkrieges ließe es nicht zu, die Ungarn-Krise in einen explosiven Aufstand eskalieren zu lassen. Hromádka kritisierte die antisowjetische Hysterie des Westens: Berechtigte Kritik an Ideologie und Gesellschaftsstrukturen im Osten würde unfruchtbar und kontraproduktiv werden, wenn sie sich von prinzipieller antikommunistischer Negation leiten ließe. Schon 1952 in Lund hatte Hromádka in einem Vortrag auf "nichttheologische Faktoren in unseren gesellschaftlichen und kulturellen Entscheidungen als Kirchen" hingewiesen. Wenn die immer vorhandene und unumgängliche Einbindung in soziale Strukturen, politische Ordnungen und kulturelle Traditionen theologisch legitimiert und sanktioniert werde,

dann schöben sich solche Faktoren wie ein Keil auch zwischen die Kirchen. Wenn Theologie ihre ideologiekritische Funktion wahrnehme, dann sei eine solche Spaltung nicht zwangsläufig. In den fünfziger Jahren wurde die ökumenische Bewegung allerdings immer mehr davon geprägt, daß einer über den anderen Gericht hielt.

Durch seine Bewertung der Ungarnereignisse war Hromádka stark in die Kritik geraten. Man begegnete ihm mit Zurückhaltung, wie die Anfänge der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) zeigten. Eine überraschende Wendung trat ein, als 1957 auf Initiative der theologischen Fakultäten in Prag und Bratislava auf der Plattform des tschechoslowakischen ÖRK eine Konferenz von Theologen und Kirchenrepräsentanten aus Ost und West nach Prag einberufen wurde. Das Interesse war unerwartet groß und führte in der Folge 1958 zur institutionellen Verdichtung einer Christlichen Friedenskonferenz, die sich stets in erster Linie als Bewegung fühlte und verstand.

Im Jahr 1961 fand dann in Prag die Erste Allchristliche Friedensversammlung statt, die Hromádka zu ihrem Präsidenten wählte. In dieser Konferenz hatte Hromádka nun endlich die Plattform, auf der er im Rahmen der Ökumene das Programm diskutieren konnte, zu dem er sich in schwierigsten Kämpfen durchgerungen hatte und das er für die Rettung Europas und der Welt für unentbehrlich hielt. Auf der Plattform der CFK wurde auf den folgenden Vollversammlungen 1964 und 1968 der Dialog über die Gefahr der Atomwaffen, über die Abrüstung, über die Grenzen in Europa, über den Sozialismus, die ungerechten ökonomischen Strukturen und den Druck in der Dritten Welt und über viele andere Fragen geführt.

Entscheidend war immer die Friedensfrage und dabei das Verhältnis von Theologie und Politik. Was heute selbstverständlich klingen mag, war damals ein Durchbruch, als H. J. Iwand sagte, unser Glaube an den eschatologischen Frieden messe sich danach, wie wir uns für den Frieden auf Erden engagieren. Es war eine lange Entwicklung bis hin zu dem Konsens, daß der Schalom Gottes die Motivation ist für die Arbeit am Frieden auf Erden, daß dieses Verhältnis keine Identität darstellt, aber auch nie auseinandergerissen werden darf. Ziemlich zeitgleich mit der päpstlichen Enzyklika "populorum progressio" 1967 kam man in der CFK zu der Erkenntnis, daß Friede auf Erden und soziale Gerechtigkeit einander bedingen, und man errang Einsichten in die Interdependenz von Wirtschaft und Politik. Politische Arbeit war fortan theologisch legitimiert und drängte von der Theorie zur Praxis der Kirchen.

Der christlich-marxistische Dialog

Die CFK verstand und versteht sich immer auch als Forum für den christlich-marxistischen Dialog, auch wenn dieser Dialog über die CFK hinaus auf vielen Ebenen geführt wurde und Gott sei Dank noch geführt wird. Josef L. Hromádka war einer der bedeutendsten Exponenten dieses Dialogs in den sechziger Jahren. Es ist unmöglich, seine Leistungen auf diesem Gebiet in aller Kürze zu würdigen, weshalb in diesem Zusammenhang lediglich ein summarischer Blick auf seine Bedeutung in dieser Hinsicht geworfen werden soll.

Geistesgeschichtlich gesehen mußten zwei Voraussetzungen erfüllt sein, damit es zu einem konstruktiven Dialog zwischen zwei Denkrichtungen kommen konnte, die sich im Zeitalter des Kalten Krieges wie Feuer und Wasser gegenüberstanden. Diese Bedingungen waren in den sechziger Jahren erfüllt - insbesondere in der Tschechoslowakei, aber auch in anderen "Satellitenstaaten" Moskaus, so daß man aus heutiger Sicht von einem glücklichen "kairos" sprechen kann. Zum einen setzte sich im marxistischen Lager langsam aber unausweichlich die Erkenntnis durch, daß die Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ostblockländern nicht, wie erwartet, dazu geführt hatte, alle menschliche Entfremdung aufzuheben. Man entdeckte, daß ein ökonomisch überpointierter Marxismus die Kategorien des menschlichen Individuums nicht in den Blick bekam, ja offenbar gar nicht in den Blick bekommen konnte, und daß die Fragen des Menschen nach Glück und Leid, nach Schuld und Hoffnung sich umso drängender zu Wort meldeten, auch wenn die Befriedigung der ökonomischen Grundbedürfnisse gesichert war. Zum anderen befreite sich die Theologie allmählich aus einer lange vorherrschenden personalistischen und existentialistischen Engführung (sic!) bei der Probleme von Gesellschaft und Geschichte nur entfernt am Rande auftauchten. In dem Maße, in dem die Theologie Probleme der Gesellschaft, ihrer geschichtlichen Entwicklung und zukünftigen Gestaltung neu oder wieder in den Blick bekam, wurde sie fähig, den Marxismus als Gesprächspartner überhaupt erst wahrzunehmen; dann allerdings wurde der Dialog unausweichlich.

Hromádkas Bedeutung für diesen Dialog läßt sich kaum überschätzen, weil er sich lebenslang theoretisch und existentiell auf diesen spannungsreichen Lernprozeß einließ. Je länger je mehr konnte Hromádka nicht mehr verstehen, "warum man denn die marxistische Methode wenigstens nicht so ernst wie andere soziologische und philosophische Denkarten der westeuropäischen und amerikanischen Welt nehmen sollte? Zumal man nicht leugnen kann, daß die westliche sozialpolitische Ordnung durch die beiden Weltkriege tief erschüttert und überdies den Bedürfnissen und Nöten der asiatischen und afrikanischen Völker nicht gewachsen ist."[8] Am Marxismus schätzte er dessen Verknüpfung der Theorie mit der Praxis, die geschichtliche Perspektive, den Realitätssinn hinsichtlich der ökonomischen Motivierung des menschlichen Lebens und sein Pathos für soziale Gerechtigkeit. Den marxistischen Atheismus verstand Hromádka als einen seinem Wesen nach radikalen Humanismus, der den Menschen von allen Fiktionen befreien möchte, die seiner wahren Selbsterkenntnis im Wege stehen und ihn von seinen eigentlichen Aufgaben ablenken; die marxistische Methode soll den Menschen aus dem Gefängnis von Ratlosigkeit, Ohnmacht und einem gleichsam schicksalhaften Verhängnis unterdrückerischer Lebenszusammenhänge herausholen.

Allerdings sah er auch klar die Gefahr des unbegründeten Optimismus in der marxistischen Anthropologie, die Unterschätzung der multidimensionalen Existenz des Bösen in unserer Welt und der Verlorenheit des Menschen. Dabei ging es ihm in diesem Dialog nicht um die Existenz Gottes - darüber zu diskutieren, war er nicht bereit. Es ging ihm um das Verständnis des Menschen, um das Problem des Bösen und der

Macht, aber auch um die Dimension der Liebe, der Vergebung und Versöhnung, ohne die keine Gesellschaft leben könne: "Vergessen wir aber nicht, daß der echte Marxismus durch seinen Kampf gegen die Religion um den Menschen gerungen hat und daß wir berufen sind, durch unser Zeugnis von Jesus Christus die Marxisten vor die Realität zu stellen, die durch keine traditionell-marxistische Analyse der Religion getroffen werde."[9]

Hromádka ging es niemals um eine Synthese zwischen Christentum und Marxismus. Immer wieder hat er betont, "daß der christliche Glaube keine Weltanschauung und kein sozialpolitisches Programm ist und daß es nicht erlaubt ist, das Ringen zwischen Christen und Marxisten auf die Ebene der Weltanschauung und des politischen Handels herabzuziehen. Die positive Einschätzung der marxistischen Theorie und Praxis hilft aber, die heutige Lage, in der wir uns nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt befinden, genauer und realer zu sehen."[10] Dementsprechend hat Hromádka immer davor gewarnt, nun den Fehler derjenigen umzukehren, welche die liberale Demokratie gleichsam als Abglanz des Reiches Gottes betrachtet und legitimiert haben: "Hüten wir uns vor dem Gedanken, daß eine solche verantwortungsbewußte Gesellschaft, wie wir sie im Sinne haben, mit der christlichen Gesellschaft identisch sein wird. Eine christliche Gesellschaft gibt es nicht, hat es niemals gegeben und wird es auch niemals geben, ebenso wie es keinen christlichen Staat, keine christliche Volkswirtschaft und keine christliche Zivilisation gibt. Die christliche Zivilisation ist eine Illusion, und jeder Versuch, in ihrem Namen sogenannte unchristliche Bestrebungen, soziale und politische Ideale zu bekämpfen, ist Selbstbetrug und für die Kirche selbst eine schwere Gefahr"[11], Selbstbetrug, ja ideologische Verblendung auch deshalb, weil diese falsche Selbstgerechtigkeit uns nur zu leicht den Blick dafür trübe, "daß der Herr der Geschichte mächtig genug ist, das, was wir verraten haben, durch andere Gruppen und Kanäle für die Zukunft zu bewahren."[12] Wie angesichts dieses glasklaren Sachverhalts gegen Hromádka immer wieder der Vorwurf erhoben werden konnte, er sei Apologet des Kommunismus oder betreibe gar marxistische Theologie, das war und ist vollkommen unerfindlich! Dieser Vorwurf fällt voll auf die betreffenden Kritiker zurück und entlarvt nur deren kategoriale Enge in der Systemverhaftetheit ihres eigenen Denkens.

Vieles ist schon angedeutet oder angesprochen worden, was die bleibende Bedeutung dieses großen Tschechen und Europäers für Theologie und Kirche betrifft. Um ihm jedoch im Sinne seines eigenen Theologieverständnisses gerecht zu werden, erscheint es sinnvoll, sich gerade an dieser Stelle die Ereignisse von 1968 zu vergegenwärtigen und nachzusehen, wie Hromádka sie erlebt und interpretiert hat im Sinne seines Verständnisses vom Wirken Gottes in der Geschichte dieser Welt.

1968: Desaster und Krisis als Chance

Hromádka hat die Demokratisierung und den Erneuerungsprozeß, der 1968 eingeleitet wurde, von ganzem Herzen begrüßt und konnte guten Mutes der Überzeugung sein, daß er durch seine Tätigkeit und durch sein Zeugnis dazu beigetragen habe. Wie er in seinem Memorandum zur dritten Allchristlichen Friedensversammlung im Früh-

jahr 1968 ausführte, sah er sich in seiner Überzeugung bestätigt, "der tiefe Sinn unserer Bewegung" bestünde darin, "daß sie eine Plattform darstellt, auf der sich Menschen mit Glauben und mit Überzeugung, mit offener Bereitwilligkeit treffen, um zu lernen und den Mut zu haben, die neuen Tatsachen, neuen Ereignisse, neuen geschichtlichen Umwälzungen zu erkennen, in die wir vom Herrn der Kirche gestellt wurden, der auch der Herr der Welt und der Geschichte ist".[13] Hromádka zufolge war die Entwicklung im Prager Frühling zwischen Januar und August 1968 in der CSSR eine wahre Revolution, ein Ausdruck der Sehnsucht nach einem echten, schöpferischen und menschlicheren Sozialismus - ein Schritt nach vorne, nicht zurück zum Kapitalismus, der zeigte, daß der Sozialismus einer Erneuerung fähig sei, seine humanistischen Werte wieder zur Geltung kommen, und er so die Weltgemeinschaft positiv beeinflussen könne.

Nach der Besetzung der CSSR durch die fünf sozialistischen Staaten im August 1968 erkannte Hormádka sofort, daß die Glaubwürdigkeit, ja sogar die Existenz eines sozialistischen Modells auf dem Spiel stand. In einem Memorandum zum 21. August hat er seine Befürchtungen nachdrücklich zum Ausdruck gebracht: "Ich befürchte, daß sich in unserem Volk etwas nicht Gutzumachendes abgespielt hat; der Verlust der Liebe und Verehrung für das sowjetische Volk läßt sich für lange Jahrzehnte nicht bewältigen. Der Bund der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft wurde zerstört. Es besteht die Gefahr, daß sich die Liebe unseres Volkes in Haß umwandelt und daß unsere nächsten Freunde als unsere Feinde erscheinen."[14] Persönlich empfand Hromádka "Enttäuschung, Leid und Scham" als "innigstes Gefühl: Es gibt in meinem Leben keine größere Tragödie als dieses Ereignis."[15] Wenn Hromádka bekannte, daß sich ihm der 21. August 1968 "mit wesentlich düstereren Farben eingeprägt hat als der 15. März 1939"[16], dann zeigt sich darin deutlich die Kontinuität in seiner politischen Geschichtsschau. War es 1938/39 der Verrat der Westmächte, der schließlich die zu erwartende Okkupation durch Hitlerdeutschland ermöglicht hatte, der ihn betroffen machte, so schmerzte ihn hier untröstlich der Überfall der befreundeten Schutzmacht zur Rettung vor der angeblichen Konterrevolution. Seine bei den Ungarn-Ereignissen von 1956 noch gehegte Hoffnung in das humanistische Potential eines Sozialismus auch sowjetischer Prägung wurde nun endgültig zuschanden. "Hat nicht der 21. August genau dem Prinzip der friedlichen Koexistenz seinen Inhalt und seine Perspektiven geraubt – einem Prinzip, das so häufig auch in unserer Arbeit proklamiert worden ist?" Nämlich dann, wenn ein Staat "sich das Recht nimmt, despotisch gemäß seinen eigenen Interessen und Ideen zu entscheiden und zum Schiedsrichter dessen wird, was erlaubt ist und was nicht, was richtig und was falsch ist; weder internationale Gesetze, noch die Charta der Vereinten Nationen reichen aus, um die Flut zu bändigen...".[17] Unter schwerstem Ringen hielt Hromádka auch in dieser Situation seiner theologischen Geschichtsschau konsequent die Treue. Das Vertrauen in die CFK stand auf dem Spiel.

Für Hromádka war klar, das auch die CFK nun noch mehr als immer schon starker Kritik ausgesetzt sein würde - aber jetzt "nicht nur seitens unserer Gegner, sondern

auch von unseren Freunden und sympathisierenden Beobachtern"[18] . Umso erstaunlicher - und von außergewöhnlicher geistiger Kraft zeugend! –, daß er hier nicht zur Apologeetik aufrief und zur Selbstverteidigung des eigenen Standpunktes griff, sondern demütig Selbstkritik übte und zur Umkehr mahnte: "Wir müssen tief in unsere ehemaligen Beziehungen schauen und nach den Unzulänglichkeiten in unserem geistigen Leben, in unserer Ernsthaftigkeit - und auch in unseren Taten suchen." Ganz im Stile seiner lebenslang eingeübten Ideologiekritik analysierte er: "Wir arbeiten auf zwei Ebenen, die manchmal innerhalb unserer Bewegung in Konflikt geraten, manchmal zusammenführen und manchmal vollkommen verschiedene Wege gehen... Wir betrügen uns oft selbst. Wir verschleiern mit unserem christlichen Vokabular entweder unsere politischen Vorurteile und nationalen Interessen oder unsere rein persönlichen Auffassungen. Vielleicht tun wir das alle. Ich schließe mich selbst nicht aus. In der kommenden Zeit unserer Tätigkeit werden wir herausgefordert - wenn wir eine fruchtbare Tätigkeit für die heutige Menschheit leisten wollen –, wesentlich strenger gegenüber uns selbst zu sein."[19]

Trotz Hromádkas Warnungen vor Unbußfertigkeit und Rechthaberei und seiner Mahnung zu differenzierter Analyse kam es bald nach seinem Tod zu einer Spaltung innerhalb der CFK, die bis heute nicht geheilt und überwunden wurde. Erst in den Jahren nach der Wende in Ostdeutschland und der "samtenen Revolution" in der CSSR gab es gute Ansätze, die Entscheidungen von 1969 bis 1972 und das Verhalten in den Jahren danach kritisch aufzuarbeiten. Man wird sehen, inwieweit Hromádkas Erbe hier Früchte trägt. In seinem Sinne läge jedenfalls eine bußfertige Erneuerung und Bereinigung der Beziehungen. Wie recht Hromádka mit seiner Einschätzung der Ereignisse von 1968 hatte, zeigt sich deutlich an der späteren Beurteilung seiner eigenen Person und Theologie. Auch hier stellt das Jahr 1968 einen deutlichen Bruch in der Rezeptionsgeschichte dar. Der dadurch wieder bestärkte und neu aufkommende Antikommunismus im Westen wie im Osten - und hier noch hinzukommend das mangelnde ökumenische Bewußtsein - macht es sehr schwer, durch dieses Feindbild hindurch Person und Werk von Hromádka richtig einzuschätzen.

Dabei liegt Hromádkas Bedeutung auf der Hand. Sicher fehlten bei ihm noch wesentliche ökonomische Einsichten, die z. B. aus christlicher Sicht Helmut Gollwitzer formuliert hatte. Dafür wies seine Benutzung des Begriffs "Klassenkampf" über die marxistische Analyse hinaus und bezeichnete ein globales Ringen darum, daß nicht nur die reichen Völker über die Zukunft entschieden, sondern daß Milliarden von Menschen Garantien gegen Hunger und politische Machtlosigkeit, gegen mangelnde Bildung und schleichenden Tod erhalten. Hromádkas Analyse der europäischen Verhältnisse und der internationalen Beziehungen hat sich weitgehend bestätigt, ihre Tragfähigkeit bis heute bewährt.

Sein wichtigstes Vermächtnis: Evangelium ist immer Ideologiekritik - "Dritter Weg" zwischen allen "Ismen", der Weg Gottes zum Menschen in dessen von ihm selbst geschundener Welt über die Grenzen von allen Kirchen, Religionen und Weltanschauungen hinaus. Christliches Zeugnis in seiner Dimension als Schöpfungsökumene, als

Antwort auf eine alles nivellierende konsumfetischistische Globalisierung - dafür finden sich bei Hromádka Bausteine in großer Zahl zum Aufbau einer demokratischen und freien, sozialen und gerechten Gesellschaft.

---

1 Zit. nach Milan Opocensky: Sprung über die Mauer. Ein Hromádka-Lesebuch. Wuppertal 1991: 67.
2 Josef L. Hromádka: Mein Leben zwischen Ost uns West, 1968: 36.
3 J. Smolik: Josef L. Hromádka. Biographische Skizze, in: Josef L. Hromádka, Leben und Werk. "Begegnungen" der Ev. Akademie Mühlheim/Ruhr, 4/1989: 11f.
4 Zit. nach J. Smolik: Josef L. Hromádka... : 12.
5 Die Sendung der Tschechoslowakei im heutigen Europa, 1945, zitiert nach Milan Opocensky: Sprung über die Mauer... : 171.
6 Josef Lukl Hromádka - ein Theologe von ökumenischer Weite. In: Ökumenische Rundschau. Frankfurt/M. 3/1989: 266.
7 Zit. nach: W. Wittenberger: Die Weltgeschichte als Weltgericht. Hromádkas Amsterdamer Rede 1948. In: 50 Anniversary of the WCC; Challenges og Remembering. To the Honour of. J.L. Hromádka. Praha 1998: 27.
8 Ein Brief an Karl Barth in: Milan Opocensky: Sprung über die Mauer... : 207.
9 Die verantwortliche Gesellschaft, zit. nach Milan Opocensky: Sprung über die Mauer... : 223.
10 Ebd.: 222.
11 Ebd.: 215.
12 Ebd.: 224.
13 Rettet den Menschen - Friede ist möglich. Zit. nach Milan Opocensky: Sprung über die Mauer... : 355.
14 Memorandum zur Intervention am 21. August 1968. Zit. nach Milan Opocensky: Sprung über die Mauer... : 412f.
15 Ebd.: 412.
16 Ebd.: 423.
17 Ebd.: 428.
18 Ebd.: 429.
19 Ebd.: 429f.

An der Wiege des Förderkreises – erste Schritte

Vortrag in der Festsitzung "10 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V." am 5. Mai 2001 am Sitz der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Finckensteinallee 63 in Berlin-Lichterfelde

Klaus Höpcke

Erstmals öffentlich erwähnt wurde der Förderkreis, an dessen zehnjähriges Bestehen wir jetzt erinnern, bereits sechs Monate vor seiner Gründung. Und zwar in einer Plenarsitzung der Volkskammer der DDR am 13. September 1999. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag, der darauf hinauslief, der PDS das zentrale Parteiarchiv der SED wegzunehmen, die Partei von diesem wertvollen Besitz historischer Zeugnisse zu enteignen, das Archiv zu verstaatlichen.

Die Rede, die ich in dieser Volkskammertagung gehalten habe, möchte ich im Wortlaut an den Beginn meines heutigen Vortrags stellen, veranschaulicht sie als authentisches Zeitdokument doch möglicherweise die Turbulenzen der damaligen Auseinersetzungen und die Brisanz der prinzipiellen Fragen, um deren Lösung gestritten und gerungen wurde, besser als es nachträgliche Betrachtungen könnten.

Wie Sie sich denken können, sprach ich mich entschieden gegen den Antrag auf Verstaatlichung des Archivs aus; hier der Text:

Volkskammerrede vom 13. September 1990

Das unserer Partei gehörende Archiv stellt eine einzigartige Sammlung historischer Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und sozialer Bewegungen in Deutschland von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Gegenwart dar. Sein Wert besteht in der Reichhaltigkeit und Geschlossenheit seiner Bestände: Marx-Engels-Bestand, zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis 1945, historisches Archiv der KPD, Archivgut der SED, etwa 270 dokumentarische Nachlässe bzw. Teilnachlässe verstorbener führender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung bis 1989 sowie 2500 Erinnerungsberichte, Sammlungen zum Nationalkomitee "Freies Deutschland" und zur deutschen antifaschistischen Emigration, zur Novemberrevolution, zum Reichstagsbrandprozess, zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der BRD und eine Bild-, Film- und Tondokumentensammlung.

Breitester Zugang gesichert

Eine auf der Bundesarchivgesetzgebung beruhende neue Benutzungsordnung ermöglicht breitesten Zugang zu den Quellen. Es gibt keinerlei parteipolitische Einschränkung, bisher etwa 900 Benutzer im Jahr. 2000 schriftliche Anliegen sind bearbeitet worden. In diesem Jahr (1990) hat sich die Benutzung verdreifacht, und es wird dort

Forschung betrieben, sowohl von Bürgern unserer Republik und aus der Bundesrepublik als auch aus anderen Ländern, wo eben erforscht wird, wo die Partei recht hatte und wo sie nicht recht hatte, und wo erforscht werden kann und wird, wie die Vereinigung zwischen KPD und SPD vonstatten gegangen ist. Übrigens, auch die Rosa-Luxemburg-Veröffentlichung, aus der hier zitiert worden ist, ist eine Arbeit, ist eine Hervorbringung dieses Institutes.[1] Es muß festgestellt werden, daß die vorgebrachten Begründungen zur geforderten Abgabe des SED-Schriftgutes in keiner Weise gesetzlich und sachlich stichhaltig sind.

Das Parteiarchiv archivierte das Schriftgut der SED, also die in den Registraturen dieser Partei produzierten Unterlagen. Das entspricht genau dem geforderten Provenienz-Prinzip (archivarische Ordnung nach Ursprung bzw. Herkunft), nicht zu verwechseln mit dem Pertinenz-Prinzip, also Zugehörigkeit nach Sachgebieten wie Wirtschaft, Kultur, Außenpolitik usw. Die unbestrittene Verflechtung von Partei und Staat und die Personalunion führender Funktionäre sind keine Begründung dafür, daß das bei den Parteiorganisationen entstandene Schriftgut seinem Wesen nach nun staatlich sei.

Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die in Splittern vorhandenen staatlichen Dokumentationen in zweifacher Überlieferung, sowohl in den entsprechenden staatlichen Organen und damit in Archiven als auch im Parteischriftgut und damit im Parteiarchiv, vorliegen. In diesem Archiv gibt es keine staatlichen Bestände, weil es dafür nicht zuständig ist.

Die Akten des faschistischen Staates mit Dokumenten über die Verfolgung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die während der 50er Jahre von der Sowjetunion direkt an das damalige IML übergeben worden waren, sind im Mai 1990 an die Staatliche Archivverwaltung abgegeben worden. Die staatliche Dokumentation nach 1945 ist in den Staatsarchiven zu suchen.

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Angebote zur Aufnahme von Verhandlungen über die Abgabe von Schriftgut nach den Grundsätzen der staatlichen Provenienz an das Zentrale Staatsarchiv, nach den Grundsätzen der außenpolitischen Provenienz an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bisher abgelehnt wurden. Ich erinnere Sie daran, daß das als eine Begründungsformulierung im Antrag vorkommt. Vielmehr gibt es eine klare Stellungnahme in einem Brief vom 7. August 1990 an die Direktorin des Zentralen Staatsarchivs Potsdam, während uns Ansprüche des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten bis zum heutigen Tag überhaupt nicht bekannt waren.

Im übrigen stellt sich die Frage, warum hier dann nicht gleichzeitig auch die Parteiarchive der CDU, LDPD, NDPD und DBD behandelt werden. Führende Kräfte dieser Parteien bekleideten gleichermaßen Staatsämter. Ich stelle diese Frage, aber ich wäre bei diesen Archiven ebenfalls nicht für die hier, bezüglich unseres Parteiarchivs, vorgeschlagene Verfahrensweise, die wir generell nicht für gut halten.

An dieser Stelle sei ferner hervorgehoben, daß es ein international praktiziertes Prinzip ist, dokumentarische Nachlässe von Personen, die oft ein halbes Jahrhundert um-

fassen, nicht auseinanderzureißen. So ist es in dem Staat, dessen Teil wir in Kürze werden, völlig normal, daß die Archive parteinaher Stiftungen auch die Nachlässe ihrer Politiker aufbewahren: Das Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung bewahrt z. B. die Nachlässe bzw. Personenfonds von Eugen Gerstenmaier, Bundestagspräsident, Kurt-Georg Kiesinger, Bundeskanzler/Ministerpräsident, Hans Globke, Staatssekretär. Im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt es die Personenfonds der ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Ich muß auch auf folgendes hinweisen: Vertrauensvoll haben Persönlichkeiten bzw. deren Hinterbliebene wertvolle dokumentarische Nachlässe in unserem Archiv hinterlegt, beauflagt mit der Maßgabe, daß bei Auflösung des Archivs, Weitergabe an Dritte oder Herausnahme aus dem Zuständigkeitsbereich der PDS die Rückgabe an den Eigentümer erfolgt. Das gilt z. B. bezüglich der Nachlässe von Ulbricht, Pieck, Ebert, Kurt Eisner u. a. Hingewiesen sei auch auf internationale Gesichtspunkte, die berücksichtigt werden müssen. Hier liegt auch das Schriftgut von solchen Parteien, die aufgrund der Bedingungen in ihren Ländern illegal tätig sein müssen. Sie sind sozusagen im Vertrauen zu dieser brüderlich verbundenen Partei hierher gegangen. Meiner Meinung nach wäre es unverantwortlich, sie aus diesem Zusammenhang herauszureißen.

Nichtstaatliches Archivgut unantastbar

Auf welcher rechtlichen Grundlage soll eigentlich die De facto-Enteignung oder Verstaatlichung vor sich gehen? Die geltende Verordnung über das staatliche Archivwesen in der DDR vom 11. Mai 1976 regelt ausschließlich die Erfassung und Sammlung von in Volkseigentum befindlichem Archivgut und durch Schenkung und andere Rechtshandlungen in Volkseigentum übergegangenes Archivmaterial. Danach ist im privaten Eigentum oder im Besitz oder Eigentum von Parteien und von Kirchen stehendes Archivgut wie jedes Organisationseigentum von den rechtlichen Regelungen zum Archivwesen der DDR ausgenommen. Nach § 18 der Archivordnung können staatliche Archive Archivgut von Organisationen und Bürgern übernehmen, das ihnen in verschiedener Weise angeboten wird. Ein Zugriffsrecht auf nichtstaatliches bzw. nicht in Volkseigentum stehendes Archivgut steht den staatlichen Archiven nicht zu. Wer das wollte, müßte die Verfassung bzw. in dem Staat, in den wir hineinwachsen, das Grundgesetz, ändern. Die Unantastbarkeit des nichtstaatlichen Archivgutes und das ausschließliche Verfügungsrecht durch den jeweiligen Eigentümer werden im § 10 der ersten Durchführungsbestimmung zur Archivordnung gesichert.

Die PDS fühlt sich im Sinne des Kulturgutschutzgesetzes vom 3. Juli 1990 voll verantwortlich für die Erhaltung und Pflege sowie Unveräußerlichkeit des durch das Archiv verkörperten Kulturgutes in seiner historisch gewachsenen Geschlossenheit. Ich weise die Unterstellung zurück, daß Teile dieses Archives veräußert oder an Dritte weitergegeben werden sollen. Es wird im Gegenteil – nicht nach unserem eigenen Entschluß, wie Herr Geisthardt, Fraktion CDU/DA, das dargestellt hat, sondern nach

der Aufforderung, die Tresorräume des Hauses der Parlamentarier und der Bundesbank bis Jahresende zu räumen – dem geistig-kulturellen Leben erhalten, bewahrt und fortgeführt.

PDS erfüllt Anforderungen des Kulturgutgesetzes

Sein Schutz und seine gesellschaftliche Nutzung sind gewährleistet. Die wissenschaftliche Arbeit mit den Archivmaterialien wird gefördert und ist im Rahmen der geltenden Archivordnung nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes einschließlich des Datenschutzes gewährleistet. Es ist sicher aufbewahrt und vor Schaden und Verlust geschützt. Die Anforderungen des Kulturgutgesetzes werden damit erfüllt. Das Archiv wird fachmännisch in das Gebäude des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung umgelagert und bald wieder benutzbar sein.

Geplant ist unsererseits, das Archiv zu unterstützen, einen gemeinnützigen Verein "Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung" zu gründen. Dazu haben bereits Verhandlungen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung stattgefunden, und es wurde Konsens in den Satzungen des paritätischen Vereins erreicht. Das bedeutet, es soll gesichert werden, daß das Archiv der Allgemeinheit dient. Der Verein entspricht § 52 der Abgabenordnung der DDR vom 22.06.1990 sowie der der BRD, die die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur abhängig machen.

Die Konsultation von Vertretern staatlicher Organe künftiger gesamtdeutscher Verantwortung ergab, daß die angestrebte Lösung als sinnvoll angesehen wird. Die Förderung von Wissenschaft und Kultur wird durch das in den Verein einzubringende Archiv erfüllt, speziell wegen seines bleibenden Wertes für die Erforschung und das Verständnis der deutschen Geschichte. Die einflußreiche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat in ihrer Ausgabe vom 5. September 1990 einen umfassenden, interessanten, gut recherchierten Beitrag über diese ganze Problematik veröffentlicht.

Der Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuß würde ich zustimmen. Ich würde vorschlagen, wegen des Inhalts der Materie zusätzlich eine Überweisung an den Kulturausschuß vorzunehmen.

Ein Nachtrag: Der Innen- und der Rechtsausschuß empfahlen der Volkskammer, dem Antrag auf Verstaatlichung des Archivs nicht zuzustimmen. Diese Empfehlung fand eine Mehrheit im Parlament. Zur Gründung des fast am Schluß der Rede erwähnten Vereins – als "Förderkreis Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung" (später im Plural: Archive und Bibliotheken) – kam es, wie gesagt, sechs Monate später, am 6. März 1991.

Gestatten Sie nun, in der Zeit der Tätigkeit des Förderkreises Gelungenes und Mißratenes zu skizzieren und über Akteure zu sprechen, die das Gelungene geleistet oder ermöglicht bzw. begünstigt und unterstützt haben.

Gelungenes

Erstrangig und am wichtigsten war und ist, daß *Bewahrung statt Auflösung/Vernichtung* der Archivbestände erreicht wurde. Das *wäre* auch bei Bildung eines paritätischen Vereins mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, wie während der Jahre 1990/91 angestrebt, gelungen. Es *ist* gelungen in der unselbständigen Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs gemäß dem am 23. Januar 1992 beschlossenen und am 13. März desselben Jahres in Kraft getretenen Gesetzgebungsakt.

Welchen Sinn die zuvor ins Auge gefaßte Lösung gehabt hätte, liegt auf der Hand: Gemeinsame Herkunft bzw. Berührungspunkte der Unterlagen zu Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung sprachen dafür. Aber in der politischen Kräftekonstellation jener Zeit war ein solches Vorhaben nicht realisierbar.

Bei der dann verwirklichten Variante war und bleibt aufmerksam zu beachten: Unter dem *Dach* des Bundesarchivs bleibt das Eigentum der einbringenden Parteien und der anderen Einleger an den Quellen rechtlich als Privateigentum bestehen. Und es bleibt aktuell sowohl bis heute als auch ins Künftige, ein abgewandeltes Auflösen/Vernichten weiterhin abzuwehren, das manche betreiben mit Versuchen, diese Bestände und die Arbeit mit ihnen an den Rand zu drängen.

Zum Gelungenen dürfen wir zweitens zählen: die *unzerrissene Bestandssicherung* statt Zerstreuung. Gehandelt wurde gemäß dem Provenienz-Prinzip. Um das zu gewährleisten, mußte die in der Volkskammer am 13. September 1990 vorgetragene Argumentation noch mehrfach wiederholt werden. Manche von uns kamen sich dabei wie tibetanische Mönche vor, die in immer neuen Anläufen erklären mußten, daß es nicht angeht, wie einige wollten, Papiere nach ihren unterschiedlichen Gegenständen im ganz buchstäblichen Sinne zu zerreißen, zu zerschneiden. Beispielsweise: Aus einem Politbürositzungs-Protokoll die Punkte 1 bis 3, sofern sie staatliches Handeln betreffen, ins Staatsarchiv zu verfrachten, während Punkte 4 bis 7, sofern sie Parteischulung und ähnliches zum Inhalt gehabt hätten, im Parteiarchiv belassen werden sollten.

Ein drittes Gelungenes sehe ich in der *Nutzung* aller Bestände, wofür die Voraussetzungen stetig erweitert und verbessert wurden und werden. Daß die Bestände *ohne Sperrfristen* zur Verfügung stehen, macht sie besonders interessant. Zugleich ist damit ein Problem für Zeitgeschichtsforscher verbunden, denn gegenüber der hier eingeführten neuartigen Regelung gibt es für die in den Archiven der westlichen Bundesländer liegenden Bestände kraft 30-jähriger Sperrfrist und strikteren Schutzes personenbezogener Daten eine geringere Zugänglichkeit.

Hervorzuheben sind Fortschritte in der Erschließung der Bestände und in der Verbesserung der technischen Bedingungen für die Arbeit der Archivnutzer.

Vierter Pluspunkt: *Vertrauen der Nachlassgeber* und sonstiger Einleger von Archivgut in die Stiftung. Dieses Vertrauen hat sich durchgesetzt, konnte gestärkt und erweitert werden. Anfänglich verbreitete Skepsis, Zurückhaltung, ja auch Mißtrauen sind spürbar zurückgegangen. Ich bin froh, erfahren zu haben, daß in der Stiftung das gewordene, durch Arbeit erworbene Vertrauen von allen als wertvoller Schatz betrachtet wird,

der nicht durch Enttäuschung gefährdet werden darf. Sowohl der frühere als auch der jetzige Präsident des Bundesarchivs haben wiederholt hervorgehoben, daß dieser Vertrauensgewinn nicht zuletzt dem Wirken des Förderkreises zu danken ist.

Fünftens halte ich für richtig, zum Gelungenen die *begleitenden geistigen Aktivitäten* zu zählen: das Vortragsprogramm von Förderkreis, Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und Stiftung einschließlich der Einigung über Kriterien für zu behandelnde Themen und zu beteiligende Personen sowie weitere Öffentlichkeitsarbeit.

Erlauben Sie, bitte, in Stichworten aufzulisten, worüber im Laufe der letzten Jahre in der *Vortragsreihe* gesprochen wurde. Quellenüberlieferung der KPD 1945/46, Sozialdemokraten im FDGB, Forschungsfreiheit und Persönlichkeitsrechte, Rundfunk und Fernsehen in der DDR, Betriebsräte und Gewerkschaften in SBZ/DDR, Jugendweihe in der DDR 1945–1958, Originalprotokoll der Brüsseler Konferenz der KPD 1935, neue Quellenfunde zur Geschichte des Spartakusbundes, Anfänge der Ostpolitik des DGB, Anneliese Laschitzas neue Rosa-Luxemburg-Biographie, Archivdokumente zum Bau der Mauer in Berlin 1961, Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften 1946/48, Stampfers Versuch einer Flurbereinigung zwischen Moskau und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale; die Persönlichkeiten Paul Singer, Theodor Leipart, Willi Münzenberg, Jakob Walcher, Leo Arons; Rückführung deutscher Akten aus Rußland, das Bild der Roten Kapelle in der DDR und in der BRD, Esperanto in den politischen Auseinandersetzungen 1906–1933, Frauen und Sozialdemokratie 1871–1910, Gedenkbuch für die Opfer von Ravensbrück, sowjetische Einflußnahme auf politische und soziale Probleme in der DDR 1949–1953, die Neue Rheinische Zeitung 1848/49, das Fritz-Hüser-Institut als einziges Literaturarchiv industrieller Arbeitswelt, SED und Kirchen. – Was für ein Kaleidoskop an Stoffen und Themen sozialer, politischer und geistiger Kämpfe in den letzten zwei Jahrhunderten!

Im Hinblick auf die *Auswahlkriterien* haben Förderkreis, wissenschaftlicher Beirat und Kuratorium im Verlauf der Erörterung eines auf Einschränkung hinauslaufenden Bedenkens bekräftigt: Pluralismus und große Breite sollen ausschlaggebend sein.

Über die *Mitteilungen des Förderkreises*, von denen inzwischen 19 Ausgaben vorliegen und die in einer Chronik das zehnjährige Wirken des Förderkreises detailliert vorgestellt haben[2], läßt sich sagen, daß sie informativ, sachlich und solide sind – gute Qualitätszeichen einer mehr oder weniger periodisch erscheinenden Vereinspublikation.

Missetaten

Neben Gelungenem gab es Mißlungenes – Mißratenes, noch genauer müßte man sagen: Missetaten, die zu unterlassen oder zu unterbinden nicht gelungen ist. Nach fünf Erfolgsverbuchungen nenne ich hier nur drei, woran Sie, wenn Sie wollen, so etwas wie eine Neigung zu positivem Denken entdecken können. Die drei Vorgänge, auf die ich zu sprechen komme, enthalten allerdings Negatives in geballter Ladung.

1. Die Polizeiaktion vom 31. März 1992

In der Chronik unseres Förderkreises steht zu lesen: In den frühen Morgenstunden des 31. März 1992 wird das Gebäude des IfGA und des Verbundes Archiv, Bibliothek, Technische Werkstätten in der Wilhelm-Pieck-Str. 1 von drei Hundertschaften Polizei und 50 Kriminalbeamten besetzt, womit 15 Staatsanwälten die Suche nach Belastungsmaterial für Prozesse gegen die politische Führung der DDR ermöglicht werden soll, obwohl die Staatsanwaltschaft längst Zugang zu allen einschlägigen Dokumenten hat.

Seitens der PDS wurde die Polizeiaktion als ebenso rechtswidrig wie überflüssig gewertet und zu deren politischen Zielen folgendes gesagt:

- Der Zugang zu den Unterlagen soll beeinträchtigt werden, indem sie statt im Archiv bei der Staatsanwaltschaft lagern.
- Mit dem riesigen Polizeiaufgebot soll im Berliner Wahlkampf Stimmung gegen die PDS gemacht werden, d. h. Staatsanwaltschaft und Polizei wirken als Wahlkämpfer der Berliner Regierungskoalition.
- Bundesinnenminister und Landespolizeidirektor waren vor der Polizeiaktion darüber informiert worden, "daß im Rahmen von Ermittlungsverfahren benötigte Unterlagen wie in früheren Fällen selbstverständlich auf Beschluß des Gerichts herausgegeben werden". Beide haben nicht reagiert. Dies bewies, daß es den zuständigen Behörden nicht um Aufklärung ging, sondern um Krawall.
- Unsererseits wurde auch kritisch vermerkt, daß hier Volksvermögen durch unnötiges Polizeiaufgebot verschleudert worden ist, während im Kampf gegen Mörder, Räuber und Vergewaltiger Polizeikräfte fehlen.
- Schließlich gab's noch den Hinweis, daß der Beschlagnahme-Beschluß des Gerichts zu allem Übrigen auch noch rechtlich falsch, gesetzwidrig ist, weil er sich auf die PDS bezieht, während gemäß dem seit 28. März 1992 in Kraft getretenen neuen Änderungsgesetz zum Bundesarchivgesetz der Beschluß sich auf das Bundesarchiv hätte beziehen müssen. Die Rechtsbehörde kannte die rechtlichen Regelungen nicht.

Es gibt nichts, was geeignet wäre, die unerhörte Polizeiaktion vom 31. März 1992 nachträglich schön zu reden. Dennoch füge ich einen Nachtrag an: Unter den beteiligten Staatsanwälten gab es einige, denen der ganze Vorgang äußerst peinlich war und die nachher bei der Rückgabe korrekt, ja penibel und akribisch auf Vollständigkeit achteten.

2. Der ministerieller Eingriff in die personelle Besetzung des wissenschaftlichen Beirats

Entgegen dem sorgfältig abwägend im Kuratorium der Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" ausgehandelten Vorschlag für die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirats flatterte eine Liste auf den Tisch, in welcher der Bundesminister des Innern willkürlich ihm aus parteipolitischer Sicht nicht genehme Persönlichkeiten gestrichen hatte. Es entstand eine sehr unerquickliche Situation. *(Zwischenruf von Horst Singer: Das war Kanther. Antwort: Mag sein. Ich habe mir aber vorge-*

nommen, in diesem Teil meines Vortrags die Sünden zu beschreiben, die Namen der Sünder dagegen nicht zu nennen.)

Die ersatzweise benannten CDU-genehmen Beiratsmitglieder gingen in der Praxis recht sparsam mit ihrer Mitgliedschaft um, als sie gemerkt hatten, um welche Arbeit es sich handelt. Insofern ist die Angelegenheit von ihrem Sachgehalt her auf Dauer nicht sehr erheblich. Vom Demokratiegrundsatz her hat dennoch eines Ministers Achtung – bzw. im vorliegenden Fall: Nicht-Achtung – vor den ihn beratenden Gremien die Aufregung gerechtfertigt, die damals aufkam. Der Beirat ist aktuell nicht neu besetzt worden. Ihn gibt es augenblicklich nicht.

3. Der Umgang mit Inge Pardon

Frau Dr. Inge Pardon, die in der Zeit der Umbrüche die Leitung des Parteiarchivs übernommen hatte, die an der Spitze ihrer Kolleginnen und Kollegen für die Bewahrung, den Schutz und die Nutzung der Archivschätze sorgen half, die sich nicht zuletzt aktiv an den Überleitungsverhandlungen mit Bundesarchiv und Innenministerium beteiligte, sollte Ende 1992 plötzlich auf einer ihrer Qualifikation und ihrem erwiesenen Einsatz nicht gerecht werdenden Stelle arbeiten, während bis dahin in verschiedenen Gesprächen in und am Rande von Verhandlungen von ihrer weiteren Tätigkeit in leitender Position ausgegangen worden war. Gegen dieses Vorhaben erhob ein "Abteilung Z" genannter Behördenteil Einspruch. Und der obsiegte. Ich sagte darauf Herrn Dr. Sieghart von Köckritz, inzwischen leider verstorben, damals als Kulturabteilungsleiter im Bundesinnenministerium unser Verhandlungspartner: "Ob Sie's ärgert oder nicht, ich muß feststellen: Ihre Abteilung Z des BMI agiert wie seinerzeit 'Kadermüller' im ZK der SED – gegen personelle Entscheidungsvorschläge fachlich kompetenter Menschen."

Natürlich läßt sich rätseln, auf welcher Ebene Inge Pardon wohl heute in der Archiv-Stiftung tätig sein würde, wäre sie damals auf das – ich nenne es mal so – "niedere" Angebot eingegangen. Versetze ich mich jedoch in Gedanken zurück in jenes Damals – insbesondere zurück an den 29. Dezember 1992, an dem Gregor Gysi und ich zur Unterzeichnung des Einbringungsvertrags in Bonn waren –, dann ist mir bis heute sehr deutlich erinnerlich, wie wir hin- und hergerissen waren: Unterschreiben oder (noch) nicht? Noch nicht im Sinne von: solange es für Inge Pardons Einsatz nicht eine klare Entscheidung gibt. Um des Archiv-Fortbestands willen und der Nicht-Unterbrechung der Tätigkeit von 80 im Archiv arbeitenden Frauen und Männern haben wir schließlich signiert. Plagende Gewissensbisse wegen Inge waren die Folge, wirksam bis heute, sobald man nur daran denkt.

Ebenfalls herbe Verluste erlitt die von unserem Förderkreis unterstützte Einrichtung dadurch, daß der frühere Direktor Günter Benser und der Leiter der Bibliothek Jürgen Stroech – beide lautere und fachlich versierte Persönlichkeiten – zum hauptberuflich beschäftigten Personalbestand des Hauses nicht weiter gehören durften.

Eine weitere ungute Tat, auf die ich hier nicht in einem extra Punkt zu sprechen komme, besteht in der körperlichen Verbringung von Archivgut aus Berlin nach Sankt

Augustin und nach Gummersbach. Sie verstieß klar gegen geltende Bestimmungen, stand nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz. Darüber gab es zunächst ziemliche Erregung. Allmählich wurde das Gewohnheitsmäßige solchen Umgangs mit Gesetzen durch die Gesetzesmacher erfahren, auch durch Beobachtungen außerhalb des Archivwesens, so den Umgang eines Kanzlers und Parteivorsitzenden mit dem Parteiengesetz. Die körperliche Archivgutverbringung eröffnete Möglichkeiten des Zugriffs, von denen Außenstehende selbstverständlich nicht sagen können, wie man sich ihrer bedient hat. Platz für Argwohn und Vertrauensseligkeit gleichermaßen ist so entstanden.

Akteure, die das Gelungene geleistet oder ermöglicht
bzw. begünstigt und unterstützt haben

Im Reigen von Akteuren, denen Archiv-Stiftung und Förderkreis viel verdanken, ist als erstes noch einmal auf Inge Pardon zurückzukommen – mit höchster Einsatzbereitschaft für Erhalt und Nutzung des hier Aufbewahrten, mit ihrem Anteil daran, bei Einlegern um Vertrauen zu werben, mit der Ergänzung ihrer Qualifikation, die sie unter bundesrepublikanischen Bedingungen erwarb, mit ihrer Charakterstärke, ihrem Stehvermögen, ihrer Festigkeit in Zeiten vieler wendehalsiger Persönlichkeitsverdämmerungen. Wir danken ihr auch heute. Und stehen in ihrer Schuld.

Nicht in ausgedehnter Zeitdauer, aber in einem entscheidenden Augenblick mit der Überzeugungskraft einleuchtender Argumente wirkte Uwe-Jens Heuer im Rechtsausschuß der Volkskammer, was zur Herbeiführung des am Beginn meines Vortrags erwähnten parlamentarischen Abstimmungsergebnisses wesentlich beigetragen hat. Auch Joachim Gauck ist, was einige erstaunen wird, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, hat er sich doch in einem Gespräch mit mir vergewissert, daß es sich bei den Unterlagen in unserem Parteiarchiv wirklich um etwas anderes handelt als das Material in den Aktenschränken der Normannenstraße.

Als wichtige Akteure zugunsten eines gedeihlichen Umgangs mit dem Archiv habe ich in der Zeit des Verhandelns mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Jürgen Burckhardt und Ulrich Catarius kennengelernt. Und nachdem sich ergeben hatte, daß diese Variante keine Aussicht auf Erfolg hat, erwies sich der von Dietger Pforte und Gerd Wartenberg eingebrachte Vorschlag der Errichtung einer unselbständigen Stiftung als Ausweg.

Unseren wichtigsten Partner im BMI habe ich mit Namen schon genannt: Sieghart von Köckritz. Ihn zeichneten Verständnis für die Erfordernisse der Kultur im Osten Deutschlands sowie das Bemühen um Übereinkünfte aus. An seiner Seite wirkten Klaus Oldenhage, dem unter anderem zu verdanken ist, daß die Bezeichnung der Stiftung frei von verbaler Ehemaligisierungsmanie geblieben ist, und Hans-Günter Kowalski, der gleichbleibend konstruktiv unter vier verschiedenen Ministern gearbeitet hat.

Friedrich K. Kahlenberg, der langjährige Präsident des Bundesarchivs, hat sich bleibende Verdienste um die Stiftung schon zu einer Zeit erworben, als es sie noch gar nicht gab: Als im Zusammenhang mit der Polizeiaktion vom 31. März 1992 auch

noch Treuhand-Verlautbarungen herauskamen, die auf Entlassungen in Massenumfang hinausliefen, war er es, der umgehend für Archiv, Bibliothek und Werkstätten finanzielle Mittel bereitzustellen versprach. Auch sonst habe ich, haben wir in ihm einen von seinem Wesen her wahrhaften Demokraten schätzen gelernt – wohltuend abgehoben von Leuten, die wohl eher nominelle Demokraten zu nennen wären. Als leidenschaftlicher Archivar und Historiker gehörte Friedrich Kahlenberg zu denen, die den Anstoß gaben für die Publikation des Protokolls des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS vom Dezember 1989. Es ist erfreulich, daß die gute Zusammenarbeit zwischen Bundesarchiv und Förderkreis auch unter dem neuen Präsidenten Hartmut Weber ihren Fortgang findet.

Ich freue mich, über den zum Direktor der Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv" berufenen Konrad Reiser ebenfalls nur Gutes sagen zu können. Das ist ein leiser und weiser Mensch. Er hat sich durch aufmerksames Reinschauen mit den ihm übertragenen Aufgaben und durch kollegiale Beziehungen mit den ihm zuvor unbekannten Frauen und Männern, die an diesen Aufgaben im einzelnen arbeiten, vertraut gemacht, und bald wurde aus dem Reinschauen ein Überschauen. Ihn zeichnet ein kritisches Verständnis für hier Gesehenes aus, aber eben wirklich Verständnis – des Landesteils und der Leute, die in ihm arbeiten und leben.

Von den Historikern waren unter den Akteuren die aktivsten: Hermann Weber aus Mannheim, unter anderem mit seinem Förderkreismitglieder werbenden und um Lösungsansätze bemühten Brief vom 14. März 1991 sowie seiner ständigen Teilnahme an der Arbeit des Stiftungs-Kuratoriums; Wolfgang Leonhard, der seine Erfahrungen als Nutzer der Bestände des öfteren zur Sprache brachte – als Beleg für hier geleistete gute Arbeit – und bei seinen Auftritten, wie jüngst anläßlich der Publikation der Dimitroff-Tagebücher und bei der Vorstellung einer neuen Ulbricht-Biographie, hier eingesehene Unterlagen selbstverständlich zu Rate zog; Jochen Černy durch sein Wirken im wissenschaftlichen Beirat sowie Dieter Dowe durch entsprechende Tätigkeit im Kuratorium.

Als Einleger-Vertreter war Gregor Gysi maßgeblich an Ausarbeitung, Verhandlung und Abschluß des Einbringungsvertrags beteiligt. Darüber hinaus ist auf frühzeitig getroffene, außerordentlich wichtige Entscheidungen von grundsätzlicher Tragweite zu verweisen. Von denen sei hier jetzt nur an zwei erinnert: 1. Die Festlegung, als wir außerhalb des sonstigen Parteiarchivs auf ein spezielles Politbüro-Archiv mit besonderen Sekretierungsregeln stießen: Nichts, kein einziges Blatt daraus darf irgendwohin extra "verbracht" werden. Alles ist ins Gesamtarchiv einzuordnen.

2. Verwendung von Quellen, die Politiker der CDU, der SPD und anderer konkurrierender Parteien betreffen, in Wahlkämpfen und analogen gegenwärtigen Auseinandersetzungen kommt für uns nicht in Frage. Auf keinen Fall, auch wenn dieses oder jenes Papier diesem oder jenem besonders reizvoll, ja politisch verführerisch erscheint. – Außerdem hat Gysi gesprächsweise Wolfgang Schäuble die Archivproblematik nahegebracht.

Für die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft hat Horst Singer äußerst lebhaft Einleger-Interessen zur Geltung gebracht.

Von den Hauptakteuren im Hause, den – zwar an Zahl weniger gewordenen, dafür mit umso mehr Aufgaben belasteten – Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seien stellvertretend Elrun Dolatowski und Elisabeth Ittershagen genannt.

Mit ihrer Nennung nähere ich mich dem Würdigungshöhepunkt in dieser Stunde: Worten über Henryk Skrzypczak und Günter Benser.

Benser hat als Fortsetzer und Bewahrer seiner vorherigen Arbeit im jüngsten Jahrzehnt viel getan. Er erwies sich als fähig zu kritischer Überprüfung früherer Positionen, ohne Werte über Bord gehen zu lassen, die Bestand haben. Das kam jüngst in seiner Meinungsäußerung zu den erneuten Debatten um die Vereinigung von KPD und SPD 1946 zum Ausdruck wie zuvor in seinem Buch "DDR – Gedenkt ihrer mit Nachsicht", einem Werk, in welchem ihm nach meinem Eindruck eine interessante Verflechtung von Historischem und Persönlichem gelungen ist. Er hat deutlich voneinander abgehoben, was individuelles Erleben und daraus bezogene Erinnerungen sind und was er als Geschichtsschreiber objektiv untersuchend feststellt, und zugleich läßt er das eine in das andere übergehen. Ich empfand das als sehr anregend. Und was im engeren Sinne den Förderkreis "Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung" angeht, als deren Vorsitzender Günter Benser nun schon mehrere Jahre arbeitet, verbunden mit dem Herausgeben und Redigieren der Förderkreis-"Mitteilungen", von denen, wie gesagt, bereits die 19. Nummer erschienen ist: Da haben wir für Einfälle, Fleiß und investierten Zeitaufwand herzlich zu danken.

Henryk Skrzypczak

Bensers Vorgänger im Vorsitzendenamt, der erste Vorsitzende unseres Vereins überhaupt, war Henryk Skrzypczak, legendär seinerzeit schon als IWK-Chef. Die Buchstaben Sk (Eska) und IWK wurden gehört und gelesen wie ein Zeichen: sachliche und persönliche Verkörperung von ein und demselben Tätigkeitszweck, nämlich international wissenschaftlich über Themen und Personen der Arbeiterbewegung zu korrespondieren. Eska ist zwei Tage vor dieser unserer Festsitzung 75 geworden; guter Grund, ihn zu feiern.

Die Zeit unserer Bekanntschaft vor Augen, das in dieser Zeit Erlebte Revue passieren lassend, stimme ich jetzt ein vielfaches Lob auf Henryk Skrzypczak an. Das ist:

Lob des Archivretters.

Daß Hunderte renommierte Menschen Mitglied des Förderkreises wurden, hat vornehmlich er bewirkt. Er schrieb Briefe an die Obrigkeiten und wandte sich mit klaren Worten an die Öffentlichkeit. Er verfaßte Denkschriften zu Problemlösungen. Ihm verdanken wir interessante Vereinsveranstaltungen und den Start des nicht minder interessanten Vereinsorgans "Mitteilungen".

Lob des literarisch hochtalentierten Historikers.

Ich nenne Beispiele und bin gewiß, diejenigen, die sie kennen, werden mir zustimmen, wenn ich sage: Da ist ein Mann am Werke, der die hohe Kunst beherrscht, in

Gedanken, Mentalität, sprachliche Eigenarten der Personen, über die er schreibt, so weitgehend "hineinzuschlüpfen", daß man lesend meint, es mit den Personen höchstselbst zu tun zu haben. Ich fühlte mich bei der Lektüre an Stefan Heyms "Radek" erinnert, wobei Heym im Roman auf die geschichtliche Stimmigkeit im Ganzen verpflichtet ist, während bei Skrzypczak außerdem jede Tatsache im einzelnen ebenfalls stimmen muß. Die Beispiele: "Mission ohne Mandat. Der Fall Friedrich Stampfer", "Ein Präsident auf Reisen. Erste Annäherung an ein verdrängtes Kapitel der Sozialistischen Arbeiter-Internationale" (bezieht sich auf Vanderveldes 1930er Reise nach Polen, Rußland, China, Japan, Französich-Indochina); ferner ist auf den quellenkritischen Exkurs zur Ziegenhalser Beratung der KPD vom 7. Februar 1933 hinzuweisen.

Lob des Dichters.

Im Jahre 1968 kam ein Gedichtband unseres Jubilars heraus; die grafische Gestaltung des Umschlags stammte von seiner Frau Dagmar, der auch Verse in diesem Band gewidmet sind. Ich werde die aber nicht zitieren, sondern ein Gedicht politischer Lyrik, in dem die für Skrzypczak charakteristische Diktion besonders stark hervortritt:

Letztes Angebot

Arbeitslos – doch ohne Schuld,
daß mein Typ hier nicht gefragt ist
und mein Selbstgefühl zernagt ist,
reißt mir langsam die Geduld.

Da ich anders nicht mehr kann
und vom langen Warten steif bin,
außerdem auch abschußreif bin,
biet ich mich zum Abschuß an.

Für den Satellitenstart
merkt mich vor. Ich mach es billig.
Ich geh frei- und weltraumwillig
auf die große Himmelfahrt.

Tiere schützt der Schutzverband.
Nehmt kein Vieh. Es ist bequemer,
ihr nehmt mich, den Arbeitnehmer
z.b.V. im Wartestand.

Gebt mich auf – als Menschenfracht.
Meine Mutter kann dann sagen
(wenn die Nachbarn wieder fragen):
"Er hat's doch noch weit gebracht."

Unten stirbt es sich gemein.
Oben lockt's mich, das gesteh ich.
Wenn ich oben eingeh, geh ich
in die Weltgeschichte ein.

Keimfrei sterben ist zudem gesund.
Ja, und falls – es dürfte kaum passieren –
Menschenschutzvereine protestieren,
könnt ihr reinen Herzens dementieren:
"Was da umkam, war ein armer Hund."

Desweiteren ein Lob auf den meisterhaften Polemiker.

Hier denke ich vor allem an seinen im September 1999 zu einem Referat von Eric Hobsbawn auf der 35. Linzer Konferenz über "Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung" gehaltenen Diskussionsbeitrag. Ich kenne keine gründlichere und schärfere Abrechnung mit dem Schröder/Blair-Papier. Die "junge Welt", Berlin, die den Text am 21. und 22. November 2000 veröffentlichte, stellte ihn in Abwandlung der UTOPIE-Beschreibung "Kein Ort. Nirgends" unter die Überschrift „Kein Marx – nirgends".

Und schließlich ein Lob auf den freundschaftlichen,
kameradschaftlichen Zeitgenossen.

Daß ich Henryk Skrzypczak kennenlernen konnte, daß in unserem Verhältnis zueinander aus Bekanntschaft Freundschaft wuchs, gehört für mich zum Schönsten, das die Einheit des Landes brachte.

1 Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Dietz Verlag Berlin. 1990, zuvor 1974 in Band 4 der im gleichen Verlag erschienenen Gesammelten Werke: 359.

2 Siehe Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zu Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 19, Beilage.

Biographische Skizzen

Georg Böhning (1788 – 1849). Das unbekannte Leben des ausgeforschten Uhrmachers und mobilen Perpetuisten der Revolution.

Gerhard Beier (✞)

Am 13. Dezember 2000 verstarb in Kronberg/Ts. 63jährig Dr. phil. habil. Gerhard Beier, einer der führenden deutschen Gewerkschaftshistoriker. In der BzG veröffentlichte er zwei biographische Skizzen: Heinrich Deist (1874-1963). Ein vergessener Ministerpräsident der Sozialdemokratie, in H. 3/1999 und Das ungehörte Lied vom braven Mann. Alwin Brandes (1866-1949), in H. 2/2000. Weitere sollten folgen. Bei diesen Skizzen ging es Gerhard Beier darum, wie er in einem Brief mitteilte, "möglichst vergessene Biografien auszugraben, über die (zumindest in diesem - 20.- d. Red. - Jahrhundert) noch keine gedruckte Lebengeschichte vorgelegt wurde"; er wollte über weitere "zu Unrecht vergessene Persönlichkeiten" schreiben, "weil es eine edle Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist, Vergessenes an den Tag zu bringen und nicht unbedingt die ewig gefeierten Sieger der Geschichte wieder und wieder in ihrem Walhalla zu besingen". Davon geleitet, sandte er Ende 1999 an die Redaktion die schriftliche Fassung seines Vortrags, den er am 17. August 1999 über Georg Böhning zum Gedenken an dessen Opfertod in den Kasematten von Rastatt anläßlich der Einweihung der Gedenkplatte in der Wilhelmstraße zu Wiesbaden gehalten hatte, wo der "Aachener Hof" stand, den Böhning als Badehaus und Kurhotel, aber auch als Unterschlupf für verfolgte Freiheitskämpfer zu nutzen verstand. Dem Vortrag war eine "Kurze Lebenschronik" angefügt, beide in dem von G. Beier herausgegebenen "Kronberger Bogendruck", 9. Jrg., Nr. 9/1999, publiziert. "Der Böhning", schrieb Gerhard Beier, "müßte zur Veröffentlichung in der BzG in eine andere Form gebracht werden, weniger chronikalisch und denkmalhaft, stärker essaystisch." Dazu ist es nicht mehr gekommen.

In ehrendem Gedenken an Gerhard Beier veröffentlichen wir im folgenden seinen Beitrag über Georg Böhning in der uns zugegangenen Form, leicht gekürzt.

Aus der Geschichte lernen heißt, nicht festhalten, sondern verabschieden, heißt erkennen, was längst gestorben ist, und wiederbeleben, was in der Geschichte angelegt war und niemals starb. Revolution im ursprünglichen Sinn des Wortes – und ich berufe mich dabei auf die Philosophin Hannah Arendt – meint die Rückkehr zu den Wurzeln der Menschheitsgeschichte, und zwar der zivilisierten Menschheit, die eine Geschichte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit ist. Die Freiheitskämpfer begannen im Vormärz nicht als Gesellschaft mit beschränkter Haftung, nicht

als Aktiengesellschaft und nicht als Kommanditisten, auch nicht als Barmer Ersatzkasse und als Volksfürsorge. Sie lebten weder in Versicherungspalästen noch in Landrovern und Luxuslimousinen. Sie reisten per pedes, hausten in den Straßen, zelteten in Wäldern und schliefen in Herbergen. Sie litten Elend, waren marode, wurden verfolgt und erschlagen und erstrebten gleichwohl erhabenere Ziele als manche Herrschaften, die sich heute als politische Klasse zu titulieren belieben.

Wir wissen wenig über Georg Böhnings Schulzeit und Ausbildung. Der Hang zum Abenteuer, die romantische Neigung zum vagabundierenden Leben in der freien Natur, die Liebe zu Philosophie und Dichtung, zu Schillers Räubern und zu Gelegenheitsversen aus politischer oder erotischer Motivation – das scheint den stattlichen und vitalen jungen Mann umgetrieben zu haben. Die Lust an der höheren formalen Bildung war ihm früh ausgetrieben worden, denn der Pfarrer und Pädagoge Salomo Schellenberg verpaßte ihm wegen eines Streiches, der die Klassenkameraden beim Morgengebet zum Lachen reizte, zwölf Stockhiebe auf den Hintern. Daß solche Behandlung zweihundert Jahre später als "Traumatisierung" bezeichnet würde, konnte damals niemand ahnen, daß aber die Prügelstrafe ungeeignet war, um freundliche Charaktere zu erzeugen, das war seit Walter von der Vogelweide und spätestens seit Johann Heinrich Pestalozzi unter gebildeten Leuten, unter aufgeklärten Pädagogen und glaubensstarken Geistlichen hinlänglich bekannt.

Böhning wurde kein Frömmler und kein kirchengläubiger Mann. Er stammte aus protestantischem Milieu und neigte zur Freigeisterei, die seinerzeit schamhaft als "deutschkatholisch" umschrieben wurde. Es war die Religion und Kirche des Robert Blum, des Nees von Esenbeck, die Weltanschauung des Weimarer Musenhofes und letztlich der Pantheismus, eine religiöse Einstellung, die sich auf die Philosophie des Baruch Spinoza – eines Amsterdamer Linsenschleifers und Philosophen – stützte.

Die Schulbildung Böhnings kann nicht schlecht gewesen sein, denn seine Handschrift, die in den Polizeiakten überliefert ist, zeigt einen ansprechenden Duktus von gelegentlich kalligraphischer Schönheit. Böhning lernte die Uhrmacherei bei seinem Vater und wurde schon in jungen Jahren "Hofuhrmacher" genannt. Er begnügte sich nicht mit handwerklicher Borniertheit und altem Zunftgeist, der seinen Fleiß und seine Kenntnisse auf nur einen Gegenstand richtete. Böhning blieb nicht bei seinem "Leisten". Er galt als begabter Mechanikus. Heute würde er Ingenieur genannt werden.

Sein Hauptberuf war und blieb freilich der des "Uhrmachers", und so sollte es auch in seinen Lebensbeschreibungen bleiben. Böhning stammte aus einer weitverzweigten Dynastie von Uhrmachern. Die Nähe zu einem rational-technischen Weltverständnis und Menschenbild – der Mensch als Maschine und Gott als Chronometer – war dafür typisch; aber auch der Umgang mit den Köhlern und Uhrmachern am Oberrhein, im Schwarzwald und in der freien Schweiz bis ins Rhonetal, Savoyen und Norditalien bestimmte das politisch-gesellschaftliche Bewußtsein dieser Leute – von den Befreiungskriegen über die Julirevolution von 1830 bis zur europäischen Revolution von 1848.

James Watt (1736-1819), der Erfinder der Dampfmaschine, war gelernter Uhrmacher. Die gelernten Uhrmacher wanderten durch Europa, gelegentlich auch durch Vorderasien und Nordafrika. Sie besuchten vor allem ihre Kollegen in der Schweiz und übernahmen dort das freiheitliche Denken der Eidgenossen wie der revolutionären Geheimbünde. Im Bund der Kommunisten gab es eine Reihe führender Leute, die den Beruf des Uhrmachers erlernt hatten: Joseph Moll (1812-1849) aus Köln zählte 1840 zu den Stiftern des deutschen Arbeitervereins in London und übernahm 1848 mit Karl Schapper aus Nassau die Leitung des Kölner Arbeitervereins. Philipp Jakob Schöppler (1804-1870), Uhrmachermeister aus Mainz, stammte aus einer jakobinischen Klubistenfamilie, war mit Böhning befreundet. Er leitete den Demokratischen Verein in Mainz und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des dortigen Arbeiterbildungsvereins.

Neben dem Uhrmacher ist der Hotellier zu nennen, der Böhning nach seiner Rückkehr aus dem griechischen Freiheitskrieg ab 1827 wurde. Im "Aachener Hof", einem Badehaus, Hotel und Restaurant an der Wilhelmstraße, diente er der Volksgesundheit auf ganz eigene Weise. Er beherbergte nicht nur Badegäste, sondern mit Vorliebe russische und polnische Emigranten, die nach dem gescheiterten Dekabristenaufstand und nach dem polnischen Aufstand von 1830 in den Westen kamen, unter ihnen begüterte Leute. Zugleich waren Herbergen dieser Art die wichtigsten Treffpunkte und Nachrichtenbörsen für burschenschaftlich orientierte Studenten und frühsozialistisch angehauchte Handwerksburschen: Schneider und Schlosser, Schuhmacher und Sattler, Maurer und Zimmerleute, Gold- und Silberschläger, die damals das Gesicht des arbeitenden Volkes bestimmten.

Böhning war kein Militarist, aber ein erfahrener und tapferer Soldat. Es scheint den strebsamen Mann in seinem Selbstgefühl erhoben zu haben, als er in den Befreiungskriegen zum Offizier ernannt werden konnte, was in Preußen lange dem Adel vorbehalten blieb. Freilich wurde er niemals Berufssoldat, sondern pflegte weiter seinen bürgerlichen Beruf. Als Mechanikus wußte er mit Pistole und Gewehr umzugehen. Seine Teilnahme am griechischen Befreiungskrieg als Freiwilliger einer "internationalen Brigade" – wenn diese modernisierende Charakteristik hier erlaubt ist – sammelte er reiche Erfahrungen in schwierigem Gelände – geographisch, politisch und gesellschaftlich. Ein Jammer, daß wir nicht mehr verläßliche Informationen darüber besitzen. – Böhning kommandierte die Wiesbadener Bürgerwehr an jenem denkwürdigen 4. März 1848, der eine unblutige und siegreiche Revolution wurde. Zu beiden trug Böhning wesentlich bei – zum revolutionären Erfolg wie zum unblutigen Verlauf. Es war gar keine kleine Truppe, die er zu kommandieren hatte, denn es wurden tausende Gewehre ausgegeben. Bemerkenswert scheint besonders, daß Böhning die demokratische Wahl der Offiziere und Mehrheitsentscheidungen in Grundsatzfragen des Reglements einführte. Wer studieren will, was allgemeine Volksbewaffnung und demokratische Wehrverfassung bedeuten kann, der findet in Böhning und der Wiesbadener Bürgerwehr ein bemerkenswertes Studienobjekt. Böhning fiel als ein "Soldat der Revolution", ein Ehrentitel, den noch Wilhelm Liebknecht für sich in Anspruch nahm,

als er im Kaiserreich angeklagt wurde, weil er den Krieg gegen die französische Republik abgelehnt hatte.

Der große Napoleon meinte, im Krieg sei eine Druckerpresse ebenso wertvoll wie eine Division. Der Kampf mit Pulver und Blei ist häufiger mit der Wirkung von Drukkerschwärze und Lettern verglichen worden. Auf jeden Fall entspricht der Kampf mit Wort und Buch einer höheren Stufe der Zivilisation als die Auseinandersetzung mit Blut und Eisen. Böhning ist nicht als Hofbuchdrucker oder Verleger bekannt geworden. Gleichwohl wurde er "Buchdrucker" genannt, wozu zwei Episoden beigetragen haben: Als er sich in Griechenland auf der Insel Hydra niederließ, gründete er zusammen mit einem Partner eine Druckerei, die freilich am Widerstand der Einheimischen scheiterte. Zurück in Deutschland, muß er im "Aachener Hof" eine kleine Geheimdruckerei eingerichtet haben, die im Buchdruck oder auch als lithographische Presse betrieben wurde. Insbesondere der Druck von politischen Flugblättern unterlag strengster Zensur und wurde polizeilich verfolgt. Dieselben Blätter waren es, die im revolutionären Klima des Vormärz größte politische Wirkung hatten. Die kleinste "Quetsche" war geeignet, um hunderte Abzüge zu fertigen, die als geheime Botschaften von Hand zu Hand gingen. Diese Verkehrsformen ähneln auffällig denen des Arbeiterwiderstands gegen Hitlers Gewaltherrschaft. Böhnings Geheimdruckerei wurde niemals entdeckt. Gleichwohl muß er nicht nur materiell, sondern auch bewußt mit den Gutenbergjüngern in Mainz, Frankfurt und Wiesbaden verbunden gewesen sein. Sie bildeten einen aktiven Vortrupp der Revolution, und zwar durchaus in Absprache und Verständigung mit liberalen Prinzipalen. Die Gutenbergfeiern in Mainz 1837, in Frankfurt 1840 und alljährlich in allen "Kunsttempeln" waren Feste der Pressefreiheit, der geistigen Aufklärung und der politischen Emanzipation. Böhning nahm nachweislich an ihnen teil. Der Gutenbergmythos wie der beschleunigte Rhythmus der Dampfschnellpressen zählten zu den wichtigsten Antrieben der revolutionären Bewegung.

Der jüngere Robert Blum (1807-1849) bewegte sich ähnlich wie Böhning als "Ehrenbuchdrucker" unter den revolutionären Kampfgefährten. Er verband wie Böhning das Schauspielerische mit dem politischen Kampf, war aber mehr Literat und weniger Soldat, mehr Berufspolitiker als Böhning und weniger Kunsthandwerker. Beide verehrten Friedrich Schiller und beide dilettierten als Literaten und Dichter, Blum freilich mit weit größerem Erfolg. Beiden gemeinsam war der unerschrockene Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, für eine Verfassung und ein vereinigtes Vaterland, die liberale Gesinnung und der unbeugsame Wille bis in den politischen Opfertod für die gemeinsame Sache. Wie Blum sich in das belagerte Wien begab, um mit Leib und Leben für die Kampfgefährten einzutreten, so tat es Böhning ein halbes Jahr später in der Reichsverfasssungskampagne und in der Festung Rastatt. Beide hätten sich bequem auf und davon machen können – in die Schweiz und nach Amerika. Beide hingen übrigens dem deutschkatholischen Glauben an. Beide sind auf ihre Weise unsterblich geworden, auch wenn sie tot sind "wie Robert Blum". So heißt es sprichwörtlich im Nassauischen wie im Rheinland. Beide verdienten mehr Denkmäler als mancher Feldherr und Menschenschreck, der überlebensgroß in Erz gegossen wurde.

Wer weiter fragt, wer Böhning war, braucht wissenschaftlich fundierte und schriftstellerisch ausgearbeitete Aufklärung über das widersprüchliche und lehrreiche Beispiel dieses Freiheitskämpfers. Trotz aller bemerkenswerten Neuerscheinungen fehlt bis heute eine problemgerechte Monographie über das wissenschaftlich unbekannte Leben des polizeilich ausgeforschten Uhrmachers und mobilen Perpetuisten der Revolution Georg Böhning aus Nassau. Das hohe Maß seiner Ausgeforschtheit durch die vormärzlichen Untersuchungsbehörden scheint ironischerweise einer solchen monographischen Arbeit im Wege zu stehen. Ein mehrbändiges Monument von etwa 1.000 Seiten folio in polizeilicher Handschrift harrt der Entzifferung in den Magazinen des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden.

Das Hauptstück dieser schwer zugänglichen Textmasse bildet ein periodisches Verhör in vielen Sitzungen vom Januar bis Juli 1841, das wörtlich festgehalten wurde; es beginnt mit einem Lebenslauf und füllt insgesamt 360 (dreihundertsechzig) Seiten folio. Dazu ein kleines Verhör der Gattin. Insgesamt fertige Dialoge, die nur transkribiert werden müssen, um daraus den Rohstoff für ein Revolutionsdrama zu destillieren, das die deutsche Literatur in dieser Form und mit diesem Inhalt bisher nicht kennt. Sie leichter zugänglich zu machen, künstlerisch zu verarbeiten und didaktisch auszuwerten, das wäre ein Denkmal von angemessener Art und Weise.

Lebenschronik von Georg Böhning

7. Januar 1788: Johann Georg Daniel Böhning wird in Wiesbaden geboren. Vater ist Johann Henrich Böhning, Uhrmacher zu Wiesbaden. Die Mutter Sara Feiler stammt aus Neuwied und ist Uhrmachersstochter. Am 13. Januar folgt die evangelische Taufe mit dem Oberamtsactuarius Johann Georg Daniel Reitz als Taufzeugen. Der Pädagoge und Pfarrer Salomo Schellenberg sah in der Mutter das "höchst unsittliche Weib" und tadelte dessen "lasterhaftes Leben mit seinem Liebhaber".

1789 - 1799: Es werden drei Brüder und zwei Schwestern geboren und getauft, so daß insgesamt sechs Kinder der Verbindung Böhning-Feiler aktenkundig sind, von denen Georg Böhning der älteste ist. Drei Brüder starben im Jahre 1793. Mutter Sara wird noch 1789 mit dem Familiennamen Feiler geführt.

1808: Georg Böhning beantragt die Eheschließung mit Johanette Zollmann aus Wiesbaden. Sie wurde am 28. März 1786 geboren. Ihr Vater war Oberamtssekretär und damit herzoglich-nassauischer Beamter. Sie heirateten 1810 und ziehen im gleichen Jahr nach Duderstadt, wo Böhning Uhrmacherei und Weinhandel betreibt.

1813: Rückkehr nach Wiesbaden.

1814/1815: Militärdienst als Wiesbadener Bürger und Oberleutnant im nassauischen Landsturm, Teilnahme an den Befreiungskriegen gegen die französische Fremdherrschaft. Böhning ist als Offizier nicht besoldet und betreibt unterdes weiter sein Geschäft in Wiesbaden.

1821: Der Uhrmacher Georg Böhning, Betreiber einer Caffee & Weinwirtschaft, wird für die Steuer mit einem Vermögen von 800 Gulden veranschlagt, wovon 500 Gulden auf die Uhrmacherei und 300 auf die Weinwirtschaft entfallen. Er gilt als ein

”genialer Mechanikus”, besonders als ”ein Meister in der Uhrmacherei”, ist aber mit seinem Stande nicht zufrieden. Es treibt ihn ”höher hinan”.

1821-1829: Griechischer Freiheitskampf gegen die Türkenherrschaft. Philhellenen aus ganz Europa unterstützen die Griechen in Word und Schrift und durch Freischärler. Der englische Dichter Lord Byron fällt. Der Krieg endet mit dem Frieden von Adrianopel und der Unabhängigkeit Griechenlands.

1822: Georg Böhning läßt sich von wandernden Schaustellern engagieren und zieht mit ihnen kreuz und quer nach Südfrankreich. Mit einem Schweizer namens Meirad und seinem ”Perpetuum mobile” gelangt er bis an die untere Rhone. Dort bekommt er Streit mit seinem Partner. Daraufhin folgt er dem Ruf in den Freiheitskampf der Hellenen. Die Freischärler treffen sich im Hafen von Marseille. Böhning wird von seinen Kampfgenossen zum Hauptmann der achten Expedition erkoren.

März 1822: Gedicht ”Zum Geburtstag meiner Gattin am 28. März 1822”, unterschrieben ”von Deinem Dich liebenden Böhning”.

September 1822: Einschiffung in Marsaille. Freischärler im griechischen Befreiungskrieg als ”Klephtenhäuptling” gegen die Türkenherrschaft. Drei Jahre ficht Böhning in den meisten Schlachten mit. Er wohnt der Belagerung von Korinth unter Odysseus und der Schlacht bei Tripolitsa unter Kolokotroni bei.

1823: Böhning gelangt auf die Insel Hydra vor Athen und in die gleichnamige Stadt, einem Bischofssitz und Zentrum des Aufstandes gegen die Türken. Er gründet dort zusammen mit einem Philhellenen namens Wasen eine griechische Druckerei, die anfangs gut floriert. Aber es gibt Streit mit Schuldnern, die sich zusammenrotten und Böhnings Druckpresse zerschlagen.

1823/1824: Nach Elf Monaten Freiheitskampf läßt Böhning sich im türkischen Izmir, dem griechischen Smyrna, wie er es weiterhin nennt, nieder und macht gute Geschäfte mit der Uhrmacherei. Er schreibt seiner verlassenen Frau nach Wiesbaden einen reumütigen Brief mit der Aufforderung, das Eigentum in Wiesbaden zu Geld zu machen und nach Smyrna zu kommen.

1827: Rückkehr nach Wiesbaden in Begleitung seiner tapferen, aber zarten Frau, die das Klima in der Hafenstadt an der Ägäis nicht verträgt, vermutlich auch Heimweh bekommt. Im väterlichen Hause an der Wilhelmstraße 34 – der Vater ist inzwischen gestorben – richtet Böhning den ”Aachener Hof” ein, der als Privathotel für Kurgäste dient. Böhning arbeitet als Hotelier und gleichzeitig als Uhrmacher. Es gibt Hinweise, daß er in diesem Gebäude eine kleine Geheimdruckerei unterhielt, die allerdings nicht entdeckt wurde. Solche kleinen Druckereien konnten sehr wohl von einem einzigen geschickten Mann – sei es im klassischem Buchdruck oder im kurz zuvor erfundenen Steindruck - betrieben werden.

Um 1830: Böhning begleitet einen reichen Kurgast nach England, Italien und Spanien. In seinem Hotel wohnen polnische Flüchtlinge, die nach der Unterdrückung ihres nationalen Aufstandes von den siegreichen Russen vertrieben wurden.

1831: Georg Böhning wird steuerlich als Zündmaschinenhändler und Uhrmacher

mit insgesamt 600 Gulden Kapital veranschlagt, wovon 200 Gulden auf den Zündmaschinenhandel entfallen.

27. Mai 1832: Teilnahme am Hambacher Fest in der Pfalz. In Böhnings Polizeiakten befinden sich Mitbringsel und Andenken, die auf eine starke Identifikation mit dieser ersten großen nationalen Maifeier der Deutschen schließen lassen. Unter den Asservaten eine schwarz-rot-goldene Kokarde aus Stoffband, der Abschnitt eines dreifarbigen textilen Bandes, fast so breit wie eine Schärpe, der berühmte Stich vom "Zug auf das Schloss Hambach am 27. Mai 1832", der 24 Kreuzer kostete, zugleich Werbeblatt für eine Zeitschrift: "Wer sich auf den Zeitgeist abonniert, erhält diese Abbildung unentgeltlich."

2. - 3. April 1833: Übernachtung im "Nassauer Hof" zu Frankfurt am Main vom Vorabend bis zum Tage des Wachensturmes. Wegen seiner Freundschaft mit Dr. Gürth (verschrieben aus Wirth?), einem der Urheber des Aufruhrs, zählt Böhning zu den Verdächtigen. Untersuchungshaft vom 6. bis 23. April, während Böhning jede Beteiligung am Aufstandsversuch erfolgreich leugnet.

Pfingsten 1834: Geheime Zusammenkunft im Hause des Prokurators Snell mit freiheitlich gesinnten Männern aus Nassau, Hessen und Baden, unter ihnen Pfarrer Weidig aus Butzbach, Adam aus Idstein und Mohr aus Mainz. Böhning soll ebenfalls dabei gewesen sein.

Etwa 1834/1835/1836: Karl Bruhn, geboren 1803 in Herzbron bei Schleswig, ein abgebrochener Student der Rechtswissenschaften und entlassener Unteroffizier der preußischen Artillerie, findet zwei Jahre Unterschlupf als Kurgast bei Böhning im "Aachener Hof". Er zählt zu den rührigsten Emissären der vormärzlichen Gemeinbünde der Deutschen, der Geächteten und der Gerechten. Er gründete ein geheimes "Zelt", dem Böhning, Pfarrer Müller aus Weilbach, Gutsbesitzer Hoffmann u.a. angehörten.

26. Januar 1836: Bei einer Schlägerei im "Aachener Hof" verwundet Böhning den Kaufmann Jakob Geyer mit einem Glas am Kopf. Streitgegenstand war der geplante Bau einer Eisenbahnlinie. Es kommt zu einer gerichtlichen Untersuchung gegen Böhning. Er wird zu einer vierwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt und muß diese Haft absitzen.

14. August 1837: Die Wiesbadener Mitglieder des "Bundes der Geächteten" nehmen am Gutenbergfest in Mainz teil. Im gleichen Jahr wird das bronzene Gutenbergdenkmal in Mainz aufgestellt.

Jahreswende 1837/1838: Etwa ein halbes Jahr nach dem Mainzer Gutenbergfest erhält der Schneidermeister Enke in Frankfurt a. M. in seiner Wohnung in der Kahlbächergasse Besuch von Böhnke und Karl Bruhn aus Wiesbaden.

Oktober 1840: Schneider Enke wird wegen aufrührerischer Flugblätter verhaftet und ist geständig, so daß 382 Personen gefänglich eingezogen und von ihnen 197 als verdächtig weiter untersucht werden, darunter 12 aus dem Herzogtum Nassau, auch Freunde von Böhning.

24. November 1840: Beginn der erneuten Untersuchung gegen Böhning durch das herzogliche Wiesbaden.

8. Dezember 1840: Schneidermeister Enke macht in der Untersuchungshaft Aussagen über die Zusammenarbeit von Böhning und Karl Bruhn. Er schildert gleichzeitig den Aufbau der Geheimorganisation in Zelten und die besonderen Umgangsformen in der Konspiration des revolutionären Vormärz.

15. Januar - 22. Juli 1841: Böhning wird verhaftet und monatelang auf dem Wiesbadener Michelsberg, dem Kriminalgefängnis, verhört. Das Hofgericht Usingen muß ihn schließlich freisprechen. Böhning läßt sich in den folgenden Jahren einen großen Vollbart wachsen, so daß das Signalement von 1841 nicht mehr auf ihn paßt und selbst Freunde ihn kaum wieder erkennen. Bis zum Beginn des Revolutionsjahres 1848 stellt Böhning sich ruhig. Die Haftkosten werden mit insgesamt 50 Gulden und 36 Kreuzer veranschlagt.

1. Juli 1841: Böhning wird zur gerichtlichen Untersuchung über Hattersheim und Höchst nach Frankfurt a. M. transportiert. Wird nicht gefesselt. Für die Eskortierung hat er 7 Gulden zu entrichten. Der Transport selbst kostet ihn 11 Gulden und 30 Kreuzer.

12. Juli 1841: Das Herzogliche Nassauische Criminalgericht in Wiesbaden läßt den Gefangenen Böhning zur weiteren Untersuchung im offenen Wagen unter militärischer Bewachung über Biebrich nach Mainz transportieren. Dazu wird ein Transportschein mit genauer Personenbeschreibung ausgestellt: Alter 53 Jahre. Größe: 5 Fuß, 7 Zoll. Statur: schlank. Gesichtsbildung: oval. Gesichtsfarbe: gesund. Haare: dunkel mit weißen Haaren vermischt. Stirne: hoch. Augenbrauen: dunkel. Augen: blau. Nase: groß. Mund gewöhnlich. Zähne mangelhaft. Kinn: spitz. Besondere Kennzeichen: keine. Für den Transport werden Böhning 5 Gulden in Rechnung gestellt.

9. Januar 1848: In einer Versammlung demokratisch gesinnter Turner aus Frankfurt, Wiesbaden, Idstein, Höchst, Offenbach, Hanau, Mainz und Mannheim im nassauischen Hattersheim ruft Böhning zum gewaltsamen Umsturz auf.

2. März 1848: Böhning wird zum Chef der Wiesbadener Bürgerparade gewählt. Sie wird in der Literatur auch als "Bürgerwehr" und "Nationalgarde" bezeichnet. In den nächsten Tagen werden die "provisorischen Bestimmungen" ausgearbeitet. Danach gilt die Wehrpflicht vom 20. bis zum 54. Lebensjahr. Die Offiziere tragen Schärpen und Säbel, so daß Böhnings Uniform dieser Vorschrift entspricht. Innerhalb der Truppe sind Wahlen vorgesehen, als hätte sich hier eine frühe Form von Soldatenräten entwickelt. Bis Ende 1849 werden mehr als 5000 Feuerwaffen (Gewehre, Karabiner, Büchsen) an die Bürgergarde ausgegeben.

3. März 1848: Redakteur Diepenbrock gründet die FREIE ZEITUNG als ein freies Organ in der wachsenden Presselandschaft, das Böhning und seinen Freunden offen steht. Das Blatt erreichte 2.300 Abonnenten und widmet Böhning am 2. September 1849 einen enthusiastischen Nachruf.

4. März 1848: Das "Comité der Republikanischen Gesellschaft" mit Georg Böhning, Oswald Dietz und Dr. Friedrich Graefe an der Spitze meldet sich erstmals mit einem Flugblatt öffentlich zu Worte, fordert eindeutig die Abschaffung der Monarchie und die Errichtung der Republik.

4. März 1848: Erfolgreiche Revolution in Nassau. Auf dem Höhepunkt der Demonstrationen – nachmittags gegen 16 Uhr – drohen die Erstürmung des Schlosses und Mordbrennerei. In dieser Situation verteidigt Böhnings Bürgerwehr das Schloß so entschieden, daß auch seine konservativen Gegner nichts daran auszusetzen haben. Böhning persönlich geleitet um 16 Uhr den elegant gekleideten Herzog zu Fuß am bewaffneten Spalier der Revolutionäre vorbei auf dem Weg vom Bahnhof zum Schloß. - Die nassauische Revolution endet nach massenhaften Demonstrationen – es werden bis zu 30.000 Teilnehmer genannt – mit der Anerkennung aller neun Forderungen der Nassauer durch den Herzog, darunter allgemeine Volksbewaffnung, unbedingte Pressefreiheit, sofortige Einberufung eines Parlaments, Verstaatlichung der Domänen bis hin zur Religionsfreiheit.

7. März 1848: Das Sicherheitskomitee veröffentlicht die vorläufigen Bestimmungen über die Bildung der Nationalgarde zu Wiesbaden, darin bemerkenswerte Grundsätze einer demokratischen Wehrverfassung: "Jede Kompanie wählt ihren ersten und zweiten Hauptmann, sowie die Zugführer aus ihrer Mitte."(§5) "Die Offiziere der Nationalgarde entwerfen die Dienstvorschriften unter Mitwirkung eines von der ganzen Garde dazu erwählten Ausschusses, welcher aus zwei Mitgliedern jeder Kompanie gebildet wird."(§7)

9. März 1848: Georg Böhning legt das Amt des Bürgerwehrkommandanten von Wiesbaden nieder. Nachfolger wird Hauptmann Wilhelm Goedecke (1796-1853), der dieses Amt bis in die Julikämpfe hinein behaupten kann.

Böhnings Abschiedsbrief an die "Bürger-Garde" lautet:

Geliebte Brüder!

Nach den Rechten freier Bürger, die wir – begeistert für die gerechte Sache – durch geistige und materielle Kraft sowie durch den ritterlichen Sinn und die unbegrenzte Liebe des Herzogs zu Nassau (aus dem) kräft'gem, biedertreuem Völkerstämme ohne die geringste ungesetzliche Handlung, ohne Blutvergießen geworden sind, habt ihr das Recht, Eure Führer selbst zu wählen.

Ich wurde am ersten Tag der errungenen Freiheit durch Euer Vertrauen provisorisch zum Chef der Nationalgarde gewählt, trete jedoch mit dem innigsten Dank für die mir erwiesene Liebe in Eure Reihen zurück; doch ruf ich Euch vorher noch zu: Seid behutsam in Eurer Wahl! Lenkt den Sinn auf entschiedene Männer, denen ihr in ernsten Momenten vertrauen könnt, die nicht gleich dem Chamäleon bei jeder Gelegenheit die Farbe wechseln. Entschiedenheit! Rechtlichkeit und Liebe seien die Grundbedingungen! Nicht durchaus erforderliche militärische Kenntnisse, diese erlernen sich um so schneller, wo Eifer zur Sache ist; ich kenne dies aus eigner Erfahrung zu Zeiten der Fremdherrschaften, wo ich als schlichter Bürger zum Offizier der Reserve ernannt wurde, und später im Griechischen Freiheitskampfe gegen den Erbfeind des Christentums. Nicht Stand! Nicht Religion! Nicht Jude! darf eine Klippe für Euch sein! Wir sind in einem freien Lande, von einem hochherzigen Fürsten regiert, alle, alle, alle Brüder!

Es lebe die Bürgergarde! Hoch lebe unser Herzog!

14. März 1848: Das Wiesbadener Sicherheits-Comité beschließt eine "Stiftung zum Gedächtnis des 4.März 1848 für das Wohl der arbeitenden Classen". In dem Aufruf heißt es über die Stiftung:: "Dies Denkmal soll nicht in eitlem Prunk aus Stein und Erz bestehen, sondern es soll sich durch wohltuende Wirksamkeit unter dem Volk erweisen. Eine solche Wirksamkeit können wir aber auf kein wirksameres Ziel richten, als auf Beförderung der Interessen der arbeitenden Classe." Böhning befindet sich nicht unter den aufgezählten Mitgliedern des Komitees.

26. März 1848: Bei der Neuwahl des Sicherheitskomitees werden Graefe und Böhning als Mitglieder bestätigt.

31. März 1848: Das deutsche Vorparlament beginnt seine Beratung in der Frankfurter Paulskirche. Die Wiesbadener nehmen die Taunusbahn oder gehen zu Fuß über die Landstraße nach Frankfurt, um an dieser historischen Begebenheit teilzunehmen. Robert Blum, Friedrich Hecker und Gustav Struve reden im "Gasthaus zum Weidenbusch" über die Errichtung eines großen deutschen Freistaates. Der republikanische Gedanke scheint sich durchzusetzen. Die anwesenden Nassauer nehmen das voller Enthusiasmus auf. Drei Männer geloben sich hierin treue gegenseitige Unterstützung, ein Greis, ein Mann und ein Jüngling: Georg Böhning, Friedrich Graefe und Oswald Dietz, alle geborene Wiesbadener, erfüllt von freiheitlicher Begeisterung.

4. April 1848: Das Flugblatt über "Die wichtigsten Fragen der Gegenwart" wird vom "Comité der Republikanischen Gesellschaft" in Wiesbaden veröffentlicht. Erstunterzeichner ist Georg Böhning. Es bekennt sich in Frageform zur republikanischen Staatsverfassung und fordert programmatisch: "Abschaffung mancher drückenden Abgaben, als: der Binnenzölle, der Schiffahrtsabgaben, Zehnten, Gilten, Chausseegelder, Gewerbesteuer, Akzisen und Erbleihen, wofür dann eine verhältnismäßige Einkommens- und Vermögenssteuer in der Art eingeführt wird, daß das zum Leben unumgänglich nötige Einkommen unbesteuert bleibt; Abschaffung der Adelsvorrechte, allgemeine unentgeltliche Schulbildung und Besserstellung der Lehrer durch angemessene Gehalte; Aufhebung aller klösterlichen Einrichtungen; Glaubens- und unbedingte Pressefreiheit; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren; unentgeltliche Gerechtigkeitspflege und Aufhebung aller Stempel; Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden; Abhilfe des Notstandes der arbeitenden Klassen; Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit durch ein Arbeitsministerium, in welches jeder tüchtige Arbeiter gewählt werden kann; Hebung der Industrie, des Handels und des Ackerbaues durch geeignete Mittel. – Die Republik will weder eine Auflösung der Ordnung noch des Rechts. Sie duldet weder eine Verletzung des Eigentums noch der Person und erklärt jeden Dieb für ehrlos, woraus deutlich hervorgeht, daß der von den Feinden des Volkes gemachte Vorwurf, als wolle die Republik Auflösung aller Gesetze, in Nichts zusammenfällt. Sie will im Gegenteil das Volk vollkommen glücklich machen, so glücklich, als wir sterbliche Menschen es werden können. Weil aber die Republik das ganze deutsche Volk glücklich machen wird und ihr an dem Glück von 50 Millionen Menschen mehr gelegen ist als an dem scheinbaren Wohlbehagen von 33 einzelnen Fürstenfamilien, darum hassen die Fürsten und die Fürstendiener,

welche aus der Tasche der Fürsten sich mit den Abgaben des Volkes sättigen, die gute Republik, weil mit der selben ihre Herrschaft zu Ende ist."

5. April 1848: Das Flugblatt ist – ohne Wissen des Redakteurs gleichzeitig mit der FREIEN ZEITUNG ausgetragen worden und dadurch in viele Haushalte gelangt. Es kommt zu einer erregten Volksversammlung in den "Vier Jahreszeiten".

19. April 1848: Ausschluß von Böhning aus dem Sicherheitskomitee in Wiesbaden, da "der Herr Böhning in letzter Zeit ausgesprochenen Zwecken des Sicherheitskomitees zu Wiesbaden zuwider gehandelt und sich grobe Beleidigungen gegen dasselbe erlaubt hat." Hinter dem Beschluß stehen die konstitutionellen Anhänger der Monarchie.

19. April 1848: Auf Anzeige des Sicherheitskomitees beim Wiesbadener Polizeiamt, wonach Maurermeister Schlink und Georg Böhning in der Wirtschaft des Valentin Wiegandt sich unehrerbietige Äußerungen gegen den Ministerialpräsidenten Hergenhahn erlaubt haben sollen, beginnt eine Untersuchung wegen republikanischen Aufruhrs und Hochverrats.

26. April 1848: Der Wiesbadener Arbeiterverein zählt vor seiner vereinsrechtlich formalen Gründung bereits 100 Mitglieder. Er trifft sich in seinem Stammlokal, der Gastwirtschaft Hahn im Nerotal. Graefe, Dietz und Böhning gelten als die führenden Köpfe. Die Grundlagen des Arbeitervereins wurden durch Karl Schapper (1812-1870) gelegt, der darüber unter seinem Tarnnamen Schill am gleichen Tage an die Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten berichtet.

22. Mai 1848: Gleichzeitig mit der Eröffnung des Landtages werden die Sicherheitskomitees in Nassau aufgelöst.

23. Mai 1848: Erste Generalversammlung des Arbeitervereins in Wiesbaden und damit vereinsrechtliche Gründung durch die Republikaner Dr. Friedrich Graefe und Oswald Dietz. Böhning zählt zu den Hauptakteuren des Arbeitervereins. Vereinszweck ist "die politische und soziale Ausbildung seiner Mitlieder durch Anschaffung von Zeitungen und Büchern, durch Diskussion derjenigen Fragen, welche unsere Zeit bewegen, und endlich durch wissenschaftliche Vorlesungen". Der Verein zählt bald 300 Mitglieder, vor allem Handwerksgesellen.

Mai/Juni 1848: Die gedruckten "Compagnie-Listen der National-Garde zu Wiesbaden" spiegeln die berufliche Zusammensetzung der Wiesbadener Bevölkerung. Besitzbürgerlich-gewerbliche Berufe stellen nur 6,7 Prozent, Staatsbeamte 5,9 Prozent, dagegen kleingewerbliche und handwerkliche Berufe 37,8 Prozent, ohne Angaben 31,2 Prozent, alle anderen unter 5 Prozent.

22.-26. Juni 1848: Blutige Niederschlagung des Arbeiteraufstands in Paris, der sogenannten Juni-Insurrection durch General Cavaignac mit vielen tausend Opfern auf beiden Seiten. Mit dieser Niederlage verliert der Kampf um die soziale Republik in Europa seine stärkste Bastion.

10. Juli 1848: Im nassauischen Lindenholzhausen versammeln sich Vertreter von etwa 200 Gemeinden, um für die Aufhebung des Zehnten und anderer Feudalabgaben einzutreten. Böhning soll unter den Teilnehmern gewesen sein. Die öffentliche

Feier der Reichsverweserwahl am gleichen Tag auf dem Wiesbadener Kurhausplatz wird von den Wehrmännern gemieden.

12. Juli 1848: Gut besuchte Versammlung in der "Schönen Aussicht" an der Dotzheimer Straße, zu der Dr. Graefe und Genossen eingeladen haben. Sie fordert einhellig die Umwandlung Deutschlands in eine Republik. Am Tage darauf tritt der Turnverein Wiesbaden diesem Beschlusse bei.

15. Juli 1848: In einer zweiten Versammlung werden die Statuten der zu gründenden demokratischen Gesellschaft entworfen und ein geharnischter Protest gegen die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers mit über vierhundert Unterschriften nach Frankfurt an die Nationalversammlung geschickt. Die Proklamationen des Reichsverwesers werden von den Straßenecken abgerissen und verhöhnt.

16.-18. Juli 1848: Nachdem die Forderung einer zweiten Revolution aufgestellt wurde, kommt es zu dreitägigen Unruhen in Wiesbaden, dem sogenannten "Julikrawall". Eine Deputation des Arbeitervereins, bestehend aus Graefe, Dietz und Böhning, fordert von der Kommandantur die Freilassung einiger disziplinarisch bestrafter Artilleristen. Als die Kommandantur sich weigert, entgegnet Böhning, wenn die Kanoniere nicht frei kämen, seien Ruhe und Ordnung nicht mehr garantiert. Von der Versammlung des Arbeitervereins zieht eine Volksmenge durch die Stadt. Sie singen das Hekkerlied. Als der Generalmarsch geschlagen wird, verweigern große Teile der Bürgerwehr den Gehorsam. Böhning flüchtet vor der drohenden Verhaftung ins Elsaß und nach Straßburg. Die Unruhen enden nach wildem Hin und Her mit Freilassung der Gefangenen. Die NASSAUISCHE ALLGEMEINE ZEITUNG nennt den 17. Juli "einen Siegestag der Anarchisten". Truppen aus Mainz stellen in den folgenden Tagen wieder Ruhe her.

19. Juli 1848: Auf einem Steckbrief gegen Böhning wird folgende Personenbeschreibung gegeben: "Größe 5 Schuh 8 Zoll rheinländisch Maß. Farbe der Haare: grau, lang. Form der Stirne: hoch. Augen: grau. Bildung der Nase: lang. Gesichtsform: oval. Gesichtsfarbe: blass. Besondere charakteristische Merkmale: Geht vorgebeugt."

20. Juli 1848: Im NASSAUISCHEN ZUSCHAUER erscheint eine kritische Stellungsnahme von Friedrich Ludwig Jahn, dem "Turnvater", gegen "die rothe Allmende" mit einer heftigen Polemik und der rassistisch angehauchten Unterstellung des Landesverrats, die endet: "Jedes Volk hält seine erkauften Wühler in Deutschland, sogar türkische Sendlinge treiben sich umher und die socialen Demokraten sind die Dummhüte und Dubber."

21.-25. September 1848: Nach der Proklamation der Republik in Lörrach am Hochrhein beteiligt Böhning sich am zweiten republikanischen Aufstand unter Gustav Struve im badischen Oberland. Nach der Niederlage flüchtet er wieder ins Elsaß und in die Schweiz. Er "zeltet" dort von Ort zu Ort bis in das Frühjahr 1849 hinein.

Mai 1849: Dresdner Maiaufstand, Reichsverfassungskampagne und badisch-pfälzischer Aufstand. An der Schweizer Grenze stellt Böhning eine "Flüchtlingslegion" auf, in der sich Emigranten vieler deutscher Regionen sammeln, die zwischen der Auswanderung nach Übersee und der kämpferischen Rückkehr in die Heimat schwanken.

Böhning ernennt sich zum Oberst seiner Truppe, trägt weiter die schwarz-rot-goldene Schärpe, zwei Pistolen und den Schleppsäbel. Dabei reitet er auf einem eleganten großen Braunen aus dem großherzoglichen Marstall in Karlsruhe, scheut keinen Kampf und keine Maßnahme zur Stärkung der revolutionären Kräfte. Außer Böhning sind Dietz und die Brüder Graefe als Mitstreiter in der Reichsverfassungskampagne bekannt geworden.

6. Juni 1849: Der von Gustav Struve in Karlsruhe gegründete "Klub zur Förderung der sozialen Republik" wird durch Lorenz Brentano mit Hilfe der Bürgerwehr gesprengt. Struve und seine Freunde Becker und Böhning sind unter den Verhafteten, werden aber bald wieder in Freiheit gesetzt und zur Neckar-Armee verwiesen.

30. Juni 1849: Die badische Revolutionsarmee unterliegt den preußischen Truppen an der Murglinie auf der Höhe von Rastatt und flüchtet mit etwa 6.000 Soldaten in die Festung Rastatt.

Juli 1849: Böhning ist mit seinen Freischärlern in die Festung Rastatt geflüchtet und befindet sich dort strategisch in der Falle. Er widersetzt sich im Kriegsrat der Übergabe der Festung. Als er zuletzt überstimmt wird, sinkt er in sich zusammen, greift mit beiden Händen an sein Haupt und wankt aus dem Zimmer.

23. Juli 1849, 16.30 Uhr: Die Garde verläßt die Festung Rastatt und streckt die Waffen. Georg Böhning mit der Legion der Freischärler zieht durch seine abenteuerliche Erscheinung alle Augen auf sich. Am Abend desselben Tages wird er als Gefangener in dasselbe Fort C gesperrt, das er als Offizier kommandiert hatte.

16. August 1849: Böhning versucht, durch Krankheit und Leugnen das drohende Urteil des Standgerichts in Rastatt hinauszuzögern. Der Rechtsanwalt Reeh aus Offenburg kann die Beweise der Anklage nicht widerlegen. Es folgt das standgerichtliche Todesurteil. Böhning verlangt vergeblich zwei Tage Aufschub, um sich von seiner geliebten Gattin zu verabschieden.

17. August 1849, 4 Uhr früh: Wecken vor Sonnenaufgang. Hinrichtung in Rastatt. Böhning lehnt den Beistand eines evangelischen Geistlichen ab, weil er als Freidenker und Deutschkatholik mit seinem Gewissen und seinem Gott im Reinen sei. Er raucht die Zigarre, wie es seine Gewohnheit war, hält auf dem Richtplatz eine Rede gegen den Servilismus und verkündet seinen Totschlägern "die zukünftige Rache". Er lehnt die Augenbinde ab und stirbt aufrecht, den Mantel aufgeschlagen, die Arme hinter dem Rücken verschränkt, sehenden Auges vor den Gewehrläufen des Pelotons. Seine letzten Worte: "Ach Gott, von meinen Mördern komme ich zu Dir!" Zwölf Kugeln sollen ihn durchbohrt haben. Am gleichen Tage fallen 19 weitere Freiheitskämpfer unter den Schüssen der Reaktion.

2. September 1849: Der Nachruf seiner Freunde stellt den positiven Charakter heraus: "Georg Böhning ... war ein strenger Wahrmund, Verstellung war ihm fremd, Lüge war ihm eine Verächtlichkeit, Verleumdung war ihm Raub und Diebstahl; Schmeichler, Betrüger, Herrsch- und Habsüchtige waren ihm tief verhaßt; Plusmacher und Kettenschmiede, sie mochten hoch oder niedrig stehen, er griff sie an mit Tadel und Rüge. Er war im hohen Grade gastfreundlich, liebreich und gefällig. Er gab

ungefordert und ohne Säumnis, wie ohne alle Ostentation. Nie dachte und äußerte er sich trivial. Nie brach er in Flüche aus, nie war er Polterer, nie tönte eine Sottise, nie eine Zote, nie ein Eidschwur von seinen Lippen. Er haßte Spiel, Völlerei und Schwelgerei. Er war durchaus ein wahrhafter Anticyniker. Was sein Äußeres betrifft, war er eine hohe, imponierende Gestalt mit einer Physiognomie, die an Friedrich Schiller erinnerte."

Im Nachruf wird die Errichtung eines Denkmals gefordert: "Nassau, Wiesbaden, ihm gebühret, ihm schuldet ihr ein Denkmal des Dankes und der Erinnerung."

1849: Georg Böhnings Ehefrau wird als Gutsbesitzerin mit einem Vermögen von 50 Gulden im Steuerkataster veranschlagt. Sie ist kinderlos. Freunde loben ihre tapfere Haltung nach der Todesnachricht.

Vom Forsthaus in der Eifel zum Invalidenlager bei Magadan: Josef Schneider (1882 – 1939)

Fritz Rödel

Josef Schneider wurde es nicht an der Wiege gesungen, daß er in seinem neununddreißigsten Lebensjahr als steckbrieflich gesuchter Hoch- und Landesverräter aus Deutschland fliehen müßte und als Siebenundfünfzigjähriger sein Leben in einem Straflager des Archipels GULAG bei Magadan beenden würde. Immerhin stammte er aus einer, wie seine Tochter sagt, "gutbürgerlichen Familie". Geboren wurde er am 18. März 1882 als Sohn eines Försters in Hontheim in der Eifel. Von seinen drei älteren Geschwistern wurden zwei wie der Vater Beamte, der Bruder war Postdirektor in Trier und eine Schwester Direktorin einer höheren Mädchenschule.

Auch Josefs Lebensweg war in diesem Sinne vorprogrammiert. Wie er in seiner 1933 erschienenen "Selbstbiographie" schreibt, besuchte er eine "streng katholische Schule" und sollte nach dem Willen des Vaters Pfarrer werden. Seine Tochter nimmt an, daß er auf diesem Wege ein Gymnasium absolviert und Theologie studiert habe. Die vorliegenden Dokumente bestätigen diese Annahme nicht. In einem Fragebogen für die Aufnahme in den Klub Ausländischer Arbeiter in Moskau beantwortet Schneider die entsprechende Frage dahingehend, er habe eine "mittlere Schulbildung" gehabt, und in einem der KGB-Verhöre gibt er an, "sechs Jahren Gymnasium" absolviert zu haben. Es ist also wahrscheinlich, daß er die Schule bereits mit 15 oder 16 verlassen hat. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Vielleicht war es ein Streit mit dem Vater über das vorgegebene Berufsziel, gepaart mit jugendlicher Abenteuerlust. Immerhin hat er, so berichtet die Tochter, das Elternhaus erst wieder nach dem Tod des Vaters betreten.

"Und ich wurde Seemann", heißt es in der Selbstbiographie. "14 volle Jahre befuhr ich alle Meere als Schiffsjunge, Leichtmatrose, Vollmatrose, Quartiermeister, besuchte die Steuermannsschule, wurde Steuermann, besuchte die Schifferschule und erhielt das große Schifferpatent..."Dazwischen (oder innerhalb dieser 14 Jahre) von 1901 bis 1904 absolvierte er seinen Militärdienst bei der kaiserlichen Marine, wo, wie er schreibt, "alle See-, Fluß- und Haffschiffer ihren militärischen Schliff erhalten, der notwendig sein soll, um später als Offizier oder Kapitän der Handelsmarine mit dem nötigen Schneid auftreten zu können."

Beim Militär begann auch seine politische Entwicklung. Er hatte sich den Anarchisten angeschlossen, organisierte einen kleinen Aufstand auf dem Schlachtschiff "Kaiser Wilhelm der Große" und wurde dafür wegen aufrührerischer Propaganda zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, von denen ihm 5 wegen guter Führung erlassen wurden. 1905 (in der Selbstbiographie heißt es: 1904) trat er in Hamburg der SPD bei, nachdem er auf "der Weltreise eines amerikanischen Petroleumdampfers ... unter anderem auch Marx' 'Kapital' von Anfang bis zu Ende durchstudiert" hatte.

Als Folge seiner politischen Aktivitäten wurde er in dieser Zeit zu Haftstrafen verurteilt. In der Selbstbiographie schreibt er von 7 Monaten Haft 1906 und von 6 Monaten im Jahre 1907. In anderen Dokumenten erwähnt er nur die Strafe von 1907. Sein politisches Engagement brachte ihm das Vertrauen seiner Arbeitskollegen ein. 1909 oder 1910 (auch hierzu gibt es unterschiedliche Angaben) wählten sie ihn zum Sekretär des Seemannsverbandes.

Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges wurde er zur Marine eingezogen, diente auf verschiedenen Schiffen. Bei Kriegsende war er Signalmaat, aber nicht mehr auf einem Schiff, sondern in einer Kaserne in Wilhelmshaven. 1917 trat er der USPD bei. Er vereinigte Kriegsgegner um sich und sammelte im Zusammenhang mit dem Todesurteil gegen Albin Köbs und Max Reichpietsch Material über die Zustände in der kaiserlichen Marine, das er den USPD-Abgeordneten Hugo Haase und Wilhelm Dittmann für ihre Interventionen im Reichstag übermittelte.

Obwohl die Revolution eigentlich in Wilhelmshaven ausbrach, wo am 30. Oktober 1918 die Besatzungen der Linienschiffe "Thüringen" und "Helgoland" meuterten, wurden dort erst am 5. November, also zwei Tage nach den Ereignissen in Kiel, die roten Fahnen gehißt. Damit begann die große Zeit Josef Schneiders, er übernahm, wie er berichtet, den Vorsitz des Arbeiter- und Soldatenrates und wurde Mitglied des sogenannten "21er Rates", der in Wilhelmshaven als eine Art Präsidium des A.-u.S.-Rates die revolutionäre Macht ausübte. In seinen Erinnerungen erzählt Josef Schneider: "Am 7. November wurde der Großherzog von Oldenburg abgesetzt; in seinem Automobil fuhr ich nach Wilhelmshaven zurück. Ich hatte gleichzeitig auch seinen Chauffeur mitrequiriert. Dann erfolgte die Ausrufung der Republik "Oldenburg-Ostfriesland", zu dessen Präsident der Unabhängige Kuhnt ernannt wurde, während ich in den drei Monaten der Kommunisten- und Unabhängigen-Herrschaft sein Stellvertreter war."

Ob diese Stellvertreterschaft so genau festgeschrieben war, wie er behauptet, ist nicht mehr nachweisbar. Auf alle Fälle war Schneider Mitglied des "21er Rates". Verwirrend ist, daß es unter den Mitgliedern des Rates zwei Männer namens Schneider gab. Einer gehörte offensichtlich zum engeren Kreis um Paul Kuhnt, der "5er Kommission", wie aus einem der ersten Flugblätter des Soldatenrates hervorgeht. Wenn dieser Schneider Josef Schneider war, dann ist es wahrscheinlich, daß er tatsächlich als einer von vier Stellvertretern des Vorsitzenden Kuhnt fungierte.

Josef Schneider hat seine Erinnerungen 1932 in der Sowjetunion geschrieben. Von daher erklärt sich wohl die historisch ungenaue Formulierung von den drei Monaten der "Kommunisten- und Unabhängigen-Herrschaft". Kommunisten gab es in Wilhelmshaven erst nach dem 5. Januar 1919 mit der Gründung einer Ortsgruppe der Partei. Der "21er Rat" war von Anfang bis Ende ein Gremium der Unabhängigen Sozialdemokraten. Die Ratsmitglieder, die sich der KPD anschlossen, spalteten sich im Laufe des Monats Januar 1919 ab und gründeten ein "Revolutionäres Komitee", das am 27. Januar 1919 die "Sozialistische Räte-Republik Wilhelmshaven" ausrief. Diese Republik bestand aber nur einen Tag. Bereits in der folgenden Nacht wurde sie von konterrevolutionären Truppen niedergeschlagen.

Unter dem Aufruf des Revolutionären Komitees steht auch der Name Schneider. Ob es sich dabei um Josef Schneider handelte, ist unklar, denn am 28. Januar 1919 verkündete ein Flugblatt des „21er Rates“, Josef Schneider sei Sozialist und nicht mit dem Kommunisten Ernst Schneider identisch. Ob das eine Finte war, um die drohende Verhaftung abzuwenden, oder ein Akt politischer Abgrenzung, ist heute nicht mehr feststellbar. Genützt hat es ihm nichts: Josef Schneider wurde am 1. Februar festgenommen und saß bis Juni 1919 im Gefängnis. Dank der Bemühungen eines Berliner Anwaltes wurde er wahrscheinlich ohne Gerichtsverhandlung freigelassen.

Bemerkenswert ist noch, daß er in den Turbulenzen der Revolutionswochen die Zeit fand, zu heiraten. Die Eheurkunde wurde am 16. Januar 1919 ausgefertigt. Seine Frau Betty, eine geborene Lüddemann, stammte aus Berlin, wo ihre Eltern eine der für diese Stadt typischen kleinen Plättereien und Wäschereien in einem Kellerlokal betrieben. Daß er in der Hochzeitsnacht verhaftet wurde, wie seine Tochter berichtet, ist wohl eine Familienlegende.

Im September 1919 kam Schneider dann im Auftrag seiner Partei, die noch immer die USPD war, als Redakteur der ab 1. Oktober 1919 erscheinenden ”Mansfelder Volkszeitung” nach Eisleben. Dort wurde er sehr schnell zu einem anerkannten Führer und Vertrauensmann der revolutionären Arbeiter. Die örtliche Reaktion verfolgte ihn mit Haß, der sich unter anderem darin ausdrückte, daß sich die Geschäftsleute weigerten, den Schneiders Lebensmittel zu verkaufen. Aus den autobiographischen Erzählungen, die er später schrieb, geht hervor, daß ein Sprengstoffattentat auf Schneiders Wohnung im letzten Moment verhindert worden sei, und eine Geheimagentin der Reichswehr, eine Frau Schröder-Mahnke, ihn observierte. Daß auch Schneider seinen Gegenspielern nichts schuldig blieb, belegt eine Episode, die seine Tochter erzählt. Als sie im Dezember 1920 auf die Welt kommen sollte, hielt es der werdende Vater für nötig, den als deutschnational bekannten Arzt mit vorgehaltener Pistole aufzufordern: Entweder beide lebendig oder ich schieße Sie über den Haufen.

Während des Kapp-Putsches im März 1920 gehörte Josef Schneider dem Aktionsausschuß für den Generalstreik an und war Leiter des Sicherheits- und Polizeiwesens. Auch war er führend daran beteiligt, daß sich Ende 1920 die Mehrheit der USPD-Mitglieder des Mansfelder Landes mit der KPD zur VKPD zusammenschloß und die ”Mansfelder Volkszeitung” ab 10. Dezember 1920 als Zeitung der kommunistischen Partei herausgegeben wurde.

In den Auseinandersetzungen mit der Direktion der Mansfeld AG war er der anerkannte Sprecher der Arbeiter. In ihrem Auftrag verhandelte er Anfang Februar 1921 über die Zurücknahme eines Beschlusses der Konzerndirektion zur Schaffung einer gegen die Interessen der Arbeiter gerichteten Werkpolizei, die aus ehemaligen Berufssoldaten rekrutiert werden sollte. Schneider zwang die Chefs der Mansfeld AG, auf diese Truppe zu verzichten und den Arbeitern die durch aufgenötigte Demonstrationen entstandenen Ausfallschichten zu bezahlen.

Empört verklagte die Mansfeld AG Schneider beim Landgericht in Hallte: ”Schneider hatte die Arbeiterschaft fest in der Hand... Wenn er nur gewollt hätte, hätte er ... durch sein Einwirken die Masse bewegen können, ruhig nach Hause zu gehen, ohne die Bezahlung der Streikschichten zu erzwingen.”[1]

Natürlich wollte Schneider nicht, was die Direktoren forderten, und der Konzern mußte zahlen. Aber das war nur ein vorläufiger Sieg.

Wenige Wochen später, am 19. März 1921, rückten im Auftrag der Regierung schwerbewaffnete Einheiten der Sicherheitspolizei in das Mansfelder Land ein, um endgültig ”Ordnung” zu schaffen. Daraufhin beschlossen in der Nacht vom 19. zum 20. März 1921 Funktionäre der beiden kommunistischen Parteien (VKPD; KAP) und revolutionäre Betriebsräte den Generalstreik für das Mansfelder Gebiet. Josef Schneider wurde zum Vorsitzenden des Aktionsausschusses gewählt.

Am 22. März kam der schon legendäre Max Hoelz nach Eisleben und nahm dem Aktionsausschuß das Gesetz des Handelns aus der Hand. Aus Sorge darum, Hoelz könne, wie im Vogtland, Sabotageakte begehen, blieb dem Ausschuß angesichts der Stimmung unter der Mehrheit der Arbeiterschaft nur eins: Schneider wurde ihm als ”Pressevertreter” beigeordnet. Und in dieser Eigenschaft (oder unter diesem Vorwand) nahm er an den von Max Hoelz geführten Kämpfen teil, wobei er auch als eine Art Versorgungsoffizier fungierte, der für die Kassenverwaltung und Löhnung der revolutionären Kämpfer zuständig war.

In seinem Buch „Vom weißen Kreuz zur roten Fahne“ schrieb Hoelz über Schneider: ”In dieser Versammlung (am 22. März 1921 – F.R.) traf ich zum ersten Male Josef Schneider. Schneider war Redakteur an der Parteizeitung in Eisleben und leitete dort die Bewegung. Es war zum Schreien komisch, wenn dieser auffallend kleine, überfette Mensch in einem kleinen Wanderauto, das er irgendwo requiriert hatte, durch die von streikenden Arbeitern angefüllten Straßen fuhr. Wer ihn nicht persönlich kannte, mußte ihn für einen kapitalistischen Ausbeuter halten. Trotz seines ungeheuren Körperumfangs war Schneider von einer erstaunlichen Beweglichkeit. Bei den in den folgenden Tagen stattfindenden Kämpfen zeigte es sich, daß er organisatorisch begabt war. Ich übertrug ihm die Verpflegung der Truppe sowie die Verwaltung der beschlagnahmten Gelder. Beide Aufgaben erledigte er mit Geschick. Daneben leitete er noch den Pressedienst. Er verfaßte über die täglichen Kämpfe Berichte, die er an uns nahestehende Organisationen und Zeitungen sandte. Seine Frau und sein einjähriges Kind wurden von der Sipo als Geiseln festgesetzt. Als Gegenmaßnahme verhafteten wir den Generaloberarzt Evers und dessen Frau.

Bei dem letzten Gefecht in Besenstedt rettete sich Schneider mit der Kasse in einem Auto. Er war fast der einzige von den mitteldeutschen Kämpfern, der sich nach Rußland in Sicherheit brachte. Als ich später vor dem Moabiter Sondergericht stand und eine Reihe von Zeugen Schneider sehr belasteten, indem sie ihm nachsagten, er habe eine Tasche voll Tausendmarkscheine eingesteckt, wies ich diese Verdächtigungen entschieden zurück. Er seinerseits schrieb im Ausland unter Brandlers Einfluß eine Bro-

schüre, betitelt: "Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land", die die damalige Leitung der KPO herausgab. In dieser Schrift verleumdete er mich wider besseres Wissen und verstärkte dadurch die gegen mich gerichtete Hetze."[2]

Schneider hat in seiner Broschüre „Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land" tatsächlich über Hoelz geschrieben, aber eher im Sinne eines großen Lobes: "Neben Liebknecht und Rosa Luxemburg ist Max Hölz (Die Schreibweise des Namens durch J. Schneider wurde im Zitat beibehalten) unzweifelhaft einer der populärsten Revolutionäre der deutschen Revolutionsbewegung. Es ist viel über die Taten von Max Hölz geschrieben worden, und kein Kommunist kann sich mit allen Maßnahmen, die er während der Kapptage im Plauenschen getroffen hat, einverstanden erklären. Seine Taten während des Märzaufstandes in Mitteldeutschland und vor allen Dingen sein mutiges, einwandfreies Verhalten während seines Prozesses, wo er es verstanden hat, den Prozeß zu einer wuchtigen Anklage gegen die Bourgeoisie auszunutzen, haben uns davon überzeugt, daß Hölz jedenfalls ein mutiger Revolutionär gewesen ist. Das Bestreben seiner Gegner, ihn mit einem Räuberhauptmann auf eine Stufe zu stellen, hat bei keinem klassenbewußten Arbeiter Anklang gefunden, nachdem einwandfrei festgestellt war, daß die ganzen Taten von Hölz aus Liebe zum Proletariat und für dessen Befreiung diktiert waren."[3]

Wenn man bedenkt, daß Schneider seine Broschüre unmittelbar nach dem Aufstand schrieb, scheint das ziemlich objektiv gewertet zu sein. Das, was Hoelz als Verleumdung apostrophierte, war wahrscheinlich Schneiders an anderer Stelle ausführlichere Kritik an Hoelz' Aktionen im Vogtland. Schneider vertrat hier die Parteimeinung, die in dem Satz gipfelte: "Seine Handlungsweise war nicht kommunistisch."

Das war bekanntlich auch bis zum Ende der SED die offizielle Meinung der Partei, die sich mit dem anarchistischen Einzelkämpfer Hoelz immer schwer tat. Wenn es denn aber eine Verleumdung war, so hat auch Hoelz sich "gerächt", indem er Schneider als unter dem Einfluß Brandlers stehend, denunzierte. Heinrich Brandler galt inzwischen (1928, als Hoelz' Buch erschien) als rechter Abweichler.

Meinungsverschiedenheiten gab es zwischen den beiden Kampfgefährten offensichtlich auch über die Geiselnahme von Schneiders Frau und Kind. Während Hoelz schrieb, als Gegenmaßnahme der Aufständischen gegen die Verhaftung von Frau Schneider sei das Ehepaar Evers festgenommen worden, ging aus Schneiders Darstellung hervor, daß die Verhaftung seiner Angehörigen eine Folge der Verhaftung des Ehepaars Evers war.

Schneider berichtete, Hoelz habe diese Leute festgesetzt, um von Eislebens Oberbürgermeister eine halbe Million Mark Lösegeld für die Freilassung zu kassieren. Vielleicht war auch das in Hoelz' Augen eine "Verleumdung". Jedenfalls geht aus Schneiders Darstellung hervor, daß die Sicherheitspolizei ihre Geiseln (darunter Frau Schneider) erst im Gegenzug festsetzte und in einem Schreiben an Hoelz deren Erschießung androhte. Dieses Schreiben des Kommandos der Sicherheitswehr Eisleben erreichte nicht Hoelz, sondern gelangte in die Hände von Schneider, der es mit scharfen Worten beantwortete: "Das Schreiben an Hölz wurde mir 2 Stunden nach der Ausferti-

gung übergeben. Ich bemerke hierzu, daß es mir in so kurzer Zeit nicht möglich sein wird, Hölz zu erreichen, und daß ich selbst auch keinerlei Einfluß auf seine Unternehmungen habe. Die brutale Androhung ihrer Maßnahmen betreffs der Erschießung der Kommunisten und meiner Frau wird wohl kaum den gewünschten Erfolg haben. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich bei der Ausführung dieser Drohung alles daransetzen werde, ein Blutbad unter der brutalen Bourgeoisie anzurichten. Selbst die Geschichte der Kämpfe der wilden Völkerstämme hat eine derartige Brutalität nicht aufzuweisen. Ich erkläre hier nochmals, daß Ihr keine Menschen, sondern wahre Bluthunde seid.[4] Die "angedrohte Maßnahme" wurde von der Polizei nicht ausgeführt. Die schnelle Veränderung der Lage zuungunsten der Aufständischen ließ es wohl angeraten sein, Schneiders Frau freizulassen, um über sie auf seine Spur zu kommen.

Im Unterschied zu Max Hoelz, der durch Verrat in die Hände der Polizei fiel, konnte Schneider entkommen. Er floh über Berlin nach Stettin. Von dort gelangte er auf einem Schiff mit russischen Kriegsgefangenen, die wegen des sowjetisch-polnischen Krieges in Deutschland zurückgehalten worden waren, nach Sowjetrußland.

Josef Schneider wurde in Abwesenheit angeklagt, "Hochverrat, Mord oder Mordversuch, Freiheitsberaubung, schweren Raub, räuberische Erpressung, Brandstiftung und Eisenbahntransportgefährdung" begangen zu haben. Unter diesen Umständen war an eine Rückkehr nach Deutschland nicht mehr zu denken. Schneider hielt sich auf Grund einer (kurze Zeit später wieder aufgehobenen) Amnestieverfügung 1928 nur noch einmal, im Jahre 1930, für vier Wochen in seiner Heimat auf.

Als er 1921 in der Sowjetunion ankam, arbeitete er zunächst in der Presseabteilung der Komintern und schrieb die bereits zitierte Broschüre, in der er die Ursachen, den Verlauf und die barbarische Niederschlagung des mitteldeutschen Aufstandes erstmalig zusammenhängend darstellte. Die Broschüre erschien in der Schriftenreihe "Probleme der proletarischen Revoluion" 1922 im Verlag der Arbeiterbuchhandlung Wien mit einer Einleitung des Mitbegründers der KPÖ Franz Koritschoner, der damals in Moskau in der Roten Gewerkschaftsinternationale wirkte.[5]

Josef Schneider kam 1921 zu einem Zeitpunkt nach Moskau, in dem sich Sowjetrußland nach dem Ende des Bürgerkrieges im Zustand tiefster wirtschaftlicher Zerrüttung befand. Zu den charakteristischen Dokumenten in unserem Zusammenhang gehört ein Brief der deutschen Delegation der Komintern vom 26.7.1921, der in Schneiders KGB-Akte erhalten blieb. In diesem steht: "Überbringer dieses Schreibens, der politische Flüchtling Schneider, soll morgen nach Marx-Stadt fahren. Seine Schuhe befinden sich aber in einem unmöglichen Zustand. Deshalb bitten wir, dem Genossen Schneider nach Möglichkeit ein paar andere Schuhe aushändigen zu lassen. Mit kommunistischem Gruß! – Sekretär"

1922 im Mai ging Josef Schneider nach Leningrad, zur, wie er in einem Fragebogen später schrieb, "Erwerbung von Kenntnissen über das russische Wirtschaftsleben." Er arbeitete zunächst bei der Hafen-Verwaltung und übernahm dann gemeinsam mit anderen Emigranten die Leitung einer heruntergekommenen Fabrik, womit er sich in ein neues Abenteuer seines abenteuerreichen Lebens begab.

Eigentlich sollte diese Fabrik im Auftrag der IAH (Internationalen Arbeiterhilfe) betrieben werden, um Emigranten, die in dem nach Revolution und Bürgerkrieg mehr als armseligen Rußland ein kümmerliches Leben führten, einen Lebensunterhalt zu gewähren. Aber aus unerfindlichen Gründen kam es nicht zu dieser Übernahme, und die Betreiber des Unternehmens wurden wie Privatkapitalisten behandelt. Als der Betrieb wegen ausbleibender Zahlungen von Geschäftspartnern (zu denen z.B. auch die Baltische Flotte gehörte, die dem Betrieb 6.000 Goldrubel schuldete) in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, wurde Josef Schneider dafür verantwortlich gemacht. Und er landete wieder einmal, wenn auch nur für kurze Zeit, im Gefängnis. Aber er wehrte sich: Er forderte ein Verfahren gegen sich selbst, zumindest eine Untersuchung durch die Komintern. Ob es dazu je gekommen ist, geht aus den spärlichen Zeugnissen nicht hervor. Wahrscheinlich wurde das Ganze unter den Teppich gekehrt, weil Interessen auf dem Spiel standen, die mit Schneider nichts zu tun hatten.

Danach wurde er in die Tatarische Republik abkommandiert, wo er im Auftrag der IAH im Zusammenhang mit der großen Hungersnot an der unteren Wolga für die Hungerhilfe arbeitete. Für die Folgezeit können lediglich die Erinnerungen seiner Tochter als Quelle dienen. Wie sie berichtet, übernahm er für 2 bis 3 Jahre die Leitung eines großen Staatsgutes in der Gegend von Kasan, dessen Erträge und Gewinne der IAH zugute kamen.

Den Abschluß seines Wanderlebens während der ersten Emigrationsjahre bildete 1928 eine mehrmonatige Reise auf der Wolga mit einem Agitationsschiff, das nicht zuletzt die Aufgabe hatte, mit Vorträgen, Filmvorführungen und kabarettistischen Auftritten einer Komsomolgruppe unter den Wolgadeutschen politische Propaganda (vor allem auch antireligiöse) zu betreiben. Dabei betätigte sich Josef Schneider als Textautor. Nach dieser Reise ging er nach Moskau und war eine Zeitlang in der Leitung der IAH tätig. 1930 schied er aus der Arbeit der IAH aus. Um 1930 erhielt Schneider eine Anstellung bei der OGIS (der Verwaltung der Staatsverlage) und begann eine intensive journalistische und schriftstellerische Arbeit. Für kurze Zeit war er Sekretär der deutschen Sektion des Verbandes der sowjetischen Schriftsteller.

Sicher waren die Jahre von 1929 bis 1935 die ruhigsten im unruhigen Leben des Josef Schneider. Er bekam eine richtige Wohnung in der Moskauer Gorkistraße und konnte von nun an mit seiner Familie unter einigermaßen normalen Bedingungen zusammenleben. Bis dahin war Frau Schneider immer wieder für längere oder kürzere Zeit nach Deutschland gefahren, vor allem, wenn das Kind erkrankte. Endgültig übersiedelten Schneiders Frau und Tochter 1933, mit Beginn der Nazizeit, nach Moskau. Die kleine Wohnung der Schneiders war ein beliebter Treffpunkt deutscher Emigranten und Spezialisten, die mit Josef Schneider nächtelang Gespräche führten und von Frau Schneider bekocht wurden. Die Spezialisten weinten sich bei Schneider über ihre Arbeitsprobleme in der Sowjetwirtschaft aus. Es kamen Schriftsteller wie Egon Erwin Kisch, Alfons Goldschmidt und Hedda Zinner, die sich Schneiders Schreibmaschine auslieh, zu Besuch und natürlich Parteiarbeiter aus der Komintern und der IAH.

In diesen Jahren schrieb Josef Schneider eine Vielzahl von Zeitungsbeiträgen aus dem Leben der Sowjetdeutschen, der ausländischen Arbeiter und zu anderen aktuellen Themen für die Deutsche Zentral-Zeitung sowie für andere deutschsprachige Presseorgane in Moskau, in der Wolgadeutschen Republik und in der Ukraine. Das Schreiben machte ihm offensichtlich Spaß. Dazu kam sicher, daß die Familie die Honorare seiner Zeitungsarbeit für ihren Lebensunterhalt gut gebrauchen konnte, denn in seinen festen Anstellungen bei der IAH und der OGIS bekam er nur das sogenannte Parteimaximum, also den Durchschnittslohn eines Arbeiters.

Neben seiner journalistischen Tätigkeit verfaßte er eine Reihe von Broschüren mit literarischem Anspruch. 1930 erschien in Moskau "Traktoren voran", eine Verserzählung bzw. ein Poem, das leider nicht mehr auffindbar ist. Wahrscheinlich handelte es sich um eine Art antireligiöse Deutung der christlichen Osterlegende, in der es nicht um die Auferstehung des Herrn, sondern um die Wiedergeburt der Menschen mit Hilfe der Sowjettraktoren geht.

Im gleichen Jahr wie "Traktoren voran" kam ebenfalls in Moskau "Entwischtes Rotwild" heraus, die Beschreibung seiner Flucht aus Mitteldeutschland in die Sowjetunion. 1933 folgte im wolgadeutschen "Staatsverlag Engels" eine Erweiterung und Fortsetzung dieses Buches unter dem Titel "Gehetztes Freiwild", in dem der Fluchtbericht durch Geschichten über Menschen und Ereignisse aus dem mitteldeutschen Aufstand und Erlebnisse in Sowjetrußland ergänzt wird. Beide Bücher haben autobiographischen Charakter, sind aber in der dritten Person geschrieben, so daß sie als Quellenmaterial nur bedingt brauchbar sind, da die Grenze zwischen Dichtung und Wahrheit nicht immer zu bestimmen ist. Als letzte Veröffentlichung verfaßte Josef Schneider 1934 eine Broschüre über die Lebensgeschichte des von Nazis in Hamburg ermordeten Antifaschisten August Lüttgens, welche unter dem Titel "August Lüttgens, ein roter Frontkämpfer" in Moskau und Leningrad erschien. Aus den Erinnerungen seiner Tochter geht hervor, daß er in jenen Jahren mit der Materialsammlung für einen Roman beschäftigt war, in dem es um die Schicksale deutscher Spezialisten in der Sowjetunion gehen sollte.

Wenn man Josef Schneiders vorliegende Arbeiten heute liest, fällt es schwer, literarische Maßstäbe anzulegen und zu sagen, er war ein Schriftsteller im gebräuchlichen Sinne des Wortes. Eher würde die Bezeichnung eines schreibenden Agitators zutreffen, der seine Figuren und Situationen mit kräftigen Pinselstrichen in schwarz oder weiß und mit nur wenigen Zwischentönen vor dem Leser aufbaut. Auffällig ist sein rheinländischer Humor und unübersehbar sein Haß auf die Exponenten der kapitalistischen Staatsmacht, die Vertreter der Kirche und vor allem die rechte Sozialdemokratie. So schrieb er in "August Lüttgens, ein roter Frontkämpfer": "Die sozialdemokratischen Parteien aller Länder sind die Wegbereiter des Faschismus und leisten der faschistischen Reaktion die besten Bütteldienste. Der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern muß mit aller Schärfe auch gegen die Hauptstütze der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, geführt werden."

Solche Sätze, die den Nachgeborenen angesichts des zu dieser Zeit schon herrschenden Terrors der Nazis gegen Kommunisten und Sozialdemokraten unfaßbar erscheinen, lagen bekanntlich auf der Parteilinie des Kampfes gegen die sogenannten Sozialfaschisten. Dabei ist wohl zur Erklärung (nicht zur Rechtfertigung) der Position Schneiders zu sagen, daß sein politisches Grunderlebnis die Revolution von 1918 und die Nachkriegsereignisse in Deutschland waren, zu denen eben auch der Verrat Friedrich Eberts und seiner Führungsmannschaft an Millionen Anhängern seiner eigenen Partei gehörte.

Was Faschismus bedeutete, kannte Josef Schneider im Gegensatz dazu nur vom Hörensagen, nicht aus eigenem Erleben. Und seine Partei, die KPD, änderte ihre "Linie" in bezug auf die "Sozialfaschisten" expressis verbis bekanntlich erst ein Jahr später, 1935, nach dem VII. Kominternkongreß, der auf die Volksfrontpolitik orientierte.

Nach dem VII. Kominternkongreß wendete sich auch das Schicksal Josef Schneiders. 1933 hatte die deutsche Sektion der "Internationalisten" des Klubs der ausländischen Arbeiter den Auftrag übernommen, eine Geschichte der Beteiligung ausländischer Revolutionäre am Bürgerkrieg in Sibirien zusammenzustellen. Als Hauptautor wurde ein Mann österreichischer Herkunft namens Stiller bestimmt. Obwohl Schneider nicht zu den Teilnehmern der Kämpfe in Sibirien gehörte, erhielt er den Auftrag, eine stilistische Beratung und Überarbeitung vorzunehmen, da er der einzige Schriftsteller unter den Anwesenden war. Im Herbst 1935 stand diese Arbeit, an der Schneider als Redakteur mitgewirkt hatte, kurz vor der Drucklegung im Verlag Ausländischer Arbeiter. In dieser Situation wurde der Hauptautor Stiller vom NKWD als angeblich verkappter Weißgardist "entlarvt" und nach einem Gerichtsprozeß im Dezember 1935 hingerichtet.

Was von einer derartigen "Entlarvung" durch das NKWD ein Jahr nach dem Mord an Kirow zu halten ist, wissen wir inzwischen. Für Josef Schneider, dessen Name nunmehr in einem Buchmanuskript neben dem eines zur Höchststrafe, also zum Tode verurteilten "Weißgardisten" auftauchte, hatte dieser Vorgang verheerende Folgen. Dabei war völlig gleichgültig, ob Stiller ein wirklicher oder ein vom NKWD getürkter Weißgardist war: Schneider verlor seine Anstellung beim Schriftstellerverband und wurde am 5. Januar 1936 aus der KPdSU ausgeschlossen. Zwar bekam er, wie aus einem Brief an Wilhelm Pieck hervorgeht, dank dessen Hilfe wieder eine Arbeit in einem Landkartenverlag, aber in der Parteiangelegenheit erreichte er, trotz mehrerer Gesuche an die ZPKK der KPdSU, offensichtlich nichts.

Der Brief an Pieck wurde im April 1936 geschrieben. Im September 1936 wurde Josef Schneider auf einer Parteiversammlung der deutschen Schriftsteller in Moskau von Willi Bredel bereits unter die Parteifeinde gezählt. Bredel sagte: "Wer sind die versteckten oder offenen Gegner, die in unseren Reihen so oder so gestanden haben? – Brand, Brustawitzki, Müller, Schellenberg und die Parteifeinde Schmückle, Schneider, Gles... Genossen, wie war die Sache Schneider? Ich habe den Fehler begangen, den wir alle begangen haben, daß wir ihn nicht ernst genommen haben, ich erinnere

an eine Sitzung. Ganz bewußt haben Ottwald und ich uns nicht vor Lachen gehalten über den Unsinn, den er da redete, aber die Tatsache, daß wir ihn geduldet haben, ist unser Fehler. Der Mann hat sich nach außen hin als Schriftsteller ausgegeben, hat uns kompromittiert, in die größten Verlegenheiten gebracht bei den russischen Genossen, er wurde betrachtet als ein deutscher Schriftsteller in Moskau, ohne ihn hart und schroff zu erledigen. Das ist erst auf Grund einer Buchbesprechung des Genossen Günther geschehen."[6]

Bredels Beitrag war charakteristisch für die meisten Diskussionsbeiträge dieser Versammlung: Die Redner beginnen mit dem Eingeständnis persönlicher und gemeinsamer Fehler, bezeichnete die bereits zu Unpersonen gewordenen ehemaligen Genossen als "Gegner" oder "Parteifeinde" und erheben gegen sie Beschuldigungen, die an den Haaren herbeigezogen sind und in keinem Verhältnis zum negativen Etikett stehen, das den Betroffenen angeklebt wird. Offensichtlich hatte jeder der Redner im Hinterkopf, daß es auch ihn demnächst treffen könnte. Bredel hat es nicht getroffen, aber die von ihm gewissermaßen als Kronzeugen genannten Schriftsteller Ernst Ottwald (1901-1943) und Hans Günther (1899-1938) wurden zum gleichen Zeitpunkt wie Josef Schneider verhaftet und starben wie er in einem Lager.

Josef Schneider wurde am 5. November 1936 festgenommen. Die sogenannte Untersuchung dauerte bis zum Juli 1937. In seiner KGB-Akte sind 4 Verhöre dokumentiert. Er wurde der "konterrevolutionären trotzkistisch-faschistischen Tätigkeit" bezichtigt, die er gemeinsam mit Hans Rogalla (1893-1938) und Paul Scholze (1886-1938) begangen haben sollte.

Begründet wurde die Anklage mit Zeugenaussagen eines Otto Goldschmidt (geb. 1894), der 1937 aus der UdSSR ausgewiesen wurde, und Harry Wilde (1908-1937), der wegen "Teilnahme an einer trotzkistisch-terroristischen Organisation" die Höchststrafe erhielt. Andere "Beweise" gab es nicht. In der KGB-Akte steht der lakonische Satz: "Materielle Beweise zur Strafsache gibt es nicht". Die Sache Stiller wurde nicht einmal erwähnt.

Die Urteilsbegründung in der "Strafsache Rogalla, Schneider, Scholze" lautete: "Im Verlauf der Untersuchung wurde festgestellt, daß alle genannten Personen, die zu unterschiedlicher Zeit aus Deutschland in die UdSSR emigriert waren, auf Grund gemeinsamer faschistisch-trotzkistischer Anschauungen eng miteinander verbunden waren, sich seit 1936 systematisch in ihren Wohnungen und in Gaststätten getroffen haben und bei diesen Zusammenrottungen von konterrevolutionären faschistisch-trotzkistischen Positionen aus die Politik der KPdSU, der Komintern und der KPD kritisierten und deren Führungen verleumdeten. Darüber hinaus betrieben die Mitglieder der genannten Gruppe faschistisch-trotzkistische Propaganda unter Politemigranten."

Weiterhin heißt es, daß die Mitglieder der Gruppe "eng mit dem Leiter der liquidierten konterrevolutionären ... terroristischen Organisation in der Republik der Wolgadeutschen Leow-Hofmann, Willi verbunden (waren)". Schneider sei außerdem "dessen überführt, daß er der Vertreter der konterrevolutionären trotzkistischen Gruppe Ruth-Fischer-Maslow in der UdSSR war, wo er in deren Auftrag konterrevolutionäre

Arbeit leistete und das Verbindungsglied zwischen dieser Gruppe und Leow-Hofmann bildete. Vermutlich erfolgte die Erschießung 1937.

Josef Schneider hat (wie auch Scholze und Rogalla) keine der ihm zur Last gelegten Vergehen zugegeben und keinen Menschen, zu dem er befragt wurde, in irgendeiner Weise belastet – und das waren außer seinen "Mitverschwörern" und Willi Leow-Hofmann so prominente Führungsmitglieder der KPD wie Hermann Remmele (1880-1939) und Heinz Neumann (1902-1937). Im Protokoll des Verhörs über die Letztgenannten steht als Schneiders Aussage: "Das bestätige ich nicht. (Ich) weiß von keiner konterrevolutionären Tätigkeit Remmeles und Neumanns". Es gehörte viel Mut dazu, vor den Untersuchungsführern des NKWD so aufzutreten.

Am Ende der Anklageschrift wurde festgestellt, daß alle drei Angeklagten zwar ihre Verbindungen und Zusammenkünfte nicht leugneten, aber die konterrevolutionäre Tätigkeit bestritten (wörtlich "widerlegten"). Es wurde also nichts bewiesen, es gab nicht einmal ein Geständnis (was nach der damaligen Auffassung der Straforgane der UdSSR als rechtsgültiger Beweis zählte). Als einzige Begründung blieben die dubiosen Zeugenaussagen von Wilde und Goldschmidt. Trotzdem wurden alle drei, wie Hunderttausende in diesem Land und in jener Zeit, von einer sogenannten Troika zu Lagerhaft verurteilt (wörtlich: "zu erzieherischem Arbeitslager für die Dauer von 5 Jahren.").

Rogalla und Scholze wurden 1938 im Lager nach erneuter Anklage mit der Begründung, sie hätten Sabotage verübt, im Invalidenlager erschossen. Josef Schneider starb infolge von Unterernährung und fehlender medizinischer Betreuung am 18. November 1939. Das Sterbedatum und die Umstände des Todes blieben den Angehörigen jahrzehntelang unbekannt. Im Zusammenhang mit einer Eingabe von Frau Schneider erhielt die Tochter 1940 vom NKWD lediglich die mündliche Auskunft, daß ihr Vater verstorben sei. Zeit, Ort und Umstände wurden ihr nicht mitgeteilt.

Über zwanzig Jahre lang blieb Josef Schneider für die Öffentlichkeit eine Unperson. Erst nach dem XX.Parteitag der KPdSU mit Beschluß der Zentralen Parteikontrollkommission vom 4. Juni 1958, wurde Josef Schneider wie viele der Opfer des Stalinschen Terrors durch seine Partei, aus der inzwischen die SED geworden war, rehabilitiert. In Eisleben erhielt eine Straße (die nach der Wende von 1989 wieder umbenannt wurde) seinen Namen. Zeitungsartikel wurden geschrieben, im Zusammenhang mit dem mitteldeutschen Aufstand tauchte sein Name in Büchern und Broschüren auf, aber die Umstände seines Todes wurden verschwiegen. Das Genaueste, was man lesen konnte, war, daß er während der Emigration in der Sowjetunion starb.

Eine offizielle sowjetische Urkunde, in der der Tod ihres Vaters bescheinigt ist, erhielt Annemarie Schneider (Radünz) erst im Jahre 1992. Ein Jahr vorher, im Dezember 1991, hatte ihr ein ehemaliger Mithäftling Josef Schneiders, der heute in Dresden lebt, geschrieben: "Deinen Vater traf ich 1939 im Lager für Invaliden... Ich kam im September dorthin und nicht allzulange Zeit (danach) ist er, offensichtlich wegen seines kranken Herzens, verstorben. Er war am ganzen Körper geschwollen, ging am Stock und gab in der Speisehalle Löffel aus, so daß er wenigstens in der letzten Zeit

nicht übermäßig hungern mußte. Ich habe ihn oft in seiner Baracke aufgesucht und mich endlos lange mit ihm unterhalten. Er war, was die Situation betraf, optimistisch; meinte, daß die Gerechtigkeit siegen werde, war sich aber klar darüber, daß er es, ob seines schlechten Gesundheitszustandes, nicht mehr erleben wird. Seine größte Sorge war, daß Annemie (seine Tochter Annemarie) glauben könnte, er sei ein Volksfeind."[7]

Was bleibt, ist die Frage: Warum haben Menschen wie Josef Schneider, die im Kampf gegen das kapitalistische Unrecht ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, zum Unrecht in den eigenen Reihen geschwiegen? Vielleicht steckt Josef Schneiders Antwort in einem Satz den seine Tochter zitiert. Wenn in der Familie darüber debattiert wurde, ob Frau Schneider, die zeitlebens parteilos blieb, in die Partei eintreten solle, habe Josef Schneider immer gesagt: "Feldwebel (so nannte er seine Frau scherzhaft), laß die Finger von der Politik, sie ist eine große Lüge!"[8]

1 Mansfeldarchiv Direktionsakte 1658, S. 12; Zit. nach der unveröffentlichten Diplomarbeit von Harald Heinrich: Die Mansfelder Volkszeitung im Kampf um eine höhere Bildung der Volksmassen 1919-1921. Berlin 1962.

2 Max Hoelz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne. Halle-Leipzig 1984: 198f.

3 Josef Schneider: Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land. Wien 1922: 41.

4 Ebd.: 47f.

5 Koritschoner gehört wie Schneider zu den Opfern des Stalinismus. Er wurde 1939 an die Deutschen ausgeliefert und später im KZ Auschwitz ermordet (siehe Weber: Weiße Flecken...Berlin 1990: 75, wo davon die Rede ist, daß K. im Polizeigefängnis Wien seinen Zellengenossen erklärte, daß nach dem Krieg "ein Parteitag der KPdSU die tragischen Irrtümer aufklären und die zu Unrecht verurteilten rehabilitieren wird."

6 Reinhard Müller (Hg.): Die Säuberung. Reinbek bei Hamburg 1991.

7 Brief von Friedo Seydewitz an Annemarie Radünz.

8 Diese Skizze verdankt ihr Entstehen einer Anregung von Ulla Plener, Berlin, die den größten Teil des Quellenmaterials zusammentrug, die Zeugnisse aus sowjetisch-russischen Archiven besorgte und die in russischer Sprache vorliegenden Texte ins Deutsche übersetzte.

Dokumente

W. I. Lenin. Unbekannte Dokumente. 1891 - 1922

(Erika Segendorf und Renate Hertzfeldt)

Wir legen einige ausgewählte Dokumente vor, die dem in mehreren Folgen in der BzG vorgestellten Band mit bisher unbekannten Lenin-Dokumenten entnommen sind.[1] Die Dokumente sind chronologisch angeordnet, die Dokumentennummer entspricht der Numerierung des russischen Bandes. Die Übersetzungen besorgten Erika Segendorf und Renate Hertzfeldt.

313

Notiz für W. M. Molotow auf einem Brief G. W. Tschitscherins
21.-23. Juli 1921

Brief G. W. Tschitscherins
21. Juli 1921

An Gen. Molotow

Werter Genosse,

am 16. Juli habe ich in Beantwortung einer Anfrage des Gen. Lenin zu der von Gen. Rothstein aufgeworfenen Frage über Handlungen der Bakuer, wobei Gen. Lenin geschrieben hatte: "Liefern Sie den fertigen Entwurf für einen Beschluß des ZK, wir stimmen dann telefonisch ab"[2], im Brief an Gen. Lenin vorgeschlagen, das Politbüro solle Gen. Ordshonikidse und alle Parteiorganisationen und Sowjetinstitutionen im Kaukasus anweisen, streng darauf zu achten, daß der russisch-persische Vertrag und die Direktiven des ZK und des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten über die Persienpolitik auf keinen Fall durch irgendwelche Sowjetinstitutionen oder -funktionäre bzw. durch Parteiorganisationen verletzt werden.[3]

Soeben übersandte man mir aus der Politverwaltung ein Telegramm aus Taschkent mit der Nachricht, daß dort ein Vertreter der persischen Sonderbrigade aus Baku eingetroffen sei, um persische Kommunisten zur Verstärkung der Brigade zur besonderen Verwendung anzuwerben. Das deutet zweifellos darauf hin, daß die Bakuer Genossen den Beschlüssen des Zentralkomitees und unserer gesamten Politik direkt zuwiderhandeln. Während wir mit Persien den Vertrag geschlossen haben und freundschaftliche Beziehungen unterhalten, werden persische Kommunisten für irgendwelche Abenteuer geworben. Ich bitte das Zentralkomitee nachdrücklich, Anweisung zu geben, daß mit solchen Abenteuern Schluß gemacht wird. Meinem vorherigen Vorschlag füge ich daher einen weiteren hinzu. Ich schlage zusätzlich vor, das Zentralkomitee möge

Gen. Ordshonikidse und alle Parteiorganisationen und Sowjetinstitutionen anweisen, das Werben für bewaffnete Einfälle in Persien oder militärische Aktionen auf persischem Territorium nicht zuzulassen...[4]

Mit kommunistischem Gruß

Tschitscherin

Notiz W. I. Lenins

Gen. Molotow!

Man muß solche Dinge rasch behandeln. Telefonisch: für Tschitscherins Vorschlag oder nicht?[5]

Ich bin für Tschitsch[eri]ns Vorsch[lag].

23.VII Lenin

Veröffentlicht in "Iswestija ZK KPSS" Nr. 4/1990, S. 180, russ.
Russisches Zentrum für die Bewahrung und das
Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte,
Fonds 2, Verz. 1, AE 27064 - Notiz W. I. Lenins
Handschrift; Brief G. W. Tschitscherins - Original.

329

Brief an G. W. Tschitscherin[6]
24. Oktober 1921

Gen. Tschitscherin! Bin vollkommen mit Ihnen einverstanden. Ihr Fehler ist, daß Sie zu zaghaft sind. Man muß nicht 'reden' oder nur 'schreiben', sondern muß dem Politbüro (und zwar rechtzeitig und nicht mit Verspätung) vorschlagen:

1) nach Abspr[ache] mit dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten eine absolut unnachgiebige Person hinzuschicken,

2) die miesen Tschekisten zu verhaften, die Schuldigen nach Moskau zu bringen und zu erschießen.

Legen Sie das am Donnerstag dem Politbüro vor, nachdem Sie es rechtzeitig Unschlicht zur Stellungnahme gegeben haben, und leg[en] Sie das gesamte Material bei.

Man muß es verstehen, solche Dinge rasch und exakt auf den Weg zu bringen. Gorbunow muß das in der Hand haben; er m[uß] dafür verantwortlich sein; wir aber werden Sie immer unterstützen, wenn es Gorbunow gelingt, das tschekistische Gesindel erschießen zu lassen.

24./X. Lenin

Veröffentlicht in "Iswestija ZK KPSS" Nr.4/1990, S. 185, russ.
Russisches Zentrum für die Bewahrung und
das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte
Fonds 2, Verz. 1, AE 27066 - Handschrift

337

Notiz für K. B. Radek[7]
30. November 1921

Gen.Radek! Schreiben Sie mir bitte zwei Worte, was Sie davon halten, und schicken Sie es dann s o f o r t an T s c h i t s c h e r i n, da[mi]t auch er mir antwortet.[8]
30.XI Lenin

Veröffentlicht in "Iswestija ZK KPSS" Nr. 4/1990: 188, russ.
Russisches Zentrum für die Bewahrung und das
Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte,
Fonds 2, Verz. 1, AE 27068 - Handschrift

350

Brief an W. M. Molotow für alle Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B)
30. Januar 1922

30./I. 1922
Genossen Molotow für alle Mitglieder des Politbüros
Ich habe soeben einen strenggeheimen Brief Tschitscherins[9] an alle Mitglieder des P[olit]büros erhalten und gelesen. Ich denke, man darf den Gedanken Tschitscherins nicht sofort ablehnen, man muß ihn gründlich erörtern und dabei die Arbeitsergebnisse der Piljawski-Kommission[10] im Blick haben und das Ausmaß aller Ansprüche und Gegenansprüche genauer abwägen.

Ich schlage vor, diese Frage am Donnerstag zu beraten, ohne etwas ins Protokoll zu schreiben, und nach der vorangegangenen Erörterung auf der Donnerstagssitzung, nachdem dann alle Mitglieder des P[olit]b[üros] befragt worden sind, endgültig zu beschließen. Möglicherweise ist der Vorschlag Tschitscherins der rationellste.

Hinsichtlich besonderer Geheimhaltungsmaßnahmen für die Übermittlung strenggeheimer Informationen schlage ich vor, einen der Parteisekretäre bei Molotow (oder Gen. Molotow selbst) mit der Kontrolle darüber zu betrauen, daß strenggeheime Papiere zu ihm persönlich zurückkehren und von ihm persönlich verbrannt werden.

30./I. 22 Lenin

Telefonisch empfangen von L. Fotijewa

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium
von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2,
Verz. 2, AE 1105 - Handschrift von L. A. Fotijewa

351

Brief an W. M. Molotow für die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B)
31. Januar 1922

31./I.
Gen. Molotow für die Mitglieder des P[olit]b[üros]
Ich bitte darum, meinen gestrigen F[ern]sp[ruch] anläßlich des Br[iefe]s von Tschit[scheri]n als annulliert zu betrachten. Ich habe mich nicht besonders gut gefühlt. Ich habe unklar geschrieben.
Ich wollte das heute korrigieren.
Doch heute fühle ich mich noch schlechter.
Ich bitte zu beraten, könnte man nicht
(1) die Antwort an Tsch[itscheri]n bis Donnerstag vertagen,
(2) am Donnerstag nur entscheiden: daß Tschitsch[erin] und alle anderen Delegationsmitglieder bis zum 22.-23./II. ihre Vorschläge und verschiedene Kombinationen eines Beschlusses bis zu Ende durchdenken,
(3) man muß die Verantwortlichen zur Vorbereitung der Fin[anz]fragen der Genua-K[on]f[eren]z (Anleihe usw., usf.) für den 22.-23./II. festlegen.[11]
Lenin

Bemerkungen der Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B)
Die Frage wird dem P[olit]b[üro] am 2./II. vorgelegt. W. M[olotow]
Gelesen. L. K[amenew].[12]
Für den Vorschlag des Gen. Lenin, d.h. die Sache bis Donnerstag zu vertagen.
Gegen den Vorschlag Trotzkis über Rakowski. Stalin.
Ich schließe mich Stalin an. M. Kalinin.

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium
von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2,
Verz. 2, AE 1106, Bl. 1 - Handschriften

355

Brief an G. W. Tschitscherin
10. Februar 1922

10.II.1922
Lieber Gen. Tschitscherin!
Ich habe heute beim Lesen der "Prawda" frohlockt, - natürlich nicht wegen des Leitartikels, der ein erstklassiges Thema v e r p f u s c h t hat, - sondern wegen des Tel[e]gr[amm]s über den "Schritt" Hendersons.
Henderson ist ebenso töricht wie Kerenski, und deshalb hilft er uns.[13]
Das ist ein erster Grund zu frohlocken.

Ein zweiter: Sie müssen erkennen, wie recht ich hatte, das vom Z[entral]k[omitee] gebilligte "breite" Pr[o]g[ramm] für Genua vorzuschlagen.
Ich hoffe, daß Sie das jetzt, nach dem Schritt Hendersons, einsehen?
Wir werden ein weitestgehendes Programm in Genua vorschlagen, wobei wir freundlich hervorheben werden, daß wir kein Ultimatum stellen, denn in Genua k[ann] von einer Unter-ordnung unter die Mehrheit k[eine] Rede sein, sondern nur von einer Übereinstimmung aller. Nicht einverstanden? Wie Sie wollen. Wir reden auch über ein enges Pr[o]g[ramm]! (In das breite müßte noch eingefügt werden: internat[ionale] Arb[eits]gesetzgebung; Maßnahmen zum K[am]pf gegen die Arbeitslosigkeit und ä[hnliches] m[ehr]).
Weiter. Strenggeheim. Es wäre vorteilhaft für uns, wenn Genua scheitert..., doch natürlich nicht durch uns. Beraten Sie das mit Litw[inow] und Joffe und geben Sie mir Bescheid. Das darf man natürlich nicht schreiben, nicht einmal in geheimen Papieren. Schicken Sie mir das alles zurück, ich werde es verbrennen.[14] Eine Anleihe werden wir eher ohne Genua erhalten, wenn nicht wir Genua scheitern lassen. Man muß sich schlaue Schachzüge einfallen lassen, damit das Scheitern Genuas nicht durch uns geschieht. Zum B[eispiel] könnten uns der Dummkopf Henderson und Co sehr helfen, wenn wir sie geschickt anstoßen. Hat man Krassin angefordert? Hat man kontrolliert, ob er angefordert ist? Wann fährt er? Beschleunigen Sie das, überprüfen Sie doppelt.
Bei "denen" geht alles in die Brüche. Völliger Zusammenbruch (Indien und s[o]w[eiter]).
Wir müssen dem Fallenden versehentlich einen weiteren Stoß versetzen, aber nicht eigenhändig.
Salut! Ihr Lenin
PS. Zeigen Sie das Litw[inow] und Joffe.

Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium
von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fonds 2,
Verz. 2, AE 1119 - Handschrift

---

1 W. I. Lenin: Neiswestnyje dokumenty. 1891 - 1922. Moskau 1999. Rosspen. Vgl. BzG. 1/2000.. Zu den hier veröffentlichten Dokumenten: 107 ff.; 3/2000: 124-137; 4/2000: 101-108; 2/2001: 101-111.

2 Vgl. W. I. Lenin: Briefe, Bd. VIII: 38.

3 Am 16. Juli 1921 hatte G. W. Tschitscherin an Lenin geschrieben: "Zu der von Gen. Rothstein aufgeworfenen Frage über die Handlungen der Bakuer, die er vorschlägt, ihm zu unterstellen... Uns scheint es ungünstig und überflüssig, die Bakuer Rothstein zu unterstellen: die Beziehungen sind nicht zwischen Moskau und Baku erschwert, sondern zwischen Baku und Teheran, und wenn ein chiffriertes Schreiben nach Baku gelangt ist, kann und muß es auch nach Moskau gelangen. Rothstein kann sich immer an das Zentrum wenden, das Zentrum aber wird die Instruktionen an die Bakuer schicken. Prinzipiell lehnt man in Baku unsere Persienpolitik nicht ab. Aber es besteht die Gefahr, daß man sie behindern wird. Gen. Ordshonikidse ist diszipliniert, wenn es einen ZK-Beschluß gibt. Mir scheint es

daher in höchstem Grade wünschenswert, daß das Politbüro Gen. Ordshonikidse und alle Parteiorganisationen und Sowjetinstitutionen im Kaukasus anweist, streng darauf zu achten, daß der russisch-persische Vertrag und die Direktiven des ZK und des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten über die Persienpolitik auf keinen Fall durch irgendwelche Sowjetinstitutionen oder -funktionäre bzw. durch Parteiorganisationen verletzt werden."

4 In Tschitscherins Brief sind die Worte "Meinem vorherigen Vorschlag... nicht zuzulassen" mit Bleistift umrandet, und am Rand stehen die Vermerke über die Abstimmung der Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B): "Heute das PB befragen: Lenin - dafür, Molotow - Stimment[haltung]. Kamenew - dafür. Sinowjew - +".

5 Auf der Grundlage der Ergebnisse der Abstimmung der Politbüromitglieder per Telefonumfrage wurde im Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 25. Juli 1921 vermerkt: Behandelt: "Über die Bestätigung der Direktive des ZK zum russisch-persischen Vertrag". Beschlossen: "Der Vorschlag des Gen. Tschitscherin wird angenommen."

6 Am 24. Oktober 1921 antwortete G. W. Tschitscherin auf W. I. Lenins Brief:

"Ich habe die Frage der Schwarzmeer-Tschekisten aus dem Grunde nicht früher aufgeworfen, weil ich gehofft hatte, über unseren Bevollmächtigten dort alles zu regeln. Ich schrieb Ihnen von diesen Skandalen diesmal kurz und nicht 'exakt' mit Dokumenten, weil ich mit meinem Brief an Sie lediglich das Ziel verfolgte, einen starken Mann dorthin zu schicken, der die Zügel straff zieht. Was Strafen anbelangt, so mag derjenige, der dorthin fährt, das klären und ein Verfahren einleiten. Wir suchen jetzt einen Kandidaten, um ihn am Donnerstag nach Abstimmung mit Gen. Unschlicht vorzuschlagen."

An das Politbüro des ZK der KPR(B) schrieb G. W. Tschitscherin am 26. Oktober 1921. In dem Brief gab er den Inhalt seines Briefes an Lenin vom 23. Oktober 1921 wieder und schlug vor, K. A. Peterson als Bevollmächtigten des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten an die Schwarzmeerküste zu schicken. Das Politbüro erörterte den Brief am 27. Oktober 1921 (Donnerstag); angenommen wurde folgender von L. D. Trotzki eingebrachter Beschluß: "a) Von der Gesamtrussischen Tscheka wird der Text der Instruktionen angefordert, die die Organe der Tscheka bezüglich der Ausländer ausgegeben haben, insbesondere an die Hafen- und Grenzstädte. Die Genossen Trotzki und Stalin werden verpflichtet, sich mit diesen Instruktionen vertraut zu machen.

b) Durch eine autoritative Kommission (oder Einzelperson), die sich an Ort und Stelle begeben muß, sind jene örtlichen Tscheka-Organe, die diese Instruktionen nicht befolgen und sich von Methoden des Jahres 18 leiten lassen, streng zur Verantwortung zu ziehen. In beiden Fällen (Entsendung einer Kommission oder einer Einzelperson) wird das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK mit der Ernennung beauftragt.

c) Falls es bisher keine ausreichenden Instruktionen bezüglich der Ausländer gegeben hat, so wird der Gesamtrussischen Tscheka empfohlen, nach Absprache mit dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und dem Volkskommissariat für Außenhandel absolut klare und exakte Instruktionen auszuarbeiten und diese für die einzelnen Länder zu spezifizieren (offen feindliche Länder; Länder, mit denen wir Verträge haben; befreundete Länder u.a.).

d) Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und das Volkskommissariat für Außenhandel achten streng darauf, daß der Apparat der Tscheka die entsprechenden Veränderungen in unserer internationalen Lage reflektiert. Auf Beratungen der drei genannten Behörden (in bestimmten Fällen unter Einbeziehung eines Vertreters des Volkskommissariats für Heereswesen) sind alle neuen Fakten auf diesem Gebiet für neue zusätzliche Instruktionen für die Organe der Tscheka auszuwerten.

Gen. Gorbunow ist zu bestätigen, daß es zu seinen Obliegenheiten gehört, die Realisierung dieses Punktes zu kontrollieren, und daß er diese Angelegenheit vorschriftsmäßiger, strenger und sorgfältiger betreiben muß.

e) Kein einziger Verstoß gegen die Instruktionen darf ungesühnt bleiben, denn nur so kann das verderbliche Partisanenunwesen beseitigt werden.

f) Durch die Gesamtrussische Tscheka und nach Absprache mit dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten oder auf anderem Wege ist eine maßgebliche Regierungsmitteilung zu folgendem Thema herauszugeben: Die Sowjetrußland feindliche internationale Presse verbreitet Gerüchte, daß es wegen der Tscheka unmöglich ist, geschäftliche Beziehungen mit Sowjetrußland zu unterhalten; die

Regierung geht sorgfältig allen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Verhalten der Organe der Tscheka gegenüber Ausländern nach; einige solcher Fälle haben sich bestätigt; die Regierung hat unverzüglich energische Maßnahmen getroffen: sowohl Bestrafung der Schuldigen als auch genauere und strengere Instruierung der Aufsichtsorgane in bezug auf Ausländer; die Folgen der getroffenen Maßnahmen werden sich in allernächster Zukunft zeigen.

Die Gesamtrussische Tscheka und das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten werden beauftragt, einen gemeinsamen Vorschlag zu machen, in wessen Namen diese Regierungsmitteilung veröffentlicht werden soll. Deren Text ist vorab den Genossen Trotzki und Kamenew zur Kenntnis zu bringen.

g) Gen. Peterson wird als Vertreter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten nach Noworossisk geschickt; er wird verpflichtet, sofort nach der Ankunft und der Untersuchung der Umstände dem Zentrum den Entwurf einer Instruktion vorzulegen, die mit der Gesamtrussischen Tscheka an der Schwarzmeerküste abgestimmt wurde und die die Möglichkeit falscher Behandlung von Ausländern ausschließt." Der Brieftext steht auf folgendem Schreiben von G. W. Tschitscherin vom 23. Oktober 1921:

"Sehr geehrter Wladimir Iljitsch,

es ist völlig unmöglich, gute Beziehungen zur Türkei zu unterhalten, solange die jetzigen Aktionen der Sonderabteilungen und überhaupt der Tschekisten an der Schwarzmeerküste und am Kuban fortdauern. Mit Amerika, Deutschland und Persien ist es deswegen schon zu einer Reihe von Konflikten gekommen. Mit den Hoover-Leuten, die über Noworossisk reisen wollen, wird es laufend Skandale geben, wenn dort alles beim alten bleibt. Ich habe über Gen. Dawtjan immer wieder die Aufmerksamkeit der Gesamtrussischen Tscheka auf diese Umstände gelenkt und am 9. Oktober unter Nr. 11/5240 an Gen. Unschlicht geschrieben, aber ohne jedes Resultat.

Am 3. August haben Agenten der Gesamtrussischen Tscheka in Armawir den diplomatischen Kurier der türkischen Botschaft Feridun-Bei verhaftet und die Siegel seines Diplomatengepäcks erbrochen, wobei man ihn auf die unzulässigste Art und Weise behandelte. Noch schlimmer ist es dort vorher dem Mitarbeiter der türkischen Botschaft Isset-Ismet ergangen. Ich habe darüber offiziell an die Gesamtrussische Tscheka geschrieben, habe viele Male mit Gen. Dawtjan darüber gesprochen, bisher aber keinerlei Antwort erhalten. Die dortigen Organe der Tscheka schenken dem Zentrum offenbar überhaupt keinerlei Beachtung und halten es nicht einmal für nötig, ihm zu antworten. Die Gesamtrussische Tscheka hat mich nicht einmal über den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit informiert. Mit Deutschland hat es bereits einen großen Skandal gegeben im Gefolge der von der Noworossisker Sonderabteilung auf einem deutschen Schiff auf See gewaltsam vorgenommenen Durchsuchung und der gegen den Protest der Deutschen erfolgten Festnahme einiger Passagiere durch unsere Tschekisten. Die Regierung mußte sich bei Deutschland entschuldigen, was die dortigen Tschekisten völlig kalt ließ. Ein amerikanischer Zerstörer mit einigen Hoover-Leuten an Bord wurde von Noworossisker Tschekisten auf See gestoppt und durchsucht, wobei sich diese gegenüber den Amerikanern äußerst grob benahmen. Als der Bevollmächtigte des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in Noworossisk an Bord des amerikanischen Zerstörers gehen wollte, um die Amerikaner zu begrüßen, hinderten die am Ufer stehenden Agenten der Tscheka unseren Bevollmächtigten unter den Augen der Amerikaner in gröbster Form am Betreten des Zerstörers. Nachdem die Amerikaner ans Ufer gekommen waren, protestierten sie gegen das Benehmen der Tschekisten, das einen äußerst niederschmetternden Eindruck auf sie gemacht hatte. Seitens der Türken erhalte ich dauernd Beschwerden über das rücksichtslose Schalten und Walten der Sonderabteilungen und der Tschekisten überhaupt in Tuapse, über die Durchsuchung von Kriegsschiffen, die Beschießung türkischer Schiffe und die absolut unzulässige Behandlung türkischer Amtspersonen, insbesondere des türkischen Konsuls in Tuapse, Sabri-Bei, eines persönlichen Freundes Mustafa Kemals. Wenn die Sonderabteilungen befürchten, daß die Türken Schmuggel treiben, so hat der türkische Botschafter nichts gegen Isolierungsmaßnahmen, er protestiert aber entschieden gegen die Durchsuchung von Kriegsschiffen und gegen die Beleidigungen, von denen diese Durchsuchungen seitens der politisch ungebildeten Tschekisten begleitet sind. In Noworossisk wurde in einem ähnlichen Fall die türkische Flagge durch Tschekisten beleidigt. Türkischen Felukenhändlern, die (manchmal ohne es zu wollen, infolge von Sturm) in diese Häfen einlau-

fen, werden die Waren einfach entschädigungslos abgenommen, selbst in den Fällen, da die Händler Warenaustausch mit örtlichen Agenten des Volkskommissariats für Außenhandel betreiben. Der türkische Botschafter hat mich mehrmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die von unseren Tschekisten bis aufs Hemd ausgeplünderten türkischen kleinen Kaufleute, wenn sie nach Kleinasien zurückkommen, eine ganz schlechte Meinung von Sowjetrußland verbreiten, wodurch sich die Stimmung der kleinbürgerlichen Massen uns gegenüber verschlechtert. Über die Frage der Felukenhändler habe ich viele Male mit den Genossen Leshawa und Krassin gesprochen, aber die Versuche des Außenhandels, diese Frage zu regeln, haben zu nichts geführt, da die Agenten der Tescheka an Ort und Stelle auf nichts Rücksicht nehmen. Zur Zeit sind die Felukenhändler weniger geworden aus dem einfachen Grunde, weil die Türken uns nach all diesen Vorkommnissen für Räuber und Piraten halten. Erst kürzlich, als der Sekretär des örtlichen Militärkommandanten, Karzew, nachts in Begleitung Bewaffneter bei Sabri-Bei eindrang und ihn sowie den dort befindlichen Hauptmann Risa-Bei aus der Moskauer Botschaft mehrfach beleidigte, und als dieser Karzew dafür verhaftet wurde, verfügte die örtliche Sonderabteilung seine sofortige Freilassung, und der türkische Konsul blieb ohne Satisfaktion. Die Schwarzmeer-Tschekisten entzweien uns der Reihe nach mit allen Staaten, deren Vertreter in ihren Aktionsradius geraten. Die politisch ungebildeten Agenten der Tscheka, die über unbegrenzte Macht verfügen, halten sich an keinerlei Regeln.

Der Bevollmächtigte des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in Tuapse und Noworossisk, Gen. Tomson, hat vergeblich versucht, die Lage zu verbessern. Die Tschekisten hören überhaupt nicht auf ihn und versuchen, ihn durch Drohungen einzuschüchtern. Seine Bemühungen, dagegen anzukämpfen, haben zu nichts geführt. Er fürchtet, dort verhaftet oder Opfer einer Denunziation zu werden.

Gen. Mogiljowski, der an der Spitze der Auslandsabteilung der Tscheka steht, hat nicht die geringste Absicht gezeigt, die Lage zu ändern. Ich habe Gen. Unschlicht vorgeschlagen, wenn die Tscheka Gen. Tomson nicht vertraut, eine andere Person von hier zu ernennen und sie mit Vollmachten der Gesamtrussischen Tscheka auszustatten, damit man dort auf sie hört. Die Gesamtrussische Tscheka beläßt jedoch alles beim alten. Ein Teil der Lebensmittelladungen der Hoover-Leute geht im Winter über Noworossisk, und wenn nichts unternommen wird, stehen uns bezüglich der Amerikaner die größten Unannehmlichkeiten bevor. Gerade dieser Umstand zwingt mich dazu, mich an Sie zu wenden. Die Gesamtrussische Tscheka gibt stets zur Antwort, sie habe dort bereits einen Apparat. Aber diesen Apparat kennen wir. Wenn die Gesamtrussische Tscheka Gen. Tomson nicht glaubt, so haben wir doch eine Menge Erklärungen ausländischer Vertreter zu diesen Fakten. Meine Bitte besteht darin, daß man jemanden, bei dem man sich voll darauf verlassen kann, daß er gegenüber Ausländern derartige Handlungen nicht zuläßt, mit Vollmachten der Gesamtrussischen Tscheka nach Vereinbarung mit dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten dorthin schickt. Wichtig ist vor allem, daß diese Person nicht zum abgekapselten Kreis von Spezialisten der Sonderabteilungen gehört, die alles verachten, was außerhalb ihres behördlichen Standpunktes liegt. Ganz zu schweigen von der Türkei, die Beziehungen zu Amerika sind zu wichtig, als daß man angesichts der heutigen Situation in diesen Häfen gleichgültig bleiben könnte.

Mit kommunistischem Gruß Georgi Tschitscherin"

Eine gekürzte Fassung dieses Beschlusses ist in dem Buch "W. I. Lenin und die Gesamtrussische Tscheka", 2. Aufl., Moskau 1987: 487, russ., enthalten.

7 Die Notiz befindet sich auf dem Brief des Korrespondenten der "United Press" E. Gullinger an W. I. Lenin vom 28. November 1921. Der Korrespondent teilte unter Berufung auf das Weiße Haus mit, daß die amerikanische Seite beabsichtige, Rußland und Deutschland zur Washingtoner Konferenz zwecks Ratifizierung ihrer Beschlüsse einzuladen, und bat um Lenins Meinung dazu.

Die Washingtoner Konferenz zur Begrenzung der Seerüstungen, zu Fragen des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens fand vom 12. November 1921 bis 6. Februar 1922 statt. Vertreter Sowjetrußlands waren nicht eingeladen, deshalb hieß es in der Note vom 19. Juli 1921: "Die Regierung Rußlands erklärt feierlich, daß sie keine Beschlüsse der genannten Konferenz anerkennen wird, da diese Beratung ohne sie stattfindet." (Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. 4, Moskau 1960: 225, russ.)

8 G. W. Tschitscherin antwortete W. I. Lenin am 1. Dezember 1921: "Ich glaube, das Gerücht über unsere Einladung wurde absichtlich in die Welt gesetzt, um Frankreich einzuschüchtern. Solche großen politischen Veränderungen erfolgen nicht so plötzlich. Überhaupt wurde jetzt eine Menge amerikanischer Enten losgelassen. Briand hat bereits ein ihm zugeschriebenes Interview über englische Panzerschiffe für den Sardinenfang dementiert.
Aber die Tatsache, daß Gerüchte über unsere Einladung möglich sind, zeigt, wie rasch wir uns dem Ziel nähern. Die Masse des amerikanischen Kleinbürgertums ist leidenschaftlich an Abrüstung interessiert, ihr Pazifismus hat die republikanische Regierung angesteckt, und nun ist klargeworden, daß ohne Abstimmung mit uns Abrüstung nicht möglich ist.
Für das Wichtigste halte ich Lapinskis Nachricht, daß im Januar eine Konferenz zu russischen Fragen stattfinden soll. Das bedeutet dann Verhandlungen mit allen, denn es liegt auf der Hand, daß sie sich ohne uns nur eine Blamage holen werden.
Gullinger ist der gefährlichste unter den Korrespondenten, er muß immer lügen und Sensationen verbreiten. Ein richtiger Nosdrjow. Es ist überhaupt unangebracht, den einen zu empfangen und andere zu brüskieren. Zum richtigen Zeitpunkt sollten Sie den Vertretern großer amerikanischer Zeitungen und Zeitungsgruppen ein Kollektivinterview geben. Doch ich glaube, daß die Lage noch ungenügend Gestalt angenommen hat und daß uns nicht alles bekannt ist. Jetzt wäre es riskant." (Iswestija ZK KPSS, Nr. 4/1990, S. 188, russ.)
Radeks Antwort an Lenin konnte nicht aufgefunden werden.

9 Der von W. I. Lenin erwähnte Brief G. W. Tschitscherins vom 30. Januar 1922 galt der Ausarbeitung der Position der Sowjetregierung auf der Genua-Konferenz im Zusammenhang mit der ultimativen Forderung Frankreichs, die Resolution der Konferenz von Cannes anzuerkennen;
Tschitscherin schlug vor: "1) angesichts des Ultimatums, auf der Konferenz die Resolution von Cannes anzuerkennen; 2) in voller Übereinstimmung mit dieser (Resolution - d. Red.) Gegenansprüche zu präsentieren, die alles tilgen (das ist möglich), jedoch im weiteren Verlauf der Verhandlungen, wenn nötig, eine große Anleihe durch Reduzierung unserer Gegenansprüche zu kaufen, und, wenn es sonst keine Anleihe geben wird, unsere Gegenansprüche sogar niedriger als deren Ansprüche anzusetzen, um dann über die Differenz zu verhandeln und sie in Form einer 'Konversion' in eine neue Anleihe für uns zu verwandeln". (RZCHIDNI, F. 5, Verz.1, AE 1952, Bl. 25-26) Am gleichen Tag sandte Tschitscherin Lenin einen zweiten Brief, in dem er die Haltung der englischen Regierung darlegte: "England ist zu keinem ernsthaften ökonomischen Übereinkommen und noch weniger zu einem endgültigen Frieden mit uns bereit, wenn wir nicht die Verpflichtungen gegenüber Privatpersonen anerkennen, wenigstens im Prinzip, als auch praktisch durch unsere Gegenansprüche, die Konversion und eine partielle reale Zahlung in einigermaßen ferner Zukunft." (ebd., AE 2061, Bl.5). Am folgenden Tag sandte Lenin Molotow einen Brief, in dem er den oben veröffentlichten Brief annullierte (siehe Dok. 351).
Die Konferenz von Cannes fand vom 6. bis 13. Januar 1922 in der französischen Stadt Cannes statt. Es nahmen Vertreter der Länder teil, die zum Obersten Rat der Entente gehörten (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan). Es wurde beschlossen, in Genua (Italien) eine Konferenz zu Wirtschafts- und Finanzfragen mit dem Ziel einzuberufen, Maßnahmen für den ökonomischen Wiederaufbau Zentral- und Osteuropas zu beraten. Die Resolution der Konferenz von Cannes deklarierte die Gleichberechtigung der verschiedenen in der Welt existierenden Eigentumssysteme, politischen und ökonomischen Formen und forderte gleichzeitig die Rückgabe des nationalisierten ausländischen Eigentums und die Anerkennung der Schulden früherer Regierungen (siehe: Dokumente der Außenpolitik der UdSSR. M, 1961, Bd.5:58-59, russ.)

10 S. S. Piljawski arbeitete seit dem Oktober 1921 im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR, er war Referent und Mitglied der Kommission des Rats der Volkskommissare zur Ausarbeitung praktischer Fragen, die mit Verhandlungen über Schulden Rußlands in Zusammenhang stehen. 1922 war er Sekretär der Delegation der RSFSR auf der Genua-Konferenz.

11 Am 1. Februar 1922 schrieb W. I. Lenin und sandte an W. M. Molotow zur Beratung für die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) Direktiven für den Stellvertreter des Leiters und alle Mitglieder der Delegation der RSFSR zur Genua-Konferenz (siehe: Werke, Ergänzungsband Oktober 1917 - März 1923: 414-416), die offensichtlich von den Mitgliedern des Politbüros auf telefonische Umfrage bestä-

tigt wurden. Im Protokoll des Politbüros vom 3. Februar steht: Behandelt: "Über Verhandlungen mit Genua (Vorschlag des Gen. Lenin)". Beschlossen: "Anzunehmen".(RZCHIDNI, F.17, Verz. 3, AE 260, Bl. 1.)

12 Punkt 3 wurde von L. B. Kamenew angestrichen mit dem Vermerk: "Das ist besonders wichtig. L. K.".

13 Die "Prawda" vom 10. Februar 1922 enthielt eine Meldung über ein Schreiben des Führers der Arbeiterpartei Großbritanniens A. Henderson an die Regierung, in dem er vorschlug, die Frage der Unabhängigkeit für Georgien auf die Tagesordnung der Genua-Konferenz zu setzen. Auf diese Meldung reagierte auch L. D. Trotzki mit einem Brief an das Politbüro, in dem er vorschlug, in der Presse gegen die Initiative Hendersons Stellung zu nehmen. W. I. Lenin stimmte Trotzki nicht zu, sondern empfahl den Mitgliedern des Politbüros, in den "Iswestija WZIK" Hendersons "'glücklichen Einfall', das Konferenzprogramm zu erweitern", zu unterstützen, "wobei es sich selbstverständlich nicht nur um Georgien, sondern um alle Nationen und Kolonien handeln müßte." (The Trotsky papers. 1917-1922. V. II: 680).

14 In der Antwort auf den oben veröffentlichten Brief schrieb G. W. Tschitscherin am 10. Februar 1922 an W. I. Lenin: "Die Frage bezüglich Georgien kann man keinesfalls so stellen: 'Sie haben Indien, wir haben Georgien'. Man muß sagen: 'in Georgien haben die Arbeiter die Konterrevolution davongejagt, wie sie in Rußland die Konterrevolution davongejagt haben; auf Rußland wagen Sie schon nicht mehr Druck auszuüben, aber auf das kleine Grusinien wagen Sie es; Berufungen auf die Selbstbestimmung sind aus Ihrem Munde heuchlerisch, denn Indien usw.'.

Das Schreiben des Idioten Henderson an Ll[oyd] George ist noch lange kein Schreiben Ll[oyd] Georges an uns. Wenn Ll[oyd] George uns wegen Georgien ansprechen wird, dann werden wir in der Antwort auch von Amritsar reden. Doch wenn wir zuerst über Amritsar zu sprechen beginnen, werden wir einfach unsere Beziehungen kaputt machen." Hinsichtlich der Genua-Konferenz schrieb Tschitscherin: "Ich bin kein Wirtschaftsfachmann. Aber alle Wirtschaftsfachleute sagen, daß wir unumgänglich, dringendst die Hilfe des Westens brauchen, eine Anleihe, Konzessionen, Wirtschaftsabkommen. Ich muß ihnen glauben. Aber wenn dem so ist, muß man nicht streiten, sondern verhandeln... Sie irren sich zweifellos, wenn Sie meinen, wir bekämen eine Anleihe ohne Genua, wenn wir uns mit England verzanken. Anleihen werden nicht von den Regierungen mit ihren festen Richtlinien gewährt, sondern von Kapitalisten, von Geschäftsleuten. Gegenwärtig sehen sie in uns die bestmögliche Regierung unter den in Rußland gegebenen Bedingungen. Doch wenn wir in Genua Porzellan zerschlagen, werden sie vor uns zurückschrecken. Ein breites bürgerlich-pazifistisches Programm wird sie nicht abstoßen, uns dagegen stärken; doch zeigen wir uns naiv, so wird uns das diskreditieren. Wenn aber in Genua deutlich zwei unversöhnliche Welten zu Tage treten, so würde ein solcher Bruch jegliche Wirtschaftsvereinbarungen unmöglich machen." (RZCHIDNI, F. 5, Verz. 1, AE 1952, Bl. 38-39).

Diskussion

Ein aufschlußreiches Ergebnis der Neubefragung von Militärgeschichte der DDR. Überlegungen zum Buch "Volksmarine der DDR. Deutsche Seestreitkräfte im Kalten Krieg" unter dem Aspekt der "inneren Einheit" der Deutschen

Günther Glaser

Zur Bilanz der von Politikern und Wissenschaftlern anläßlich des 10. Jahrestages des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik breit erörterten deutschen Vereinigung gehört nicht zuletzt die oft angesprochene "innere Einheit" der Deutschen. Wenn dieser Begriff im Folgenden gebraucht wird, dann nicht in der Vorstellung, es könnte oder sollte zu einer sog. einheitlichen Geschichtsauffassung über die DDR und ihre Streitkräfte kommen. Dies ist aus verschiedenen Gründen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, nicht möglich. Vielmehr verwende ich den Begriff im Sinne von Aufeinanderzugehen und beiderseitigem Streben nach Verstehen bzw. nach achtbaren Standpunkten in grundlegenden Fragen deutscher Geschichte und Gegenwart.

Um Fachkollegen und andere interessierte Bürger stärker zusammenzuführen, sollten alle nur möglichen Wege gegangen werden. Hilfreich könnte auch sein, nach positiven Beispielen zu suchen und Publikationen daraufhin zu analysieren. Ich halte das o. g. Buch[1] auch in dieser Hinsicht für beachtenswert und will dies begründen.

Damit man sich eine ungefähre Vorstellung von dem Werk insgesamt machen kann, sei kurz bemerkt, daß die Autoren keinen Abriß der Geschichte der Volksmarine der DDR (VM) im üblichen Verständnis des Genres vorlegen. Gleichwohl behandeln sie auf der Grundlage umfangreicher Quellenstudien und reicher persönlicher Erfahrungen insbesondere mit hoher militärwissenschaftlicher Kompetenz Hauptfragen aller Gebiete der historischen Entwicklung der VM und ihrer Vorläufer. Im Ergebnis außerinstitutioneller Arbeit ist ihnen eine fundierte, wirklichkeitsnahe und sachliche Darstellung der Anstrengungen zum Auf- und Ausbau jener Kräfte gelungen. Damit wenden sie sich an Bürger, die für die militärische deutsche Zeitgeschichte, für Militär- und Politikwissenschaft aufgeschlossen sind, namentlich an maritim interessierte, jedoch nicht explizit an Fachleute. Dies soll zu der Veröffentlichung als Ganzes genügen.

Die Verfasser leisten vor allem dadurch einen Beitrag zur "inneren Einheit" der Deutschen, indem sie einen fundierten Zugriff auf die Geschichte der DDR-Streitkräfte, resp. der Seestreitkräfte, wählen. Als konzeptionelles Herangehen ist unverkennbar: 1. waren diese militärischen Kräfte Instrumente des SED-beherrschten autoritär-bürokratischen Staates und nach dem sowjetischen Paradigma gestaltet, wenngleich sie deutsches Militär darstellten. 2. waren sie ein Produkt und ein Faktor des Kalten Krie-

ges in seiner Wechselwirkung. 3. erreichten sie, wie es im Buch heißt, nach Einschätzung kompetenter westlicher Experten "eine beträchtliche Leistungsfähigkeit, die notwendigerweise ihre wichtigste Wurzel stets in den beteiligten Menschen hat" (298. Auch S. 167ff., 214, 296ff.) Im Verlaufe der Jahre entwickelte sich die DDR-Marine durch die Anstrengungen von Angehörigen aller Dienstgrade "von einer Küstenstreitkraft zur konsequent durchstrukturierten, komplexen Ostsee-Randmarine mit einem breiten Spektrum von Seekriegsmitteln mit vielfältigen Wirkungsmöglichkeiten" (13. Auch 162/3). Als Koalitionsflotte formiert, handelten Kräfte der Volksmarine in gemeinsamen Übungen der verbündeten Ostseeflotten "wie eine selbständige operative Vereinigung" (96).

Mit dieser Grundposition äußern sich m. W. zum ersten Mal 4 Offiziere der beiden früheren deutschen Armeen g e m e i n s a m zu einem wichtigen Teil der militärgeschichtlichen Entwicklung der DDR. Immerhin sind es Akademiker, die die längste Zeit ihres beruflichen Lebens unter entgegengesetzten politischen, gesellschaftlichen und militärischen Verhältnissen gelebt und gewirkt haben. Nachdem der Weg des Zusammenwirkens von Zeithistorikern der jüngeren Generation aus den alten und den neuen Bundesländern mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen seit langem im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam erfolgreich gegangen wird, zeigen nun Vertreter der älteren Generation aus dem Osten und dem Westen Deutschlands, für die es auf Grund ihrer langjährigen Prägung und verschiedenen Erlebnisse ungleich problematischer sein dürfte, daß eine gemeinschaftliche Untersuchung und Darstellung von Militärgeschichte der DDR erfolgreich sein kann. In grundsätzlicher Übereinstimmung tragen sie den Band als Ganzes, und jeder verantwortet seine Kapitel.

Beide "Gruppen" sind für die Ausarbeitung der geschichtlichen Vergangenheit gefragt. Die Jüngeren sind weniger durch die Belastungen und Einseitigkeiten im Kalten Krieg geprägt und haben den Vorteil der Distanz zum Vergangenen. Viele von ihnen neigen schon von daher zur Ablehnung von Klischees, zu Sachlichkeit und Differenziertheit im Urteil – wenngleich nicht automatisch. Die Älteren verfügen über große Erfahrungen aus der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit und wissen bei Nachdenklichkeit gut, daß beide Seiten den Kalten Krieg führten. Sie kennen unter Umständen konkreter, was von früheren deutschen Armeen und Marinen bewahrenswert und was abzulehnen und auszuschließen ist. Sie können vielleicht genauer bestimmen, welchen Auftrag Streitkräfte in der demokratischen Gesellschaft erfüllen müssen und welche Ansprüche diese an das Profil und die Praxis der Kräfte stellt. Gemeinsam ist jedoch offensichtlich beiden "Fraktionen" der Standpunkt, sine ira et studio die jeweils andere militärpolitische und militärische Vergangenheit als gegebenes Erbe zu akzeptieren und darin jene Erfahrungen herauszufinden, die als Werte in die Gesellschaft der Bundesrepublik und die Bundeswehr aufgenommen werden können.

Augenscheinlich lassen sich die Verfasser des Bandes - drei Autoren aus der DDR- und einer aus der Bundesmarine - alle a. D. - von ihren Erfahrungen leiten, wenn sie stets fest im Auge haben, was die Bürger hier und dort, dort und hier von der ostdeutschen Marine nicht wissen und nicht wissen konnten.

Die Autoren vermitteln ein wirklichkeitsnahes Bild, indem sie zeigen: Trotz des sowjetischen Paradigmas und der Verankerung im Bündnis der Ostseeflotten des Warschauer Paktes war die Volksmarine eine deutsche Streitmacht. Es waren Nazigegner und nicht nur ihrer Herkunft, sondern auch der Mentalität und der Tradition nach Deutsche, die für die aufzubauende Seepolizei im Vergleich zu früheren deutschen Streitkräften eine neue Zweckbestimmung und ein neues inneres Gefüge erstrebten - wie der Verfasser schreibt (48). Und Ende der sechziger Jahre verlangten Offiziere in einem öffentlichen Meinungsstreit in der Marinezeitschrift über den Dienst an Bord, "sich von den Führungs- und Organisationsprinzipien der sowjetischen Seestreitkräfte zu lösen und eigene Wege zu gehen" (98. Auch 88). In einzelnen Fragen gelang es dem Kommando der Volksmarine, sich gegen Ansprüche des "großen Bruders" durchzusetzen. So wurde die Beschaffung von U-Booten aus operativen und logistischen Gründen abgelehnt (168). Hingegen erhielt die Führung der Volksmarine vom Oberbefehlshaber der Sowjetflotte Unterstützung, als sie sich auch mit dem Hinweis auf Erfahrungen der Bundesmarine für die Einführung von Marinejagdbombern einsetzte (168/9). Planungsvorstellungen seitens Moskau stellten kein Diktat dar, sondern wurden ausgehandelt - informiert der Kapitelautor (161). In Verbindung damit sei noch ein anderer, Deutsch-Deutsches betreffender, aber kaum bekannter Fakt erwähnt: Anfang 1989 schlug der Marinechef, wie er berichtet, in der Erkenntnis, daß die Seegrenze durch Gewalt und Verbote nicht sicherer wird, dem Verteidigungsminister vor, das Regime der Territorialgewässer weiter zu öffnen und das Seesegeln zu erleichtern. Eine Realisierung blieb jedoch infolge des Zusammenbruchs der DDR aus.[2] Natürlich stellten solche Initiativen nicht die feste Verankerung der DDR-Marine im Warschauer Bündnis in Frage. Doch die Kenntnis von Tatsachen wie die angeführten ermöglicht ein realitätsnäheres Bild von dem Verhältnis.

Die Fremdbestimmung blieb letztlich das Primäre. Darüber berichten die Verfasser der betr. Kapitel: Als sich das Verteidigungsministerium der DDR 1968 um die Ablösung von zwei überalterten semi-mobilen Startraketen der Küstenraketenkräfte bemühte, lehnte der sowjetische Oberbefehlshaber der Vereinten Streitkräfte des Paktes in einem Schreiben an den Minister das ab, ohne seine Ablehnung zu begründen.(169) 1974 lehnte der Ministerrat der DDR die von sowjetischer Seite gewünschte Entwicklung einer hydroakustischen Anlage und eines integrierten Waffenleitsystems wegen des Fehlens jeglicher Erfahrungen in der DDR-Industrie ab. Darauf reagierte die Seekriegsflotte "sehr ungehalten" – berichtet der Autor. (211) 1977 äußerte ein führender Offizier des Stabes der Volksmarine seine Unzufriedenheit darüber, "daß die Integration bei uns geringer ist als in der NATO" (283). Die von ihm erarbeiteten Vorschläge zur Verbesserung des Zustandes konnten jedoch nicht verwirklicht werden: "Die Sowjets waren gegen wirklich integrierte Führungsorgane" (ebd.) - zitiert der Verfasser jenen Offizier weiter.

Einen gleichfalls wesentlichen Hinweis für die möglichst spiegelgetreue Wiedergabe und das Verstehen der ostdeutschen Marineentwicklung geben die Autoren bereits im Untertitel des Bandes durch die Aussage, deutsche Seestreitkräfte "im Kalten Krieg"

vorstellen zu wollen. Dies bedeutet für sie vor allem, den Gegenstand in seiner untrennbaren Verbindung mit den gravierenden nationalen und internationalen Veränderungen jener Zeit zu untersuchen. Durch diese war sein Werden und Wachsen bedingt. Zugleich hatte er einen Einfluß auf die Wandlungen. Das durchdringt mehr oder weniger artikuliert als ein roter Faden die gesamte Darstellung.

Für die Zeit bis etwa Mitte der fünfziger Jahre gehen die Autoren bei der Herausarbeitung von Zusammenhängen weiter, als m.W. bisher in Veröffentlichungen geschehen, indem sie die militär-politische Entwicklung Ostdeutschlands und Westdeutschlands i n e i n e m, im Kapitel 1, markieren. Sie zeigen für das Marinegebiet, daß im Zuge des Auseinandertriftens Deutschlands in zwei Teile und schließlich der Trennung in zwei Staaten auf Initiative und unter Oberhoheit der Besatzungsmächte sowie auf Betreiben deutscher Eliten in Ostdeutschland wie Westdeutschland beide Teilstaaten "remilitarisiert" (so der Autor) wurden. (Ich bevorzuge den Begriff Bewaffnung - ohne das hier begründen zu können. Aber in der Sache sehe ich keinen Unterschied zu dem Autor.) Die Verfasser von Kapitel I und II belegen, daß entgegen den Behauptungen in der DDR die kasernierten Formationen zu Lande, zu Wasser und in der Luft von vornherein mit militärischer Zielstellung gebildet und dementsprechend entwickelt wurden. Indes vermißt man, daß sie die Zurückweisung und Richtigstellung explizit ausdrücken. Die Verfasser bieten für diese Zeit die Geschichte quasi als eine asymmetrische militärpolitische Doppel- oder Parallelentwicklung[3] an.

Dabei drängt sich beim Lesen geradezu das Problem auf, das Historiker und Politikwissenschaftler als These formuliert haben[4] und das ich als Frage, auf die Militärgeschichte bezogen, aufgreifen möchte: Ist die militärhistorische Entwicklung in den beiden deutschen Teilen, resp. Staaten (zumindest) in der Zeit bis zu ihrer vertraglichen Einbindung in das westliche und das östliche Bündnis nicht auf eine Wechselbeziehung hin zu befragen, wenngleich eine durch gravierende Unterschiede, aber auch durch Gemeinsamkeiten gekennzeichnete? In dieser Hinsicht dürfte großer Forschungsbedarf bestehen. Nicht zuletzt durch das zur Rede stehende Werk sollten sich Militärhistoriker der verschiedenen Couleur angesprochen fühlen, sich darüber zu verständigen.

Dem sei hinzugefügt: Das Streben, vor allem den "Vorreiter" für diese oder jene Weichenstellung in der Entwicklung zu bestimmen, und die Methode, Veränderungen bevorzugt als Aktion - Reaktion zu behandeln, werden der Kompliziertheit der militärhistorischen Prozesse im zweigeteilten Deutschland im Kalten Krieg nicht gerecht. Hingegen spricht vieles dafür, daß eine Untersuchung als Wechselverhältnis weit mehr aufhellen kann.

Unter diesem Begriff verstehe ich ein Beziehungsgefüge von verschiedenen Zusammenhängen von Dingen, Eigenschaften und Prozessen - von notwendigen und zufälligen, wesentlichen und unwesentlichen, inneren und äußeren Zusammenhängen in ihrer Verflechtung und ihrem Aufeinandereinwirken. Zweifellos ist für ein solches Herangehen eine ähnliche Öffnung der Archive der Alt-Bundesrepublik erforderlich, wie es 1989/90 für die DDR geschah. Nachdrücklich verlangte dies auch das im Sep-

tember 2000 vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam und der Karl-Theodor-Molinarie-Stiftung Bonn ausgerichtete Forum: Deutsche Einheit und europäische Sicherheit - das Ende der NVA und die "Armee der Einheit". Militärhistoriker und Zeitzeugen im Gespräch.

Wechsel- und beiderseitig behinderten und blockierten sich herausfordernd die Marinen und Marinebündnisse direkt und unmittelbar in der Zeit des Kalten Krieges. Wie ein Kapitelautor berichtet, war es normal, daß sich ausländische Kriegsschiffe und Flugzeuge im Übungsgebiet aufhielten und die Ausbildung störten.(249) Ähnlich wie NATO-Flotten nutzten die Ostblockflotten ihrerseits die in den achtziger Jahren jährlich stattfindenden "Märsche" eines Flottengeschwaders der verbündeten Flotten, eine Ausbildungsmaßnahme, "zur Demonstration der militärischen Stärke und Geschlossenheit der verbündeten Ostseeflotten außerhalb ihrer Operationszone" (252) - wie im Band herausgearbeitet wird.

Natürlich können die Buchautoren die Doppelgleisigkeit am Anfang der Darstellung nicht für die folgenden Zeitabschnitte weiter verfolgen. Sie kommen jedoch an gravierenden Entwicklungseinschnitten der Volksmarine auf die Zusammenhänge mit internationalen und nationalen Ereignissen zurück. So betrachtet der betr. Kapitelautor die Entwicklung der VP-See zu den Seestreitkräften der DDR nach der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und dem Abschluß des Warschauer Vertrages als Teil der zielstrebig betriebenen Aufrüstung beider Seiten. Diese schlossen "trotz fortlaufender Beteuerungen den Einsatz militärischer Mittel zu Verteidigungszwecken nicht aus" (78. Auch 95/6). Er kritisiert, daß sich "die Ideologen aus Ost und West permanent des Vorwurfs bedienten, die jeweils andere Seite habe Vorlauf geschaffen, und man selbst müßte nur nachziehen, um die eigene Verteidigungsfähigkeit nicht zu gefährden" (78). Diesen Gedanken fortführend, teilt der Verfasser der Darlegungen über Probleme der Gefechtsbereitschaft der Seestreitkräfte Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre mit: Maßnahmen zur einvernehmlichen Regelung der Organisation für die Überführung der verbündeten Streitkräfte in höhere Stufen der Gefechtsbereitschaft wurden "mit der vom Warschauer Pakt befürchteten und im Ergebnis des NATO-Doppelbeschlusses erwarteten höheren Kriegsgefahr in Europa begründet"(112). Doch wünschte man sich verschiedentlich weitere Bezüge, so zum Abschluß der Helsinki-Konferenz 1975. Es würde auch interessieren, ob es nicht bereits danach und nicht erst Anfang 1990 (122) zumindest unter Führungskräften der Volksmarine Überlegungen in Richtung Stopp und Abbau der Überrüstung gegeben habe. Zeigte sich doch: Manche Vorhaben der deutschen und der sowjetischen Seite auf dem Gebiet der Marinerüstung waren utopisch. (66f., 30 f.) Verschiedene diesbezügliche Wünsche konnte die DDR gar nicht erfüllen, weshalb sie ablehnte. (211) Zudem vermochte die Republik aufgrund der zunehmenden ökonomischen und politischen Schwierigkeiten auch Verpflichtungen im militärischen Schiffbau "nur mit hohem Aufwand" und zum Teil gar nicht realisieren.(204/5)

Von Interesse in Ost und West dürfte auch sein, wie die Verfasser Fehlern, Defiziten und Konflikten in der Volksmarine-Entwicklung nachgehen. Kennzeichnend ist, daß

bei der Darlegung der verschiedensten Aufgaben und Fragen strenge Sachlichkeit vorherrscht, was die Schilderung von Entwicklungsschwierigkeiten und Mängeln einschließt. Dies kann hier in seiner Breite nicht vorgestellt werden.

Festzuhalten ist jedoch vor allem, daß die Autoren gravierende politisch-gesellschaftliche Widersprüche in der Marine aufdecken. So wird bei der Darstellung der Anfänge der maritimen Bewaffnung in der DDR auf heftige Reaktionen von Werftarbeitern und Besatzungsmitgliedern hingewiesen.(51) Eingehend wird auf die Ereignisse an der Küste und in der Marine im Juni 1953 eingegangen. Der Verfasser belegt, wie die politischen Konflikte in der Gesellschaft "in den Reihen der VP-See ihren Widerhall" fanden (65). Doch kann konstatiert werden, daß weder an Land noch auf See Marineangehörige Waffen einsetzten. "Nur der Einsatz der Kräfte der sowjetischen Besatzungsmacht hielt die Partei- und Staatsführung an der Macht" (ebd.) - so der Autor. Die Masse der VP-See-Angehörigen, heißt es weiter, "glaubte den Erklärungen und Veröffentlichungen der Parteiführung, wonach Agenten des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus eine Konterrevolution in der DDR ausgelöst hätten. Diese Ansicht beruhte auf dem in der DDR und in der BRD propagierten Feindbild der jeweils anderen Seite." (ebd.) Zugleich wendet er sich gegen heutige Entstellungen damaliger Vorkommnisse (z. B. 320).

Allerdings wird das politisch-gesellschaftliche Denken und Verhalten der Volksmarine-Angehörigen bis hinein in die achtziger Jahre nicht in der gleichen Ausführlichkeit und Qualität untersucht.

Schließlich ist auf die Darstellung eines Schlüsselproblems auch der Marineentwicklung einzugehen: der Führung der Streitkräfte, worin die SED, wie einer der Autoren schreibt, "einen Kern ihres Machtmonopols" (278) sah. Ein anderer Verfasser behandelt die Frage speziell, aber sie liegt auch den anderen Kapiteln mit zugrunde. Die Darlegungen hierzu, die sich meistens auf die gesamten Streitkräfte beziehen, möchte der Kapitelautor auch für die Marine geltend verstanden wissen. Dennoch wünschte man sich einen stärkeren Zuschnitt auf den Gegenstand. Eingehend in die Gesamtgeschichte der DDR und der SED eingebettet, belegt der Autor konkret-historisch, daß die Streitkräfte von A bis Z SED-beherrscht waren. Er weist nach, daß durch spezielle Beschlüsse und die Institution der eingesetzten Politorgane und der von ihr geleiteten Parteiorganisationen das Monopol der Partei und ihrer Spitze wie in keinem anderen staatlichen Bereich gesichert wurde. Bis 1968 bedeutete diese Rolle einen Bruch der DDR-Verfassung von 1949 und des Gesetzes über die NVA von 1956 - so der Verfasser (141/142).

Es trägt zum Erfassen der Parteiherrschaft in der Realität bei, wenn der Verfasser gleich Eingangs festhält, nicht jedem Soldaten sei bewußt gewesen, "daß er mit der 'Arbeiter-und Bauern-Macht' die in der DDR entstandene 'Diktatur des Proletariats' zu verteidigen hatte, deren Organisator und Repräsentant seit 1946 die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" (127) war. In der gleichen Richtung wirkt die Aussage: "Die politische Arbeit in den Streitkräften war in j e n e n J a h r e n erfolgreich und überzeugte auch die Soldaten von der Führungsrolle der SED, in denen sichtbare

Aufbauerfolge in der DDR erzielt worden waren." (152) Im Weiteren wird man an den Gedanken herangeführt, daß der SED-Herrschaft offenbar auch in den Streitkräften "Grenzen" gesetzt[5] und diese zeitweilig sogar "durchlässig" waren. So führt der Autor einen Beschluß des Politbüros der SED vom Oktober 1957 auch auf "das Mißtrauen der SED-Führung bezüglich der absoluten Zuverlässigkeit der NVA zu dieser Zeit" (137) zurück. In dem Politbürobeschluß vom 14. Januar 1958 über die Rolle der Partei in der Armee erkennt er neben anderem auch die Befürchtung der Parteiführung, "daß sich die NVA als Armee des Staates außerhalb des Parteieinflusses entwickeln könnte" (138). In einer Debatte dürfte dies teils wohlwollend unterstützt, teils heftig abgelehnt werden. Indessen sollte es vor allem Aufgabe sein, die Indizien durch weitere Forschungen, z. B. durch die Auswertung von Unterlagen der Staatsanwaltschaften und der Parteikontrollkommissionen in der NVA, zu beweisen, oder sie durch neue Einsichten zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Schließlich kommt der Verfasser zu der diskussionswerten Einschätzung, "daß in den kritischen Monaten des Jahres 1989 die NVA nicht den Klassenauftrag der SED, sondern die Verfassung der DDR als Grundlage ihrer Haltung zur politischen Entwicklung betrachtete und den Willen des überwiegenden Teils der DDR-Bevölkerung zum Sturz des SED-Regimes respektierte (144)."

Der Autor des Schlußkapitels greift das Führungsproblem noch einmal auf, geht in die ältere deutsche Militärgeschichte zurück und kommt zu dem hochwertigen und diskussionswürdigen Ergebnis: "Auch vor Gründung der bewaffneten Organe der SBZ/DDR hatten deutsche militärische Führungskorps der Neuzeit sich politischem und gesellschaftlichem Pluralismus kaum je verpflichtet gefühlt – sicherlich sehr vergröbert ausgedrückt: Man diente einem Fürsten bzw. politischen Führer und/oder einer abstrakten Staats- oder Reichsidee. F o r m a l war insofern die Unterordnung unter die alleinige Führung durch die SED eben k e i n tiefer Bruch mit preußisch-deutschen Traditionen. Der tiefe Bruch lag im Charakter der staatslenkenden SED als marxistisch-leninistische Partei, die nicht nur Staatstreue zur DDR einforderte, sondern umfassender totale Parteitreue und ideologische Treue." (244)

Ein wesentlicher Grund für das erfolgreiche Schaffen des Teams ist gewiß in dem Verständnis und der Art und Weise der Zusammenarbeit der Verfasser zu sehen. Darüber schreiben sie: Wir vereinbarten, "daß jeder Autor sein Kapitel alleinverantwortlich bearbeitet und daß jedes Kapitel von allen Ko-Autoren gegengelesen und kommentiert wird. Wir erwarteten, daß die Kooperation von vier gestandenen Marineoffizieren mit der Erfahrung aus drei sehr unterschiedlichen Marinen (Kriegsmarine, maritime Kräfte der DDR, Bundesmarine) im Rücken nicht problemlos verlaufen würde. Tatsächlich gab es spannungsgeladene Diskussionen und oft vielseitige Briefe 'West/Ost' und 'Ost/West'. Die Autoren vereinbarten zu Beginn ihrer Zusammenarbeit, etwaige Dissense in dieser Einleitung für den Leser kenntlich zu machen. Erstaunlicherweise blieb nach all den Monaten der Diskussion nur ein Dissens übrig: Die Bewertung der sogenannten 'Stalin-Note' vom März 1952. Die UdSSR bot dem 'Westen' ein wiedervereinigtes, freies, demokratisches, auch wiederbewaffnetes Deutsch-

land an, wenn dieses denn neutral zwischen 'Ost' und 'West' bleiben würde." (12/13) Nun folgt in der Einleitung namentlich, wer welchen Standpunkt vertritt - was hier nicht dargelegt zu werden braucht. Dieser Gemeinschaft war inhärent, daß die Mitglieder "einander als deutsche Marineoffiziere respektierten" - wie sie mitteilen (13). Bestimmt darf diese Aussage dahingehend verallgemeinert werden, daß sich die Angehörigen eines solchen Teams als Menschen mit ihren verschiedenen wissenschaftlichen und Lebenserfahrungen respektieren müssen.

Gewiß nicht neu, aber hoffentlich neubelebend ist das in der historisch-kritischen Behandlung prononciert sachliche und differenzierte Herangehen des Teams. Dieses meine ich etwa so auf den Punkt bringen zu können: Die Autoren schätzen mit der NVA deren Teil, die Volksmarine, als politisches Instrument und Stütze jenes diktatorischen "realsozialistischen" Staates ein. Zugleich dokumentieren sie, daß die Teilstreitkraft damit noch nicht in ihrer Gesamtheit erfaßt und gekennzeichnet ist, daß sie darauf nicht reduziert werden kann. Sie bekennen sich dazu, daß die NVA-Angehörigen den militärischen Dienst in der Überzeugung leisteten, damit dem Volke zu dienen und zur äußeren Sicherheit der DDR und zum Frieden in Europa beizutragen. (12) Beides ist nicht gegeneinander aufzuwiegen. Wohl aber ist es zu gewichten. In diesem Sinne zeigen die Autoren "Flagge". Und dies ist wiederum ein Beitrag zu jener "inneren Einheit".

Unter diesem Aspekt betrachtet, halte ich das Werk alles in allem für vorwärtsorientierend: Ergänzt es doch wertvoll gleichgerichtete Anstrengungen in anderen Publikationen zur Neubefragung der Geschichte und Militärgeschichte der DDR. Es regt an, angesichts immer noch fortwirkender einseitiger und realitätsferner Vorstellungen über die jeweils andere deutsche Streitmacht in der Zeit der Zweistaatlichkeit des Landes sich verstärkt der Aufgabe zu widmen, die Menschen durch Verständigung und Auseinandersetzung darüber zusammenzuführen. Kann es dabei nicht hilfreich sein, ein Prinzip zu verfolgen, das die Autoren des Bandes praktiziert haben: Kritisieren, was zu kritisieren ist, verteidigen und aufbewahren, was dessen wert ist?

Den Autoren des Werkes ist auch unter dem Aspekt der "inneren Einheit" der Deutschen zu bestätigen, daß sie zu jenen gehören, die bestrebt sind, die Geschichte der DDR und ihrer Teile n e u zu erforschen und darzustellen.

---

1 Vgl. Friedrich Elchlepp/Walter Jablonsky/Fritz Minow/Manfred Röseberg: Volksmarine der DDR. Deutsche Seestreitkräfte im Kalten Krieg. Hamburg-Berlin-Bonn 1999.

2 Siehe Theodor Hoffmann. In: Zur Sicherung der Seegrenze der DDR ..., hrsg. v. Günther Glaser und Werner Knoll, Berlin 1997: 44.

3 Siehe Konrad Jarausch: "Eine von Christoph Klessmann angeregte Alternative (zu anderen interpretativen Richtungen) könnte die Erarbeitung einer asymmetrisch bezogenen Doppelgeschichte der beiden deutschen Staaten sein." In: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 15 (August 1999): 16.

4 Siehe Jürgen Hofmann: "Die wechselseitige Verschränkung und Bedingtheit können so jedoch (durch die Wiedergewinnung der gesamtdeutschen Dimension der Betrachtung) deutlicher erfaßt werden." In: UTOPIE kreativ, H. 106 (August 1999): 49.

5 Siehe Richard Bessel/Ralph Jessen: Einleitung zu: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996: 7ff.

Bemerkungen zum Dokumentenband Die UdSSR und die deutsche Frage. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation.

Siegfried Kuntsche

Hrsg. Historisch-Dokumentarisches Departement des MAA Rußlands und Zentrum für Zeithistorische Studien Potsdam, Bearbeiter G. P. Kynin und J. Laufer, Bd. II: 9. Mai 1945–3. Oktober 1946. Moskau 2000, 879 S. (russisch)
SSSR i germanskij vopros. 1941-1949: Dokumenty iz archiva vnesnej politiki Rossijskoj Federacii v 3-ch t.t. T(om) II: 9 maja 1945 g. - 3 oktjabrja 1949 g. Sost(aviteli) Je. D. Penin, G. P. Kynin i I. Laufer (Istoriko-dokumental'nyj departament MID Rossii, Centr izucenija novejsej istorii v Potsdame. M(oskva), mezdunarodnye otnosenija 2000, 880 str(anic).

Im zeitlichen Abstand von vier Jahren ist nun der zweite Band der auf drei Bände angelegten Dokumentenpublikation zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1941–1949 erschienen. Der Band erwuchs aus der von der Thyssen-Stiftung geförderten Gemeinschaftsarbeit des Historisch-Dokumentarischen Departements des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Wie beim vorangegangenen Band handelt es sich um Dokumente aus dem Ressortarchiv des heutigen Ministeriums, dem Archiv für Außenpolitik (Archiw wneschnej politiki Rossijskoj Federacii=AVPRF) in Moskau.

Nachdem 1968 erstmals Dokumente zur Besatzungspolitik der UdSSR veröffentlicht wurden – vor allem SMAD-Befehle[1] – und in der Glasnost´-Ära zaghaft die Öffnung der Archive für zeithistorische Recherchen begann, kamen seit dem Zusammenbruch der UdSSR zunehmend einzelne Archivdokumente zur Besatzungspolitik an den Tag.[2] 1998 setzte mit Dokumenten zur Tätigkeit der Propaganda-(Informations-) Abteilung der SMAD und zu den sowjetischen Internierungslagern eine systematische Quellenveröffentlichung ein.[3]

Der vorliegende Band enthält 169 bis auf sechs erstmals edierte Dokumente. Sie entstammen der Tätigkeit des Volkskommissariats bzw. Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (NKID bzw. - russ. - MID) und des Politischen Beraters beim Oberkommandierenden und Obersten Chef der SMAD. Erfreulicherweise treten in der historischen Einführung und in den Sachanmerkungen viele weitere Dokumente des Archivs für Außenpolitik (in einigen Fällen auch anderer zentraler Archive) ins Blickfeld.

Die Masse der Dokumente bezieht sich auf die Deutschlandpolitik der UdSSR im Ganzen. Die Bearbeiter beabsichtigten, die wesentliche Dokumentenüberlieferung in größtmöglicher Vollständigkeit zu erfassen. Konzentrationspunkte sind die Berliner (Potsdamer) Konferenz und die Pariser Konferenz des Rates der Außenminister, der Alliierte Kontrollrat für Deutschland in Berlin, der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß. Neben den Grundfragen der Denazifizierung und Demilitarisie-

rung, der Bildung neuer Verwaltungen und einer Zentralregierung sowie der Vorbereitung eines Friedensvertrags beleuchten die Dokumente eine Fülle von Einzelfragen: Reparationen und Demontagen, interzonale Wirtschaftsbeziehungen, Währungsreform, gemeinsame Verwaltung Berlins, Ost- und Westgrenze, Internationalisierung des Ruhrgebiets, Ausweisung der Deutschen aus den abgetrennten Gebieten.

Die Problemstellungen im Konsens und Dissens der vier Mächte sind seit langem bekannt – vor allem durch amtliche Dokumentenveröffentlichungen und nachfolgend aus zeithistorischen Studien auf der Quellenbasis der westalliierten Archive. Dennoch wird der Zeithistoriker jetzt mit vielen Details überrascht. Der Wert der Publikation wird sich in bezug auf die "große" Politik wahrscheinlich vor allem darin erweisen, daß jetzt Innensichten des Ministers und seiner Stellvertreter, der für Deutschland zuständigen Dritten Europäischen Abteilung des Ministeriums sowie des Politischen Beraters des Chefs der SMAD sichtbar werden. Einschränkend zu bedenken ist, was Bernd Bonwetsch feststellte: "daß das Moskauer Volkskommissariat (ab März 1946 Ministerium) für Auswärtige Angelegenheiten als Apparat weder in den Deutschland als Ganzes noch gar in den allein die SBZ betreffenden Fragen die ausschlaggebende, ja in vielem überhaupt keine Rolle spielte..."[4]

Beim Lesen vieler Dokumente erstaunt, wie von Anfang an Wahrnehmung der Zonenverantwortung und Agieren auf der deutschlandpolitischen Ebene trotz der Potsdamer Abmachung nebeneinander liefen, statt Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln. Beispielsweise wird in der 15-Punkte-Liste des Politischen Beraters vom 23.6.1945 zur Vorbereitung der Berliner Konferenz (Dok.10) die Bodenreform nicht erwähnt, obwohl deren Durchführung in der Ostzone bereits beschlossen war. Punkt 12 rückt nur allgemein "die künftige Wirtschaftsstruktur Deutschlands und die Grundlinien der Wirtschaftspolitik des Kontrollrats" ins Blickfeld. Aus den in die Edition aufgenommenen Dokumenten ist nicht zu erkennen, daß die sowjetzonale Bodenreform – erste Maßnahme des sozialökonomischen Strukturwandels und geradezu der Start des ganzen Prozesses – sowjetischerseits in der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrats eine Rolle gespielt hätte. Vertraute man nicht auf die gerade auf diesem Felde gegebene Chance eines Rahmenkonsenses? Wollte man vollendete Tatsachen schaffen und die Westalliierten zum Nachziehen drängen – möglichst auf der Grundlage des sowjetischen Verständnisses für den Inhalt der in Potsdam festgelegten Demokratisierung Deutschlands? Agierte auch hier die "Furcht vor der Einschränkung der Handlungsfreiheit in der eigenen Zone", die Bernd Bonwetsch aus vielen Dokumenten herausliest?[5]

Neben den skizzierten Dokumentenkomplexen stehen rund 50 Dokumente, die sich auf die innere Entwicklung der SBZ beziehen, darunter 10 Halbmonatsberichte des Politischen Beraters von Anfang März bis Ende August 1946 (warum nur bis zu diesem Zeitpunkt, obwohl der Band die Zeitspanne bis Anfang Oktober umfaßt?). Den Schlüssel für den Dokumentendualismus geben die Bearbeiter dem Leser mit detaillierten institutionsgeschichtlichen Vorbemerkungen in die Hand. Schon am 2.5.1945 wandte sich der Leiter der Dritten Europäischen Abteilung Smirnow von Berlin aus

an den stellvertretenden Außenminister Wyschinskij mit dem Vorschlag, bei der zu bildenden Sowjetischen Militärverwaltung einen Politischen Berater zu berufen. Die Anordnung über die Aufgaben der SMAD vom 6.6. bestimmte die Aufgaben dieses Beraters wie folgt: "Der Politische Berater hat die Pflicht, dem Chef der SMAD Vorschläge und Schlußfolgerungen zu allen Fragen politischen Charakters vorzulegen, darunter auch zu allen außenpolitischen Fragen. Zugleich hat er der Sowjetregierung in Abstimmung mit dem Chef der SMAD Informationen über die Lage in Deutschland und Vorschläge zu allen Fragen zu unterbreiten, für die die SMAD zuständig ist. Der Politische Berater hat die Gesamtleitung der Arbeit der politischen Abteilung, der Abteilung für Volksbildung und der Rechtsabteilung."[6] Möchte man aus den Memoiren von Semjonow herauslesen,[7] daß der Politische Berater im Einklang mit dieser Aufgabenstellung eine herausragende Stellung bei der Umsetzung der Deutschland- und Zonenpolitik hatte, so gelangen die Bearbeiter zu anderen Feststellungen. In den Anfangsmonaten schaltete sich der Berater aktiv in die Formierung der Landes- und Provinzialverwaltungen ein, auch in die Vorbereitung der Bodenreform, die Vorbereitung der Potsdamer Konferenz, den Aufbau der Parteien und Organisationen und in die Entwicklung eines Zensursystems zur Sicherung des sowjetischen Einflusses. Dies setzte sich so aber nicht fort. Sokolowskij veranlaßte am 5. 10. die Errichtung einer Propagandaverwaltung in seinem Apparat. Dessen Leiter – S. I. Tjulpanow – saß am längeren Hebel. Die Bearbeiter konstatieren einen sinkenden Einfluß des Politischen Beraters und sehen den Hauptgrund darin, "daß die Leitung der SMAD direkt mit den entsprechenden Organen des ZK der WKP (B) verbunden war und mit diesen die Fragen unmittelbar löste, während der Politische Berater nur mit der Führung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in Kontakt treten, sich aber nicht direkt an das ZK der WKP (B) wenden konnte." (22). Fazit: "Das Tätigkeitsfeld der politischen Abteilung wurde auf die Beobachtung der Politik der Westmächte und die Arbeit des Kontrollrats beschränkt. Kontrolle und Führung der deutschen Selbstverwaltungsorgane und der Parteien gingen nicht in das Aufgabengebiet des Politischen Beraters ein" (21). Am 13.2.1946 wurde Sobolew als Politberater abberufen, und die Aufgaben gingen auf Semjonow über, seinen Stellvertreter. Mitte Mai bestätigte ihn schließlich das Politbüro als Politischen Berater. Semjonow gelang eine Arbeitsintensivierung. Die schon erwähnten Informationsberichte zeugen von Vertrautheit mit der ostzonalen Entwicklung und guten Kontakten zu den Parteien.

Am Beispiel der Bodenreform sollen Erkenntnisgewinn und –grenzen beleuchtet werden. Zweifelsohne stellte die Bodenreform bis zum Frühjahr 1946 ein vorrangiges Feld sowjetischer Besatzungspolitik dar. So findet es unsere besondere Aufmerksamkeit, wenn die Bearbeiter konstatieren (35 f.): "Die Bodenreform war ein Gebiet der Deutschlandpolitik der UdSSR, auf die der Politische Berater [und damit das Außenministerium] im ersten Besatzungsjahr den stärksten politischen Einfluß ausüben konnte. Das war das Ergebnis des persönlichen Interesses von Stalin an ihr."(35 f.) Dabei gelangen folgende Aspekte ins Blickfeld: Leitlinien der Bodenreform (Nr. 31 – Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Molotow und seines Stell-

vertreters Wyschinskij vom 20.8.1945 an Stalin zur Zusendung der Leitlinien); Anlaufen der Reform (Nr. 39 – Bericht Semjonows vom 28.9.1945); Ausfälle des 2. Vorsitzenden der CDU Schreiber gegen die Reform bei Auftritten in der Provinz Sachsen (Nr. 43 – Schreiben des Chefs der SMA Kotikow an den Politischen Berater beim Obersten Chef der SMAD Sobolew vom 5.10.1945); Passivität bzw. Gegnerschaft seitens der Blockparteien gegenüber der Bodenreform (Nr. 69 – Bericht Semjonows über die Blockparteien vom 21.12.1945; fehlt beim Stichwort Bodenreform im Sachregister); Überprüfung der Landverteilung (Nr. 83 – Bericht Semjonows vom 5.2.1946). Im Informationsbericht Nr. 9 des Politischen Beraters vom 1.8.1946 (Nr. 152) wird über Ausfälle des stellvertretenden Vorsitzenden Lieutenant auf dem LDPD-Parteitag gegen die Bodenreform berichtet, die mit dem Vorschlag verbunden waren, durch einen genossenschaftlichen Zusammenschluß der Unwirtschaftlichkeit von Neubauernstellen zu begegnen. In den Sachanmerkungen und auch im historischen Einführungstext der Bearbeiter werden weitere fünf Dokumente zur Bodenreform in Exzerpten angeführt oder referiert, darunter ausnahmsweise auch ein Dokument aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF). Hervorzuheben sind ein von Semjonow für Shukow erarbeiteter Maßnahmeplan vom 27.8.1945 (Anm. 96), der Bericht an Wyschinskij vom 31.8.1945 über die Präzisierung des sowjetischen Entwurfs durch die Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Waldaufteilung (Anm. 120) und der SMAD-Befehl Nr. 0121 vom 25.12.1945 zu den Kontrollergebnissen im Land Sachsen (mit der Weisung, Schuldige für Abweichungen vom Bodenreform-Gesetz vor Militärgerichte zu stellen) (Anm. 243).

Das Dokument Nr. 31 stellt ein Schlüsseldokument dar. Nachdem sich Semjonow in seinen Memoiren als jener sowjetische Politiker zu erkennen gab, der konzeptionell die Bodenreform anschob,[8] ist das Dokument nun greifbar. Es handelt sich freilich nicht um den Archetypus der Gesetzesakte der fünf Landes- und Provinzialverwaltungen, wie Semjonow ausführt und auch die historische Einführung denken läßt, sondern um die ihm zugrundeliegenden Grundsätze. Der Gesetzentwurf ist leider nicht in die Edition aufgenommen worden.

Was durch die Studie von Norman M. Naimark[9] am Beispiel eines der grundlegenden antifaschistischen Umgestaltungsprozesse beweiskräftig sichtbar wurde (daß nämlich die These, die sowjetische Besatzungsmacht habe die Entscheidung über sozialökonomische Umgestaltungen den deutschen Antifaschisten überlassen, von Anfang an die Geschichtsforschung in der DDR in die Irre leitete) ist nun auch für die Bodenreform aktenkundig.

Freilich kann nach dem bisherigen Stand der Forschung auch nicht postuliert werden, daß "die Feststellung im Schreiben an Stalin, der Gesetzentwurf [im Dokument selbst ist allerdings vom Bodenreform-Konzept die Rede!] sei gemeinsam mit dem ZK der KPD [im Dokument: "durch das ZK der deutschen Kommunistischen Partei unter Beteiligung unserer Vertreter"] erarbeitet worden, nicht der Wirklichkeit (entspricht)." (37) Die Bearbeiter gründen eine solche Aussage auf zwei Argumente. Erstens fehle der Schlußsatz über die Mitwirkung der KPD in einer Variante des Ent-

wurfs des Begleitschreibens vom 20.8.1945 an Stalin zum Bodenreform-Konzept. Zweitens sei bis heute in der Aktenüberlieferung der KPD kein Beleg aufgetaucht. Ich kann der Argumentation nicht folgen. Wie kann man eine so grundlegende These auf der Variante (die noch nicht einmal charakterisiert wird: vielleicht ein Flüchtigkeitsversehen?) eines Dokumentenentwurfs basieren? Wie kann man die im Detail freilich trügerische Selbstaussage von Semjonow ebenso in den Wind schlagen wie Indizien in den Festlegungsprotokollen des Sekretariats des ZK der KPD (Auftragserteilung an Ulbricht)? Zugute halten muß man den Bearbeitern, daß sie die leider bis heute nur mündlich existierende Überlieferung nicht kennen: eine Selbstaussage des seinerzeitigen Abteilungsleiters Landwirtschaft im KPD-Zentralsekretariat Rudolf Reutter gegenüber dem Zeithistoriker Rolf Stöckigt. Zuzustimmen ist allerdings der These von Laufer – unter Benutzung weiterer, leider in die Edition nicht eingegangener Dokumente – von den "geringen Einflußmöglichkeiten der KPD-Führung".[10] Es ist evident, daß das Bodenreform-Konzept (Nr. 31) nicht an die konzeptionellen Vorarbeiten der KPD von 1944 für eine Agrarreform anknüpfte und daß sich die Besatzungsmacht im Zusammenwirken mit den deutschen Organen nicht auf Kontrollen und korrigierende Eingriffe beschränkte, sondern den ganzen Prozeß lenkte und leitete – freilich in verdeckter Form.[11] Klipp und klar heißt es im Konzept: "Die Organe der SMA wirken an der Durchführung der Reform inoffiziell mit." (220) Der schon erwähnte Maßnahmeplan Semjonows für den Chef der SMAD vom 27.8.1945 beinhaltete folglich den Vorschlag, eine Kommission in der SMAD zur Steuerung der Reform zu bilden.

Die weiteren Dokumente spiegeln nur in geringem Maße Tatbestände, die nicht schon aus der Aktenüberlieferung des KPD-Archivs und dem Bestand der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft erkennbar gewesen wären. Jedoch sind sie sehr aufschlußreich für die Sichtweise – für eine mittels Befehlen als Regierung agierende Militärmacht, für Offiziere im Banne stalinistischer Denkschablonen. So stellte Semjonow im Dokument Nr. 39 statt der zu erwartenden generalisierenden Aussage, das bis ins einzelne Dorf repressiv wirkende Besatzungsregime habe den Klassenwiderstand enorm gedämpft, in einem Abschnitt "Verschärfung des Klassenkampfes bei der Landaufteilung" Einzelfälle hypertrophierend heraus. Bedenken der Landempfänger wurden generell nicht zur Kenntnis genommen. Vorfristige Gutsaufteilungen erschienen als Initiative der Bauern, nicht als Inszenierung. Bei Dokument Nr. 83 ist aufschlußreich, wie mittels Befehlen eine Überprüfung der Bodenreform in Gang gesetzt wurde und direktes Eingreifen Inkonsequenzen und Fehler beseitigte.

Alles in allem ist selbst aus dem Blickwinkel nur eines Segments der gesellschaftlichen Totalität zu konstatieren, daß der vorliegende Dokumentenband die Quellenbasis für eine wahrheitsgetreue Rekonstruktion der Geschehnisse in der SBZ qualitativ erweitert.

Zugleich ist für die Bodenreform – und wohl verallgemeinernd für die Wahrnehmung der obersten Regierungsgewalt durch die UdSSR– festzustellen: Die bisher aus russischen Archiven zugänglichen Dokumente lassen viele Tatbestände, Umbrüche

und Schaltungen im Dunkeln. Warum drängte die sowjetische Seite nicht darauf, in das Potsdamer Abkommen eine Passage über die Bodenreform aufzunehmen? Warum bleibt das schon Ende Juli fertige Bodenreform-Konzept bis zum 20. August liegen, und warum wird eine schon in der ersten Augusthälfte z. B. in Mecklenburg anlaufende Versammlungskampagne plötzlich gestoppt? Welche Beziehungen bestehen zwischen der im Dokument Nr. 39 am 28.9. hypertrophiert dargestellten Verschärfung des Klassenkampfes und der am Folgetag befehlsmäßig anlaufenden Aktion einer generellen Ausweisung der Enteigneten aus ihren Heimatdörfern?

Die aus dem Archiv für Außenpolitik publizierten und referierten Dokumente bestätigen die Erwartung, daß die wichtigste Überlieferung zur Lenkung der Bodenreform in den Akten der SMAD zu suchen ist. Die Rolle von Semjonow bei der konzeptionellen Vorbereitung der Bodenreform erscheint als temporär. Die Steuerung der Bodenreform war höchstwahrscheinlich Sache der vom Politischen Berater vorgeschlagenen ad-hoc-Kommission in der SMAD und damit der fachkompetenten Landwirtschaftsabteilung.

Was wir bisher über das Agieren der Besatzungsmacht wissen, stellt sich als Stückwerk dar, dessen Grenzen durch deduktive Schlüsse nur hinausgeschoben werden können. So mahnt gerade die jetzt vorliegende Dokumentenpublikation zur Vorsicht bei der Rekonstruktion geschichtlichen Geschehens. Ralf Possekel urteilt in seiner Besprechung mit Recht: "Obwohl inzwischen mehr als 50 Jahre vergangen sind ..., kann nicht für einen einzigen der hier angesprochenen Vorgänge gesagt werden, daß er anhand sowjetischer Quellen in seinen entscheidenden Momenten rekonstruierbar wäre."

Im übrigen stellt sich die Frage: Wird im Archiv für Außenpolitik nicht noch wesentliches zurückgehalten? Die Bearbeiter stellen lakonisch fest: "Alle Akten zur Deutschlandpolitik aus dieser Zeit, deren Geheimhaltungsgrad aufgehoben worden ist [!], wurden durch J. Laufer eingesehen." (89) Ausdrücklich wird auf unchiffrierte Telefonogramme mit Weisungen wie Berichten hingewiesen. Chiffrierte Telegramme konnte aber nur Kynin einsehen und für die Einleitung und die Sachanmerkungen nutzen.

Wo sind z. B. die Aktenvermerke von Semjonow über die Besprechungen mit der KPD-Spitze als Gegenüberlieferung zu den oft nur signalhaften Pieck-Notizen? Die abgedruckten Notizen eines Referenten beim Politischen Berater über ein Gespräch mit dem Mitglied des Zentralsekretariats der KPD Anton Ackermann am 15.12.1945 (Nr. 66) machen jedenfalls das Vorhandensein einer solchen Überlieferungsart wahrscheinlich.

Leider erfahren wir von den Bearbeitern nichts zur Quellenlage und auch nichts zu den Auswahlkriterien.

Die Publikation bietet die Dokumente in chronologischer Folge. Die vorangestellte Übersicht bringt zu jedem Dokument ein Inhaltsregest. Der Abdruck folgt bewährten Grundsätzen. Es werden jeweils Dokumentenart, Absender und Verfasser und die Archivsignatur genannt und Bearbeitungsvermerke wiedergegeben. Im Falle auszugs-

weiser Wiedergabe wird das Ausgelassene in einer Fußnote oder Sachanmerkung knapp referiert. Auf Besonderheiten der Textformierung wird aufmerksam gemacht.

Ich möchte besonders auf die Bearbeitungsvermerke hinweisen. Sie sind nicht nur quellenkritisch von Wert, weil sie die Genesis des Dokuments dokumentieren. Sie lassen vielfach inhaltliche Schlüsse zu. Auf die von den Bearbeitern sichtbar gemachte große Zeitspanne zwischen Entwurf und Ausfertigung des Bodenreform-Konzepts (Dok. 31) wurde bereits hingewiesen. Der Vermerk "soglasowano" auf dem vorgeschlagenen Maßnahmeplan von Ende August zur Bodenreform (in Anm. 96) signalisiert das Einverständnis des Obersten Chefs der SMAD.

Die ausführlichen behördengeschichtlichen Informationen (14-24) und abgedruckten Strukturschemata für das Ministerium und den Apparat des Politischen Beraters mit Namensnennung der Leiter (91-95) erleichtern das Verstehen des Kompetenzgefüges und der informationellen Beziehungen. Zur Erläuterung der in den Dokumenten wiedergegebenen historischen Tatsachen, aber auch zur Erhellung informationeller Beziehungen haben die Bearbeiter einen detailfreudigen Anmerkungsapparat (102 Seiten!) erarbeitet. Eigentümlich für die vorliegende Dokumentenpublikation ist die ungewöhnlich breite historische Einführung (64 Seiten). Die Bearbeiter bemühen sich, Entscheidungsprozesse mittels einer Vielzahl weiterer Dokumente – wie bereits angemerkt – sichtbar zu machen. Die Zielsetzung, sachthematisch die abgedruckten Dokumente in das Geschichtsbild einzuordnen, wird wohl vor allem für den russischen Leser gedacht sein. Der deutsche Leser dürfte eine solche Lesehilfe angesichts der reichen zeithistorischen Literatur kaum benötigen. Solche Einleitungen laufen überdies Gefahr, die bearbeitete Überlieferung überzuinterpretieren.

Die Dokumente sind durch Sach-, Namens- und geographisches Register (825-872) erschlossen. Das Namensregister gewinnt dadurch, daß die Funktionen der Personen genannt werden, besonderes Gewicht. Beigegeben ist auch ein Verzeichnis der Abkürzungen. Ohne dieses Verzeichnis würde sich der Benutzer heillos im Gestrüpp der Behördenbezeichnungen verirren.

Es bleibt zu wünschen, daß der Dokumentenband bald in deutscher Übersetzung vorliegt und der dritte Band der dreibändigen Edition rasch hinzugefügt wird.

---

1 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Berlin 1968.

2 Siehe z. B. Wladimir K. Wolkow: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952). In: ZfG 1/2000: 20-49 (mit der Wiedergabe von Gesprächen Stalins mit der SED-Führung aus dem Fonds Litschnoje delo Stalina im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation).

3 Bernd Bonwetsch/Genadij Bordjugow/Norman M. Naimark (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul´panov. Bonn 1998; Sergej Mironenko/Lutz Niethammer u.a.: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Berlin 1998.

4 Bernd Bonwetsch: Satrapen auf eigenes Risiko. Das sowjetische Außenministerium und die "deutsche Frage" 1945. In: DA 1/2001: 112. Dies bestätigt schließlich auch Jochen Laufer: Was war und wer entschied die deutsche Frage in Moskau? In: DA 2/2001: 289.

5 Ebd.: 115 f.

6 Von den Bearbeitern zitiert nach der russischsprachigen Version der Dokumentenpublikation "Für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland": 66.

7 Wladimir S. Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991, Berlin 1995.

8 Ders.: 236 ff.

9 Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997.

10 Jochen Laufer: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Arnd Bauerkämper (Hg.): "Junkerland in Bauernhand?", Stuttgart 1996: 30.

11 In diesem Sinne ist der Befund meiner nur die deutsche Überlieferung erfassenden Analyse reziprok zu lesen. Siehe Siegfried Kuntsche: Die Unterstützung der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die SMA bei der Leitung der demokratischen Bodenreform. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 12 (1974): 141-182.

Berichte

Zeugin des "Zeitalters der Extreme": Margarete Buber-Neumann (1901-1989)

Simone Barck

Nach dem Ende des osteuropäischen Kommunismus sind Positionen und Personen, die sich in der langen Zeit des Kalten Krieges einem militanten Antikommunismus verschrieben hatten, nicht mehr so im Zentrum der Öffentlichkeit wie früher, als sie von und für verschiedene(n) Seiten instrumentalisierbar waren. Andererseits erlebte die fast schon aus der Mode gekommene Totalitarismus-Theorie gerade nach 1990 eine so beachtliche Renaissance, daß auch ein starkes Interesse für eine engagierte Propagandistin derselben hätte erwartet werden können. Daß dem nicht so ist, zeigte sich anläßlich des 100. Geburtstages von Margarete Buber-Neumann, zu dem nur eine neue Publikation[1] vorgelegt wurde. Da war es nur zu begrüßen, daß man sich in ihrer Geburtsstadt Potsdam mit einem kleinem wissenschaftlichen Symposium ihrer erinnerte. Organisiert von Dr. Margrid Bircken vom Germanistischen Institut der Universität Potsdam[2], fanden sich am Vorabend des Geburtstages in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam einige dutzend Interessenten zusammen, um über Leben und Werk Margarete Buber-Neumanns zu debattieren.

In seinem Einführungsvortrag umriß Prof. Dr. Ludwig Elm (Jena) die wechselvolle Geschichte der Totalitarismus-Theorie(n) im 20. Jahrhundert, als deren Schlüsselbegriffe er die Menschenverachtung, den Massenterror und das Lager-System herausstellte. Er plädierte jedoch für eine differenzierte Handhabung des Totalitarismus-Begriffs, der allzu oft und situationsbedingt zur Nivellierung "roter" und "brauner" Diktaturen gedient hätte. Wer nur die Analogien und nicht auch die Unterschiede zwischen NS-Regime und stalinistischer Sowjetunion oder gar dem faschistischen Deutschland und der DDR analysiere, käme zu einseitigen bis verzerrenden Befunden und könne über die unterschiedlichen Gesellschaften wenig fundiertes aussagen.

Aus der Sicht der eigenen Erfahrungsgeschichte hatte Margarete Buber-Neumann genau dazu etwas beitragen wollen und können. Wie dieser Beitrag aussah und wie er in der Nachkriegsgesellschaft aufgenommen wurde, das stand im Zentrum der folgenden fünf Beiträge, die sich verschiedenen Akzenten von Margarete Buber-Neumanns Wirken widmeten. Dabei ging es nach dem wegen akribischem lokalem Faktenreichtum verblüffenden Beitrag Prof. Dr. Günther Wirths (Berlin), der die Kindheit und Jugend Margarete Buber-Neumanns in der Familie des Potsdamer Brauereidirektors Heinrich Thüning und seiner Frau Else und dem geistig-sozialen konservativ-preußischen Milieu der Teltower Vorstadt beleuchtete, vor allem um den aufklärerischen Wert der Schriften der Jubilarin. Diesen wollten die Referentinnen differenziert beurteilt sehen. Zwar waren die Anwesenden sich einig, daß Margarete Buber-Neumann

keine Theoretikerin gewesen sei, doch in der Haltung gegenüber ihren vor allem autobiographischen Schriften (drei ihrer sieben Bücher sind autobiographisch[3]) unterschieden sich die Positionen.

Prof. Dr. Judith Buber Agassi (Israel), die jüngere (1924 in Heppenheim bei den Schwiegereltern Martin und Paula Buber geborene) Tochter von Margarete Buber-Neumann, bewertete den kämpferischen Beitrag ihrer Mutter zum Verständnis des Totalitarismus hoch: sie habe mit Mut, Standhaftigkeit und Klarsicht "den geistigen Widerstand des Westens gegen die totalitäre kommunistische Ideologie gestärkt und so zum Sieg der Demokratie und zum wirklichen Ende des Kalten Krieges beigetragen".[4]. Durch ihre wahrheitsgemäßen Berichte aus dem stalinistischen Gulag und dem Nazi-KZ Ravensbrück, in denen sie zwei bzw. fünf Jahre verbringen mußte, habe sie sich allerdings Anfeindungen von Links und Rechts gegenüber gesehen. Für die kommunistische Bewegung war sie seit ihren Aussagen im spektakulären Krawtschenko-Prozeß, in dem sie 1949 den Fakt der Auslieferung von deutschen und anderen Antifaschisten an das NS-Regime im Jahre 1940 als Folge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Freundschaftspakts bezeugt hatte[5], eine massiv zu bekämpfende Renegatin und "amerikanische Agentin". Der hier unternommene Versuch, sie als "Trotzkistin" und "SS-Kollaborateurin" zu verleumden, zum Teil mit Hilfe von Ravensbrücker Mithäftlingen, traf sie schwer und verwies auf den prekären Zusammenhang von Stalinismus und Antifaschismus, dessen symbiotischer Charakter sich als ein wesentliches und langfristiges Hemmnis der Entstalinisierung in der kommunistischen Bewegung erweisen sollte. Nach der Problematik des Mißverstanden-Seins im autobiographischen Werk fragte Dr. Stefanie Oswalt (Berlin) in ihrer vergleichenden Analyse der Darstellung von Gulag und Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Sie wies auf eine in Margarete Buber-Neumanns autobiographischen Schriften vorhandene simplifizierende Tendenz der Gleichsetzung von "roter" und "brauner" Hölle hin und stellte die Frage, ob hier der Antikommunismus den Antifaschismus tendenziell verdrängt habe.

Die von Prof. Dr. Elke Liebs (Potsdam) unternommene psychologische Rekonstruktion des "Bildes der Frau" bei Margarete Buber-Neumann fiel ebenfalls kritisch aus: Sie habe in der Beschreibung der Häftlingsgesellschaft eine problematische Hierarchisierung vorgenommen, die aus ihrer bürgerlichen Herkunft gespeist sei und aus einer "Ideologie der Stärke" resultiere. Strukturell auf (wechselnde) Autoritäten fixiert, sei ihr Blick auf die kommunistischen Häftlinge zum Teil dämonisierend und im Falle von Milena Jesenská idealisierend. Wie schon Stefanie Oswalt wies auch Elke Liebs auf die Problematik der auch sprachlichen Übernahme der NS-Häftlings-Kategorien hin, ein für die Literatur über das NS-KZ oft diskutiertes Problem. Auf die geheimen Beziehungen der offiziell ausgegrenzten KZ-Erfahrung von Margarete Buber-Neumann zu der in der DDR betriebenen Ravensbrück-Forschung ging Dr. Simone Barck (Potsdam) ein. Dabei machte sie auf die im Unterschied zu Buchenwald verdeckt gebliebene Auseinandersetzung um die "roten Kapos" in Ravensbrück aufmerksam, die bereits kurz nach der Befreiung in der zwischen den verschiedenen politischen Lagern stattfindenden Debatte um die eventuelle kollaborierende Rolle der

Funktionshäftlinge zu finden ist. Auf die Relativierung von Margarete Buber-Neumanns Vorwurf der Kollaboration an führende kommunistische Häftlinge wie z. B. Erika Buchmann, die eine aus den Häftlings-Zeugnissen fundierte Darstellung des KZ Ravensbrück 1959 vorlegte, weisen auch neueste Forschungen hin. Wen wundert es bei diesen mörderischen Polemiken, daß die Stasi seit 1954 gegen die "trotzkistische Gruppe um Margarete Buber-Neumann" ermittelte und - wie Frau Buber Agassi zu berichten wußte - gleich sieben ehemalige Mithäftlinge zu ihrer Observierung "verpflichtet" hatte.

Die Tagung schloß mit der Erkenntnis, daß mit den Schriften Margarete Buber-Neumanns ein streitbares Erbe gegen totalitäre Denkweisen und Handlungsstrukturen und für das Bemühen um Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde vorliegt. Notwendig erscheinen Vergleiche mit thematisch verwandten autobiographischen Darstellungen sowie genauere Untersuchungen über die historischen Bruchstellen in der Biographie von Margarete Buber-Neumann, nach der seit kurzem auch eine Straße in Potsdam benannt ist.

---

1 Margarete Buber-Neumann. Mit einem Essay von Michaela Wunderle. Frankfurt a. M. 2001, 144 S.

2 Als Mitveranstalter zeichneten Landesbildungswerk des Brandenburgischen Kulturbundes e. V., Rosa Luxemburg Stiftung Brandenburg e. V., Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Volkshochschule "Albert Einstein" Potsdam.

3 Als Gefangene bei Stalin und Hitler, 1948, Von Potsdam nach Moskau, 1957, Freiheit, du bist wieder mein, 1978. Als ihr erfolgreichstes Buch gilt "Kafkas Freundin Milena", München 1963.

4 Margarete Buber-Neumann. Ein biographischer Essay von Judith Buber Agassi. In: Margarete Buber-Neumann, Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus 35 Jahren, hg. von Janine Platten und Judith Buber Agassi. Berlin 1999: 10-30, hier S. 25.

5 Vgl. Hierzu: Margarete Buber-Neumann: Die politische Bedeutung des Krawtschenko-Prozesses (1950). In: Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit: 169-178 sowie Boris Nossik: Der seltsame Prozeß oder ein Moskauer Überläufer in Paris. Berlin 1992.

Informationen

Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern, Wien

"Die Gewerkschaften sind nicht Selbstzweck. ... Daß der Mensch im Mittelpunkt zu stehen hat, muß als Vermächtnis an neue Generationen weitergegeben werden."

(Fritz Klenner)

Auf maßgebliche Initiative des führenden Gewerkschafters und Gewerkschaftshistorikers Fritz Klenner wurde im Jahre 1990/91 das Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern (AK) in der AK Wien eingerichtet. Es wird vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und der AK Wien getragen.

Das Forschungsgebiet des Instituts umfaßt:

– die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterkammern einschließlich der Bezüge zur europäischen und internationalen Arbeitnehmerinteressenvertretung sowie der Mitwirkung in europäischen und internationalen Institutionen.

– den Zusammenhang mit den gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen, der für das Verständnis der Entwicklung der Arbeitnehmerinteressenvertretungen und ihrer Positionen unabdingbar ist, insbesondere Demokratieentwicklung sowie Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft.

Die Aufgaben des Instituts umfassen:

– Quellensicherung in Zusammenarbeit mit den Archiv- und Dokumentationseinrichtungen von AK und ÖGB und Sicherung des Zeitzeugenwissens.

– Forschung und Forschungskooperation mit den ExpertInnen von AK und ÖGB sowie dem universitären und außeruniversitären Forschungsbereich auch auf europäischer Ebene.

– Mitwirkungs-, Informations-, Bildungs- und Vertretungsaufgaben im Rahmen und im Auftrag der Arbeitnehmerinteressenvertretungen.

Adresse ab November 2001:

Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte, Prinz-Eugen-Straße 20-22,
A-1041 Wien, Postfach 534
Telefon: (43) 01/501 65-O
Kontaktpersonen:
Dr. Brigitte Pellar, e-mail: brigitte.pellar@akwien.or.at
Dr. Agnes Broessler, e-mail: agnes.broessler@akwien.or.at
Mag. Sabine Lichtenberger, e-mail: sabine.Lichtenberger@akwien.or.at
Sekretariat: Ingrid Nachtelberger, e-mail: ingrid nachtelberger@akwien.or.at

Schriftenreihe des Instituts für Gewerkschafts- und AK-Geschichte:

Nr. 1: Bildung und demokratischer Aufbruch. Verhältnis gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und Volkshochschulen in der Gründungsphase der Zweiten Republik. Wien 1993.
Nr. 2: Lohn- und Preisabkommen: Eine historische Fragestellung oder heute wieder aktuell? Wien 1994.
Nr. 3: Käthe Leichter: Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Wien 1996.
Nr. 4: Anna Boschek: Erste Gewerkschafterin im Parlament. Wien 1998.
Nr. 5: Die Gelben Gewerkschaften Österreichs in der Zwischenkriegszeit. Wien 1998.
Nr. 6 Forum junger Wissenschaft. Texte zum politischen Geschehen. Wien 1999.
Nr. 7: Rosa Jochmann: "Nie zusehen, wenn Unrecht geschieht". Ihr Leben und Wirken von 1901-1945. Wien 1999.
Nr. 8: Wille zum Aufbruch. Politische Texte zum 1. ÖGB-Kongreß und zur Konstituierung der Arbeiterkammern in der Zweiten Republik. Wien 1999.
Nr. 9: 50 Jahre Arbeiterkammer Burgenland. Ein starker Partner im Land. Eisenstadt 1999.
Nr. 10: Adolf Czettel. Pragmatiker mit Visionen. Wien 2000.
Nr. 11: Für Demokratie und sozialen Fortschritt. 50 Jahre Sozialakademie. Wien 2000.
Nr. 12: Bildung-Arbeit-Fortschritt. Bildungs- und Kulturarbeit der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Wien 2000.

Das aktuelle Standardwerk zur Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung:
Fritz Klenner, Brigitte Pellar: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. OGB-Verlag, Wien 1999.

Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.

Vorstand:
Prof. Dr. Rolf Hecker
Prof. Dr. Martin Hundt
Norbert Liebsch

Anschrift: c/o Rolf Hecker
10315 Berlin, Ribbecker Str. 3
Tel./Fax: 030/5296525
Internet: www.marxforschung.de
Email: r.hecker@t-online.de

Berlin, den 21. Januar 2002

David-Rjazanov-Preis 2002

Für die beste Nachwuchsarbeit auf dem Gebiet der Marx-Engels-Forschung und -Edition lobt der Vorstand des Fördervereins den jährlich zu verleihenden David-Rjazanov-Preis *aus. Erwartet werden ein innovatives Herangehen an Marx' und Engels' Schriften und eine kritische Auseinandersetzung mit ihren theoretischen Auffassungen als ein Beitrag zur Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²). Von Interesse sind ebenso Arbeiten zur Geschichte der Marx-Engels-Forschung und -Edition nicht nur in der UdSSR und DDR, sondern weltweit.*

Die Dotierung für die beste Arbeit wird auf *500 Euro* festgelegt.
Die Aufsätze, Teilausarbeitungen für Dissertationen, Studien, Rezensionen sind bis zum *30. Juni 2002* einzureichen. Der Umfang soll 30–50 Seiten (50.000 bis 90.000 Zeichen) betragen. Zur Teilnahme berechtigt sind Personen im Alter bis 35 Jahre. Die besten Arbeiten werden zur Veröffentlichung in den *Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2003* vorgeschlagen. Es können selbstverständlich auch bereits veröffentlichte Arbeiten eingereicht werden.

Die Präsentation der besten Arbeiten erfolgt auf einem wissenschaftlichen Seminar am Sonnabend, den 14. September 2002 *in Berlin.*

Wir wünschen uns eine große Anzahl eingereichter Arbeiten mit einer breiten Themenpalette.

Prof. Dr. Rolf Hecker
Vorstandsvorsitzender

„Helle Panke“
zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.

”Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung”

Günter Benser: DDR und Arbeiterbewegung
Harry Nick: Mangelwirtschaft in der DDR. Ursachen und Wirkungen
Joachim Tesch: Der Wohnungsbau in der DDR 1971-1990. Ergebnisse und Defizite eines Programms in kontroversen Sichten
Wilfriede Otto: Spannungsfeld 13. August 1961
Günther Wernicke: ”Solidarität hilft siegen!” Zur Solidaritätsbewegung mit Vietnam in beiden deutschen Staaten Mitte der 60er bis Anfang der 70er Jahre
Dieter Schiller: Willi Bredel in Paris 1938/39. Drei Studien zum Exil in Frankreich

Wilhelm Liebknecht. Revolutionärer Demokrat und Sozialist (1826 - 1900) Wissenschaftliche Konferenz anläßlich seines hundertsten Geburtstages

Blick zurück ohne Zorn? Bedeutung soziokultureller Einrichtungen der DDR für gesellschaftliche Alternativentwürfe heute. Materialien eines wissenschaftlichen Kolloquiums, 2.11.2000

DDR und Arbeiterbewegung. Kolloquium anläßlich des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Günter Benser. Diskussionsbeiträge

Vereinigungen und Wiedervereinigungen in der modernen europäischen Geschichte. Von der italienischen 1860 bis zur zweiten deutschen 1990. Kolloquium zu Ehren von Prof. Dr. Jörg Roesler anläßlich seines 60. Geburtstages

Das vollständige Angebot unter www.helle-panke.de
Jedes Heft kostet 3 Euro zzgl. Versandkosten
Bestellungen
Helle Panke e.V., Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Tel: 030/47 53 87 24 Fax: 030/47 37 87 75
E-mail: info@helle-panke.de

Rezensionen

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Dritte Abteilung: Briefwechsel, Bd. 10: Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel September 1859 bis Mai 1860. Bearbeitet von Galina Golovina, Tat'jana Gioeva, Jurij Vasin und Rolf Dlubek. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam. Akademie Verlag GmbH, Berlin 2000, 1269 S.

Jeder neu erscheinende Band der Marx-Engels-Gesamtausgabe findet zweifellos internationale Beachtung. Diese Editionstätigkeit trägt zugleich internationale Handschrift. Außer in Deutschland arbeiten Wissenschaftlerteams in Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, den Niederlanden, Rußland und den USA an MEGA-Bänden. Die Editions- und Forschungsarbeit dieses weltweiten Netzwerks wird von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam koordiniert. Die MEGA-Arbeitsstelle der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften trägt für die Koordination der Endfertigung, des Satz- und Herstellungsprozesses sämtlicher Bände die Verantwortung. Sie hat sich das anspruchsvolle Ziel gesetzt, jährlich zwei Bände (ein MEGA-Band umfaßt durchschnittlich 1200 bis 1300 Seiten) herauszubringen, um dem berechtigten Interesse der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nach einer kontinuierlichen Herausgabe der MEGA weitestgehend zu entsprechen. Mit dem Ende 2000 erschienenen Briefband III/10 liegt nunmehr der seit 1998 fünfte Band nach den überarbeiteten Editionsrichtlinien vor.

Der Band enthält die Korrespondenz zwischen Marx und Engels von September 1859 bis Mai 1860, ihre Briefe an Dritte sowie die an sie gerichteten Briefe. Bekannt sind 430 Briefe aus diesem Zeitraum, von denen 300 vorliegen und ediert wurden. Der überwiegende Teil der 186 überlieferten Briefe an Marx und Engels wird erstmals veröffentlicht – ein wesentlicher Vorzug gegenüber bisherigen Marx-Engels-Werkausgaben und -Editionen. Dadurch lassen sich vielfach Rückschlüsse ziehen auf Aussagen in Briefen von Marx und Engels, die verschollen sind. Sie spiegeln zugleich Meinungen und teilweise konträre Auffassungen sowie biographische Details derjenigen wider, die mit Marx und Engels korrespondiert haben. Die Breite der Korrespondenz ist auch dadurch gekennzeichnet, daß sie nach der Überlieferungslage nachweislich mindestens 76 Briefpartner hatten. Die Intensität des Meinungs- und Gedankenaustauschs zwischen Marx und Engels in dem genannten Zeitraum von neun Monaten wird durch 62 Briefe dokumentiert (einschließlich der bekannten nicht überlieferten Briefe). Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Marx sich für sechs Wochen in Manchester bei Engels aufhielt und sie somit keine Briefe miteinander wechselten.

Für die wissenschaftliche Forschung ist der vorliegende Band eine wichtige Quelle und zugleich eine Erweiterung zum besseren Verständnis des 1984 erschienenen MEGA-Bandes I/18, in dem die Arbeiten von Marx und Engels aus dem genannten Zeitraum ediert wurden. So berühren die veröffentlichten Briefe Fragen der Mitarbeit an der damals auflagenstärksten Zeitung in den USA, der "New-York

Tribune", als deren Korrespondent Marx seit 1851 tätig war. Engels, der im Kontor der Firma Ermen & Engels in Manchester beschäftigt war, unterstützte seinen Freund durch zahlreiche Beiträge. Da sie aber nur unter Marx' Namen in der Zeitung verzeichnet wurden, konnten durch den Briefwechsel die von Engels stammenden Beiträge nachgewiesen werden.

Zahlreiche Briefe im vorliegenden Band geben detaillierten Einblick in Marx' Bemühungen zur Vorbereitung seiner Streitschrift gegen Karl Vogt. Sichtbar wird auch, daß nicht wenige Briefpartner Marx davon abhalten wollten, sich auf Kosten seiner ökonomischen Studien – er unterbrach sie mehr als ein Jahr – auf eine kräftezehrende Polemik einzulassen. Er blieb bei der Auffassung, Vogts Verleumdungen politisch entgegenzutreten, sei "entscheidend für die historische Vindication der Partei u. für ihre spätere Stellung in Deutschland" (276). Deutlicher als bisher erkennbar, vermitteln die Briefe eine gewisse Zäsur: Die Erwartungen von Marx, daß langjährige Kampfgefährten ihn durch Erklärungen und Dokumente bei der Auseinandersetzung unterstützen würden, führten nicht immer zu der erhofften Resonanz. Am deutlichsten wird dies im Band an dem von Marx aufrichtig geschätzten Dichter Ferdinand Freiligrath sichtbar. Seine Weigerung, sich in die Vogt-Affäre hineinziehen zu lassen, ausführlich in seinem Brief vom 28. Februar 1860 motiviert (319-321), führte zeitlebens zu einer Entfremdung zwischen den beiden. Doch gewann Marx durch die Korrespondenz auch neue Freunde und Anhänger, die mit dem allmählichen Aufschwung der Arbeiterbewegung in den 60er Jahren zu seinen wichtigsten Mitstreitern gehören sollten.

Es ist zu wünschen, daß in absehbarer Zeit der MEGA-Band IV/16 fertiggestellt wird, da er die umfangreichen Exzerpte von Marx aus der "Neuen Rheinischen Zeitung" enthalten wird, die er zur Vorbereitung seiner Streitschrift angefertigt hat. Zusammen mit der zu diesem Zweck von ihm ausgewerteten Zeitung – erkennbar durch Marginalien, An- und Unterstreichungen von Marx' Hand im 1998 aufgefundenen Redaktionsexemplar –, wird es möglich sein, noch eingehender die geistige Arbeit von Marx und sein methodisches Herangehen nachzuvollziehen. Bezogen auf die Schrift "Herr Vogt", läge dann erstmals für alle relevanten Arbeitsstufen: Materialstudium – Exzerpte – Briefe – Werk – vollständig ein schriftliches Zeugnis vor.

Neben den beiden genannten Schwerpunkten bieten die Briefdokumente Aussagen über Marx' Parteiauffassung, seine Unterstützung für Joseph Weydemeyers Tageszeitung "Die Stimme des Volkes" in Chicago und die Aufnahme des ersten Heftes seiner "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" in der Öffentlichkeit. Im Briefwechsel mit Ferdinand Lassalle – er war einer derjenigen, die den regsten Gedankenaustausch mit Marx und Engels pflegten – spielte der Krieg in Oberitalien und in diesem Zusammenhang die Bewertung der Haltung von Napoléon III zur italienischen Nationalbewegung eine wichtige Rolle. Die im Band vorgelegten Briefe geben schließlich Aufschluß über die schwierigen persönlichen Lebensumstände, unter denen Marx wissenschaftlich und politisch tätig war.

Trotz seiner starken beruflichen Bela-

stung ging Engels weiter seinen geistigen Interessen nach. Wie er Marx mitteilte, widmete er sich ausgedehnten Sprachstudien. Er setzte die militärtheoretischen und -historischen Untersuchungen im Zusammenhang mit seinen Artikeln für die "New-York Tribune" und "The New American Cyclopædia" sowie für die in Berlin im April 1860 erschienene Broschüre "Savoyen, Nizza und der Rhein" fort. Tief beeindruckte ihn Charles Darwins Werk "On the origin of species ...", das er schon kurz nach dem Erscheinen las und Marx gegenüber mit den Worten kommentierte: Es sei "bisher noch nie ein so großartiger Versuch gemacht worden, historische Entwicklung in der Natur nachzuweisen, & am wenigsten mit solchem Glück" (127).

Leider ist nur ein Bruchteil der Briefe erhalten geblieben, die in die Geschäftstätigkeit von Engels Einblick geben, der die umfangreiche Korrespondenz bei Ermen & Engels führte. Dagegen konnte erstmals der größte Teil der Briefe von Engels' Eltern sowie seiner Brüder und Schwäger der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Besonders in den Briefen seines Vaters spürt man die Erwartung an den Sohn, die Interessen der Familie gegenüber Gottfried Ermen zu wahren.

Die Einführung zum Band III/10 (609-640) bietet einen gedrängten, aber informativen Überblick über die thematischen Schwerpunkte der Briefe – bei der Breite der Themen kein leichtes Unterfangen. Sie unterscheidet sich in ihrer Sachlichkeit wohltuend gegenüber der des Bandes I/18. Allerdings gelingt es den Autoren nicht immer, sich von der Marx-Engels-Sichtweise zu lösen und eine für die akademische Ausgabe notwendige distanzierte Einschätzung vorzulegen. So weisen sie z.B. darauf hin, daß die Artikel für die "New-York Tribune" nicht allein dem Broterwerb dienten, sondern Marx und Engels die Möglichkeit boten, u.a. ihre materialistische Geschichtsauffassung zu erproben (614). Es ist jedoch festzuhalten, daß sie dieses methodologische Rüstzeug nicht mehr zu erproben brauchten, sondern es spätestens seit Mitte der 40er Jahren auch in ihren zahlreichen Artikeln praktizierten. Es sei nur an ihre Beiträge für die "Deutsche-Brüsseler-Zeitung" 1847 und insbesondere an die in der von ihnen 1848/49 herausgegebenen "Neuen Rheinischen Zeitung" erinnert. Solche Aussagen, wie: zwei seiner ältesten und wichtigsten Anhänger entglitten dem Einfluß von Marx – Ferdinand Lassalle und Ferdinand Freiligrath (621) oder: Marx hatte sich veranlaßt gesehen, Lassalle zur Einhaltung der Disziplin in ihrer "so wenig zahlreichen Parthei" zu ermahnen (621), berücksichtigt nicht genügend die Erkenntnis, daß diese und andere Mitstreiter ebenso erfahrene und politisch gestandene Persönlichkeiten waren und somit Auffassungen vertraten, die nicht immer den Intentionen von Marx und Engels entsprachen. Nicht glücklich erscheint im Namensregister die Charakterisierung von Moses Heß als "Lassalleaner" (1207), die eine abwertende Interpretation beinhaltet; besser wäre hier die Formulierung: "Anhänger von Lassalle". Der Hinweis auf die von Wilhelm Weitling 1850 gegründete Zeitung "Republik der Arbeiter", die die Anschauungen der Anhänger des Gleichheits-Kommunismus vertrat (1255), entspricht seit Jahren nicht mehr dem vorliegenden Forschungsstand.

Auch haben sich in die Edition einige sachliche Fehler eingeschlichen. So wird z.B. angegeben, daß die "Neue Rheinische Zeitung" bis 12. Oktober verboten war, statt bis 3. Oktober 1848 (1253 – eine fehlerhafte Angabe, die mehrere MEGA-Bände aufweisen). Sie konnte am 12. Oktober erst deshalb wieder erscheinen, da die Verhängung des Belagerungszustandes über Köln das Zeitungsunternehmen in eine tiefe finanzielle Krise gebracht hatte. Hermann Korff war nicht erst seit 1. Juli (990, Erl. 192.88-90), sondern bereits mit dem Erscheinen der "Neuen Rheinischen Zeitung" am 1. Juni 1848 von den Aktionären zum Geranten (Geschäftsführer; nicht wie S. 1210 Garant) berufen worden. Freiligrath veröffentlichte nicht nur Gedichte im Blatt von Marx (925, Erl. 169.39-40), sondern schrieb auch zahlreiche Artikel im politischen Teil des Blattes, wie sein Brief an Ulrica Melos nach dem 4. Dezember 1848 eindeutig belegt. Marx gehörte nicht dem am 13. November 1848 auf einer Volksversammlung in Köln gewählten Volkskomitee an (922, Erl. 33-38). Gerhard Becker wies bereits 1963 in "Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848-1849", S. 155 darauf hin. Dieser Irrtum ist auch im MEGA-Band III/2, S. 761 enthalten.

Bei den Erläuterungen im Apparatband wären zu einigen Aussagen zusätzliche Informationen vom Vorteil gewesen. U. a. schrieb Marx am 5. Oktober 1859 an Engels: "Deine Artikel über die Geschichte" – gemeint war die Rezension von Engels zur "Kritik der politischen Ökonomie" – "sind abgedruckt worden von New York bis Californien von den deutschen Blättern." (36). Die Erwähnung dieser Blätter mit den entsprechenden Nummern- und Datumsangaben dürfte eine wichtige Ergänzung für die Wirkungsgeschichte der Rezension sein.

Unbeschadet dieser und noch weiterer möglicher Einwände muß hervorgehoben werden, daß der Briefband III/10 bisher unbekannte Einblicke in die Arbeit und das Leben von Marx und Engels sowie anderer Zeitzeugen gewährt. Für die Erschließung des Bandes ist von großem Vorteil, daß gegenüber MEGA-Bänden, die vor 1998 fertig gestellt wurden, auch im Apparat enthaltene Angaben im Register aufgenommen wurden.

Der Band III/10 ist ein wichtiger Baustein in dem Bemühen, innerhalb der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe möglichst vollständig das Werk dieser Denker als bedeutendes geistig-kulturelles Erbe des 19. Jahrhunderts zu bewahren. Die Autoren sind zu dem vorgelegten Band zu beglückwünschen.

François Melis

Wolfgang Fritz Haug: Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern. Karl Dietz Verlag. Berlin 2001, 175 S

In Zeiten von Niederlage und Resignation den Marxismus hoch zu halten und zu verteidigen, ist nicht jedermanns Sache. Wolfgang Fritz Haug, nunmehr mit 65 Lebensjahren emeritierter Professor der Freien Universität Berlin und immer noch überzeugter Marxist, gehört zu denjenigen, die Niederlagen als Herausforderung begreifen, das eigene Denken und Handeln in Frage zu stellen und sich nach vorne zu bewegen. In 13 Aufsätzen aus den Jahren 1988 bis 2001 stellt er unter

Beweis, daß ein kritischer, offener Marxismus lebendiger sein kann denn je. Haug liefert eine Ehrenrettung für Marx, den er nicht als historische Ikone ins 19. Jahrhundert verbannt sehen will, anders als manche einst marxistische Kollegen, die Marx nun dem Zeitgeist opfern. Ebenso ist es sein Ding nicht, die bisherige Geschichte einschließlich des Versuches, Sozialismus zu praktizieren, als "umsonst" abzuhaken. Auch wenn Haug wenig mit dem staatssozialistischen Sozialismus sowjetischer Prägung am Hut hat und selbst Zielscheibe jener so beliebten Ketzerverfolgungen wurde, die den verengten marxistisch-leninistischen Ansatz begleiteten, so weiß er doch um vertane Chancen für einen demokratischen Sozialismus. Die rhetorische Frage, ob "das Ende der behaupteten machtsstaatlichen Universalisierung den kritischen Universalismus des Marxschen Projekts wieder freigelegt" (43) habe, beantwortet er positiv. Von lauen Marxisten, die heute ihren Mantel in den Wind drehen, hält er nicht viel. Er kritisiert die Zerstörung "einer funktionierenden marxistischen Öffentlichkeit" als "Gift" in den "Marxismen des 20. Jahrhunderts", als nur Freund *oder* Feind gelten sollte. Makaber: Dieses Gift "wirkt bei ehemaligen Trägern der Zensur und des Ausschlusses fort in ihrem Gegenteil, der kriterienlosen Überinklusivität" (17).

Marx müsse man in seiner Theorie ernst nehmen und nicht, wie seit seinem Tode, zum Begründer einer Lehre degradieren. An der Erfahrung des Staatssozialismus sieht er bestätigt, daß Politik genau diese Lehre zu vergiften vermochte, eine "tödliche Macht der Herrschaftsgewalt" (10), die die Scheidung von Demokratie und Sozialismus begünstigte.

Im Geiste von Marx ist nur plurales Denken, das Denken von Marxism*en* möglich. Als Haug 1983 den Begriff Pluraler Marxismus einführte, wurde er sofort von den Orthodoxen in Ost-Berlin und DKP angegriffen, und noch bevor der Begriff seine Tauglichkeit beweisen konnte, verlor er mit dem Ende des Ostblocks seinen Hauptbezug. Ein staatlich definierter "Marxismus" als reine Lehre war passé. Es bleibt, daß eine verbindliche Lesart von Marxismus nicht möglich und nicht wünschenswert ist. Daher ist "der einstmalige Kampfbegriff des Pluralen Marxismus ... weder als Kapitulation vor faktischer Disparatheit, noch als Formel für Beliebigkeit aufzufassen, wie es - zustimmend oder ablehnend - eine Vulgärrezeption tat" (27). Es ging, dem ist zuzustimmen, um Marxsches Denken, das seine theoretischen Grundlagen ernst nimmt. Wenn Haug von der "philosophischen Grammatik" Marx' spricht, um die es gehe, dann handelt es sich um einen marxistischen, aber eben pluralen Zugang zur Zivilgesellschaft, zum Kapitalismus in seinen Produktionsweisen, als Analysegegenstände und Felder politischer Auseinandersetzung. Eine solche Sicht konnte sich aber erst nach dem Zusammenbruch von kriegskommunistisch geprägtem Marxismus-Leninismus und stalinischem Staatssozialismus durchsetzen, die von dem Fordismus ebenso geprägt waren wie von der Verabsolutierung des Staates.

Vor diesem Hintergrund ist nur zu verständlich, wenn Haug den kapitalismusanalytischen Aspekt marxistischen Denkens durchaus als eine "fröhliche Wissenschaft" wertet, gleichzeitig aber einschränken muß, daß sie "traurige Wissenschaft" sei, "wo sie auf sich selbst in ihrer Ge-

schichte gerichtet ist" (9). Haug selbst hatte wie andere Linke und Marxisten auf die Perestroika gehofft als einen letzten Versuch des Ausbruchs aus der selbst verordneten Blockade. Aber dieser Versuch, der tatsächlich neue Aspekte eines gelebten Marxismus und Sozialismus verkörperte, war nicht in der Lage, die "etatistische Grammatik" einer "staatlichen Produktionsweise" (Jean-Pierre Lefebvre) zu durchbrechen. Nicht nur an dieser Stelle tauchen verständlicherweise Zweifel auf, mit denen Haug im Sinne seines pluralen Ansatzes sicher leben kann. Denn die Orientierung auf einen Sozialismus wie eine auf ihn hinzielende Bewegung, die in der Gesellschaft verankert ist und den Staat so in die Schranken weist, scheint nach den Erfahrungen des Umbruchs in Osteuropa, den Grenzen sozialer Bewegungen in Westeuropa denn doch problematisch. Antworten werden auch hier gesucht.

Heute bleibt allein der "akademische Marxismus" übrig, was allerdings wohl eher ein Euphemismus ist. Denn zumindest in Westdeutschland stehen die von der 68er Bewegung beeinflußten Sozialwissenschaftler vor oder im Ruhestand, in Ostdeutschland sind sie durch die Bank ausgegrenzt. Eher gibt es vielleicht noch einen Zirkelmarxismus sehr unterschiedlicher Tönung. Haugs beste Zeugen für einen schöpferischen Umgang mit Marx sind sowieso Einzelgänger, "Einmannparteien", gar "Outlaws" (19): Gramsci, Kofler, Brecht, Mariáteguis. Diese "Gesetzlosen" sind es sowohl als Brecher der von Ideologiepäpsten verkündeten "allgemeingültigen Gesetze", die sie mit dem so nicht berechtigten Verweis auf Marx reklamierten. Nur, sie sind ebenso "Gesetzlose" in Zeiten der konservativen, neoliberalen Dominanz, die hinter vermeintlicher Pluralität radikales Denken ausgrenzt und ausmerzt.

Hier liegt das Problem der Geschichtsmächtigkeit Marxschen Denkens. Berechtigt erinnert Haug immer wieder, daß "das politisch entscheidende Problem ... im Zerbrechen der säkularen Verbindung marxistischen Denkens mit der Arbeiterbewegung (liegt), die als soziale Bewegung kraft eben dieser Verbindung zu einer sozialistischen Verbindung geworden war" (52). Dieser Bruch bleibt, ihn ersetzen nicht einzelne Intellektuelle. Aber es steht der Anspruch, marxistische Denkansätze zur Ausrüstung neuer sozialer Bewegungen zu machen. *Das* "Subjekt der Veränderung" ist als solches offenkundig nicht in Sicht. Linksparteien, egal ob mit sozialdemokratisch-sozialistischer oder kommunistischer Vergangenheit, haben heute meist den Marxismus in den Ruhestand versetzt oder bestenfalls in die Ahnengalerie, ohne sich in einer eher pragmatischen Politik an ihn erinnern zu wollen.

Für Haug bleibt unverändert ein "Sozialismus in der Gesellschaft" anstelle des gescheiterten "Staatssozialismus" (35) notwendiges Ziel. Seine "praktische Perspektive" ist "eine radikale demokratische Konzeption, die einbeziehend und nicht mehr avantgardistisch ist". Dem ist zuzustimmen, auch im Wissen, daß auch für Haug der Abschied von der Avantgardepartei nicht die Gramscianische Forderung nach Hegemonie ersetzt, die aber eben eine andere ist als die bislang bürokratisch-etatistisch durchgesetzte.

Stefan Bollinger

Ursula Mader: Emil und Walther Rathenau in der elektrochemischen Industrie (1888-1907). Eine historische Studie (Reihe Gesellschaft-Geschichte-Gegenwart, Bd. 20). trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2001, 303 S.

Ursula Mader legt eine materialreiche historische Studie vor, die sowohl als Unternehmensgeschichte der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) Berlin, als auch die Geschichte eines bestimmten Industriezweigs, der Elektrochemie, gelesen werden kann. Darüber hinaus modifiziert und präzisiert sie das Bild der beiden herausragenden Protagonisten: des Gründers und ersten Generaldirektors der AEG, Emil Rathenau, und ihres späteren Managers, Organisators und Aktionärs Walther Rathenau.

Eingegrenzt auf die Jahre 1888 bis 1907, in denen beide Rathenaus ihr Interesse verstärkt auf die neue Branche richteten, gibt die Autorin einen Einblick in das oft als spannungsreich dargestellte Vater-Sohn-Verhältnis und vor allem in die praktische industrielle Tätigkeit Walther Rathenaus. Für kaum eines seiner späteren Arbeitsfelder ist das bisher auf solch akribische Art erfolgt. Außerdem gehören zu den interessanten, weiterführenden Fragestellungen des Buches die nach den Voraussetzungen unternehmerischen Handelns, nach dem Funktionieren industriellen Managements und nach der Rolle und Stellung jüdischen Großbürgertums im deutschen Kaiserreich.

Untergliedert in sieben Kapitel beginnt die Arbeit mit ersten Ideen und Absichten E. Rathenaus, die Elektroenergie auch für industrielle und besonders chemische Verfahren zu nutzen (Kap. I), und gibt im Abschnitt II einen Rückblick auf des Vaters wirtschafts-bürgerlichen familiären Hintergrund, seinen Bildungsweg und seine Tätigkeit als Berliner Maschinenfabrikant zwischen 1865 und 1875 (wobei ein Austausch der Kap. I und II durchaus denkbar gewesen wäre). Zum entscheidenden Zeitpunkt der Werksneugründung in Bitterfeld 1893 war E. Rathenau auf der Weltausstellung in Chicago (Kap. III), verfolgte aber von dort mit großer Aufmerksamkeit die Aktivitäten des Sohnes, dessen "Aktionen und Unternehmungen" den "eigentlichen Kern der Studie" ausmachen (11). Sie sind Inhalt der Kap. IV bis VI, die auch W. Rathenaus erstes publizistisches Auftreten ab 1896/97 einschließen.

Die Autorin, seit 1970 mit der Persönlichkeit Walther Rathenaus beschäftigt, ist mit großem wirtschaftshistorischem und technischem Sachverstand in den Prozeß einer Industriezweiggründung eingedrungen. Sie weiß anhand umfangreicher, zum Teil erstmals ausgewerteter Archivalien und Dokumente (etwa 100 Einzelstücke sind im Anhang auch in Form von Faksimiles und Fotos abgedruckt) die Motive dieser Gründung (Kap. IV), ihre Erfolge im In- und Ausland (Kap. V), aber auch ihre schließliche Teilübergabe an den größten Konkurrenten, Griesheim-Elektron, darzustellen und zu analysieren (Kap. VI). Anhand der Akten der "Elektrochemischen Werke GmbH" Bitterfeld im Landesarchiv Merseburg nimmt U. Mader eine detaillierte Tiefenlotung im Leben des noch jungen W. Rathenaus für die relativ kurze Zeit von sieben Jahren zwischen 1893 und 1899 vor. Gleichzeitig leistet sie damit einen Beitrag zur Industriegeschichte Sachsen-Anhalts.

Emil Rathenau, der bereits in seiner ersten Unternehmertätigkeit als Maschinenbauer jene Charaktereigenschaften ausbildete, die ihn später zum innovativen, erfolgreichen Elektroindustriellen machten, war mit einem "Spürsinn für technische Neuheiten und industrielle Trends" ausgezeichnet (39). Als Generaldirektor der AEG blieben zwar das Kraftwerksprogramm und die Energieverteilung der Kern- und Angelpunkt seiner Pläne, doch reizte die technische Neuheit Elektrochemie Vater und Sohn gleichermaßen.

Seit 1891 stieß der Sohn Walther als angestellter Ingenieur im schweizerischen Neuhausen (wo die AEG seit 1888 an der "Aluminium-Industrie-AG" beteiligt war) direkt auf die Standortfrage für den Bau solch neuer Werke: die kostengünstigste Bereitstellung von Elektroenergie durch Wasserkraft oder Kohle. So wurde er zum eigentlichen Akteur der ersten elektrochemischen Unternehmung der AEG im mitteldeutschen Bitterfeld. Hier verdiente er sich als alleiniger Geschäftsführer seine Sporen als Techniker und Industrieller, testete seine in der Schweiz entwickelten Patente durch die Zusammenarbeit mit Leipziger Wissenschaftlern und überführte sie in die Großproduktion. Sein Unternehmerprofil schärfte sich in diesen Jahren durch die notwendige Auseinandersetzung mit den Direktoren der Chemischen Fabrik Griesheim, Sitz Frankfurt/Main, deren Zweigwerk - seit 1894 ebenfalls in Bitterfeld ansässig - 1898 große Teile der Elektrochemischen Werke übernahm.

Bereits aufgewachsen in der zweiten Generation deutscher Wirtschaftsbürger und ausgerüstet "mit dem Selbstbewußtsein des Bourgeois" (29) strebte Walther Rathenau nach Unabhängigkeit und Eigenverantwortung, die aber bald über den Industriebereich hinausgehen sollten.

Mit dem Neubau am Standort Bitterfeld eröffnete sich ihm zunächst die technisch-praktische Möglichkeit der "industriellen Groß-Elektrolyse auf Braunkohlenbasis" (35). Damit wurde er zum Vorreiter für die Chemieindustrieansiedlung im Bitterfelder Raum. Schon 1894 folgten die genannten Chemischen Werke Griesheim, später siedelten sich bekanntlich Farbenwerke und ab 1910 die Filmproduktion der Agfa Berlin in Wolfen bei Bitterfeld an. Für die sachsen-anhaltische Chemieindustrie wurde so eine neue, folgenreiche Etappe ihrer Entwicklung eingeleitet: die Zentrierung um Bitterfeld-Halle-Merseburg, dem südlichen Teil der Region.

Walther Rathenau, seit 1895 bereits mit einem weiteren Werksneubau in Rheinfelden am Hochrhein beschäftigt, wo die AEG parallel dazu ein Wasserkraftwerk errichtete (105f), betrachtete seine Tätigkeit in Bitterfeld im Laufe der Zeit mehr und mehr als eine vorübergehende. Ein Indiz dafür war, daß er in der Stadt nie eine Wohnung bezog und sich als Unternehmer, wie es den Anschein hat, nur gezwungenermaßen mit praktischen sozialen bzw. Arbeiterfragen beschäftigte. In der bisherigen Rathenau-Literatur kaum thematisiert, wird hier vor Ort deutlich, daß er zunächst die Einrichtung einer Fabrikkrankenkasse ablehnte, später (1898) die Besichtigung von Feldern Greppiner Bauern wegen Flurschäden durch chemische Substanzen veranlaßte (235) oder 1905/1906 die zusätzliche Unterstützung eines invaliden Arbeiters und nach dessen Tod die seiner Familie geneh-

migte (265 f). Zur gleichen Zeit reagierte der Vater auf den großen Streik in der Berliner Elektroindustrie mit unnachgiebiger Härte (183 f). Die sozialpolitischen Auffassungen der Rathenaus unterschieden sich so von denen anderer Unternehmer.

Die Autorin, die auch W. Rathenaus erste publizistische Arbeiten seit 1896/97 in Maximilian Hardens "Zukunft" analysiert, deutet damit seine über die Managerposition hinausgehenden Ambitionen an: sich zu zeitgenössischen aktuellen Themen theoretisch-philosophisch zu äußern oder selbst, als zunächst durchaus kaisertreuer jüdischer Unternehmer, in die Politik zu gehen. So wird im letzten Abschnitt VII, "Transformationen" übertitelt, der längerfristig vorbereitete Ausstieg W. Rathenaus aus der Elektrochemie im Jahre 1907 nachgezeichnet: durch die Aufgabe seiner Funktion in Bitterfeld 1899, im Vorstand der AEG 1902 sowie in der Berliner Handelsgesellschaft 1906 und der bloßen Orientierung auf Tätigkeiten in zahlreichen Verwaltungs- und Aufsichtsräten. Aufsätze und selbständige Schriften hatten ihn schon zu dieser Zeit als "ein Philosoph im Tiergartenquartier" (179) ausgewiesen. 1907/08 ging er zunächst mit dem Staatssekretär im Reichskolonialamt, Bernhard Dernburg, auf zwei Afrika-Reisen.

Die erstmalig tiefergehende Darstellung, die U. Mader für Walther Rathenaus kurze Tätigkeit als Industriemanager vornimmt, weist auf seine Kreativität und Organisations- und Verhandlungsbegabung hin und durchbricht das Klischee von Spannungen im Verhältnis von Vater und Sohn und der bloßen Ein- und Unterordnung des Sohnes. Daß W. Rathenau "ein Mann vieler Eigenschaften" werden sollte (vgl. T. Buddensieg, Th. P. Hughes, H. H. Hellige, Berlin 1990), deutete sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg an.

Roswitha Berndt

Leo Trotzki: Stalin. Eine Biographie. Übersetzt von Raymond Kuhlmann. Arbeiterpresse Verlag, Essen 2001, 505 S.

Die deutsche Zweitausgabe von Trotzkis Stalinbiographie ist, von Fehlerkorrekturen und dem Nachwort abgesehen, mit der 1952 bei Kiepenheuer & Witsch erschienenen ersten Ausgabe identisch. Von den zwölf Kapiteln hat der Autor sieben fertiggestellt, die die Zeit bis einschließlich 1917 umfassen. Fünf Kapitel und beide Nachträge blieben fragmentarisch und wurden durch den Übersetzer Charles Malamuth komplettiert, z. T. durch Auszüge aus anderen Trotzki-Schriften. Nachträgliche Quellenangaben wären in solchen Fällen sinnvoll gewesen.

Der Verfasser stellt zunächst den Lebensweg seines Widersachers von der Geburt über den Besuch der Pfarrschule Gori und des Tifliser Priesterseminars bis zur Arbeit als Berufsrevolutionär vor 1917 dar. Ebenso wenig wie anderen gelang es ihm aufzudecken, daß Stalin ab 1921 seinen Geburtstag vom 18. 12. 1878 auf den 21. 12. 1879 verlegte. Das enthüllten erst 1990 die Moskauer "Iswestija". Trotzki stellte aber genügend Unwahrheiten in der offiziellen Stalinbiographie fest, die wesentlich auf Berijas erfundener Historie der sozialdemokratischen Organisationen Transkaukasiens 1934 und der vom Generalsekretär mitverfaßten "Geschichte

der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang" 1938 beruhte. Seine Forschungen ergaben: Nicht "Koba", wie Josef Dshugaschwili sich nach einer Romangestalt nennen ließ, sondern andere führten die georgische und kaukasische Sozialdemokratie. "Koba" war in untergeordneter Position an organisatorischer Arbeit beteiligt. Er trat weder bei Demonstrationen und Komiteegründungen, noch in der Revolution von 1905 oder bei Überfällen auf Geldtransporte hervor. Seiner Karriere wegen bemühte er sich, ab 1912 als Stalin firmierend, um Anschluß an die bolschewistische Auslandsleitung. Zugleich strebte er Einvernehmen mit menschewistischen Partei-Liquidatoren an und suchte beim Konzipieren der Petersburger "Prawda" Lenins Linie schroffer Abgrenzung von ihnen zu unterlaufen. Als die Zeitung auf bolschewistischen Kurs gebracht wurde, befand sich Stalin in Krakau und Wien. Unter Lenins Einfluß und mit dessen Hilfe erarbeitete er dort 1913 seinen Trotzki zufolge einzigen Beitrag zur Theorie, die Schrift "Der Marxismus und die nationale Frage". (195 ff.) In zusammen achteinhalb Gefängnis- und Verbannungsjahren beschäftigte er sich wenig bis gar nicht mit theoretischen Studien.

Das umfangreiche siebente Kapitel ist Vorgängen von 1917 gewidmet. Stalin, unterdes ZK-Mitglied, kommt an manchen Stellen nicht vor, weil er inaktiv oder bei wichtigen Zusammenkünften abwesend war. Nach der Rückkehr aus Sibirien räumte er im März an der Petrograder Parteispitze auf und verdrängte linke Bolschewiki aus ZK-Büro und "Prawda"-Redaktion, um danach mit Lew Kamenew einen "gemäßigten" Kurs zu steuern. Beide unterstützten bedingt die bürgerliche Provisorische Regierung, unbedingt den von Sozialrevolutionären und Menschewiki dominierten Petrograder Sowjet, der die Regierung an der Macht hielt. Sie waren für die Fortsetzung des Krieges als "Vaterlandsverteidigung" und einen menschewistischen Vorschlag, die gespaltene Sozialdemokratie wieder zu vereinigen. Arbeiter der Großbetriebe lehnten dergleichen ab. Lenin forderte nach Rückkehr aus dem Schweizer Exil eine radikale Korrektur der Parteistrategie. Seine Aprilthesen orientierten auf Kampf bis zum Sturz der Regierung, Aufklärung der Massen über Menschewiki und Sozialrevolutionäre als deren Helfer, Durchsetzung der Sowjetmacht und revolutionäre Lösung aller wichtigen Fragen. Trotzki verdeutlicht, daß um diese Korrektur hart gerungen wurde. Stalin schloß sich der neuen Linie an, leistete aber Widerstand. Während der Verleumdungskampagne gegen Lenin und Sinowjew als "deutscher Agenten" zählte er zu denen, die den Vorschlag, beide sollten einer gerichtlichen Vorladung folgen, zurückwiesen. Danach hielt er Verbindung mit dem illegal lebenden Lenin. Als dieser zum Aufstand drängte, Sinowjew und Kamenew aber öffentlich davor warnten, sorgte Stalin mit dafür, daß sie in der Partei blieben.

Von den unvollendet gebliebenen Kapiteln behandelt das achte Konflikte um den Brester Frieden und Stalins Tätigkeit als Volkskommissar für Nationalitätenwesen. Hinsichtlich Brest-Litowsk äußerte Letzterer angesichts der bolschewistisch-linkssozialrevolutionären Mehrheit für einen "revolutionären Krieg", Trotzki habe mit seiner "mittleren" Position - weder Kriegsfortsetzung noch Unterzeich-

nung eines Diktatfriedens - den Ausweg aus schwieriger Lage gewiesen. (315) 20 Jahre danach fälschte er den "Ausweg" zum versuchten Dolchstoß in den Rükken der Sowjetmacht um.

Kapitel neun und zehn informieren über Vorgänge im Bürgerkrieg, darunter Konflikte mit der von Stalin geförderten "Zaritzyner Tendenz" – Aufsässigkeit gegenüber der Moskauer Zentrale bei gleichzeitiger administrativer Unordnung – in Woroschilows X. Armee, Kämpfe mit Judenitsch und Denikin sowie mit Polen. In dem Rußland von Polen aufgezwungenen Krieg setzten Lenin und die Mehrheit bolschewistischer Führer gegen Trotzkis, Radeks und Rykows Warnungen auf einen Marsch nach Warschau, durch den sie die polnische Revolution auszulösen hofften. Die Rote Armee erlitt eine Niederlage. Zur Katastrophe trug die eigene Südgruppe mit Stalin bei: Sie drang befehlswidrig weiter in Richtung Lemberg vor, statt den offensiv gewordenen Polen in die Flanke zu fallen. Gleich den Revolutionsereignissen wurden auch die militärischen später falsch dargestellt. Zum Polenkrieg ziehen Stalins Fälscher Trotzki zweier entgegengesetzter Verhaltensweisen. Einerseits sollte er es als "kleinbürgerlicher Revolutionär" für unzulässig erachtet haben, "die Revolution von außen her nach Polen hineinzutragen"; andererseits habe er gegen Lenins und Stalins Willen Revolutionsexport "auf der Spitze der Bajonette... nach Europa" vorgehabt. (390 f.) Verknüpft mit falschen Vorstellungen über Trotzkis Theorie der permanenten Revolution, ist die zweite Legende immer noch im Schwange.

Entwicklungen vor und nach Lenins Tod sind Gegenstand des elften und zwölften Kapitels. So die von Stalin mitbewirkte Angliederung Georgiens und Unterdrükkung der besten georgischen Bolschewiki; Lenins Plan, mit Trotzki gegen die in Staat und Partei wuchernde Bürokratie anzugehen; die Vorbereitung einer Leninschen "Bombe" gegen Stalin für den XIII. Parteitag, die nicht mehr gezündet werden konnte; Auseinandersetzungen um den 1923 versuchten "deutschen Oktober"; der Streit Sinowjews, Kamenews und Stalins (des Triumvirats) mit 46 führenden Bolschewiki und mit Trotzki nach deren Forderung, die innerparteiliche Demokratie wiederherzustellen. Im letzten Fall ist Malamuth beim Ergänzen ein Fehler unterlaufen. Er behauptet, die ZK-Resolution vom 5. Dezember 1923 für offene Aussprachen in der KPR (B) sei ohne Trotzki zustande gekommen. (412) Tatsächlich wirkte dieser, wenngleich erkrankt, hochgradig daran mit und konnte im wesentlichen seinen Standpunkt durchsetzen. Allerdings war das ein Pyrrhussieg.

Von den Nachträgen ist der über die thermidorianische Reaktion wichtig. Der zweite, "Ein Kinto an der Macht", ist es weniger. Im ersten befaßt sich Trotzki mit Ideen, die Stalins Gruppe im Kampf gegen die linke Opposition nutzte. Diese wurde erstens bezichtigt, zu Lasten der Bauern eine "Überindustrialisierung" anzustreben; zweitens wurde Trotzkis "permanente Revolution" attackiert und durch das "defensive" Dogma vom "Sieg des Sozialismus in einem Land" ersetzt; drittens zog Stalin, um Privilegien für die Bürokratie "marxistisch" zu begründen, gegen die "Gleichmacherei" zu Felde. (440 ff.)

Der Anhang besteht aus Trotzkis Artikel über drei Konzeptionen der russischen Revolution. Es sind das menschewistische Konzept, bis zum Sieg der Demokratie die liberalen Bourgeois zu unterstützen, das Lenins zur Erweiterung des Revolutionsrahmens durch eine "demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" und das ab 1905 von Trotzki auf Marxscher theoretischer Grundlage entwickelte Konzept der permanenten Revolution. Angesichts der konterrevolutionär gewordenen Bourgeoisie sind demnach demokratische Ziele nur durch die Diktatur des Proletariats erreichbar, die den Anstoß zu Arbeiterrevolutionen in den kapitalistischen Hauptländern geben würde; mit deren Hilfe könnte die sozialistische Etappe auch in Rußland beginnen.

Trotzkis Stalinbiographie blieb Fragment. Als der NKWD-Agent Mercader am 20. August 1940 den Hieb mit dem Eispickel vollführte, wurden zudem Teile des vorhandenen Manuskripts zerstört. Das im Nachwort Wolfgang Zimmermanns zitierte Urteil Isaac Deutschers, selbst wenn es Trotzki vergönnt gewesen wäre, die Biographie zu vollenden, würde sie sein schwächstes Werk sein, ist ungerecht. Entgegen Deutschers Ansicht war Stalin, anders als Cromwell und Napoleon, kein Hüter und Treuhänder, sondern tatsächlich der Totengräber der Revolution. Die russische Gesellschaft erfuhr durch ihn keine derart "gründliche und vielseitige Umschichtung, daß eine Rückwärtsentwicklung ausgeschlossen erscheint". (490 f.) Durch Beihilfe zur Machtübernahme der Bürokratenkaste und Liquidierung der Oktober-Revolutionäre leitete Stalin selbst die Rückwärtsentwicklung ein.

Wahr sind folgende Erkenntnisse Trotzkis: Erstens die von 1909, auch im Bolschewismus existierten antirevolutionäre Züge, die "eine furchtbare Gefahr erst nach dem revolutionären Siege zu werden" drohten. (255) Zweitens die in dieser Biographie formulierte: "Um das stalinistische Regime zu errichten, war nicht eine bolschewistische Partei vonnöten, sondern die Ausrottung der bolschewistischen Partei." In dem totalitären Organisationsgefüge, das sie ablöste, "lagen alle für die Reaktion notwendigen Elemente eingeschlossen, die sie unter der offiziellen Fahne der Oktoberrevolution mobilisierte". (449 bzw. 454)

Wiederholt verweist der Autor auf Eigenschaften Stalins, welche diesen mit zu seiner unheilvollen Rolle befähigten. So auf die Bedenkenlosigkeit, mit der er theoretische Standpunkte taktischen Wendungen anpaßte, auf seine Verschlagenheit und Kunst der Heuchelei. Letztere veranlaßte ihn, im Kampf gegen den "Trotzkismus" zeitweise wie ein unparteiischer Schiedsrichter aufzutreten, wodurch seine Partner als hauptverantwortlich für die Kampagne erschienen. (446) Neben zutreffenden Urteilen unterlaufen Trotzki Fehlurteile, beispielsweise wenn er sich in Stalins Gefühlswelt hineinzuversetzen sucht und meint, dieser habe auf Lenins Aprilthesen hin "nur Hilflosigkeit und scheelen Neid" verspürt. (254) Der Satz, in historisch bedeutsamen Fragen sei persönlicher Haß ein minderwertiges und verächtliches Gefühl, das blind macht, ist zweifellos richtig. (414) Doch war der Autor selbst nicht immer davon frei.

In einer Zeit weitverbreiteter Gleichsetzung von Bolschewismus und Stalinismus ist Trotzkis letzte große Arbeit "ein wich-

tiger Beitrag zur Klärung der Grundfragen des vergangenen Jahrhunderts", konstatiert Zimmermann. (491) Damit deutet er zugleich die fortdauernde Aktualität des Werks an. Ungeachtet mancher Lücke bringt es dem Leser, noch dazu auf spannende Art, wichtige, z. T. kaum bekannte Details der russischen und der Revolutionsgeschichte nahe.

Manfred Behrend

Mario Frank: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie. Siedler Verlag, Berlin 2001, 540 S.

Das Buch erschien sechs Jahre nach der "Ulbricht-Biographie" Norbert Podewins (BzG 3/96: 117 ff) und ist umfangreicher als diese. Hinsichtlich Detailthemen und Bewertung ähneln sich beide. Der in der Schweiz aufgewachsene, in Westdeutschland promovierte, im "Anschluß"gebiet zum Geschäftsführer eines Druck- und Verlagshauses aufgestiegene Mario Frank erwähnt jedoch Podewin nur am Rande, wofür ihn dieser im ND vom 30. März 2001 mit der Rezension "Eine deutsche Biographie, die den Biographen entlarvt. Das hat Ulbricht nicht verdient" abgestraft hat.

Frank beginnt mit einer Chronologie gravierender DDR-Ereignisse bis September 1953. Die Stellung des damaligen Generalsekretärs des ZK der SED war durch den Neuen Kurs der sowjetischen Führung nach Stalins Tod und eine Mehrheit von Gegenspielern im eigenen Politbüro aufs höchste gefährdet, wurde aber mit dem Eingreifen der Sowjetarmee am 17. Juni gegen die Arbeiter-Rebellion gerettet. Unter Ausnutzung von Berijas Sturz in der UdSSR verstand es Ulbricht, seine Gegner an der SED-Spitze zu entmachten.

Vier Kapitel sind der Kindheit und Jugend des am 30. Juni 1893 in Leipzig geborenen Schneidersohns, seiner Tätigkeit als KPD- und Komintern-Funktionär vor 1933, im westlichen Exil bis 1938 und in der Sowjetunion bis 1945 gewidmet. Seine Arbeit trug vorwiegend organisatorischen Charakter. Angaben über die Entwicklung des Mannes im innerparteilichen Kampf, nach 1933 auch um die KPD-Führerschaft, seine Rolle als Abgeordneter im Sächsischen Landtag und im Reichstag, die Auseinandersetzungen mit Nazi-Gauleiter Goebbels in Berlin, das Ringen erst um Durchsetzung der Einheits- und Volksfrontlinie, dann um ihre Liquidation, Angaben über Aufklärungsarbeit unter Wehrmachtssoldaten nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion und über Vorbereitungen für die Nachkriegszeit sind teilweise ausführlicher als anderswo. Fragwürdig erscheint die Mitteilung, das KPD-Politbüro habe im August 1931 beschlossen, den Vorsteher eines Berliner Polizeireviers "zu beseitigen". (90) Ein derartiger Wahnsinnsakt – formelle Beschlußfassung über ein politisches Verbrechen - wurde weder in der 70 Jahre dauernden Diskussion noch bei den vor einem Nazi- und einem BRD-Gericht geführten Prozessen ruchbar. Nicht überzeugend auch das Unterkapitel "Parteiverfahren gegen Ulbricht". Darin geht es nur gelegentlich um das von Willi Münzenberg wegen Intrigantentum und Sabotage am Volksfrontkurs beantragte Verfahren, hauptsächlich um Materialsammlungen für einen von Stalin geplanten Prozeß gegen Münzenberg. (137 ff.)

Die folgenden zwei Kapitel gelten Entwicklungen in Ostdeutschland und Ulbrichts politischer Karriere bis 1958. Beweise dafür, daß beginnend mit dem Aufbau deutscher Verwaltungen, dem moderaten Gründungsaufruf der KPD und dem forcierten Zusammenschluß von KPD und SPD, mit Bodenreform und Verstaatlichung von Industriebetrieben, sich fortsetzend mit Parteisäuberungen und dem Neuen Kurs alle wesentlichen Vorgänge in SBZ und DDR von sowjetischen Entscheidungen abhingen, sind schon vorher geliefert worden. Der Verfasser vervollständigt sie. Hätte er außer im Moskauer Kominternarchiv auch im näher gelegenen Berliner SED-Archiv geforscht, wäre das Faktenmaterial reichhaltiger. Frank liegt daneben mit seinen Feststellungen, Stalin habe "die Grenze des sowjetischen Imperiums am Rhein" ziehen wollen und 1952 kein neutrales, also nicht in den Westpakt eingebundenes Deutschland angestrebt (206 u 233), bzw. der Kampf gegen den "Titoismus" sei ein "Sozialismus-Schub" gewesen. (211) Detailliert beschreibt er das Drängen des damaligen zweiten Mannes der SED, Karl Schirdewan, ab 1956 auf Entstalinisierungsmaßnahmen. Er stellt es aber fälschlich so dar, als hätten dieser und seine Mitstreiter Ulbricht öffentlich kritisiert. Wie vordem seitens Herrnstadt-Zaisser, geschah alles im stillen Kämmerlein, entwaffneten sich die Rebellen dadurch selbst.

Das Kapitel über den "Privatmann" Ulbricht ist wegen des traurigen Schicksals seiner Adoptivtochter Beate beachtenswert. Durch Verbotsmaßnahmen hat Vater Walter deren Ehe mit einem jungen italienischen Kommunisten zerstören und die Tochter durch administrative Kaltherzigkeit in den Alkoholismus treiben helfen. Podewin meint, Frank habe sich hier "in die Niederungen der Sprache von Super Illu" begeben. Es geht aber nicht um sprachliche Floskeln, sondern um Fakten.

Inhalt der nächsten zwei Kapitel sind die Jahre weitgehend uneingeschränkter Diktatur Ulbrichts 1958-1965 einerseits, des sich zuspitzenden Konflikts zwischen ihm, dem Apparat und der an KPdSU-Generalsekretär Breshnew orientierten Gruppe um "Kronprinz" Honecker bis 1971 andererseits. Berichtet hat hierüber vor allem Monika Kaiser in "Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker", Berlin 1997. (BzG 2/1999: 118 ff.) Gleich Podewin befaßt auch Frank sich mit der Rolle des Erstgenannten als Schloßeinreißer und Plattenbau-Baumeister, als Kulturpolitiker auf dem "Bitterfelder Weg", Amateurjurist, Landesvater, Bereicherer der ML-Theorie, Initiator des Mauerbaus 1961 und des Neuen Ökonomischen Systems. Daß der Erste Sekretär zunehmend am Parteiapparat vorbeiregierte, zaghafte Schritte zur politischen Auflockerung wagte und hierauf von seinen Gegnern zu Rückzügen und zur Kapitulation gezwungen wurde, nachdem es ihm dank Moskaus Eingreifen nicht gelungen war, Honecker abzusetzen, hat Frank herausgearbeitet. Es fehlt auch hier die Erkenntnis: Ulbrichts Politik des Übergangs zur aufgeklärten Monarchie scheiterte nicht nur, weil die sowjetische Führung und der eigene Apparat dagegen waren, sondern vor allem wegen Mangels an Demokratie. Dieser machte es der Parteibasis und großen Teilen des Volkes unmöglich, richtige Ansätze in Ulbrichts technokratischem

Reformwerk zu unterstützen. Die Demokratie wurde gerade durch ihn zuvor liquidiert.

Beim Schildern von Fällen, in denen Ulbrichts "junger Mann" Honecker während der 50er Jahre für den Alten Prügel bezog, aber auch von diesem gefördert und gedeckt wurde, geht Frank auf die Berliner Weltfestspiele 1951 ein. Er meint, Mängel bei Unterbringung und Versorgung der DDR-Jugendlichen hätten dazu geführt, daß viele von ihnen Westberlin besuchten. (410) Das trifft so nicht zu. Vielmehr ließen Abenteuerlust, die Attraktivität des Westens und Einladungen führender westlicher Politiker die Mädchen und Jungen zu Grenzgängern werden. Honecker und die SED-Spitze versuchten – was der Verfasser außer acht läßt – den Spieß umzudrehen. Sie schickten am 15. August ganze Marschkolonnen ausgesuchter Friedensfreunde im Blauhemd nach Westberlin. Die dortige Polizei schlug sie gnadenlos zusammen.

Im letzten Kapitel behandelt der Verfasser die Zeit bis zu Ulbrichts Tod am 1. August 1973. Er stellt die infamen Methoden dar, mit denen die Politbürokratie ihren einst hochgelobten, zuweilen kultisch verehrten früheren Führer abwrackte. Odios nimmt sich der Vorwurf des späteren Wirtschaftsdiktators Mittag auf die Klage seines ehemaligen Chefs über das gegen ihn gerichtete Kesseltreiben aus, Ulbricht arbeite intrigantenhaft mit Verdrehungen, Lügen und Verleumdungen. (436) Aufschlußreich sind Hinweise des Autors darauf, daß die sowjetische Führung zwar den Helden dieser Biographie zum Abschuß freigab, zugleich aber dafür sorgte, daß er Ehrenvorsitzender der SED wurde und als Staatsoberhaupt formell ein gewisses Maß an Einfluß behielt. Nach seinem Tod setzte sie ein standesgemäßes Begräbnis durch. (445 f.)

Die neue Biographie steht in der Tradition Carola Sterns, welche 1964 in Köln die erste wissenschaftliche Lebensbeschreibung über Ulbricht veröffentlichte. Gleich Podewins Buch von 1995 ist das Franksche kein Meisterwerk, aber ein solides, weiterführendes Gesellenstück. Zu Recht wurden dem Verfasser falsch geschriebene Namen und Nachlässigkeiten in der Bibliographie vorgeworfen.

Bruno Mander

Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie VSA-Verlag Hamburg 2001, 511 S.

34 Jahre nach dem Tode Heinrich Brandlers (1881-1967) liegt erstmals eine umfassende Biographie vor. Sie basiert auf Material aus zahlreichen Archiven, darunter dem Berliner Partei- und dem Moskauer Kominternarchiv, sowie aus zeitgenössischen und späteren Publikationen und ist solide gearbeitet.

Autor Becker will "einem wichtigen, besonders in der kommunistischen Bewegung umstrittenen Akteur historische Gerechtigkeit widerfahren" lassen. (16) Als erster befasst er sich ausführlich mit dem Weg des 1881 im nordböhmischen Warnsdorf geborenen Proletariersohns bis 1918. Brandler trat zum frühestmöglichen Termin Gewerkschaft und SPD bei. Der Maurer und Fliesenleger war nach Wanderungen durch verschiedene Länder in Hamburg, Bremen, der Schweiz und Chemnitz tätig. Als linksstehender Marxist stieß er mit rechten Sozialdemokra-

ten wie August Winnig und Gustav Noske zusammen. Zugleich freundete er sich mit Johann Knief, Wilhelm Pieck und Robert Siewert, mit Schweizer Sozialisten und russischen Emigranten der Lenin-Richtung an. Eines Arbeitsunfalls wegen nicht wehrdienstfähig, brachte Brandler auch die Weltkriegszeit vorwiegend in Chemnitz zu. Er trug dazu bei, dass das Büro des Deutschen Bauarbeiterverbands (DBV) zum Kern des dortigen Spartakusbundes wurde.

1918 Repräsentant des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats, erduldete Brandler die nach kurzem revolutionärem Aufschwung einsetzende, von rechten SPD-Führern beförderte Konterrevolution. Der DBV schloss ihn mit 3000 weiteren Kollegen aus, worauf sie zur KP-nahen Gewerkschaftszentrale gingen. Mit Friedrich Heckert baute Brandler in Chemnitz den größten deutschen KPD-Bezirk auf. Dem Kapp-Putsch begegnete er, anders als die Berliner Parteizentrale, mit einem Aufruf zu sofortigem Streik. Beim Vereinigungsparteitag von KPD und linker USPD Ende 1920 wirkte er in der Programmkommission und als Referent mit.

Das längste Buchkapitel ist den Jahren 1921-1923 gewidmet. Es setzt mit Brandlers Wahl zu einem der zwei Parteivorsitzenden ein. Im Folgemonat war er einer ernsten Bewährungsprobe, der Märzaktion 1921, ausgesetzt, in der linksradikale Arbeiter, durch den Einmarsch preußischer Polizei ins Hallenser und Mansfelder Industrierevier provoziert, unter Führung von Offensivtheoretikern der KPD und Komintern-Vertretern das fast erloschene Feuer der Revolution wieder anzufachen suchten. Dies scheiterte, weil die Arbeitermehrheit nicht mitmachte. Brandler war Becker zufolge einer der ersten, die auf Abbruch drängten. Beim dritten KI-Kongreß im Juni/Juli 1921 in Moskau übten Lenin und Trotzki vernichtende Kritik an der Offensivtheorie. Sie forderten Aktionen gemeinsam mit der Majorität der Arbeiterklasse, um sie im Kampf um ihre Lebensinteressen voranzubringen. In der KPD wurde die Einheitsfronttaktik nun besonders von Brandler und dem früheren Offensivtheoretiker August Thalheimer verfochten.

Wegen Hochverrates durch die Märzaktion vor Gericht gestellt, verzichtete Erstgenannter auf eine provokante Verteidigung, um sich nicht zum Rädelsführer einer bewaffneten Erhebung abstempeln zu lassen. Er löste dadurch Zorn bei Ultralinken aus und verlor den Parteivorsitz. Ende Oktober 1921 der Festung Gollnow entronnen, war er in Moskau als Vizechef der Roten Gewerkschaftsinternationale und Leiter der Budgetkommission der Komintern tätig. Er wirkte vergeblich darauf hin, der russischen KI-Verwaltung den Bürokratismus auszutreiben.

Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde Brandler am 9. 8. 1922 1. Sekretär der KPD-Zentrale, d. h. erneut Vorsitzender. Ein Parteitag Ende Januar 1923 stimmte seinem Antrag zu, die Einheitsfronttaktik um ein wichtiges Moment – Arbeiterregierungen gemeinsam mit Sozialdemokraten – zu bereichern. Diese seien der Versuch, "im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben". (187) Zu den

Nahzielen gehörten die Verbesserung der Lebenslage der Massen und Abwälzung aller durch Ruhrkampf und Inflation entstehenden Lasten auf die Besitzenden. Die KPD verstärkte ihre Reihen und machte linke Sozialdemokraten zu Bündnissen geneigt. In der Partei schrie die Fischer-Maslow-Gruppe Zeter und Mordio wegen angeblich drohender Sozialdemokratisierung. Die KPD-Zentrale bestätigte Anfang August das nicht auf sofortigen Bürgerkrieg gerichtete "Minimalprogramm" und erweiterte es um den Punkt, im Kampf gegen die aufgekommene faschistische Gefahr das Kleinbürgertum zu gewinnen oder zu neutralisieren.

Ein schwerwiegendes Übel war, dass neben pseudolinken KPD-Führern auch die der KP Russlands vom Fieber einer angeblich in Deutschland bevorstehenden Revolution erfasst wurden und den Aufstand empfahlen. Vor Ort verliefen die Vorbereitungen dilettantisch. In Moskau wurde Brandler unter Druck gesetzt, bis er einem "deutschen Oktober" zustimmte. Er hat das später seinen größten Fehler genannt. (226 und 377)

Auf Moskaus Drängen trat die KPD den linken SPD-Regierungen Sachsens und Thüringens bei. Der erhoffte Zugang zu Polizeiwaffen, um einen faschistischen Vorstoß von Süden oder die Reichsexekution vom Norden her abwehren zu können, misslang. Mit dem Segen von Staatsoberhaupt Ebert rückte die Reichswehr in Mitteldeutschland ein, um SPD-geführte Regionalregierungen zu liquidieren. Die KPD allein konnte hiergegen nichts ausrichten. Ihre Führung kam überein, der zum 21. 10. 1923 einberufenen Konferenz von Arbeitervertretern in Chemnitz einen Generalstreik gegen den Einmarsch vorzuschlagen und das Abstimmungsergebnis als Test anzusehen, ob der "Oktoberaufstand" möglich sei. Der Test fiel negativ aus, worauf Brandler die Rebellion absagte. Der dennoch ausbrechende Hamburger Aufstand demonstrierte, wie Becker feststellt, "was passiert wäre, wenn sich die KPD anders als im Brandlerschen Sinne verhalten hätte". Der Vorsitzende habe die Partei "vor einem politischen Totaldebakel" bewahrt. (237)

Der "Dank des Vaterlandes" wurde ihm zuteil, als die Oktoberschlappe zum Streitobjekt im Kampf um Lenins Nachfolge in Sowjetrussland avancierte. Beginnend mit Sinowjew machten Teile der KI-, KPR- und KPD-Spitze für die von ihnen mitverursachte Niederlage Brandler zum Sündenbock. Sie bezichtigten ihn und Thalheimer, den sowjetischen KPD-Berater Radek und mit ihm Trotzki, versagt zu haben. Von der Mittelgruppe und Überläufern aus der Parteirechten wie Heckert unterstützt, lösten Fischer, Maslow und Thälmann die bisherige Parteiführung ab. Zusammen mit dem Ende der Einheitsfrontpolitik führte ihr Kreuzzug wider die "Rechte" zu schweren Verlusten an Mitgliedern, Attraktivität und Einfluss der KPD.

1924-1928 waren Brandler/Thalheimer zwangsweise in Moskau interniert. Als Mitglieder der KP Russlands erhielten sie wichtige Aufgaben, Brandler zeitweilig im Obersten Volkswirtschaftsrat. Die beiden waren Verbannte, die sich in KPD-Angelegenheiten "nicht einmischen" durften. Zugleich stellten sie kurzzeitig Moskaus Kaderreserve für diese Partei dar, falls deren neue, pseudolinke Führung eine nicht genehme Politik treiben sollte. Generalsekretär Stalin bot Brandler freie

Hand in Deutschland an, sofern ihn dieser in allen sowjetischen Angelegenheiten unterstütze. (71) Die Unterstützung war unproblematisch: Brandler war von der Richtigkeit der Stalinschen Innenpolitik überzeugt. Er ging aber keinen Deal ein. Die neue KPD-Führung wünschte, die Verbannten sollten möglichst lange in Moskau bleiben: Fischer/Maslow und Thälmann fürchteten sie als potentielle Konkurrenz. Sie erwirkten ein Verfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek wegen "Einmischung" und "rechter" Fraktionsbildung. Ihre Anklage basierte wesentlich auf Kopien gestohlener Briefe und dem Denunziantenbericht eines früheren Brandleristen. Der Verfasser geht auf interne Querelen wegen der Ausreisewünsche beider Führer ein. Thalheimer erwirkte seine Ausreise im Mai, Brandler im Oktober 1928.

Der Verfasser erörtert die Wittorf-Affäre, einen Fall der Unterschlagung von Parteigeldern, den Thälmann vertuscht hatte. Die Mittelgruppe sogenannter Versöhnler an der KPD-Spitze erwirkte die Abberufung des Parteivorsitzenden. Stalin und die Kominternführung setzten ihn wieder ein. Sie gaben das Signal zu neuer, verstärkter Hetze, in deren Ergebnis die "Versöhnler" unterworfen, die "Rechten" ausgestoßen und, weil sie an der Forderung nach innerparteilicher Demokratie festhielten (281), mundtot gemacht wurden. Ende 1928 gründeten Brandler und seine Anhänger die KPD-Opposition – ein Ereignis, das der Verfasser mit wenigen Zeilen abtut. (288) Ausführlich berichtet er dagegen über den Versuch der KPDO, ihre Mutterpartei "zurückzuerobern". Zwar hatte sie die besseren Argumente, drang aber nicht zu den KPD-Mitgliedern durch, weil der Parteiapparat diese von äußeren Einflüssen abschirmte.

Die KPDO war keineswegs fehlerfrei. So stellte sie Trotzki, der Brandler wegen dessen Unterstützung Stalinscher Innenpolitik bei gleichzeitiger Ablehnung der Moskauer Intervention in andere Parteien des "nationalen Opportunismus" bezichtigte, als Sowjetfeind hin. (310 f.) Zugleich war die KPDO-Mehrheit derart auf Rückeroberung der KPD als Ziel fixiert, dass sie Möglichkeiten, die sich 1931 durch Linksabspaltungen von der SPD für ein Bündnis mit sozialistischen Kräften eröffneten, nicht nutzte. Paul Frölich und Jacob Walcher, die für die Nutzung plädierten, wurden per "Körperschaftsdisziplin" aus der Führung entfernt. Die KPDO verlor ein gutes Drittel der Mitglieder an die neu gegründete SAP. Ihre Spitze repräsentierte Becker zufolge "einen Generalstab ohne Armee, der, noch dazu verwickelt in aufreibende Nebenkriegsschauplätze, einen Mehrfrontenkampf gegen übermächtige Gegner führte". (313)

Vor dem Zugriff der Nazis flüchteten Thalheimer und Brandler 1933 nach Straßburg, dann nach Paris, schließlich über Südfrankreich nach Kuba. Ihr Tätigkeitsbereich war anfangs die Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO), zu der sich Gleichgesinnte mehrerer Länder vereinigt hatten. Nach dem Zerfall der IVKO nahmen sie zu dem von Linkssozialisten dominierten "Londoner Büro" Verbindung auf. Becker berichtet über den antifaschistischen Kampf der KPDO, den Versuch des KPD-Zentralkomitees 1934/35, sie zu vereinnahmen, über Konflikte, die verän-

derten Beziehungen Brandlers zu Maslow und seine Freundschaft zu Isaac und Tamara Deutscher.

Erst allmählich löste sich Brandler, wie der Verfasser feststellt, von dem Standpunkt, Stalins Repression in der UdSSR diene dem Kampf gegen bürokratische "Verlotterung" und einer erneuerten proletarischen Diktatur. Noch nach dem 1. Moskauer Prozess war er überzeugt, Trotzki und Sinowjew hätten tatsächlich Terrorakte organisiert. (332) Nach dem 2. Prozess und den Erfahrungen mit dem NKWD im Spanischen Bürgerkrieg indes erklärte die IVKO Ende 1937, was bisher nur "Trotzkisten" zu äußern wagten: Die Sowjetunion liefere "das tragische Bild der Schändung und des Missbrauchs der proletarischen Diktatur durch eine Bürokratenclique, die im Lande selbst die persönliche Diktatur ihres Anführers durch eine blutige Verfolgung von Abertausenden von Kommunisten zu befestigen sucht und die in den anderen Ländern Lakaiendienste für die imperialistische Bourgeoisie... leistet". Der 3. Moskauer Prozess gegen ihren einstigen Bundesgenossen Bucharin 1938 ließ Brandler/Thalheimer zu der Überzeugung gelangen, Stalin werde nicht zu kommunistischen Grundsätzen zurückkehren. Indem sein Terror die Grundlagen des Sowjetsystems destabilisiere, arbeite er Hitler und Chamberlain in die Hände. (333 f.)

Becker stellt an Hand von Schriften Thalheimers dar, wie sich bei diesem und Brandler die Ausgangslage nach dem zweiten Weltkrieg widerspiegelte. Sie orientierten auf strikte Wahrung deutscher Arbeiterinteressen und Verzicht auf Kooperation mit allen Besatzungsmächten. Im Bemühen um Rückkehr in ihre Heimat stießen sie auf alliierten Widerstand. Brandler hatte erst 1949 damit Erfolg. Thalheimer starb zuvor in Havanna.

Bis 1956 hat Brandler dem Autor nach gehofft, die Stuttgarter "Arbeiterpolitik" könne Kern einer neuen kommunistischen Bewegung werden. (349) Das scheiterte nicht nur an dem zur SPD neigenden Redakteur Hanke, sondern m. E. vor allem an der generellen Entwicklung in Deutschland, die im Westen zum Wiederaufstieg eines starken Imperialismus führte, während im Osten die Chance zu sozialistischen Ansätzen vertan wurde. Becker stellt Brandlers Nachkriegshaltung zum Stalinismus dar, in dem dieser trotz Bedenken weiter ein "Durchgangsstadium zur Überwindung der Rückständigkeit" sah. (369) Unterdes wurden seine Anhänger in der DDR verfolgt, sah er sich im Westen KPD-Attacken ausgesetzt. "Neues Deutschland" verleumdete ihn als im Dienste der "Trotzkisten" und des USA-Imperialismus stehend. Im Herbst 1956 versuchte sodann der SED-Apparat, mit dem "Parteifeind" ins Reine zu kommen. Doch zerschlug sich das an Brandlers Bedingung, erst die Anschuldigung zurückzunehmen, er sei US-Agent. (365 ff.)

Die letzten Lebensjahre des bedeutenden Kommunisten werden nur kurz wiedergegeben, wohl deshalb, weil seine Aktivität alters- und krankheitsbedingt erheblich nachließ. Zur Fertigstellung einer Studie über die UdSSR-Entwicklung kam er nicht mehr, ebenso wenig zur jahrzehntelang geplanten Autobiographie.

Die Resultate des Buches fasst Becker dahin zusammen, dass Heinrich Brandler sowohl Vorzüge – große organisatorische und rhetorische Fähigkeiten - als auch

Fehler zu eigen waren, so übertriebene Organisationsdisziplin und partielle Intoleranz. Er sei nie Opportunist oder gar Karrierist gewesen, vielmehr "ein selbständiger Marxist und Revolutionär und ein Ketzer im marxistisch-leninistischen Kommunismus, der dafür die Exkommunikation auf sich nahm". (379 f.) Hinzugefügt sei, dass er genau wie seine Klasse mehr Niederlagen als Triumphe erlebte und dessen ungeachtet stets auf eine bessere Zukunft vertraute.

Manfred Behrend

René Senenko: Willi Bredels Exil in Prag. Ein unbekanntes Kapitel. Herausgegeben von der Willi-Bredel-Gesellschaft, Hamburg 2001, 45 S., illustr.

Diese Veröffentlichung schließt eine Lücke in der Erforschung von Willi Bredels Biographie. Der Verfasser ging dem Hinweis nach, daß eine junge Pragerin, eine Malerin, dem im Mai 1934 über das Riesengebirge in die Tschechoslowakei geflüchteten kommunistischen Hamburger Schriftsteller in Prag geholfen habe. Ein Foto aus Bredels Nachlaß, das eine junge Frau zeigte, war der Schlüssel. Die Abgebildete, so stellte sich heraus, war Hella Guth (1908 in Westböhmen geboren, 1992 in Paris verstorben). Um 1930 lebte sie in Prag, arbeitete als Pressezeichnerin und Grafikerin, war der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beigetreten, lieferte Zeichnungen für den „Simplicus", druckte Grafiken mit proletarischen Motiven, schuf Holzschnitte zur „Dreigroschenoper" und arbeitete auch mit John Heartfield zusammen. Nach dem Januar 1933 unterstützte sie die Solidaritätsaktionen für die deutschen Flüchtlinge, darunter viele Schriftsteller. Es ist bekannt, daß sich in Prag bis 1938 einige Möglichkeiten für die Exilanten hinsichtlich publizistischer, literarischer und künstlerischer Aktivitäten ergaben.

In ihrem Atelier unterhalb des Hradschin (An der Bastei 299) hatte sie auch Emigranten aufgenommen, und dort kam im Juni/Juli 1934 Bredel unter, nachdem er zuvor in beengten Verhältnissen bei bzw. mit Ernst Ottwalt und Wieland Herzfelde gewohnt hatte (Betlémská 6). Es bot sich eine günstige Gelegenheit zur literarischen Arbeit.

„Als ich aus Deutschland kam, habe ich angefangen, die 'Prüfung' zu schreiben. Zwei Nachmittagsstunden ... bei der Familie Herzfelde. Dann im Atelier einer befreundeten Malerin im 7. Stock, wo ich infolge der Sommerhitze splitternackend vor der Schreibmaschine gesessen habe." So Bredel im September 1936 vor der berüchtigten Parteiversammlung der deutschen kommunistischen Schriftsteller im Moskauer Exil (siehe Reinhard Müller, „Die Säuberung", Reinbek 1991).

Ende Juli bis spätestens Mitte August 1934 reiste Bredel Richtung Moskau ab, um am 1. Allunionskonreß der Sowjetschriftsteller teilzunehmen. Noch im Zug und danach in Moskau schrieb Bredel weiter an der *Prüfung*. Moskau war seine zweite Exilstation.

Der Roman *Die Prüfung*, der rasch weite Verbreitung fand und in etliche Spachen übersetzt wurde, war für den Autor das Werk, das zählte und mit dem er zum Schriftsteller wurde, er war ein bedeutendes Werk der proletarisch-revolutionären Literaturbewegung, aber er war

vor allem ein Dokument der Realitätsschilderung und der Anklage gegen den Terror des Nationalsozialismus. Die Welt erfuhr, was in Deutschland vor sich ging. Bredel - der im Mai 1934 aus dem Konzentrationslager in Hamburg-Fuhlsbüttel entlassen worden war - hatte seinen dort noch einsitzenden Genossen versprechen müssen, die Hafterlebnisse niederzuschreiben und zu veröffentlichen. Schon im August/September 1934 druckte die „Arbeiter Illustrierte Zeitung" ein Kapitel in Fortsetzungen ab.

Senenko geht nicht auf literarische und auf politische Fragen ein, er konzentriert sich auf einen Aspekt von Bredels Biographie.

Die Publikation ist äußerlich eine Broschüre, doch ausgezeichnet gestaltet, mit vielen Abbildungen versehen und nach wissenschaftlichen Grundsätzen erarbeitet. Sie selbst wie weitere Materialien sind über die Willi-Bredel-Gesellschaft/ Geschichtswerkstatt e. V. zu beziehen (Im Grünen Grunde 1, 22337 Hamburg, www.bredelgesellschaft.de).

Gerhard Müller

Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR. Mit einem Vorwort von Georg G. Iggers (=Zeithistorische Studien. Hg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Böhlau Verlag Köln-Weimar-Wien 2001, 366 S.

Die hier vorgelegten biographischen Studien über Historiker-Remigranten in der DDR sind ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft im vergangenen Jahrhundert. Was geboten wird, ist weit mehr als vorzüglich recherchierte Biographien von deutschen Wissenschaftlern, die vor dem Faschismus emigrieren mußten und nach dessen Zerschlagung in ihre Heimat, und zwar in die Ostzone, zurückkehrten (nur ein halbes Dutzend - darunter neben den Konservativen Rothfels und Schoeps auch Golo Mann und Helmut Hirsch - gingen in die spätere Bundesrepublik). Remigranten, und darunter waren einige, die einfach als politisch Oppositionelle und noch nicht als ausgewiesene Akademiker ins Exil mußten, waren - wie es zurecht heißt - "der zentrale Teil in der Gründer-Generation der DDR-Historiker" (15).

Vorgestellt werden mit den Remigranten also Gründungsväter der DDR-Historiographie und ihre prägende Rolle bei der Konstituierung einer marxistischen Geschichtswissenschaft als einer erstmals in Deutschland gesellschaftlich akzeptierten und vor allem institutionell verankerten und gesicherten akademischen Wissenschaftsdisziplin. Daß diese im Zuge des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik wieder zerschlagen wurde, mindert nicht die bleibenden Leistungen dieser deutschen Wissenschaftler um die Entwicklung der historischen Fachdisziplin. Wer das Buch liest, wird wohl kaum - wie Georg G. Iggers in seinem bemerkenswerten Vorwort meint - nur eine "tragische Bilanz" ziehen. Und nicht zufällig schließt Iggers an diese Aussage auch die einschränkende Bemerkung, daß die sozialistische Geschichtswissenschaft Fragen aufwarf, die die herkömmliche Historiographie in Deutschland vernachlässigt hatte.

Die Remigranten waren als Sozialisten und Kommunisten gestandene Antifa-

schisten und machten sich, wie der Autor zeigt, mit den Erfahrungen aus dem Exil an die auch ihnen unabdingbar erscheinende Neugestaltung der Gesellschaft wie des historischen Wissenschaftsbetriebs in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Das Buch wird ohne Frage dem selbstgestellten Anspruch, einen "Beitrag sowohl zur Geschichte des Exils und der Remigration als auch zur Erforschung der historischen Wissenschaft in der DDR zu leisten" (18), gerecht. Der wissenschaftsgeschichtliche Wert des Buches tritt um so stärker ins Blickfeld, als es zu einem Zeitpunkt erscheint, da nach Jahrzehnten des Totschweigens erstmals die nationalsozialistische Vergangenheit jener Historiker offengelegt wurde, die als Gründungsväter der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik gelten können. Die Unterschiede dieser beiden Wissenschaftlergruppen in politischer wie wissenschaftlicher Herkunft macht sicher auch die tiefen Gegensätze in der historischen Wissenschaft zwischen DDR und BRD in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verständlicher.

Nach einem Übersichtskapitel über "eine neue Geschichtswissenschaft und die Remigranten", in dem die Geschichtsdebatten der KPD (warum nicht auch in der SPD?) zwischen 1933 und 1945 resümiert, das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Politik unter den Bedingungen der DDR erörtert (und leider kein Seitenblick auch mal auf das "Zwischenreich menschlichen Tuns und Lassens" - so S. 35 - von Historikern in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft geworfen) wird und namentlich die Beziehungen zwischen Parteiapparat und Historikern sachlich und mit der Warnung vor schematischen und pauschalen Gegenüberstellungen (46) problematisiert werden, verfolgt K. die politischen und wissenschaftlichen Entwicklungswege von neun deutschen Historikern: *Alfred Meusels* Beitrag zu "Soziologie und Geschichtswissenschaft"; *Jürgen Kuczynski* zwischen "Dogma und Dialektik"; *Albert Schreiners* Entwicklung vom "'organischen' Intellektuellen zum Parteihistoriker"; den "Historiker des 'Völkerfrühlings'" *Karl Obermann*; "Wissenschaft und Politik" in Leben und Werk *Ernst Engelbergs* (sie waren sämtlich so genannte Westemigranten) sowie *Leo Sterns* Übergang "vom Gefechtsstand in den Hörsaal" und die von Stalin verfolgten und in Straflager verbannten *Arnold Reisberg* und *Wolfgang Ruge*, die aus östlicher Emigration kamen.

Das Buch unterscheidet sich deutlich von zahlreichen anderen zeitgeschichtlichen Publikationen über die DDR-Geschichtswissenschaft, die vor allem darauf aus sind, sie als so genannte reine Legitimationswissenschaft zu delegitimieren. K. eskamotiert keineswegs das unbestritten relevante Thema Politik und Geschichtswissenschaft in der DDR, er zeigt wohl, welche großen Hemmnisse von der Politik ausgingen und wie erfahrene Wissenschaftler zu unwürdigen Widerrufen gezwungen wurden; aber er beschränkt sich nicht darauf, meidet pauschale Klischeeformeln (wie etwa die von "Parteiarbeitern an der historischen Front"), sondern stellt sie eher infrage, sieht den Inhalt der geschichtswissenschaftlichen Entwicklungen auch nicht begrenzt auf einen politisch verengten sogenannten "Herrschaftsdiskurs", sondern sucht die historiographischen Leistungen

wie die wissenschaftspolitischen Interventionen der Historiker kritisch zu analysieren und zu würdigen. Das mag hier und da auf deutliche Grenzen stoßen (wer vermag schon in den Sätteln mehrerer historischer Spezialdisziplinen gleichzeitig zu reiten?); und sicher läßt sich über das Oeuvre jedes dieser Historiker noch vieles ergänzen; aber der andere, strikt sachlich-wissenschaftliche Ansatz im Herangehen ist unverkennbar und läßt ein sicher immer noch holzschnittartiges wissenschaftliches Lebensbild aufscheinen, das indes zumindest differenzierter, genauer, kritischer bilanzierend, aber auch präziser würdigend erscheint als in den biographischen Skizzen, die einigen Persönlichkeiten (Meusel, Stern, Schreiner) bereits im 1989 erschienenen Sammelband über "Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft" gewidmet waren.

Den größten Raum nimmt in allen Biographien die "Vorgeschichte" ihres Wirkens in der DDR ein, der bei jedem anders gelagerte Bildungsweg und vor allem die harten Emigrationsjahre mit ihren prägenden Erfahrungen. Da wird, je nach Quellenlage unterschiedlich dimensioniert, viel Neues geboten. Das rein Biographische, das K. vermittelt, bei der Mehrzahl der behandelten Historiker erstmalig, bei den schon mal biographierten mit zusätzlicher Materialfülle und in überzeugender Differenziertheit und Präzision, ist schlicht ein Gewinn. Der Spürsinn des Autors nach bislang unerschlossenen Materialien in Archiven und Bibliotheken von Berlin bis Moskau und New York hat Wichtiges zutage gefördert.

Daß dies nicht in trockenem Soziologendeutsch daher kommt, sondern locker, lebendig, anschaulich, gewürzt auch mit Episoden und Polemiken, macht das Buch zu einer kurzweiligen, bisweilen auch spannenden Lektüre. Es beeindruckt schon zu lesen, wie - um nur ein Beispiel zu nennen - der Arbeiterjunge Karl Obermann, seit früher Kindheit von Asthma geplagt, von sozialistischen Idealen bestimmtes politisches Engagement mit starkem Bildungsdrang verbindend, sich im amerikanischen Exil mit der ersten Weydemeyer-Biographie endgültig der Historie verschrieb und unter den günstigen Bedingungen in Ostdeutschland nach 1945 schließlich zu einem international renommierten Revolutionshistoriker wurde.

Ein zweites hier vorgestelltes Wirkungsfeld der Remigranten war ohne Frage das, was man Wissenschaftspolitik nennen mag, ihre Aktivitäten zur Formierung einer "neuen", sich sozialistisch verstehenden Geschichtswissenschaft in der DDR. Das vollzog sich sicher im Rahmen, der von der SED vorgegeben war und der von den Remigranten, die eine sozialistische Gesellschaft mitgestalten wollten, grundsätzlich bejaht und akzeptiert wurde, war aber keineswegs bloßer Vollzug von Parteidirektiven; darin fanden sich auch immer mehr oder weniger deutliche Bestrebungen, nicht selten in Widerspruch zum Apparat, die inneren Bedürfnisse und Eigengesetzlichkeiten der historischen Wissenschaft nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

Daß es bei diesen Auseinandersetzungen wie auch bei wissenschaftlichen Kontroversen, in denen es nicht zuletzt auch um Positionen in der Hierarchie der Historikerschaft ging (vgl. dazu die Bemerkungen auf S. 243), bei so ausgereiften, starken, selbstbewußten und wider-

spruchsvollen, zumeist recht kantigen und durchaus auch machtbewußten Persönlichkeiten zwischen ihnen auch zu von persönlichen Animositäten durchtränkten, unschönen, leider auch mit nicht gerade lauteren politischen Mitteln ausgetragenen Konflikten kam, hat der Autor nicht unter den Teppich gekehrt.

Der dritte Bereich umfaßt die schon genannte wissenschaftliche Produktivität der genannten Historiker. Diese zu erfassen und damit ihren Platz in der Geschichtswissenschaft zu umreißen versucht zu haben, kann dem Autor als Verdienst angerechnet werden.

Da wird etwa erkennbar, daß des Zweitältesten, Alfred Meusels Übergang vom Soziologen zum Historiker so recht nicht mehr gelungen zu sein scheint. Hertz-Eichenrodes Überlegungen dazu sind wohl zutreffend. (74) Und dennoch hatte er einen großen Anteil an der Konstituierung einer marxistischen Geschichtswissenschaft. Um Kuczynskis weites wissenschaftliches Profil in eine Gesamtbewertung einfließen zu lassen, bedarf es sicher noch mehrerer Spezialstudien. Mit Motteks Biographie wurde klar, daß es daneben noch eine zweite wirtschaftsgeschichtliche Schule in der DDR und fruchtbare wissenschaftliche Kontroversen gab, die - wie manche meinen - der marxistischen Historiographie, zumal in der DDR, doch eigentlich fremd sein sollten. Sterns Bemühungen um das Unternehmen "Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" haben damals ebenso eine Bresche geschlagen wie sein differenziertes Verhältnis zur bürgerlichen deutschen Historiographie; und seine Melanchthon-Biographie ist sicher von bleibender Bedeutung.

Karl Obermanns Werk ist richtig als das eines Revolutionshistorikers herausgestellt, aber darüber sollten seine Arbeiten zur deutschen Emigration in den USA wie seine sozialgeschichtlichen Untersuchungen nicht vergessen werden. Engelbergs Verdienste um die deutsche Geschichte und namentlich die der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts und mit der Bismarck-Biographie auch um eine marxistische Biographik sind vielleicht am überzeugendsten herausgearbeitet; gleichwohl wäre dies zu ergänzen durch die weitgreifenden geschichtmethodologischen Publikationen. Der Beitrag Wolfgang Ruges zur Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik und ebenfalls zur Biographienschreibung wird sicher noch weiter untersucht werden müssen.

Leider nur mehr beiläufig erwähnt ist ein vierter wesentlicher Bereich, die Rolle der Gründerväter bei der Heranbildung der jungen Gründergeneration der DDR-Geschichtswissenschaft, eine Funktion, in der sich namentlich Meusel, Kuczynski, Obermann und Engelberg verdient machten. Der Rezensent betrachtete es jederzeit als eine Ehre, bei beiden Graduierungsarbeiten von Engelberg und Obermann begutachtet worden zu sein.

Ganz offen bleibt die Frage, ob und inwiefern sich um die "Alten" eigene Schulen bildeten. Motteks Schüler ließen sich vielleicht am ehesten zu einer Schule zusammenfassen, während Kuczynski und Engelberg in mehrere Richtungen zugleich Schneisen schlugen, so etwa Engelberg auch auf dem Felde der Militärgeschichte, wie der Autor sichtbar macht.

Auf dem Wege zu einer sachlich-kritischen, sich vom Zeitgeist klar abheben-

den Analyse und Wertung der DDR-Geschichtsschreibung und zu ihrer Einordnung in eine deutsche Historiographiegeschichte hat dieser Band die Historiographiegeschichtsschreibung ein wesentliches Stück vorangebracht.

Walter Schmidt

Wolfgang Szepansky: Dennoch ging ich diesen Weg. Autobiographie. Trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2000, 278 S.

"Wir werden uns dafür einsetzen, daß sich so etwas Schreckliches nicht wiederholen kann!" Das ist der letzte Satz eines Briefes, den die Klasse 6 a der Maria-Montessori-Schule von Berlin-Tempelhof am 9.3.1999 an Wolfgang Szepansky geschrieben hat. Und das ist das Besondere an der Autobiographie des im "Dritten Reich" verfolgten Handwerkers: Sie endet nicht mit der Gründung der "neuen" Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und auch nicht mit den 50er Jahren, in denen Kommunisten an westdeutschen Schulen schon wieder nicht erwünscht waren. Im letzten Kapitel schreibt der Autor über seine Arbeit als Zeitzeuge in Schulen. Und besonders dadurch wird es zum aktuellen Lehrbuch für alle, die sich mit der faschistischen Vergangenheit beschäftigen und für alle, die sich mit den neofaschistischen Tendenzen und Umtrieben im "wiedervereinigten Deutschland" auseinandersetzen und auch für alle diejenigen, die den Wunsch nach einer anderen, besseren Zukunft haben und dafür arbeiten wollen.

Szepansky berichtet in den Schulen und in seinem Buch nicht nur von den Opfern, er wendet sich vor allem den Tätern zu und stellt die Frage, wie ganz gewöhnliche Deutsche, wie "normale" Menschen zu Massenmördern werden konnten, um sich nach dem Krieg genauso schnell wieder in "normale" Menschen zurückzuverwandeln. Die Schülerinnen und Schüler, mit denen er spricht, artikulieren nicht nur ihre Unsicherheit im Umgang mit rechten Jugendlichen. Sie zeigen immer noch, daß sie über den Nationalsozialismus wie auch den aktuellen Rechtsextremismus viel zu wenig wissen. Sie werden ganz offensichtlich von den Erwachsenen allein gelassen. Wolfgang Szepansky redet mit ihnen, und man kann mit ihm reden.

Seine Autobiographie ist zweifelsohne Teil seiner Aufklärungsarbeit. Er schildert darin nicht nur die Jahre 1933 bis 1945 als "für mich die tragischste Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts" (260), sondern auch seine Kindheit im Berliner "roten" Wedding. Sie begann zunächst so hoffnungsfroh, bis der Erste Weltkrieg "seine eiserne Ferse" in die glücklichen Tage setzte. Während dieser Zeit der ersten Kindheit macht der kleine Wolfgang die ersten Erfahrungen, mit Bezugspersonen, die ohne Wenn und Aber gegen die Kriegspolitik der Herrschenden und gegen die Kriegsbegeisterung der Massen Positionen bezogen. Ganz offensichtlich war es seine Mutter, die früh seine Abscheu gegen den Krieg weckte. Aber auch der Vater zeigte deutlich sein Unverständnis und seine Abneigung gegenüber Menschen, die gestern sangen: "Internationale wird die Welt befreien", und dann durch die Straßen riefen: "Siegreich wollen wir Frankreich schlagen" (14f.). Szepansky beschreibt auch, wie ihm der Gegensatz zu dem, was er von den Lehrern, den

Nachbarn und den SPD-Genossen der Eltern hörte, bewußt wurde. Es waren jedoch die Eltern, die die Kinder in ihre "subversive" Arbeit einbezogen: "Revolution im Pfefferkuchenheim" war als Siebenjähriger sein erster Auftritt mit den Eltern im Agitproptheater.

Früh mußte er erfahren, was es hieß, "anders auszusehen, als der Durchschnitt" (31). Seine Mitschüler verspotteten ihn wegen seiner langen blonden Locken. Er lernte, sich durchzusetzen, aber auch, daß man Äußerlichkeiten nicht zum Maßstab der Bewertung anderer Menschen macht. Während der Kriegsjahre war oft der Hunger unerträglich. Kein Wunder, daß ihm die Freudentränen übers Gesicht liefen, als der Vater 1918 aus der Zeitung vorlas, daß der Kaiser geflohen und der Krieg zu Ende sei. Als Achtjähriger schrieb er sein erstes Gedicht, das er mit anderen Gedichten abgedruckt hat: "Der Krieg ist aus, viele kehren als Krüppel nach Haus – die Mütter weinen". Mit dem Dichten war er in die Fußtapfen von Mutter und Vater getreten. Er begann, wichtige Erlebnisse zu zeichnen, aufzuschreiben und in Verse zu fassen. Gedichte, Zeichnungen und Photos sind es, die das Buch durch alle beschriebenen Lebensphasen begleiten und zu einem richtigen Lesebuch machen.

Trotz dieser vielseitigen Fähigkeiten mußte er sich durch die Schule quälen. Wäre da nicht die kommunistische Kindergruppe, die jungen Naturfreunde und der Sportverein Fichte gewesen und die endlosen politischen Diskussionen, hätte es nicht viele Höhepunkte in seinem jungen Leben gegeben.

Nach der Jugendweihe kam er zu seinem Vater in die Lehre, damit er wie dieser ein tüchtiger Maler werde. Nach einer Wanderschaft widmete er sich wieder dem politischen Theater und der Arbeit in der Agitpropgruppe "Roter Hammer" für die Kampffonds von KPD, Internationaler Arbeiterhilfe und Roter Hilfe. Kein Wunder, daß er schnell mit der Polizei in Berührung kamen. Als 1931 die "Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" erlassen worden war, war es für den "Roten Hammer" aus mit der Kunst.

Szepanski begann nun die politische Arbeit im Jugendverband der KPD. Als Maler übernahm er das Malen, und das sollte ihm nicht nur einmal zum Verhängnis werden. Er bemalte mehrere Wände mit den Worten "Nieder mit den Brüningschen Notverordnungen" (67), bevor ihn Polizeibeamte zur Wache schleppten. Als ehrlicher und aufrichtiger Mann hat er seine Tat zugegeben und obendrein noch mit dem Polizisten über Sozialismus diskutiert. Wenig später knallte die Tür des Polizeigefängnisses wegen "Verunreinigung der Straße" ins Schloß. Seine Akte war nun mit dem Stempel "vorbestraft" versehen. Das sollte ihm lange nachhängen. Das Demonstrieren gegen das Verbot der KPD und gegen das herannahende braune Regime ließ er nicht sein.

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP beobachteten ein Polizeibeamter in Zivil und ein SA-Mann den "Schmierfinken" bei einer erneuten staatsfeindlichen Malarbeit und nahmen ihn sowie zwei seiner Helfer fest. "Nieder mit Hitler! KPD lebt. Rot Front!" (90) hatte er an eine Wand gemalt. Jetzt erlebte er Demütigungen, Schläge und Verhöre, aber er gab nichts zu, und seine Genossen ver-

riet er schon überhaupt nicht. Es war ein Freund aus der Kinderzeit – in der Zwischenzeit bei der SA, der ihn befreite. Nun war er zum zweiten Mal vorbestraft.

Die Widerstandsarbeit wollte er auf keinen Fall aufgeben, vor einem erneuten Verhandlungstermin wegen "Fortführung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes" emigrierte er nach Holland, wo er die politische Arbeit mit viel Aufregung, Hoffnung und Enttäuschung weiterführte. In seiner Autobiographie schildert er die politische Situation der Emigranten, der Widerständler und der nicht geglückten Einheitsfront der Linken gegen den Faschismus anschaulich. Er zeigt aber auch auf, wie er sich mit den verschiedensten Gelegenheitsarbeiten nur mühsam und nur mit der Hilfe solidarischer Mitmenschen über Wasser halten konnte.

Im Mai 1940, als die deutsche Wehrmacht in die Niederlande einfiel, geriet er wieder in die Fänge der Gestapo. Nach einem Gefängnisaufenthalt in Holland wurde er zurück ins faschistische Deutschland, zur Steinwache in Dortmund, geschleppt, von da ins Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz, bis er nach einem erneuten Transport schließlich durch ein Tor gestoßen wurde, über das die Buchstaben "Arbeit macht frei" gemalt waren. Nun wurde er in eine einheitliche Zebrakleidung gesteckt, mit der Nummer 33527 und mit einem roten Winkel für "Politische" versehen. Er mußte Kartoffeln schälen, wurde vor einen schmalrädrigen Bauernwagen gespannt, wurde gezwungen, auf einer Wiese Grasboden auszustechen. Er hörte auch von Menschen, die in die hinterste Ecke des Hofes geführt wurden und von dort nie wieder zurückkehrten. Schließlich hat die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Rassenschande gegen ihn eingeleitet, weil er in Amsterdam mit einer holländischen Jüdin zusammengelebt hatte. Er kam ins Untersuchungsgefängnis Moabit, dann ins Strafgefängnis Tegel, wo er zwei Jahre bleiben sollte. Danach wurde er über das Gefängnis Berlin-Alexanderplatz wieder nach Sachsenhausen zurückgebracht und erhielt die alte Häftlingsnummer.

Er zeichnete jede freie Minute und hielt sich so am Leben. In seinem Buch beschreibt er Erniedrigungen, Korruption und menschenverachtende Demütigungen, Auspeitschung, Todesangst und Mord aber auch die Solidarität mancher Häftlinge. Am 21.4.1945 wurde er mit den anderen Häftlingen auf den Todesmarsch geschickt. "Oft fielen Schüsse. Ich weiß nicht, wie viele getötet wurden" (206), berichtet er. Dann erfolgte in Schwerin die Befreiung durch britische Truppen.

Szepansky machte sich mit den anderen sofort an die politische Aufbauarbeit. "Wir wollten dazu beitragen, eine Welt des Friedens und der Freiheit zu errichten. Wir wollten in diesem friedlichem Aufbau die ersten sein""(215), schreibt er im sechsten Kapitel "Heimkehr – Der Kampf geht weiter". Und die Leserin wundert sich, woher er und seine Genossen die Kraft nehmen. Wieder fertigte er Transparente an, dieses Mal in deutscher und russischer Sprache: "Dem Tode entronnen", "Wir kommen aus dem KZ Sachsenhausen" und "Den Faschismus mit der Wurzel ausrotten" (ebd.). Mit den so geschmückten Wagen fahren sie in Berlin, das einer Trümmerberglandschaft gleicht, ein. Sofort schloß er sich der "Antifa" an und gründete zusammen mit

Karl Veken und anderen eine antifaschistische Jugendorganisation, schrieb Berichte, Artikel eine öffentliche Wandzeitung und gab eine hektographierte Jugendzeitung heraus. Schließlich wurde er Lehrer und begann voller Begeisterung, die jungen Menschen für eine neue Demokratie zu erziehen. Er hatte einen Beruf gefunden, der ihm zugleich Berufung war. Aber schon krochen "Reaktionäre aller Schattierungen aus ihren Schlupfwinkeln und machten Russen und Kommunisten für die katastrophale wirtschaftliche Lage verantwortlich" (233). In den Schulen wurden alte, "bewährte Fachkräfte" wieder eingestellt, die schnell zum antikommunistischen Kampf übergingen. Nach bestandener zweiter Lehrerprüfung (1949) wurde die Atmosphäre in der Schule immer unerträglicher: Schulbücher "aus dem Osten" durften nicht mehr verwendet werden, Klassenfahrten dorthin wurden nicht mehr riskiert, nicht die Atombombe wurde geächtet, sondern diejenigen, die gegen die Atombombe Unterschriften sammelten. Schon wieder wurde der Antifaschist gehetzt und bekämpft. Die Mutter eines Schülers hat ihn bespitzelt, als er an einer Dampferfahrt in die DDR teilgenommen hatte. Die Einsicht in seine Personalakte ergab noch andere "Vergehen": Teilnahme am Pfingsttreffen der FDJ 1950, Herr S. steht "im anderen Lager", will das Thema Luftbrücke nicht zeichnen lassen, und hat drei Vorstrafen (wegen seiner Malaktionen und wegen "Rassenschande"). Nach einem Prozeß, der mit einem "Vergleich" endete, wurde er aus dem Schuldienst entlassen. Schulleiter und Kolleginnen und Kollegen mit der braunen Vergangenheit hatten gesiegt, und er war erwerbslos. Schon wieder mußte er erleben, wie Menschen am 1. Mai festgenommen wurden, weil sie eine rote Nelke im Knopfloch trugen, und schon wieder wurde die rote Fahne am selben Tag von seinem Balkon entfernt.

Als Wolfgang Szepansky seine Erlebnisse aufgeschrieben hat, konnte er nicht verstehen, daß es viele aus seiner Generation gelassen hingenommen haben, daß wieder Bunker gebaut werden, die Bundesrepublik wieder aufrüstet und sich junge Menschen für das mörderische Kriegshandwerk ausbilden lassen.

Im letzten Kapitel des Buches beschreibt er, wie er als Zeitzeuge 1979 in "seine" ehemalige Schule zurückgekehrt ist. Bis heute wurde Wolfgang S. in viele Schulen eingeladen. Er erzählt Kindern und Jugendlichen, was er erlebt hat, und spricht von seinen toten Freunden, die ihr Leben einsetzten, um den Faschismus zu verhindern und den Frieden zu erhalten. Für ihn selbst gilt heute wie damals: "Es ist besser, für eine gerechte Sache zu kämpfen, als sich für eine ungerechte Sache mißbrauchen zu lassen. Der Krieg gegen andere Völker ist das größte Unrecht. Es zu dulden – heißt schuldig werden" (258). Diese Überzeugung hat er für sich gewonnen, und so kann er sie glaubhaft weiter geben.

Wolfgang Szepansky würde den Weg, den er gegangen ist, auch heute wieder gehen. Das Buch ist eine unbeschreibliche Beschreibung von Erlebnissen, die unglaublich wären, wenn Wolfgang Szepansky sie nicht niedergeschrieben hätte. Darin liegt sein Verdienst. Es sollte von allen Eltern, Lehrern, Ausbildern, Erwachsenen und Jugendlichen gelesen und schon mit Kindern diskutiert werden.

Gisela Notz

Oleg Dehl, Simone Barck, Natalia Mussienko, Ulla Plener (Hrsg. U. Plener): Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren. Schriftenreihe des Vereins "Gesellschaftswissenschaftliches Forum", Bd. 25. trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 2000, 393 S.

Das Buch informiert über deutsche Arbeiter, die seit Ende der 20er Jahre in sowjetischen Produktionsbetrieben und auf Großbaustellen mitwirkten, und über deutsche politische Emigranten. Zugleich berichtet es über das tragische Geschick, dem beide Kategorien während Stalins "Großer Säuberung" 1936-1938, ansatzweise schon davor, unterlagen. Die Tatsachen vermitteln entgegen Behauptungen prostalinistischer Schönredner den Eindruck, dass das bürokratisch-terroristische Regime weder imstande noch willens war, die Verpflichtung zum "Aufbau des Sozialismus in einem Land" einzulösen.

Im ersten Teil befasst sich Dehl auf Basis seiner 1995 verteidigten Dissertation mit den Bedingungen, unter denen Wirtschafts- und Politemigranten aus Deutschland in der UdSSR lebten. Ausgehend von der Erwägung Lenins, Arbeitskräfte industriell entwickelter Länder für den Aufbau anzuwerben, damit sie unmittelbar die Produktion und durch Weitergabe ihrer Erfahrungen und Methoden das einheimische Proletariat voranbrächten, würdigt er den Enthusiasmus vieler westlicher Arbeiter, der dem entgegenkam, und die dem Projekt häufig im Weg stehenden Zustände und Unzulänglichkeiten. Verschiedentlich warben ungeschulte Funktionäre für den auszuübenden Beruf nicht geeignete, reaktionäre oder kranke Arbeiter an, wurden Versprechungen nicht eingehalten, war vor allem die russische Provinz nicht auf Zugänge vorbereitet, wurden der Arbeitsbeginn erschwert, ein geregelter Ablauf unmöglich gemacht, galten Deutsche der hungernden Sowjetbevölkerung oft als Leute, die auf ihre Kosten leben wollten, waren neue Arbeitsmethoden und Verbesserungsvorschläge vielfach bei russischen Proleten und deren Natschalniks unbeliebt. Daneben gab es Großbaustellen im Land und Werke in Moskau, wo deutsche Arbeiter und Spezialisten wichtige Beiträge zu qualitativ und quantitativ höherer Produktion leisten konnten, sich wohlfühlten, weiterbildeten und politisch betätigten, waren Sowjet- und Komintern-Instanzen um geeignete Bedingungen bemüht. Diverse Forderungen "von oben" und massives Drängen auf Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft, der Fortfall des für Familienangehörige bestimmten Valutaanteils am Lohn und das für stalinistische Herrschaftsformen typische Misstrauen Fremden gegenüber trugen zur Verschlechterung der Lage bei, weshalb selbst zur NS-Zeit manche in die Heimat zurückkehrten.

Die politischen Emigranten waren zunächst angesehen. Doch wurde schon seit 1924 darauf geachtet, dass trotz weitgehender Asylrechte im "Vaterland aller Werktätigen" nicht zu viele dorthin kamen. Unter denen wurde nochmals streng gesiebt. Als die Hitlerdiktatur Ströme von Verfolgten außer Landes trieb, ließ sich die Sperre zeitweise so nicht aufrechterhalten. Doch wurden schon 1935/36 die Aufnahmebedingungen wieder verschärft. Die zur selben Zeit einsetzende Verfol-

gung von "Volksfeinden" und Pseudo-Agenten verschiedenster Art, vor allem Linken und Kommunisten, aber auch in Rüstungsbetrieben beschäftigter Ausländer, die Drangsalierung ihrer Angehörigen, Entlassung aus Betrieben und Wegnahme der Personaldokumente hatten oft lebensbedrohliche Zustände zur Folge. Zudem wurden wiederholt deutsche und österreichische Kommunisten – schon vor dem Hitler-Stalin-Pakt, erst recht danach – ins Deutsche Reich abgeschoben, d. h. zur Haft in NS-Konzentrationslagern freigegeben. Dem Anheizen fremdenfeindlicher Pogromstimmungen dienten Parolen wie die in russischen Funktionärskreisen im Schwang befindliche, die im offiziösen "Journal de Moscou" am 12.4. 1938 sogar abgedruckt wurde: "Es wäre keineswegs übertrieben zu sagen, dass jeder außerhalb Japans lebende Japaner ein Spion ist, ebenso wie jeder deutsche Bürger, der im Ausland lebt, ein Agent der Gestapo ist." (99) Kominternchef Dimitroff legte gegen die Behauptung Protest ein und verlangte, dass sich das bolschewistische Parteiorgan "Prawda" davon distanziere. (173) Er hatte keinen Erfolg. Intern wirkte die der Parole zugrunde liegende, durch geheime KPdSU- und NKWD-Direktiven bestärkte Einstellung fort. Der deutsche Vertreter bei der Komintern Dietrich konstatierte Ende April 1938 in einem vertraulichen Bericht ans ZK seiner Partei, wenn die Verfolgung so anhalte, werde in drei Monaten kein KPD-Mitglied mehr übrig sein. (101 und 143 ff.)

Dehl, Mussienko und Plener gehen im zweiten Teil des Buches auf die vom NKWD konstruierte "Hitlerjugend" in der Sowjetunion ein. Die angebliche "konterrevolutionäre faschistische Spionageorganisation" (174) bestand aus 71 untereinander generell nicht verbundenen Personen, meist jungen Kommunisten, von denen viele gleichzeitig auf der "Sonderfahndungsliste UdSSR" der Gestapo standen. Sie wurden geschlagen und gefoltert, um wahnwitzige "Geständnisse" zu erpressen. 40 der 71 sind erschossen, die meisten anderen in Arbeitslager verbracht und einige, so der Sohn Ernst Torglers, der Gestapo überstellt worden. Im Fall "Hitlerjugend" sind Aussagen von NKWD-Beamten überliefert, die bestätigen, dass Akten gefälscht, "Geständnisse" aus den Opfern herausgeprügelt, Unschuldige zu Tod oder Lagerhaft verurteilt worden sind. (272 ff.)

Der dritte Teil gilt der Moskauer "Deutschen Zentral-Zeitung", welche 1926-1939 unter wechselnden Namen erschien, eine der bekanntesten deutschsprachigen Periodika in der UdSSR war und seit 1957 durch "Neues Leben" fortgesetzt wird. Der Chefredakteur des letztgenannten Periodikums Dehl stellt die wechselvolle Geschichte der DZZ dar, die sich vom Blatt zu vordringlicher Einflussnahme auf Russlanddeutsche zur überwiegend von Politemigranten bestimmten Zeitung entwickelte. Von den neun aufeinander folgenden Chefredakteuren wurden während der Großen Säuberung sechs erschossen oder starben im GULag. Die 50 Mitarbeiter des Jahres 1936 fielen zu vier Fünfteln auf diese oder jene Art dem Terror zum Opfer, darunter Prominente wie die Lebensgefährtin Hans Kippenbergers, einst Chef des geheimen KPD-Apparats, wie Maria Osten, Wanda Bronska und Hugo Huppert, der seinerseits aber auch Spitzeldienste für den Geheimdienst lei-

stete. Die von Simone Barck sachkundig kommentierte, leider unvollständig gebliebene Bibliographie ermöglicht einen Blick auf Themen und Autoren der DZZ.

Im Nachwort geht Herausgeberin Plener auf die triste, durch Ausmaß und Intensität der Verfolgung grausame Vergangenheit und den gegen selbständig denkende Menschen und eine lebendige kommunistische Bewegung gerichteten Wesenszug des Stalinismus ein, der keineswegs Marx, Engels oder Lenin geschuldet ist. (378 ff.) Zugleich stellt sie fest, auch im heutigen, angeblich auf dem Weg zur Demokratie befindlichen Russland zeichneten sich "Rehabilitierungsbescheide" für Ermordete, Jahrzehnte lang Inhaftierte oder Verbannte durch haarsträubende Formulierungen und das Fehlen jeden Ansatzes zur Entschuldigung ihnen gegenüber aus; als "Entschädigung" könne die Zahlung ganzer drei Monatsgehälter beantragt werden - nicht beim NKWD-Nachfolger, sondern beim früheren Betrieb. Die Rückkehr aus Verbannungsgebieten wurde weiter behindert. (381) Die vielfach mit Antikommunismus, oft auch Antisemitismus motivierte Fortdauer solch altehrwürdiger Praktiken erweist, dass Grundzüge früherer reaktionärer Regime erhalten blieben.

Fred Wilm

Wladislaw Hedeler/Nadja Rosenblum: 1940 – Stalins Glückliches Jahr. Mit 41 Abbildungen, BASISDRUCK Verlag Berlin 2001, 240 S.

Inzwischen gibt es wohl weltweit ein kaum noch zu überschauendes kritisches Literaturangebot zur historischen Rolle des Generalissimus J. W. Stalin. Indessen hat die hier zu besprechende Arbeit nicht nur den Vorzug der aktuellen wissenschaftlichen Forschung. Sie liest sich kurzweilig wie ein mit Horror gespickter Politkrimi. Die Autoren, die sich bereits als exzellente Kenner russischer Kommunismusgeschichte sowie der Geschichte der Kommunistischen Internationale und der entsprechenden Moskauer Archive ausgewiesen haben, belegen akribisch und sehr sachlich die Abartigkeit, Brutalität bzw. Verbrechernatur des "Großen Führers der kommunistischen Bewegung" und des von ihm geprägten politischen Systems. Zwischen Stalin und jenen Zeitgenossen, die sich in der humanistischen kommunistischen Vision einer klassenlosen Gesellschaft eingebunden zu sein glaubten, lagen Welten. Aber nicht nur dies: Selbst die Vasallen Stalins wurden früher oder später Opfer dieses sich selbst zerfressenden politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Systems mit trügerischen Etiketten wie "Sowjetunion", "Diktatur des Proletariats", sozialistische Demokratie", "Volksstaat" und "Realsozialismus". Die Sophistik bekam ihren Nährstoff aus dem noch immer schwer zu charakterisierenden, heute überwiegend als Stalinismus bezeichneten politischen System.

Die vorliegende Arbeit nähert sich dem Wesen dieser Gesellschaft durch ein gründliches Sezieren des Diktators. Es geht den Autoren "um den sinnlichen Nukleus von Macht". Sie greifen das von E. Canetti in "Macht und Überleben" skizzierte groteske Bild auf, wonach die eigentliche Absicht des wahren Machthabers, so unglaublich es auch erscheinen mag, darin bestehe: "Er will der Einzige

sein. Er will alle überleben, damit keiner ihn überlebt. Um jeden Preis will er dem Tod entgehen, und so soll niemand, überhaupt niemand da sein, der ihm den Tod bringen könnte. Solange Menschen da sind, wer immer sie seien, wird er sich nicht sicher fühlen." Dies sei die komprimierte psychische Disposition Stalins. Allerdings, bedauern die Autoren, seien historische "Zeugnisse über Stalin, gerade auch zu jenem Jahr, etwa autobiographische Auskünfte, Briefwechsel, Memoiren von engeren Mitarbeitern u. ä., die sehr über seine Erfahrungen des Glücks in dieser Zeit Nachricht geben könnten", nach dem heutigen Wissensstand kaum erhalten geblieben. Es gebe derzeit auch noch keine dokumentarische Basis für eine Stalin-Biographie.

Und dennoch werden sie fündig, spüren sie Zeitzeugenberichte und Archivdokumente auf, reproduzieren sie aus Berichten so oder so Beteiligter ein die humanistische Seele erschütterndes Bild jener Zeit. Beispielsweise wird aus Bucharins Erinnerungen eine Episode aus dem Jahre 1923 erzählt, als Stalin einmal seinen damaligen Kampfgefährten Dzierzynski und Kamenew Einblick in seine Seele gewährte. Damals habe er gesagt: "Sich seine Opfer wählen, den Plan bis ins Kleinste vorzubereiten, unerbittlich seinen Rachedurst zu stillen und dann zu Bett zu gehen, - etwas Süßeres gibt es auf der ganzen Welt nicht." Die Autoren wollen, wie sie bescheiden formulieren, "in einer historischen Miniatur zum Sowjetjahr 1940 einige neue, alltagskundliche Akzente zum besseren Verstehen einer bestimmten, nämlich radikalen bzw. fundamentalistischen politischen Mentalität - die längst nicht vergangen ist - herausstellen, nicht einer womöglich pathologischen Individualität nachspüren". Sie stellen sich die Frage, "ob und wann Stalin im politischen Handeln, das bei ihm alltäglich Entscheidungen immer auch über Leben und Tod bedeutete, doch Glückserfahrungen haben könnte. Und was dessen 'Glück' für die anderen bedeutete!" Um die Antwort zu bekommen, wird der Glücksbegriff philosophisch hinterfragt und gefolgert, daß es sich bei diesem zunächst immer um einen vollkommenen Zustand gehandelt habe, sowohl in Hinblick auf Ereignisse als auch Erlebnisse. Aber nicht nur dies, denn man habe "Glück" von altersher an der Größe der verfügbaren Güter gemessen, welche diese auch immer gewesen sein könnten. Im Jahr 1940 habe kein "anderer zeitgenössischer Machthaber ... derart absolute Macht" besessen wie Stalin. "Keiner gebot so unbeschränkt - und ohne Skrupel - über Güter und Seelen wie er." Darin habe sich "sein Herrschaftsanspruch prinzipiell von beispielsweise der Machtergreifung Hitlers und dessen Idee eines nationalsozialistischen Deutschen Reichs" unterschieden. Die Autoren begründen dies logisch und leicht nachvollziehbar so: "Hitlers Zerstörung der Weimarer parlamentarischen Demokratie und seine Formierung einer fremdenfeindlichen, antikommunistischen und rassistischen (vor allem eben antisemitischen) 'Volksgemeinschaft' war ja gerade nicht verbunden mit der Zerstörung der Basisstrukturen der Eigentums-, Finanz- und Wirtschaftsformen der industriellen und agrarischen Produktion in Deutschland, und natürlich blieben auch die Jurisprudenz, die Diplomatie, das Militär sowie der Wissenschafts- und Universitäts-

betrieb, Glaube, Erziehung etc. als dann euphemisch 'deutsch' genanntes Kulturgut in ihren überkommenen Grundstrukturen erhalten. Auch gab es eine anerkannte Kultur des Privaten. Hitlers 'Wyschinski' etwa, der furchtbare Jurist Roland Freisler, hätte niemals, zudem noch in Friedenszeiten, die grundloyale Partei-, Militär- und Diplomatenelite des 'Dritten Reiches' mittels erfolterter 'Geständnisse' angeklagt und wie tollwütige Hunde erschießen lassen können." Im Unterschied zu Hitler habe Stalin nicht nur den Umfang der diese Gesellschaft geistig konstituierenden symbolischen Güter bestimmt, sondern er sei selbst das symbolische summum bonum (höchste Gut) der Neuen Welt gewesen. Der bolschewistische Anspruch, Subjekt eines radikalen Umsturzes aller gesellschaftlichen Verhältnisse sein zu wollen, habe die Idee und Praxis der Avantgarde-Partei als einer Partei 'neuen Typus' zur Voraussetzung gehabt. Die Autoren analysieren die so legitimierte Verfügbarkeitsmacht Stalins, die zu keinem Zeitpunkt größer gewesen sei als 1940, indem sie die mörderische Rolle des absoluten Diktators in den 12 Monaten des Jahres aufhellen und dabei faktenreich die Verknüpfung mit den vorangegangenen Ereignissen und den selbstzerstörerischen Konsequenzen schildern. Aus den übergreifenden Fakten und Ereignissen, die in ihrer Brutalität und Menschenverachtung - im Namen der "Revolution" - durch andere Formen des Antikommunismus wohl kaum zu übertreffen waren, treten die nachfolgend skizzierten besonders hervor:

Den am 23. August 1939 von der Sowjetunion und Hitlerdeutschland unterzeichneten Nichtangriffspakt - mit den bis 1988 geheim gehaltenen Zusatzprotokollen - habe Stalin als "eine neue Ära in den deutsch-russischen Beziehungen" und als "eine durch Blut besiegelte Freundschaft" bezeichnet. Von nun an galten nicht Nazi-Deutschland, sondern das "plutokratische" England und das "kosmopolitische" Frankreich als Kriegsbrandstifter. Zu den Konsequenzen der Komintern habe gehört, daß Walter Ulbricht die Feststellung Stalins von der tiefen Freundschaft mit Hitlerdeutschland aufgegriffen und erneut eine aggressive Polemik gegen die Sozialdemokratie als "Sozialfaschisten" gefordert habe. Es wird auf die geopolitische Dynamik des Paktes verwiesen, die die größte geographische Ausdehnung der Sowjetunion in ihrer Geschichte zur Folge gehabt habe. In diesem Zusammenhang widmen sich die Autoren dem Kapitel "Katyn". Obgleich die Sowjetunion mit Polen seit 1932 einen Nichtangriffspakt hatte, war sie ohne Kriegserklärung in Polen einmarschiert. Unter den polnischen Gefangenen habe das NKWD systematisch die Offiziers- und Beamtenelite - 21.857 Personen - "aussortiert" und diese ohne Anhörung oder Anklage zum Tod durch Erschießen verurteilt. Der Befehl zu diesem Verbrechen sei von Stalin, Woroschilow, Molotow, Mikojan, Kalinin und Kaganowitsch unterzeichnet worden. Im April und Mai 1940 habe man den Befehl im Wald von Katyn ausgeführt.

Ausführlich werden das NKWD- und GULag-System sowie Beispiele davon betroffener Menschenschicksale geschildert, mit all der Brutalität, Tragik, dem Wahnwitz und Schmutz. Die Hauptkartothek des GULag habe im März 1940 8 Millionen Karteikarten, darunter 4.000 mit

Angaben über inhaftierte Ausländer enthalten. Zu dieser Zeit habe das GULag-Imperium 53 Lager, 525 Besserungsarbeitskolonien (davon 170 Industriebetriebe) und 50 Kolonien für Minderjährige umfaßt. Das Ausmaß von GULag und Zwangsarbeit wird mit Zahlen belegt - es überschreitet die menschliche Vorstellungskraft. Es wird die Irrationalität, das Mörderische in diesem von Stalin und seinen Epigonen entwikkelten System der Menschenvernichtung geschildert, und dieses traf letztlich selbst Mordkomplizen wie den einstigen Volkskommissar für Inneres Jeshow, der im Februar 1940 erschossen wurde. Für die Angehörigen der liquidierten Volksfeinde habe es spezielle Lager gegeben. Es sei unmöglich gewesen, der Sippenhaftung zu entgehen. "Verhaftet wurde bis ins vierte Glied". Selbst nahe Verwandte des Diktators sollen kaum eine Chance des Überlebens gehabt haben. Unfaßbar sei das Ausmaß der "Säuberung" in der Roten Armee gewesen. So habe Woroschilow - einer der Hauptakteure genannter Verbrechen - bereits 1938 über die Erschießung von 600 Befehlshabern der Roten Armee berichtet. 91 Prozent des Offizierskorps seien von "Säuberungen" betroffen gewesen.

Ein besonderer Glücksfall Stalins sei im August 1940 die Ermordung Trotzkis in Mexiko gewesen, des "Organisators" des Oktoberumsturzes von 1917 und Gründers der Roten Armee. Nunmehr habe Stalin in dem von ihm vorgegebenen bzw. verfälschten Geschichtsbild den von Trotzki besetzten Platz selbst einnehmen können.

Im Zusammenhang mit der Aufhellung von Terror bzw. "Säuberung" skizzieren die Autoren auch den Leidensweg der politischen Emigranten in der Sowjetunion, die ebenso wie ihre sowjetischen Brüder der Verhaftung, Verurteilung und im weiteren zum Teil der Auslieferung an die Gestapo ausgesetzt waren. Zu den namhaften Opfern jener Zeit habe der ungarische Philosoph Georg Lukacs gehört. Er sei 1941 wegen angeblicher Spionage verhaftet worden, konnte jedoch der "Normalität" des Terrors entgehen. Während Tausende Politemigranten an die Gestapo übergeben wurden, habe man von Zeit zu Zeit prominente Funktionäre der internationalen Arbeiterbewegung den "Kasematten der Bourgeoisie" entreißen können, so beispielsweise Matyas Rakoši und Zoltan Vas nach 15jähriger Haft in Horthys Gefängnissen. Dagegen habe Stalin auf die Befreiung Ernst Thälmanns verzichtet. Ebenso merkwürdig das Schicksal des Werner Hirsch: Ein enger Mitarbeiter von Thälmann, mit ihm zusammen verhaftet und ein Jahr später aus der KZ-Haft entlassen, 1936 Emigrant in Moskau, 1937 verhaftet und zu zehn Jahren Haft verurteilt, starb er in Erwartung seiner Auslieferung an die Gestapo im Butyrka-Gefängnis "an Herzversagen".

Im Kapitel "Ausblick 1941" schildern die Autoren das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Deutschland. Gemäß Stalin-Befehl Nr. 270 vom 16. August 1941 galten Kriegsgefangene als "Vaterlandsverräter". Allein bis Ende 1941 seien 3.8 Millionen Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft geraten. Im weiteren habe es 4.8 Millionen zivile sowjetische Zwangsarbeiter gegeben, die später nach ihrer "Befreiung" 1945 den Leidensweg in das GULag-System anzutreten hatten. Die Autoren er-

innern an Immanuel Kants Erkenntnis, wonach "der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt", und bringen dies mit einem Stalin-Zitat aus Dimitroffs Tagebuch auf den Punkt. Aus Anlaß des 20. Jahrestages der Oktoberrevolution habe Stalin in einem Trinkspruch so formuliert: "Wir werden sie alle vernichten, mögen sie alte Bolschewiken sein oder nicht, wir werden sie mit Kind und Kegel vernichten. Jeder, der durch seine Taten oder Gedanken - ja, auch durch seine Gedanken - die Einheit des sozialistischen Staates gefährdet, wird vernichtet. Auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst und ihrer Sippschaft, bis zum völligen Ende!"

Das hier besprochene Buch ist mehr als eine weitere lesenswerte Publikation zur Offenlegung des verbrecherischen und somit sozialismusfeindlichen "Stalinismus". Es fordert dazu heraus, mit dem stalinistischen Parteikommunismus und all seinen noch immer anzutreffenden ideologischen Facetten zu brechen.

Horst Klein

Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): NS–Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler. 2000 by Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 213 S.

Herausgeber und Autoren stoßen mit ihrer Publikation in eine Lücke der relativ breiten Literatur zum Widerstand. Sie gehen mit ihrem Buch, gestützt auf eine solide Quellenbasis, der von ihnen untersuchten Problematik nach, daß für die ungeheuren Verbrechen des faschistischen Deutschlands, die maßgeblich unter Beteiligung der Wehrmacht erst möglich wurden, der militärische Widerstand kein "Korrektiv" an den begangenen Kriegsverbrechen wäre. Der renommierte Historiker und Archivar *Gerd Ueberschär* verneint unmißverständlich diese Fragestellung als unwissenschaftlich und unzulässig.

Im Gegenteil, in den publizierten Beiträgen seiner Mitautoren *von Hanno Loewy, Christof Dipper*, *Wolfram Wette* und seinem Beitrag unter der Überschrift "Antisemitische Einstellungen im Widerstand gegen Hitler" arbeiten die Autoren heraus, daß die Träger des militärischen Widerstandes auch nach einem erfolgreichen Attentat auf Hitler eine Vielzahl an NS-Sondergesetzen gegen die Juden beibehalten wollten. Die angeführten Fakten und Quellen für diese widerspruchsvolle Haltung der militärischen Widerständler öffnen den Weg zu unbequemen Wahrheiten innerhalb der Widerstandsbewegung.

Gerd R. Ueberschär weist in seinem Beitrag zum militärischen Widerstand am Beispiel des Hitlergegners Ulrich Graf Schwerin von Schwanenfeld auf dessen Motivation für die Teilnahme an der militärischen Opposition darauf hin, daß gerade der Terror und Völkermord an Juden seine konsequente Hinwendung zum Widerstand gegen das NS-Regime bestimmte. Er belegt diesen Fakt (31) mit Prozeßaussagen des Grafen vor dem Volksgerichtshof, der seine Bereitschaft an dem Attentat mitzuwirken mit seinen persönlichen Erfahrungen über die Praktiken der unmenschlichen faschistischen Rassen- und Vernichtungspolitik begründet. Wobei Gerd R. Ueberschär auch wieder auf den langen widerspruchsvollen Zeitraum bis zum Attentatsentschluß den Leser verweist.

Peter Stein kennzeichnet am Beispiel der Generale Wilhelm Ritter von Leeb und Erich Hoepner die komplizierte Gradwanderung zwischen verbrecherischer Kriegführung und militärischem Widerstand gegen Hitler. Auch er läßt die Originalquellen sprechen, so daß der Leser sich ein historisch einwandfreies Urteil bilden kann.

Hans Mommsen hebt in seinem Beitrag zur Stellung der Militäropposition innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung die vorliegenden Forschungsergebnisse des Militärischen Forschungsamtes Freiburg hervor, bemängelt aber zugleich, daß immer noch keine umfassende Darstellung der Militäropposition vorliegt.

Es gelingt den Autoren mit ihren Beiträgen und den hinzugefügten entsprechenden Dokumenten aus dem Generalstab des Oberkommandos der Wehrmacht, den persönlichen Bekanntmachungen der Befehlshaber verschiedener Heeresgruppen nebst Berichten über Greuelhandlungen in den besetzten Gebieten sowie Denkschriften der militärischen Opposition, den komplizierten Spannungsbogen zwischen NS-Verbrechen und militärischem Widerstand überzeugend darzustellen.

Kritisch anzumerken ist die Aussage der Autoren, "daß der militärische Widerstand nur ein Teil, wenn auch der zentrale und effektivste, der Opposition gegen Hitler gewesen ist." Diese These kann und wird auch in dieser Publikation weder in den Beiträgen noch in den vorgestellten Quellen exakt belegt. Dennoch regt die Publikation an, die noch vorhandenen weißen Flecken des militärischen Widerstandes zu erforschen und die von Hans Mommsen geforderte Gesamtdarstellung der Militäropposition vorzulegen.

Günter Wehner

Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär: Hitlers Krieg im Osten 1941–1945. Ein Forschungsbericht. Erweiterte und vollständig überarbeitete Neuausgabe der 1997 auf englisch erschienenen Fassung. 2000 by Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 451 S.

Mit der gediegen recherchierten sachlichen und beweiskräftigen Publikation legen zwei ausgewiesene Spezialisten zur Thematik des Zweiten Weltkrieges einen gewichtigen Beitrag zum 60. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion vor.

Das streng wissenschaftlich angelegte Buch weist VII Kapitel aus, denen jeweils ein knapper Forschungsbericht vorangestellt wurde.

Im Vorwort verweisen beide Autoren auf die besonderen Schwierigkeiten hin, im Rahmen eines überschaubaren und benutzbaren Forschungsberichts die Problematik des deutsch-sowjetischen Krieges im Gesamtgeschehen des Zweiten Weltkrieges darzulegen.

Die Wahl des Buchtitels deutet bereits den methodischen Weg der Autoren an, das Ergebnis ihrer Forschungsarbeit aus der Sicht des Angreifers dem Leser zu vermitteln. Sie betrachten und publizieren "Hitlers Krieg im Osten ..." nicht nur vom militärischen Ablauf her, sondern betten das Geschehen komplex in die damalige internationale, innenpolitische und ökonomische Situation des Zweiten Weltkrieges mit allen gesellschaftlichen Aspekten ein. Dadurch entstand auf knappem

Raum eine durchaus lesbare Publikation mit beachtlichem wissenschaftlichem Erkenntniszuwachs sowohl für den Fachhistoriker als auch für den historisch interessierten Leser.

Das I. Kapitel, von *Rolf-Dieter Müller* konzipiert, rekapituliert unter der Überschrift "Politik und Strategie" die komplizierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen ab 1939 bis zum heimtückischen Überfall am 22. Juni 1941 und endet mit dem 8. Mai 1945. Logisch zugeordnet folgt dem Forschungsbericht eine dem Thema entsprechende Bibliographie. Sie beinhaltet sachbezogen nach "Generalia" Gesamtdarstellungen und Quellen aus den Archiven der Alliierten der Antihitlerkoalition, die vorhanden sind und bisher erschlossen wurden, der deutschen Archive und der neutralen Staaten. Ferner wird unter der Überschrift "Auf der Suche nach dem Frieden 1942-1945" auf Literatur über deutsch-sowjetische Friedenssondierungen, auf das Nationalkomitee "Freies Deutschland" und den Bund Deutscher Offiziere sowie auf die Entwicklung Deutschlands nach 1945 verwiesen.

Gerd R. Ueberschär erarbeitete das Kapitel II unter der Überschrift "Militärische Kriegführung". Er analysiert in seinem Forschungsbericht kritisch und schonungslos die barbarische Kriegführung und die Taktik der verbrannten Erde beim Rückzug der Wehrmacht bis zum Ende der Kampfhandlungen gegen die Rote Armee 1945 in Berlin. Der Autor verweist in seinem Bericht auf die komplizierte Quellenlage und das Dilemma einer unbefangenen Auseinandersetzung mit dem Ostkrieg durch die Konfrontation der USA, Großbritanniens und Frankreichs nach Kriegsende und in der Zeit des kalten Krieges gegen die Sowjetunion unter Einbeziehung eines geteilten Deutschlands. Der Autor betont in diesem Zusammenhang, daß erst Mitte der 60ziger Jahre eine sachliche und kritisch fundierte Publikationstätigkeit zum Krieg gegen die Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland einsetzte. Zurecht hebt Gerd R. Ueberschär in seinem Forschungsbericht die fundierte Erforschung des Ostkrieges, durchgeführt vom Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamt, hervor, da diese kritische Quellenanalyse wesentlich zur sachlichen Einschätzung des Ostkrieges beitrug.

Auch diesem Kapitel folgt eine breit gefächerte Bibliographie, die alle bisherigen wichtigen Publikationen, nämlich 1579 Titel, beinhaltet.

Gerd R. Ueberschär skizziert im Kapitel III anhand zahlreicher Quellen- und Überblickspublikationen den absolut ideologisch geplanten Vernichtungskrieg des NS-Regimes gegenüber der Sowjetunion. Er widerlegt akribisch, gestützt auf persönliche Dokumente der Hitlerregierung und der Wehrmachtstagebücher, Quellen der Alliierten und Augenzeugenberichten, die These vom Präventivkrieg gegenüber der Sowjetunion. Eindeutig belegt der Autor das Zusammenwirken von Wehrmacht, SS-Einheiten und anderen Repressivorganen des NS-Regimes an den Kriegsverbrechen im Ostkrieg. In diesem Zusammenhang schätzt Gerd R. Ueberschär auch die Ausschreitungen der Roten Armee als ein Ergebnis des von Deutschland geführten Vernichtungskrieges ein. Er belegt seine Ausführungen ebenfalls wieder mit einer

umfassenden Bibliographie und gibt dem Leser einen Überblick über den bisherigen Forschungsstand zur behandelten Thematik.

Rolf-Dieter Müller zeigt in den beiden folgenden Kapiteln "Besatzungspolitik des NS-Regimes" und "Unmittelbare Kriegsfolgen", daß die brutale Okkupations- und Besatzungspolitik Deutschlands folgerichtig auf den Aggressor zurückschlägt in Gestalt der Besatzungspolitik der Antihitlerkoalition. In den erarbeiteten Forschungsberichten zu dieser Thematik und der umfangreichen Bibliographie verweist der Autor immer wieder auf den unmittelbaren Zusammenhang des verbrecherischen Überfalls auf die Sowjetunion und die Kriegsfolgen für das deutsche Volk.

Gerd R. Ueberschär faßt in den beiden letzten Kapiteln der Publikation "Verdrängung und Vergangenheitsbewältigung" und "Fazit" zusammen, daß es immer noch sehr schwierig ist, die Problematik des Ostkrieges und aller Beteiligten des Krieges einerseits exakt wissenschaftlich und andererseits unpolemisch zu erforschen. Er stellt in den Mittelpunkt dieser beiden Kapitel die Forderung, neue Forschungsergebnisse zu akzeptieren und alte Traditions- und Feindbilder im fairen wissenschaftlichen Historikerstreit zu überwinden. Hier sieht er noch ein erhebliches Manko der gegenwärtigen Forschungstätigkeit vor allem in der Frage, "Brücken der Verständigung und Versöhnung zu schaffen".

Beiden Autoren gehört das Verdienst, mit ihrer Publikation gerade in Bezug auf mehr öffentliche Aufmerksamkeit zum Krieg im Osten während des Zweiten Weltkrieges einen gewichtigen Beitrag geleistet zu haben. *Günter Gramlich*

Hans Rainer Sandvoß: Widerstand in Prenzlauer Berg und Weißensee; Bd. 12 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Hrsg.: Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berlin 2000, 352 S.

Kostenlose Abgabe in der Berliner Gedenkstätte, Stauffenbergstr., in den Bürgerberatungsstellen sowie in den Heimatmuseen Prenzlauer Berg und Weißensee.

Seit 18 Jahren erarbeitet und veröffentlicht die Gedenkstätte Deutscher Widerstand Schriften über den Widerstand von NS-Gegnern in Berlin. Im Band 12, ausgestattet mit zahlreichen Dokumenten und Bildern von bekannten Antifaschisten wie Käthe Niederkirchner, Herbert Baum, Bernhard Bästlein, Dr. Hermann Brill, Heinz Galinski, Ella Kay und Bernhard Lichtenberg, um nur einige den Berlinern geläufige Namen zu nennen, werden aber auch viele unbekannte Frauen und Männer dem Leser vorgestellt, die bisher kaum für ihr Widerstehen gegen das NS-Regime gewürdigt wurden. Rainer Sandvoß schildert, gestützt auf eine langjährige Recherchearbeit, wie in beiden Stadtbezirken Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung Widerstandsaktionen und Hilfe für jüdische Mitbürger und während der Kriegsjahre für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene organisierten. Das Register umfaßt 1286 Namen. Das gesellschaftliche Spektrum umfaßt alle demokratischen politischen Parteien, Organisationen und kirchlichen Einrichtungen, die sich dem Hitlerstaat widersetzten. Gewiß ist die Zahl der Antifaschisten sehr klein im Verhältnis zur Einwohnerzahl der beiden vorgestellten

Stadtbezirke, und das gilt auch für die vorangegangenen Bände, die den Widerstand in Berlin dokumentieren. Der Autor skizziert dennoch ein breit gefächertes Bild des Widerstehens mutiger Berliner von 1933 bis 1945. Zahlreiche Zeitzeugengespräche und zeitgenössische Fotos und Dokumente aus dem Alltag der Widerständler, Urteilsabschriften und sonstige Dokumente der NS-Repressivorgane lassen ein historisch belegtes Bild dunkelster Stadtgeschichte entstehen. Im Mittelpunkt des Bandes steht das Aufbegehren junger Menschen aus der Arbeiterbewegung, die trotz Terror und jahrelanger Haftstrafen immer wieder versuchten, mit Flugschriften, Flüsterpropaganda und Aktionen gegen die Rüstungsproduktion Front gegen den faschistischen Terror und das Völkermorden zu machen.

Im Vorwort gibt der Autor einen knappen, für den jeweiligen Stadtbezirk spezifischen Überblick über dessen Milieu. Der Stadtbezirk Prenzlauer Berg ist geprägt von enger Bebauung und dichter Besiedlung, aufgelockert nur durch begrenzte Grün- und Sportplätze – im Gegensatz zum dörflich anmutendem Weißensee, mit nur wenigen industriell geprägten Gebieten. Diese unterschiedliche Bezirksstruktur war nicht unwesentlich für die Möglichkeiten, den Widerstand zu organisieren und über Jahre durchzuhalten. Bereits auf den ersten Seiten des Vorworts informiert der Autor über die Bürger, die in beiden Stadtbezirken lebten, über die politischen Tendenzen vor 1933, über die damalige Entwicklung der Parteien und Organisationen und das Wahlverhalten. Das erleichtert das Verständnis für die vielschichtige Problematik des antifaschistischen Widerstands.

Der Autor beginnt mit der Schilderung des Anteils der Sozialdemokraten im Ringen gegen die NS-Diktatur. Umfangreiches Dokumentenmaterial und Interviews mit noch lebenden Beteiligten am Widerstand belegen, daß es in beiden Stadtbezirken vor allem die Jungsozialisten waren, die sofort im Februar 1933 vielfältige Widerstandsaktionen organisierten. Hier sei nur erwähnt, daß Fritz Erler maßgeblich daran beteiligt war, illegale kleine SAJ-Gruppen zu bilden und eine umfangreiche antifaschistische Gegenpropaganda zu entwickeln. Bereits in den ersten Monaten der NS-Herrrschaft erregte die illegale Schrift "Neu Beginnen" die Aufmerksamkeit sowohl bei den brutal verfolgten Hitlergegnern als auch bei der Gestapo. Schonungslos warnten die Verfasser der Schrift vor der Unterschätzung der Zeitdauer der NS-Diktatur. Ähnlich agierten Angehörige der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP); den Faksimiles ihrer Flugschriften ist zu entnehmen, wie sie sich bemühten, eine "Einheitsfront der Lebenden!" zu bilden.

Das Kapitel über das illegale Wirken der KPD (105 bis 203) ist am umfangreichsten. Beschrieben wird, wie sich Mitglieder der KPD bemühten, die Situation in der Illegalität zu bewältigen. Gezeigt werden die Schrecken im Konzentrationslager Wasserturm. In dem stadtbekannten Gebäude hatte die SA unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 eine der schlimmsten Folterstätten Berlins errichtet. Belegt wird, daß die Kommunisten es trotz des Terrors und des Mordens verstanden hatten, bis zum Kriegsende 1945 immer wieder neu sich unter großen Opfern in klei-

nen illegalen Gruppen zu organisieren und illegal zu wirken. Noch im April 1945 verbreiteten Mitstreiter um Bernhard Karl, Gerhard Sredzki und Hans Beyermann ca. 30.000 Flugblätter und Handzettel, in denen sie dazu aufriefen, die Zerstörung lebenswichtiger Einrichtungen zu verhindern und Menschenleben zu retten: "Berliner, zum Kampf! Rettet, was uns noch verblieben ist! Rettet Berlin! Tod den Hitlerbanditen! Unser das Leben, unser die Zukunft!" Arbeitersportler wie Erwin Reisler und Fritz Goltz verbreiteten die Flugzettel in mehreren Berliner Stadtbezirken.

Im Abschnitt über Schule und Jugend verweist der Autor auf die Auflösung weltlicher Schulen, die es in beiden Stadtbezirken gab, und auf die Vielfalt spontanen Widerstands Jugendlicher in den Verbänden "Märkischer Wanderer", der "Schwarzen Schar", der Clique "Swing Jugend", die mit verbotener Musik wie Jazz und Swing ihren Protest gegen die NS-Diktatur zum Ausdruck brachten. Eindrucksvoll werden Alltagserfahrungen anhand der Gestapo-Tagesmeldungen und der persönlichen Erlebnisse befragter Zeitzeugen sowie der Dokumente einschlägiger Archive geschildert.

Es wird auch der Anteil der Bekennenden Kirche am Widerstand in beiden Stadtbezirken dargestellt. Hier rückt der Autor die Hilfe und Unterstützung für jüdische Mitbewohner in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

In allen Kapiteln des Buches geht es um die ständige Verfolgung der Hitlergegner durch die Repressivorgane des faschistischen Staates. Am Beispiel zahlreicher Terrorprozesse vor dem Volksgerichtshof und dem Berliner Kammergericht wird das unmenschliche Regime nachvollziehbar dargestellt.

Breiter Raum ist der Roten Hilfe, der Nebenorganisation der KPD, gewidmet, die nach ihrem Verbot 1933 sehr geschickt konspirativ weiter wirkte und mit ihren illegalen Schriften "Tribunal", "Ausweg", "Die Bruderhand" umfangreiche antifaschistische Aufklärungsarbeit leistete. Die Mitstreiter der Roten Hilfe halfen mit mühsam zusammengetragenen Geld- und Sachspenden den Familienangehörigen Inhaftierter. Erst nach langjähriger Beobachtung kam die Gestapo der weitverzweigten illegalen Organisation auf die Spur. In mehreren Prozessen, aufgegliedert nach den Buchstaben A bis F, wurden ca. 300 Angehörige der Roten Hilfe zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, nachzulesen im Kapitel über die KPD.

Der Anhang enthält Auskünfte über Gedenktafeln, Gedenksteine, Gräber, Literatur, Abkürzungen, Bildnachweis, erstmalig einen Quellennachweis. Personen-Straßen- und Ortsverzeichnis ermöglichen es, den geschilderten historischen Tatsachen nachzugehen, so daß "Lehren aus der dunkelsten Zeit Berliner Stadtgeschichte gezogen werden" können. Mit Hilfe des Inhaltsverzeichnisses kann sich jeder über das für ihn besonders Wissenswerte schnell informieren.

Die Reihe Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945 wurde, beginnend mit dem Band Widerstand in einem Arbeiterbezirk, 1983 konzipiert. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand als Herausgeber

und Rainer Sandvoß als Autor der meisten Bände stellten sich die Aufgabe, mit der neuen Reihe über den Widerstand in Berlin eine empfindliche Lücke in der Geschichte der Stadt Berlin zu schließen. Mit dem Stadtbezirk Wedding wurde der bis dahin stark vernachlässigte Widerstand der Arbeiterbewegung in den Blickpunkt in diesem ersten Band der Reihe der Stadtgeschichte gerückt. Auf 108 Seiten hatte Rainer Sandvoß alle damals vorhanden Quellen ausgeschöpft und den Stadtbezirk während der NS-Zeit in Bezug auf Widerstand – und Anpassung – beschrieben. Ausführlich beschrieb er, wie die Nazis mit allen Mitteln versuchten, den "roten Wedding" zu erobern. Er belegte mit seiner Publikation, wie trotz alledem immer wieder Menschen in diesem Stadtbezirk der NS-Diktatur widerstanden. Es folgten die Bände über den Widerstand in Steglitz und Zehlendorf, in Spandau, in Charlottenburg, in Wilmersdorf, in Mitte und Tiergarten, in Kreuzberg, Friedrichshain und in Lichtenberg.

Für die Stadtbezirke Wedding, Charlottenburg, Mitte und Tiergarten sowie Kreuzberg wurden durch die Neuerschließung von bis 1989/90 verschlossenen Archiven und durch zahlreiche Zuschriften noch lebender Zeitzeugen an den Autor erweiterte 2. Auflagen möglich. Die Herausgeber und der Autor haben es mit einem langem Atem vermocht, eine breite Lücke in der Stadtgeschichte und speziell der Geschichte des regionalen antifaschistischen Widerstands zu schließen. Trotz vieler Angriffe auf das Projekt hat die Leitung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ihr Ziel, den Widerstand in seiner ganzen Vielfalt und Kompliziertheit darzustellen, nicht aufgegeben. Allen Beteiligten ist zu wünschen, daß die noch in Arbeit befindlichen Bände realisiert werden, damit für alle Stadtbezirke Berlins die Geschichte des Widerstands verfügbar wird.

Die Publikationsreihe gehört in die Hand aller Berliner, insbesondere der Heranwachsenden, damit sie die Frauen und Männer des Widerstands kennenlernen, deren Mut im Gedächtnis behalten und damit das eigene Tun motiviert.

Der kostenlose Bezug der Schriftenreihe ermöglicht vor allem auch den Berliner Pädagogen, sie im Geschichtsunterricht sinnvoll zu nutzen.

Günter Wehner

Wolfgang Schmidt: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963. Westdeutscher Verlag (Wiesbaden 2001), 572 S.

Über den Kalten Krieg, über die Entspannungspolitik wie auch über den speziellen Komplex der deutsch-deutschen Beziehungen liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor. Die Spannung hält sich daher in Grenzen, wenn eine weitere Monographie zu diesem Thema vorgestellt wird.

Wolfgang Schmidt, 1968 geboren, überrascht jedoch mit seiner jüngst als Buch publizierten Promotion durch einige neue, quellenmäßig gründlich belegte Einsichten in die konzeptionellen Ursprünge der von Willy Brandt betriebenen Ost- und Deutschlandpolitik. In den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt Schmidt die Deutschlandpolitik von 1948 bis 1963. Der auf das Jahr 1963 datierte

Endpunkt der Untersuchung verblüfft zwar anfänglich, da ja die aktive Zeit der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik erst mit dem Regierungsantritt Brandts 1969 begann, doch da sich Schmidt in seinen Forschungen explizit auf die konzeptionellen Probleme seines Themas konzentriert, bleibt die Wahl des Zeitrahmens schon verständlich, weil diese Phase tatsächlich 1963 mit dem "Wandel durch Annäherung" ihren Abschluß fand.

Bei der öffentlichen Vorstellung seines Buches in Berlin sagte Schmidt, daß er eigentlich vorhatte, sich mit dem Einfluß Brandts auf die 1960 erfolgte Wende der SPD in der Westpolitik zu befassen. An die Ostpolitik habe er schon deshalb nicht gedacht, weil da ja angeblich erst zwischen 1961 und 1963 ein Umdenken begonnen habe. Beim Lesen der Briefe, Notizen und Aufsätze Brandts aus dem Exil und aus den fünfziger Jahren sei dann plötzlich ein "Aha"-Erlebnis eingetreten. Die "kleinen Schritte" seien nachweisbar nicht erst als Reaktion auf den Bau der Berliner Mauer entwickelt, sondern von Brandt schon sehr lange Zeit "vorgedacht" worden. Auch andere Elemente der Politik, die Brandt in seinen verschiedenen Funktionen in der SPD, in seinem Amt als Westberliner Regierender Bürgermeister und dann als Bundeskanzler vertreten hat, lassen sich in dessen Äußerungen und Publikationen aus den Exiljahren und aus den ersten Jahren nach seiner Rückkehr finden.

Schmidt spürt den von ihm aufgefundenen Kontinuitäten in der Brandtschen Politik auf mehreren Ebenen nach:

Erstens weist er - wie vor ihm schon andere - nach, daß Brandt - im Unterschied zur Mehrheit der SPD-Führung - von Anfang an ein strikter Befürworter der Westintegration war. Schmidt wiederholt jedoch nicht nur Bekanntes; er präsentiert eine ganze Reihe von Nachweisen, die belegen, daß Brandt schon früh annahm, die deutsche Wiedervereinigung werde nur ein Fernziel sein können, und ohne die Entschärfung bzw. Beendigung des Ost-West-Konflikts sei sie nicht zu erreichen. Im März 1950 schrieb Brandt, es verstünde "sich von selbst, daß es zur Erreichung des Zieles einer gesamtdeutschen Lösung - die ein wesentlicher Beitrag zur Befriedung Europas und der Welt wäre - einer Änderung der außenpolitischen Atmosphäre bedürfte." (113) Brandt, der viel stärker als z. B. Kurt Schumacher Verständnis und Realitätssinn gegenüber den Motiven und Interessen der Siegermächte des 2. Weltkriegs entwickelte, hatte sich bereits vor Kriegsende gegen eine intransigente Haltung ausgesprochen. Dies würde nur in eine hoffnungslose Isolierung führen. Brandt 1944: "Die Lage wird einen Modus vivendi mit der Außenwelt erzwingen." (38) Das bezog Brandt - obwohl er in der Öffentlichkeit häufig das Gegenteil sagte - auch auf die Unvermeidlichkeit einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Im Februar 1945 meinte er, daß der Verlust Ostpreußens entschieden sein dürfte; jetzt sei nur noch offen, welche weiteren Gebietsverluste sich im Osten ergeben würden. (39) Als er in einem so genannten Hintergrundgespräch im März 1957 von den "verlorenen Provinzen" und davon sprach, daß die "Wiedervereinigung die sicherste Garantie gegen den Revisionismus" sei, mußte er zwar unverzüglich dementieren (199), doch schrieb er

nur einen Monat später: "Jene Vorstellung ist wirklichkeitsfremd, die davon ausgeht, daß wir erst die Wiedervereinigung bekommen würden und dann nach Belieben das nächste Ziel unserer nationalen Politik ansteuern könnten. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir uns keiner oder aber einer inhaltlich verbundenen Lösung des Problems der Wiedervereinigung und der Ostgrenze gegenübersehen." (200) Es ist also nicht verwunderlich, daß es Brandt besser als vielen anderen bundesdeutschen Politikern gelang, mit der unter Kennedy veränderten Ostpolitik der USA eine Übereinstimmung zu erreichen.

Zweitens weist Schmidt auf Überlegungen Brandts hin, für seine Zielsetzungen geeignete Formen einer Politik der Koexistenz, des Wettbewerbs der Systeme und der Transformation zu finden. Brandt, dessen Haltung zur Sowjetunion sich anfangs an deren Rolle im Krieg gegen Hitler-Deutschland orientierte (40/41), urteilte schon im Dezember 1948 in einer Parteivorstandssitzung, "daß die sich anbahnenden Verlagerungen des internationalen Kräfteverhältnisses (er bezog sich auf die Zunahme der militärischen Stärke des Westens sowie auf die Kominternkrise um Jugoslawien - H. L.) einen russischen Rückzug erzwingen." (80) Diese Annahme koppelte er mit der Vermutung, daß sich die sowjetische Herrschaftsform aufgrund ihrer Ausdehnung und ihrer inneren Struktur nicht auf Dauer halten könne. "Im Kommunismus selbst gebe es Keime zur Überwindung des Totalitarismus." Diese Keime wollte er mit einer "Konzeption einer friedlichen Offensive" fördern. (83) Später übernahm er von Bertrand Russel dessen Argumentation für die Ansicht, daß Krieg nicht mehr Mittel der Politik sein könne (172), von Fritz Sternberg dessen Begriff der "Transformation" (195) und von Richard Löwenthal dessen Vorstellungen über "Koexistenz" (196). Formulierungen, die wesentliche Inhalte seiner berühmten Harvard-Vorlesung von 1962 - "Koexistenz - Zwang zum Wagnis" - vorwegnahmen, begegnen uns bereits in einer Rede, die Brandt auf einer Delegiertenkonferenz der Polizeigewerkschaft am 27. April 1955 in Remagen gehalten hat. (173)

Drittens beschreibt Schmidt die Koexistenz-Strategie Brandts als eine Politik der Tauschgeschäfte mit dem politischen Gegner, als ein stetiges Streben nach kleinen und kleinsten Schritten, die alle geeignet sind, auf der Basis einer Anerkennung des status quo diesen langfristig zu verändern. Schmidt schreibt mit Hinweis auf einen Brief Brandts an Erich Ollenhauer vom 14. Juni 1953: "Die grundsätzlichen Forderungen durften den Weg für humanitäre Verbesserungen nicht versperren, sondern der Einsatz für menschliche Erleichterungen sollte den gesamtdeutschen Anspruch untermauern... ." (154/155)

Schmidt hebt den politischen Realismus Brandts hervor, ohne die Kalte-Kriegs-Rhetorik zu verschweigen, die Brandt vornehmlich dann hervorkehrte, wenn sich die Situation in und um Westberlin zuspitzte. Wenn man überhaupt Einwände hinsichtlich der von Schmidt getroffenen Wertungen erheben wollte, dann allenfalls bei der Schilderung der Beziehungen Brandts zu Fritz Erler, Carlo Schmid und Herbert Wehner (z. B.: 187, 295, 327 f., 336/337) oder bei den wenig durchsichtigen und quellenmäßig dürftig belegten Beziehungen Brandts zum Ostbüro

der SPD, zur "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" und zu den Geheimdiensten (z. B.: 34, 36 f., 108, 111).

Bei der schon erwähnten öffentlichen Vorstellung der Arbeit Wolfgang Schmidts nannte Peter Merseburger sie "gründlich, umfassend, blitzgescheit, gelehrt und lesbar". Dem ist zuzustimmen.

Harald Lange

Helmuth Stoecker: Socialism with Deficits. An academic life in the German Democratic Republic. Edited from the private papers by Holger Stoecker (Anpassung - Selbstbehauptung - Widerstand, Bd. 14). LIT-Verlag Münster-Hamburg 2000, 120 S.

Helmuth Stoecker galt als einer der profiliertesten deutschen Kolonialhistoriker. Er prägte darüber hinaus die allgemeine Historiographie in der DDR entscheidend mit. Seine Arbeiten fanden Anerkennung in Ost wie West. Er war nicht nur unter den Kollegen in der DDR geschätzt, sondern war auch international ein gern gesehener und geschätzter Wissenschaftler. Daß er sich als marxistischer Historiker bis über die Wende in der DDR hinaus verstand, tut dieser allseitigen Anerkennung keinerlei Abbruch.

Am 22.11.1920 in Berlin als Sohn des kommunistischen Funktionärs, Lehrers und Reichstagsabgeordneten Walter Stoecker geboren, lernte er in seinem familiären Umfeld eine aufgeschlossene Atmosphäre kennen. Seine Mutter entstammte einer englischen Familie. Als der Vater unmittelbar nach dem Reichstagsbrand 1933 verhaftet und in ein Lager der Nazis verschleppt wurde, emigrierte der Sohn mit Wissen der KPD gemeinsam mit seinem Bruder und seiner Schwester nach England. Die Familie des Schriftstellers, Filmregisseurs und Kunstmäzens Ivor Montagu nahm die Flüchtlinge auf. Dank der Unterstützung britischer und deutscher Antifaschisten konnte Stoecker im Exil die höhere Schulbildung erlangen und begann 1939 das Studium der Geschichte, Philosophie und Ökonomie an der Universität Bristol.

Im selben Jahr beteiligte sich Helmuth Stoecker an der Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Großbritannien, eine Tatsache, die in der DDR keine entsprechende Würdigung gefunden hatte, da die offizielle Gründung der Jugendorganisation erst mit Erich Honekker im Jahre 1946 erfolgte.

Zwei Jahre nach Kriegsende kehrte Helmuth Stoecker nach Berlin zurück. Er nahm 1947 in Leipzig sein unfreiwillig unterbrochenes Studium wieder auf und schloß es 1950 ab. Er arbeitete dann als Assistent von Alfred Meusel bei der Einrichtung des Museums für Deutsche Geschichte (heute Deutsches Historisches Museum) im Berliner Zeughaus maßgeblich am Aufbau der Abteilung 1918–1945 mit. Aufgrund seines Interesses insbesondere für die deutsche Chinapolitik, begann er bereits zu diesem Zeitpunkt mit seinen intensiven Forschungen zur deutschen Kolonialgeschichte. 1957 zum Wahrnehmungsdozenten ernannt, hielt er in Berlin eine Überblicksvorlesung zur allgemeinen Geschichte von 1871 bis 1917/18, die über ein Jahrzehnt Bestandteil des Grundstudiums der Historiker-Studenten an der hauptstädtischen Universität blieb. Im Jahre 1956 promovierte er mit einer Arbeit zum Thema

”Deutschland und China im 19. Jahrhundert”, die zwei Jahre später in der DDR und 1960 in Peking in chinesischer Übersetzung erschien. Hierin untersuchte er vor dem Hintergrund der Öffnung des chinesischen Marktes die durch imperialistische Mächte erzwungene Durchbrechung der Isolierung Chinas.

Unmittelbar nach Abschluß seiner Forschungen zum deutsch-chinesischen Verhältnis wandte sich Helmuth Stoecker der Erforschung der Geschichte des deutschen Kolonialismus in Afrika, vor allem am Beispiel von Kamerun, zu. Hierbei bezog er auch Nachwuchswissenschaftler und Studenten in die Arbeit ein. 1963 habilitierte er sich mit einer Arbeit biographischen Charakters aus dem Spektrum der deutschen Arbeiterbewegung. Er wählte dafür Walter Stoecker, seinen Vater. Von der Spannbreite seiner Forschungen zeugt ein 1968 herausgegebenes Handbuch der Verträge und anderer Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen. Dieses Quellenwerk hat Generationen von Studierenden gute Dienste geleistet.

Im Jahre 1969 wurde er zum ordentlichen Professor für Neuere Geschichte berufen. Als in Folge der umstrittenen dritten Hochschulreform seine Möglichkeiten, kolonialgeschichtliche Forschungen bei den Historikern der Humboldt-Universität zu betreiben, gefährdet waren, wechselte Helmuth Stoecker an die Sektion Asienwissenschaften der Berliner Alma mater, wo er schon seit 1970 Lehraufträge übernommen hatte. Er stand dort dem Bereich Afrikanistik vor und leitete zugleich über mehrere Jahre die Fachgruppe Geschichte der Sektion Asienwissenschaften.

Die besonderen wissenschaftlichen Verdienste Helmuth Stoeckers liegen zweifellos in seinen Arbeiten über die koloniale Expansionspolitik Deutschlands in Afrika. Der von ihm herausgegebene und zum Standardwerk gewordene Band ”Drang nach Afrika” (1977), in dem er die in der DDR von vielen Experten zusammengetragenen Forschungsergebnisse über den deutschen Kolonialismus zusammenfaßte, wurde in Russisch sowie in Englisch und 1991 noch einmal in überarbeiteter Fassung in Deutsch veröffentlicht. Hierin, aber auch in einer großen Anzahl anderer Publikationen, hat er konsequent und realistisch über die deutsche Kolonialexpansion und ihre Ursachen geschrieben und dabei mit sichtbarem Erfolg die vor allem in dem heute als alte Bundesländer bezeichneten Teil Deutschlands dominierende koloniale und rassistische Apologetik widerlegt. Bei der Erarbeitung eines fundierten Geschichtsbildes über den deutschen Kolonialismus in Übersee, vor allem in Afrika, hat er die internationalen Debatten befruchtet und zu einem nicht unerheblichen Maße mitbestimmt.

Der Wende in der DDR Ende des Jahres 1989 begegnete er mit Zurückhaltung, akzeptierte jedoch das ursprünglich weitgehende plebiszitäre Element in dem gesellschaftlichen Umbruch. Aber schon bald kamen ihm Zweifel, ob ”die Wende” tatsächlich zu einer Erneuerung des Sozialismus auf deutschem Boden führen würde.

Zeit seines Lebens mit der Entwicklung in der DDR eng verbunden, konnte er die Hinwendung großer Teile der Bevölkerung zu Marktwirtschaft und deutscher Einheit psychisch und, wie sich zeigen

sollte, auch physisch nicht verkraften. Er starb am 5. September 1994.

In den letzten Jahren seines Lebens schrieb er autobiographische Notizen nieder. Die Arbeit, für einen englischsprachigen Interessentenkreis gedacht, sollte in einem britischen Verlag erscheinen. Zu den Briten hatte Helmuth Stoecker ein besonderes Verhältnis, waren sie es doch, die ihm das Überleben im Exil ermöglicht hatten; Studien- und Forschungsreisen, die er auch zu Zeiten der DDR unternehmen konnte, ließen den Kontakt nie abreißen. Vielleicht trug eine gewisse Enttäuschung über das Verhalten der DDR-Bürger nach der Wende dazu bei, daß er seine Erinnerungen in seiner "zweiten Muttersprache" niederschrieb.

Dies erklärt auch, weshalb im Text vielfach Vorgänge, Ereignisse und Fakten, die deutschsprachigen Lesern bekannt sind und deshalb keiner weiteren Erläuterung bedürft hätten, näher beleuchtet werden. Beim Lesen sollte beachtet werden, daß es sich bei der vorliegenden Autobiographie um einen ersten Entwurf und keinesfalls um eine fertiggestellte Arbeit handelt. Die redaktionelle Arbeit bei der Herausgabe hat sein Sohn Holger geleistet.

Leider nahm sein britischer Verleger nach dem Tode Helmuth Stoeckers sein Wort zurück. So konnte das Buch nicht, wie es der Wunsch des Autors gewesen war, in Großbritannien erscheinen. Auch deutsche Verlage scheuten sich, das Manuskript zu veröffentlichen. So ist der lange Zeitraum vom Tode des Autors bis zum Erscheinen seiner Lebenserinnerungen zu erklären.

Ulrich van der Heyden

Walter Jablonsky/Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA. Rote Reihe der edition ost im Verlag Das Neue Berlin. Berlin 2001, 315 S.

Wer war für die Militärpolitik der DDR verantwortlich? Die SED-Führung, der Warschauer Vertrag oder Moskau selbst? Dieser Frage gehen acht ausgewiesene DDR-Militärs und ein westdeutscher Militärpublizist in einer Fortsetzung des erschienen Sammelbandes "Rührt Euch!"[1] aus NVA-Sicht nach. Die Antwort fällt nicht eindeutig aus, wenn die Herausgeber resümieren: "Die Abhängigkeit der DDR von der UdSSR war bis 1990 das zentrale Problem der Bündnis-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik der SED-Führung. Aber unter dieser für die DDR existentiellen Bedingung betrieb sie eigenständige Politik, für den aufmerksamen Beobachter der DDR-Landesverteidigung durch DDR-spezifische Lösungen erkennbar." (9) Aber: Die Politik wurde nicht in Berlin formuliert, obwohl sie im Frieden die Wirtschaft der DDR unterminierte und im Krieg das Land zur Trümmerwüste gemacht hätte.

Unverkennbar ist der Stolz der DDR-Militärs, einer Armee angehört haben, die hinsichtlich Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung an der Spitze der östlichen Bündnisses stand, so bei Hans-Werner *Deim*: "Das einsatzbezogene Denken in der NVA war nicht automatisch an die sowjetischen Erfahrungen, Vorgaben und Erwartungen gebunden. Die NVA realisierte eigenständige Schlußfolgerungen aus einsatzbezogenem Denken. Bedingung dafür war: Was die NVA anders macht, muß besser und effektiver sein ...

Die von der NVA gefundenen Lösungen wurden als Beiträge zur weiteren Entwicklung des Militärwesens begrüßt und von einer deutschen Armee auch erwartet." (121)

In Aufsätzen unterschiedlicher Ausrichtung und Qualität werden wesentliche Seiten der Einbindung in das sowjetisch dominierte Militärbündnis dargestellt. Bei aller Betonung nationaler Eigenheiten ist unverkennbar, daß die NVA von Anfang an einen festen Platz in der sowjetischen Sicherheits- und Militärpolitik einnahm. Trotz mancher Wandlungen, die zu einer größeren Eigenständigkeit der DDR in politischen Fragen führten bzw. die sich Ulbricht und Honecker zeitweise herausnahmen, die Entscheidungen fielen in Moskau und wurden dirigistisch durchgesetzt. Die NVA war als Bündnisarmee Teil sowjetischer Gruppierungen und hatte sowohl im Bestand der sowjetischen Westfront mit ihren aktiven und Mobilmachungsdivisionen wie auch bei der Absicherung des Aufmarsch- und Operationsgebietes klare Aufgaben. Insbesondere *Jablonsky*, als Westpart im Autorenteam, macht deutlich, daß von einer gleichberechtigten Einbeziehung nichtsowjetischer Militärs in die Führungsstrukturen - durchaus im Unterschied zur NATO - auch in Ansätzen kaum zu reden war. Alle Schlüsselfunktionen waren von sowjetischen Generalen besetzt.

Reinhard Brühls Ausführungen zur SED-Militärpolitik, *Deims* Untersuchung des strategischen, operativen und taktischen Denkens in der NVA wie auch *Joachim Schunke* in dem Beitrag zu Feindbild und Gegnerbeurteilung durch die NVA lassen keinen Zweifel, daß diese Unterordnung durch DDR-Militärs wie -Politiker angesichts der bei ihnen bis in die 80er Jahren vorherrschenden Erfahrung mit der Systemauseinandersetzung letztlich akzeptiert wurde. Sie verdeutlichen, daß der Kalte Krieg in all seinen Phasen für sie immer Teil einer möglichen Eskalation zu einem Raketen-Kernwaffen-Krieg war, den sie aus Selbstverständnis und innerer Überzeugung heraus unter allen Umständen verhindern wollten. Hieraus resultieren Motivationen, aber auch vereinseitigende Einschätzungen zu den Absichten des potentiellen Gegners und Begründungen für eine eigene Rüstung, die von der anderen Seite wiederum als Bedrohung aufgefaßt wurde.

In diesem Zusammenhang ist der Beitrag von *Martin Kunze* zum nuklearen Trägerpotential der NVA bemerkenswert. Die NVA war mit taktischen und operativ-taktischen Boden-Raketen der Landstreitkräfte seit Anfang der sechziger Jahre in der Lage, im Bestand der Divisionen und Armeen Raketenschläge durchzuführen, wobei lange Zeit beim Stand der Technik allein der Einsatz von Kernsprengköpfen einen Sinn machen konnte. Erst in den achtziger Jahren waren effiziente Verwendungen konventioneller Gefechtsköpfe möglich. Stolz wird auf den hohen Ausbildungsstand der Einheiten verwiesen, auch auf die strenge Geheimhaltung, so daß der wahre Umfang der Raketenbewaffnung erst im Zuge der Abwicklung der NVA offenbar wurde. Die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt über Zuführung und Einsatz von Kernsprengköpfen besaßen allein sowjetische Kommandostellen.

Bedenkenswert ist hier und an anderer Stelle die Einsicht, daß es augenschein-

lich keinerlei Ressentiments der Offiziere und Mannschaften dieser Einheiten gab, tatsächlich Massenvernichtungsmittel einzusetzen. Hier wären möglicherweise weiterführende Untersuchungen auf der Grundlage der Akten der Politischen Hauptverwaltung und wohl noch mehr der Verwaltung 2000 des Ministeriums für Staatssicherheit interessant, wie überhaupt die Zuverlässigkeit und Kampfbereitschaft der NVA in einem Korrelat zu der tatsächlichen politischen Lage unter der DDR-Bevölkerung stehen dürfte. Beim gegenwärtigen Stand der Forschung scheint zumindest bis Mitte der achtziger Jahre - und hier gebrochen durch die sowjetische Perestroika, erste Wirkungen der Entspannungspolitik und die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme der DDR mit einem massiven Arbeitseinsatz von Soldaten - eine hohe, auch politische Zuverlässigkeit der NVA gegeben.

In diesem Kontext wären weitere Untersuchungen zur Rüstungspolitik der DDR sinnvoll, die über den Stand von Jablonsky hinausgehen, der einschätzt, daß "die Führung der DDR ... es wo immer möglich (vermied), eigene Rüstungskapazitäten aufzubauen" (115). Dazu sind Zeitzeugenaussagen ebenso relevant wie eine nähere Untersuchung der geostrategischen Überlegungen für die Etablierung von Rüstungseinrichtungen in einer potentiellen Kampfzone wie auch das angedeutete Konkurrenzverhalten der sowjetischen Partner. Überhaupt fehlt noch eine differenzierte Sicht auf die tatsächlichen eigenständigen Elemente der Sicherheitspolitik der DDR, die über einige Struktur- und Beschaffungsfragen hinausgehen. Zitiert wird etwa bei Brühl das Bemühen der DDR-Führung, nach dem Strauß-Kredit eine Veränderung des Grenzregimes mit Abbau der sowjetischerseits als wichtig angesehenen Minensperren. Es gibt mit den Entspannungsvorstößen Honeckers in den achtziger Jahren ein deutliches Abweichen von den sowjetischen Vorgaben, die zu detaillierten Vorstellungen von besonderen Sicherheitszonen in Mitteleuropa führten. Sie hätten unmittelbar Auftrag, Umfang und Bewaffnung der NVA und der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte berührt. Wo waren hier Spielräume der DDR, hätten sie weiter ausgeschritten werden können und müssen?

Stefan Bollinger

1 Siehe Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Rührt euch! Zur Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR, Rote Reihe in der edition ost. Berlin 1998. Siehe meine Rezension in: BzG, H. 3/1999: 142-145.

Helke Stadtland: Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1953, Klartext-Verlag, Essen 2001, 624 S.

Das Buch beginnt mit ausführlichen methodologischen und methodischen Erörterungen, wobei die Autorin einen Weg zwischen Totalitarismustheorien und systemimmanenten Erklärungen sucht. Angelehnt an Detlef Pollack favorisiert sie einen Zugang zur Thematik, bei dem die DDR als eine "konstitutiv widersprüchlichen Gesellschaft" (18) verstanden wird. Der "gleichsam an der Schnittstelle von Herrschaft und Gesellschaft positionier-

te" FDGB (19) scheint ihr als Untersuchungsgegenstand besonders geeignet, da sich hier Herrschaftstechniken mit den sozialen Praktiken auf Betriebsebene verzahnen. Damit bewegt sich die Autorin in der Nähe jener – von ihr allerdings kaum zur Kenntnis genommenen – Historiker mit DDR-Provenienz, die im zurückliegenden Jahrzehnt mit unterschiedlichen Termini auf den Doppelcharakter zahlreicher Strukturen, Erscheinungen und Ereignisse der DDR-Entwicklung aufmerksam gemacht haben.[1] Allerdings ist bei H. Stadtland aber nicht eindeutig auszumachen, inwieweit sie ihre in der Einleitung dargestellten Kriterien aus dem Studium des empirischen Materials gewonnen und inwieweit sie ihre Urteile über realgeschichtliches Geschehen vorgeprägten Kriterien unterworfen hat. Wie auch immer – sie gelangt in ihrer Einleitung zu produktiven Fragestellungen, und man durfte gespannt sein, welche Antworten sie in ihrer umfangreichen auf einer breiten Basis ungedruckter und gedruckter Quellen erarbeiteten Studie gelangen würde.

Es war gewiß auch sinnvoll, sich auf bestimmte Industriegewerkschaften zu konzentrieren. H. Stadtland hat dazu die IG Bergbau, die in jener Zeit eine gewisse Leitfunktion innehatte, und die IG Chemie, Glas, Keramik ausgewählt, womit auch eine regionale Schwerpunktbildung gegeben ist. Im Falle der IG Bergbau handelt es sich um eine Branche, in der Männerarbeit deutlich vorherrscht, während die IG Chemie, Glas, Keramik durchschnittliche Frauenanteile ausweist. Vermutlich hätte eine Einbeziehung der – bezüglich der Zusammensetzung der Belegschaften und der Mitgliederschaft der Gewerkschaft - frauendominierten IG Textil in manchen Fragen abweichende Befunde ergeben.

Die Autorin geht nicht historisch-chronologisch, sondern systematisch vor und behandelt zunächst "Strukturen, Interessengruppen und Kommunikationszusammenhänge in den Gewerkschaften". Darunter fallen u.a. politische Rahmenbedingungen, Konfliktlinien in der Einheitsgewerkschaft, Bund und Industriegewerkschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften, Partei und Gewerkschaften, Zusammensetzung des Kaders. Es folgen Untersuchungen der Gewerkschaftsbasis unter der Überschrift "Der FDGB und ‚seine' Arbeiter". Hier finden sich Betrachtungen und Wertungen zu Belegschaften, Habitus und Milieu, alters- und geschlechtsspezifische sowie zu durch Krieg, Vertreibung, Entnazifizierung und andere einschneidende Prägungen bedingten Sozialisationserfahrungen und Konflikten, zu innerbetrieblichen Machtbeziehungen, zu Erwartungshaltungen und Engagement oder Abstinenz von Mitgliedern. Schließlich werden Konfliktfelder, Konfliktlinien und Konflikttypen abgehandelt, wobei Lohnfragen (Zeit- und Leistungslohn), Prämiensystem, Aktivistenbewegung, Betriebskollektivverträge unter dem Blickwinkel kollektiver und individueller Strategien und des DDR-spezifischen Konfliktverhaltens untersucht werden.

Die Ausbreitung des Materials ist stets mit Betrachtungen und Wertungen verbunden, die meist am Ende eines Abschnitts oder Kapitels ihre Zusammenfassung finden, um zum Abschluß des Buches noch einmal resümiert zu werden. Das führt zu ermüdenden Wiederholun-

gen, die teils mit gleicher Wortwahl vorgetragen werden. Aber viele der vorgetragenen Einschätzungen verdienen Zustimmung oder sollten zumindest als anregende Überlegungen willkommen sein. Das möchte ich ausdrücklich für einige generelle Schlußfolgerungen hervorheben, die mir durch die umfangreiche Darstellung gut belegt erscheinen, zu denen aber Zeitgenossen, auch aufgrund eigener Erfahrungen und kritischer Rückschau gelangen können.

So gelangt die Autorin zu dem Schluß, daß Ineffizienz, weitgehende Reformunfähigkeit und Erstarrung des FDGB - wie des Herrschaftssystems in der DDR generell – wesentlich daraus erwuchsen, "weil er das Dogma von der Interessenidentität von Gesellschaft, Partei und Staat nicht in Zweifel ziehen konnte, wollte er sich nicht radikal gegen die vielleicht wichtigste Grundannahme der SED-Diktatur stellen". (534) Dennoch besaßen die Arbeiter in der DDR immer wesentliche Handlungsspielräume. "Während die Arbeiter also durchaus handlungsfähig blieben, produzierte die Tatsache, daß sich die einzelnen Interessengruppen in der DDR nicht unabhängig organisieren durften, letztlich große Probleme für den Bestand der SED-Herrschaft selbst." (527) Damit sieht H. Stadtland ihre Ausgangsthese bestätigt, "daß sich das Herrschafts- und Gesellschaftssystem der SBZ/DDR nicht mit einer dichotomischen Konstruktion von Totalitarismus auf der einen und Widerstand und Resistenz auf der anderen Seite begreifen läßt. Es konnte zwar gezeigt werden, wie stark der Durchherrschungsanspruch der SED-Spitze immer wieder an seine Grenzen stieß. Dies geschah aber weitaus öfter aufgrund der Fehlkonstruktion der eingesetzten Herrschaftsmittel als wegen einer grundsätzlichen Oppositionshaltung der Bevölkerung. Von einer solchen konnte bei der Mehrheit der Arbeiter trotz allen feststellbaren Unmuts nämlich kaum die Rede sein." (529)

Zustimmung verdienen auch zahlreiche Wertungen bestimmter Vorgänge und einzelner Bereiche, Spannungsverhältnisse und Befindlichkeiten, so zum Beispiel, daß sich die Gewerkschaftsbasis nicht simpel als Gegensatz von Kommunisten und Sozialdemokraten erfassen läßt, daß zentralistische Bestrebungen ihre Wurzeln nicht nur in der kommunistischen Strömung besaßen, daß die Betriebsräte einer differenzierten Betrachtung bedürfen und nicht schlechthin als basisdemokratischer Gegenpol zur Gewerkschaftsorganisation gesehen werden dürfen, daß Weisungen und Praxis nie zusammenfallen, daß Industriegewerkschaften durchaus Eigeninteressen artikulierten und vertraten, daß das überzentralisierte Organisationsgefüge letztlich mehr Nachteile als Vorteile in sich barg, daß gewerkschaftliches Aufbegehren gegenüber der Besatzungsmacht risikoreich, aber dennoch kein Unding war, daß im Zuge der Etablierung der Führungsrolle der SED und der Unterordnung der Gewerkschaften traditionelle Wege der Konfliktlösung versperrt wurden, sich aber dafür neue auftaten, daß die Ereignisse des 17. Juni 1953 als Entladung sozialer und politischer Konflikte innerhalb der DDR, kaum aber als eine nationale Erhebung zu charakterisieren seien. Bei manchen an sich produktiven Überlegungen stellt sich allerdings die Frage, ob sie nicht überdehnt worden sind. So zum Beispiel ist der Stellenwert

der bereits erwähnten Schicksalskategorien zu recht sehr hoch angesetzt, während Klassenstrukturen und klassenbedingte Haltungen und Erwartungen stark heruntergestuft erscheinen. Sehr pauschal und undifferenziert erscheinen an vielen Stellen wiederholte Urteile über die "HJ-Generation", die für die Ideologie und Praxis kommunistischer Strategie und Taktik im allgemeinen und Gewerkschaftspolitik von KPD und SED besonders empfänglich gewesen sei. Überhaupt werden Kontinuitäten von der DAF und den NS-Betriebsorganisationen hin zu den DDR-Gewerkschaften, über die gewiß mehr als bisher nachgedacht werden muß, mehr logisch geschlußfolgert oder als mental plausibel vorgestellt, denn empirisch nachgewiesen und belegt.

Über kritische Anmerkungen zu Einzelfragen hinausgehend, stellt sich das Problem, wo die Vorteile und wo die Grenzen der in diesem aus einer Dissertation hervorgegangenen Buch vorgelagerten Methodologie und der konkret angewandten Untersuchungsmethodik liegen. Daß sich mit solch einer "Sozialgeschichte der Gewerkschaften" aufschlußreiche Einblicke und bemerkenswerte Einsichten gewinnen lassen, ist bereits gewürdigt worden. Gleichwohl bekommen wir auch die Grenzen solchen Umgangs mit Geschichte vorgeführt, und das wäre zumindest zu thematisieren gewesen.

Zum einen wird die Aussage- und Beweiskraft dieser Untersuchung dadurch eingeschränkt, daß hier von wichtigen für die Gesamtgeschichte wie für die FDGB-Geschichte prägenden Geschehnissen und Entscheidungen abgehoben, daß über Schlüsselereignisse hinweg geschrieben und gedacht wird, daß historische Zäsuren negiert werden. Natürlich muß einer "Sozialgeschichte der Gewerkschaften" zugebilligt werden, daß in ihr nicht gleichermaßen die Geschichte des kalten Krieges, der deutschen Teilung, der Transformationen in der SBZ/DDR oder die Bezüge zur internationalen und gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung ausgebreitet werden. Aber wenn die soziale Sphäre und die Konfliktzonen unabhängig von den Einflüssen gravierender historischer Vorgänge vorgestellt und beurteilt werden, tun sich viele Fragen auf, die unbeantwortet bleiben.

Die Gewerkschaften, die zumindest mit ihrem Funktionärskörper aktiv bei der Bodenreform und seit Bildung der Sequesterkommissionen bei der Enteignung der Betriebe von Nazi- und Kriegsverbrechern (um bei der zeitgenössischen Begrifflichkeit zu bleiben) beteiligt waren, erscheinen eher als ein Objekt der Transformationsprozesse im Osten Deutschlands, denn als deren Akteure. In diesem Zusammenhang wäre es auch des Nachdenkens wert, ob nicht auch Kurt Schumachers SPD und Hans Böcklers DGB in dem FDGB vergleichbare Konfliktsituationen geraten wären, wenn sie mit ihren erklärten Forderungen nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und nach Planwirtschaft ernstgemacht hätten oder hätten ernstmachen dürfen. Die stark in das soziale Gefüge einschneidende und die deutsche Teilung ökonomisch vorwegnehmende und unausweichlich machende Währungsreform in den Westzonen und die Folgemaßnahmen in der SBZ finden nicht einmal Erwähnung, obwohl die – ebenfalls unerwähnt bleibende Berliner Gewerkschaftsspaltung (UGO) und der gleichermaßen ausge-

klammerte Berliner S-Bahn-Streik eng mit diesen Entwicklungen zusammenhingen. So überrascht es auch nicht, daß Gewerkschaften und Volkskongreßbewegung, Gewerkschaften und doppelte Staatsgründung keine Themen und gleich gar keine Zäsuren darstellen. Statt dessen wird - ohne im mindesten auf den Zerfall der Antihitlerkoalition und auf Verantwortlichkeiten für die deutsche Teilung einzugehen – einmal beiläufig erwähnt, daß "man sich von gesamtdeutschen Optionen verabschiedet hatte". (148) In vielen Fällen handelte es sich dabei ja auch und gerade um Ereignisse und Wendungen, die geeignet waren oder darauf abzielten, die von der Autorin m.E. überbetonten Kontinuitätslinien vom NS-System in die ostdeutsche Nachkriegsgesellschaft und speziell in die Arbeitswelt zu unterbrechen oder zu modifizieren.

Zum anderen erweist sich der Umgang mit den Quellen als nicht unproblematisch. Als Quellenbasis werden Archivalien des FDGB, des Bereichs Gewerkschaften des ZK der SED sowie regionaler staatlicher Archive, gedruckte Quellen wie Konferenzprotokolle und Geschäftsberichte, Schulungs- und Referentenmaterialien, Editionen, Erinnerungen und Betriebsgeschichten sowie umfangreiche Sekundärliteratur in Respekt gebietender Fülle ausgewiesen. Deren Umfang ist so enorm, daß sich die Frage kaum unterdrücken läßt, ob tatsächlich eine Einzelforscherin dies alles nicht nur lesen, sondern auch verarbeiten kann. Wie auch immer – die zahlreichen Befunde und Wertungen des Buches sind materialmäßig gut belegt oder durch Verweise und Berufungen auf andere Autoren gestützt.

Zwei Fragen müssen allerdings gestellt werden: Ist den Anforderungen an Quellenkritik hinreichend entsprochen worden? Viele Verallgemeinerungen stützen sich auf das Berichtswesen der Gewerkschaften. Hierbei ist zu beachten, daß besondere Vorkommnisse immer berichtenswerter waren als die gewerkschaftliche "Normalität". Schließlich spricht die Autorin selbst vom "Berichtsunwesen" und konstatiert am Ende ihres Buches, "daß zuverlässige Berichte innerhalb des Systems des demokratischen Zentralismus kaum zu erhalten waren" (533), im Hauptteil des Buches werden sie dennoch meist für bare Münze genommen. Zutreffend heißt es an einer Stelle: "Selbstkritik wurde Usus" (220). Das hatte natürlich Auswirkungen auf die Beschaffenheit der Quellen. Darüber scheint sich die Autorin auch grundsätzlich im klaren zu sein. Aber hat sie dies auch immer hinreichend berücksichtigt, wenn sie auf Berichte gestoßen ist, die ihre Vorannahmen stützen? Gerade wo Berichte Stimmungen wiedergeben, konnten diese auch ziemlich rasch zum Positiven oder Negativen hin umschlagen, wobei nicht zuletzt die vernachlässigten gesamtgesellschaftlichen Ereignisse und historischen Entwicklung oft die bestimmende Rolle spielten konnten.

Schwerwiegender ist jedoch etwas anderes. Ein ungelöstes Problem besteht darin, wie wir zu – wenigstens annähernd – quantifizierbaren Angaben zu Stimmungslagen, Befindlichkeiten, Optionen und Verhaltensweisen von Mitgliedschaften gelangen können, zu Zeiten ohne Befragungen, bei eingeschränkten und oft auch risikobehafteten Sach- und Personalabstimmungen. Dessen ist sich wohl auch die Autorin bewußt gewesen, und deshalb

begegnen wir sehr oft folgender Diktion: Aus Materialien, die eher exemplarischen Charakter tragen, werden ziemlich weitgehende verallgemeinernde Schlußfolgerungen gezogen, die anschließend durch einschränkende Aussagen wieder relativiert werden. Solche Nachdenklichkeit verdient durchaus Anerkennung, gebricht es doch vielen Delegitimierern der DDR daran. Aber es läuft doch oft auf Wertungen hinaus, bei denen die Gewichte mitunter auch anders gelagert werden müßten.

Günter Benser

1 Zum Beispiel in der Reihe Ansichten zur Geschichte der DDR und in der Schriftenreihe hefte zur ddr-geschichte.

Herbert Nicolaus/Lutz Schmidt: Einblicke 50 Jahre EKO Stahl. EKO Stahl GmbH, Eisenhüttenstadt 2000, 399 S.

Das Buch wurde 2000 durch die EKO Stahl GmbH in Eisenhüttenstadt zehn Jahre nach der Vereinigung beider deutscher Staaten herausgegeben. Die Autoren schildern spannend und mit viel Kompetenz, belegt mit 485 Fotos und Dokumenten, die wechselvolle Geschichte eines großen ostdeutschen Eisenhüttenwerkes und seines Industriestandortes Eisenhüttenstadt, der aus Fürstenberg/Oder hervorging. Der Rezensent war beruflich und persönlich über viele Jahre mit dieser Entwicklung verbunden. Das Buch entstand im Zeitraum von nur eineinhalb Jahren. Die Autoren, der Historiker Dr. Herbert Nicolaus und der Kulturwissenschaftler Dr. Lutz Schmidt, sowie über 200 Zeitzeugen schildern in fünf Kapiteln die Erfahrungen von Menschen, die ihr ganzes Leben "ihrem Werk" widmeten. Das Besondere, was sie auszeichnet und was sie nie aufgaben, ist ihr Einsatz und ihr Kampf um den Aufbau und das Überleben des Eisenhüttenkombinats. Zwei Drittel des Buches beschäftigen sich mit dem Industriestandort und seiner Geschichte bis 1949, mit dem Aufbau des Eisenhüttenkombinates 1950-1968 und seiner Weiterentwicklung zum Bandstahlkombinat 1968-1989. Ein Drittel des Buches befaßt sich mit der Privatisierung des Kombinatsbetriebes vom Treuhandunternehmen zum erfolgreichen Konzernunternehmen von USINOR in der Europäischen Gemeinschaft. Die Europäische Kommission in Brüssel, der Aufsichtsrat und der Betriebsrat der EKO Stahl GmbH unterstützten nicht nur das Projekt, sondern räumten den Autoren auch die Möglichkeit ein, chronologische Darstellung und historische Wahrheit authentisch zu dokumentieren. Aussagen über die SED-Betriebsparteiorganisation, die Arbeiter-und Bautern-Inspektion u.a. werden von den Autoren bewußt vermieden. Mit der vorliegenden Gliederung ist es ihnen gelungen, der Entwicklung des Werkes sowohl in den 40 Jahren der DDR als auch in den 10 Jahren seiner Privatisierung Rechnung zu tragen und gleichzeitig einen Blick auf den Aufbruch ins kommende Jahrtausend zu wagen. Sie setzen einer Aufbaugeneration ein Denkmal, die ihren Erfindergeist, ihren Verstand, ihr Herz und oftmals ihre Gesundheit nicht schonten, die Erfolge, Rückschläge und dramatische Jahre nach 1989 erlebten. Großeltern, Eltern, Kinder und Enkel demonstrierten aus Verbundenheit mit ihrem Werk in machtvollen Kundgebungen

für den Erhalt des EKO und "ihres" Stahlstandortes Eisenhüttenstadt.

Die Beschreibung des Industriestandortes Fürstenberg/Oder und seiner Geschichte ist knapp gefaßt. Sie enthält die Entwicklung der Eisen- und Stahlproduktion im 19. Jahrhundert, daraus resultierende Umwälzungen in der Gesellschaft, darunter die Entstehung der Bergbaugesellschaft "Präsident", der Fürstenberger Glasindustrie, der Maschinen- und Schiffsschmiede "August Karge", der Zwilligsschachtschleuse und bedeutender Reedereien sowie die Entwicklung Fürstenbergs zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt. Die Zeit nach der Machtergreifung durch die Nazis 1933-1945 wird durch Vorstellungen der "Reichsstelle für Wirtschaftsausbau" und Projekte der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt belegt. Danach wurde Fürstenberg/O. zu einem Standort der Chemie bzw. rüstungs- und kriegswichtiger Betriebe ausgebaut, darunter der Argus-Motorenwerke GmbH Berlin-Reinickendorf und der Rheinmetall-Borsig-AG Berlin-Tegel. Jüdische und europäische Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge sowie hunderttausende Kriegsgefangene des Mannschaftsstammlagers M Stalag III B waren in dieser Zeit unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt, wie Fotos dokumentieren. Der Sanitätsobergefreite Alfred Jung bezahlte mit seinem Tod das Überleben amerikanischer, französischer, jugoslawischer, polnischer und sowjetischer Kriegsgefangener.

Mit eindrucksvollen Recherchen und Einbeziehung vieler Zeitzeugen zeichnen die Autoren ein eindrucksvolles Bild über die Planung und den Aufbau des EKO.

Das EKO bildete im Ergebnis der Teilung Deutschlands einen besonderen Schwerpunkt im 1. Fünfjahrplan der DDR. Das Werk mit einer projektierten Leistung von 500.000 t Roheisen, die bald verdoppelt werden konnte, schuf die Voraussetzung für die Arbeit der Stahl- und Walzwerke. Auf dieser Grundlage mußte der ostdeutsche Maschinen- und Anlagenbau den harten Reparationsforderungen der schwer zerstörten Sowjetunion und gleichzeitig dem Wiederaufbau der eigenen Volkswirtschaft unter westlicher Embargopolitik nachkommen. Mit viel Einfühlungsvermögen werden Standortwahl und Projektierung, das "Goldgräberfieber" an der Oder, der Aufbau des "Hüttengiganten", der beispiellose Einsatz der Frauen und Jugendlichen, die Hilfe der "alten" bürgerlichen Intelligenz und die Vollendung des Eisenhüttenkombinates geschildert. Auch die Kinderkrankheiten der Hochöfen, ein verhinderter Schauprozeß sowie Lohnpolitik und Normfragen werden im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 17. Juni 1953 dargestellt. Neben der Schilderung schlechter Koksversorgung, der Stockungen bei Zulieferungen oder schleppender Erzvorbehandlung werden ebenso dargestellt wie der erfolgreiche "Kampf um die billigste Tonne Roheisen bei bester Qualität" Ende der 50er Jahre, die Konsolidierung und Innovation, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und Sozialleistungen, neue zwischenmenschliche Arbeits- und Kollektivbeziehungen sowie wachsende Möglichkeiten für Sport und Erholung. Der Aufbau des Kaltwalzwerkes in den 60er Jahren, die Hintergründe für den Bedarf an kaltgewalzten Erzeugnissen, die Montage und Inbetriebnahme der sowjetischen und österreichi-

schen Ausrüstungen von Ural-Mash und Ruthner sowie die langfristigen Verträge über Warmbandlieferungen mit RGW-Ländern werden ausführlich und mit viel Sachkenntnis geschildert. Ob die Schaffung "sozialer Exklusivität" für die Ansiedlung von Arbeitskräften speziell in Eisenhüttenstadt der Grund war, mag dahingestellt sein. Das Wohnungsbauprogramm der DDR sorgte auch an Stahlstandorten wie Maxhütte, Riesa, Freital, Gröditz, Brandenburg u.a. für günstige Voraussetzungen zur Ansiedlung.

Im Kapitel "Das EKO im Bandstahlkombinat – Erfolge und Rückschläge" wird die Entwicklung des EKO zum Zentrum der Veredlungsmetallurgie der DDR in den 70er und 80er Jahren beschrieben. U.a. die Übernahme der Produktion von Gießereiroheisen aus dem Niederschachtofenwerk Calbe, die Feuerverzinkung und Kunststoffbeschichtung von Kaltband, die Herstellung von schwachsiliziertem Dynamoband sowie die Vakuumbehandlung von Bandstahl genannt. Neben Angaben über die Modernisierung der Anlagen und über die Forschungsarbeit sind konkrete Beispiele aus dem Bereich der Sozialpolitik, der Förderung von Frauen mit Kindern, der medizinischen Versorgung sowie dem Ausbau von Betriebsakademien, Betriebsferienheimen und Betriebssporteinrichtungen angeführt. Den Erfahrungen des EKO in der Kampagne "Plane mit, arbeite mit, regiere mit" sowie der Entwicklung zwischenmenschlicher Beziehungen in den Arbeitskollektiven hätte ein breiterer Raum eingeräumt werden können, um so mehr, da das Unternehmen USINOR dem Zusammenspiel von Mensch, Technik, Organisation und Information zunehmend Bedeutung beimißt, wie das Forschungsprojekt "Ergebnisorientierte Teamarbeit" beweist.

Der Aufbau des Kaltwalzwerkes und die Inbetriebnahme eines der modernsten Stahlwerke Europas 1984 werden von den Autoren zu Recht als "Trümpfe" im Überlebenskampf der späteren EKO Stahl GmbH eingestuft. Um den begehrten Großauftrag für das Sauerstoffaufblasstahlwerk mit Stranggießanlage mit einer Jahreskapazität von 2 Mio t Rohstahl bewarben sich 1979 die VOEST-Alpine AG (Österreich), die Krupp-Industrie- und Stahlbau (BRD), die Nippon Steel Corporation (Japan) und Creasot-Loire Enterprises (Frankreich). Den Zuschlag erhielt vollkommen unerwartet die VOEST-Alpine AG. Auf die politischen Hintergründe, die zur Entscheidung für dieses Kompensationsvorhaben führten, geht das Buch nur kurz ein. Die Rolle des "Bereiches Kommerzielle Koordinierung" (KoKo) unter Leitung von Schalck-Golodkowski wird bei der Erteilung des Auftrages nicht beschrieben, obwohl das Prinzip der Kompensationsgeschäfte Anfang der 70er Jahre in der Metallurgie entwickelt wurde. Technologische und organisatorische Anfangsschwierigkeiten sowie das Fehlen eines Warmbandwalzwerkes und der damit verbundene Transport per Bahn nach Salzgitter und ins Ruhrgebiet leiteten 1985-1989 eine Zeit zwischen Hoffnung und Stagnation ein. Sie endete damit, daß sich das Bandstahlkombinat 1990 unter dem Druck politischer Ereignisse und eines wirtschaftlichen Niedergangs auflöste. Das EKO wurde ein Unternehmen der Treuhand. Die nachdenklichen Beiträge der Schriftsteller Stefan Heym, Günter Grass

und Tschingis Aitmatow sind gut placiert und helfen, das Fühlen und Denken der Menschen in der DDR vor und nach dem Jahre 1989 sowie ihre Fehleinschätzungen besser zu verstehen.

Im letzten Kapitel beschreiben die Autoren sehr sachlich und mit viel Kompetenz den Weg vom Kombinatsbetrieb zum Konzernunternehmen in der Europäischen Gemeinschaft. Nach Abschluß einer Vereinbarung 1990 über die Zusammenarbeit der EKO Stahl AG Eisenhüttenstadt und der Krupp Stahl AG Bochum begann die Privatisierung des EKO, die 1990-1994 von einer schweren Krise begleitet wurde.

Im Mittelpunkt von Sanierungs-, Modernisierungs- und Personalkonzepten standen vor allem die Verbesserung des Anteiles höherwertiger und umsatzgünstiger Sortimente in Produktion und Vertrieb, die Ausgliederung aller Hilfs- und Nebenleistungen an betriebsfremde Firmen sowie die Überleitung sozialer Aufgaben an andere Institutionen. Während der Stahlkrise 1992 und angeblicher "Finanzlücken" scheiterte die Privatisierung der EKO Stahl AG durch Krupp. Bis 1993 erfolgte ein dramatischer Beschäftigungsabbau von 11.000 auf letztlich 2.000 Arbeitnehmer. Eine Privatisierung der EKO Stahl AG durch die italienische Riva-Gruppe 1993-1994 scheiterte ebenfalls. Ursachen hierfür waren nicht nur das erhebliche Mißtrauen der Arbeiterschaft und der IG Metall. Die Autoren schließen die Möglichkeit eines großangelegten Komplottes der Riva-Gruppe im Zusammenhang mit der lukrativen Privatisierung der italienischen staatlichen Stahlindustrie nicht aus. Danach hätte Riva nur deshalb für EKO Stahl Interesse gezeigt, um die deutsche Bundesregierung im EG-Ministerrat zur Zustimmung von Milliardensubventionen an italienische Stahlunternehmen zu bewegen.

Ausführlich wird die gelungene Modernisierung der EKO Stahl GmbH 1995-1997 durch die neuen Eigentümer, das belgische Unternehmen Chockerill Sambre und seit 1998 durch das französische Unternehmen USINOR geschildert. Der Start des Hochofen VA, die Inbetriebnahme einer modernen Warmbandstraße sowie einer zweiten Verzinkungsanlage werden besonders erwähnt. Dadurch wurde das EKO zu einem herausragenden Beispiel Europäischer Integration in Ostdeutschland und zu einer Entwicklungsplattform von USINOR für osteuropäische Märkte. Ein sorgfältiger Anhang mit Produktionszahlen, der Auflistung aller Werkleiter, Vorstände und Geschäftsführer, einem Personenregister sowie Abkürzungs- und Literaturverzeichnissen runden den positiven Eindruck des Buches ab.

Helmut Kinne

Ingrid Muth: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972. Inhalte, Strukturen. Mechanismen. Ch. Links Verlag, Berlin 2000, 318 S.

Die Autorin, langjährige Mitarbeiterin im Außenministerium der DDR, begrenzt den Zeitraum dieser in der Reihe Forschungen zur DDR-Gesellschaft erschienenen Studie auf die Jahre 1949 bis 1972, als sich mit dem Abschluß der Grundlagenvertrages mit der BRD die internationalen Rahmenbedingungen verändert

hatten und der Weg frei war für die weltweite internationale Anerkennung der DDR.

Verwundern muß, wenn die Autorin in der Vorbemerkung von einer "langfristig konzipierten und berechenbaren Außenpolitik" (8) der DDR spricht, die diese zu einem geschätzten Gesprächs- und Verhandlungspartner für westliche Länder in Abrüstungsangelegenheiten gemacht habe, aber später die Einschätzung trifft, daß "jede konfrontative Härte und jeder konstruktive Kompromiß gleichermaßen als Übereinstimmung mit den Prinzipien der Außenpolitik begründet werden konnte", die "die DDR letztlich unberechenbar" (47) machte.

Bemerkenswert offen wird in Verbindung mit den ersten außenpolitischen Schritten der jungen DDR, nämlich dem Vertrag über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, vom damit verbundene(n) Verzicht auf Territorien und erhebliche(n) wirtschaftliche(n) Ressourcen" (37) gesprochen. [1]

Das Werk ist in fünf Kapitel mit entsprechenden Unterpunkten gegliedert, wobei der 5. Abschnitt "Innenansicht - Versuch einer Selbstdarstellung" den zeitlichen Rahmen sprengt, denn in ihm werden Ergebnisse einer Umfrage der Autorin vom Sommer 1995 unter ehemaligen Diplomaten der DDR ausgewertet. Diese persönlichen Antworten und verschiedenen Wertungen charakterisieren aus einer anderen Perspektive das in den vorangegangenen Abschnitten Gesagte.

Mit dem außenpolitischen Apparat beschäftigt sich die Autorin im 2. Kapitel. Sie unterscheidet dabei drei Ebenen (54): die Parteiebene, die sich auf die SED beschränkt; die staatliche Ebene mit Ministerrat sowie eine dritte Ebene, auf der gesellschaftliche Organisationen wirkten, wobei die DDR, bedingt durch die Hallstein-Doktrin, gerade diese Ebene stark ausbaute.

Im Abschnitt über die Stellung des Ministeriums arbeitet die Autorin einen interessanten Aspekt heraus, daß nämlich außenpolitische und außenwirtschaftliche Interessen in der Realität nicht immer kongruent waren, und belegt das vor allem im Zusammenhang mit dem Kampf um die Anerkennung in den Entwicklungsländern (80). Daraus resultierte das Bemühen der DDR, über die Errichtung von Handels- und Kammervertretungen die diplomatische Blockade aufzuweichen und Voraussetzungen zu schaffen, um nach der internationalen Anerkennung relativ problemlos Botschaften errichten und die normale diplomatische Arbeit beginnen zu können.

Im Abschnitt über den Aufbau einer außenpolitischen Funktionselite 1949-1953 im 4. Kapitel verdeutlicht die Autorin, daß der junge Staat in der ersten Zeit die Mitarbeiter für seinen außenpolitischen Dienst vor allem nach dem Kriterium der politischen Zuverlässigkeit auswählte. Ob der Betreffende für die diplomatische Aufgabe geeignet war, mußte sich erst erweisen und spielte anfangs nicht die entscheidende Rolle. Da die zunehmende diplomatische Anerkennung mehr Personal erforderte, zeigt die Autorin auch, wie in den Folgejahren die Mitarbeiter des Ministeriums ausgewählt und ausgebildet wurden.

Wer sich für die Anfänge der DDR-Außenpolitik interessiert, erhält nicht nur viele Fakten und Informationen, sondern auch aussagekräftige Zahlen. Ergänzt wird

die Studie im Anhang durch vielfältiges Nachschlagematerial. Das reicht von Dokumenten wie den Anforderungen an die Qualifikation eines Außenpolitikers über Chroniken wie den diplomatischen Beziehungen der DDR bis zu Namenslisten wie der personellen Besetzung der Leitung der Auslandsvertretungen von 1949 bis 1975. Nicht ganz in diesen Rahmen paßt die Auflistung des Organisationsschemas des Sekretariats des ZK der SED von 1989. Ein Personenregister enthält zusätzlich verschiedene biographische Angaben.

Joachim Eichler

1In diesem Zusammenhang sei auf Bernhard Fisch: "Stalin und die Oder-Neiße-Grenze", hefte zur ddr-geschichte 64, hrsg. von "Helle Panke" e. V., Berlin 2000, verwiesen.

Jan Schwarzmeier: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung. Libri books on demand 2001, 214 S.

Schwarzmeier versucht in seiner soziologischen Dissertation, anhand der Geschichte der Autonomen nachzuweisen, daß "soziale Bewegungen nur Mobilisierungsfähigkeit erreichen, wenn es ihnen gelingt, politischen Protest mit Bewegungskultur zu verbinden" (11). Dazu benutzt der mit den Autonomen sympathisierende Autor ein der politologischen Bewegungsforschung entstammendes Ablaufschema neuer sozialer Bewegungen (nsB), das aus drei Phasen besteht: Entstehung und Schaffung von Öffentlichkeit für das Thema, die Hauptphase mit Konflikten und Aktionen und schließlich die Phase des Rückzugs auf mittlerweile entstandene Organisationsstrukturen. Die Bewegungsforschung geht ja davon aus, daß der Aufbau einer Problemdeutung in der Öffentlichkeit und das Angebot von Erlebnismöglichkeiten für eine soziale Bewegung wichtig sind. Nach Schwarzmeier treffen die allgemein gängigen Beschreibungen von nsB auch auf die Autonomen zu. Dies begründet er mit dem großen Gewicht, das Formen der Selbstinszenierung wie Kampf, Massenaktion und symbolische Gewalt bei den Autonomen einnehmen.

Im mit weitem Abstand umfangreichsten Teil des Buches versucht der Autor, die Geschichte der Autonomen nach dem oben angeführten Ablaufschema darzustellen. Der Bogen spannt sich von ihrer Entstehung aus der, so der Autor, spontanen Militanz im Kontext von Hausbesetzungen und Aktionen der nsB über die Konsolidierungsphase Mitte/Ende der 80er Jahre und die Abschwungs- und Rückzugsphase ab Anfang der 90er Jahre (Stichworte sind hier Theoriediskussison und Organisationsdebatte) bis hin zur Auflösung ins Privatleben bzw. zur neoautonomen Antifa und zur postautonomen Linken. Schwarzmeier führt etliche Orte (Berlin, Hamburg, Göttingen, Rhein-Main), Themen (Häuserkampf, Startbahn West, IWF, Arbeit), Kongresse (Libertäre Tage 1987 und 1993, Autonomiekongreß 1995) und wichtige Debatten (u.a. Organisierung, Sexismus) an und referiert sie.

Er arbeitet als Charakteristika heraus, daß die Autonomem "in der Regel an Bewegungen teilnehmen, deren Problemdefinition bereits abgeschlossen ist", und deshalb wenig Einfluß auf die Interpretation der Auseinandersetzung in der Öf-

fentlichkeit einerseits, in der Bewegung andererseits haben – eine Ausnahme sei nur der Antifaschismus. Die Autonomen seien nicht auf ein Thema festgelegt, vielmehr gelinge nach dem Niedergang eines Themas das Aufgreifen neuer – ein weiterer Beweis dafür, daß die Autonomen keine Jugendsubkultur seien.

Die objektive Geschichte der Autonomen zu schreiben, ist unmöglich, deshalb kann auch das hier vorliegende Werk nur als ein Versuch betrachtet werden. Ein Versuch, der auf den ersten Blick Interesse weckt, das dann aber herb enttäuscht wird. Ich will dies an zwei Komplexen verdeutlichen:

Zum einen nimmt Schwarzmeier politische und andere Wertungen vor, die mir fragwürdig erscheinen. So steht er den "Theorieautonomen" nicht gerade freundlich gegenüber. Der Wiedervereinigung samt ihren Folgen schreibt er keine Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen autonomer Politik zu und definiert Autonome als "Stil" aus einem Crossover von Punk (!) und RockerInnen (!!). Die Autonomen sieht er in klarer Abgrenzung zur "Alternativbewegung" und nicht, was ja auch naheliegen könnte, als ihren letzten Ausläufer. Schlimm ist aber, daß er den Patriarchatsdiskurs der letzten Jahre als reine Machtfrage (welcher Diskurs ist denn bitteschön machtfrei?) auffaßt und dies nach dem Motto, "böse Feministinnen zwingen autonome Männer zur Selbstreflexion", was dann seiner Meinung nach nebenbei dazu führt, daß die autonome Subkultur an Attraktivität für Jugendliche verliere (196).

Der zweite Komplex ist die Problematik der Quellen und der Literatur. Schwarzmeier verliert kein Wort über die Aussagekraft der von ihm zitierten, durchweg schriftlichen Quellen aus autonomen Periodika und Broschüren. Zwar erwähnt er, daß es in den 80er Jahren "wenige autonome Publikationen" (202) gegeben habe, aus denen er dann aber ausgiebig zitiert und sie als Diskussion "der" Autonomen darstellt. Inwieweit in den als theoriefeindlich geltenden autonomen Bewegungen Zeitschriften überhaupt eine Bedeutung zukommt, und wenn ja welche, das wäre wohl eine eigene Dissertation wert. Hinzu kommt, daß der Autor wie in jeder vergleichbaren Publikation fast durchgängig nur thematische Highlights und die drei, vier lokalen Hochburgen der autonomen Bewegungen darstellt. Die politische Arbeit in der Provinz (und sei es nur Hildesheim, Jena oder Regensburg) oder der meist sehr unspektakuläre Alltag der Gruppen, Infoläden und Zentren bleibt wieder einmal im Dunkel der Geschichte. Dabei wäre dieser Alltag für die Überprüfung der Thesen des Autors vielleicht ergiebiger gewesen. Dann hätte der Fokus auch nicht sosehr auf die öffentliche (Selbst-) Darstellung der Autonomen (Vermummung, Gewalt) gerichtet werden müssen – schließlich liefen die meisten Autonomen nur selten und manche nie vermummt herum.

Den Kampf gegen den Uni-Bluff, das Aufführen nie gelesener Literatur in einer aufgeblasenen Literaturliste in allen Ehren – daß der Autor mit einer solch dürftigen Literaturauswahl und schlampigen Zitierweise für den vorliegenden Text die Doktorwürde, noch dazuhin an der ja nicht gerade als liberal geltenden Universität Göttingen erhielt, wird mir ein Rätsel bleiben.

Bernd Hüttner

Cem Özdemir: "Deutsch oder nicht sein?" Integration in der Bundesrepublik. Bergisch Gladbach 1999/2000, 286 Seiten.

Cem Özdemir, innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, hat in der deutschen Öffentlichkeit einen geachteten Namen erworben. Nun hat er in aktualisierter Form ein Sachbuch vorgelegt, das in der Erstfassung scheinbar salopp "Currywurst und Döner" getitelt war, jetzt jedoch sehr ernst die Frage aufwirft: "Deutsch oder nicht sein ?" Denn darin werden (auch eigene) Erlebnisse, Recherchen, Erkenntnisse und Vorschläge zu einem außen- wie innenpolitisch brisanten Thema zusammengetragen, die der Autor, gestützt auf ein kluges Beraterteam, mit Gründlichkeit und Fingerspitzengefühl erarbeitete.

Cem Özdemir bleibt dabei stets bemüht, Leser unterschiedlicher Bildung und Interessen anzusprechen, dabei Herkunft, Denkweisen, religiöse Prägung und Kulturtradition derer zu berücksichtigen, die in ein fremdes, aber reiches Land gekommen und hineingewachsen sind. Er ist selbst - wie er es nennt - die ersten achtzehn Jahre seines Lebens türkischer Staatsbürger gewesen und nun als einer "unter neuen Inländern", noch dazu Volksvertreter im höchsten Parlament von Deutschland geworden. Er kann das, was er vermitteln will, mit Erfolg seinen Mitmenschen darstellen und erläutern.

Da ist es allerdings notwendig, Rückschau zu halten auf "150 Jahre Ausländerbeschäftigung in Deutschland". Oft genug wird ja im Dunstkreis heutiger Diskussionsrunden, wo Halbwissen und lautes Vorurteil blühen, vergessen oder verdrängt, warum deutsche Bauern, Handwerker und Intellektuelle auswanderten, warum aktive Teilnehmer revolutionärer Bewegungen ihre Heimat verlassen mußten, warum in der ersten Zeit deutscher "Hochindustrialisierung" neue Arbeitskräfte von jenseits der Grenzen geworben wurden. Lieferten nicht z.B. die Herrscher von Brandenburg-Preußen bereits nach dem Dreißigjährigen Krieg Musterbeispiele? Özdemir zitiert den Historiker Ulrich Herbert (41): "Es ist fraglos, daß die deutsche Volkswirtschaft aus der Arbeit der im besten Mannesalter stehenden Ausländer einen hohen Gewinn zieht, wobei das Auswanderungsland die Aufzuchtkosten bis zur Erwerbstätigkeit der Arbeiter übernommen hat. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch das Abstoßen oder die verminderte Anwerbung der Ausländer in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs. Die ausländischen Tagelöhner zeigen die höhere Bereitwilligkeit, grobe und schwere Arbeiten zu übernehmen als die auf höherer Kulturstufe stehenden deutschen Arbeiter."

Man sollte sich erinnern, daß zwischen 1820 und 1930 in die USA 5,9 Millionen Deutsche emigrierten, allein 1,9 Millionen von 1880 bis 1893, also zur Zeit von Bebel und Bismarck. Wer ist sich nicht bewußt, daß damals vor den Hochöfen und in den Bergwerken des Rhein-Ruhr-Gebietes - und ebenso vor den Rekruten-Unteroffizieren in preußischen Kasernen - die so genannten Kaczmareks standen und für ein Kaiserreich "in Wehr und Waffen" schafften? Der Buchautor verweist mit Recht auf die "konjunkturelle Reservearmee" in der Weimarer Republik und die grausame Schinderei von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern

(letztere vornehmlich aus Osteuropa), die mit dem Hitlerregime zur Alltäglichkeit geworden war.

Besonders lehrreich, weil dem Leser hautnah und von ihm nachprüfbar, werden jene Abschnitte der Özdemir-Publikation, die das Entstehen einer neuen Arbeiter-Reservearmee und die daraus erwachsenden Probleme schildern und einen weiten Bogen über den Mauerfall hinaus bis in die unmittelbare Gegenwart schlagen. Dabei fällt der Verfasser qualifizierte politische Urteile und setzt seine Detailkenntnisse als Angehöriger der ersten Einwanderergeneration wie als Mitglied des Bundestages in überzeugende Argumentation um. Man kann nicht übersehen, daß mit dem (west)deutsch-italienischen Abkommen über Gastarbeiter (vom 22. November 1955) eine Kette von Vereinbarungen über die "Arbeitsmigration" ihren Anfang nahm, 1961 die Türkei erfaßte und danach die meisten Länder am Südufer des Mittelmeeres bis Marokko einschloß. Trotz eines offiziellen Anwerbestopps im November 1973 wuchs die Zuwanderung. 1998 zählte man 7,3 Millionen "Ausländer", so die Ex-Gastarbeiter der ersten Generation sowie "auch (Bürgerkriegs)-Flüchtlinge, Asylsuchende und deren Kinder" (83). Zusätzlich habe man die Zahl der 3,8 Millionen "Aussiedler" hinzuzurechnen. Sie werden nach dem Bundesvertriebenengesetz von 1953 und dessen Ergänzung von 1957 als "deutsche Volkszugehörige" umschrieben. Kriterium: "Wer sich in seiner Heimat zum Deutschtum bekennt" (127). Es ist wichtig zu wissen, was Cem Özdemir im Osten von Deutschland festhält, wo es in einer "penibel geregelten" Abgeschiedenheit ebenfalls "Ausländer" gab, in "einer eigenen Form der Apartheid" - nach einem Ausdruck des vom Autor zitierten Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (121). Özdemir notiert: "Im Wendejahr 1989 lebten ca. 190.000 Ausländer im Osten, 40.000 von ihnen waren mit DDR-Bürgern verheiratet und Flüchtlinge. Neben einer Reihe von Studenten stellten rund 100.000 Gastarbeiter das größte Kontingent innerhalb der kleinen Gruppe der Ausländer im SED-Staat. Seit 1966 arbeiteten Arbeitnehmer aus Polen in volkseigenen Betrieben. Dann kamen Algerier und Ungarn, in den siebziger Jahren Kubaner, Mocambiquaner, Angolaner und Vietnamesen." Ihr Aufenthalt sei nach dem Rotationsprinzip bemessen gewesen, "im Schnitt vier bis fünf Jahre" (120).

Daß inzwischen in Ostdeutschland eine Stiftung zum "Aufbau von Zivilgesellschaft" gegründet werden konnte und den Namen des ermordeten Amadeu Antonio trägt, vermerkt der Verfasser mit Achtung. Denn "der Stil der Wiedervereinigung" habe im Osten "die vorhandenen Minderwertigkeitsgefühle noch verstärkt" und als Reaktion darauf "das national Ethnische" (123). Milliarden seien dort für Straßen, Laternen und Infrastruktur ausgegeben worden, für den Aufbau einer Zivilgesellschaft "so gut wie nichts".

Ein gutes Drittel des Buchtextes ist der polemischen Auseinandersetzung mit einer 600 Druckseiten umfassenden Schrift über einen Zusammenprall der Kulturen ("The Crash of Civilizations and the Remaking of World Order". New York 1996) gewidmet, die von Samuel P. Huntington, Professor an der amerikanischen Harvard-Universität, stammt. "Kein anderes außenpolitisches Buch hat

in Deutschland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine solche Aufmerksamkeit erregt, obwohl die wenigsten es gelesen haben dürften"(208). Nach dem angeblichen Ende der Ideologien gehe es nun "um die Vorherrschaft über das weltweite Denken". Als "die derzeit eingängigste Theorie" sei Huntington "auf dem Markt der Deutungsmuster" und passe "innenpolitisch so gut in das Konzept des konservativen Weltbildes in Deutschland und in Westeuropa" (211), kommentiert Özdemir. Muß man dabei nicht an die wortreichen Begründungen derer erinnern, die in diesen Wochen einer Flutwelle neuer Aufrüstung die Straße frei machen wollen statt einer menschlicheren Gesellschaft. Huntington exemplifiziert den Jugoslawienkrieg, weil, wie Ozdemir aus dem Huntington-Buch liest, die Menschen in Bosnien "allein aufgrund ihrer kulturellen - sprich ethnischen oder religiösen - Zugehörigkeit" einander bekämpften. Dieses Buch habe man in Europa, vor allem in Deutschland, "als Kampfansage gegen eine multikulturelle Gesellschaft verstanden" (216).

Die Einwanderung werde entgegen den Erwartungen mit dem zunehmend integrierten Wirtschaftsraum Europa und bei weiterer Globalisierung der Märkte zunehmen (nicht nur in Deutschland, möchte der Rezensent ergänzen). Das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft hat errechnet, daß im Jahr 2005 300.000 Menschen zuwandern müssen, um die Zahl der Auswanderer zu kompensieren. Es sei hinzugefügt, daß nach einem Bericht der "Berliner Zeitung" jährlich etwa 14 Prozent der rund 36.000 promovierten deutschen Nachwuchswissenschaftler "ihr Glück an den Hochschulen der Vereinigten Staaten" suchen und die Besten dort bleiben.

Cem Özdemir unterstreicht gerade im Blick auf die Schreckensbilder vom Fundamentalismus, so des Islam als "Religion des Schwertes", daß statt des "Kampfes der Kulturen" deren Kooperation gepflegt werden müsse. Ansätze für eine Welt, die auf Zusammenarbeit und Interessenausgleich angelegt ist, seien vorhanden. Wenn denn ein "Kampf der Kulturen" stattfinde, so immer als "Folge von politischen Fehlern, oder er ist politisch sogar gewollt" (270).

Julius Waldschmidt

Annotationen

Socialist Internationals – A Bibliography. Publications of the Social-Democratic an Socialist Internationals 1914 - 2000. A project by the International Association of Labour History Institutions (IALHI). Compiled by Gerd Callesen. Published by the Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung for the International Association of Labour History Institutions. Bonn - Gent 2001, 168 S.

Die Bibliographie enthält Publikationen von 39 internationalen Vereinigungen der Sozialdemokratie auf regional-kontinentaler oder internationaler Ebene, von denen heute noch 12 existieren. Damit wird für die Forschung ein wichtiges Desiderat geschlossen, gab es doch bisher keinen Überblick über die Veröffentlichungen dieser, manchmal nur kurzzeitig existierenden und heutzutage oft nur dem Fachhistoriker noch bekannten Organisatio-

nen. Ihr Material ist über verschiedene Archive und Bibliotheken verstreut, weshalb neben der bibliographischen Erfassung die Standortangaben besonders wertvoll sind.

Dem Band ist ein Vorwort vorangestellt, in dem Auswahlkriterien dargelegt, die Entwicklung, Funktion und Rolle des sozialdemokratischen Internationalismus erörtert und die IALHI vorgestellt werden. Das Ziel der Herausgeber war, alle gedruckten Veröffentlichungen der verschiedenen sozialdemokratischen/sozialistischen Internationalen von 1914 bis 2000 zu registrieren. In einigen Fällen wurde auch hektographiertes Material aufgeführt; das Aufnahmekriterium dafür bildete, ob es für die Öffentlichkeit und nicht nur für den organisationsinternen Gebrauch bestimmt war. Deutlich wird die Breite, die die sozialdemokratische (ähnlich wie die kommunistische) Bewegung in der Zwischenkriegszeit hatte. So bestanden Organisationen auf dem Gebiet des Sports und des Rundfunks, für Abstinenzler, Studenten, Esperantisten, Arbeitersänger, Ärzte und Lehrer.

Leider haben die Herausgeber die Zäsur 1914 zu eng gefaßt, wodurch einige Publikationen von Organisationen, die bereits vor 1914 bestanden, für diese Zeit wegfielen, so z. B. die der Arbeitersportinternationale oder der Naturfreunde-Internationale. Für einige Internationalen (der Rechtsanwälte, der Religiösen Sozialisten oder für Tourismus) war kein Material zu beschaffen. Schwierigkeiten bereitete erstaunlicherweise, die Publikationen der Sozialdemokratischen Partei Europas vollständig zu erschließen. Großzügigkeit hätte man sich - so wie beim Neuner-Komitee der drei Internationalen von 1922 - bei der Aufnahme von einigen regionalen Organisationen gewünscht, so z.B. für die in den 20er Jahren existierende Bodenseeinternationale. Auch die sozialdemokratischen Fraueninternationalen/-Komitees vor 1945 hätten - schon aus methodologischen Gründen - ein eigenes Stichwort verdient, sind aber den Internationalen zugeordnet. Unvollständige Angaben bei einigen Organisationen verweisen auf bestehende Forschungsdefizite: So steht z. B. für das Ende der Internationalen Sozialistischen Studentenföderation ein Fragezeichen; während in der DDR-Literatur der 80er Jahre deren Aufgehen in der Internationalen Studentenallianz für den Sozialismus im Juli 1937 datiert ist, enthält die Bibliographie unter obigen bzw. ähnlichen Namen noch Angaben für 1938/39.

Die Titel sind bei den einzelnen Internationalen nach Jahren, innerhalb dieser alphabetisch, aufgeführt, am Ende stehen die Periodika. Jeder Organisation ist ein kurzer englischsprachiger Abriß vorangestellt. Hilfreich für den Nutzer: Die Standorte der Titel sind auffindbar über Internet (unter der Adresse http://www.ialhi.org/). Aufgelockert wird der Band durch zahlreiche Faksimile.

Insgesamt ein äußerst hilfreiches Werk, für deren Vervollständigung und Präzisierung die Herausgeber auf eine breite Mitwirkung hoffen.

Herbert Mayer

Karl Heinz Jahnke: Marie ter Morsche kann ihren Vater nicht vergessen. Widerstand gegen Hitlers V-Waffen in Zinnowitz und Peenemünde 1942/43. By Ingo Koch Verlag, Rostock 2001

Bereits im Vorwort seiner neusten Publikation zum antifaschistischen Widerstand in Mecklenburg-Vorpommern verweist der Rostocker Historiker Karl Heinz Jahnke auf eine Gedenktafel, die im Mittelpunkt seines Buches steht. Angebracht wurde sie im Ostseebad Zinnowitz am Haus der Waldstr. 12. Der Betrachter findet fünf Namen von Antifaschisten, die 1944 vom NS-Regime hingerichtet wurden. Es waren Männer des Widerstands aus verschiedenen europäischen Staaten. Der Prälat Dr. Carl Lampert kam aus Österreich, Johannes ter Morsche und Geradus Pelkmann waren niederländische Zwangsarbeiter, Tadeus Siekierski ein Zwangsarbeiter aus Polen, Dr. Alfons Maria Wachsmann katholischer Pfarrer in Greifswald. Die Namen signalisieren dem Betrachter, daß es um die Würdigung einer europäischen Widerstandsgruppe geht.

In einer Chronik über den antifaschistischen Widerstand gegen die V-Waffenproduktion in Zinnowitz und Peenemünde in den Jahren 1942/43 schildert der Autor die Einzelschicksale und die Motivation der Beteiligten für das Widerstehen gegenüber dem NS-Regime. Er skizziert den komplizierten konspirativen Weg des Zusammenfindens der Antifaschisten und die Suche nach Möglichkeiten, den Aufbau der geheimen Rüstungsschmiede zu behindern und die Antihiltlerkoalition über die Geheimwaffe zu informieren. Einprägsam wird der maßgebliche Anteil des nach Pommern strafversetzten Antifaschisten Dr. Carl Lampert bei der konspirativen Sammlung geheimer Daten. Dabei wurde er von den katholischen Hitlergegnern, dem Berliner Domprobst Bernhard Lichtenberg und dem Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing unterstützt. Gleichgesinnte fand Dr. Carl Lampert in dem Pfarrer Vincenz Plonka und dem Kuratus Berger aus Zinnowitz, die zur Vergrößerung der illegalen Gruppe ihren Beitrag leisteten. Sie alle hatten ein Ziel: das NS-Regime zu beseitigen und den Krieg zu beenden. Die Widerstandskämpfer hörten intensiv ausländische Rundfunksender ab, um sich über die Kriegslage zu informieren, und suchten Mitstreiter unter den Zwangsarbeitern in Peenemünde. Mit Hilfe der Zwangsarbeiter wollten sie die Fertigstellung der Anlagen in Peenemünde verhindern beziehungsweise den Bau verlangsamen, damit die geplante neue Waffe nicht mehr produziert werden könnte. In Gesprächen mit den ausländischen Zwangsarbeitern, vorwiegend aus Holland und Polen, wurde diesen geraten, nach Urlaubsaufenthalten zu Weihnachten und zum Jahreswechsel verspätet oder gar nicht an ihren Einsatzort Peenemünde zurückzukehren. Mit zahlreichen Dokumenten belegt der Autor das Wirken eines Gestapospitzels, der sich in die illegale Gruppe einschleichen konnte, sowie das brutale Vorgehen und die drakonischen Strafen, die in mehreren Prozessen gegen die Widerstandskämpfer verhängt wurden.

Dem Buchtitel entsprechend, geht es im Weiteren um das Schicksal der Familie des zum Tode verurteilten und hingerichteten Johannes ter Morsche. Seine Ehefrau wurde zu einer langjährigen Haftstrafe, die Tochter und der kleine Sohn wurden zur "Umerziehung" in dem Regime treu ergebene Familien gesteckt. Nach Kriegsende gelangte die Familie wieder nach Holland, wo sich die Tochter des Ermor-

deten darum bemühte, daß er auch in Holland als Widerstandskämpfer anerkannt wurde. In Zinnowitz wurde bereits 1956 das Ferienheim in der Waldstraße 12 nach Johannes ter Morsche benannt. In diesem Haus lebte die Familie von 1941 bis 1945 und hier hatte sich die Widerstandsgruppe mehrmals getroffen, 1968 erhielt die Waldstraße den Namen des damals unvergessenen Kämpfers gegen den Faschismus.

Im letzen Kapitel des Buches beschreibt der Autor, wie eifrige Wendepolitiker nach 1989/90 mit großem Aufwand das Erbe der Antifaschisten in Zinnowitz entsorgten. Anhand von Briefen und Dokumenten belegt er das Ringen der Tochter, das Vermächtnis ihres Vaters wach zu halten. Erst nach jahrelangem Ringen konnte die im Vorwort genannte Erinnerungstafel am 14. November 1999 am ehemaligen Wohnhaus der Familie enthüllt werden.

Im Nachwort geht es um die vielen weißen Flecken bei der Erforschung der Zinnowitzer Widerstandsgruppe, deren Umfang und Aktivitäten immer noch kaum bekannt sind.

Ergänzt wird das Buch mit Bildern und Dokumenten, die dem Leser die Familie ter Morsche nahebringen und einen Einblick in die faschistische Mordjustiz geben.

Günter Gramlich

100 Jahre Hanns Kralik. Reprint des Ausstellungskatalogs "Grafik – Hanns Kralik", erschienen 1980 in Düsseldorf anläßlich der Ausstellung "Bilder aus dem Widerstand" zum 100. Geburtstag Hanns Kraliks. Pahl-Rugenstein Verlag Nf., Bonn 2000, 64 S.

Die Publikation zum Gedenken des Malers, Zeichners und Grafikers Hanns Kralik würdigt das Leben eines Kunstschaffenden, der in eine Reihe zu stellen ist mit Künstlern wie Käthe Kollwitz, Sella Hasse, Helen Ernst, Lea und Hans Grundig, Theo Balden, Alfred Frank, Otto Griebel, Herbert Sandberg und Heinz Worner, um nur einige der Künstler zu nennen, die wie er in den Mittelpunkt ihres künstlerischen Schaffens vor allem werktätige Menschen, deren Verfolgung während des NS-Regimes und Widerstand gegen die faschistische Barbarei rückten.

Hanns Kralik setzte sein Können als bildender Künstler bewußt in den Dienst der politischen Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Faschismus in Deutschland. Insbesondere in seiner Emigrationszeit in Frankreich entlarvte er mit seiner Kunst die Verbrechen des NS-Regimes. Mit eindrucksvollen und einprägsamen kleinen Holzschnitten, die auf Streuzettel gedruckt und massenhaft unter den Besatzern verbreitet wurden, leistete er als Mitstreiter in der Bewegung "Freies Deutschland" für den Westen Aufklärungsarbeit gegen den Krieg. (Die originalen Holzdruckstöcke für die Streuzettel, die das Museum für Deutsche Geschichte, heute Deutsches Historisches Museum zu Berlin, als Geschenk erhielt, wurden dort in den siebziger Jahren katalogisiert und als Zeugnis des antifaschistischen Widerstandes in Sonderausstellungen gezeigt. G. K.)

Mit liebevoll und gut ausgewählten Exponaten gibt der Förderkreis für die Hanns-Kralik-Ausstellung einen umfassenden Einblick in das Wirken des bildenden Künstlers von 1920 bis 1971.

Aus der biographischen Notiz erfahren die Leser, wie der Arbeiterjunge Hanns Kralik, der mit 14 Jahren die Arbeit im Bergwerk aufnahm, sich autodidaktisch zum Maler und Grafiker entwickelte und im Abendstudium an der Düsseldorfer Kunstakademie das Wissen und Können als seit 1928 freischaffender Maler und Grafiker erwarb.

Das Kapitel "Rückblick" widerspiegelt die ganze Härte des Lebensweges von Hanns Kralik, der auch nach 1945 nicht von Verfolgung und Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben in der Bundesrepublik verschont blieb. Er mußte 1951, wie zu erfahren ist, seine Arbeit als Kulturdezernent in Düsseldorf auf Veranlassung der Adenauer-Regierung aufgeben.

Unter der Überschrift "Abbildungen" geben die Autoren des Förderkreises einen breit gefächerten Einblick in das künstlerische Schaffen Hanns Kraliks, der die arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt stellte. Der Alltag wird in vielen Verästelungen eingefangen, ebenso wie die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Der antifaschistische Maler und Grafiker gestaltete immer wieder Themen der NS-Verbrechen, so mit seinem letzten Linolschnitt "Die letzte Station/Nazideportation" aus dem Jahre 1971.

Günter Krabiell

Emil Carlebach, Willy Schmidt, Ulrich Schneider: Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Berichte – Bilder – Dokumente. Hrsg. im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora. Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH 2000, 186 S. 192 Abb.

Trotz der Fülle an Buchenwald-Literatur gibt das vorliegende Buch neue bemerkenswerte Einsichten über den Schreckensort Buchenwald, der zugleich ein Ort der Solidarität der Häftlinge untereinander war. Diese Solidarität betont Dr. Piere Durand als Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos in seinem Vorwort. Er hebt hervor: "Unter unvorstellbaren Umständen haben wir Ausländer aller Nationen, diese Deutschen, die als Häftlinge aus einer anderen Welt als die anderen – unsere Folterknechte – stammten, in Buchenwald kennen gelernt."

Die Autoren schildern, mit Bildern und Dokumenten untersetzt, in einer emotional ansprechenden Weise den furchtbaren Alltag im Konzentrationslager. Am Beispiel Buchenwald werden die Phasen des Aufbaus und des Ausbaues des barbarischen KZ-Systems dargestellt. Keine Seite des Lagerlebens wird von den Autoren ausgespart, so auch das Problem der "roten Kapos", das sachlich erörtert wird.

Ausführlich gehen die Verfasser der Publikation auf die umstrittene Problematik der Selbstbefreiung ein. Sie legen die monatelange konspirative Vorbereitung auf diese Aktion dar und zeigen: Es war den Buchenwalder Häftlingen durchaus bewußt, daß nur die unmittelbare Nähe der alliierten Truppen eine Erfolgschance für ihre Selbstbefreiung bot.

Die Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald wird aus dem persönlichen Erleben deutscher politischer Häftlinge geschildert. Darüber hinaus arbeiteten die Autoren ihnen zugegangene zahlreiche Berichte von Mithäftlingen aus dem In- und Ausland in die Publikation ein.

Eine Chronik des Konzentrationslagers

Buchenwald sowie Literaturempfehlungen runden die Ausführungen ab. Das Buch ist ein unverzichtbares Dokument gegen die Verfälschung der Geschichte der Konzentrationslager und die anwachsende Gefahr rechter Gruppierungen in Deutschland.

Günter Krabiell

Susanna Woodtli. Freundesgabe zum 80. Geburtstag. Hrsg. Von Gabi Einsele und Verena Müller, Selbstverlag, Zürich 2000, 1. Teil 65 S., 2. Teil 61 S.

Die Publikation ist der "Grand Old Lady der feministischen Geschichtsschreibung" gewidmet. S. Woodtli schuf mit ihrem Buch "Gleichberechtigung. Der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz" ein Standardwerk über die Geschichte der Schweizer Frauenbewegung. Auf langjährige Archivstudien gestützt, erschien ihr Buch 1975 zum Internationalen Jahr der Frau, in 2. erweiterter Auflage 1983. W. vermittelte mit ihren Forschungen einer jüngeren Generation von Feministinnen das Wissen über ihre Vorkämpferinnen. Das fiel um so mehr ins Gewicht, als 1959 das Frauenstimmrecht in der Schweiz nochmals abgelehnt und erst 1981 der Artikel über die Gleichberechtigung der Frauen in die Schweizer Verfassung aufgenommen wurde. Anläßlich des 80. Geburtstages von S. Woodtli am 28. März 2000 wurde mit dieser Publikation der Platz der "Germanistin, Feministin, Pionierin", wie der Untertitel des 2. Teils lautet, in der Emanzipationsbewegung der Schweizer Frauen gewürdigt. Der 1. Teil enthält in Zeitschriften veröffentlichte Publikationen von S. Woodtli aus rund einem halben Jahrhundert über "Persönliches", "Zur Frauengeschichte" und "Literarisches", darunter über die von ihr hoch geschätzte Ingeborg Bachmann. Der 2. Teil umfaßt Beiträge von profilierten Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen, die über die Geschichte der Frauenbewegung publiziert haben bzw. Streiterinnen für die Gleichberechtigung der Frau in der Schweiz sind. In den Beiträgen wird die Ausstrahlung von S. Woodtli auf den eigenen Werdegang hervorgehoben. Die Autorinnen sind A. Debrunner Brühlmann, G. Einsele – die außer ihrem Forschungsbeitrag auch S. Woodtli und M. Gosteli interviewt hat -, E. Joris, Y.-D. Köchli, M. Marti, V. Müller, D. Stump und R. Wecker. Zu beziehen ist die Publikation über Verena Müller, Culmannstr. 19, CH 8006 Zürich, Fax 0041/1/262 19 31.

Ursula Herrmann

Fred M. Schied: Learning in Social Context. Workers and Adult Education in Nineteenth Century Chicago. Reprint. Illinois: LEPS Press, Northern Illinois University 1995, 208 S., Ill.

Im 19. Jahrhundert suchte eine Vielzahl ausländischer Arbeiter aus ökonomischen oder politischen Gründen in den USA eine neue Heimat. Darunter befanden sich viele deutsche Emigranten – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren 25 % der Immigranten deutscher Abstammung –, die sich nicht selten im Raum von Chicago ansiedelten. Die Anpassung an die neuen Lebensbedingungen war für sie eine Existenzfrage. Während Sprachkurse und verschiedene For-

men der Erwachsenenbildung ausreichend dargestellt wurden, mangelt es nach Meinung von F. Schied an der Einbeziehung des sozialen Kontextes und sozialer Bewegungen in diesen Integrationsprozeß. Gestützt auf die Auswertung der deutschsprachigen "Chicagoer Arbeiter-Zeitung", "Illinois Staats-Zeitung" und "Der Deutsche Arbeiter", der englischen "Chicago Tribune" sowie auf Erinnerungen und Berichte von Zeitgenossen untersucht der Autor, selbst Nachfahre deutscher Auswanderer, wie nach Chicago ausgewanderte deutsche Arbeiter im Prozeß der Arbeit und durch verschiedene Formen der Bildung, ebenso wie durch ihre politische Tätigkeit in die amerikanische Gesellschaft hineinwuchsen. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er dabei der radikalen Bewegung, also Sozialisten und Anarchisten. Dadurch erfährt der Leser interessante Details zur deutschen Arbeiterbewegung in den USA und zur Tätigkeit solcher Persönlichkeiten wie Wilhelm Weitling, Joseph Weydemeyer oder August Spies. Erwähnenswert sind auch die umfangreiche Bibliographie (18 Seiten), das gemischte Personen- und Sachregister und interessante Abbildungen aus der Geschichte der Chicagoer Arbeiterbewegung.

Heinz Sommer

Verband für Agrarforschung und -bildung Thüringen e.V.: Thüringer Landwirtschaft zwischen 2. Weltkrieg und Wiedervereinigung. Jena 1999, 214 S.

Das hier anzuzeigende, leider etwas abgelegen publizierte Buch (Bezug: Tel.: 03631-901931) verschafft den Lesern ein sehr anschauliches Bild der Landwirtschaft in Thüringen von 1945 bis zur sog. Wende. Detailliert und kritisch werden alle Phasen der DDR-Landwirtschaft mitsamt ihren Auswirkungen auf Thüringen beschrieben. Vom Kriegsende bis 1952 werden gemeinschaftliche Bewirtschaftungsformen massiv unterdrückt, dann bilden sich erste Formen von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), und ab 1960 ist der allergrösste Teil der Flächen kollektiviert. Die LPGs sind damals mit ca. 400 Hektar Fläche ungefähr doppelt so groß wie ein heutiger Familienbetrieb in den alten Bundesländern. Ab ca. 1970 werden Pflanzen- und Tierproduktion getrennt und der Aufbau gigantischer "industriemäßiger Anlagen" mit z.B. 2000 Milchkühen oder mehreren Tausend Hektar Fläche vorangetrieben. Die Effektivität der industriell betriebenen Landwirtschaft wird aber in den 80er Jahren zusehends geringer, und, so ist zu vermuten, im Buch werden dazu keine Aussagen gemacht, die Qualität der Erzeugnisse.

In einem zweiten Teil berichten in fünfzehn Interviews ehemalige Beteiligte, die meist in führender Position in LPGs tätig waren, über ihre Geschichte mit und in der Thüringer Landwirtschaft. Diese persönlichen Berichte machen die Probleme und Leistungen der Erzählenden deutlich. Viele wehrten sich z.B. gegen staatliche Maßnahmen, die sie aus ihrem fachlichen Verständnis von ordnungsgemäßer Landwirtschaft ablehnten.

Der sympathische Vorteil dieses Buches ist, dass es weder die sozialistischen Versuche in der Landwirtschaft verteufelt, wie es in der diesbezüglichen Geschichtsschreibung in der Regel immer noch ge-

schieht, noch die Entwicklung überhöht, sondern sie kritisch und nüchtern betrachtet. Lesenswert sind auch die Interviews, da durch diese Berichte von ZeitzeugInnen deren Situation zwischen verhaltener und manchmal offener Renitenz und Anpassung deutlich wird: Soll man oder frau aus Interesse an Landwirtschaft in die (ungeliebte) LPG eintreten? Wie ist mit der bürokratischen Reglementierung umzugehen? Dies waren Herausforderungen, die von den Erzählenden bewältigt werden mußten.

Ein großes Manko hat der Band: Leider ist nicht angegeben, woher die Unmenge von statistischen Daten stammt, die im Buch in nützlichen und übersichtlichen Tabellen und Schaubildern zusammengefasst sind.

Bernd Hüttner

Liebe Leserinnen und Leser, geschätzte Autorinnen und Autoren, sehr geehrte Abonnentinnen und Abonnenten,

Sie erhalten hiermit - im Vorgriff auf den 44. Jahrgang der BzG (2002) - das von der Redaktion und dem Vorstand des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. herausgegebene "Jahrbuch für Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung".

Dieser, gemessen an der Vergangenheit, ungewöhnliche Vorgang ist erklärungsbedürftig.

Redaktion und Vereinsvorstand sahen sich veranlaßt, die am 2. September 1997 mit dem trafo verlag dr. weist getroffene Vereinbarung über Druck und Vertrieb der BzG per 31. Oktober 2001 zu kündigen. Zu den Gründen gehören die nicht mehr hinzunehmenden, weil die Zeitschrift schädigenden, Überschreitungen der Erscheinungstermine durch Dr. W. Weist, sein ungebührlicher Umgang mit Autoren und Abonnenten sowie seine - seit Sommer 2001 - Anmaßung, die Zeitschrift in Zukunft auch inhaltlich allein zu gestalten, also Redaktion und Förderverein davon auszuschließen. Unser Angebot, die Kompetenzen der beiden Seiten schriftlich zu fixieren, wie auch Versuche zu einer gütigen Übereinkunft im Sinne der ursprünglichen Vereinbarung wurden von Herrn Dr. Weist abgelehnt. Er strebt eine gerichtliche Auseinandersetzung an.

Angesichts dieses Vertrags- und Vertrauensbruchs werden Redaktion und Vereinsvorstand die BzG in Zukunft selbst verlegen.

Da uns aufgrund des Vorgehens von Dr. Weist vorerst die Hände gebunden sind, das anstehende reguläre Heft der Zeitschrift sofort herauszugeben, legen wir - als Übergangslösung - dieses Jahrbuch vor. Das geschieht auch und vor allem, damit unsere Autoren/innen und Abonnenten/innen zu ihrem Recht und unsere Leser/innen zu ihrem Lesevergnügen kommen. Bitte unterstützen Sie unser Anliegen, die älteste und - neben der IWK - letzte überregionale und immer noch international weithin beachtete deutschsprachige Zeitschrift, die dem Gegenstand Geschichte der deutschen und internationalen Arbei-

terbewegung verpflichtet ist, zu erhalten. Sie helfen uns, wenn Sie ihr als Autoren/innen, Leser/innen und Abonnenten/innen treu bleiben.
Dem Gegenstand "Arbeiterbewegung" als Ganzes ist im vorliegenden Band die einführende - zeitlich und inhaltlich übergreifende - Gesamtschau von Peter Brandt gewidmet. Sie setzt gleichsam den Rahmen für die Mehrzahl der übrigen - weitgehend biographisch orientierten - Ausführungen, in denen es um teils bekannte, teils weniger oder gar nicht bekannte Persönlichkeiten geht, die aus der Arbeiterbewegung kamen bzw. mit ihr in der einen oder anderen Weise verbunden waren, sie so oder anders prägten oder beeinflußten. Damit leistet der Band einen Beitrag zur historischen Biographik, also zu einem in Ost und West lange Zeit eher vernachlässigten und doch zentralen Teil des Gegenstands "Arbeiterbewegung".
Mit Ausnahme einiger Manuskripte, die aus Platzgründen nicht mehr berücksichtigt werden konnten (die betreffenden Autoren sind davon in Kenntnis gesetzt), wurden in das "Jahrbuch" die der Redaktion im Jahre 2001 zugegangenen und von ihr zur Veröffentlichung angenommenen Beiträge der verschiedenen Art, Rezensionen/Annotationen eingeschlossen, aufgenommen. Bitte senden Sie Ihre Manuskripte im Weiteren direkt an die
Redaktion der BzG, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin.
Die Redaktion nimmt die vom trafo verlag seit 1999 nicht wahrgenommene Verpflichtung (wieder) auf, den Autoren unaufgefordert Belegexemplare zuzusenden. Sofern Sie als Autoren der Jahrgänge 1999-2001 der BzG keine Belegexemplare erhalten haben, fordern Sie diese bitte beim trafo-verlag an!

An die Abonnentinnen und Abonnenten:

Wegen der Hefte 3 und 4 des 43. Jahrgangs (2001) wenden Sie sich bitte an dr. weist/trafo verlag, bei dem Sie Ihr Abonnement für diesen Jahrgang bezahlt haben. Die Redaktion hat keinen Einfluß auf die Zustellung der BzG-Hefte dieses Jahrgangs (wie auch der Jahrgänge davor). Allen, die ihr Abonnement für das Jahr 2002 beim BzG-Verlag in der NDZ GmbH bezahlt haben, garantieren wir die Zusendung unserer Hefte spätestens zum Ende des jeweiligen Quartals. Das Jahrbuch ist Teil dieses Abonnements.

Bestellungen für das vorliegende Jahrbuch richten Sie bitte an die Redaktion der BzG, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin.

Redaktion der BzG und Vorstand des Fördervereins

Autorenverzeichnis:

Simone Barck, Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Manfred Behrend, Dr., Berlin
Gerhard Beier, ✞ Dr., Kronberg
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Roswitha Berndt, Prof. Dr., Halle
Stefan Bollinger, Dr., Berlin
Peter Brandt, Prof. Dr., Fernuniversität Hagen
Wolfgang Eichhorn, Prof. Dr., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Günter Glaser, Prof. Dr., Berlin
Günter Gramlich, Dr. Berlin
Ursula Herrmann, Prof. Dr., Ferch
Renate Herzfeldt, Glienicke/Nordbahn
Ulrich van der Heyden, Humboldt Universität, Berlin
Klaus Höpcke, Berlin
Bernd Hüttner, Archiv der sozialen Bewegungen, Bremen
Angélique Janssens, Universität Nijmwegen, Niederlande
Mario Keßler, Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Helmut Kinne, Dr., Berlin
Horst Klein, Dr., Strausberg
Helmut Konrad, Prof. Dr., Karl-Franzens-Universität Graz, Österreich
Günter Krabiell, Dr., Berlin
Siegfried Kuntsche, Prof. Dr., Uelitz
Harald Lange, Prof. Dr., Berlin
Annelies Laschitza, Prof. Dr., Berlin
Bruno Mander, Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr., Berlin
François Melis, Dr., Berlin
Gisela Notz, Dr., Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Wiliam A. Pelz, Institute of Working Class History, Chicago, USA
Fritz Rödel, Dr., Berlin
Walter Schmidt, Prof. Dr., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin
Erika Segendorf, Berlin
Heinz Sommer, Berlin
Julius Waldschmidt, Prof. Dr., Berlin
Günter Wehner, Dr., Berlin
Fred Wilm, Dr., Berlin
Wieland Zademach, Dr., Pfarrer, Schwaig
Anna Zarnowska, Universität Warschau, Polen

Bildnachweis

Herbert Steiner: Privatarchiv Friedl Garscha
Josef L. Hromádka: Privatarchiv Wieland Zademach

Impressum

ISBN 3-929390-54-X
Herausgeber: Redaktion der BzG und Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung
Redaktion: Helga Brangsch, Dr. Herbert Mayer (Verantw. Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi
Verlag und Abo-Verwaltung: BzG-Verlag in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin
Satz: Joanna Boegendorff
Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums zu Berlin

Redaktionsschluß: 28. Dezember 2001